



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

**Die Kirchen und die Europäische Union –
Kirchliche Interessenvertretung im europäischen
Mehrebenensystem**

Angenommene Inauguraldissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
im Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften
an der Technischen Universität Darmstadt

vorgelegt von:

Laura Katscher (Master of Arts)
aus Frankfurt am Main

Referenten:

Prof. Dr. Michèle Knodt
Prof. Dr. Hubert Heinelt

Einreichung der Dissertation: 19.04.2012
Termin der Disputation: 12.12.2012

Darmstadt 2013

D 17

Die Promotion wurde mit der Note „sehr gut“ abgeschlossen.
Für die Veröffentlichung wurde die Arbeit leicht gekürzt.

Bitte zitieren Sie dieses Dokument als:

URN: urn:nbn:de:tuda-tuprints-33130

URL: <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/id/eprint/3313>

Dieses Dokument wird bereitgestellt von turpints, E-Publishing-Service der TU Darmstadt.

Website: <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de>

Kontakt: tuprints@ulb.tu-darmstadt.de

Die Veröffentlichung steht unter folgender Creative Commons Lizenz:

Namensnennung–Nicht Kommerziell–Keine Bearbeitung

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Danksagung

„Man schreibt eine Dissertation nicht, man erleidet sie“ sagte meine Doktormutter zu mir. Wie recht sie hatte. Das Gefühl des Einzelexperten stellt sich schnell ein und der Stress des Wissenschaftlers ist für Außenstehende schwer nachzuvollziehen. Umso mehr möchte ich jenen danken, die mir während meiner Zeit als Promotionsstudentin moralische Unterstützung gegeben haben. Dies sind vor allem meine Eltern, Monika und Josef Katscher. Sie hatten immer ein offenes Ohr und haben sich geduldig alles angehört – und meine Launen ertragen. Eine weitere große moralische Stütze war Martin Mittmann und sein Mantra: „Das schaffst Du schon“. Moralische Unterstützung erfuhr ich auch von Torsten Dobler, Petar Klaric und Sebastian Kupka.

Für fachliche Anregungen und konstruktive Kritik danke ich herzlichst meiner Doktormutter, Frau Prof. Dr. Michèle Knodt, und Herrn Prof. Dr. Michael Stoiber (Fernuniversität Hagen). Herr Prof. Dr. Hubert Heinelt hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, das Zweitgutachten zu übernehmen. Frau Prof. Dr. Michèle Knodt weckte mein Interesse für die Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem und unterstützte mein Vorhaben fachlich und moralisch. Ihr Vertrauen und ihr Rückhalt haben viel zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Nicht nur fachlich habe ich viel von ihr gelernt!

Technisch haben diese Arbeit Josef Katscher und Martin Mittmann unterstützt. Roland Mittmann hat dankenswerterweise den Brief und das Positionspapier der Heiligen Synode von Griechenland ins Deutsche übersetzt, so dass ich damit arbeiten konnte. Monika Katscher, Martin Mittmann und Torsten Hofmann haben die Arbeit Korrektur gelesen und kritisch hinterfragt: Vielen Dank!

Großer Dank gebührt den Mitarbeitern des Büros der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Church and Society Commission der Konferenz Europäischer Kirchen, der Kirche von Griechenland, den ehemaligen Mitarbeitern der COMECE sowie dem Geschäftsführer der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz, die mir Einblick in ihre Arbeit boten. Danken möchte ich auch Karl Kardinal Lehmann, der mein Dissertationsprojekt ideell unterstützte.

Für finanzielle Unterstützung danke ich der DFG (Graduiertenkolleg 1575) und der Frauenförderung der TU Darmstadt (eine Interviewreise nach Brüssel). Der größte Dank in finanzieller Hinsicht gebührt erneut meinen Eltern, Monika und Josef Katscher. Sie haben mein Dissertationsprojekt und meinen Lebensunterhalt finanziert. Ohne sie hätte ich diese Arbeit nie schreiben können. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	6
Einleitung	7
I. Organisationen, Interessen und Interessenorganisationen.....	24
A. Das Ziel der Organisation	26
B. Rechtsform	28
C. Für uns oder für andere? Demokratisch oder hierarchisch? Potenzielle und tatsächliche Mitglieder? Handlungsfeld oder Branche?	29
D. Verbände?.....	32
E. Interesse: Ein unscharfer Begriff.....	33
F. Rationales Handeln von Organisationen im politischen Kontext	35
G. „Interessenorganisationen“: Zur Begrifflichkeit	37
II. Kirchen: Non-Profit-Organisationen „mit himmlischem Auftrag“	40
A. Kirchen als Non-Profit-Organisationen	40
B. Das kirchliche Selbstverständnis: Sind Kirchen doch nicht vergleichbar?	43
C. Kirchen in der EU: eine empirische Bestandsaufnahme	44
III. Das europäische Mehrebenensystem: Betroffenheit von Organisationen und Zugangspunkte für die Interessenvertretung	54
A. Das Rechtsetzungsverfahren und die Organe der supranationalen Organisation: Zugangsmöglichkeiten für Interessenorganisationen	55
B. Kirchliche Betroffenheit vom EU-Recht und Zugangsmöglichkeiten zu den EU-Organen für Kirchen.....	57
1. Die Betroffenheit von Kirchen: Das rechtliche Verhältnis zwischen der EU und den Kirchen	58
2. Die informellen Beziehungen zwischen der EU und den Kirchen: Zugangsmöglichkeiten für Kirchen und Gelegenheiten für die kirchliche Interessenvertretung	61
IV. Der Multi-Level-Governance-Ansatz.....	73
A. Organisationen: Akteure im MLG-Ansatz	75
B. Europäisierung der Interessenvertretung.....	79
C. Strategien der Interessenvertretung	82
D. Erklärungen für die Strategiewahl: Charakteristika der Organisation und institutioneller Kontext.....	89
E. Hypothesenformulierung zur kirchlichen Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem.....	93
V. Haben sich Kirchen in ihrer Interessenvertretung europäisiert?	95
A. Strategien der Kooperation.....	96
1. Die römisch-katholischen Kirchen	96
2. Die nicht-römisch-katholischen Kirchen	102
3. Fazit: Kirchliche Dachorganisationen mit EU-Bezug.....	114
B. Strategien der administrativen Reform: EU-Referenten, Secondments und Lobbyingbüros	119
1. Die römisch-katholischen Kirchen.....	119
2. Die evangelischen Kirchen.....	121
3. Die anglikanischen Kirchen	126
4. Die orthodoxen Kirchen	128
5. Die alt-katholischen Kirchen.....	131
6. Auf einen Blick: In Brüssel vertretene Kirchen	132
C. „Let us in“-Strategie: „Hier sind wir!“	132
D. „Leave us alone“-Strategie: „Geh weg, EU!“	133
E. Strategien der Positionsübermittlung: Öffentlichkeit? Nicht unbedingt.	133

1. Insider-Strategien	134
2. Outsider-Strategien.....	141
VI. Stellung im nationalen Kontext, Zugang zu nationalen politischen Akteuren und finanzielle Ressourcen: Faktoren für die kirchliche Interessenvertretung auf EU-Ebene?....	146
A. Stellung der Kirchen de jure: Das rechtliche Verhältnis zwischen dem Staat und den Kirchen	148
B. Zugang der Kirchen zu nationalen politischen Akteuren	154
C. Finanzielle Ressourcen der Kirchen.....	158
D. Zwischenfazit	162
E. Alternative Erklärung: Mitgliederzahl	164
F. Alternative Erklärung: Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie	169
G. Fazit: Erklärungsfaktoren für kirchliche Interessenvertretung auf EU-Ebene	171
VII. Fallstudie: „Wann ist der Mensch ein Mensch?“ – Die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen im Hinblick auf eine Förderung humaner embryonaler Stammzellforschung.....	174
A. Die Gewinnung von embryonalen Stammzellen und die damit verbundene ethische Herausforderung	175
B. Positionen der Kirchen zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen	177
1. Die römisch-katholische Kirche	177
2. Die evangelischen Kirchen.....	179
3. Die anglikanischen Kirchen	180
4. Die orthodoxen Kirchen	180
5. Die alt-katholischen Kirchen.....	181
6. Die nicht vorhandene Position der EECCS bzw. der CSC	182
C. Der institutionelle Kontext: Der rechtliche Status des menschlichen Embryos und die nationalen Regelungen zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen	184
D. Strategien der kirchlichen Interessenvertretung im Hinblick auf eine Förderung von heSF auf EU-Ebene	186
E. Fazit der Fallstudie	211
VIII. Fallstudie: „Finger weg von meinem Staat-Kirchen-System! Gerne treten wir in einen verpflichtenden Dialog!“ – Die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen für den Schutz der nationalen Staat-Kirchen-Systeme vor einem EU-Eingriff und für einen Dialog mit den EU-Organen.....	214
IX. Die Kirchen und die EU – Fazit und Ausblick.....	285
X. Literaturverzeichnis.....	297
XI. Abkürzungsverzeichnis	347
XII. Anhang	348
A. Liste der geführten Interviews.....	348
B. Beispiel für Interviewleitfaden.....	349

Abbildungsverzeichnis

Schaubild 1: Orthodoxe Kirchen mit Hauptsitz in der EU.....	46
Schaubild 2: Evangelische Kirchen mit Hauptsitz in der EU	48
Schaubild 3: Mennonitische und baptistische Kirchen mit Hauptsitz in der EU	50
Schaubild 4: Anglikanische Kirchen mit Hauptsitz in der EU.....	51
Schaubild 5: Methodistische Kirchen und die Heilsarmee mit Hauptsitz in der EU	52
Schaubild 6: Alt-katholische Kirchen mit Hauptsitz in der EU	53
Schaubild 7: Römisch-katholische "Kirchen" mit Hauptsitz in der EU.....	53
Schaubild 8: Pfade der Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem.....	83
Schaubild 9: Erklärungsfaktoren für Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem	92
Schaubild 10: Orthodoxe Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC.....	115
Schaubild 11: Evangelische Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC und GEKE.....	115
Schaubild 12: Mennonitische und Baptistische Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC...	117
Schaubild 13: Anglikanische Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC.....	118
Schaubild 14: Methodistische Kirchen und die Heilsarmee und ihre Mitgliedschaft bei CSC und GEKE	118
Schaubild 15: Alt-katholische Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC	118
Schaubild 16: Zuordnung der Mitgliedstaaten zu den Staat-Kirchen-Modelle.....	149
Schaubild 17: Verbindungsbüros, Secondments und Staat-Kirchen-Modelle	151
Schaubild 18: Zuordnung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Gewährung kirchlicher Autonomie.....	153
Schaubild 19: Verbindungsbüros, Secondments und politisches Selbstverständnis.....	157
Schaubild 20: Zuordnung der Mitgliedstaaten zu Kirchenfinanzierungsmodellen.....	159
Schaubild 21: Verbindungsbüros, Secondments und Kirchenfinanzierungsmodelle	162
Schaubild 22: Kirchen nach Mitgliederanzahl	164
Schaubild 23: Mitgliederstärkste alt-katholische Kirchen	165
Schaubild 24: Mitgliederstärkste anglikanische Kirchen	165
Schaubild 25: Mitgliederstärkste evangelische Kirchen	166
Schaubild 26: Mitgliederstärkste orthodoxe Kirchen.....	167
Schaubild 27: Mitgliederstärkste römisch-katholische Kirchen	168
Schaubild 28: Mitgliedstaaten mit und ohne Definition eines Embryos.....	185
Schaubild 29: Zusammensetzung des Konvents zur Zukunft Europas	237

Einleitung

„In dieser vielseitigen Tätigkeit an der Schnittstelle zwischen Kirche und Staat verantworten Sie sozialanwaltliche und sozialetische Aktivitäten und Äußerungen der (...) Kirche und nehmen deren institutionelle Interessen gegenüber der Politik wahr.“

Bei diesem Satz, der einer Stellenausschreibung¹ einer Kirche entnommen ist, werden einige Leser bereits stocken. Kirchen² und Interessenvertretung³ – wie passt das zusammen? Sind Kirchen Lobbyisten? Die Frage, ob Kirchen Interessenorganisationen sind, wird von durchschnittlichen Kirchgängern, Politikern, Mitarbeitern öffentlicher Verwaltungen, Mitarbeitern von Kirchen und Personen mit kirchlichen Leitungsfunktionen genauso unterschiedlich beantwortet wie in der wissenschaftlichen Literatur. Manche, die die Frage verneinen, streiten ab, dass Kirchen überhaupt Interessen haben. Nur: Warum haben Kirchen in den Hauptstädten ihres Heimatstaats und in Brüssel Büros, deren Mitarbeiter offensichtlich nicht hauptberuflich in der Seelsorge tätig sind?

In dieser Arbeit wird die Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem untersucht. Die Analyse der Interessenvertretung von Kirchen basiert auf der Annahme, dass Kirchen vielfältige Tätigkeiten ausüben und u. a. auch Interessen gegenüber politischen Akteuren vertreten. Dieser Aspekt der Tätigkeit von Kirchen steht im Mittelpunkt dieser Arbeit und deshalb ist es möglich, zum einen Kirchen als Interessenorganisationen zu begreifen und zum anderen ihre Tätigkeit unter Rückgriff auf die theoretischen Ansätze und Methoden der politikwissenschaftlichen Interessenorganisationsforschung zu analysieren.

Integrationsforscher haben das Thema „Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem“ noch nicht für sich gewonnen. Um sich dem Themenkomplex anzunähern, kann auf drei Forschungsstränge zurückgegriffen werden: Politikwissenschaftliche Forschung zum Thema „Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem“, theologische, juristische und soziologische Forschung zum Thema „Kirchen und Religion auf der Ebene der

¹ Die Ausschreibung für die Stelle des Stellvertreters des Bevollmächtigten des Rates der EKD war am 01.04.2012 im Stellenmarkt der Frankfurter Allgemeinen Zeitung abgedruckt.

² Kirchen sind Religionsgemeinschaften, die sich ausschließlich auf die Bibel beziehen (vgl. zu Kirchen ausführlicher Kapitel II A und B).

³ Unter Interessenvertretung wird die Übermittlung der Position der Organisation zu einem politischen Sachverhalt, meist konkret zu einer geplanten Rechtssetzungsmaßnahme, verstanden (vgl. dazu ausführlicher Kapitel I F und G).

Europäischen Union“ und politikwissenschaftliche und juristische Forschung zum Thema „Kirchen und die EU-Staaten“. Im Folgenden wird der Stand der Forschung⁴ nach diesen drei Themenkomplexen getrennt aufgezeigt.

Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem

Der theoretische Ansatz des Regierens im europäischen Mehrebenensystem (Multi-Level Governance) wurde von Gary Marks⁵ zu Beginn der 1990-er Jahre induktiv durch seine Beschäftigung mit der Regional- und Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft entwickelt und gemeinsam mit Kollegen weiterentwickelt (vgl. Hooghe/Marks 1996; Hooghe/Marks 2001; Marks 1997; Marks 1992; Marks/Haessly/Mbaye 2002; Marks/Hooghe/Blank 1996; Marks/McAdam 1996; Marks/McDoug 1999⁶). Grundlage dieses Ansatzes ist, dass die Europäische Union als eigenständiges politisches System aufgefasst wird (vgl. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 18). Dieses politische System kann damit auch Gegenstand der vergleichenden Analyse politischer Systeme sein (vgl. Knodt/Stoiber 2007: 89-95). Im Mittelpunkt stehen Entscheidungsprozesse. Das Erkenntnisinteresse, das mit dem Multi-Level-Governance-Ansatz (MLG-Ansatz) verbunden ist, liegt damit im Gegensatz zu den Theorien der europäischen Integration⁷ nicht in der Erklärung, warum und wie Staaten zusammenarbeiten und wie sich der Integrationsprozess gestaltet. Gemeinsam ist den Theorien der europäischen Integration, dass die Herausbildung gemeinschaftlicher Institutionen erklärt werden soll. Vertreter des MLG-Ansatzes gehen mit Vertretern des Supranationalismus davon aus, dass es nicht allein die mitgliedstaatlichen Regierungen sind, die politische Entscheidungen im Rahmen der EU treffen, sondern dass die Entscheidungsbefugnis verschiedenen Akteuren auf verschiedenen Ebenen zukommt. Es gibt im MLG-Ansatz keine Trennung zwischen nationaler und europäischer Ebene und subnationale Akteure wie subnationale Autoritäten und Interessenorganisationen bewegen sich in der nationalen und der europäischen Arena und vernetzen sich transnational. Politikwissenschaftliche Arbeiten zur Entwicklung des MLG-Ansatzes, den damit verbundenen wissenschaftlichen Herausforderungen und Analysen auf nationaler, regionaler, europäischer und globaler Ebene liegen vielfach vor (vgl. pars pro toto: Bache/Flinders 2004a; Enderlein/Wälti/Zürn 2011; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2010; Piattoni 2010).

⁴ Stichtag für den in diese Darstellung eingegangenen Stand der Forschung ist der 15.02.2012.

⁵ Autorennamen werden im Abschnitt „Stand der Forschung“ bei ihrer ersten Nennung durch kursive Schriftart hervorgehoben.

⁶ Autoren werden in dieser Arbeit in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

⁷ Zu den Theorien der europäischen Integration gehören der Neofunktionalismus (vgl. Haas 1961; Haas 1970; Haas 2004), der Liberale Intergouvernementalismus (vgl. Moravcsik 1993; Moravcsik 2003), der aus dem In-

Der MLG-Ansatz kann mit Gary Marks als ein akteurzentrierter Ansatz begriffen werden⁸. Im Blickpunkt der Forschung zur Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem stehen Organisationen, die versuchen, auf den politischen Prozess und damit auf Rechtssetzungsmaßnahmen der EU Einfluss zu nehmen. Die Forschung zur Interessenvertretung von Interessenorganisationen und von subnationalen Gebietskörperschaften im europäischen Mehrebenensystem fand lange Zeit in verschiedenen Forschungsgemeinschaften und mit wenigen Querbezügen statt (vgl. Knodt/*Greenwood/Quittkat* 2011: 350). Der Aspekt, der bei der Wahl eines akteurzentrierten Zugriffs im Mittelpunkt der Forschung steht, ist die Europäisierung der Interessenorganisationen⁹: Europäisierung wird verstanden als die Erweiterung des Wahrnehmungshorizontes und des politischen Handlungsraums um die europäische Dimension (vgl. Kohler-Koch 2000: 22) und die Einstellung auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems als ein interpenetriertes System (vgl. Knodt 2000: 238). Dieses Verständnis von Europäisierung aus einer akteurzentrierten Perspektive steht im Gegensatz zu Ansätzen, die Auswirkungen der EU auf einen Mitgliedstaat (System der Interessenvermittlung, institutionelle Strukturen, politisch-administrativer Prozess) analysieren (vgl. *pars pro toto Schmidt* 1999; *Börzel* 1999). Christine Quittkat hat eine Untersuchung, die sowohl die Europäisierung der Interessenorganisationen als auch die Europäisierung des Systems der Interessenvermittlung beleuchtet, vorgelegt (vgl. Quittkat 2006). Dazu hat sie das Analysemodell von Philippe C. *Schmitter* und Wolfgang *Streeck* der Einflusslogik (Eigenschaften des politischen Systems) und der Mitgliederlogik (Eigenschaften der Interessenorganisationen) auf die EU angewendet (vgl. Quittkat 2006: 21-25). Sie kommt zu dem Schluss, dass die Anpassung nationaler Wirtschaftsverbände an das politische System der EU von den Unterschieden zwischen dem nationalen und dem europäischen politischen System abhängt: Lediglich dort, wo Strategien vom nationalen auf das politische System der EU ohne oder mit leichter Anpassung übertragen werden können, ist die Interessenvertretung auf EU-Ebene erfolgreich (vgl. Quittkat 2006: 225). Viele Studien gehen der Frage nach, von welchen Faktoren die Europäisierung nationaler Interessenorganisationen abhängt (vgl. *Eising* 2004; *Beyers/Kerremans* 2007).

Die Strategien von Organisationen, die versuchen, Einfluss auf den politischen Prozess der EU zu nehmen (vgl. *Beyers* 2002; *Beyers* 2004; *Eising* 2007; *Heinelt/Niederhäfner* 2008;

tergouvernementalismus (vgl. *Hoffmann* 1966) entwickelt wurde, und der Supranationalismus (*Stone Sweet/Sandholtz* 1997), der auf den Neofunktionalismus zurückgreift. Einen Überblick über die Theorien der europäischen Integration bietet *pars pro toto* der Sammelband von Hans-Jürgen *Bieling* und Marika *Lerch* (vgl. *Bieling/Lerch* 2006).

⁸ Siehe hierzu u. a. den Artikel „An Actor-Centred Approach to Multi-Level Governance“ (Marks 1997).

⁹ Zur Europäisierung der Interessenvertretung siehe ausführlicher Kapitel IV B.

Knodt 1998; Knodt 2011; *Mahoney* 2007) sowie Erklärungen für die Wahl der Strategien oder den Zugang zu politischen Adressaten sind vielfach untersucht worden (vgl. Beyers 2002; Beyers 2008; Eising 2007; *Pollack* 1997; *Tatham* 2010)¹⁰. Dass Organisationen nicht nur Einfluss auf die EU-Rechtsetzung, sondern auch auf deren Implementation im nationalen Kontext nehmen, zeigen Hubert Heinelt et al. am Beispiel der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, am Beispiel der Novel-Food-Verordnung sowie am Beispiel der EU-Strukturfondsförderung auf (vgl. Heinelt/*Kopp-Malek/Lang/Reissert* 2005; Heinelt/*Meinke-Brandmeier/Terizakis* 2005). Bei der Umsetzung einer EU-Rechtssetzungsmaßnahme können Organisationen die Rolle von „watch dogs“ im Sinne funktionaler Äquivalente für Kontrollagenturen der Kommission übernehmen und die rechtskonforme Umsetzung vor Ort überwachen (vgl. Heinelt/*Meinke-Brandmaier/Terizakis* 2005: 285). Mit der methodischen Herausforderung, den Einfluss von Interessenorganisationen zu messen, befassen sich wenige Studien (vgl. *Dür* 2008a; *Dür* 2008b; *Dür/De Bièvre* 2008; *Michalowitz* 2007).

Zur Interessenvertretung in der EU sind Sonderausgaben von Fachzeitschriften erschienen (vgl. pars pro toto: Beyers/*Eising/Maloney* 2008, *Coen* 2007; Knodt/*Greenwood/Quittkat* 2011). Einen Überblick über Interessenpolitik im europäischen Mehrebenensystem bietet zudem der von Rainer Eising und Beate Kohler-Koch herausgegebene Sammelband (vgl. *Eising/Kohler-Koch* 2005).

Kirchen und Religion auf EU-Ebene

Wie die Betrachtung der Forschung zur Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem gezeigt hat, liegen keine politikwissenschaftlichen Arbeiten zur Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem vor. In anderen Disziplinen als der Politikwissenschaft wurden im Rahmen breiterer Fragestellungen Fallbeispiele für kirchliche Interessenvertretung auf EU-Ebene beleuchtet. Dabei ist zwischen Arbeiten, die sich auf christliche Kirchen konzentrieren, und solchen, die auch Vertreter von Islam, Judentum, Buddhismus und Humanismus in den Blick nehmen, zu unterscheiden. Der Stand der Forschung zu „Kirchen und Religion auf EU-Ebene“ wird im Folgenden getrennt nach Arbeiten, die sich auf christliche Kirchen konzentrieren, und Arbeiten, die auch andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften umfassen, vorgestellt.

Sylvia *Losansky* hat in ihrer Monographie aus der Perspektive der evangelischen Sozialethik nach dem Beitrag der Kirchen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa gefragt. Aus den theoretischen Konzepten von Jürgen Habermas, Papst Johannes Paul II. und dem ehema-

¹⁰ Zu den Strategien der Interessenorganisationen siehe ausführlicher Kapitel IV C. Zu den Erklärungen für die Strategiewahl siehe Kapitel IV D.

ligem Ratsvorsitzenden der EKD Bischof Wolfgang Huber hat sie einen Kriterienkatalog, an dem sich die Kirchen bei öffentlichen Äußerungen orientieren sollten, gewonnen und „das öffentliche Reden“ von Kirchen anhand von Fallbeispielen nachgezeichnet und überprüft (vgl. Losansky 2010: 25- 28). Dazu wurden die kirchlichen Grundlagendokumente und tagesaktuellen Stellungnahmen insbesondere der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), aber auch der evangelischen Dachorganisation (GEKE¹¹) und der Dachorganisation der alt-katholischen, anglikanischen, evangelischen und orthodoxen Kirchen (CSC¹²), in fünf Politikfeldern¹³ zusammengetragen und analysiert (vgl. Losansky 2010: 190-419). Der Theologe und Jurist Patrick Roger *Schnabel* zeichnet in einem Zeitschriftenbeitrag die Entwicklung der kirchlichen Position zum sogenannten „Kirchenartikel“¹⁴ und die Einbringung gegenüber den politischen Entscheidungsträgern nach (vgl. Schnabel 2011). Zudem hat die Juristin Sophie *van Bijsterveld* die Genese der „Kirchenerklärung von Amsterdam“¹⁵ und die Interessenvertretung der COMECE¹⁶ nachgezeichnet (vgl. Bijsterveld 1999: 47-49).

Die Soziologin Friederike *Böllmann* hat die Entwicklung des politischen Engagements religiöser Organisationen auf EU-Ebene anhand der Zahl der Organisationen, die mindestens eine schriftliche Stellungnahme zum Konvent zur Grundrechtecharta (1999-2000) und zum Konvent zur Zukunft Europas (2002-2003) einreichten, untersucht (vgl. Böllmann 2010: 151-159). In einem nächsten Schritt versuchte sie, den Anstieg oder das Ausbleiben des politischen Engagements religiöser Organisationen auf EU-Ebene unter Rückgriff auf Organisationsmerkmale theoretisch zu erklären (vgl. Böllmann 2010: 23-24). Böllmann geht es nicht darum, herauszufinden, welche Strategien der Interessenvertretung Kirchen in einem konkreten politischen Prozess angewendet haben, sondern darum, die Art des Lernens von Organisationen offen zu legen und zu erklären. In der Monographie des Theologen und Philosophen Michael *Weninger*¹⁷ zur religiösen Dimension der europäischen Integration sowie dem Mitspracherecht und der tatsächlichen Mitsprache von Kirchen und Religions- und Weltanschau-

¹¹ Die Abkürzung GEKE steht für „Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa“.

¹² Die Abkürzung CSC steht für „Church and Society Commission“.

¹³ Die fünf Politikfelder umfassen: Staat-EU-Kirche-Verhältnis, Europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik, Europäische Grundrechtecharta, Europäische Verfassung/Vertrag von Lissabon und Soziale Dienstleistungen und europäisches Wettbewerbsrecht.

¹⁴ Der „Kirchenartikel“ ist der Artikel im EU-Primärrecht, der die Kompetenzen zur Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses den Mitgliedstaaten der EU zuweist und festschreibt, dass die EU einen Dialog mit Kirchen führt. Der Artikel findet sich in Art. 17 AEUV.

¹⁵ Die „Kirchenerklärung von Amsterdam“ ist die Erklärung Nr. 11 der Schlussakte des Vertrags von Amsterdam. In dieser nicht rechtsverbindlichen Erklärung wird die Kompetenz zur Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses den Mitgliedstaaten der EU zugewiesen.

¹⁶ Die Abkürzung COMECE steht für „Commissio Episcopatum Communitatis Europensis“.

¹⁷ Michael Weninger war von 2001 bis 2007 Berater für Religionen, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften beim Präsidenten der Europäischen Kommission.

ungsgemeinschaften findet sich ein Abschnitt zum Engagement der Kirchen für einen Kirchenartikel und einen Gottesbezug im Verfassungsvertrag während des Konvents zur Zukunft Europas (vgl. Weninger 2007: 184-219).

Die weiteren vorliegenden Arbeiten zum Themenkomplex „Kirchen und EU“, die keine Fallbeispiele zu kirchlicher Interessenvertretung beinhalten, werden im Folgenden vorgestellt. Bérengère Massignon nimmt aus einer politikwissenschaftlichen und soziologischen Perspektive die politische und die religiöse Globalisierung in den Blick (vgl. Massignon 2007: 12). Sie fragt nach der Herausbildung und Strukturierung eines Modells des Umgangs mit Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften von Seiten der Europäischen Organe, wobei sie auch die Herausbildung der religiösen Verbindungsbüros in Brüssel nachzeichnet (vgl. Massignon 2007: 17). Dabei betrachtet sie neben Kirchen auch andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Zur Entwicklung des Dialogs zwischen Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und den EU-Organen liegt zudem ein Artikel des Politikwissenschaftlers Lucian Leustean vor (vgl. Leustean 2011). Die Juristin Babett Gläser hat sich mit dem Verhältnis des Heiligen Stuhls zur EU in völkerrechtlicher Hinsicht befasst und dessen Positionierung für die Erweiterung der EU, die Grundrechtecharta, die Verfassung für Europa sowie in der Agrar- und Migrationspolitik vorgestellt (vgl. Gläser 2010). Sie stützt sich dabei auf die Vatikanzeitung „Osservatore Romano“ sowie offizielle Verlautbarungen des Heiligen Stuhls. Der Theologe Harutyun Harutyunyan hat eine Arbeit vorgelegt, in der die historische und zukünftige Entwicklung der EU und die Orientierungsmöglichkeiten für den Beitrag der Kirchen bei der Mitgestaltung der europäischen Integration analysiert werden (vgl. Harutyunyan 2008: 15). Dabei stellt Harutyunyan exemplarische Stellungnahmen zur Einigung Europas der anglikanischen, evangelischen, orthodoxen und römisch-katholischen Kirchen sowie der pan-europäischen Dachorganisationen der alt-katholischen, anglikanischen, evangelischen und orthodoxen Kirchen Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der römisch-katholischen Bischofskonferenzen Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE¹⁸) vor (vgl. Harutyunyan 2008: 60-114). Der Entwicklung und Struktur der Europäischen Ökumenischen Kommission für Kirche und Gesellschaft (EECCS), der Vorgängerorganisation von CSC, ist die Arbeit des Religionswissenschaftlers Hans-Ulrich Reuter gewidmet (Reuter 2002). Der Politikwissenschaftler Martin Steven hat aufgezeigt, dass die europäische Integration und die Säkularisierung die politische Rolle, die Kirchen im jeweiligen Nationalstaat haben, herausfordern und vorausgesagt, dass Kirchen ihre Interessen in Brüssel

¹⁸ Die Abkürzung „CCEE“ kommt vom Lateinischen Organisationsnamen „Consilium Conferentiarum Episcoporum Europae“.

vertreten müssen (vgl. Steven 2009). Zudem haben Mitarbeiter von Kirchen bzw. kirchlichen Dachorganisationen die Struktur und die Aufgaben ihrer Organisationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden vorgestellt (vgl. *Hatzinger*¹⁹/*Schnabel* 2009; *Lunte*²⁰ 1999; Lunte 2008; *Treanor*²¹ 2001; *Van Luyn*²² 1999). Auch der Berater für Religionen des Präsidenten der EU-Kommission in der Zeit von 1996 bis 2000, Thomas *Jansen*, hat Artikel veröffentlicht (vgl. Jansen 2000; Jansen 2001). Der von James *Barnett*²³ herausgegebene Sammelband zu Kirchen und Europa umfasst Essays von Mitarbeitern von Kirchen mit Funktionen in kirchlichen Dachverbänden und von Mitarbeitern des Europarates (vgl. Barnett 2005a). Kritisch zum Dialog der EU mit den Kirchen, wie er seit dem Vertrag von Lissabon im Primärrecht festgeschrieben ist, und zur tatsächlichen Repräsentativität der kirchlichen Organisationen für die EU-Bürger vor dem Hintergrund der Säkularisierung äußert sich der Politikwissenschaftler *Kenneth Houston* (vgl. Houston 2009). Aus einer historischen Perspektive wurde die Unterstützung der Päpste für die europäische Integration untersucht (vgl. *Chelini-Pont* 2009; *Chenau* 1990).

Mit der rechtlichen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Kirchen und der EU haben sich Juristen befasst. Dabei untersuchten sie – vor dem Hintergrund einer (bis 2009) fehlenden primärrechtlichen Norm zu Religion im Allgemeinen und Kirchen im Besonderen – die Auswirkungen sekundärrechtlicher Normen auf Religion und Kirchen und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu diesem Themenkomplex (vgl. *Berkmann* 2008; *Mückl* 2005; *Robbers* 2005a; *Seeger* 2007; *Vachek* 2000). Ein Beispiel für eine solche sekundärrechtliche Norm ist die Datenschutz-Richtlinie. Wie das europäische Datenschutzrecht auf die Kirchen und das nationale Staat-Kirche-Verhältnis einwirkt, lässt sich dem von Gerhard *Robbers* herausgegebenen Sammelband entnehmen (vgl. Robbers 1994a). Mit der Erklärung Nr. 11 der Schlussakte des Vertrags von Amsterdam wurden Kirchen und Religionsgemeinschaften erstmals im EU-Recht erwähnt. Die Rechtsnatur der Erklärung Nr. 11 zur Schlussakte des Vertrags von Amsterdam zum Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften wurde in der juristischen Literatur diskutiert (vgl. die genannten juristischen Arbeiten mit Ausnahme von Robbers 1994 sowie auch *Grzeszick* 2003; Robbers 1997). *Ronan McCrea* veröffentlichte eine Arbeit zur Rolle von Religion im Recht der EU und zur Art des religiösen

¹⁹ Katrin Hatzinger ist seit 2003 Mitarbeiterin und seit 2008 Leiterin des Büros der EKD in Brüssel. Patrick Roger Schnabel war von 2007 bis 2011 juristischer Referent im Büro der EKD in Brüssel.

²⁰ Stefan Lunte ist Berater für Wirtschaft, soziale Angelegenheiten und institutionelle Angelegenheiten bei der COMECE.

²¹ Noël Treanor war von 1993 bis 2008 Generalsekretär der COMECE.

²² Adrianus van Luyn war von 2006 bis 2012 Vorsitzender der COMECE.

²³ James Barnett war von 1995 bis 2001 Repräsentant des Erzbischofs von Canterbury bei der EU.

Einflusses auf EU-Rechtssetzungsmaßnahmen (vgl. McCrea 2010). Mit den Prinzipien des EU-Religionsrechts setzte sich Norman *Doe* auseinander (vgl. Doe 2009). Claus Dieter *Classen* hat Art. 17 AEUV kommentiert (vgl. Classen 2011).

Widmet man sich dem breiteren Themenbereich „Religion und EU“, so finden sich Arbeiten zu unterschiedlichen Aspekten. Aus einer Makroperspektive ist der Faktor Religion als Legitimationsgrundlage der EU und Identitätsfaktor untersucht (vgl. Foret 2009; *Schlesinger/Foret* 2006) oder die Religionsvorstellungen der EU und ihrer Bürger empirisch untersucht und Unterschiede theoretisch erklärt worden (vgl. *Gerhards* 2005). Anderen Studien lag die Frage zu Grunde, ob die religiöse bzw. konfessionelle Zugehörigkeit der Bürger oder religiöse Intoleranz Einfluss auf die Unterstützung und Bejahung der europäischen Integration habe (vgl. *Hobolt et. al.* 2011; *Nelsen/Guth/Fraser* 2001). Auch der Einfluss religiöser Einstellungen auf die Wahlentscheidungen bei Wahlen des Europäischen Parlaments wurde untersucht (vgl. *Van der Brug/Hobolt/De Vreese* 2009). Gregor *Waschinski* hat die Positionierung der Mitgliedstaaten in der Debatte um einen Gottesbezug im Verfassungsvertrag der EU in einer makro-qualitativen Analyse auf die Staat-Kirche-Verhältnisse, die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu den Kirchenfamilien, den Glauben an Gott und die Widerspiegelung der religiösen Konfliktlinien in den Parteiensystemen in den Mitgliedstaaten zurückgeführt (vgl. *Waschinski* 2007). Mit der Betrachtung der EU von Seiten von Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie dem Verhältnis zwischen EU und Kirchen und Religionsgemeinschaften setzt sich der von Peter-Christian *Müller-Graff* und Heinrich *Schneider* herausgegebene Sammelband auseinander (vgl. *Müller-Graff/Schneider* 2003). Die Zeitschrift „Religion, State & Society“ brachte 2009 eine Sonderausgabe zum Thema „Religion, Politics and Law in the European Union“ heraus, in der es aus einer interdisziplinären Perspektive um die Rolle von Religion in der europäischen Integration und im EU-Alltag sowie um die Reaktionen von Religionsgemeinschaften auf die EU ging (vgl. *Leustean/Madeley* 2009).

Kirchen und EU-Staaten

Während der eben vorgestellte Forschungsstrang sich mit Kirchen und Religion auf EU-Ebene befasste, wird in dem im Folgenden vorgestellten dritten Forschungsstrang die nationale Ebene in den Blick genommen.

Literatur über die Interessenvertretung von Kirchen ist nicht nur mit Blick auf den politischen Prozess der EU, sondern auch mit Blick auf die kirchliche Interessenvertretung in den EU-

Staaten spärlich vorhanden. Bisher sind kaum Analogien zwischen Kirchen und anderen Untersuchungsgegenständen der Politikwissenschaft wie Parteien oder Verbänden gezogen worden (so auch *Enyedi* 2003: 230; *Steven* 2009: 183). Dies steht im Gegensatz zur politikwissenschaftlichen Forschung in den USA, die Kirchen als Interessenorganisationen untersucht (vgl. pars pro toto *Fowler/Hertzke* 2010: 119-168). So verwundert es nicht, dass die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Carolyn Warner sich mit der politischen Rolle von Kirchen in EU-Staaten in vergleichender Perspektive befasste und dabei Kirchen als Interessengruppen betrachtete²⁴. Sie analysierte Präferenzen, Strategien und Allianzen der römisch-katholischen Bischofskonferenzen und des Vatikans mit christlich-demokratischen Parteien in Italien, Frankreich und Deutschland in der Zeit von 1944 bis 1958 (vgl. Warner 2000) und hat einen Ausblick bis in die 1990-er Jahre gegeben (vgl. Warner 2003). Von Seiten deutscher Politikwissenschaftler sind in den letzten Jahren einige Arbeiten zur kirchlichen Interessenvertretung in Deutschland in unterschiedlichen Politikfeldern erschienen (vgl. für Lebensschutz und Sozialpolitik: *Liedhegener* 2006;²⁵ für Bildungspolitik: *Thielking* 2005; für Entwicklungspolitik: *Willems* 1998). Im Vordergrund stand in der deutschen Debatte lange Zeit die Frage, ob Kirchen zu den Interessenorganisationen gezählt werden können oder nicht (vgl. für unterschiedliche Positionen *Abromeit* 1989; *Willems* 2007).

Das Verhältnis von Kirchen und EU-Staaten ist von Staatskirchenrechtlern inzwischen gut erforscht worden. Ein Überblick zum rechtlichen Verhältnis zwischen den EU-Staaten und den Kirchen findet sich in den von Hartmut *Kreß* (vgl. *Kreß* 2004), von Gerhard *Robbers* (vgl. *Robbers* 2005b) und von Jean-Paul *Durand*, David *McClean* und Burkhard *Kämper* (vgl. *Durand/McClean/Kämper* 2007) herausgegebenen Sammelbänden. Wie es um die Autonomie der Kirchen in den EU-Staaten bestellt ist, lässt sich aus dem von Gerhard *Robbers* herausgegebenen Sammelband erfahren (vgl. *Robbers* 2001). Zu einer möglichen Angleichung der Staat-Kirchen-Beziehungen in den EU-Staaten und den Konsequenzen für die europäische Integration gibt der von Burkhard *Kämper* herausgegebene Sammelband einen grundlegenden Einblick (vgl. *Kämper* 2002). Zum Verhältnis des Staatskirchenrechts in Deutschland und der EU ist der von Alexander von *Campenhausen* (vgl. *Campenhausen* 2003) herausgegebene Sammelband aufschlussreich. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive wurden die neuesten Entwicklungen der Kirche-Staat-Beziehungen in acht EU-Staaten in einer Ausgabe der Zeit-

²⁴ „To put it bluntly, the Catholic Church is, in addition to being a religion, an interest group” (Warner 2000: 7).

²⁵ Antonius Liedhegener untersucht die Rolle bzw. die Position der katholischen Bischofskonferenzen und katholischer Laienorganisationen in Deutschland und den USA in vergleichender Perspektive (vgl. *Liedhegener* 2006: 19).

schrift „West European Politics“ analysiert und Forschungsdesiderata identifiziert (vgl. Enyedi 2003: 219). Der von *Hartmut Behr* und *Mathias Hildebrandt* herausgegebene Sammelband beleuchtet das Staat-Kirche-Verhältnis in zehn Mitgliedstaaten der EU und die Auswirkungen der EU auf dieses Verhältnis aus politikwissenschaftlicher Sicht (vgl. Behr/Hildebrandt 2006). Das zentrale Forschungsdesiderat für die Politikwissenschaft ist die Entwicklung von spezifischen politikwissenschaftlichen Konzepten, um Staat-Kirche-Beziehungen und deren Dynamik zu erfassen (vgl. Enyedi 2003: 230; *Minkenberg* 2003a: 115). Eine solche Konzeptualisierung von Staat-Kirche-Verhältnissen sollte, so wurde angemahnt, neben rechtlichen auch politische und ökonomische Kriterien berücksichtigen, um dann die Auswirkungen konkreter Staat-Kirche-Verhältnisse auf gesetzliche Regelungen untersuchen zu können (vgl. *Minkenberg* 2003a: 120). Der Politikwissenschaftler Michael Minkenberg griff bei seinem Vorschlag einer solchen Konzeptualisierung auf Arbeiten aus der Soziologie²⁶ zurück (vgl. *Minkenberg* 2003a: 121-122). Er legte eine Tabellenanalyse zu den Auswirkungen von Staat-Kirche-Verhältnissen auf die Familienpolitik und Abtreibungsregelungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien vor und zeigte auf, dass nicht nur die religiöse Zugehörigkeit der Bevölkerung, sondern auch die Ausgestaltung des Staat-Kirche-Verhältnisses die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen zwischen den betrachteten Staaten erklärt (vgl. *Minkenberg* 2003b: 205-213).

„The relevance of approaches using juridical, historical, economic, or philosophical perspectives is in no way denied. But by drawing analogies between churches and the other subjects of standard political science, like parties or corporations, or by contrasting types of church-state regimes and types of democracy, we may gain insights that the above-mentioned approaches cannot deliver“ (Enyedi 2003: 230). Eine Beschäftigung mit Kirchen und damit mit einer institutionellen Form von Religion aus seiner akteurzentrierten Perspektive ist bislang weitgehend ausgeblieben.²⁷

²⁶ Eine Gruppe von Soziologen und einem Wirtschaftswissenschaftler hatte Anfang der 1990er Jahre eine Rationalitätstheorie der Religion, die die Religiosität und gelebte Religiosität (gemessen an der Kirchengangshäufigkeit) auf das Angebotsprinzip zurückführte, entwickelt (vgl. Überblick über ihre Theorie bei *Stark/Iannaccone* 1994). Andere Soziologen sahen nicht den Wettbewerb zwischen den religiösen Anbietern (Kirchen), sondern die staatliche Regulierung der Religion als ausschlaggebenden Faktor für die religiöse Vitalität eines Staates an (vgl. *Chaves/Cann* 1992).

²⁷ Zur politikwissenschaftlichen Forschung zu Religion und Politik siehe die Überblicksdarstellungen bei *Willems/Minkenberg* 2003 und *Gill* 2001 sowie die Publikationen des Arbeitskreises „Politik und Religion“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft unter: <https://www.dvpw.de/gliederung/ak/politik-und-religion/homepage/publikationen.html> (20.02.2012). Die Sammelbände vereinigen interdisziplinäre Beiträge.

Ziel, Aufbau und Methoden dieser Arbeit

Wie der Überblick zum Stand der Forschung zur kirchlichen Interessenvertretung auf EU-Ebene und auf mitgliedstaatlicher Ebene zeigt, ist das Themenfeld bisher insgesamt wenig erschlossen. Politikwissenschaftliche Arbeiten zur Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem, d. h. unter Rückgriff auf den theoretischen Ansatz des Multi-Level-Governance, liegen nicht vor. Einen Beitrag zur Verringerung dieser Forschungslücke zu leisten, ist das mit dieser Arbeit verbundene Hauptziel. Dieses Hauptziel wird durch vier Unterziele erreicht: Ein Ziel ist es, nachzuweisen, dass Kirchen als Interessenorganisationen begriffen werden können (Kapitel I und Kapitel II). Ein zweites Ziel ist es, zu analysieren, ob sich Kirchen überhaupt und welche Kirchen sich in ihrer Interessenvertretung europäisiert haben, d. h. ihren Wahrnehmungshorizont und ihren politischen Handlungsraum um die EU-Ebene erweitert und sich auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems eingestellt haben (vgl. Kohler-Koch 2000: 22; Knodt 2000: 238). Dies geschieht in Kapitel V. Ein drittes Ziel dieser Arbeit ist es, die gegebenenfalls gefundenen Unterschiede in der Europäisierung der Interessenvertretung unter Rückgriff auf den MLG-Ansatz theoretisch zu erklären (Kapitel VI). Ein weiteres mit dieser Arbeit verbundene Ziel ist es, die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem allgemein (Kapitel V) und anhand von zwei Fallstudien (Kapitel VII und Kapitel VIII) zu analysieren.

Die diese Untersuchung leitende Frage lautet: „Inwiefern haben sich Kirchen in ihrer Interessenvertretung europäisiert?“. Folgende konkrete Fragen sollen in dieser Arbeit beantwortet werden:

- (1) Sind Kirchen Interessenorganisationen bzw. was sind Kirchen?
- (2) Haben Kirchen ihren Wahrnehmungshorizont und ihren politischen Handlungsraum um die EU-Ebene erweitert und sich auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems eingestellt?
- (3) Warum haben sich gegebenenfalls manche Kirchen in ihrer Interessenvertretung europäisiert und andere nicht?
- (4) Mit welchen Strategien versuchen Kirchen ihre Interessen in konkreten Fällen in den politischen Prozess der EU einzubringen?

Diese Arbeit ist zu einem großen Teil interdisziplinär angelegt. Zur Analyse der Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem wurde auf politikwissenschaftliche, theologische, juristische, soziologische und wirtschaftswissenschaftliche Forschung zurückgegriffen. Die damit einhergehende Herausforderung bestand in der Einarbeitung in ge-

trennte Forschungsgemeinschaften und der Verbindung der verschiedenen Literaturstränge. Trotz der interdisziplinären „Ausflüge“ handelt es sich hier um eine politikwissenschaftliche Arbeit.

Der Aufbau dieser Arbeit, der bereits in Konturen aufgezeigt wurde, wird im Folgenden detaillierter dargestellt.

Es kann angenommen werden, dass einer der Gründe für die Zurückhaltung der (zumindest deutschen) politikwissenschaftlichen Forschung, die Interessenvertretung von Kirchen insgesamt und u. a. im europäischen Mehrebenensystem zu untersuchen, mit der kontroversen Diskussion zur Frage einhergeht, ob Kirchen Interessenorganisationen sind. Vor diesem Hintergrund ist das erste mit dieser Arbeit verbundene Ziel die Erbringung des begründeten Nachweises, dass Kirchen als Interessenorganisationen begriffen werden können. Zu diesem Zweck erfolgt die Aufarbeitung des Begriffs „Interessenorganisation“ in Kapitel I, in dem der Begriff in seine Bestandteile „Organisation“ und „Interesse“ zerlegt wird. Dadurch wird ersichtlich, dass der Begriff „Interesse“ und damit auch derjenige der „Interessenorganisation“ vielfach verengt gebraucht und negativ aufgeladen wird. Wenn ein breites, neutrales Verständnis des Begriffs „Interesse“ zu Grunde gelegt wird, lassen sich Kirchen mit dem Begriff „Interessenorganisation“ erfassen. Mit der Frage, was Kirchen sind und was sie im Vergleich zu anderen Organisationen auszeichnet, setzt sich Kapitel II auseinander. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass Kirchen Non-Profit-Organisationen „mit himmlischem Auftrag“ sind. In Kapitel II C wird eine empirische Bestandsaufnahme der Kirchen mit Hauptsitz in der EU vorgelegt. Die so gewonnene Grundgesamtheit von 151 Kirchen²⁸ ist die Grundlage für eine Analyse der Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen.

Wie in Kapitel I gezeigt wird, werden Organisationen als Interessenorganisationen tätig, wenn sie von politischen Entscheidungen betroffen sind und sich mit dem Ziel, unerwünschte Auswirkungen durch eine (geplante) Rechtsetzungsmaßnahme auf das Handeln der Organisation abzuwehren beziehungsweise die Kontextbedingungen für ihr Handeln aktiv mit zu gestalten oder grundsätzlich mit politischen Akteuren in Kontakt zu sein, an politische und administrative Akteure wenden. In dieser Arbeit wird die Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem untersucht, weshalb in Kapitel III A gezeigt wird, welche Zu-

²⁸ Die nationalen römisch-katholischen Bischofskonferenzen werden in dieser Arbeit wie nationale Kirchen behandelt, um die Vergleichbarkeit mit den alt-katholischen, anglikanischen, evangelischen und orthodoxen Kirchen zu sichern. Der Verfasserin dieser Arbeit ist bewusst, dass es nur eine römisch-katholische Kirche gibt und die nationalen Bischofskonferenzen keine eigenständigen Kirchen sind.

gangsmöglichkeiten Organisationen haben, Rechtsetzungsmaßnahmen auf EU-Ebene zu beeinflussen. Die Betroffenheit von Kirchen vom EU-Recht und die Zugangsmöglichkeiten zu den EU-Organen, die lediglich Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften offen stehen, stehen in Kapitel III B im Mittelpunkt.

Dem theoretischen Ansatz, auf dem diese Arbeit basiert, dem Multi-Level-Governance-Ansatz (MLG-Ansatz), ist Kapitel IV gewidmet. Da der Ansatz induktiv von Gary Marks entwickelt wurde, wird der MLG-Ansatz in dieser Arbeit unter Rückgriff auf dessen Arbeiten und dessen gemeinsam mit Kollegen vorgelegte Arbeiten aufgearbeitet (vgl. Hooghe/Marks 1996; Hooghe/Marks 2001; Marks 1997; Marks 1992; Marks/Haesly/Mbaye 2002; Marks/Hooghe/Blank 1996; Marks/McAdam 1996; Marks/McDoug 1999). Wie in Kapitel IV gezeigt wird, kann Organisationen im MLG-Ansatz mit Gary Marks zielorientiertes zweckrationales Handeln zugeschrieben werden. Aus diesem Grund wird das Handeln von Organisationen im MLG-Ansatz unter Rückgriff auf das Modell des rationalen Handelns und hier der weiten Variante der Theorie des rationalen Handelns spezifiziert (Kapitel IV A). Grundlage der Untersuchung der Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen ist das akteurzentrierte Konzept der Europäisierung von Beate Kohler-Koch und Michèle Knodt, das in Kapitel IV B vorgestellt wird, und die weite Variante der Theorie des rationalen Handelns. Nachdem die Strategien der Interessenvertretung von Wirtschaftsorganisationen und subnationalen Akteuren im europäischen Mehrebenensystem (Kapitel IV C), die aus empirischen Untersuchungen gewonnen wurden, und die von Vertretern des MLG-Ansatzes gegebenen Erklärungen für die Strategiewahl (Kapitel IV D) vorgestellt wurden, werden Hypothesen zur Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen formuliert (Kapitel IV E).

Die Analyse der Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen steht im Mittelpunkt von Kapitel V: Es wird gezeigt, welche Kirchen sich in welcher Form europäisiert haben und auf welche Strategien der Interessenvertretung Kirchen im europäischen Mehrebenensystem zurückgreifen. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass Kirchen sich aller Strategien der Interessenvertretung, die in empirischen Untersuchungen zur Interessenvertretung von Wirtschaftsorganisationen und subnationalen Akteuren festgestellt wurden, bedienen. So sind Kirchen Kooperationen eingegangen: Sie haben Dachorganisationen zur Interessenvertretung auf EU-Ebene gegründet oder sind diesen beigetreten, arbeiten bei der Organisation von Veranstaltungen zusammen oder geben gemeinsame Pressemitteilungen heraus (Kapitel V A). Sie haben sich teilweise administrativ an die EU angepasst und beispielsweise Referenten für EU-

Angelegenheiten ernannt oder Verbindungsbüros in Brüssel oder Straßburg eröffnet (Kapitel V B). Darüber hinaus treten Kirchen sowohl direkt an politische Entscheidungsträger oder administrative Akteure heran, als sie auch über Öffentlichkeitsarbeit versuchen, Rechtssetzungsmaßnahmen in ihrem Sinne zu beeinflussen (Kapitel V E). Dass Kirchen auch für den Schutz ihres Handlungsraums und für institutionelle Einflussmöglichkeiten auf EU-Ebene eingetreten sind, wird in Kapitel V (C und D) angerissen und in der Fallstudie in Kapitel VIII analysiert und nachgewiesen. Wie in Kapitel V gezeigt wird, haben sich Kirchen in ihrer Interessenvertretung europäisiert. Jedoch sind Unterschiede in der Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen zu erkennen. So sind nicht alle 151 Kirchen mit Hauptsitz in einem EU-Staat Mitglied in einer der Dachorganisationen. Zudem haben lediglich vier der 151 Kirchen ein Lobbyingbüro in Brüssel eröffnet und eine weitere Kirche hat einen Repräsentanten nach Brüssel entsendet. Daneben bringen sich einige Kirchen mehr als andere in die Arbeit ihrer Dachorganisationen ein, indem sie Mitarbeiter für eine gewisse Zeit zur Dachorganisation abordnen.

In Kapitel VI werden die theoretischen Annahmen mit den empirischen Fakten konfrontiert und die Hypothesen, die in Kapitel IV E aufgestellt wurden, überprüft. Dazu wird eine Operationalisierung der Faktoren, die als ausschlaggebend für die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen angesehen wurden, vorgenommen. Ersichtlich wird, dass keiner der Erklärungsfaktoren (Stellung im nationalen politischen System (insbesondere Autonomie), Zugang zu politischen Akteuren auf nationaler Ebene, finanzielle Ressourcen) für sich allein ausschlaggebend dafür ist, dass einige Kirchen ihren Wahrnehmungshorizont und politischen Handlungsraum um die EU-Ebene erweitert haben und sich auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems eingestellt haben, andere jedoch nicht. Das politische Selbstverständnis der Kirchen erwies sich als bedeutender Erklärungsfaktor. Dieses politische Selbstverständnis der Kirchen ist offensichtlich mit der historischen Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses im jeweiligen Mitgliedstaat verknüpft.

In Kapitel VII und Kapitel VIII werden die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen in Fallstudien analysiert. Untersucht wird die Interessenvertretung der beiden Dachorganisationen COMECE und CSC sowie die Interessenvertretung der mitgliederstärksten und ressourcenstärksten Kirchen der jeweiligen Kirchenfamilie. Die mitgliederstärksten Kirchen sind für

die alt-katholischen Kirchen: das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland²⁹, für die anglikanischen Kirchen: die Kirche von England, für die evangelischen Kirchen: die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), für die orthodoxen Kirchen: die Kirche von Griechenland³⁰ und für die römisch-katholische Kirche: die Italienische Bischofskonferenz. Die ressourcenstärksten Kirchen der jeweiligen Kirchenfamilie sind ebenfalls das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland, die Kirche von England, die EKD und die Kirche von Griechenland. Für die römisch-katholischen Kirchen ist dies die Deutsche Bischofskonferenz. Die Auswahl der untersuchten politischen Prozesse wurde nach der vermuteten Vielfalt der Strategien der Interessenvertretung vorgenommen. Es wird zum einen die Interessenvertretung von Kirchen im Hinblick auf die Diskussion um eine Förderung von embryonaler Stammzellforschung im Kontext der Rahmenprogramme für Forschung und technologische Entwicklung, der sogenannten Forschungsrahmenprogramme, untersucht (Kapitel VII). Dieser politische Entscheidungsprozess wurde ausgewählt, da zu vermuten war, dass Kirchen sich zu politischen Entscheidungen, die mit Fragen des menschlichen Lebens verknüpft sind, äußern – und zwar vor dem Hintergrund, dass Kirchen davon ausgehen, dass das menschliche Leben von Gott gegeben sei und Gott den Menschen nach seinem Bild geschaffen habe. Zum anderen wird die Interessenvertretung von Kirchen für einen rechtlich festgeschriebenen Schutz des Handlungsraums und für eine formelle Einbindung in den Entscheidungsprozess der EU im EU-Primärrecht untersucht (Kapitel VIII). Die Vertragsverhandlungen bzw. die politischen Prozesse zum Zustandekommen des EU-Primärrechts wurden ausgewählt, weil zu vermuten war, dass Kirchen bestrebt sind, eine Klärung ihres Verhältnisses zur Europäischen Union zu erwirken – und zwar vor dem Hintergrund, dass jeder Mitgliedstaat das Verhältnis zu Kirchen klar gestellt hat. Durch die Analyse der beiden politischen Prozesse, von deren Ergebnis einerseits ethische Interessen und andererseits institutionelle, d. h. eigene Interessen der Kirchen betroffen wären, sollte das ganze Spektrum der Strategien der Interessenvertretung von Kirchen erfasst werden. Durch die Analyse der Interessenvertretung von Kirchen in zwei Fallstudien können Kirchen einmal in ihrer Eigenschaft beziehungsweise ihrem Handeln als Fremdinteressenorganisation und einmal in ihrer Eigenschaft beziehungsweise ihrem Handeln als Eigeninteressenorganisation untersucht werden. Dieser Zugriff trägt der grundsätzlichen Möglichkeit Rechnung, dass Kirchen, wenn sie als Fremdinteressenorganisation han-

²⁹ Die mitgliederstärkste alt-katholische Kirche ist die Altkatholische Kirche der Mariaviten in Polen. Da der in den Fallstudien untersuchte Zeitraum teilweise vor dem Beitritt Polens zur EU im Jahr 2004 liegt, konnte das Handeln der Altkatholischen Kirche der Mariaviten nicht über den gesamten Zeitraum untersucht werden.

³⁰ Die mitgliederstärkste orthodoxe Kirche ist die Rumänische Orthodoxe Kirche. Da der in den Fallstudien untersuchte Zeitraum vor dem Beitritt Rumäniens zur EU im Jahr 2007 liegt, konnte das Handeln der Rumänischen Orthodoxen Kirche nicht untersucht werden.

deln, auf andere Strategien der Interessenvertretung zurückgreifen, als wenn sie als Eigeninteressenorganisation handeln. Wie aus den Fallstudien ersichtlich wird, hat sich dies bestätigt: Kirchen wenden teilweise andere Strategien der Interessenvertretung an, wenn es um die Vertretung von ethischen und institutionellen Interessen geht.

In beiden Fallstudien wird auf die Methode der Prozessanalyse (Process-tracing) zurückgegriffen: Bei der Prozessanalyse wird die Genese eines politischen Ergebnisses betrachtet. Dazu wird der politische Prozess, der der politischen Entscheidung vorausgegangen ist, in Zeitphasen eingeteilt und für jede Etappe nachgezeichnet, wie die betrachteten Akteure ihre Interessen vertreten haben. Das kann für den Leser zuweilen mühsam sein. Nur auf diese Weise wird jedoch deutlich, mit welchen Strategien der Positionsübermittlung die Kirchen ihre Interessen vertreten haben und ob sie dies lediglich punktuell oder kontinuierlich getan haben. Darüber hinaus wird nur auf diese Weise ersichtlich, ob, wie und wann Kirchen zusammengearbeitet haben. Demzufolge wird in den Fallstudien, falls möglich, die Positionsentwicklung in einer Kirche, in der Dachorganisation oder in Kooperation der Dachorganisationen ebenso dargestellt wie die Übermittlung der ausgearbeiteten Position an politische Adressaten. Durch die kleinteilige Analyse ist es möglich, Reaktionen der Kirchen auf bestimmte politische Ereignisse und von Kirchen angestoßene Aktionen von politischen Entscheidungsträgern nachzuzeichnen.

Die Gliederung der Fallstudien weicht voneinander ab. Dies ist durch den Umstand bedingt, dass die Positionen der Kirchen zur Stammzellforschung in jeder Kirchenfamilie (mit Ausnahme der alt-katholischen) bereits vor der Debatte auf EU-Ebene vorlagen und es anders als bei der Interessenvertretung für einen „Kirchenartikel“ zu keiner gemeinsamen Positionsentwicklung der beiden Dachorganisationen COMECE und CSC kam. Zudem musste der konkrete Formulierungsvorschlag für eine Regelung nicht (in ökumenischer Zusammenarbeit) an die jeweilige politische Situation angepasst werden. Platt ausgedrückt: Entweder man ist für Stammzellforschung oder dagegen. Bei Fragen des menschlichen Lebens feilscht man nicht um Formulierungen.

Diese Untersuchung stützt sich auf *öffentlich zugängliche Positionspapiere* sowie auf *unveröffentlichte Primärquellen* aus den Akten und Archiven der Interessenvertretungsbüros der Evangelischen Kirche in Deutschland (Brüssel) und der Dachorganisation der nicht-römisch-katholischen Kirchen CSC (Brüssel sowie Straßburg). Die Primärquellen umfassen Sitzungs-

protokolle, Telefonatsprotokolle, organisationsinterne E-Mails und Briefe, Berichte für interne Organisationszwecke, E-Mails zwischen den Dachorganisationen CSC und COMECE sowie Briefe und E-Mails an politische Entscheidungsträger und Bürokraten. Teilweise liegen diese Quellen als handschriftliche Notizen vor. Weiter stützt sich diese Arbeit auf *qualitative Interviews*, die die Verfasserin mit – zum Zeitpunkt der empirischen Erhebung beschäftigten und ehemaligen – Mitarbeitern der Büros der Dachorganisation COMECE (Brüssel), der Dachorganisation CSC (Brüssel und Straßburg), des Büros der Evangelischen Kirche in Deutschland (Brüssel) und des Büros der Kirche von Griechenland (Brüssel) geführt und aufgezeichnet hat. Zudem wurde ein qualitatives Interview mit dem Berater für Religionen der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament geführt und aufgezeichnet. Die Audiodateien wurden von der Verfasserin transkribiert und ausgewertet. Im Rahmen der persönlichen Interviews wurde ein standardisierter Fragebogen von den Gesprächspartnern ausgefüllt. Alle beantworteten Fragebogen wurden manuell ausgewertet.

Eine Untersuchung dieser Art ist auf das Entgegenkommen der untersuchten Organisationen angewiesen. Die römisch-katholische Kirche lehnte eine Untersuchung ihres politischen Handelns ab: Der Generalsekretär der römisch-katholischen Dachorganisation COMECE sprach sich in einem Interview mit der Verfasserin am 29.06.2011 im Sekretariat der COMECE in Brüssel gegen Interviews mit ihm und den zu diesem Zeitpunkt beschäftigten Mitarbeitern des Büros aus und lehnte eine Einsicht in Akten ab. Die Verfasserin wurde auf die Möglichkeit verwiesen, auf öffentlich zugängliche Dokumente wie Pressemitteilungen zurückzugreifen.³¹ Interviews mit zwei ehemaligen Referenten für institutionelle Angelegenheiten der COMECE konnten realisiert werden. Zudem profitierte die Verfasserin von einem Interview und mehreren Gesprächen mit dem Geschäftsführer der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz.

³¹ Die Anfrage eines Interviews mit einer ehemaligen Beschäftigten, der Referentin für Bioethik im untersuchten Zeitraum, wurde von der COMECE abgelehnt (vgl. E-Mail der ehemaligen Referentin für Bioethik der COMECE an die Verfasserin dieser Arbeit vom 20.10.2010). Die Verfasserin stellte deshalb durch den Geschäftsführer der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz einen Antrag auf Einsicht in Akten der Deutschen Bischofskonferenz zum Siebten Forschungsrahmenprogramm. Die Akteneinsicht wurde von der Deutschen Bischofskonferenz abgelehnt und es wurde auf Interviews mit den im Untersuchungszeitraum zuständigen Referentinnen der COMECE und des Kommissariats der deutschen Bischöfe – dem Verbindungsbüro der Deutschen Bischofskonferenz in Berlin – verwiesen (Information aus einem Telefonat des Geschäftsführers der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz mit der Verfasserin dieser Arbeit am 28.11.2011). Während die COMECE ein Interview zu diesem Zeitpunkt bereits abgelehnt hatte, zeigte die ehemalige Referentin für Bioethik in Berlin kein Interesse an einem Interview mit der Verfasserin (Anruf der Verfasserin bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes am 29.11.2011).

Der in E-Mails der Verfasserin vom 21.10.2011 bzw. 24.10.2011 an die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland, die Kirche von Griechenland und die Kirche von England geäußerten Bitte um die Übermittlung der Position der Kirche zur Stammzellforschung und zum „Kirchenartikel“ sowie – falls möglich – von Positionspapieren und Briefen an Mitglieder der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, nationale politische Institutionen und Mitglieder des Europäischen Konvents kam lediglich die Kirche von Griechenland nach.

Für den Einblick in ihre Arbeit dankt die Verfasserin den Mitarbeitern der Büros der Dachorganisation CSC in Brüssel und in Straßburg, des Büros der Evangelischen Kirche in Deutschland in Brüssel, des Büros der Kirche von Griechenland in Brüssel, dem Geschäftsführer der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Angelegenheiten der Deutschen Bischofskonferenz und zwei ehemaligen Mitarbeitern der COMECE.

I. Organisationen, Interessen und Interessenorganisationen

Ob Kirchen aus politikwissenschaftlicher Perspektive als Interessenorganisationen gelten oder nicht, ist eine Frage, die in der deutschen politikwissenschaftlichen Forschung lediglich von wenigen Forschern aufgegriffen und diskutiert wurde. Im Jahr 1983 stellten Oberndörfer und Schmitt fest, dass für die Politikwissenschaft die politische Rolle der Kirchen eine terra incognita sei und die Verbandsforschung einen Bogen um Kirchen mache (vgl. Oberndörfer/Schmitt 1983: 8). Auch 24 Jahre später hat diese Aussage nichts an Gültigkeit verloren: „[D]ie Kirchen zählten und zählen nicht zu den etablierten Forschungsgegenständen der deutschen Politikwissenschaft. Das gilt auch für die Verbandsforschung“ (Willems 2007: 316). Politikwissenschaftler ordnen Kirchen nach der Art der Interessen den ideellen Förderverbänden (vgl. von Beyme 1969: 33) oder den wertorientierten Vereinigungen (vgl. Hesse/Ellwein 1992: 150) bzw. nach Handlungsfeldern den Vereinigungen im Bereich Kultur, Religion, Politik und Wissenschaft (vgl. Hesse/Ellwein 1992: 149; von Alemann 1985: 6, zitiert nach von Alemann 1987: 71) zu. In dem von Thomas von Winter und Ulrich Willems herausgegebenen Sammelband „Interessenverbände in Deutschland“ wird Kirchen explizit als ein Verbandstyp ein Artikel gewidmet (von Winter/Willems 2007: 316-340).

Die wenigen Politikwissenschaftler, die sich der Frage, ob Kirchen Interessenorganisationen sind, intensiver angenommen haben, kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Während einige Kirchen als Interessenorganisationen betrachten, schreiben andere Kirchen einen Son-

derstatus zu (vgl. Willems 1998: 20-21 mit Literaturangaben). Die gegensätzlichen Positionen können anhand der Aufsätze von Heidrun Abromeit (1989) und von Ulrich Willems (2007) gut nachvollzogen werden. Dissens über die Einordnung von Kirchen als Interessenorganisationen besteht mit Blick auf das Interesse der Organisation und die Definition des Begriffs „Interesse“³², die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft³³, die interne Willensbildungs- und Entscheidungsstruktur³⁴ und den Organisationszweck³⁵ (vgl. Abromeit 1989; Willems 2007). Auch wird auf den Rechtstatus von Kirchen verwiesen, um zu begründen, dass Kirchen sich von Interessenorganisationen unterscheiden, da sie diesen nicht gleichgestellt sind (vgl. Abromeit 1989: 252-253). Gleichwohl stünden auch Kirchen im „Schatten der Hierarchie“, so Ulrich Willems (vgl. Willems 2007: 321). Der Rechtstatus von Kirchen verweist auf eine spezifisch deutsche Situation. Wie noch zu sehen sein wird, unterscheidet sich der Rechtstatus von Kirchen und die rechtliche Ausgestaltung des Staat-Kirchen-Verhältnisses zwischen den 27 EU-Staaten. Der Dissens über die politikwissenschaftliche Handhabung von Kirchen findet ihren Ausgangspunkt im jeweils zugrunde gelegten (idealtypischen) Konzept einer Interessenorganisation. Ob Kirchen den Interessenorganisationen zugeordnet werden, hängt daher von der jeweils zugrunde gelegten Definition einer Interessenorganisation ab. Um es anders zu formulieren: Die Frage ist nicht, wie Kirchen eingeordnet werden können, sondern was Interessenorganisationen sind.

Nötig ist also, zunächst zu ergründen, was Interessenorganisationen sind, um dann der Beantwortung der Frage, ob Kirchen Interessenorganisationen sind, näher zu kommen. Dieses Ziel

³² Abromeit plädiert für den „’engen’, materiellen Interessebegriff“ (Abromeit 1989: 246). Die Interessen eines Verbandes sollten von dessen Mitgliedern definiert werden und egoistisch sein (vgl. Abromeit 1989: 247). Willems lehnt eine solche Reduzierung des Interessebegriffs ab und verweist auf die vielen Interessenorganisationen, die allgemeine oder moralische Anliegen verfolgen (vgl. Willems 2007: 319).

³³ Abromeit führt als weiteres wichtiges Merkmal einer Interessenorganisation die Freiwilligkeit von Bei- und Austritt an, die bei Kirchen nicht gegeben sei: In Interessenorganisationen werde man nicht „hineingeboren“ bzw. von den Eltern als Kleinkind qua Taufe hineinverpflichtet (vgl. Abromeit 1989: 251). Willems sieht hingegen keine kategoriale Differenz hinsichtlich des Mitgliedschaftstypus und der Probleme des Mitgliedschaftsmanagements von Kirchen im Vergleich zu anderen Interessenorganisationen (vgl. Willems 2007: 320). Nach Willems sind die Kirchen gezwungen, sich vor dem Hintergrund der Zahl der Kirchenaustritte und dem Ausbleiben sozialer Konsequenzen aufgrund eines Kirchenaustritts stärker an den Erwartungen ihrer Mitglieder zu orientieren (vgl. Willems 2007: 320).

³⁴ Die Vermittlung der Mitgliederinteressen in die Organisationsspitze sei bei Kirchen im Gegensatz zu Interessenorganisationen weder vorgesehen noch finde sie statt (vgl. Abromeit 1989: 249–251). Nach Willems unterscheiden sich die innerkirchlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse nur graduell von denjenigen anderer Interessenorganisationen (vgl. Willems 2007: 320). Er weist auf die evangelischen Kirchen hin, die kein Lehramt kennen, nicht hierarchisch organisiert sind und bei deren Entscheidungsprozessen Laien eingebunden sind (vgl. Willems 2007: 325).

³⁵ Für Heidrun Abromeit liegt der Organisationszweck von Kirchen nicht im Erringen diesseitiger Vorteile, sondern in jenseitiger individueller Heilserwartung (vgl. Abromeit 1989: 248–249). Adressat der Organisation sei primär Gott (vgl. Abromeit 1989: 249). Ulrich Willems unterstreicht dagegen, dass sich die Interessen von Kirchen nicht ausschließlich auf ein immaterielles Heilsinteresse richteten, sondern sich aus religiösen Überzeugungen politische und gesellschaftliche Aufgaben ergäben (vgl. Willems 2007: 319-320).

ist mit den folgenden Ausführungen verbunden. Der Begriff „Interessenorganisation“ wird dazu in seine Komponenten „Organisation“ und „Interesse“ zerlegt. Ausgangspunkt der Ausführungen ist eine grundlegende Betrachtung von Organisationen und Interessen. Dies wird unter anderem durch einen Rückgriff auf soziologische und wirtschaftswissenschaftliche Zugänge erreicht. Mit der so gewonnenen breiteren Einbettung von „Organisation“ und „Interesse“ erschließt sich das politikwissenschaftliche Verständnis und der Dissens über die Definitionen. Die mit einer Einordnung von Kirchen verbundene Herausforderung wird klarer.

Zuerst stehen Organisationen im Mittelpunkt der Betrachtung. Organisationen sind – soziologisch gesehen – Kollektive mit dem Ziel der Erstellung bestimmter Ressourcen oder Leistungen, formell geregelter Mitgliedschaft, funktionaler und hierarchischer Struktur und einer (durchsetzbaren) Verfassung (vgl. Esser 2000: 5; 239-240).

A. Das Ziel der Organisation

Organisationen können analytisch danach unterschieden werden, welche primäre Zielsetzung sie verfolgen. Das Ziel der Organisation besteht in der Erstellung bestimmter Ressourcen oder Leistungen (vgl. Esser 2000: 139). Während einige Organisationen in erster Linie die Gewinnerzielung zum Ziel haben und damit ein Formalziel verfolgen, steht bei anderen Organisationen ein Sachziel im Sinne der Bedürfnisbefriedigung bzw. Bedarfsdeckung im Vordergrund (vgl. Heller 2010: 7-8). So lässt sich zwischen erwerbswirtschaftlichen Betrieben, die gewöhnlich in der Alltagssprache als Unternehmen bezeichnet werden, und bedarfswirtschaftlichen Organisationen bzw. Non-Profit-Organisationen (NPOs), unterscheiden. Diese Einteilung von Organisationen wie z. B. Verbänden in materiell interessierte und materiell nicht interessierte (hier wird in der Politikwissenschaft von ideellen Organisationen gesprochen) ist die allgemeinste bestehende Einteilung (vgl. von Beyme 1969: 32).

Profit-Organisationen bzw. Unternehmen verfolgen das Ziel der Maximierung der Gewinne, die sie an Eigentümer ausschütten, anlegen oder investieren (beispielsweise im Hinblick auf die Erweiterung oder Umstrukturierung des Geschäftsfeldes). NPOs können zwar wie Unternehmen Gewinne erzielen, diese müssen jedoch in der Organisation verbleiben und für den Organisationszweck verwendet werden (vgl. Heller 2010: 8; Zimmer/Priller 2007: 16). Mertes (2000: 135) spricht – in der Übersetzung des in der angelsächsischen Literatur angeführten „Non Distribution Constraint“-Kriteriums (vgl. Badelt 1997: 8) – von einer „Überschussver-

wendungsbeschränkung“. Im Gegensatz zu Gewinnen von Unternehmen dürfen Gewinne von NPOs also nicht an Eigentümer oder Mitglieder ausgeschüttet werden (vgl. Heller 2010: 8; Zimmer/Priller 2007: 16). In diesem Sinne wäre eine Non-Profit-Organisation treffender als „Not-for-Profit-Organisation“ oder mit Christian Horak als „Not-Profit-Distributing-Organisation“ – Organisation mit Gewinnverteilungsverbot – zu bezeichnen (vgl. Heller 2010: 8; Mertes 2000: 135). Die Bezeichnung „Non-Profit-Organisation“ ist eine Negativdefinition und verweist zunächst darauf, was kein Ziel der Organisation ist. Als weitere Charakteristika von NPOs, die eine Annäherung an eine Positivdefinition erlauben, werden in der Literatur angeführt: ein Mindestmaß an formaler Organisation (ohne Einengung auf eine bestimmte Rechtsform), ein Mindestmaß an Selbstverwaltung im Sinne einer Entscheidungsautonomie und Unabhängigkeit von anderen Organisationen, ein Mindestmaß an Freiwilligkeit (bei Mitarbeit, Mitgliedschaft und Spenden), die Erstellung von (meist immateriellen) Individualgütern (Dienstleistungen) ohne Marktpreis und Kollektivgütern sowie nicht-schlüssige Tauschbeziehungen (die Leistungsempfänger sind ungleich den Zahlern dieser Leistung) (vgl. Schwarz et al. 2002: 19-20; Mertes 2000: 136; Badelt 1997: 8-9; Heller 2010: 15). Die Autorengruppe um Peter Schwarz führt als ein Charakteristikum von privaten NPOs die Vertretung von „Interessen ihrer Mitglieder oder Klienten gegenüber dem Staat und anderen Organisationen“ (Schwarz et al. 2002: 19; Hervorhebung i.O.) an. Auf die Interessenvertretung wird später zurückzukommen sein. Festzuhalten ist, dass zur Gesamtheit der NPOs alle privaten und öffentlichen Organisationen ohne primäre Gewinnerzielungsabsicht zählen.

In der Forschung werden NPOs oft auf nicht-staatliche gemeinnützige Organisationen eingegrenzt (vgl. von Alemann 1996: 3; Heller 2010: 9; Zimmer/Priller 2007: 16). Forschung, in der private NPOs im Fokus stehen, wird als „Dritte-Sektor-Forschung“ in Anlehnung der Bezeichnung der Gesamtheit der gemeinnützigen privaten Organisationen als Dritten Sektor bezeichnet (vgl. Zimmer/Priller 2007: 16). Dabei wird auf eine sozialwissenschaftliche (vgl. *pars pro toto* von Alemann 1996: 2-3) und auch ökonomische (vgl. *pars pro toto* Mertes 2000: 134) Unterteilung der Gesamtheit aller Organisationen in drei Sektoren zurückgegriffen. Zum Ersten Sektor, dem staatlichen Sektor, gehören staatliche Institutionen, sofern sie hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, der Zweite Sektor wird von erwerbswirtschaftlichen Organisationen gebildet und der Dritte Sektor umfasst die Organisationen zwischen „Staat“ und „Markt“ (vgl. von Alemann 1996: 3; Heller 2010: 9). Letztere nehmen demnach keine hoheitlichen Aufgaben wahr und haben keine primär ökonomische Zielsetzung. Zu ihnen gehören u. a. Vereinigungen, Verbände, Interessengruppen, Stiftungen, Dienstgenossenschaften und gemeinnützi-

ge Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs) (vgl. von Alemann 1996: 3; Esser 2000: 243-244; Zimmer/Priller 2007: 15; Heller 2010: 9). Annette Zimmer und Eckhard Priller zählen zum Dritten Sektor darüber hinaus auch Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen (vgl. Zimmer/Priller 2007: 17) – und damit nicht nur Organisationen. „Die meisten Vereinigungen im ‚Dritten Sektor‘ sind ‚Non-Profit-Organisationen‘ (NPO)“ (von Alemann 1996: 3) – wobei sich nicht-erwerbswirtschaftliche Organisationen (NPOs) auch im Ersten Sektor finden.

B. Rechtsform

Organisationen können eine Fülle von Rechtsformen haben. Profit-Organisationen sind Einzelunternehmungen, juristische Personen des Privatrechts und nicht- oder teilrechtsfähige Personenvereinigungen. Eine Einzelunternehmung ist eine von einer Person betriebene erwerbswirtschaftliche Organisation. Der Einzelunternehmer bringt das Kapital auf, haftet unbeschränkt, d. h. mit seinem Privatvermögen, führt die Organisation und vertritt diese gegenüber Dritten (vgl. Grill/Perczynski 1993: 22). Zu den juristischen Personen des Privatrechts zählen (wirtschaftliche) Vereine (z. B. Sparvereine)³⁶, Stiftungen³⁷, Aktiengesellschaften (AGs), Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaAs), Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs)³⁸ oder Genossenschaften³⁹ (vgl. Grill/Perczynski 1993: 20-27). Nicht- oder teilrechtsfähige Personenvereinigungen, deren Primärziel die Gewinnerzielung ist, treten als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR-Gesellschaft)⁴⁰, als Offene Handelsgesellschaft (OHG), als Kommanditgesellschaft (KG)⁴¹ und als nicht eingetragener Verein in Erscheinung.

³⁶ Vereine sind auf Dauer angelegte, freiwillige Zusammenschlüsse von Personen mit Mitgliedschaft zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks (vgl. Ettel/Nowotny 1997: 172).

³⁷ „Stiftungen des Privatrechts sind [...] Vermögensmassen, deren Erträge dauernd einem bestimmten Zweck gewidmet ist“ (Grill/Perczynski 1993: 20).

³⁸ AGs, KGaAs und GmbHs sind Organisationen, deren Gesellschafter durch Kapitalbeteiligung am Organisationsvermögen Anteil haben (vgl. Grill/Perczynski 1993: 24). Im Vergleich zur GmbH ist der Personenkreis bei der AG größer und die Gesellschafter sind daher anonym. Die KGaA unterscheidet sich von der AG und der GmbH dadurch, dass mindestens ein Gesellschafter unbeschränkt haftet (vgl. Grill/Perczynski 1993: 25).

³⁹ Genossenschaften können im Gegensatz zu AG, KGaA und GmbH nicht „zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck“ (Grill/Perczynski 1993: 24; 26) gegründet werden, sondern „sind Betriebe, die den Erwerb und die Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes fördern“ (Grill/Perczynski 1993: 28). Die Mitgliederzahl ist im Gegensatz zur GmbH und AG nicht begrenzt und es besteht keine Mindestvorgabe für eine Kapitaleinlage (vgl. Ettel/Nowotny 1997: 175). Die Gesellschafter (Genossen) haften im Konkursfall in beschränktem Maße (vgl. Grill/Perczynski 1993: 28).

⁴⁰ Die GbR-Gesellschaft kann gewerbliche Zwecke verfolgen (z.B. Gemeinschaftspraxen von Ärzten) (Grill/Perczynski 1993: 22).

⁴¹ OHG und KG sind erwerbswirtschaftliche Organisationen ohne Stammkapital, bei denen die Gesellschafter unbeschränkt haften. Bei der OHG trifft dies auf alle Gesellschafter zu, während bei der KG einer mit seinem Privatvermögen und die anderen Gesellschafter beschränkt haften (vgl. Grill/Perczynski 1993: 23).

Zu den Non-Profit-Organisationen zählen, wie erwähnt, alle öffentlichen und privaten Organisationen ohne primäre Gewinnerzielungsabsicht. NPOs können neben staatlichen Organen wie öffentliche Verwaltungen somit sowohl juristische Personen des öffentlichen Rechts⁴², die durch einen Hoheitsakt entstehen, als auch juristische Personen des Privatrechts sowie nicht rechtsfähige Organisationen des Privatrechts sein (vgl. Schwarz et al. 2002: 21; Mertes 2000: 137; Ettel/Nowotny 1997: 171-188). Zu den juristischen Personen des öffentlichen Rechts zählen Körperschaften, Anstalten⁴³ und Stiftungen⁴⁴ (vgl. Grill/Perczynski 1993: 20). Sie sind zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben errichtete Organisationen. Zu den juristischen Personen des Privatrechts zählen eingetragene Vereine, gemeinnützige GmbHs, gemeinnützige Aktiengesellschaften (AGs), gemeinnützige Stiftungen des Privatrechts und gemeinnützige Genossenschaften (vgl. Ettel/Nowotny 1997: 171-187), während zu den nichtrechtsfähigen Personen des Privatrechts die GbR-Gesellschaft mit nichtgewerblichem Zweck und nicht eingetragene Vereine zählen (vgl. Grill/Perczynski 1993: 22).

C. Für uns oder für andere? Demokratisch oder hierarchisch? Potenzielle und tatsächliche Mitglieder? Handlungsfeld oder Branche?

Neben einer Untergliederung von Organisationen nach dem Ziel und nach der Rechtsform können Organisationen nach weiteren Merkmalen unterschieden werden: nach den Adressaten bzw. Nutznießern, nach der Entscheidungsstruktur, nach dem Organisationsgrad, nach der Mitgliederart und nach dem Tätigkeitsbereich.

Getreu dem Motto „Für uns oder für andere?“ können Organisationen danach unterschieden werden, ob ihre Nutznießer in erster Linie ihre Mitglieder sind oder nicht. Stehen die Bedürfnisse der Mitglieder im Mittelpunkt des Organisationsziels und -handelns, werden Begriffe wie mitgliederorientierte NPO, Selbsthilfe-NPO, Selbsthilfe-Organisation bzw. Eigeninteressenverband verwendet (vgl. von Velsen-Zerweck 2011: 150; Heller 2010: 10; Schwarz et al. 2002: 19; Mertes 2000: 137). Bei Profit-Organisationen sind die Nutznießer die „Mitglieder“: die Gesellschafter, an die die Gewinne ausgeschüttet werden oder die Mitglieder, deren mate-

⁴² Das öffentliche Recht wird definiert als die Gesamtheit der Normen, die das Rechtsverhältnis des Einzelnen zum Staat (als Hoheitsträger) bzw. der Hoheitsträger untereinander regeln, während das Privatrecht die Gesamtheit der Normen, die das Rechtsverhältnis der Individuen zueinander regeln, umfasst.

⁴³ Anstalten haben Benutzer (z.B. Rundfunkanstalten oder öffentliche Sparkassen), während Körperschaften Mitglieder haben (als Beispiel für eine Gebietskörperschaft kann eine Gemeinde und als Beispiel für eine Personalkörperschaft kann die Industrie- und Handelskammer angeführt werden) (vgl. Grill/Perczynski 1993: 20-21).

⁴⁴ „Stiftungen des öffentlichen Rechts sind Vermögensmassen, die auf einen bestimmten gemeinnützigen Zweck gerichtet und staatlich anerkannt sind“ (Grill/Perczynski 1993: 21).

rielles Wohlergehen auf andere Weise gefördert wird. Gleichwohl haben vor allem international tätige Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung übernommen und Leistungen erbracht, die Dritten zu Gute kommen. Hier ist beispielsweise auf Unternehmen zu verweisen, die an der im Jahr 1999 eingeführten freiwilligen Initiative der Vereinten Nationen „Global Compact“, der weltweit größten Unternehmens-verantwortungs-Initiative (Corporate Social Responsibility Initiative), teilnehmen. „The UN Global Compact is a strategic policy initiative for businesses that are committed to aligning their operations and strategies with ten universally accepted principles in the areas of human rights, labour, environment and anti-corruption“ (Global Compact 2011). Konkrete Maßnahmen der teilnehmenden Profit-Organisationen kommen neben den Mitgliedern (Angestellten) auch Dritten außerhalb der Organisation (z.B. Angestellten von Unternehmen in der Zuliefererkette oder den Anwohnern der Region um die Konzernzentrale bzw. den weltweiten Standorten) zugute. Einige erwerbswirtschaftliche Betriebe sind in Konfliktregionen an der Bereitstellung von Gütern bzw. Dienstleistungen, die die öffentliche Sicherheit fördern, beteiligt. Diese „Corporate Security Responsibility“ wurde erstmals 2001 im Rahmen des UN Global Compacts diskutiert (vgl. Wolf/Deitelhoff/Engert 2007: 297).

Bei NPOs steht im Gegensatz zu Profit-Organisationen nicht in erster Linie die Förderung des materiellen Nutzens der Mitglieder im Zentrum. Stattdessen erbringen NPOs ihre materiellen und immateriellen Leistungen primär für Dritte oder für die Allgemeinheit. Die Art der Bedürfnisbefriedigung steht in Zusammenhang mit den Adressaten der durch die Organisation erbrachten Leistung (vgl. Heller 2010: 10). Es ist darauf hinzuweisen, dass auch bei NPOs die Mitglieder von den Leistungen profitieren. Stehen die Bedürfnisse Dritter im Mittelpunkt, wird von drittorientierter NPO, Drittleistungs-NPO, Fremdhilfe-NPO bzw. Fremdinteressenverbänden gesprochen (vgl. von Velsen-Zerweck 2011: 150; Heller 2010: 10; Schwarz et al. 2002: 19; Mertes 2000: 137). Der dritte Typ – gemeinwohlorientierte NPO bzw. Gesamtinteressenverband – zeichnet sich dadurch aus, dass keine bestimmten Gruppen Adressat bzw. Nutznießer der Organisation sind, sondern dass die NPO grundsätzliche, allgemeine Interessen vertritt (vgl. von Velsen-Zerweck 2011: 151; Mertes 2000: 137).

Demokratisch oder hierarchisch?

Organisationen unterscheiden sich in ihrer Willensbildungs- und Entscheidungsstruktur. Bei den Einzelunternehmen entscheidet der Inhaber, während das Ausmaß des Entscheidungsrechts bei mehreren Gesellschaftern von deren Mehrheitsverhältnissen am Anteil des Stammkapitals bzw. der Einlage abhängt. Die Mitgliedschaft in Verbänden ist idealtypisch freiwillig und demokratisch (vgl. Witt/Seufert/Emberger 1996: 417; Abromeit 1989: 249-252). Die Or-

organisation beruht auf einem Bottom-up-Prinzip der Entscheidungsfindung: Die Mitglieder können durch die Mitgliederversammlung direkt oder durch Wahl eines Vertretungsgremiums auf die Strategieentscheidungen der Organisation Einfluss nehmen. Hinsichtlich der Art der Mitgliedschaft und der Entscheidungsstruktur lässt sich zwischen Verbänden im engeren Sinne, die eine freiwillige und demokratische Mitgliedschaft haben, und Verbänden im weiteren Sinne, für die mindestens eines der beiden Charakteristika nicht zutrifft, unterscheiden (vgl. Heller 2010: 10-11; Witt/Seufert/Emberger 1996: 417). Verbände im weiteren Sinne entsprechen korporativen Akteuren bei Mayntz und Scharpf im Hinblick auf das Charakteristikum der demokratischen Mitgliedschaft: Die Organisationen beruhen auf einem Top-Down-Prinzip und die Strategieentscheidungen sind von den Präferenzen der Mitglieder entkoppelt (vgl. Mayntz/Scharpf 1995: 49-50; Scharpf 2006: 105) – zumindest bis zur nächsten Vorstandswahl.

Potenzielle und tatsächliche Mitglieder?

Zwischen den Organisationen kann der Organisationsgrad, verstanden als der Anteil der Mitglieder der Organisation an den potenziellen Mitgliedern, erheblich variieren. Je höher der Organisationsgrad, desto mehr ist eine Organisation zur Einflussnahme auf den politischen Prozess fähig (vgl. Straßner 2004: 27). Dies trifft lediglich auf NPOs zu.

Es lassen sich grundsätzlich Organisationen, in denen Personen Mitglieder sind, von solchen, in denen Organisationen Mitglieder sind, unterscheiden. Es gibt zudem Organisationen, in denen sowohl Personen als auch Organisationen Mitglied sind. Organisationen, in denen keine Personen Mitglied sind, werden Dachorganisationen bzw. Dachverbände genannt. Dabei sind Dachorganisationen oftmals für einen weiteren geographischen Bereich als ihre einzelnen Mitglieder zuständig.

Handlungsfeld oder Branche?

Die am häufigsten verwendete Typologie in der Interessenorganisationsforschung basiert auf dem Merkmal des Handlungsfeldes (vgl. von Alemann 1987: 69-70). Mit Ulrich von Alemann lassen sich Organisationen nach fünf Handlungsfeldern bzw. Sektoren einteilen: (1) Wirtschaft und Arbeit, (2) Sozialer Bereich, (3) Freizeit und Erholung, (4) Religion, Kultur, Wissenschaft und (5) gesellschaftspolitischer Querschnittsbereich (von Alemann 1985: 6 zitiert nach von Alemann 1987: 71). Joachim Hesse und Thomas Ellwein haben eine Typologie vorgeschlagen, deren vier erste Handlungsfelder mit denjenigen von Alemanns übereinstimmen. Sie fügen dieser Einteilung mit Vereinigungen von politischen Körperschaften des öf-

fentlichen Rechts eine Sondergruppe an (vgl. Hesse/Ellwein 1992: 148-49). Profit-Organisationen finden sich nur im ökonomischen Handlungsfeld und können weiter nach ihrer Branche, also ihrem Wirtschaftsbereich, unterschieden werden. Witt et al. unterscheiden Organisationen und Verbände als Teil der NPOs im Besonderen nach ihrem Handlungsfeld und teilen sie in (1) karitative, (2) soziokulturelle, (3) politische, (4) religiöse sowie (5) wirtschaftliche Organisationen ein (2006: 37; meine Nummerierung).

D. Verbände?

In der politikwissenschaftlichen Forschung wird häufig nicht von *Interessenorganisationen*, sondern von *Interessenverbänden* gesprochen. Was ist ein Verband und wie ordnet er sich in das bisher Dargestellte ein? Der Begriff des Verbands ist ein soziologischer Begriff und bezeichnet eine besondere Form der Organisation. Ein Verband lässt sich als ein bedarfswirtschaftlicher Betrieb (also eine NPO), der haushaltsweise geführt und von unbestimmten Mitgliedern getragen wird sowie ein Mindestmaß an formaler Organisation aufweist, definieren (vgl. Witt et al. 2006: 16). Nach Alexander Straßner betont der Begriff des Verbandes gerade den organisatorischen Charakter (vgl. Straßner 2004: 21). So bezeichnet der Begriff Verband einen auf Dauer angelegten und zielgerichteten Zusammenschluss von Personen oder Organisationen, der durch einen bürokratischen Apparat und durch die Prinzipien der Führung und Gefolgschaft gekennzeichnet ist (vgl. Straßner 2004: 21; Witt et al. 2006: 15). Dabei ist das Fortbestehen der Organisation nicht von einer bestimmten Mitgliedschaft abhängig, was eine Mitgliederfluktuation (Aus- und Beitritte) ermöglicht (vgl. Heller 2010: 10; Witt/Seufert/Emberger 1996: 416). Ein Verband als Organisation, die haushaltsweise geführt wird, erhält für seine Leistungen generelle Entgelte wie Mitgliedsbeiträge, Steuern, staatliche Zuschüsse oder Spenden (vgl. Witt/Seufert/Gernot 1996: 416). Dabei müssen die Beiträge nicht zwingend finanzieller Natur sein, sondern können auch sachliche oder persönliche Leistungen (z.B. im Rahmen ehrenamtlicher Betätigung) darstellen (vgl. Witt/Seufert/Gernot 1996: 416). Im Gegensatz zu Profit-Organisationen für deren Leistung bzw. Produkt ein spezielles Entgelt (Preis) gezahlt wird, weisen Verbände eine weitgehende Unabhängigkeit von Leistung und Entgelt auf (vgl. Heller 2010: 10; Witt et al. 2006: 15; Witt/Seufert/Emberger 1996: 416). Verbände haben weiterhin eine formale Organisation und bestimmte Strukturen und Abläufe sind festgelegt (vgl. Witt et al. 2006: 15). „Dieses Obligatorium einer formalen Organisationsstruktur bedeutet indes nicht, dass Verbände in jedem Fall hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigen müssen“ (Witt et al. 2006: 15).

Auf Basis der hier angeführten Definition von Dieter Witt zählen Einzelunternehmungen, Stiftungen, KGaAs, GbRs, OHGs, KGs, Genossenschaften, AGs, GmbHs und Anstalten nicht zu den Verbänden. Während Anstalten und Stiftungen keine Mitglieder haben, werden Einzelunternehmungen, KGaAs, GbRs, OHGs, KGs, Genossenschaften, AGs und GmbHs nicht haushaltsweise geführt. Zu den Verbänden zählen hinsichtlich der Rechtsform staatliche Organe, Körperschaften des öffentlichen Rechts und Vereine.

E. Interesse: Ein unscharfer Begriff

Nachdem bislang Organisationen im Mittelpunkt der Betrachtung standen, wird nun der Begriff des Interesses als zweiter Komponente im Begriff „Interessenorganisation“ grundlegend betrachtet. Wie bei der Gegenüberstellung der Positionen von Heidrun Abromeit und Ulrich Willems deutlich wurde, gibt es unterschiedliche Annahmen, wie der Begriff definiert werden sollte: Während Heidrun Abromeit einen egoistischen, materiellen Interessenbegriff zu Grunde legte, fasste Ulrich Willems den Interessenbegriff breiter und zählte zu diesem auch allgemeine und moralische Anliegen. Die jeweils gewählte Definition des Interessenbegriffs hat Konsequenzen für die Definition von Interessenorganisationen. Woher kommen die unterschiedlichen Definitionsangebote? Durch einen Blick in die Begriffsgeschichte⁴⁵ soll dies klarer und aufgezeigt werden, dass der Interessenbegriff sich in seiner Bedeutung gewandelt hat und die Gleichsetzung des Interessebegriffs mit materiellen Eigeninteressen eine Reduzierung darstellt. Zudem wird deutlich, dass der Interessenbegriff mit einer Handlung verknüpft wird. Der Gebrauch des Wortes „Interesse“ scheint, so Orth, ein Indiz für das Bedürfnis nach einer Betrachtung des Menschen zu sein (vgl. Orth 1982: 318). Der Begriff wurde im theologischen, politischen, wirtschaftlichen und künstlerischen Lebensbereich gebraucht und in den dazu gehörigen Disziplinen sowie der Philosophie und der Rechtswissenschaft rezipiert (vgl. Orth 1982: 318- 344). Im Folgenden wird die Begriffsgeschichte mit Fokus auf den politischen Kontext dargestellt.

Im Lateinischen kommt der Begriff ausschließlich als Verb vor (vgl. Orth 1982: 306). Die grammatikalische Konstruktion „inter esse“ hat drei Grundbedeutungen: „dazwischen liegen“, „entfernt sein“ sowie „gegenwärtig sein“ (vgl. Orth 1982: 307). „Interest“ bedeutet im unpersönlichen Gebrauch „es ist für jemanden wichtig, es ist daran gelegen, es liegt daran“. Das

⁴⁵ Zum Begriff „Interesse“, dessen Geschichte und Ideengeschichtliche Verwendung: Koselleck 1982: 344-362; Orth 1982: 305-344; Willems 1998: 48-100. Ziel dieses Abschnitts ist es nicht, die Begriffsgeschichte umfassend darzustellen, sondern auf die Ausdifferenzierungen des Begriffs hinzuweisen.

Verb wird in der Formel „id quod interest“ im römischen Recht im Kontext von Schadensersatz verwendet, seine Anwendung wurde aber nie im Sinne einer Rechenformel formalisiert (vgl. Orth 1982: 308). Im Mittelalter wird der Begriff spätestens seit dem 13. Jahrhundert substantiviert und in der Bedeutung „Zins“ verwendet (vgl. Orth 1982: 307). Dies verwundert, so Ernst Wolfgang Orth, da „in der römisch-rechtlichen Tradition ‚id quod interest‘ nie zur Bezeichnung von Zinsen benutzt wird, eben weil Zinsen klar und eindeutig berechnet werden können“ (Orth 1982: 308). Der Interessenbegriff differenziert sich aus und im 16. Jahrhundert wird der Begriff rechtlich in der Bedeutung „Schaden“ und „Nutzen“ gebraucht. „Diese doppelte Bedeutung geht in die europäischen Sprachen ein“ (Orth 1982: 310).

Niccolò Machiavelli stellte den Begriff Interesse in den politischen Kontext und verband ihn mit einer Handlung. Mit seinem 1513 verfassten Werk „Il principe“ hat er „interesse“ mit der Erhaltung eines Herrschaftsgebietes, das er als „Staat“ bezeichnet, verbunden. In diesem Werk sowie in den „Discorsi“ gibt er Empfehlungen zur Erhaltung der beiden von ihm unterschiedenen Staatstypen (Republiken und Fürstentherrschaften) (vgl. Machiavelli 1986: I, 9). Zur Realisierung des Ziels (Staatserhalt) darf, so Machiavelli, das ganze Handlungsrepertoire⁴⁶ aufgeboten werden. Für dieses rationale Handeln wird der Begriff der „Staatsräson“ geläufig, der sich erstmals bei Francesco Giucardini findet.

„Während der rechtlich eingebundene wirtschaftliche Wortlaut für Zinsen fortlebt, werden immer mehr Erfahrungsbereiche mit Hilfe [...] [des; LK] Ausdruckes erfasst und gegliedert“ (Koselleck 1982: 344).

Ab dem 17. Jahrhundert wird im Nachklang der italienischen Renaissance „Interesse“ in Europa grundsätzlich „auf den Fürsten [bzw. das Staatsoberhaupt; LK] und damit auf den vom Fürsten repräsentierten Staat bezogen. Innerhalb des europäischen Staatensystems treten die Interessen deshalb im Plural auf“ (Koselleck 1982: 345). Der Interessenbegriff verwies „immer auf das Augenmaß der Politiker für den Spielraum des Möglichen und Machbaren“ (Koselleck 1982: 349). Er ist mit Macht verbunden.

Mit der Entwicklung hin zur und der Verwirklichung der rechtlichen Gleichheit aller Bürger wird „Interesse“ nicht mehr im Kontext staatlicher Außenpolitik verwendet, sondern auf den einzelnen Bürger oder auf Zusammenschlüsse von Individuen bezogen (vgl. Koselleck 1982: 350-353). Die realpolitischen Veränderungen bringen einen Wandel des Interessebegriffs mit sich: Das Interesse wird individualisiert. Der Interessebegriff wird negativ konnotiert und steht im Gegensatz zu Wohlfahrt, dem Wohl aller Gesellschaftsmitglieder. „‚Interesse‘ wird vorzüglich im Sinne von ‚Sonderinteresse‘ verwendet und als solches den Menschen ohne vernünftige Einsicht und

⁴⁶ „Wo es um das Sein oder Nichtsein des Vaterlandes geht, gibt es kein Bedenken, ob gerecht oder ungerecht, mild oder grausam, löblich oder schimpflich. Man muß vielmehr alles beiseite setzen und die Maßregeln ergreifen, die ihm das Leben rettet und die Freiheit erhält“ (Machiavelli 2000: III, 41, 417).

ohne guten Willen zugeordnet“ (Koselleck 1982: 351). Nur im wirtschaftspolitischen Kontext ist Interesse positiv. „Seit etwa 1670 werden in England auch wirtschafts- und handelspolitische Probleme zunehmend über den Interessenbegriff behandelt“ (Orth 1982: 232). In England sah Adam Smith das Selbstinteresse im Sinne des freien Wirkens individueller Interessen als Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft an (vgl. Orth 1982: 335-336). Das Eigeninteresse verlor damit „seine Bedeutung, nur auf Kosten anderer verfolgt werden zu können“ (Koselleck 1982: 352).

In der Aufklärung wird dem Interesse des Staatsoberhauptes das Interesse des Volkes gegenübergestellt. Interesse wird dabei mit der bestmöglichen Realisierung des Allgemeinwohls verbunden. Seit 1848 nimmt jede politische Handlungseinheit den Interessenbegriff für sich in Anspruch (vgl. Koselleck 1982: 356). Der Interessenbegriff wird ent-individualisiert und für Parteien, Klassen, Gruppen und Organisationen verwendet. Ziel der Organisationen war die Förderung der gemeinsamen Interessen. Nicht das Gemeinwohl stand im Vordergrund, sondern das Wohl der Organisation. „So zeugt der [...] Interessebegriff in der Verbandssprache von einer Annäherung an seine außenpolitische Wortverwendung. Wer seine Interessen anmeldete, kämpfte um Macht und Einfluß“ (Koselleck 1982: 362).

Wie deutlich wurde, ist der Interessenbegriff mit dem Ziel einer Bedürfnisbefriedigung verbunden. Dieses Bedürfnis kann materieller und nicht-materieller Art sein. Die Realisierung von Interesse ist mit einer Handlung verknüpft. Es haben sich zwei Strömungen herausgebildet: Einerseits wird der Begriff negativ konnotiert und als Gegensatz zum Gemeinwohl gesehen. Andererseits wird Eigeninteresse positiv und als Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft und damit für das Gemeinwohl angesehen.

F. Rationales Handeln von Organisationen im politischen Kontext

Organisationen – als für bestimmte Zwecke eingerichtete soziale Gebilde mit einem vorgegebenen Ziel, mit formell geregelter Mitgliedschaft, einer das Handeln der Mitglieder regelnden Verfassung und meist einem Erzwingungsstab zur Durchsetzung dieser Verfassung – verfolgen, wie erarbeitet, entweder das Ziel der Gewinnerzielung oder das Ziel der Bedürfnisbefriedigung als Primärziel (vgl. Esser 2000: 5; Heller 2010: 7-8). Sie verfolgen dieses Ziel rational. Dabei agieren sie nicht im luftleeren Raum, sondern unter Bedingungen, die sie (mehrheitlich) nicht selbst geschaffen haben. Die Setzung von verbindlichen Regeln des Zusammenlebens für alle individuellen und auch kollektiven Akteure im geographischen Geltungsbereich

dieser Regeln kommt den politischen Akteuren⁴⁷ zu. Diese beschließen mit Unterstützung von administrativ tätigen Akteuren Rechtsetzungsmaßnahmen. Eine geplante Rechtsetzungsmaßnahme kann negative Auswirkungen auf die erfolgreiche und effiziente Zielerreichung von Organisationen haben. Um das Primärziel (Gewinnmaximierung bzw. Bedürfnisbefriedigung) zu erreichen, ist es für Organisationen rational, zu versuchen, den Inhalt der Rechtsetzungsmaßnahme zu beeinflussen bzw. diese zu verhindern. Profit-Organisationen und Non-Profitorganisationen werden versuchen, den politischen Prozess zu beeinflussen, wenn eine Realisierung der geplanten Rechtsetzungsmaßnahme die Organisation bzw. deren Gesellschafter finanziell schlechter stellen würde als zum gegebenen Zeitpunkt oder das Handeln der Organisation erheblich erschweren würde. Non-Profit-Organisationen werden darüber hinaus versuchen, den politischen Prozess zu beeinflussen, wenn eine Realisierung der geplanten Rechtsetzungsmaßnahme die von der Organisation durch konkrete Maßnahmen geförderten Dritten schlechter stellen würde als zum gegebenen Zeitpunkt oder die Realisierung der geplanten Rechtsetzungsmaßnahme im Widerspruch zu Werten, denen sich die Organisation verpflichtet hat, steht. Von einer Änderung des Inhalts bzw. der Adressaten der Rechtsetzungsmaßnahme oder Verhinderung derselben wird entweder die Organisation bzw. deren „Mitglieder“, die Organisation bzw. die Allgemeinheit oder konkrete Dritte profitieren. Ein mittelbares Ziel und Interesse von Organisationen ist damit die Beeinflussung des politischen Prozesses.

Nicht nur aufgrund konkreter Betroffenheit und gewissermaßen als Abwehrstrategie können Organisationen versuchen, Einfluss auf Inhalt und Adressaten einer konkreten Rechtsetzungsmaßnahme zu nehmen. Ebenso können sie grundsätzlich anstreben, für politische Akteure als Ansprechpartner zu fungieren und in den politischen Prozess involviert zu sein.

Als Bedingung für die ungehinderte Bildung von Organisationen und den zulässigen Versuch, den politischen Prozess zu beeinflussen, gilt ein demokratisches politisches System. Ein solches ist mit dem Anspruch, auf die Interessen der Bevölkerung zu rekurrieren, verbunden. „Die Legitimität demokratischer Systeme basiert [...] auf funktionierender Interessenvermittlung“ (Abromeit 1993: 7 zitiert nach Abromeit/Stoiber 2006: 199).

⁴⁷ In demokratischen Staaten wie den EU-Staaten werden die politischen Akteure direkt gewählt (Mitglieder des Parlaments), gehen aus der Menge der direkt gewählten Akteure hervor oder werden von diesen berufen.

G. „Interessenorganisationen“: Zur Begrifflichkeit

In der Politikwissenschaft sind Organisationen vor allem dann Gegenstand der Forschung, wenn sie versuchen, politischen Einfluss zu nehmen. Diese Organisationen werden als Interessenorganisationen bezeichnet. Primärziel einer Organisation ist, wie angesprochen, entweder Gewinnerzielung oder Bedürfnisbefriedigung – nicht jedoch politische Einflussnahme. „Von seinem Selbstverständnis her gesehen ist [...] kaum ein Verband eine ‚pressure group‘“ (von Beyme 1969: 33). Viele Organisationen sind eher als latente Interessenorganisationen zu bezeichnen (vgl. Beyers/Eising/Maloney 2008: 1107): Sie sind als Organisationen, die versuchen, den politischen Prozess zu beeinflussen, noch nicht in Erscheinung getreten. Wenn man so will, schläft die Eigenschaft als Interessenorganisation noch und wird erst durch eine geplante Rechtsetzungsmaßnahme aktiviert. Organisationen wie Verbände sind damit nicht zwangsläufig immer aktiv, sondern sie können auch nur sporadisch versuchen, Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen (vgl. Beyers/Eising/Maloney 2008: 1107). Ein Hauptproblem der politikwissenschaftlichen Forschung ist die Fülle an Begriffen für Akteure, die versuchen, den politischen Prozess zu beeinflussen: Interessengruppen, organisierte Interessen, Interessenverbände, Interessenorganisationen, „pressure groups“, „lobbies“ bzw. Lobbyisten, Non-governmental organisations (NGOs)⁴⁸, zivilgesellschaftliche⁴⁹ Organisationen, „special interest groups“, „public interest groups“, Verbände etc. (vgl. Beyers/Eising/Maloney 2008:

⁴⁸ NGOs als nicht-staatliche Organisationen umfassen sowohl erwerbswirtschaftliche Organisationen als auch private NPOs. In der Literatur wird die Bezeichnung NGO meist auf private NPOs eingegrenzt.

⁴⁹ Mit dem Begriff „Zivilgesellschaft“ werden zwei analytische Komponenten bezeichnet: Zivilgesellschaft als Akteur und Zivilgesellschaft als Diskurs (vgl. Trenz 2005: 62). Die letzte Komponente verweist auf die normativen Ansprüche nach Kontrolle und Mitbestimmung von Herrschaft (vgl. Trenz 2005: 64). Dem gegenüber bezeichnet „organisierte Zivilgesellschaft“ „den elementaren Sachverhalt, dass Akteure hervortreten und gegenüber einem etablierten Herrschaftsapparat in kollektive Aktion treten“ (Trenz 2005: 62). Die Bezeichnung zivilgesellschaftliche Akteure wird meist auf Organisationen oder Gruppen im Dritten Sektor eingegrenzt. Hubert Heinelt et al. grenzen zivilgesellschaftliche Akteure auf Gruppen, deren Nutznießer nicht die Mitglieder, sondern breite Segmente der Gesellschaft sind, ein. Ein Charakteristikum zivilgesellschaftlicher Akteure sei, dass sie versuchen, argumentativ politische Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. Heinelt et al. 2005: 279). Zivilgesellschaftliche Akteure können sich, so Heinelt et al., nicht auf machtbasierte Verhandlungen zurückziehen, weil sie über keine Ressourcen verfügen, „die für bestimmte Entscheidung[en] so zentral sind, dass deren Verbindlichkeit von ihrer konsenshaften Zustimmung abhängig ist“ (Heinelt et al. 2005: 279). Darüber hinaus bringen zivilgesellschaftliche Akteure Protest nicht gewaltsam, sondern eben zivil zum Ausdruck. So können Organisationen und Gruppen in Abhängigkeit vom Interesse, das sie vertreten, und der Form der Interessenvermittlung (argumentativ oder machtbasiert), zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren gezählt werden oder nicht (vgl. Heinelt et al. 2005: 279). Andererseits kann „[e]in argumentierender und am Gemeinwohl ausgerichteter Zivilgesellschaftsakteur [...] diesen Status dann verlieren, wenn er nicht mehr argumentativ handelt und beispielsweise Eigeninteresse (an der eigenen Organisation) zum zentralen Motiv wird“ (Heinelt et al. 2005: 279). Ein breites Verständnis von Zivilgesellschaft, das von vornherein auch wirtschaftliche Interessenorganisationen und einzelne Bürger einschließt, basiert auf einem handlungsorientiertem Konzept, „in dem zivilgesellschaftliche Akteure durch Friedlichkeit, Selbstorganisation und das Handeln im öffentlichen Raum gekennzeichnet sind“ (Finke/Knodt 2005: 13). Patrizia Nanz und Jens Steffek haben eine Definition von Zivilgesellschaft vorgelegt, die auf der Tätigkeit des Akteurs basiert: Zivilgesellschaftliche Akteure sind demnach alle nicht-staatlichen Akteure, die sich an öffentlichen Willensbildungsprozessen beteiligen (vgl. Nanz/Steffek 2005: 84). Dieses Verständnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen entspricht, wie noch zu sehen sein wird, Interessenorganisationen.

1106; Straßner 2004: 19). „Bis heute hat sich keine einheitliche begriffliche Deskription dessen herausgebildet, was unter ‚organisierten Interessen‘ über die Tatsache des faktischen Zusammenschlusses hinaus verstanden werden kann“ (Straßner 2004: 19). Einige der Bezeichnungen gelten als negativ konnotiert, allen voran der Begriff des Lobbyisten⁵⁰. Mit den genannten Bezeichnungen wird eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure belegt: NGOs, Regionen, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Unternehmen etc..

Idealtypisch wird angenommen, dass eine Organisation, die versucht, Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen, die Einzelinteressen der beteiligten Individuen zu einem Organisationsinteresse zusammenführt. Zur Bezeichnung solcher Organisationen wird der Begriff „Interessengruppe“ gebraucht. Dieser Organisationstyp entspricht dem kollektiven Akteur und damit einer Bottom-up-Organisation (vgl. Scharpf 2000: 101-104). Das Individuum hat als Mitglied einer solchen Organisation die Möglichkeit, sich über Wahlen hinaus am politischen Willensbildungsprozess zu beteiligen und nicht nur in sachlicher Hinsicht (z. B. wie funktioniert das politische System), sondern auch in sozialer Hinsicht (z. B. mit Blick auf ein besseres Verständnis zwischenmenschlicher Interaktion und Kommunikation) zu lernen (vgl. Straßner 2004: 64-67; Warren 2001: 70-77). Dies scheint für Individuen, die Mitglied in Organisationen vom Typ korporativer Akteure sind, zumindest für die Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess nicht der Fall zu sein.

Jan Beyers, Rainer Eising und William Maloney schlagen mit Blick auf die Vielzahl an Bezeichnungen derjenigen Akteure, die versuchen politischen Einfluss zu nehmen, eine Definition vor, die aus den Faktoren Organisation, politisches Interesse und Informalität besteht (vgl. 2008: 1106). Das erste Element, „Organisation“, schließt breite Bewegungen oder Wellen der öffentlichen Meinung aus (vgl. Beyers/Eising/Maloney 2008: 1106; auch von Alemann 1996: 8; kritischer Straßner 2004: 21). Damit werden neben der Dauerhaftigkeit des Zusammenschlusses von natürlichen oder juristischen Personen auch die Existenz und die Gültigkeit einer „Verfassung“, also von institutionellen Regeln, für die Mitglieder betont. „Interest group politics concerns aggregated individuals’ and/or organised forms of political behaviour“ (Beyers/Eising/Maloney 2008: 1106). Nach Beyers et al. macht es Sinn, Akteure wie Individuen, Unternehmen oder subnationale Akteure (Regionen) als Interessenorganisationen zu bezeichnen, wenn sie das Ziel der politischen Einflussnahme verfolgen (vgl. Beyers/Eising/Maloney 2008: 1108-1109). Diese Interessenorganisationen aggregieren jedoch nicht wie die idealtypische Interessengruppe Präferenzen eines bestimmten Personenkreises (vgl. Bey-

⁵⁰ Der Begriff „Lobbyist“ verweist auf einen Vorraum und wird als Synonym für den Vorraum eines Entscheidungsträgers bzw. des Parlamentes gebraucht, wo Personen versuchen, Entscheidungsberechtigte von ihren Wünschen zu überzeugen bzw. sie zu einem ihrem Wünschen zuträglichen Abstimmungsverhalten zu bewegen.

ers/Eising/Maloney 2008: 1108-1109). Obwohl viele Interessenorganisationen Verbände sind, besteht eine Vielzahl an Organisationen, die sich wie Interessengruppen verhalten. „[I]nterest groups and interest organisations are united in their function to influence public policy [...]“ (Beyers/Eising/Maloney 2008: 1109). Das zweite Element, „politisches Interesse“, bezieht sich auf die Versuche, die diese Organisationen unternehmen, um politische Ergebnisse zu beeinflussen (vgl. Beyers/Eising/Maloney 2008: 1106). Für Andreas Dür ist Einfluss das Hauptziel von Interessengruppen (vgl. Dür 2008: 45) – dies gilt, wie erarbeitet, nur unter bestimmten Rahmenbedingungen. Der Aspekt der Einflussnahme wird oft als „political advocacy“ bezeichnet, was alle Bemühungen der Organisation umfasst, den politischen Prozess in einer Richtung zu beeinflussen – zum Wohle der Mitglieder oder einer bestimmten politischen Idee (vgl. Beyers/Eising/Maloney 2008: 1106). Schließlich weist das dritte Element der Definition von Beyers, Eising und Maloney, „Informalität“, darauf hin, dass Interessenorganisationen nicht nach politischen Ämtern streben oder sich als Kandidaten für Wahlen aufstellen lassen, sondern ihre Ziele durch regelmäßige informelle Interaktionen mit Politikern und Bürokraten verfolgen (vgl. Beyers/Eising/Maloney 2008: 1106-1107). Die von den Autoren angeführte „Informalität“ kann sich nur auf das Adressatensystem beziehen. Vielfach sind es auch staatliche Organisationen (Regionen bzw. Staaten in föderalen Systemen, Kirchen), die Interessenvertretung betreiben. In dieser Arbeit wird der Begriff Interessenorganisation für die Gesamtheit der kollektiven und korporativen Akteure, die versuchen, politische Ergebnisse zu beeinflussen, um ihr Primärziel zu erreichen, verwendet.

In der Wissenschaft ist, wie bereits angesprochen, umstritten, ob der Begriff des Interesses auf materiell-ökonomische Interessen beschränkt werden oder auch andersartige Bedürfnisse umfassen sollte. Dies spiegelt sich auch in der Diskussion um die Definition von Interessenorganisationen wieder. Es gibt Politikwissenschaftler, die den Begriff der Interessenorganisation nur für solche Organisationen verwenden, die materielle bzw. egoistischen Interessen der Mitglieder der Organisation verfolgen (vgl. pars pro toto Abromeit 1989: 246) und solche, die ein weites Verständnis des Interessebegriffs für Interessenorganisationen zugrunde legen (vgl. pars pro toto von Alemann 1987: 30). Letztere verstehen unter Interessenorganisationen kollektive (und korporative) Akteure, deren (mittelbares) Interesse einem materiellen oder nicht-materiellen Primärziel dient. Die Konzeptualisierung von Interessenorganisationen mit „spezifischen Interessen“, d. h. materiellen Interessen, geht mit einer gut abgrenzbaren Menge von Nutznießern bzw. Mitgliedern einher (vgl. Beyers 2004: 216). „[S]pecific interests, also called ‚socio-economic‘ or ‚producer interest groups‘, have a clear-cut stake in the production process and, in general, they represent and defend the interests of rather well circumscribed or more concentrated constituen-

cies“(Beyers 2002: 589). Wirtschaftlich orientierte Verbände sorgen sich also vornehmlich um das materielle Wohlergehen der eigenen Mitglieder und entsprechen somit Selbsthilfe-NPOs. Ideelle Verbände verfolgen hingegen religiöse, humanitäre, kulturelle oder politische Ziele (vgl. von Beyme 1969: 32; Straßner 2004: 24) und damit „interests that are linked to broad and general segments of society“ (Beyers 2004: 216). Diese Interessenorganisationen werden auch als „diffuse interests“ bezeichnet, da sie keine klar abgrenzbare Mitgliedschaft haben, sondern ihre Adressaten bzw. die Nutznießer ihres Organisationshandelns in der Bevölkerung breit gestreut sind (vgl. Beyers 2002: 589).

II. Kirchen: Non-Profit-Organisationen „mit himmlischem Auftrag“

Die bisherigen Ausführungen waren mit dem Ziel verbunden, der Beantwortung der Frage, ob Kirchen Interessenorganisationen sind, näher zu kommen. Nachdem erarbeitet wurde, was Organisationen sind und was Interessenorganisationen sind, stehen nun Kirchen im Mittelpunkt der Betrachtung.

A. Kirchen als Non-Profit-Organisationen

Zunächst ist festzustellen, dass Kirchen soziologisch gesehen Organisationen sind: Sie sind für bestimmte Zwecke eingerichtete soziale Gebilde mit einem vorgegebenen Ziel, mit formell geregelter Mitgliedschaft, einer das Handeln der Mitglieder regelnder Verfassung und einem Erzwingungsstab zur Durchsetzung dieser Verfassung (vgl. Esser 2000: 5). Was ist das Primärziel dieser Organisationen? „Die wichtigste Aufgabe der Kirchen in Europa ist es, gemeinsam das Evangelium durch Wort und Tat für das Heil aller Menschen zu verkünden“ (Charta Oecumenica II.2.), so ist es von der Dachorganisation der evangelischen, orthodoxen, anglikanischen und alt-katholischen Kirchen⁵¹ und von der Dachorganisation der römisch-katholischen Bischofskonferenzen⁵² festgeschrieben. In dieser Arbeit wird auf die Selbstbeschreibung des Akteurs zurückgegriffen, weil sie Konsequenzen für das Handeln des Akteurs und seinen Anspruch gegenüber Dritten hat. Primärziel der Organisation ist die Verkündigung des Evangeliums: Das Evangelium umfasst die Botschaft vom Reich Gottes wie sie der Stifter der christlichen Religion Jesus Christus verkündet hat, die Erzählungen vom Leben und den Taten Jesus sowie den Glauben daran, dass er Gottes Sohn war bzw. dass Gott in der Gestalt von Jesus Mensch

⁵¹ Zur Dachorganisation Konferenz Europäischer Kirchen siehe Kapitel V A.

⁵² Zur Dachorganisation der römisch-katholischen Bischofskonferenzen, dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen, siehe Kapitel V A.

geworden und nach seiner Hinrichtung am Kreuz vom Tod auferstanden ist und damit alle Menschen von ihren Sünden erlöst hat. Die zentrale Botschaft Jesus war die Liebe Gottes zu allen Menschen und das Gebot der Nächstenliebe, die sich sogar auf Feinde bezieht. In der Bibel, dem Offenbarungsbuch, auf das sich alle christlichen Kirchen beziehen, sind die Erzählungen über das Leben Jesus festgehalten. Jesus soll vom Jahre 0 bis ca. 33 in Galiläa – dem heutigen Israel – gelebt haben. Während aus neutralen Quellen (u. a. Aufzeichnungen des römischen Geschichtsschreibers Cornelius Tacitus) hervorgeht, dass es diese Person gab, ist die Überzeugung, dass Jesus der Sohn Gottes und vom Tod auferstanden sei, nicht empirisch nachzuweisen. Die Kirche ist diejenige Organisation, die das Evangelium nach Jesus weiterverköndet. Festzuhalten bleibt, dass eine existenzielle Verknüpfung zwischen dem Wesen der Kirche und der Verkündung des Evangeliums besteht.

Ziel der Organisation ist es nicht, Gewinne zu erzielen, sondern das Evangelium zu verkünden. Kirchen sind demnach Non-Profit-Organisationen (vgl. Witt et al. 2006: 37; Heller 2010: 11 mit Literaturangaben; Mertes 2000: 139 mit Literaturangaben).

Kirchen unterscheiden sich von anderen Organisationen dadurch, dass sie einen Bezug zu Gott und damit zu einer überweltlichen Macht herstellen. Der Stifter der Kirche soll Gottes Sohn gewesen sein. Von anderen Organisationen, die einen Bezug zu Gott oder zu Jesus herstellen, grenzen sich Kirchen dadurch ab, dass sie sich ausschließlich auf die Bibel beziehen⁵³ und sich auf keine weiteren, der Bibel gleichwertigen Offenbarungsquellen und auf Sonderlehren stützen⁵⁴. Des Weiteren stehen Kirchen Beziehungen mit anderen Kirchen aufgeschlossen gegenüber und lehnen sie nicht ab.⁵⁵

Es gibt mehrere Kirchen. Obwohl sich alle Kirchen auf die Bibel als Primärquelle berufen und die Gründung der Kirche auf das „Christusgeschehen“ – Predigten Jesu Christi vom Reich Gottes, Sammlung des Jüngerkreises durch Jesus, Kreuzestod und Auferstehung – zurückführen (vgl. Friedrich 2008: 167), unterscheiden sich die verschiedenen Organisationen nach der jeweiligen Auslegung des Primärtextes bzw. des Bekenntnisses (lateinisch: *confessio*). Kirchen, die durch dasselbe Bekenntnis geeint sind, gehören einer „Kirchenfamilie“ an (vgl.

⁵³ Die Kirche von Scientology ist demnach entgegen ihrer Selbstbezeichnung keine Kirche: Die Organisation weist keinen Bezug zu Gott oder der Bibel auf.

⁵⁴ Beispielsweise wird die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage („Mormonen“) nicht als christliche Kirche angesehen, da sich diese Glaubensgemeinschaft neben der Bibel auf das Buch Mormon stützt.

⁵⁵ Organisationen, die neben der Bibel weitere Offenbarungsquellen haben und in der Regel ökumenische Beziehungen ablehnen, werden von Kirchen als Sekten bezeichnet. Sekten sind Organisationen oder Gruppen, die sich von der Mutterorganisation abgespalten haben (vgl. EZW 2011).

ÖRK 2011a). Die Mitglieder einer Kirchenfamilie haben gemeinsame theologische und geschichtliche Wurzeln und dieselben Organisationsstrukturen (vgl. ÖRK 2011a). In der EU lassen sich fünf Kirchenfamilien identifizieren: die alt-katholische, die anglikanische, die evangelische, die orthodoxe und die römisch-katholische. Zu jeder Kirchenfamilie gehört eine Vielzahl von institutionell selbstständigen Kirchen. Wie noch gezeigt wird, lässt sich insbesondere die evangelische Kirchenfamilie noch in „Unter-Kirchenfamilien“ unterteilen.

Das Ziel der Organisation, die Verkündigung des Evangeliums, bedingt ein breites Handlungsfeld. Die Verkündigung des Evangeliums erfolgt in der Öffentlichkeit. Adressat des kirchlichen Handelns ist die Gesellschaft. Das kirchliche Handeln zielt auf die Beurteilung und Lösung politischer und sozialer Fragen im Geist des Evangeliums (vgl. Charta Oecumenica III.8.). Kirchen setzen sich für ein aus ihren Glaubensvorstellungen gespeistes Modell gesellschaftlichen Zusammenlebens ein und gestalten die Gesellschaft mit. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat dies bezogen auf den europäischen Integrationsprozess so formuliert: Die Kirche „leitet aus ihrem christlichen Verkündigungsauftrag die Verantwortung ab, ihre Vorstellungen von der Gestaltung einer menschlichen Gesellschaft in den europäischen Einigungsprozess mit einzubringen“ (EKD 1991). Aufgrund ihres Glaubens setzen sich die Kirchen „für ein humanes und soziales Europa ein, in dem die Menschenrechte und Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität zur Geltung kommen“ (Charta Oecumenica III.7.). Sie betonen „die Ehrfurcht vor dem Leben, den Wert von Ehe und Familie, den vorrangigen Einsatz für die Armen, die Bereitschaft zur Vergebung und in allem die Barmherzigkeit“ (Charta Oecumenica III.7.). Die Kirchen treten für die Gleichwertigkeit aller Menschen, für ökologische Nachhaltigkeit, für Frieden und gegen Gewalt ein (vgl. Charta Oecumenica III.8.; III.9.). Im Vergleich zu anderen Non-Profit-Organisationen, die sich auf ein Handlungsfeld spezialisiert haben (z. B. Menschenrechte), haben Kirchen aufgrund ihres ganzheitlichen gesellschaftlichen Anspruchs ein ungleich breiteres Handlungsfeld. Sie sind keine single-issue-Organisationen. Sie sind many-issues-Organisationen. Keine anderen Organisationen decken eine so große Bandbreite an beachteten Politikfeldern wie Kirchen ab. Daher sind Kirchen geradezu prädestiniert dafür, Interessenvertretung zu betreiben.

Was die Rechtsformen von Kirchen betrifft, so unterscheiden sich diese zwischen den 27 EU-Staaten und in einem Staat eventuell auch nach der Konfession. Kirchen können staatliche

Organe, Körperschaften des öffentlichen Rechts, juristische Personen des Privatrechts (Vereine) sowie nicht-rechtsfähige Vereinigungen darstellen.

B. Das kirchliche Selbstverständnis: Sind Kirchen doch nicht vergleichbar?

Kirchen wurden den Non-Profit-Organisationen zugeordnet. Sind Kirchen also im Vergleich mit anderen Organisationen doch nichts Besonderes? Das Selbstverständnis von Kirchen – ihre corporate identity, wenn man so will – weist sie als Organisationen, die nicht nur eine sichtbare Dimension, sondern auch eine unsichtbare Dimension⁵⁶ haben, aus. Kirchen sind demnach nicht nur eine Gemeinschaft von Menschen, sondern auch das Werk Gottes (vgl. Friedrich 2008: 160-163). Dies hat Konsequenzen für den Anspruch, den Kirchen gegenüber Dritten haben. So kooperiert beispielsweise die Kirche von Griechenland bei der Vertretung ihrer Interessen nicht mit gesellschaftlichen Organisationen, weil sie eine Kirche ist und quasi über jenen steht. Zudem ist eine Organisation, die den Anspruch hat, in bestimmten gesellschaftlichen Fragen die „Wahrheit“ zu vertreten, in ihrer Position nicht kompromissbereit. Dies zeigt sich bei einigen Kirchen vor allem in Fragen des menschlichen Lebens.

Sind alle Kirchen Kirchen? Die Frage, wie empirisch vorfindbare Kirchen sich zur einen Kirche Jesu Christi verhalten, ist die entscheidende ökumenische Frage. Von ihrer Beantwortung hängt ab, welchen Kirchen von anderen Kirchen Kirchenqualität zugesprochen wird. Während der unbedarfte Nicht-Theologe mit seinem konfessionell-gemischtem Bekanntenkreis in einer durchschnittlichen deutschen Stadt sich diese Frage wahrscheinlich nicht mit Blick auf die alt-katholischen, anglikanischen, evangelischen, orthodoxen und römisch-katholischen Kirchen stellt, sondern eher über die Kirchenqualität der „Kirche von Scientology“ nachdenkt, birgt diese Frage und deren Beantwortung unter Theologen der genannten Kirchenfamilien Sprengkraft. Zankapfel ist das Verständnis von der apostolischen Sukzession. Für einige Kirchen ist die apostolische Sukzession nur verwirklicht, wenn die Linie der durch Weihe eingesetzten männlichen Amtsträger ununterbrochen bis zu den Aposteln zurückgeführt werden kann. Nur diese apostolische Sukzession bildet die Voraussetzung der gültigen Feier der Eucharistie. Als Eucharistie wird die Feier des Abendmahles in Form von Brot und Wein⁵⁷ im Gedenken an das letzte Abendessen Jesus mit seinen Anhängern bezeichnet. Diese Art der

⁵⁶ In der Orthodoxie wird die Kirche als Einheit und als Leib Christi verstanden, weshalb Orthodoxe nicht zwischen sichtbarer und unsichtbarer Kirche unterscheiden (können) (vgl. Friedrich 2008: 22-24). „Sichtbare und unsichtbare Kirche sind nicht zwei getrennte Größen, sondern zwei verschiedene Wirksamkeiten der einen Sache“ (Friedrich 2008: 24).

⁵⁷ Je nach konfessioneller Auslegung stellen Brot und Wein tatsächlich oder symbolisch den Leib und das Blut Jesus Christus dar.

apostolischen Nachfolge besteht in der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirchenfamilie. Die anglikanische und die alt-katholische Kirchenfamilie hatte auch diese Art der apostolischen Sukzession, ließ aber zum Ende des 20. Jahrhunderts Frauen als Bischöfe zu. Die evangelische Kirchenfamilie hingegen weist die Nachfolge im Bischofsamt zurück und interpretiert die apostolische Nachfolge als Nachfolge im Glauben. Für die römisch-katholische Kirche sind vor diesem Hintergrund nur die orthodoxe Kirchen Kirchen, alle anderen sind kirchliche Gemeinschaften: „Die Kirchen, die zwar nicht in vollkommener Gemeinschaft mit der katholischen Kirche stehen, aber durch engste Bande, wie die apostolische Sukzession und die gültige Eucharistie, mit ihr verbunden bleiben, sind echte Teilkirchen. Deshalb ist die Kirche Christi auch in diesen Kirchen gegenwärtig und wirksam, obwohl ihnen die volle Gemeinschaft mit der katholischen Kirche fehlt, insofern sie die katholische Lehre vom Primat nicht annehmen, den der Bischof von Rom nach Gottes Willen objektiv innehat und über die ganze Kirche ausübt. Die kirchlichen Gemeinschaften hingegen, die den gültigen Episkopat und die ursprüngliche und vollständige Wirklichkeit des eucharistischen Mysteriums nicht bewahrt haben, sind nicht Kirchen im eigentlichen Sinn [...]“ (Dominus Iesus IV. 17). Vor dem Hintergrund dieser ökumenischen Herausforderungen, wird erst deutlich, wie rational und strategisch Kirchen agieren, wenn sie gemeinsam, d. h. im Verbund mit Kirchen, denen sie theologisch die Kirchenqualität absprechen, ihre Position gegenüber politischen Akteuren auf EU-Ebene vertreten.

C. Kirchen in der EU: eine empirische Bestandsaufnahme

Welche Kirchen es in welchen Staaten der Europäischen Union (EU) gibt, soll im Folgenden aufgezeigt werden. Dazu wird die geschichtliche Entwicklung⁵⁸ nachgezeichnet oder, wenn man so will, die römisch-katholische Lesart zu Grunde gelegt: Die eine Kirche, die nach Jesus Tod gegründet wurde, hat Abspaltungen erfahren. Es werden nur solche Kirchen berücksichtigt, deren Hauptsitz⁵⁹ in einem EU-Staat liegt. In den 27 EU-Staaten gibt es sechs alt-katholische, sechs anglikanische, acht orthodoxe und 112 evangelische Kirchen sowie 23 römisch-katholische Bischofskonferenzen (eigene Auszählung nach KEK 2011; ÖRK 2011b; COMECE 2011a; Utrechter Union 2011a; Lutherischer Weltbund 2011; World Alliance of Reformed Churches Europe 2011; European Baptist Federation 2011; Mennonitische Weltkonferenz 2011; Heilsarmee 2011). Nicht berücksichtigt werden die Religiöse Gesellschaft

⁵⁸ Ziel ist es, die großen Linien nachzuzeichnen. Es geht hier nicht darum, eine eingehende geschichtliche Analyse unter Berücksichtigung theologischer, politischer und sozialer Faktoren vorzulegen.

⁵⁹ Kirchen, deren Hauptsitz außerhalb der EU liegt, die aber aus historischen Gründen viele Mitglieder in EU-Staaten haben, sind das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel und die Russische Orthodoxe Kirche. Des Weiteren sind noch fünf internationale Organisationen auf evangelischer Seite zu nennen, die ebenfalls in der EU aktiv sind: Herrnhuter Brüdergemeinde, Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland und anderen Staaten, Heilsarmee, Evangelisch-methodistische Kirche Mittel- und Südeuropa und die Methodistische Kirche Nord-Europa & Baltischer Raum (vgl. KEK 2011a).

der Freunde („Quäker“) und die pentekostalen Gemeinschaften („Pfingstkirchen“), da diese Gemeinschaften einen radikalen Bruch mit den Ergebnissen der ersten sieben Konzilien, den Versammlungen der Bischöfe, auf denen die Grundlagen der christlichen Lehre diskutiert wurde, vollzogen haben (vgl. Ernesti 2009: 191; 194-195).

Dass es in der EU fünf Kirchenfamilien gibt, liegt in theologischen Differenzen und kirchenpolitischen und weltpolitischen Konflikten der letzten 1000 Jahre begründet. Den Grundstein für die Ausbreitung der christlichen Religion über das Gebiet der heutigen EU legten im 4. Jahrhundert Kaiser des Römischen Reiches: Kaiser Galerius erließ 311 ein Toleranzedikt, mit dem das Christentum zur geduldeten Religion erhoben wurde (vgl. Eder 2008: 32). In der Mailänder Vereinbarung von 313 wurde von den beiden Kaisern Konstantin I. der Große und Licinius allgemeine Religionsfreiheit gewährt. Konstantin I. der Große unterstützte und förderte die christliche Religion (vgl. Eder 2008: 35). Ende des 4. Jahrhunderts erklärten Kaiser Gratian in der westlichen Reichshälfte und Kaiser Theodosius in der östlichen Reichshälfte das Christentum zur Staatsreligion⁶⁰ (vgl. Eder 2008: 34; Franzen 1988: 70).

Die orthodoxe und die römische Kirche

Bis vor 967 Jahren gab es lediglich eine Kirche. Im Jahr 1045 spalteten sich die in der östlichen Hälfte des Römischen Reiches beheimateten Kirchen von den Kirchen im Westen ab. Dies kann als erster Bruch (Schisma⁶¹) in der Geschichte des Christentums bezeichnet werden. Grund der Abspaltung waren kirchenpolitische Differenzen und Differenzen in der Auslegung des christlichen Glaubens (Lehre).⁶² Die Ost- und die Westkirche entwickelten sich fortan unabhängig voneinander als orthodoxe bzw. östliche und als lateinische bzw. römische Kirche. Die orthodoxe Kirche ist heute in verschiedene nationale Kirchen aufgesplittert. Zur orthodoxen Kirchenfamilie gehören acht Kirchen. Von den heutigen EU-Staaten sind insbesondere Griechenland, Zypern, Rumänien und Bulgarien orthodox geprägt. Orthodoxe Kirchen finden sich auch in Polen, Tschechien, der Slowakei, Estland und Finnland.

⁶⁰ Im Jahr 380 verlangte ein kaiserliches Edikt von allen Untertanen den Übertritt zur christlichen Religion und im Jahr 392 wurde die Teilnahme an nicht-christlichen kultischen Tätigkeiten untersagt (vgl. Franzen 1988: 70; Eder 2008: 34).

⁶¹ Ein Schisma, d. h. eine Abspaltung, geht auf Differenzen in der Praxis und der Ordnung der Kirche zurück (vgl. Eder 2008: 30).

⁶² Zu den Gründen für das Schisma zählten die Frage, ob der Heilige Geist vom Vater und vom Sohn ausgeht oder nur vom Vater („filioque“-Streit) und der Primatanspruch des Bischofs von Rom, die Verwendung ungesäuerten Brots bei der Eucharistie, das Fasten am Sonntag sowie die Priesterehe (vgl. Eder 2008: 85). Zu Einzelheiten siehe pro toto Eder 2008: 39-49, 52-57, 84-86.

Schaubild 1: Orthodoxe Kirchen mit Hauptsitz in der EU

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl ⁶³
Bulgarien	Bulgarische Orthodoxe Kirche	4.400.000 ⁶⁴
Estland	Orthodoxe Kirche von Estland [autonom]	
Finnland	Orthodoxe Kirche in Finnland [autonom]	61.000
Griechenland	Kirche von Griechenland	10.003.402
Polen	Polnische Autokephale Orthodoxe Kirche	600.000
Rumänien	Rumänische Orthodoxe Kirche	18.806.428
Slowakei	Orthodoxe Kirche in den Tschechischen Ländern und der Slowakischen Republik	75.000
Tschechien	Orthodoxe Kirche in den Tschechischen Ländern und der Slowakischen Republik	
Zypern	Kirche von Zypern	654.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach KEK 2011; ÖRK 2011b.

Die nationalen orthodoxen Kirchen sind bis auf die Kirchen in Finnland und Estland autokephal, d. h. eigenständig im Sinne von unabhängig in der Regelung innerkirchlicher Angelegenheiten und in der Wahl ihres Oberhauptes. Die Kirchen von Finnland und Estland sind autonome Kirchen: Ihr Oberhaupt wird von einer autokephalen Kirche (in diesem Falle dem Ökumenischen Patriarchat) ernannt (vgl. Oeldemann 2006: 12). Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) erkennt die Kirche von Estland nicht als autonome Kirche an, sondern zählt sie zu seinem „kanonischen Territorium“ und beansprucht daher die volle Jurisdiktion (vgl. Potz/Synek 2007: 191).

Einige Gebiete in EU-Staaten unterstehen orthodoxen Kirchen mit Sitz außerhalb der EU. Als Untergliederungen der ROK zählen die Lettische Orthodoxe Kirche, die zweite Estnische Orthodoxe Kirche und das Bistum von Wilna und Litauen (vgl. Potz/Synek 2007: 191), während der Berg Ethos und die Inseln der Dodekanes dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel unterstehen (vgl. Papastathis 2005: 123). In Griechenland gibt es noch eine weitere Besonderheit: Die Verwaltung der griechischen Regionen Mazedonien, Epirus, West-Thrakien und die Ägäischen Inseln sowie Kreta (Kreta ist halb-autonom) kommt der Kirche von Griechenland zu. Formal und in Glaubensfragen sind diese Regionen jedoch dem Ökumenischen Patriarchat unterstellt.

Die evangelische und die römische Kirche

In der römisch-katholischen Kirche gab es seit dem 11. Jahrhundert Auseinandersetzungen über das Kirchenverständnis, die zu Abspaltungen von Gruppen führten (vgl. Friedrich 2008: 27-34). Unter anderem hatten Anhänger von Valdes im 12. Jahrhundert und Jan Hus im 15. Jahrhundert die Kirche als Gemeinschaft von Christen verstanden und sich infolgedessen

⁶³ Die Mitgliederzahl wird angegeben, soweit darüber Informationen vorliegen. Zu den Mitgliederzahlen der orthodoxen Kirchen siehe ÖRK 2011c (Ausnahme: Mitgliederzahl der bulgarischen orthodoxen Kirchen).

⁶⁴ Die Mitgliederzahl der bulgarischen orthodoxen Kirche basiert auf Auswärtiges Amt 2011.

nicht mit der Ausgestaltung der bestehenden römischen Kirche identifizieren können (vgl. Friedrich 2008: 32-33). Angehörige dieser Kirchen gibt es bis heute in Italien (Waldenser)⁶⁵ und in der Tschechischen Republik (Hussiten) (vgl. KEK 2011). Im 16. Jahrhundert setzte eine Bewegung ein, die zum (zweiten) dauerhaften Bruch mit der römisch-katholischen Kirche in Westeuropa führte: die Reformation. Als Datum für den Beginn der Reformation gilt der Tag des Anschlags von 95 Thesen gegen den Ablass an die Tür der Wittenberger Schlosskirche durch den Augustinermönch Martin Luther, der 31. Oktober 1517⁶⁶ (vgl. Eder 2008: 144). Die Reformation entzündete sich zwar an der Ablassfrage⁶⁷. Ihre kirchenpolitischen Ursachen lagen jedoch in der Frage nach der Autorität in der Kirche und sie griff damit Auseinandersetzungen über das Kirchenverständnis auf, die seit dem 11. Jahrhundert aktuell waren (vgl. Friedrich 2008: 27-34; Eder 2008: 135-140). Die bedeutendsten Protagonisten der Bewegung waren Martin Luther, Ulrich Zwingli (der Reformator Zürichs) und Johannes Calvin (der Reformator Genfs). Diese Reformatoren unterstrichen, dass die Bibel die einzige Quelle des Glaubens sein sollte und lehnten die römische Auffassung, dass der Glaube auch auf den Dogmen, die im Laufe der Zeit vom Papst und den Bischöfen verkündet worden waren, aufbaut, ab (vgl. Hug/Danner/Busley 1977: 31). Die Kirche wurde als Gemeinschaft von Gläubigen gesehen und das allgemeine Priestertum der Gläubigen dem in der römischen Kirche vorherrschenden „Gegenüber von einem Subjekt der Heilsvermittlung (Priester) und einem Objekt (Kirchenvolk)“ gegenüber gestellt (vgl. Friedrich 2008: 38). Das Kirchenverständnis (Ekklesiologie) von Luther, Zwingli und Calvin unterschied sich nicht nur von der römisch-katholischen Interpretation, sondern auch von demjenigen des jeweils anderen. Vor allem mit Blick auf die Konsequenz der Lehre⁶⁸ für den Alltag der Christen hatten Luther und Calvin verschiedene Auffassungen. Es lassen sich damit zwei aus der Reformation entstandene christliche Strömungen unterscheiden: Lutheraner und Reformierte (Anhänger Zwinglis und Calvinisten). Von den heutigen EU-Mitgliedstaaten wurden Schweden, Dänemark, Estland, Lettland sowie Teile von Litauen, Polen und Deutschland lutherisch (eigene Zusammen-

⁶⁵ Die Geschichte der Waldenser ist eine Geschichte der Vertreibung und Migration. Da die Waldenser zunächst durch die römisch-katholische Kirche in „Italien“ und dann vom französischen Staat verfolgt und im 17. Jahrhundert in „Deutschland“ aufgenommen wurden, gibt es heute auch Waldensergemeinden in Deutschland. Sie sind heute in die evangelischen Kirchen in Deutschland integriert.

⁶⁶ Der 31. Oktober ist in einigen Bundesländern ein Feiertag. Der Thesenanschlag fand jedoch nie statt, wie nachgewiesen werden konnte (vgl. Eder 2008: 144).

⁶⁷ Die Ablassfrage ist die Frage nach der (theologischen) Rechtmäßigkeit des Erlassens weltlicher Sünden durch die katholische Kirche nach Erbringung bestimmter Leistungen (und hier vor allem finanzieller Leistungen an die katholische Kirche).

⁶⁸ Calvin setzte einen zusätzlichen Akzent und schrieb der Kirche vor allem die Aufgabe zu, „die Christen durch Lehre und Disziplin zu erziehen und so am Reich Gottes auf Erden mitzubauen“ (Friedrich 2008: 42). In der calvinistischen Strömung der Reformation wird so die Kirchenzucht zu einem Kennzeichen der Kirche (vgl. Friedrich 2008: 42).

stellung nach einer Karte der Bekenntnisse in Europa um 1650 in Hug/Danner/Busley 1977: 58). Angehörige der lutherischen Konfession gab es um 1650 auch in Tschechien, der Slowakei, Österreich, Slowenien, Ungarn und Rumänien. Nur Schottland im heutigen Vereinigten Königreich war vollständig reformiert, während Angehörige der reformierten Kirche in den Niederlanden, Deutschland, Frankreich, Ungarn und Rumänien zu finden waren (eigene Zusammenstellung nach einer Karte in Hug/Danner/Busley 1977: 58).

Die Könige von Schweden-Finnland⁶⁹ und Dänemark machten die lutherische Konfession zur Staatsreligion. Auch im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation nahmen einige Landesfürsten und Reichsstädte die lutherische Konfession an. Auf dem Reichstag in Augsburg wurde 1555 ein Religionsfrieden geschlossen, der u. a. festlegte, dass lutherische und katholische Landesfürsten gleichberechtigt sind und der Landesherr die Konfession seiner Untertanen bestimmt (Andersgläubige dürfen auswandern) (vgl. Hug/Busley 1979: 40). In den Reichsstädten mit lutherischen und katholischen Bevölkerungsanteil sollen beide Konfessionen gleichberechtigt sein. Mit dem Westfälischen Frieden wurde 1648 der Augsburger Religionsfrieden auf die Reformierten ausgeweitet (vgl. Eder 2008: 165). In Schottland wurde die calvinistische Konfession vom Parlament eingeführt (vgl. McClean 2005: 558).

In den folgenden EU-Staaten gibt es evangelische Kirchen:

Schaubild 2: Evangelische Kirchen mit Hauptsitz in der EU

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl
Belgien	Vereinigte Protestantische Kirche in Belgien	50.000
	Belgische Lutherische Kirche: Pays d'Arlon und Christliche Mission	814
Dänemark	Evangelisch-Lutherische Kirche in Dänemark	4.500.000
	Reformierte Synode in Dänemark	
Estland	Estnische Evangelisch-Lutherische Kirche	200.000
	Estnische Evangelisch-Lutherische Kirche im Ausland	11.000
Finnland	Evangelisch-Lutherische Kirche Finnland	4.400.000
Frankreich	Kirche A. B. ⁷⁰ von Elsass und Lothringen	210.000
	Evangelisch-Lutherische Kirche in Frankreich	36.000
	Reformierte Kirche von Elsass und Lothringen	35.000
	Reformierte Kirche von Frankreich	350.000
Deutschland	Evangelische Kirche in Deutschland ⁷¹	26.211.000
	Evangelische Brüder-Unität	
Großbritannien	Kirche von Schottland (Kirk) (presbyterianisch)	1.149.000
	Kongregationalistische Vereinigung des Vereinigten Königreichs	
	Presbyterianische Kirche von Wales	36.251

⁶⁹ Finnland war zur Zeit der Reformation im 16. Jahrhundert Teil Schwedens.

⁷⁰ Die Bezeichnung „A. B.“ steht für Augsburger Bekenntnis und weist damit auf eine lutherische Kirche hin.

⁷¹ Die Evangelische Kirche in Deutschland ist eine Dachorganisation aus 22 lutherischen, reformierten und united Kirchen.

	Lutherische Kirche in Großbritannien	2.745
	Lutherischer Rat Großbritanniens	179.300
	Vereinigte Reformierte Kirche	85.000
	Vereinigte Freie Kirche von Schottland	4.400
	Union Walisischer Unabhängiger	31.000
Griechenland	Griechisch-Evangelische Kirche	5.000
Irland	Presbyterianische Kirche in Irland	300.000 ⁷²
	Evangelische-Lutherische Kirche in Irland	377
Italien	Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien	7.000
	Evangelische Waldenser-Kirche	25.000
Lettland	Evangelisch-Lutherische Kirche von Lettland	39.000
	Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands im Ausland	25.000
	Reformierte Kirche in Lettland	
Litauen	Evangelisch-Lutherische Kirche in Litauen	20.000
	Synode der Evangelischen Reformierten Kirche – Litauischer Bund	
Luxemburg	Allianz der Protestantischen Kirchen in Luxemburg	
Niederlande	Protestantische Kirche in den Niederlanden	2.500.000
	Remonstrantische Bruderschaft	10.000
Österreich	Evangelische Kirche A. B. in Österreich	324.296
	Reformierte Kirche Österreich	
	Evangelische Kirche Helvetischen Bekenntnisses	
Polen	Evangelische Kirche A. B. in Polen	80.000
	Evangelisch-Reformierte Kirche in Polen	
Portugal	Presbyterianische Kirche in Portugal	3.000
Rumänien	Evangelische Kirche A. B. in Rumänien	14.543
	Evangelisch-Lutherische Kirche in Rumänien	33.000
	Reformierte Kirche in Rumänien	560.000
Slowakei	Evangelische Kirche A. B. in der Slowakei	372.858
	Reformierte Christliche Kirche in der Slowakei	109.753
Slowenien	Evangelische Kirche A. B. in der Slowenischen Republik	20.000
	Reformierte Kirche in Slowenien	
Spanien	Spanische Evangelische Kirche (reformiert)	2.700
Schweden	Kirche von Schweden	7.200.000
	Schwedische Missionskirche (reformiert)	63.000
Tschechien	Tschoslowakische Hussitische Kirche	99.103
	Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder	117.000
	Herrnhuter-Kirche in der Tschechischen Republik	
	Schlesische Evangelische Kirche A. B. in der Tschechischen Republik	30.000
Ungarn	Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn	305.000
	Reformierte Kirche in Ungarn	620.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ÖRK 2011b; ÖRK 2011d; ÖRK 2011e, ÖRK 2011f, KEK 2011; Lutherischer Weltbund 2011; World Alliance of Reformed Churches Europe 2011.

Während Lutheraner und Calvinisten hierarchische Elemente in die Organisationsstruktur der Kirchen einführten und die Zusammenarbeit mit dem Staat suchten, bildeten sich Kirchen, die frei vom Staat sein wollten, heraus: die Freikirchen (vgl. Ernesti 2009: 178). Mennoniten und Baptisten verstehen die Kirche als Schöpfung des Wortes. Jeder Gläubige hat durch den Heiligen Geist einen Zugang zu Gott und die Vermittlung von Seiten kirchlicher Amtsträger oder

⁷² Die Angaben zur Mitgliederzahl basieren auf Presbyterianische Kirche in Irland 2012.

durch Sakramente, besonderen Heilszeichen, die durch kirchliche Amtsträger gespendet werden, wird abgelehnt. Die Kirchen sind kongregationalistisch: die einzelne Gemeinde bildet die souveräne Kirche (vgl. Friedrich 2008: 43). In folgenden EU-Staaten gibt es mennonitische und baptistische Kirchen:

Schaubild 3: Mennonitische und baptistische Kirchen mit Hauptsitz in der EU

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl
Belgien	Mennonitisches Zentrum Brüssel	35
	Bund der Baptisten in Belgien	
Bulgarien	Baptistenbund von Bulgarien	5.515
Dänemark	Baptistenbund von Dänemark	5.350
Estland	Bund der Freien Evangelischen und Baptistischen Kirchen von Estland	6.057
Finnland	Finnischer Baptistenbund	691
Frankreich	Vereinigung der Evangelischen Mennonitischen Kirchen von Frankreich	2.100
	Bund der Evangelischen Baptistischen Kirchen von Frankreich	6.505
Deutschland	Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland	5.417
	Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Brüdergemeinden in Deutschland	1.623
	Bruderschaft der Christengemeinde in Deutschland	20.000
	Bund Taufgesinnter Gemeinden	6.356
	Mennoniten Brüdergemeinden	4.520
	Mennoniten Kirchengemeinden	445
	Verband der Evangelischen Freikirchen Mennonitischer Brüdergemeinden in Bayern	306
	Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (Baptisten)	82.664
Großbritannien	Britische Konferenz der Mennoniten	25
	Brüder in der Christuskirche (mennonitisch)	266
	Baptistenbund von Großbritannien	132.703
	Baptistenbund von Schottland	12.000
	Kongregationalistische Vereinigung von Großbritannien	
	Baptistenbund von Wales	12.813
Irland	Amische Mennoniten Gesellschaft	25
Italien	Evangelische Mennonitische Italienische Kirche	250
	Bund der Christlich-Evangelischen Baptisten Italiens	6.200
Lettland	Baptistenbund von Lettland	6.523
Litauen	Freie Christliche Kirchen (mennonitisch)	200
	Baptistenbund von Litauen	363
Niederlande	Freie Christliche Kirchen (mennonitisch)	9.000
	Bund der Baptistischen Kirchen in den Niederlanden	10.674
Malta	Evangelische Baptistenkirche von Malta	
Österreich	Mennonitische Freikirche Österreich	424
	Baptistenbund von Österreich	1.467
Polen	Baptistenbund von Polen	4.871
Portugal	Bund der Mennonitischen Kirchen von Portugal	150
	Baptistengesellschaft in Portugal	4.700
Rumänien	Amische Kirche- Rumänien	44
	Baptistenbund in Rumänien	98.672
	Gesellschaft der Ungarischen Baptistenkirchen in Rumänien	8.954
Slowakei	Bund Freier Evangelischer Gemeinden	
	Brüderliche Baptistenunion in der Slowakei	1.974
Slowenien	Bund der Baptistenkirchen in Slowenien	160
Spanien	Vereinigung von Mennoniten und Brüder in Christus in Spanien	308
	Verband der Evangelischen Baptisten in Spanien	11.044

Schweden	Baptistenbund von Schweden	17.500
	Evangelische Freikirchen	32.500
Tschechien	Baptistenbund in Tschechien	2.343
Ungarn	Baptistenbund von Ungarn	11.854

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ÖRK 2011b; KEK 2011, European Baptist Federation 2011; Mennonitische Weltkonferenz 2011.

Die anglikanische und die römische Kirche

Im 16. Jahrhundert kam es zu einer weiteren Abspaltung von der römischen Kirche. Diese Abspaltung ist auf die Interessen des Königs von England zurückzuführen. Der Katholik Heinrich VIII. wollte seine Ehe vom Papst annullieren lassen, weil seine Frau ihm keinen Sohn und Thronerben schenkte. Der Papst kam diesem Wunsch nicht nach. Jedoch erklärte der Erzbischof von Canterbury die Ehe des Königs für nichtig (vgl. Ernesti 2009: 169). Der Papst wiederum exkommunizierte Heinrich VIII., der inzwischen heimlich eine andere Frau geheiratet hatte (vgl. Hug/Danner/Busley 1977: 41). Im Jahr 1534 erließ das englische Parlament die Suprematsakte, wodurch anstelle des Papstes der König Oberhaupt der Kirche in England wurde (vgl. Friedrich 2008: 64). Dieser löste den Großteil der Klöster auf, entband die Ordensleute von ihren Gelübden, beschlagnahmte die Güter der römischen Kirche und ließ die Bibel auf Englisch übersetzen (vgl. Ernesti 2009: 169; Hug/Danner/Busley 1977: 41). Die Organisationsstruktur der römischen Kirche blieb in der Kirche von England erhalten. Die anglikanische Kirche vereint theologisch römische und evangelische Elemente und es gibt bis heute keine allgemein anerkannte Ekklesiologie (vgl. Friedrich 2008: 65). Seit ihrem Bestehen hat es immer wieder römische oder evangelische Strömungen gegeben, die für eine zeitliche Phase die Oberhand gewonnen haben (vgl. Ernesti 2009: 171). Anglikanische Kirchen finden sich in folgenden EU-Staaten:

Schaubild 4: Anglikanische Kirchen mit Hauptsitz in der EU

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl ⁷³
Großbritannien	Kirche von England	25.000.000
	Schottische Episkopalkirche	44.280
	Kirche in Wales	78.000
Irland	Kirche in Irland	365.000
Portugal	Lusitanische Katholisch-Apostolische Evangelische Kirche	5.000
Spanien	Spanische Reformierte Episkopalkirche	5.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach KEK 2011.

Freikirchen anglikanischen Ursprungs sind die Methodisten und die Heilsarmee. Die methodistische Kirche lehnt die Vorstellung der Kirche als Heilsanstalt ab und betont den individuellen Glauben (vgl. Friedrich 2008: 48). Die meisten methodistischen Kirchen in den EU-

⁷³ Die Angaben zur Mitgliederzahl basieren auf ÖRK 2011g.

Staaten gehören zur Vereinigten Methodistischen Kirche mit Hauptsitz in den USA⁷⁴. Nur drei methodistische Kirchen haben ihren Hauptsitz in der EU. Die Heilsarmee ist eine Abspaltung des Methodismus. Sie ist hierarchisch gegliedert und präsentiert sich wie eine Missionsarmee. Taufe und Abendmahl finden nicht statt. Die Heilsarmee hat ihren Hauptsitz in Großbritannien und ist in vielen anderen EU-Staaten präsent. In folgenden Staaten gibt es methodistische Kirchen und die Heilsarmee:

Schaubild 5: Methodistische Kirchen und die Heilsarmee mit Hauptsitz in der EU

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl ⁷⁵
Großbritannien	Methodistische Kirche	293.661
	Heilsarmee ⁷⁶	k. A.
Irland	Methodistische Kirche	60.000
Italien	Methodistische Kirche	4.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ÖRK 2011b; KEK 2011; Heilsarmee 2011.

Die alt-katholische und die römische Kirche

Im 19. Jahrhundert kam es erneut zu einer Abspaltung von der römischen Kirche. Die alt-katholischen Kirchen sind historisch aus zwei Strömungen hervorgegangen: aus einer Kirche in den Niederlanden und aus einer Bewegung in Deutschland und der Schweiz. Eine römisch-katholische Kirche in Utrecht in den Niederlanden genoss bis 1702 eine weitgehende Unabhängigkeit von Rom. Dies äußerte sich u. a. darin, dass der Bischof nicht von Rom eingesetzt, sondern von den Geistlichen des Doms (Domkapitel) frei gewählt wurde (vgl. Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland 2009). Vor dem Hintergrund der Reformation war der Heilige Stuhl bestrebt, die Kirche in Utrecht unter die volle Jurisdiktion des Heiligen Stuhls zu stellen. Die Geistlichen des Doms von Utrecht widersetzten sich und wählten 1723 einen eigenen Erzbischof, der sich von einem Missionsbischof weihen ließ (vgl. Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland 2009). Die zweite Strömung der alt-katholischen Kirchen ging aus Bewegungen in Deutschland und in der Schweiz hervor, die das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes, wie es auf dem Ersten Vatikanischen Konzil 1870 beschlossen worden war, nicht mittrugen. Als 1873 ein Mitglied dieser Gruppe zum Bischof geweiht wurde, war das Schisma vollzogen (vgl. Utrechter Union 2011b; Ernesti 2009: 66). Die Weihe vollzog ein Bischof der Kirche aus Utrecht, die, wie erwähnt, bereits 1723 einen Bruch mit der römisch-katholischen Kirche vollzogen hatte (vgl. Utrechter Union 2011b). Durch diesen

⁷⁴ vgl. die interaktive Europa-Karte der Vereinigten Methodistischen Kirche: http://www.umc.org/site/c.lwL4KnN1LtH/b.2028601/k.2221/Global_Map.htm (03.04.2012).

⁷⁵ Die Angaben zu den Mitgliederzahlen basieren auf ÖRK 2011h.

⁷⁶ Das International Headquarter der Heilsarmee ist in London. Die Heilsarmee ist in 124 Staaten der Welt aktiv, darunter in 20 EU-Staaten (B, DK, EST, FIN, F, D, GR, IRL, I, LIT, NL, A, PL, P, RO, E, S, CZ, HU) (vgl. Heilsarmee 2011). Weltweit hat sie 1,6 Millionen Mitglieder (vgl. ÖRK 2011i).

„Kunstgriff“ stehen alle Bischöfe der alt-katholischen Kirche in der apostolischen Nachfolge. Theologisch vertreten die alt-katholischen Kirchen eine moderne römisch-katholische Theologie. Sie erkennen den Primat des Papstes nicht an. Die Kirchenorganisation ist episkopatisch-synodal angelegt: „Jede altkatholische Orts- oder. [sic!] Nationalkirche hat eine Synode (Bistumssynode und Generalsynode), in der Laien als Delegierte der Pfarrgemeinden und Geistliche - entweder alle oder vom Klerus gewählte (die Laien sollen eine festgelegte Mehrheit bilden) - zusammen mit dem Bischof und einer Art von Exekutive der Synode (oft Synodalrat genannt) die inneren Aufgaben der Kirche bestimmen“ (von Arx 2011). Dabei bestehen Unterschiede zwischen den Bischofskonferenzen: In Deutschland wählt die Synode, die zu Zweidritteln aus Laien besteht, u. a. den Bischof (Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland 2009), während in den Niederlanden die Synode nur beratende Funktion hat (vgl. von Arx 2011). Die selbstständigen alt-katholischen Kirchen sind in folgenden EU-Staaten zu finden:

Schaubild 6: Alt-katholische Kirchen mit Hauptsitz in der EU

EU-Staat	Kirchen	Mitgliederzahl ⁷⁷
Deutschland	Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland	25.000
Niederlande	Alt-Katholische Kirche der Niederlande	10.000
Österreich	Alt-katholische Kirche Österreichs	14.621
Polen	Polnischkatholische Kirche	20.000
	Alt-katholische Kirche der Mariaviten in Polen	29.000
Tschechien	Alt-katholische Kirche in der Tschechischen Republik	

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ÖRK 2011b; KEK 2011.

Die römisch-katholische Kirche

Die römisch-katholische Kirche ist eine Universalkirche. Ihr Sitz ist im Vatikanstaat. Seit den 1960er Jahren konnten sich die Bischöfe in einem Staat zu nationalen Bischofskonferenzen zusammenschließen. Heute gibt es in folgenden Staaten Bischofskonferenzen:

Schaubild 7: Römisch-katholische "Kirchen" mit Hauptsitz in der EU

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl ⁷⁸
Belgien	Belgische Bischofskonferenz	7.713.000
Bulgarien	Bulgarische Bischofskonferenz	73.000
Dänemark	Skandinavische Bischofskonferenz (S, DK, Norwegen, FIN, Island)	272.000
Finnland	Skandinavische Bischofskonferenz (S, DK, Norwegen, FIN, Island)	272.000
Frankreich	Französische Bischofskonferenz	46.621.000
Deutschland	Deutsche Bischofskonferenz	25.240.000
Griechenland	Griechische Bischofskonferenz	134.000
Großbritannien	Katholische Bischofskonferenz von England und Wales	5.500.000
	Bischofskonferenz von Schottland	667.000
Irland	Irische Katholische Bischofskonferenz	5.188.000

⁷⁷ Die Angaben zur Mitgliederzahl basieren auf ÖRK 2011j.

⁷⁸ Die Mitgliederzahlen basieren auf dem Annuario Statisticum Ecclesiae von 2009 und wurden der Verfasserin dieser Arbeit von CCEE per E-Mail vom 20.03.2012 zur Verfügung gestellt (zitiert als CCEE 2012).

Italien	Italienische Katholische Bischofskonferenz	57.223.000
Lettland	Lettische Bischofskonferenz	443.000
Litauen	Litauische Bischofskonferenz	2.726.000
Malta	Maltesische Bischofskonferenz	418.000
Niederlande	Niederländische Bischofskonferenz	4.603.000
Österreich	Österreichische Bischofskonferenz	6.063.000
Polen	Polnische Bischofskonferenz	36.639.000
Portugal	Portugiesische Bischofskonferenz	9.368.000
Rumänien	Katholische Bischofskonferenz in Rumänien	1.807.000
Slowakei	Slowakische Bischofskonferenz	3.940.000
Slowenien	Slowenische Bischofskonferenz	1.594.000
Spanien	Spanische Bischofskonferenz	42.416.000
Schweden	Skandinavische Bischofskonferenz (S, DK, Norwegen, FIN, Island)	272.000
Tschechien	Tschechische Bischofskonferenz	3.290.000
Ungarn	Ungarische Katholische Bischofskonferenz	5.914.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CCEE 2011.

Estland hat keine Bischofskonferenz, sondern hier hat der Vatikan einen Apostolischen Administrator eingesetzt (vgl. COMECE 2011a).

Zwischenfazit

Wie erarbeitet wurde, können Kirchen den Non-Profit-Organisationen zugeordnet werden. Ziel der Organisation ist die Verkündigung des Evangeliums. Jedoch unterscheiden sich Kirchen von Non-Profit-Organisationen dadurch, dass sie für sich in Anspruch nehmen, neben einer sichtbaren Dimension auch eine unsichtbare Dimension als Werk Gottes zu haben. In der EU lassen sich fünf Kirchenfamilien identifizieren: die alt-katholische, die anglikanische, die evangelische, die orthodoxe und die römisch-katholische. Hier wurde eine empirische Bestandsaufnahme der Kirchen in der EU vorgelegt.

III. Das europäische Mehrebenensystem: Betroffenheit von Organisationen und Zugangspunkte für die Interessenvertretung

Interessenvertretung von Organisationen basiert auf der Betroffenheit von geplanten bzw. realisierten Rechtsetzungsmaßnahmen. Die EU-Organe können Rechtsetzungsmaßnahmen erlassen⁷⁹, von denen Organisationen (potenziell) betroffen waren und sind. Es wird zunächst gezeigt, welche Zugangsmöglichkeiten allen Organisationen auf EU-Ebene zur Verfügung stehen, um den Inhalt oder den Adressatenkreis einer geplanten Rechtsetzungsmaßnahme zu beeinflussen. In einem zweiten Schritt stehen die Betroffenheit von Kirchen von der Rechts-

⁷⁹ Die Einzigartigkeit der Zusammenarbeit der E(W)G bzw. EU-Staaten beruht darauf, dass die Staaten Souveränität (Hoheitsrechte) auf die Organe der EWG und ihre Nachfolgeorganisationen übertragen haben. Die Organe der supranationalen Organisation können so anstelle der Mitgliedstaaten Regelungsgewalt gegenüber dem Einzelnen ausüben (vgl. Herdegen 2010: 3).

ordnung der EU und ihre speziellen Zugangsmöglichkeiten zu den EU-Organen im Mittelpunkt.

A. Das Rechtsetzungsverfahren und die Organe der supranationalen Organisation: Zugangsmöglichkeiten für Interessenorganisationen

Im Hinblick auf das Zustandekommen von EU-Recht muss die Interessenorganisation die relevanten Akteure als Adressaten der Interessenvertretung identifizieren. Die Akteure unterscheiden sich danach, ob das Ziel der Organisation die Beeinflussung des Primärrechts oder von Sekundärrechtsmaßnahmen ist. Der Erlass von Sekundärrechtsmaßnahmen unterscheidet sich wiederum je nach Verfahren, so dass der Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat unterschiedliche Rollen im Entscheidungsprozess zukommen. Im Folgenden werden die Möglichkeiten der Interessenorganisationen aufgezeigt, um das Zustandekommen des Primärrechts und des Sekundärrechts zu beeinflussen.

Möglichkeiten der Beeinflussung des Primärrechts

Das Primärrecht der E(W)G bzw. der EU bilden Verträge zwischen Staaten. Diese wurden in Regierungskonferenzen ausgearbeitet. Interessenorganisationen haben die Möglichkeit, ihre nationale Regierung zu kontaktieren, ihre Positionen zu übermitteln und die Regierung zu bitten, sich für diese Positionen während der Regierungskonferenz einzusetzen. Grundlage der Regierungskonferenz zur Überarbeitung des Vertrags von Nizza war ein Vertragsentwurf, der von einem Konvent ausgearbeitet wurde. An diesem Konvent nahmen Vertreter nationaler Regierungen, Vertreter nationaler Parlamente, Vertreter der Kommission und Vertreter des Europäischen Parlaments teil. Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft wurden während der Tagung des Konvents⁸⁰ angehört.

Möglichkeiten der Beeinflussung des Sekundärrechts

Die am „Gesetzgebungsprozess“, also dem Entstehen des Sekundärrechts, beteiligten Organe der EU sind das Europäische Parlament (EP), die Europäische Kommission (Kommission) und der Rat der Europäischen Union (Rat bzw. Ministerrat). Ein weiteres Organ, der Europäische Rat, ist zwar nicht in den Gesetzgebungsprozess eingebunden, gibt der EU aber die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen

⁸⁰ Zum Konvent siehe Kapitel VIII.

gen fest, weshalb er für Interessenorganisationen mit langfristigem Ziel als Adressat von Interesse ist. Im Folgenden werden diese vier Organe kurz präsentiert.

Die Europäische Kommission ist eine Behörde, deren Spitze von einem Kollegium aus Kommissaren, die für bestimmte Politikbereiche zuständig sind, geleitet wird. Das Organ ist von Weisungen von anderer Stelle völlig unabhängig⁸¹. Die Kommissare werden für eine Amtszeit von fünf Jahren vom Europäischen Rat mit Zustimmung des EPs ernannt⁸². Aufgabe der Kommission ist die Förderung der Interessen der EU, die Überwachung der Anwendung des Primär- und Sekundärrechts, die Verwaltung der Programme, die Ausübung von Koordinierungs-, Exekutiv- und Verwaltungsfunktionen sowie die Vertretung der EU nach außen⁸³. Im Allgemeinen hat die Kommission das Initiativrecht: Ein Vorschlag der Kommission bildet die Grundlage eines Rechtsetzungsaktes⁸⁴. Interessenorganisationen sollten aufgrund des Initiativrechts für eine Sekundärrechtsmaßnahme Kontakt zur Kommission suchen.

Die gesetzgebenden Organe der EU sind das Europäische Parlament (EP) und der Rat der EU⁸⁵. Das EP wird für eine Amtszeit von fünf Jahren direkt gewählt⁸⁶, während der Rat aus je einem Vertreter jedes Mitgliedstaates auf Ministerebene besteht⁸⁷ und in verschiedenen Zusammensetzungen⁸⁸ (Fachminister) tagt. Der Vorsitz im Rat in all seinen Zusammensetzungen –mit Ausnahme des Rats „Auswärtige Angelegenheiten“– wird von den Vertretern eines Mitgliedstaates nach einem System der gleichberechtigten Rotation (in der Regel für sechs Monate) wahrgenommen⁸⁹. Gemeinsam üben der Rat und das EP die Haushaltsbefugnisse aus⁹⁰. Interessenorganisationen können sich an die Mitglieder des Europäischen Parlaments, an die nationalen Fachminister und an die Ratspräsidentschaft wenden, um auf den Gesetzgebungsprozess einzuwirken oder zu versuchen, einen solchen zu einer bestimmten Thematik anzustoßen.

⁸¹ vgl. Art. 17 Abs. 3 S. 3 und 4 EUV, in der Fassung von Nizza Art. 213 Abs. 2 S. 1 und 2 EGV.

⁸² vgl. Art. 17 Abs. 3 S. 1 EUV und Art. 17 Abs. 7 S. 1-2 und S. 4-5 EUV, in der Fassung von Nizza Art. 214 EGV

⁸³ vgl. Art. 17 Abs. 1 EUV, der im Wesentlichen Art. 211 EGV (in der Fassung von Nizza) ersetzt.

⁸⁴ vgl. Art. 17 Abs. 2 EUV, in der Fassung von Nizza Art. 251 Abs. 2 S. 1 EGV und Art. 252 a) EGV.

⁸⁵ vgl. Art. 14 Abs. 1 S. 1 EUV und Art. 16 Abs. 1 S. 1 EUV, in der Fassung von Nizza vgl. Art. 249 EGV i. V. m. Art. 251 EGV und Art. 252 EGV.

⁸⁶ Art. 14 Abs. 3 EUV, in der Fassung von Nizza Art. 190 Abs. 1 und Abs. 3 EGV.

⁸⁷ vgl. Art. 16 Abs. 2 EUV, in der Fassung von Nizza Art. 203 Abs. 1 EGV.

⁸⁸ Art. 16 Abs. 6 S. 1 EUV.

⁸⁹ vgl. Art. 16 Abs. 9 EUV, in der Fassung von Nizza Art. 203 EGV.

⁹⁰ Art. 14 Abs. 1 S. 1 EUV und Art. 16 Abs. 1 S. 1 EUV.

Das Rechtsetzungsverfahren der EG hat sich im Laufe der Zeit verändert. Das Europäische Parlament hat immer mehr Kompetenzen erhalten. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht gab es vier verschiedene Rechtsetzungsverfahren: das Anhörungsverfahren, das Verfahren der Zusammenarbeit, das Mitentscheidungsverfahren und das Zustimmungsverfahren (vgl. Nugent 2001: 389). Das Mitentscheidungsverfahren ist seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon das ordentliche Gesetzgebungsverfahren⁹¹.

Obwohl der Europäische Rat als Institution schon immer informell bestand, wurde er erstmals im Vertrag von Lissabon als Organ der EU genannt. Er setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammen, gibt der EU die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen fest⁹². „Er wird nicht gesetzgeberisch tätig“ (Art. 15 Abs. 1 S. 2 EUV). Der Europäische Rat tagte bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mindestens zwei Mal im Jahr⁹³, nach dem Inkrafttreten tagt er zwei Mal im Halbjahr⁹⁴. Um grundlegende Positionen zu allgemeinen Zielvorstellungen einzubringen, könnten sich Interessenorganisationen an ihre jeweiligen Staats- und Regierungschefs wenden. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wählt der Europäische Rat einen Präsidenten für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren, der u. a. den Vorsitz bei den Arbeiten des Organs führt und ihm Impulse gibt⁹⁵. Interessenorganisationen könnten seitdem auch den Präsidenten des Rats kontaktieren.

B. Kirchliche Betroffenheit vom EU-Recht und Zugangsmöglichkeiten zu den EU-Organen für Kirchen

Die Zugangsmöglichkeiten zu EU-Organen für Religions- und Überzeugungsgemeinschaften werden durch die Ausgestaltung des rechtlichen Verhältnisses zwischen der EU und den Kirchen ebenso bedingt wie durch die informellen Beziehung der EU-Organe zu Religions- und Überzeugungsgemeinschaften. Die EU-Kirchen-Beziehungen werden im Folgenden analysiert.

⁹¹ vgl. Art. 294 AEUV.

⁹² vgl. Art. 15 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 EUV, in der Fassung von Nizza Art. 4 S. 1 und 2 EUV.

⁹³ vgl. Art. 4 Abs. 2 S. 3 EUV (Nizza).

⁹⁴ vgl. Art. 15 Abs. 3 S. 1 EUV.

⁹⁵ vgl. Art. 15 Abs. 5 S. 1 EUV und Art. 15 Abs. 6 EUV.

1. Die Betroffenheit von Kirchen: Das rechtliche Verhältnis zwischen der EU und den Kirchen

Die Verträge zwischen den Mitgliedstaaten bilden das europäische *Primärrecht*. Mit Blick auf die Geschichte der europäischen Integration mit ihrem Schwerpunkt auf den wirtschaftlichen Bereich verwundert es nicht, dass Kirchen erst mit dem Vertrag von Lissabon (2009) und damit über 60 Jahre nach der Gründung der EWG (1958) im Primärrecht erwähnt wurden. Juristen sprachen hier von einer „Religionsblindheit“ oder „Kirchenblindheit“ der supranationalen Organisation (vgl. Vachek 2000: 23, 145; Seeger 2007: 36; Mückl 2008: 994). Von Kirchenblindheit kann seit 2009 aber nicht mehr gesprochen werden: Im Vertrag von Lissabon findet sich erstmals ein „Kirchenartikel“. Gleichwohl verfügt die EU bis heute über keine Kompetenzen im Bereich der Kirchen- und Religionspolitik⁹⁶ und der „Kirchenartikel“ stellt fest: „Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht“ (Art. 17 Abs. 1 AEUV). Diese Formulierung defensiven Charakters findet sich bereits in der Erklärung Nr. 11 der Schlussakte des Vertrags von Amsterdam. Der Vertrag von Amsterdam trat 1999 in Kraft, jedoch kam der so genannten „Kirchenerklärung“ aufgrund ihres Charakters als Schlusserklärung keine Rechtsverbindlichkeit zu (vgl. Mückl 2008: 994-995; Seeger 2007: 51; Robbers 2005a: 586; Vachek 2000: 135). Dennoch ist die Amsterdamer Kirchenerklärung ein Meilenstein in der rechtlichen Beziehung zwischen EU und Kirchen, da hier erstmals eine Aussage auf EU-Ebene zum Status der Kirchen getroffen wurde und Kirchen im Umfeld der Verträge erwähnt wurden.

Der Kirchenartikel des Vertrags von Lissabon enthält neben der Inkorporierung der Amsterdamer Kirchenerklärung noch eine weitere Bestimmung: „Die Union pflegt mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ (Art. 17 Abs. 3 AEUV). Diese Bestimmung hat im Gegensatz zu Art. 17 Abs. 1 AEUV keinen defensiven, sondern einen positiven Gehalt: Die Union erkennt die Identität von Kirchen und deren besonderen Beitrag an und verpflichtet sich zu einem Dialog.

Eine Bestimmung mit ausdrücklichem Bezug zur Religion – auf Kirchen wird kein Bezug genommen – findet sich seit dem Vertrag von Amsterdam (1999) im Primärrecht: Nach Art. 13 EGV (heute Art. 19 AEUV) kann der Rat Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, u. a. aus Gründen der Religion oder Weltanschauung, beschließen (vgl. Seeger 2007: 55; Mückl 2005: 443). Das vertraglich verankerte Diskriminierungsverbot entfaltet somit erst

⁹⁶ vgl. Art. 3 und Art. 4 AEUV.

durch Sekundärrechtsakte Wirkung. In dem mit dem Vertrag von Lissabon neu aufgenommenen Art. 10 AEUV verpflichtet sich die Union bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen, Diskriminierungen aus Gründen u. a. der Religion zu bekämpfen.

Staatskirchenrechtliche Relevanz besitzen daneben weitere Artikel, die keinen expliziten Religionsbezug enthalten: Art. 151 bis Art. 161 AEUV (Sozialpolitik) bzw. Art. 136 bis Art. 145 EGV (Nizza) (Sozialvorschriften) sowie Art. 101 bis Art. 109 AEUV (Vorschriften für Unternehmen bzw. Art. 81 bis Art. 89 EGV (Nizza) (Wettbewerbsregeln) (vgl. Mückl 2005: 445-453).

Als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts wurden in Artikel F Abs. 2 EUV des Vertrags von Maastricht (1993) die Grundrechte der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) des Europarates⁹⁷ und die gemeinsamen Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten anerkannt⁹⁸. Dazu gehörte auch die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit nach Art. 9 EMRK⁹⁹. Nach Art. 9 Abs. 1 EMRK hat jeder das Recht, „seine Religion [...] zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion [...] einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen“. Diese Bestimmung umfasst das Recht auf individuelle und kollektive¹⁰⁰ Religionsfreiheit. Ob sie auch ein Recht auf korporative¹⁰¹ Religionsfreiheit beinhaltet ist umstritten (vgl. befürwortend: de Wall 2006: 7; Krimphove 2009: 335; Muckl 2011: 81; verneinend: Seeger 2007: 59-61). „Ein Eingriff in den organisatorischen Bestand einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft [...] also in die sog. korporative Religionsfreiheit liegt grundsätzlich in jeder Behinderung des Wirkungs- bzw. Funktionsbereiches der Religionsgemeinschaft“ (Krimphove 2009: 335-336; Hervorhebung nicht übernommen).

Mit dem Vertrag von Lissabon (2009) ist die Union der EMRK beigetreten (Art. 6 Abs. 2 EUV). Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GR-Charta), die im Rahmen eines Konventes unter Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Zeit von Dezember 1999 bis

⁹⁷ Der Europarat ist kein Organ der EU. Diese internationale Organisation mit Sitz in Straßburg wurde 1949 gegründet und hat inzwischen 47 Mitgliedstaaten. Ihre Hauptziele sind der Schutz von Menschenrechten, Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Für weitere Informationen siehe: <http://www.coe.int/lportal/web/coe-portal/home> (14.09.2011).

⁹⁸ Die Bestimmung findet sich heute in Art. 6 Abs. 3 EUV (in der Fassung des Vertrags von Nizza: Art. 6 Abs. 2 EUV).

⁹⁹ http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/Europaeische_Konvention.pdf;jsessionid=3237A808B134DFA8F8F0D8BD19AAFEED.1_cid155?__blob=publicationFile (07.06.2011).

¹⁰⁰ Die kollektive Religionsfreiheit ist ein Individualrecht: Individuen haben das Recht, sich zu Religionsgemeinschaften zusammenzuschließen.

¹⁰¹ Die korporative Religionsfreiheit ist ein Abwehrrecht, das Organisationen zukommt: Der Staat darf sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Religionsgemeinschaft einmischen. Es ist ein Recht auf Selbstbestimmung.

September 2000 erarbeitet wurde, ist seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon rechtsverbindlich und den Verträgen gleichgestellt (Art. 6 Abs. 1 EUV). Auch in Art. 10 GR-Charta findet sich das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit: Art. 10 Abs. 1 GR-Charta entspricht fast wörtlich Art. 9 Abs. 1 EMRK.

In der GR-Charta und der EMRK finden sich auch das Recht zur Gründung von Lehranstalten (Art. 14 Abs. 3 GR-Charta) und das Recht zur religiösen Erziehung der Kinder (Art. 14 Abs. 3 GR-Charta; Art. 2 Zusatzprotokoll EMRK). Die Ausübung dieser Rechte regeln nach der GR-Charta mitgliedstaatliche Gesetze und die Union achtet diese Rechte. Ebenso achtet die Union nach Art. 22 GR-Charta die Vielfalt der Religionen. In Art. 14 EMRK und in Art. 21 Abs. 1 GR-Charta findet sich die Bestimmung, dass niemand aufgrund seiner Religion diskriminiert werden darf.

Sekundärrechtsmaßnahmen weisen einen Bezug zu Kirchen auf, wenn diese bzw. deren Tätigkeiten von der Geltung der Sekundärrechtsmaßnahme ausgenommen sind. Dazu zählen Richtlinien zur Gleichbehandlung (erstmals 1976), zur Mehrwertsteuer (erstmals 1977), zum Fernsehen (erstmals 1989), zur Koordinierung der Verfahren öffentlicher Bauaufträge (1993), zur Arbeitszeit (erstmals 1993), zum Tierschutz (1993), zum Datenschutz (erstmals 1995), über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrates (1994), zum Fernsehen (1997), zu Kreditinstitutionen und Solvabilität (1998) oder zur Anhörung (2002) (vgl. Mückl 2005: 462-470; Vachek 2000: 80-83). Einen Bezug zu Religion – nicht zu Kirchen – findet sich im Binnenorganisationsrecht der Gemeinschaft: Im 1961 erlassenen Beamtenstatut besteht ein Diskriminierungsverbot aufgrund der Religion, was den Grundsatz einer positiven Neutralität umfasst, und Religionsunterricht wird als ordentliches Lehrfach und nach den von den Religionsgemeinschaften aufgestellten Grundsätzen als Pflichtfach an den seit 1957 von den Gemeinschaften unterhaltenen Europäischen Schulen gelehrt (vgl. Mückl 2005: 459-462; Vachek 2000: 79-80).

Darüber hinaus findet sich im 2001 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Weißbuch „Europäisches Regieren“ ein expliziter Bezug zu Kirchen als Teil der Zivilgesellschaft. Hier heißt es: „Die Zivilgesellschaft spielt insofern eine wichtige Rolle, als sie den Belangen der Bürger eine Stimme verleiht und Dienste erbringt, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommen. Kirchen und Religionsgemeinschaften spielen dabei eine besondere Rolle“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001a: 19).

Ab den 1970er Jahren entfaltete der EuGH in seiner *Rechtsprechung* ein Religionsrecht¹⁰² und es zeigte sich, dass auch Kirchen dem Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechtes unterliegen, sofern sie als Teil des Wirtschaftslebens angesehen werden können (vgl. Seeger 2007: 36-39; Mückl 2008: 994; Vachek 2000: 21).

Es ist darauf hinzuweisen, dass Kirchen als Regelungsadressaten vom Sekundärrecht, das die supranationale Organisation für nicht-kirchliche Bereiche erlässt, betroffen sind. Das supranationale Recht kann mittelbare Auswirkungen auf staatskirchenrechtliche Sachverhalte haben, da es einer funktionalen Systemlogik folgt: Es zielt nicht auf die betroffenen Subjekte, sondern auf die ausgeübte Tätigkeit (vgl. Mückl 2008: 993-994). „Kirchen erkennt diese Rechtsordnung als Marktteilnehmer unter Marktteilnehmern oder als Arbeitgeber“ (Robbers 1998: 178). So bestimmt das Gemeinschaftsrecht beispielsweise, dass Hostien ein Verfallsdatum tragen müssen oder eine Nonne als Arbeitnehmerin ihres Ordens anzusehen ist (vgl. Robbers 1998: 178).

2. Die informellen Beziehungen zwischen der EU und den Kirchen: Zugangsmöglichkeiten für Kirchen und Gelegenheiten für die kirchliche Interessenvertretung

Die EU-Organe, deren Beziehung zu den Kirchen betrachtet wird, sind die Europäische Kommission sowie die beiden gesetzgebenden Organe, das Europäische Parlament und der Rat. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (2009) basieren die Beziehungen der Organe der supranationalen Organisation mit den Kirchen auf einer rechtsverbindlichen Dialogbestimmung in Art. 17 Abs. 3 AEUV¹⁰³. Vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon waren die Beziehungen informell und auf das Wohlwollen der Beteiligten angewiesen. Im Folgenden werden zunächst die Ansprechpartner der Kirchen in der Kommission, dem EP und dem Rat genannt. Dann wird die Entwicklung und Ausgestaltung der informellen Beziehungen zu Kommission und Rat beleuchtet.

¹⁰² Wegweisende Entscheidungen des EuGH sind Vivien Prais/Rat von 1976 (EuGH Rs. 130/75, Slg. 1976, s. 1589ff.), Yvonne van Duyn/Home Office bzw. die Scientology-Entscheidung von 1974 (EuGH Rs. 41/74, Slg. 1974, S. 1337ff.), A.J.M. Van Roosmalen/Bestuur van de Bedrijfsvereniging voor de Gezondheid (EuGH Rs. 300/84, Slg. 1986, S. 3097ff.), Udo Steymann/Staatssecretaris van Justitie bzw. das Bhagwan-Urteil (EuGH Rs. 196/87, Slg. 1988, S. 6159ff.) und Katholische Kirchengemeinde St. Martinus Elten/Landwirtschaftskammer Rheinland von 1997 (EuGH Rs. C-463/93, Slg. 1997, S. I-255ff.). Zum Sachverhalt, der Entscheidung des EuGH und einer Würdigung siehe z. B. Vachek 2000: 89-100, Seeger 2007: 36-39 oder Krimphove 2009: 342-346.

¹⁰³ „Die Union pflegt mit diesen Kirchen [...] in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“.

Ansprechpartner für die Kirchen in den drei EU-Organen

Die *Europäische Kommission* war das erste Organ, das eine institutionelle Beziehung zu Kirchen aufnahm. Seit 1983 hat sie einen Berater für Kirchen, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften (vgl. Massignon 2007: 112; Schnabel 2007: 260; Weninger 2007: 119).

In der *Verwaltung des Europäischen Parlaments* gibt es keinen dem Berater für Religionen der Kommission entsprechenden Ansprechpartner.

Im EP ist einer der Vizepräsidenten, Mario Mauro, der Ansprechpartner des *Präsidiums* für den Kontakt zu den Religionen (vgl. Schnabel 2007: 278). Auf Seiten der *Fraktionen* gibt es lediglich in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) einen Berater für Religionspolitik. Die anderen Fraktionen haben keine institutionalisierten Kontakte zu Kirchen (vgl. E-Mail von ALDE (21.10.2010) und von S&D (27.10.2010) an die Verfasserin dieser Arbeit).

Für die *EVP-Fraktion* war es bis in die 1980-er Jahre eine Selbstverständlichkeit, sich mit der römisch-katholischen Kirche und den evangelischen Kirchen auszutauschen, weil die Mitglieder der Fraktion entweder römisch-katholisch oder evangelisch waren (vgl. Interview EVP). Von Beginn der EVP an war eine Person für den Austausch mit Kirchen zuständig (vgl. Interview EVP). Einen offiziellen und sichtbaren Dialog führte die EVP-Fraktion erstmals mit den orthodoxen Kirchen (vgl. Interview EVP): Seit 1996 unterhält die Fraktion jährliche Treffen mit Vertretern der orthodoxen Kirchen (vgl. EPP-ED Group in the European Parliament 2007). Die Initiative für ein erstes Treffen ging 1996 vom Ökumenischen Patriarchen, Bartholomeus I (seit 1991 im Amt) aus (vgl. EPP-ED Group in the European Parliament 2007). Erst mit Beginn des Dialogs mit den orthodoxen Kirchen führt die EVP-Fraktion auch einen strukturierten Dialog mit der römisch-katholischen Kirche und den evangelischen Kirchen (vgl. Interview EVP). Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat die EVP-Fraktion eine neue Struktur für die Beziehung zu Kirchen in ihrem Sekretariat geschaffen (vgl. Daul 2010). Ein fünfköpfiges Beraterteam für interkulturellen und religiösen Dialog hat Anfang 2010 seine Arbeit aufgenommen (vgl. Interview EVP). Zudem hat die EVP-Fraktion eine Arbeitsgruppe der Abgeordneten „Interkultureller Dialog und religiöse Angelegenheiten“ eingerichtet. Ziel der EVP-Fraktion ist nicht nur die Kommunikation mit den Kirchen, sondern auch inhaltliche Kooperation – Dialog also in seiner aktivsten Form (vgl. Interview EVP). Ziel ist es, die Position der Kirchen hinsichtlich konkreter legislativer Beratungen im EP zu erfahren und durch die Mitglieder der EVP-Fraktion im EP einzubringen (vgl. Interview EVP). Das Beraterteam hat eine Mittlerfunktion zwischen den Kirchen und der Fraktion (vgl. Interview EVP). Achtzig Prozent der Kontakte des Beraterteams zu Kirchen und kirchlichen Dachorganisationen sind telefonische Kontakte (vgl. Interview EVP). Monatlich trifft

sich die EVP-Fraktion mit Vertretern der COMECE zum Austausch über aktuelle Themen (vgl. Interview EVP). Zum Sekretariat der COMECE und zum Büro des Ökumenischen Patriarchen hat die EVP-Fraktion wöchentlichen Kontakt¹⁰⁴, zur CSC monatlichen, zum EKD-Büro halbjährlichen Kontakt. Kein Kontakt besteht zu den Büros der orthodoxen Kirchen mit Hauptsitz in einem EU-Staat. Zu Vertretern nationaler Kirchen unterhält die EVP-Fraktion keinen strukturierten, sondern lediglich projektbezogenen Kontakt im Rahmen der von der EVP organisierten Seminare auf lokaler Ebene zur Förderung der Völkerverständigung (vgl. Interview EVP).

Wie in der Verwaltung des Europäischen Parlaments gib es auch im *Generalsekretariat des Rats* keinen Ansprechpartner, der dem Berater für Religionen der Kommission entspricht. Seit 1995 trifft sich der Staat, der die *Ratspräsidentschaft* innehat, mit kirchlichen Vertretern (vgl. Hogebrink 2010: 34). Von Juni 1995 bis März 2012 haben 25 solcher Treffen stattgefunden, bei denen die Prioritäten der jeweils neuen Ratspräsidentschaft und die Prioritäten der Kirchen diskutiert wurden (vgl. Hogebrink 2010: 34; CSC 2012).

Die Entwicklung und Ausgestaltung der informellen Beziehung zwischen der Kommission und den Kirchen

Das erste Organ, das informelle Beziehungen zu den Kirchen aufnahm und institutionalisierte, war die Europäische Kommission. Sie richtete 1983 die Stelle einer Kontaktperson für Kirchen ein. Seit 1990 gibt es einerseits halbjährlich stattfindende Treffen zu aktuellen politischen Themen (so genannte Dialogseminare) sowie andererseits Treffen zwischen dem jeweiligen Kommissionspräsidenten und Vertretern von Kirchen¹⁰⁵. Von 1994 bis 2005 bestand ein Programm der Europäischen Kommission, durch das Kirchen in den Dialog mit der Europäischen Kommission kommen sollten und Projekte von Kirchen, die zur ethischen und spirituellen Dimension der europäischen Integration beitrugen, gefördert wurden. Im Folgenden wird zunächst die Einrichtung der Stelle eines Beraters bei der Kommission und dessen Abteilung vorgestellt, bevor die Einrichtung und Ausgestaltung der Dialogseminare und der Treffen mit dem Kommissionspräsidenten analysiert werden. Schließlich werden das Ziel, die Arbeitsweise und das Scheitern der „Soul“-Initiative analysiert.

¹⁰⁴ Nach der zugrunde gelegten Definition entspricht „wöchentlicher Kontakt“ einem Kontakt an mindestens vier verschiedenen Tagen in einer Woche.

¹⁰⁵ Diese Treffen wurden ab 2005 auf die beiden anderen monotheistischen Religionsgemeinschaften Islam und Judentum ausgeweitet. Seit 2007 treffen sich der Kommissionspräsident, der (jeweilige) Ratspräsident und der Präsident des Europäischen Parlamentes mit Vertretern dieser drei Religionsgemeinschaften.

Der Berater für Kirchen, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften

Auf Empfehlung seines Generalsekretärs Émile Noël entschied sich der Präsident der Europäischen Kommission Gaston Thorn (Amtszeit: 1981-1985) ein Verbindungssystem zu Kirchen und Religionsgemeinschaften aufzubauen (vgl. Massignon 2007: 112; Weninger 2007: 119). Die Kommission ernannte den Direktor des Generalsekretariats, Umberto Stefani, auf der Sitzung vom 13.09.1983 formell zum Spezialberater für Kirchen und Religionen (vgl. Weninger 2007: 119; Schnabel 2007: 260). Das Mandat umfasste die folgenden fünf Aufgaben: (1) die Erfassung der bestehenden religiösen Organisationen, die an einer aktiven Zusammenarbeit mit der Kommission interessiert sind, (2) die ausführliche Erfassung der bestehenden Kontakte (innerhalb und außerhalb der Kommission), (3) die Ausarbeitung von Modalitäten einer systematischeren Zusammenarbeit zwischen der Kommission und religiösen Organisationen, (4) die Prüfung der Einrichtung eines Verbindungssystems sowie (5) die Repräsentation der Europäischen Kommission bei Veranstaltungen (vgl. Massignon 2007: 112-113; Schnabel 2007: 260; Weninger 2007: 119, meine Nummerierung).

Die bis heute insgesamt sieben Berater¹⁰⁶ waren in unterschiedlichen Abteilungen der Kommission tätig, da jeder Kommissionspräsident eine Umstrukturierung vornahm. Der Spezialberater war zunächst beim Generalsekretariat angesiedelt. Unter Präsident Jacques Delors (Amtszeit: 1985-1995) wurde am 08.03.1989 die „Forward Studies Unit“¹⁰⁷ (FSU), ein unabhängiger, jedoch administrativ dem Generalsekretariat zugeordneter Think Tank, geschaffen (vgl. Weninger 2007: 120). Dessen Aufgaben umfasste (1) die Analyse und Beurteilung des Integrationsprozesses, (2) die Vernetzung mit nationalen öffentlichen und privaten Akteuren, die sich mit der mittelfristigen europäischen Entwicklung beschäftigen sowie (3) die Realisierung von Forschungsprojekten¹⁰⁸ (Forward Studies Unit 1995-2011a; Weninger 2007: 120; meine Nummerierung). Seit Beginn der 1990er Jahre ist Governance – verstanden als die Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren – eines der Hauptforschungsgebiete der FSU (vgl. Forward Studies Unit 1995-2011b). Im Juni 1992 übergab Stefani die Zuständigkeit für den Dialog mit Religionen an den Direktor der FSU, Jérôme Vignon. Unter Präsident Jacques Santer (Amtszeit: 1995-1999) begann die FSU Ergebnisse des Dialogs mit den Kirchen zu publizieren (vgl. Weninger 2007: 121). Kommissionspräsident Romano Prodi (Amtszeit: 1999-2004) löste die FSU auf und schuf im Mai 2001 die „Group of Policy Advisers“ (GO-

¹⁰⁶ Umberto Stefani (1983-1992), Mark Luyckx (1992-1996), Thomas Jansen (1996-2000), Miguel Mesquita da Cunha (2000-2001), Michael Weninger (2001-2007), Jorge César das Neves (2007 bis 2012), Katharina von Schnurbein (seit Januar 2012) (vgl. Schnabel 2007: 261; 275; BEPA 2012a).

¹⁰⁷ Französisch: „Cellule des prospectives“

¹⁰⁸ Weninger nennt als Beispiele für Themen solcher Forschungsprojekte das Nord-Süd-Gefälle, die transatlantischen Beziehungen oder die Entwicklung des Welthandels.

PA) (vgl. Weninger 2007: 122). Die Abteilung wurde administrativ aus dem Generalsekretariat ausgegliedert und direkt dem Präsidenten der Kommission unterstellt (vgl. Weninger 2007: 122). Die GOPA war mit den Themenfeldern Wirtschaft, soziale Angelegenheiten, Außenpolitik und Dialog mit Religionen betraut (BEPA 2011a). Kommissionspräsident José Manuel Barroso (Amtszeit: seit 2004) löste 2005 wiederum die GOPA auf und schuf eine neue Abteilung: das „Bureau of European Policy Advisers“ (BEPA) (vgl. Weninger 2007: 123). Das BEPA umfasste die Bereiche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (BEPA 2011a). Der Dialog mit den Religionen, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften wurde dem Bereich Politik zugeschlagen (vgl. Weninger 2007: 124). Für seine zweite Amtszeit (2010-2014) strukturierte Barroso das BEPA erneut um und konzentrierte die Arbeit auf die Bereiche „Outreach“ und „Analysis“. Die beiden Bereiche sollen die Kernkompetenzen von BEPA widerspiegeln: den Dialog mit Akteuren außerhalb der Kommission und die Politikberatung (vgl. BEPA 2011a). Der Dialog mit Religion, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften ist dem Outreach-Team zugeschlagen (vgl. BEPA 2011b).

Treffen der Kirchen und des Kommissionspräsidenten, Dialogseminare und die „Soul-Initiative“

Spätestens mit Gründung der Consultative Commission of Churches for the European Communities (CCCEC) und dem Beginn der Arbeit des Ständigen Beauftragten der CCCEC im Jahre 1966¹⁰⁹ standen die evangelischen Kirchen mit (teils hohen) Beamten, die den Kirchen offen gegenüber standen oder Interesse an einem Austausch über die ethischen Implikationen ihrer Arbeit hatten, in Kontakt (vgl. Hogebrink 2010: 24). Die Kirchen profitierten in hohem Maße vom Netzwerk ihrer Kontaktpersonen. Von Seiten der Kirchen war der Dialog von explorativem Charakter: Ziel war es, die Entwicklungen in der EWG zu beobachten und Möglichkeiten zu finden, die Kirchen zu involvieren (vgl. Hogebrink 2010: 25). „This first phase of the ecumenical dialogue with the European institutions was characterised by a lot of informal networking“ (Hogebrink 2010: 25).

Mit der EEA (1987) und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 war die Europäische Kommission bemüht, das Ende des rein ökonomischen Zuschnitts der EWG aufzuzeigen. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung und der fehlenden EWG-Euphorie bei den Bürgern sollten neue Motivationen und eine neue Legitimation für den künftigen Integrationsprozess gefunden werden, so Jérôme Vignon, Direktor der FSU von 1989-1998 (vgl.

¹⁰⁹ In der CCCEC waren Delegierte von nationalen Kirchenräten sowie Kirchen vertreten. Zur CCCEC siehe Kapitel V A.

Vignon 2002: 111). Der Fall des Eisernen Vorhangs brachte frischen Wind in die Kommission und die Aussicht auf eine Erweiterung der bestehenden Gemeinschaft um neue Mitgliedstaaten (vgl. Vignon 2002: 111). Die Frage nach der Identität des europäischen Einigungsprojektes stand im Raum: „[W]hich Europe do we want to be and to have in future? How can we attain meaningful reunification?“ (Vignon 2002: 111). Kommissionspräsident Jacques Delors war bestrebt, den Kontakt mit öffentlichen und privaten Akteuren zu suchen und die durch politische und gesellschaftliche Entwicklungen hervorgerufenen Fragen und Herausforderungen, die Auswirkungen auf die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft haben, zu diskutieren (vgl. Forward Studies Unit 1995-2011c). Dazu organisierte die FSU so genannte „European Carrefours on Science and Culture“ mit lokalen Partnern wie Universitäten, Gemeinden, regionalen Regierungen oder anderen Institutionen (vgl. Forward Studies Unit 1995-2011c). Die „Carrefours“ sollten die Vision eines neuen Europas schärfen (vgl. Vignon 2002: 113). Delors lud zu der Debatte über die Zukunft Europas neben Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und Forschung auch Kirchen und Glaubensgemeinschaften ein (vgl. Vignon 2002: 113; Schnabel 2007: 265). Die Treffen im Rahmen der „Carrefours“ „were, interestingly, deliberately kept separate from the discussions with the communities of faith and conviction – perhaps because Jacques Delors was aware of pitfalls and wanted to protect himself here“ (Vignon 2002: 113). Ein erstes Treffen zwischen Jacques Delors, einer Delegation der Kommission sowie einer Delegation von hohen Kirchenvertretern fand allerdings nicht auf Initiative der Kommission, sondern auf Initiative des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Dr. Martin Kruse¹¹⁰, am 5.11.1990 statt (vgl. Hogebrink 2010: 42; 43). Neben Kruse war auch der Erzbischof von Canterbury Robert Runcie¹¹¹ sowie EECCS – die Dachorganisation der evangelischen und anglikanischen Kirchen aus den EWG-Staaten und der Schweiz¹¹² – frühzeitig in die Organisation des Treffens involviert (vgl. Hogebrink 2010: 42). Ziel des Treffens auf Seiten der Mitgliedskirchen von EECCS war, Kirchenführer vertrauter mit der Kommission zu machen, evangelischen und anglikanischen Stimmen besseres Gehör in Brüssel zu verschaffen und den Dialog zwischen Protestanten und Anglikanern zu fördern (vgl. Hogebrink 2010: 42). Die Kommission drückte ihren Wunsch aus, bei dem Treffen auch auf Vertreter evangelischer Minderheitskirchen aus Südeuropa zu treffen (vgl. Hogebrink 2010: 42). „The theme of the meeting ‚National identity and belonging to the Community‘ had been proposed by Delors himself“ (Hogebrink 2010: 43). Letztlich bestand die Delegation von kirchlicher Seite aus dem Erzbischof von

¹¹⁰ Martin Kruse war Ratsvorsitzender der EKD von 1985 bis 1991 (<http://www.ekd.de/ratsvorsitzende/kruse.html> (08.06.2011)).

¹¹¹ Robert Runcie war Erzbischof von Canterbury und damit Primas der Church of England von 1980 bis 1991 (<http://www.anglicancommunion.org/communion/abc/> (08.06.2011)).

¹¹² Zur EECCS siehe Kapitel V A.

York, dem EKD-Ratspräsidenten, dem Präsidenten des Französischen Protestantenverbundes, dem Präsidenten des Verbunds der protestantischen Kirchen in der Schweiz, dem Präsidenten des Rats der Kirchen in den Niederlanden und von Kirchenvertretern aus Italien, Schottland, Belgien, Spanien, Portugal, den Niederlanden sowie von Vertretern von EECCS (Präsident, Vizepräsident, Generalsekretär und einem Studiensekretär) (vgl. Hogebrink 2010: 43). Diesem Treffen mit evangelischen und anglikanischen Vertretern ging eine Unterredung Delors' mit römisch-katholischen Bischöfen in Lourdes voraus, die anscheinend nicht wie erhofft reagierten (vgl. Hogebrink 2010: 42).

Bei dem Treffen am 5.11.1990 erwähnte Jacques Delors erstmals, dass es der EWG an einem Herz und einer Seele fehle (vgl. Hogebrink 2010: 39). Dieser Ausspruch zielte darauf, die Solidarität in der Gesellschaft zu stärken und einen Zugehörigkeitssinn über die nationalen Identitäten hinaus zu entwickeln (vgl. Hogebrink 2010: 46). Jérôme Vignon zufolge war Delors davon überzeugt, dass die religiöse Dimension mit den politischen Zielen Europas verbunden werden müsste (vgl. Vignon 2002: 112). Dieses Treffen zwischen dem Kommissionspräsidenten und Vertretern von evangelischen und anglikanischen Kirchen hatte drei langfristige Konsequenzen: es war Ausgangspunkt für die Einrichtung der Dialogseminare, für regelmäßige Treffen zwischen dem jeweiligen Kommissionspräsident und Vertretern von Kirchen und für die Einrichtung des Programms „Europa eine Seele geben“.

Im Juni 1991 fand das erste so genannte Dialogseminar statt (vgl. Hogebrink 2010: 84). Diese informellen und halbjährlich stattfindenden Treffen wurden vom Direktor der FSU und vom Berater für Religionen mitorganisiert und veranstaltet, während die Tagesordnung von den Kirchen via EECCS in Absprache mit der FSU vorgeschlagen wurde (vgl. Schnabel 2007: 263). Bei den Treffen sollte über jene Themen, die auf der Tagungsordnung des Treffens des Europäischen Rats standen, diskutiert werden (vgl. Jenkins 2002: 18). Ab dem dritten Dialogseminar (16.10.1992) konzentrierte man sich auf ein Thema pro Treffen (vgl. Hogebrink 2010: 84-86; Jenkins 2002: 18).

Ab 1992 lud die Kommission den Apostolischen Nuntius in Belgien, COMECE¹¹³, OCIPE¹¹⁴, Justitia et Pax¹¹⁵ und später ESPACES¹¹⁶ (1993) als Beobachter zu den Dialogseminaren ein

¹¹³ COMECE ist die Dachorganisation der römisch-katholischen Bischofskonferenzen auf dem Gebiet der EWG. Zur COMECE siehe Kapitel V A.

¹¹⁴ OCIPE ist das Verbindungsbüro des römisch-katholischen Jesuitenordens in Brüssel. Zu OCIPE siehe Kapitel V A.

¹¹⁵ Justitia et Pax ist ein Netzwerk von römisch-katholischen Organisationen, das sich mit Entwicklungspolitik, Menschenrechten und Friedenspolitik befasst.

(vgl. Jenkins 2002: 18; Schnabel 2007: 264). Im Oktober 1994 bat der Generalsekretär der EECCS, Keith Jenkins¹¹⁷, den Direktor der FSU, die Dachorganisation der römisch-katholischen Bischofskonferenzen (COMECE) nicht länger als Beobachter, sondern als Mitorganisator an den Treffen teilnehmen zu lassen (vgl. Jenkins 2002: 18).

Ab 1995 wurde die Tagesordnung von EECCS und COMECE gemeinsam vorgeschlagen und die Dialogseminare von EECCS, COMECE und FSU organisiert (vgl. Hogebrink 2010: 88ff; Schnabel 2007: 264; Jenkins 2002: 18; Treanor 2002: 94). Von 1992 bis 2012¹¹⁸ fanden 26 solcher Dialogseminare statt (vgl. BEPA 2012b; Hogebrink 2010: 84-103). Die Dialogseminare stellen eine Möglichkeit für die Kirchen dar, ihre Positionen an Mitarbeiter der Kommission zu übermitteln. Zudem können die Kirchen inhaltliche Schwerpunkte setzen und die für sie relevanten Themen auf die Tagesordnung bringen.

Seit 1990 traf sich der jeweilige Kommissionspräsident in der Tradition Jacques Delors mit Vertretern von Kirchen. Dabei sind vier Arten von Treffen zu unterscheiden: (1) Treffen mit Vertretern einer Kirche (drei), (2) Treffen mit Vertretern einer kirchlichen Dachorganisation (fünf) und (3) Treffen mit Vertretern mehrerer Kirchen oder mehrerer kirchlicher Dachorganisationen (fünf) sowie (4) Treffen mit Vertretern von Kirchen bzw. kirchlichen Dachorganisationen und Vertretern anderer Religionen¹¹⁹ (acht) (eigene Zusammenstellung nach Hogebrink 2010: 84-103¹²⁰). Zu den ersten Besuchern von 1992 bis 1993 gehörten der EKD-Ratsvorsitzende Klaus Engelhardt, der Nuntius von Belgien und der Präsident der COMECE, der Erzbischof von Canterbury, der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel und der Kardinal von Mailand (vgl. Hogebrink 2010: 84-86). Auch Delegationen der CCEE¹²¹, des ÖRK¹²², der EECCS, der KEK¹²³ und der COMECE trafen den jeweiligen Kommissionspräsidenten (vgl. Hogebrink 2010: 84-103). Von 2007 bis 2009 fanden Dreiertreffen – neben dem Kommissionspräsidenten waren der (jeweilige) Ratspräsident und der Präsident des Eu-

¹¹⁶ ESPACES ist eine Organisation des römisch-katholischen Dominikanerordens und hat u. a. ein Büro in Brüssel. Ziel der Organisation ist ein akademischer Beitrag und eine Reflexion des europäischen Integrationsprozesses unter sozialen, politischen, ethischen und theologischen Gesichtspunkten. Für weitere Informationen siehe: <http://espaces.domuni.eu/> (14.09.2011).

¹¹⁷ Keith Jenkins war von 1990 bis 2002 Generalsekretär von EECCS bzw. CSC.

¹¹⁸ Stand: 14.03.2012.

¹¹⁹ Vertreter von Judentum und Islam waren zugegen und im Jahr 2006 auch der Dalai Lama.

¹²⁰ Laurens Hogebrink beschränkt sich in seiner Ausarbeitung auf Treffen, die von CSC bzw. ihren Vorgängern organisiert wurden. Er führt keine Treffen an, die von ökumenischen oder römisch-katholischen Partnern sowie von einzelnen Kirchen oder mehreren Kirchen organisiert wurden (vgl. Hogebrink 2010: 4). Zu jenen liegen keine Informationen vor.

¹²¹ CCEE ist die pan-europäische Dachorganisation der römisch-katholischen Bischofskonferenzen. Zur CCEE siehe Kapitel V A.

¹²² Der ÖRK ist die weltweite Dachorganisation der nicht-römisch-katholischen Kirchen.

¹²³ Die KEK ist die pan-europäische Dachorganisation der nicht-römisch-katholischen Kirchen. Zur KEK siehe Kapitel V A.

ropäischen Parlaments anwesend – mit Vertretern der drei monotheistischen Religionen (Christentum, Islam, Judentum) statt (vgl. BEPA 2010b). Bei den Treffen ab 2010, den „Religious Leaders Meetings“, waren neben Vertretern von Kirchen auch Repräsentanten der jüdischen, muslimischen, buddhistischen und hinduistischen Glaubensgemeinschaften vertreten (vgl. BEPA 2012b). Ein solches Treffen hatte es bereits im Jahr 2005 einmal gegeben (vgl. Hogebrink 2010: 96-103). Die Treffen zwischen dem jeweiligen Kommissionspräsidenten und den Kirchen bieten wie die Dialogseminare die Möglichkeit, Themen anzusprechen und Positionen an höchster Stelle zu übermitteln. In der Praxis werden die Treffen – insbesondere seit der Ausweitung auf andere Religionsgemeinschaften – von den Kirchen als „Fototermin“ angesehen. „For the time being, I think it is only for the media. We have nice photos. We have a magnificent selection of people. Very brilliant people who come. Who talk for ten minutes, five minutes. We have a lunch together. We get to know each other better and better. And then, what?“ (Interview (anonymisiert)).

Ein drittes Ergebnis des Treffens von Kommissionspräsident Delors und Vertretern von evangelischen und anglikanischen Kirchen war die Einrichtung des Programms „Europa eine Seele geben“ (1994 bis 1996) bzw. „Eine Seele für Europa – Ethik und Spiritualität“ (1997-2005) (vgl. Hogebrink 2010: 26; Schnabel 2007: 269). Mit der so genannten „Soul-Initiative“¹²⁴ war das Ziel verbunden, der EU eine ethische und spirituelle Dimension zu geben – unter Rückgriff auf eine Kooperation zwischen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und der Kommission. „The intention was to involve religious communities in dialogue with the European institutions. In order to do this the European Commission encouraged the religious communities to present projects: meetings, seminars, social activities, etc., meant to contribute to the recognition and understanding of the ethical and spiritual dimension of European unification and politics. Selected projects may benefit from grants from the European Commission“ (BEPA 2010a). Die Kommission stellte Fördermittel bereit, um die sich Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bewerben und damit Projekte mit europäischen, ethischen bzw. spirituellen oder freiheitlichem Charakter finanzieren konnten.

Die Idee zu einem solchen Programm entsprang einem Gespräch zwischen dem damaligen Berater für Religionen der Kommission, Marc Luyckx, dem Generalsekretär des Ökumenischen Verbands der Akademien und Laienzentren in Europa (EAALCE), Fritz-Erich Anhelm, und EECCS (vgl. Massignon 2007: 185). EAALCE suchte zu diesem Zeitpunkt eine europäische finanzielle Unterstützung für seine Programmangebote (vgl. Massignon 2007: 185). Bis zum Ende des Programms sahen die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, insbe-

¹²⁴ Im Folgenden wird in Anlehnung an den englischen Namen der Initiative von der „Soul“-Initiative gesprochen.

sondere die Evangelischen Akademien in Deutschland, die „Soul-Initiative“ als Instrument zur finanziellen Förderung ihrer Projekte (vgl. Hogebrink 2010: 36; Schnabel 2007: 270).

Das Ziel eines Dialogs zwischen den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und der Kommission sowie des Austauschs über die ethische Dimension der europäischen Integration konnte nicht erreicht werden. Im Vordergrund des elfjährigen Programms standen organisatorische und finanzielle Fragen (vgl. Hogebrink 2010: 39). Die Beziehung der Religions- und Glaubensgemeinschaften, die an der „Soul-Initiative“ beteiligt waren, zur FSU bzw. zur GOPA seien praktisch rein verwaltungstechnisch gewesen, so die Koordinatorin der „Soul-Initiative“ auf Seiten der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Win Burton (vgl. Schnabel 2007: 274). Dazu kam, dass die Beziehung zwischen den zuständigen Kommissionsabteilungen und den beteiligten Religions- und Glaubensgemeinschaften durch die „Soul-Initiative“ nicht gestärkt werden konnte, sondern dass die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft im Rahmen dieses Programms Erfahrungen mit der Kommission machten, die als negativ empfunden wurden (vgl. Hogebrink 2010: 39). Auch die Zusammenarbeit zwischen den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Rahmen der „Soul-Initiative“ gestaltete sich zunehmend schwierig.

Im Folgenden wird gezeigt, wie die „Soul-Initiative“ funktionierte, wer Mitglied war und wie dieses Programm scheiterte.

Die „Soul-Initiative“ war ein Förderprogramm der EU für Projekte, die von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durchgeführt wurden. Als förderwürdig galten Projekte, die europäisch, ethisch bzw. spirituell oder freiheitlich ausgerichtet waren oder einen Querschnitts-Charakter aufwiesen (vgl. Massignon 2007: 184). Zudem musste das jeweilige Projekt verschiedene religiöse und humanistische Gruppen einbeziehen, in dem es die Information und die Teilnahme von Mitgliedern verschiedener religiöser oder humanistischer Gruppen förderte und die Mobilisierung von Ressourcen und von Kommunikationsnetzen von religiösen und humanistischer Gruppen erlaubte (vgl. Massignon 2007: 184).

Auf Seiten der Religions- und Glaubensgemeinschaften wurde ein Sekretariat für die „Soul-Initiative“ eingerichtet. Dieses war bei der EECCS angesiedelt. Die Auswahl der zu fördernden Projekte und die inhaltliche und formale Anpassung der Projektvorschläge an die Richtlinien der Kommission lag bei einem Ausschuss, in dem Vertreter der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und Vertreter der Kommission Mitglied waren (vgl. Weninger 2007: 138). Die Projekte, die dieses so genannte Screening-Committee ausgewählt hatte, wurden dem Generalsekretariat der Kommission bzw. der FSU und später der GOPA zur Ko-Finanzierung vorgelegt (vgl. Weninger 2007: 141). Sowohl das Sekretariat der „Soul“-

Initiative als auch die Arbeit des Ausschusses, wurden von 1994 bis 1998 zu einhundert Prozent und im Jahr 1999 zu neunzig Prozent von der Kommission bezahlt (vgl. Massignon 2007: 190-191).

Mitglieder der „Soul-Initiative“ waren Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften¹²⁵ sowie deren Organisationen¹²⁶ und ihnen nahe stehende Bewegungen¹²⁷. Vorsitzender der „Soul-Initiative“ war von 1995 bis 2005 Claude Wachtelaer vom Europäischen Humanistenverbund (EHF) (vgl. EHF 2011a). Die Mitglieder der „Soul-Initiative“ waren seit dem Zeitpunkt ihrer Mitgliedschaft im Screening-Committee vertreten¹²⁸, ebenso das Generalsekretariat der Kommission, die FSU und ab 1996 die GD X – heute die GD EAC (Bildung und Kultur).

Die „Soul-Initiative“ hatte keine rechtliche Basis: Sie war eine Initiative des Kommissionspräsidenten (vgl. Hogebrink 2010: 36). Der Haushaltsposten wurde nach einem Gespräch von EECCS mit einem befreundeten Parlamentarier in den Haushaltsentwurf des Europäischen Parlaments im Jahr 1994 aufgenommen (vgl. Schnabel 2007: 270 mit Bezug auf ein Interview mit Marc Luyckx) – und das EP stimmte dem Haushaltsposten zu. Namentlich erwähnt wurde das Programm erst im Haushaltsentwurf des Jahres 1997 (vgl. Massignon 2007: 190). Die „Soul-Initiative“ (das Sekretariat, der Ausschuss und die Projekte) wurde aus einer Haushaltslinie des Generalsekretariats und ab 1998 aus einer Haushaltslinie der GD X finanziert (vgl. Massignon 2007: 186-187). Der Korruptionsskandal um den Kommissionspräsidenten Jacques Santer im Jahr 1999 und seine Folgen gingen nicht spurlos an dem Förderprogramm ohne rechtliche Basis vorbei: Alle Haushaltsposten, „für die es keine rechtliche Grundlage gab oder bei denen der Verdacht entstehen konnte, dass Dritte ohne institutionellen Bezug zur Kommission Unionsmittel vergeben“ (Schnabel 2007: 271), wurden gesperrt. Die Nähe der Mitglieder des Screening-Committees zu den Projekten (insbesondere die NGOs als Mitglieder des Ausschusses und Begünstigte) und die Teilnahme von Mitarbeitern verschiedener GDs an Sitzungen dieses Ausschusses wurden kritisch hinterfragt (vgl. Massignon 2007: 191). Ab 1999 wurden strenge Regeln der Transparenz in der Kommission erlassen, was unter

¹²⁵ Neben den kirchlichen Dachorganisationen COMECE und EECCS bzw. CSC war auch das Verbindungsbüro des Ökumenischen Patriarchaten, die Konferenz Europäischer Rabbiner, der Muslimische Rat für Kooperation in Europa und Europäische Humanistenverbund im Screening-Committee vertreten (vgl. EECCS 1995; Weninger 2007: 139).

¹²⁶ Zu den kirchlichen Organisationen zählen das Jesuitenbüro OCIFE, das Dominikanerzentrum ESPACES, EAALCE, European Contact Group (Diakonia-CCE) (vgl. Massignon 2007: 189).

¹²⁷ Zu den Bewegungen zählen Ecumenical Forum of European Woman (EFECW), Ecumenical Institute for Theology and Culture, das Jüdische Laizistische Zentrum, Avicenna Project und die evangelische Laienorganisation Association Oecuménique pour Eglise et Société (AOES) (vgl. EECCS 1995; Massignon 2007: 189).

¹²⁸ Die erwähnten Organisationen kamen nach und nach hinzu. Einen Überblick bieten Massignon 2007, Schnabel 2007 und Weninger 2007.

anderem zur Folge hatte, dass das Screening-Committee keine Projekte mehr auswählen durfte (vgl. Hogebrink 2010: 36-37). Dies wurde durch die Kommission selbst übernommen (vgl. Weninger 2007: 144). Der Ausschuss konnte lediglich Experten empfehlen, die die Kommission als Berater hören konnte (vgl. Schnabel 2007: 272). Ab dem Jahr 1999 konzentrierten sich die Mitglieder der „Soul-Initiative“ darauf, jährliche Tagungen zu organisieren (vgl. Hogebrink 2010: 37). Die neue Aufgabe drückte sich auch in einem Namenswechsel aus: Das Screening-Committee wurden zum Co-ordinating Committee (vgl. Hogebrink 2010: 37). Der Ausschuss und das Sekretariat wurden von nun an nur noch zu 80 Prozent von der Kommission gefördert, den Rest mussten die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften aufbringen (vgl. Massignon 2007: 191). Diese kritisierten, dass sie sich an der Infrastruktur der Initiative beteiligen mussten, obwohl die „Soul-Initiative“ ein Programm der Kommission sei (vgl. Schnabel 2007: 272 mit Verweis auf den Jahresbericht der „Soul-Initiative“).

In den Jahren 1999 und 2000 wurden Treffen der Projektbegünstigten, so genannte Symposien, abgehalten. Diese dienten der Vernetzung der Projektbegünstigten und stellten nach Hogebrink „a very promising form of dialogue at the grassroots level: indeed another level than the ‚dialogue meetings‘“ dar (2010: 38). Die Symposien hatten die Suche nach der europäischen Identität (1999) sowie Bürgerschaft und Zivilgesellschaft (2000) zum Thema (vgl. Hogebrink 2010: 91; 92). Am Symposium im Jahr 2000 nahm kein Vertreter der Kommission mit Ausnahme des Vertreters der FSU teil (vgl. Hogebrink 2010: 38). Ab 2001 waren die Teilnehmer der Symposien mehrheitlich Experten und es wurden auch Sikhs, Buddhisten und Zoroastrianer eingeladen (vgl. Hogebrink 2010: 38; Massignon 2007: 194). Insgesamt zeigte die FSU bzw. die GOPA ab dem Jahr 2000 weniger Interesse an der „Soul-Initiative“ als zuvor (vgl. Hogebrink 2010: 37).

Die seit Beginn der „Soul-Initiative“ angespannten Beziehungen zwischen den Mitgliedern der „Soul-Initiative“, insbesondere zwischen den Kirchen und den Humanisten, traten offen zu Tage, als die Humanisten versuchten, den so genannten Kirchenartikel im Entwurf einer Verfassung für Europa¹²⁹ zu verhindern (vgl. Hogebrink 2010: 37). Die Koordinatorin der „Soul-Initiative“, Win Burton, sprach mit Blick auf diese Ereignisse von „tiefen Wunden“ (vgl. Hogebrink 2010: 37).

Um weiterhin Fördermittel von der Kommission erhalten zu können, gründete sich die „Soul-Initiative“ am 02.12.2002 als NPO nach belgischem Recht (*association internationale sans but lucratif*) neu (vgl. Schnabel 2007: 273; Weninger 2007: 146).

¹²⁹ Der Verfassungsentwurf wurde von einem Konvent erarbeitet, der von 2002 bis 2003 tagte. Zum Konvent und der Interessenvertretung der Kirchen für einen Kirchenartikel im Verfassungsvertrag siehe Kapitel VIII.

Ab 2002 trat die angespannte Atmosphäre zwischen den Mitgliedern der „Soul-Initiative“ und der Kommission offen zu Tage: GOPA wollte das Thema des Symposiums im Jahr 2002 in letzter Minute ändern, 2003 fand kein Symposium statt¹³⁰ und im Jahr 2004 wurde das Symposium nicht wie zuvor gemeinsam mit GOPA organisiert und es kam kein Vertreter der Kommission¹³¹ (vgl. Hogebrink 2010: 38). Kurze Zeit nach diesem Symposium, am 23.11.2004, trat die Generalversammlung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Mitglied in der „Soul-Initiative“ waren, zusammen und beschloss die Auflösung der „Soul-Initiative“ mit Wirkung zum 28.02.2005 (vgl. Massignon 2007: 194; Schnabel 2007: 274-275).

IV. Der Multi-Level-Governance-Ansatz

Diese Arbeit basiert auf dem Multi-Level-Governance-Ansatz. Er wird im Folgenden unter Rückgriff auf die Arbeiten von Gary Marks und seinen Kollegen vorgestellt, weil diese Politikwissenschaftler den Ansatz entwickelt und geprägt haben. Auf der Grundlage des MLG-Ansatz wird die Europäisierung der Interessenvertretung von Organisationen, deren Strategien der Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem und Erklärungen für die Strategiewahl beleuchtet. Schließlich werden Hypothesen für die Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem formuliert.

Der Multi-Level-Governance-Ansatz begreift die E(W)G bzw. die EU als eigenständiges politisches System. Den Ausgangspunkt für einen Zugriff auf die EWG als ein System, das mehr Charakteristika mit nationalen politischen Systemen als mit internationalen Organisationen teilt, bildete die Einheitliche Europäische Akte¹³² und die Ausdehnung des Entscheidungsmodus der qualifizierten Mehrheit im Ministerrat (vgl. Bache/Flinders 2004b: 2-3). Gary Marks, der im Teilgebiet Vergleichende Politikwissenschaft arbeitet, prägte die Bezeichnung „multi-level governance“ vor dem Hintergrund seiner Forschung zur EU-Strukturpolitik nach deren Reform 1988 (vgl. Bache/Flinders 2004b: 2). Marks entwickelte den Ansatz induktiv (vgl. Knodt/Große Hüttmann 2006: 224) und stellte fest: „[I]nstead of a neat, two-sided process involving

¹³⁰ Von Seiten der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erschien 2003 das jährliche Symposium nicht mehr durchführbar (vgl. Schnabel 2007: 274 mit Verweis auf den Jahresbericht der Initiative).

¹³¹ Das Symposium im Jahr 2004 über Vermittlung von Religion und Ethik wurde von keinem Vertreter der Kommission besucht, da Bildung nicht zu den Kompetenzen der EU gehöre (vgl. Hogebrink 2010: 38).

¹³² Die Einheitliche Europäische Akte wurde am 17. und 28.02.1986 unterzeichnet und trat am 01.07.1987 in Kraft (vgl. Europa 2011: 1986; 1987). Sie wurde am 01.11.1993 vom Vertrag von Maastricht als primärrechtliche Grundlage abgelöst.

member states and Community institutions, one finds a complex, multilayered, decisionmaking process stretching beneath the state as well as above it; instead of a consistent pattern of policymaking across policy areas, one finds extremely wide and persistent variations. In short, the European Community seems to be part of a new political (dis)order that is multilayered, constitutionally open-ended, and programmatically diverse“ (Marks 1992: 221). Der Ansatz des Multi-Level Governance wurde von Marks und seinen Kollegen als Alternative zum Intergouvernementalismus¹³³ entworfen (vgl. Marks/Hooghe/Blank 1996: 343). Er basiert auf drei Prämissen: (1) „decision-making competencies are shared by actors at different levels rather than monopolized by state executives“, (2) “collective decision-making among states involves a significant loss of control for individual state executives“ und (3) “political arenas are interconnected rather than nested. (...) subnational actors operate in both national and supranational arenas, creating transnational associations in the process“ (Marks/Hooghe/Blank 1996: 346; Hooghe/Marks 2001: 3-4; meine Nummerierung). Es gibt keine Trennung zwischen nationalstaatlicher und internationaler bzw. europäischer Arena. MLG-Vertreter schreiben zum einen den Organen der Union (vor allem der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Gerichtshof) einen von nationalen Regierungen unabhängigen Einfluss im politischen Prozess zu (vgl. Marks/Hooghe/Blank 1996: 346; Hooghe/Marks 2001: 3). Zum anderen identifizieren sie subnationale Akteure wie subnationale Autoritäten und Interessenorganisationen, die sich in der nationalen und der supranationalen Arena bewegen sowie transnational vernetzen (vgl. Marks/Hooghe/Blank 1996: 346). Nationale und regionale Organisationen, europäische Dachorganisationen, Unternehmen und subnationale Autoritäten sind in Brüssel vertreten und tragen zur Diffusion der Kontrolle über den Agenda-setting-Prozess bei (vgl. Marks/Hooghe/Blank 1996: 358). „Agenda-setting is therefore increasingly a shared and contested competence, with European institutions competing for control, and interest groups and subnational actors vying to influence the process“ (Marks/Hooghe/Blank 1996: 359). Nach der dritten Prämisse des MLG-Modells bringt das supranationale Entscheidungssystem einen Kontrollverlust für die nationalen Regierungen mit sich (vgl. Hooghe/Marks 2001: 4). Entscheidungen nach dem Entscheidungsmodus der Einstimmigkeit, deren Ergebnis den kleinsten gemeinsamen Nenner widerspiegelt, sind auf wenige Bereiche beschränkt. Der Entscheidungsmodus des Mehrheitsprinzip stellt eine offensichtliche Einschränkung der Möglichkeit von nationalen Regierungen, politische Ergebnisse auf europäischer Ebene zu bestimmen, dar (vgl. Marks/Hooghe/Blank 1996: 350). Während nationale Regierungen zwar eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der primärrechtlichen Grundlagen einnehmen können, wird ihnen von MLG-Vertretern eine weit

¹³³ Die Theorie des Intergouvernementalismus ist eine Theorie der europäischen Integration, die davon ausgeht, dass die nationalen Regierungen den Fortgang der europäischen Integration bestimmen (vgl. Hoffmann 1966; Moravcsik 2003).

weniger entscheidende Rolle bei Sekundärrechtsmaßnahmen zugeschrieben (vgl. Marks/Hooghe/Blank 1996: 352).

Die EU wird mit dem MLG-Ansatz als Interaktionsraum konzipiert (vgl. Knodt 2005: 33). Um diese neue Perspektive zu unterstreichen, haben Beate Kohler-Koch und Michèle Knodt für das europäische Mehrebenensystem das Bild eines Marmorkuchens (im Unterschied zur Schichttorte) geprägt (vgl. Knodt 2005: 33 mit Verweis auf Kohler-Koch/Knodt 1997).

A. Organisationen: Akteure im MLG-Ansatz

Vertreter des MLG-Ansatzes begreifen den Staat und die EU als Rahmen, in dem Individuen, Gruppen und Organisationen agieren (vgl. Marks/Hooghe/Blank 1996: 348). Mit Marks kann ein akteurzentrierter Zugang zum MLG-Ansatz gewählt werden. Dies wird bereits im Titel eines Aufsatzes deutlich: „An Actor-Centred Approach to Multi-Level Governance“ (Marks 1997). Als Akteure werden neben den Regierungen und den EU-Organen insbesondere subnationale Akteure (Regionen), soziale Bewegungen, Parteien, Interessengruppen und Gewerkschaften und damit „groups that wish to influence political decisions“ (Marks/McAdam 1996: 249) in den Blick genommen (vgl. Marks/McAdam 1996). Der akteurzentrierte Zugang zum MLG-Ansatz liegt dieser Arbeit zugrunde.

Für die Handlungsoptionen der Akteure ist zum einen der institutionelle Kontext von Bedeutung (vgl. Hooghe/Marks 1996: 74). „[A] polity characterised by multi-level governance is emerging in Europe and [...] this poses a set of new constraints and opportunities for groups that wish to influence political decisions“ (Marks/McAdam 1996: 249). Zum anderen sind die Eigenschaften der Akteure bedeutend. Wie Hooghe und Marks am Beispiel subnationaler Akteure (ohne bzw. mit unterschiedlich ausgeprägter Autonomie) zeigen, gibt es erhebliche Differenzen zwischen Akteuren bei der Nutzung der Einflusskanäle auf den europäischen politischen Prozess (vgl. Hooghe/Marks 1996: 74).¹³⁴

Wie erfolgreich die Interessenorganisationen in der Anpassungsleistung an diese neuen Rahmenbedingungen und in der Interaktion mit den Organen der E(W)G bzw. EU sind, so Marks und McAdam, hängt von den internen Eigenschaften der Interessengruppe ab (vgl. Marks/McAdam 1996: 258). Insbesondere könnten Institutionen¹³⁵ und Ideologien eine Einschränkung im Hinblick auf die Nutzung der Opportunitäten auf EU-Ebene darstellen (vgl. Marks/McAdam 1996: 258). „To the extent that a movement is wedded to the existing political order, that

¹³⁴ Zu den Erklärungen für die Wahl der Strategien der Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem siehe Kapitel IV D.

¹³⁵ „[I]nstitutions [...] are sets of commonly accepted formal and informal norms that constrain political actors (individuals and groups of individuals) [...]“ (Marks 1997: 22).

is, is oriented to a national system of law, a national system of membership incentives or belief structures, etc., so we would expect to find powerful sources of resistance to institutional adaption” (Marks/McAdam 1996: 258). Marks und McAdam kommen zu dem Schluss: “Together these two sets of factors – EU opportunities and internal organisational constraints – have shaped the overall impact of integration on any given group or movement” (Marks/McAdam 1996: 258). Damit übernehmen die Vertreter des MLG-Ansatzes die Perspektive der Theorie des Institutionalismus. Auf eine Variante des Institutionalismus, rational-choice oder soziologischer, legen sie sich nicht fest.

Der MLG-Ansatz greift zur Erklärung gesellschaftlicher Ereignisse auf die Eigenschaften und das Handeln von Akteuren zurück. Damit geht der MLG-Ansatz vom Postulat des methodologischen Individualismus aus und steht im Gegensatz zu systembezogenen Erklärungen. Gary Marks nimmt eine Unterscheidung zwischen Institutionen und Akteuren vor (vgl. Marks 1997: 22). Institutionen definiert er als formale und informelle Normen, die Akteure in ihren Handlungen beschränken (vgl. Marks 1997: 22). Akteuren ist es möglich, diese institutionellen Regeln zu verändern (vgl. Marks 1997: 23). Ein Staat und auch die EU sind für Gary Marks eine Zusammenstellung von Institutionen bzw. Regeln, die verbindliche Beziehungen in einem Gemeinwesen strukturieren (vgl. Marks 1997: 22; Marks/Hooghe/Blank 1996: 348). MLG kann daher konzeptualisiert werden als die Summe der formalen und informellen Regeln, die den Ort und die Praxis von verbindlichem Regieren in einem Gemeinwesen betreffen (vgl. Marks 1997: 22). Akteure handeln nach Marks in einem institutionellen Kontext (Marks 1997: 29; 34).

Akteuren (Individuen und Gruppen aus Individuen) wird zielorientiertes Handeln zugeschrieben (vgl. Marks 1997: 22)¹³⁶. Die Handlungsziele können eigennützig oder altruistisch sein und sie können sich auf Politikinhalt oder institutionelle Regeln beziehen (vgl. Marks 1997: 34). Die Orientierung der Akteure in Bezug auf die formalen und informellen Regeln, die sie in ihrem Handeln beschränken, bleibt im MLG-Ansatz offen (vgl. Marks 1997: 22). Die Ziele der Akteure und die Handlungsbeschränkungen, unter denen sie ihre Ziele verfolgen, sind im MLG der empirischen Analyse überlassen (vgl. Marks 1997: 24). Die Präferenzen der Akteure, ihre Ressourcen, ihre interne Organisation, ihre Autonomie und ihre Ideologien sind Erklärungsfaktoren für den Handlungserfolg der Akteure und somit für politische Ergebnisse (vgl. Marks 1997: 35; Marks/McAdam 1996: 258; Hooghe/Marks 1996: 74).

¹³⁶ „[A]ctors (individuals and groups of individuals) [...] are the only agents capable of goal-oriented action“ (Marks 1997: 22).

Vertreter des MLG-Ansatzes unterstellen Akteuren keine bestimmten Präferenzen. Die Präferenzen der Akteure sind empirisch zu erheben (vgl. Marks 1997: 27, 34).

Zielorientiertes und zweckrationales Handeln von Organisationen

Akteure handeln zielorientiert und zweckrational (vgl. Marks 1997: 22). Um diese Art des Handelns klarer zu machen, wird im Folgenden die Theorie rationalen Handelns erläutert. Als zweckrational kann Handeln aufgrund des subjektiven Sinnzusammenhangs zwischen Zielen, Mitteln und dem Handeln bezeichnet werden (vgl. Esser 1999: 215). „Rational‘ kann ein Handeln auch dann sein, wenn die Ziele und Erwartungen der Akteure vollkommen subjektiv sind und objektiv keinerlei Grundlage haben“ (Esser 1999: 216). Rationalität wird einem Handeln zugeschrieben, wenn der Akteur bei seinen Selektionen für die Gewichtung der möglichen Alternativen nach seinen Zielen und Erwartungen eine bestimmte Regel, nämlich die Regel der Maximierung der Nutzenerwartung, anwendet (vgl. Esser 1999: 216). Gerade bei korporativen Akteuren könne zweckrationales Handeln unterstellt werden, da deren Handeln weniger von Emotionen geprägt sei als das Handeln von Individuen (vgl. Mayntz 2009: 78). Marks geht davon aus, dass der betrachtete Akteur gegebene Präferenzen rational verfolgt (vgl. Marks 1997: 22). Die Präferenzen können grundsätzlich sowohl egoistischer als auch altruistischer Natur sein (vgl. Marks 1997: 34). Er kann daher den Vertretern der weiten Variante der Rational-Choice-Theorie des Modells rationalen Handelns zugerechnet werden. Dem Modell rationalen Handelns liegen, so Karl-Dieter Opp, drei Kernhypothesen zugrunde: die Motivationshypothese [Die Präferenzen der Akteure, d. h. ihre Ziele, Wünsche oder Motive, sind Bedingungen für ihr Handeln, das aus Sicht der Akteure zur Realisierung ihrer Ziele beiträgt], die Hypothese der Handlungsbeschränkungen [Alles, was die Zielerreichung der Akteure ermöglicht oder behindert, d. h. ihre Handlungsmöglichkeiten oder -beschränkungen, sind Bedingungen für ihr Handeln. Zu diesen Restriktionen zählen, so Opp, beispielsweise institutionelle Regeln wie Rechte oder soziale Normen] und die Hypothese der Nutzenmaximierung [Akteure führen solche Handlungen aus, die ihre Ziele in höchstem Maße realisieren – unter Berücksichtigung der Handlungsbeschränkungen, denen sie sich gegenübersehen] (vgl. Opp 2004: 44-45). Dieses Modell¹³⁷ des Handelns wird als Modell des homo oeconomicus bezeichnet. Der Kern des Rational-Choice-Modells wird seinen Vertretern mit Annahmen (beispielsweise zur Art der Präferenzen) spezifiziert und zur Rational-Choice-Theorie (RCT) entwickelt. Entsprechend

¹³⁷ Modelle haben eine Vereinfachung und Reduktion von Komplexität zum Ziel (vgl. Esser 1999: 212). Für Hartmut Esser sind Vereinfachungen, die den Bedingungen in der Lebenswelt auch im stark vergrößerten Durchschnitt widersprechen (wie das Modell des homo oeconomicus und das des homo sociologicus), jedoch unzulässig (vgl. Esser 1999: 212).

dieser Annahmen lassen sich zwei Varianten der RCT unterscheiden. In der ersten Variante¹³⁸ wird angenommen, dass Akteure ausschließlich egoistische Motive haben, vollständig über die existierenden Handlungsalternativen informiert sind, ihre Entscheidungen angesichts harter bzw. materieller Restriktionen treffen und dass ihre Präferenzen stabil sind und/oder dass die Präferenzen aller Akteure homogen sind (vgl. Opp 2004: 46-48; Opp 1991: 109; Braun 1999: 37; Mayntz 2009: 68-69). Eine Veränderung des Verhaltens könne daher nur durch Restriktionen, nicht durch eine Veränderung von Präferenzen erklärt werden (vgl. Opp 1991: 109). Vertreter der zweiten Variante¹³⁹ nehmen an, dass jegliche Art von Motiven zur Erklärung menschlichen Verhaltens prinzipiell in Betracht gezogen werden kann, Akteure unvollständig informiert sind, wahrgenommene Handlungsbeschränkungen in Erklärungen einbezogen werden können und sowohl Präferenzen als auch Restriktionen oder sogar nur Präferenzen für die Erklärung von Verhalten von Bedeutung sind (vgl. Opp 2004: 46-48; Braun 1999: 37-38).

Nach dem Modell des homo oeconomicus maximiert der Akteur seinen Nutzen auf der Grundlage vollkommener Information und stabiler, geordneter Präferenzen im Rahmen gegebener Restriktionen (vgl. Esser 1993: 236). „Normen spielen dabei nur insoweit eine ‚Rolle‘ als sie für die Nutzenmaximierung bedeutsam sind“ (Esser 1993: 236). Der homo oeconomicus definiert die Situation durch Rekurs auf objektive Gegebenheiten und ist nicht lernfähig (vgl. Esser 1993: 237). Das Modell des homo oeconomicus ist für die Einfachheit seiner Annahmen oft kritisiert worden. Es widerspricht der Lebenswelt – und zwar auch in stark vergrößertem Durchschnitt, so Hartmut Esser (vgl. Esser 1999: 212).

Ein für soziologische Erklärungen geeignetes Modell ist, so Hartmut Esser, das Modell des „Resourceful, Restricted, Expecting, Evaluating, Maximizing Man“ (RREEMM-Modell) (Esser 1993: 237-238). Der Akteur sieht sich im RREEMM-Modell Handlungsmöglichkeiten, Opportunitäten bzw. Restriktionen ausgesetzt, er kann aus Alternativen seine Selektionen vornehmen, er kann dabei „resourceful“ im Sinne von findig, kreativ, reflektiert vorgehen, er hat immer eine Wahl, ferner sind die Selektionen über Erwartungen und Bewertungen gesteuert und die Selektion des Handelns folgt der Regel der Maximierung (vgl. Esser 1993: 238).

Mit der Betrachtung korporativer Akteure entkommt man der Diskussion um die Handlungslogik insofern, als dass es empirisch plausibel ist, korporativen Akteuren eine dominant zweckbezogene Handlungsorientierung zu unterstellen (vgl. Mayntz 2009: 77-78).

¹³⁸ „enge Version“ (Opp 2004: 46); „harte Theorie der Rationalität“ (Opp 1991: 112); „radikale Version der Rationalität“ (Braun 1999: 37); „strenge Theorie rationalen Handelns“ (Mayntz 2009: 68)

¹³⁹ „weite Version“ (Opp 2004: 46); „aufgeklärte Version der Rationalität“ (Braun 1999: 37)

Es kann festgehalten werden, dass Organisationen nach dem Multi-Level-Governance-Ansatz zielorientiert und zweckrational handeln (vgl. Marks 1997: 22). Ihre Handlungen werden vom institutionellen Kontext und zwar konkret vom politischen System der EU sowie von ihren Eigenschaften bedingt (vgl. Hooghe/Marks 1996: 74; Mark/McAdam 1996: 258).

B. Europäisierung der Interessenvertretung

Organisationen werden zu Interessenorganisationen, wenn sie von geplanten oder realisierten Rechtsetzungsmaßnahmen betroffen sind oder wenn sie als Ansprechpartner für politische Akteure fungieren möchten. Mit der Übertragung von Hoheitsrechten von den Staaten, in denen die Organisationen beheimatet sind, auf die E(W)G bzw. die EU ging einher, dass nicht nur die Staaten, sondern auch die supranationale Organisation Rechtsetzungsmaßnahmen erlassen können. Im Zuge der europäischen Integration sind in immer mehr Politikbereichen Kompetenzen auf die supranationale Organisation übertragen worden. Es gibt Politikbereiche, in denen die supranationale Organisation ausschließlich zuständig ist, und es gibt solche, in denen sie sich die Zuständigkeit mit den Mitgliedstaaten teilt. Organisationen, die versuchen, den politischen Prozess und damit den Inhalt oder die Adressaten von Rechtsetzungsmaßnahmen zu beeinflussen oder die Rechtsetzungsmaßnahme zu verhindern, müssen sich an diese Entwicklung anpassen. „Interests always turn to where the power is“ (Kohler-Koch 1997: 2). Der durch die E(W)G bzw. die EU bewirkte Anpassungsprozess wird als „Europäisierung“ bezeichnet. Genauer wäre es, in der Politikwissenschaft von „E(W)G-isierung“ bzw. „EU-isierung“ zu sprechen, wenn der Begriff im Sinne einer Anpassung an die E(W)G bzw. die EU gebraucht wird.¹⁴⁰ Der Begriff „Europäisierung“ ist in diesem allgemeinen Sinne unbrauchbar: Zum einen wirft eine Anpassung an „Europa“ die Frage auf, was unter „Europa“ zu verstehen ist. Zum anderen ist der Begriff „Europäisierung“ nicht nur im Sinne einer Anpassung zu verstehen. Er kann beispielsweise auch den Prozess, der beispielsweise zum Entstehen einer Kultur,¹⁴¹ der politischen Einigung der Staaten Europas unter eine Universalherrschaft¹⁴² oder der Schaffung einer internationalen Organisation (z. B. des Europarats) führte, bezeichnen. Einige Politikwissenschaftler können diesem zweiten Strang zugeordnet werden:

¹⁴⁰ Beate Kohler-Koch hat den Begriff der „Unionisierung“ zur Bezeichnung von Prozessen der Vergemeinschaftung in der EU und der Effekte der EU-Politik ins Spiel gebracht (vgl. Kohler-Koch 2000: 12). Dieser ist sprachlich schöner, aber nicht so genau wie „E(W)G-isierung“ oder „EU-isierung“.

¹⁴¹ „Prozesse, die zur europäischen Kultur im Singular führten, können unter dem Begriff der Europäisierung zusammengefasst werden“ (Schmale 2010).

¹⁴² „Die Idee der europäischen Universalmonarchie findet sich im Mittelalter bis ins 16. Jahrhundert sowohl in der Papstkirche wie im Kaisertum, ebenso die Bestrebung, die Idee zu realisieren“ (Schmale 2010).

Sie verwenden „Europäisierung“ im Sinne der Herausbildung des politischen Systems der E(WG) bzw. der EU (vgl. Kohler-Koch 2000: 14-15). Wird der Begriff „Europäisierung“ in diesem Sinne verwendet, unterscheidet er sich nicht vom Begriff „europäische Integration“.

In dieser Arbeit bezeichnet „Europäisierung“ eine Reaktion und zwar eine Reaktion auf die (Auswirkungen der) E(W)G bzw. die EU.

Die Anpassung an die E(WG) bzw. die EU kann sowohl auf Systemebene als auch auf Akteursebene in den Blick genommen werden. Europäisierung¹⁴³ geht immer mit einer Veränderung einher. Bei der ersten Perspektive steht die Anpassung der politischen Systeme der Mitgliedstaaten¹⁴⁴ im Mittelpunkt. Es werden die Auswirkungen der supranationalen Organisation auf das System der Interessenvermittlung, institutionelle Strukturen oder den politisch-administrativen Prozess analysiert (vgl. pars pro toto Schmidt 1999; Börzel 1999). Auch die Umsetzung und die Art der Umsetzung von Vorgaben der supranationalen Organisation auf nationaler Ebene werden untersucht (pars pro toto für Umweltpolitik: Heinelt et al. 2000; Jordan/Liefferink 2004). Bei diesem Zugang wird Europäisierung als top-down-Prozess betrachtet.

Eine andere Perspektive stellt Akteure in den Mittelpunkt der Betrachtung. Europäisierung wird als sozialer Prozess verstanden. Bei diesem Zugang werden soziale Verhaltensorientierungen und kognitive Prozesse beleuchtet (vgl. Kohler-Koch 2000: 21). Die Verbreitung und/oder Angleichung von informellen Normen und Verhaltensweisen steht im Vordergrund. Grundannahme ist, dass „sich institutioneller Wandel nicht allein durch ausgehandelte Entscheidungen über Machtverschiebungen zwischen Regierungsebenen und zwischen Akteurskategorien vollzieht, sondern durch Veränderungen der die Institutionen¹⁴⁵ konstituierenden ‚Leitideen‘ und Normen“ (Knodt 1998: 16). Die E(W)G bzw. die EU stellt Möglichkeiten bereit, die von kollektiven und korporativen Akteuren (beispielsweise Mitgliedstaaten oder Regionen) genutzt werden können (vgl. Knodt 1998: 17). Auch individuelle Akteure können sich europäisieren und ihre Verhaltensorientierungen ändern. Eine Sozialisierung bzw. Europäisierung sogar unter individuellen Akteuren, die im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) arbeiten, konnte festgestellt werden (vgl. pars pro toto Juncos/Pomorska 2006). Dieser Zugang zur „Europäisierung“ basiert auf dem sozialkonstruktivistischen Paradigma. Claudio Radaelli hat eine Definition, die auf einem solchen Verständnis von Europäisierung basiert, vorgelegt: Europäisierung besteht aus „processes of (a) construction, (b) diffusion and (c) institutionalization of formal and informal rules, proce-

¹⁴³ Zu verschiedenen Konzepten von Europäisierung und ihren empirischen Implikationen siehe beispielsweise Featherstone/Radaelli 2004.

¹⁴⁴ Auch die Anpassung anderer Staaten und hier vor allem derjenigen Staaten, die einen Beitritt zur supranationalen Organisation anstreben, an die E(W)G bzw. die EU wird untersucht.

¹⁴⁵ Institutionen werden in dieser Sichtweise sowohl durch formale Regeln als auch durch informelle Normen gebildet (vgl. Knodt 1998: 16-17).

dures, policy paradigms, styles, 'ways of doing things', and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the EU policy process and then incorporated in the logic of domestic (national and subnational) discourse, political structures, and public policies" (Radaelli 2004: 30). Dieses Konzept von Europäisierung basiert auf zwei Schritten: Zunächst re-orientieren sich nationale Akteure hin zur E(W)G- bzw. EU-Ebene, dann inkorporieren sie informelle und formelle Regeln in das nationale politische System.

Ein weiteres Verständnis von Europäisierung haben Beate Kohler-Koch und Michèle Knodt vorgelegt: Europäisierung ist das Ergebnis einer bewussten Entscheidung von Akteuren (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 177). Europäisierung ist die „Erweiterung des Wahrnehmungshorizontes und des politischen Handlungsraums um die europäische Dimension“ (Kohler-Koch 2000: 22) und die Einstellung auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems (vgl. Knodt 2000: 241). „Die speziellen Auswirkungen des Mehrebenen-Charakters der EG/EU werden als zusätzliche Komponente eines Europäisierungsprozesses angeführt“ (Knodt 2000: 238). Organisationen müssen sich auf die Interaktionen mit den verschiedenen Ebenen des europäischen Systems einlassen (vgl. Knodt 2000: 238). Das europäische Mehrebenensystem stellt den Interaktionsraum für Akteure dar. Akteure, die sich europäisieren, nutzen nicht nur die Möglichkeiten des nationalen Kontextes, sondern auch die Möglichkeiten des erweiterten Handlungsraums. Der erweiterte Handlungsraum kann eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten ebenso wie eine Einschränkung bestehender Handlungsmöglichkeiten zur Folge haben (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 177). „Europäisierung ist nicht [...] die Anpassung an Vorgaben, sondern eröffnet Angebote, die eine Auswahl erlauben und deren Aufnahme davon abhängt, ob sie auf Interesse und ‚kaufkräftige‘ Nachfrage stoßen“ (Kohler-Koch 2000: 24). Dieser Zugang zu „Europäisierung“ basiert auf einer bottom-up-Perspektive. Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen Akteure, die sich die EU als Wahrnehmungshorizont und Handlungsraum erschließen, sowie deren Motivation, Strategien und Fähigkeit, dies zu tun (vgl. Kohler-Koch 2000: 27).

Diese Arbeit analysiert die Europäisierung der Interessenvertretung von Organisationen. Basis der Untersuchung ist die akteurzentrierte Perspektive von Europäisierung nach Kohler-Koch (2000: 22) und Knodt (2000: 238) und das Modell rationalen Handelns. Hat sich eine Organisation in ihrer Interessenvertretung europäisiert, erkennt sie, dass die Rechtsetzung nicht mehr ausschließlich im nationalen Kontext stattfindet, sondern von der EU ausgehen kann. Demzufolge erkennt sie die an der Sekundärrechtsetzung beteiligten Organe der EU (die Kommission, das Europäische Parlament und den Rat) als Adressaten ihrer Interessenvertretung.

C. Strategien der Interessenvertretung

Organisationen, die politische Entscheidungen der EU beeinflussen wollen, müssen ihren Handlungsraum erweitern und sich auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems einstellen. Sie sollten über eine geplante Rechtsetzungsmaßnahme informiert sein, den Prozess des Zustandekommens von Rechtsetzungsmaßnahmen kennen und die an der geplanten Rechtsetzungsmaßnahme beteiligten politischen und administrativen Akteure identifizieren. Um den Inhalt oder die Adressaten der Rechtsetzungsmaßnahme zu verändern oder diese zu verhindern, müssen die Organisationen die relevanten Akteure kontaktieren und sie mit ihren mittelbaren Interessen konfrontieren. Organisationen handeln zielorientiert und zweckrational. Mittel, die zur Zielerreichung genutzt werden, werden als Strategien bezeichnet. „Strategien sind erfolgsorientierte Konstrukte, die auf [...] Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen“ (Raschke/Tils 2007: 127). Letztere „bezeichnen auf *gewünschte Zustände* (Ziele) gerichtete, systematisierende und *berechnende Überlegungen* (Kalkulationen) für *zielführende Handlungsmöglichkeiten* (Mittel) mit Blick auf den [...] *relevanten Kontext* (Umwelt)“ (Raschke/Tils 2007: 129; kursiv i. O.). Im Folgenden wird aufgezeigt, welche Strategien der Interessenvertretung Organisationen im europäischen Mehrebenensystem nutzen können.

Vertreter des MLG-Ansatzes halten verschiedene Kanäle fest, die Interessenorganisationen für ihren Versuch, den politischen Prozess der E(W)G bzw. EU zu beeinflussen, nutzen können: (1) institutionelle Anpassung¹⁴⁶ wie ein eigenes Büro in Brüssel eröffnen, (2a) europäische Organisationen gründen (2b) oder diesen beitreten, (3) Informationen bei ihrer nationalen Regierung über anstehende EU-Initiativen anfordern, (4a) eine formelle institutionelle Einflussmöglichkeit fordern¹⁴⁷ (4b) und/oder durchsetzen auf nationaler sowie (4c) auf europäischer Ebene, (5) direkte Kontakte mit der Europäischen Kommission herstellen sowie (6) eine rechtliche Anerkennung ihrer Kompetenzen fordern¹⁴⁸ (vgl. Hooghe/Marks 2001: 78; Marks/Hooghe/Blank 1996: 358; Marks/McAdam 1996: 257-258, 264; meine Nummerierung). Je nachdem, ob die Interessenorganisationen das europäische Primärrecht oder das Sekundärrecht beeinflussen wollen, sind andere Strategien angebracht, kommen doch den Organen bei der Setzung von Primärrecht und Sekundärrecht unterschiedliche Kompetenzen zu. So sind es die Regierungen, die die Vertragsverhandlungen führen und dabei das Letztentscheidungsrecht hinsichtlich des Primärrechts haben. Daraus folgt: „If a domestic [interest; LK] group

¹⁴⁶ Marks und McAdam nennen als eine Antwort von Seiten von Organisationen auf den europäischen Integrationsprozess „institutional adaption“ (Marks/McAdam 1996: 258).

¹⁴⁷ Marks und McAdam beschreiben dies als „to extend their formal role in the Union“ (Marks/McAdam 1996: 264).

¹⁴⁸ Hooghe und Marks umschreiben diesen Aspekt mit den Worten: „[...] and demand recognition of subsidiarity in EU treaties and legislation“ (Hooghe/Marks 2001: 78).

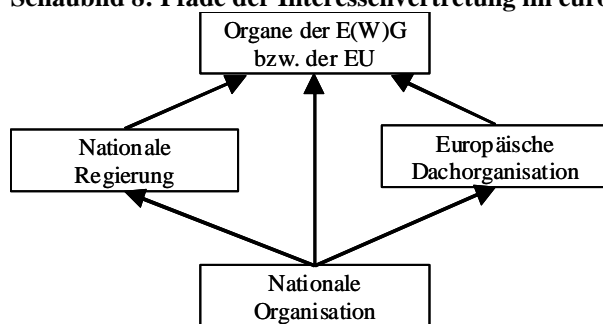
wishes to influence a clause of a formal EU treaty it must adopt a state-centric strategy and focus pressure on its national government¹⁴⁹, (Marks/Hooghe/Blank 1996: 352).

Die Strategien, wie Organisationen versuchen, ihre Interessen im europäischen Mehrebenen-system durchzusetzen, können nach Strategien der Wahl der politischen Ebene, der administ-rativen Reform, der Kooperation, der Forderung nach institutionellen Einflussmöglichkeiten, der Forderung nach einem Schutz bestehender Kompetenzen und der Positionsübermittlung an politische Entscheidungsträger unterschieden werden.

Die Wahl der politischen Ebene

Die Wahl der politischen Ebene, auf der versucht wird, Einfluss auf den europäischen politi-schen Prozess zu nehmen, ist bereits eine strategische Entscheidung. Hier lassen sich ver-schiedene Pfade des Versuchs, Einfluss zu gewinnen, unterscheiden: (1) ein nationaler Pfad (über die nationale Ebene), (2) ein direkter EU-Pfad und (3) ein indirekter EU-Pfad über eine europäische Dachorganisation. Diese Pfade der politischen Einflussnahme können auch kom-biniert werden. Mit Blick auf die Charakteristika des europäischen Mehrebenensystem sollten Organisationen bei ihrer Interessenvertretung eine Doppelstrategie verfolgen, indem sie gleichzeitig sowohl die nationalen politischen Akteure als auch die politischen Akteure auf EU-Ebene adressieren – eigenständig oder im Hinblick auf die EU-Organe durch europäische Dachorganisationen (vgl. Kohler-Koch 1997: 3; Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 241; Knodt 2011: 15).

Schaubild 8: Pfade der Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem



Quelle: Eigene Darstellung.

¹⁴⁹ Wie bereits erwähnt, wurde der Entwurf für eine Verfassung für Europa und damit für das Primärrecht von einem Konvent erarbeitet. Dieser Konvent stellte eine Ausnahme von dem herkömmlichen Prozess der Erarbeitung des Primärrechts dar. Zum Konvent siehe Kapitel VIII. Die Letztentscheidung über das Primärrecht kam auch bei der Verfassung für Europa den Regierungen zu.

Administrative Anpassung und Secondments

Strategien der administrativen Reform und damit „institutional adaption“ im engeren Sinn (vgl. Marks/McAdam 1996: 258) sind die Ernennung eines Ansprechpartners für EU-Angelegenheiten oder die Einrichtung einer Abteilung für EU-Angelegenheiten am Sitz der Organisation. Die Organisation kann darüber hinaus in der „Hauptstadt der EU“, in Brüssel, Präsenz zeigen: Sie kann einen Repräsentanten benennen oder eine Zweigstelle bzw. ein Verbindungsbüro eröffnen.

Die Büros als direkte Repräsentanz der Organisationen in Brüssel zielen auf die Sammlung von Informationen über geplante EU-Rechtsetzungsmaßnahmen unter Rückgriff auf Veröffentlichungen und durch informelle Kontakte zu Beamten der Europäischen Kommission oder Abgeordneten des Europäischen Parlaments (vgl. Marks/Haessly/Mbaye 2002: 4; Große Hüttmann/Knodt 2006: 600-601). Mit dieser Informationsfunktion ist eine Filterfunktion verbunden: Für die Organisation wichtige Informationen werden aus der Gesamtmenge der Informationen herausgefiltert und an den Hauptsitz der Organisation weitergeleitet (vgl. Große Hüttmann/Knodt 2006: 601). So erfüllt das Verbindungsbüro in Brüssel eine „Frühwarnfunktion“ für die Organisation, indem auf geplante Rechtsetzungsmaßnahmen, die negative Auswirkungen auf die Realisierung des Primärziels der Organisation haben würden, frühzeitig hingewiesen wird. Der Versuch der politischen Einflussnahme ist eine Hauptfunktion der Büros in Brüssel (zur konkreten Übermittlung der Position der Organisation siehe unten). Öffentliche Akteure wie subnationale Akteure erfüllen darüber hinaus noch eine Bildungsfunktion, indem sie der Bevölkerung die EU näher bringen. Dies kann durch Veröffentlichungen und Veranstaltungen, aber auch durch Besuche von Gruppen im Büro in Brüssel und in den EU-Organen geschehen.

Eine weitere Strategie ist die Entsendung eines Mitarbeiters der Organisation für einen bestimmten Zeitraum an die Europäische Kommission: Der Mitarbeiter arbeitet in der Kommission, wird aber weiterhin von seiner Organisation entlohnt. Die Europäische Kommission übernimmt lediglich den Auslandszuschlag in Form einer Kompensationszahlung für das Leben und Arbeiten im Ausland (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010). Diese Strategie des „Secondments“ kann als „form of very informal access“ (Knodt 2011: 426) bezeichnet werden. Secondments konnten in den ersten zehn Jahren der Regelung (bis 2008) von Mitarbeitern privater erwerbswirtschaftlicher Betriebe und von Mitarbeitern von öffentlichen Verwaltungen geleistet werden (vgl. Knodt 2011: 427). Seit 2008 können auf diese Strategie der Interessenvertretung nur noch Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen zurückgreifen. „Seconded National Experts (SNEs) have a dual role: they bring their experience of the issues

they are used to dealing with to the Commission, and take back to their home administration the knowledge of EU issues which they acquire during their period of secondment. SNEs are typically seconded from the civil services of EU countries, so the vast majority are national, regional or local civil servants. As well as civil servants, experts from international organisations, universities, research [sic!] centers and entities belonging to the public sector can also be seconded to the Commission, especially in areas where their unique skills and knowledge are specifically required by the Commission.” (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010). Ein Secondment muss mindestens sechs Monate und kann maximal vier Jahre andauern (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010). Organisationen, die einen Mitarbeiter entsendet haben, können sowohl von dem Wissen des Mitarbeiters über Abläufe sowie inhaltliche und formale Anforderungen, die die Europäische Kommission zugrunde legt (beispielsweise im Rahmen von Bewerbungen um Fördermittel), als auch vom informellen Netzwerk des Mitarbeiters in der Kommission profitieren. Eine Folge des informellen Netzwerks des Mitarbeiters könnte auch nach Beendigung des Secondments eine Erleichterung der Kontaktaufnahme der Organisation zu Mitarbeitern der Kommission sein.

Kooperation mit und ohne Dachorganisation

Organisationen können mit anderen Organisationen zusammenarbeiten oder sie können sich mit anderen Organisationen zu einer Dachorganisation zusammenschließen.

Die Kooperation mit anderen Organisationen kann beispielsweise auf dem Austausch von Informationen, der Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen oder der Erarbeitung und Abgabe einer gemeinsamen Stellungnahme basieren.

Organisationen können sich weiterhin zusammenschließen und sich gemeinsam um eine finanzielle Förderung von Seiten der EU bewerben (vgl. Marks/Haesly/Mbaye 2002: 5).

Eine weitere Strategie der Interessenvertretung ist die Gründung einer Dachorganisation oder der Beitritt zu einer bestehenden Dachorganisation. Eine europäische Dachorganisation dient als Forum der Meinungsbildung und erfüllt neben den bereits angesprochenen Funktionen der Informationssammlung und -selektion und Frühwarnung noch eine weitere Funktion: eine Türöffnerfunktion (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 236). Die europäische Dachorganisation vermittelt Gesprächskontakte und Zugang zu wichtigen Beratungsgremien für die Mitgliedsorganisationen (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 236). Zudem greifen die EU-Organe und hier insbesondere die Kommission gerne auf Positionen von Dachorganisationen zurück, da diese bereits aus einem internen Entscheidungsprozess der Dachorganisation hervorgegangen und daher repräsentativ für die Mitglieder (und damit für mehrere Organisationen) sind.

Die Forderung nach institutionellen Einflussmöglichkeiten: Die „Let us in“-Strategie

Eine Strategie der Interessenvertretung von Organisation mit langfristiger Wirkung stellt die Forderung nach institutionellen Einflussmöglichkeiten und die Durchsetzung dieser Forderung auf nationaler und auf EU-Ebene dar. Bei der „Let us in“-Strategie geht es den Organisationen darum, im nationalen und im Entscheidungsprozess auf EU-Ebene direkt beteiligt zu sein und zwar durch formale Einbindung bzw. institutionelle Mitwirkungsrechte (vgl. Große Hüttmann/Knodt 2006: 596-597). Der mit dem Vertrag von Maastricht geschaffene Ausschuss der Regionen¹⁵⁰ ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Interessenvertretung der deutschen Bundesländer und anderer europäischer Regionen (vgl. Knodt 2000: 245).

Die Forderung nach Schutz bestehender Handlungsmöglichkeiten: Die „Leave us alone“-Strategie

Die Forderung nach einem Schutz der bestehenden Kompetenzen bzw. des Handlungsraums ist ebenfalls eine Strategie der Interessenvertretung mit langfristiger Wirkung. Diese Strategie kann als „Leave us alone“-Strategie bezeichnet werden (vgl. Große Hüttmann/Knodt 2006: 596-597). Das Ziel ist eine formal festgeschriebene Bestandsgarantie der Organisation und die rechtliche Anerkennung ihrer Kompetenzen. Die Strategie ist damit eine Abwehrstrategie gegen Eingriffe durch die E(W)G bzw. EU.

Mit der „Leave us alone“-Strategie kann auch die Forderung eines Rückgewinns von Kompetenzen einhergehen (vgl. Große Hüttmann/Knodt 2006: 596). So sind die deutschen Bundesländer erfolgreich für eine Präzisierung des seit dem Vertrag von Maastricht primärrechtlich festgeschriebenen Subsidiaritätsprinzips im Vertrag von Amsterdam eingetreten (vgl. Knodt 2000: 245-246). Michèle Knodt hat den Versuch einer stärkeren Abgrenzung der Aufgaben und Kompetenzen der deutschen Bundesländer im europäischen Mehrebenensystem und den Zuwachs und Rückgewinn an eigenen Kompetenzen als „Sinatra-Strategie“ bezeichnet (vgl. Knodt 2000: 239; 255).

Strategien der Positionsübermittlung: Mit und ohne Öffentlichkeit

In der Literatur zur Interessenvertretung in der EU wird zwischen den Strategiebündeln der Positionsübermittlung „insider strategies“ und „outsider strategies“ (Eising 2008: 16) bzw. „access“ und „voice“ (Beyers 2004) unterschieden.

¹⁵⁰ Der Ausschuss, der sich aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die ein aus Wahlen hervorgegangenes Mandat innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung verantwortlich sind, hat eine beratende Funktion (vgl. Art. 263 EGV; Art. 265 EGV in der Fassung von Nizza; Art. 300 AEUV in der Fassung von Lissabon).

Das erste Strategiebündel umfasst den direkten Kontakt bzw. die direkte Adressierung von politischen Entscheidungsträgern und Beamten. „When pursuing insider strategies, interest groups seek direct access to EU policy-makers e. g. by tabling position papers or participating in committee meetings” (Eising 2008: 16). Die „Insider“-Strategie umfasst neben persönlichem Kontakt (persönliches Gespräch, Telefonat) und Präsenz in politischen Gremien wie Ausschüssen auch die Einreichung von Stellungnahmen oder Formulierungshilfen für Rechtsetzungsmaßnahmen, die Beteiligung bei Anhörungen sowie das Versenden von Briefen bzw. E-Mails oder Berichten der Organisation an die politischen Akteure (vgl. Sebaldt 2004: 157-158). Die Einreichung von Stellungnahmen wird von der EU-Kommission im Rahmen von Konsultationen gefördert.

„Outsider“-Strategien finden im Gegensatz zu „Insider“-Strategien in der Öffentlichkeit statt. „When pursuing outsider strategies, they [die Interessenorganisationen; L.K.] tend to have more recourse to the media or mobilize the public through protest or other activities [...]” (Eising 2008: 16). Die Positionsübermittlung an die politischen Akteure erfolgt indirekt. Diese Öffentlichkeitsstrategie umfasst u. a. die Veröffentlichung von Pressemitteilungen, von Broschüren und Berichten oder von Interviews mit hochrangigen Organisationsrepräsentanten sowie die Organisation von Pressekonferenzen, von Veranstaltungen oder von Demonstrationen (vgl. Beyers 2004: 214; Sebaldt 2004: 169). Demonstrationen gibt es nur sehr begrenzt auf EU-Ebene (vgl. für soziale Bewegungen Marks/McAdam 1999; Imig/Tarrow 2003; Della Porta/Caiani 2009) – dies hat sowohl mit dem finanziellen und zeitlichen Aufwand für potenzielle Demonstranten für eine Reise nach Brüssel zu tun als auch mit den Charakteristika des europäischen Mehrebenensystems. Herausforderungen für die Öffentlichkeitsstrategie ergeben sich zudem daraus, dass es kaum EU-weite Medien gibt und ein EU-weiter politischer Diskurs mit der sprachlichen Heterogenität der Bevölkerungen der Mitgliedstaaten konfrontiert ist. Jan Beyers konnte zeigen, dass zwar Demonstrationen bzw. Veranstaltungen, die Aufmerksamkeit erzeugen, auf EU-Ebene nur begrenzt organisiert werden, aber dass, wenn solche Protest-Aktionen durchgeführt werden, sie mit Pressekonferenzen und/oder Pressemitteilungen sowie mit dem direkten Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern kombiniert werden (vgl. Beyers 2004: 235). Im nationalen Kontext zählt zur Öffentlichkeitsstrategie zudem das Aufzeigen von Übereinstimmungen und Differenzen der Position einer Organisation mit einer Partei sowohl auf interner als auch auf öffentlicher Ebene. Obwohl kaum explizit zur Wahl oder Nichtwahl einer bestimmten Partei aufgerufen wird, stellt diese Strategie eine implizite Drohung von Seiten der Organisation dar, einer Partei die Wählerstimmen der eigenen Mitglieder zu entziehen (vgl. Rudzio 2003: 97).

Während in empirischen Studien typischerweise die genannten Strategien der Positionsübermittlung untersucht werden, ist der Inhalt der übermittelten Informationen bisher kaum systematisch untersucht worden (siehe aber Hojnacki/Baumgartner/Berry et al. 2006; Naurin 2007).

Profit-Organisationen oder mitgliederorientierte NPOs versuchen ihren Interessen darüber hinaus durch die Drohung mit bzw. mit dem Entzug ökonomisch oder gesellschaftlich relevanter Leistungen (Streik bzw. Boykottaktionen) oder das Avisieren oder Verweigern von Investitionsentscheidungen in Branchen oder konkreten geographischen Bereichen Nachdruck zu verleihen (vgl. von Alemann 1987: 172). Mit Blick auf Letzteres ist zu bedenken, dass wirtschaftliche Macht sich gegenüber den EU-Organen nicht in gleicher Weise ausspielen lässt wie gegenüber den nationalen politischen Organen (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 241).

Drittorientierte NPOs können sich nicht auf machtbasierte Verhandlungen zurückziehen, sondern versuchen argumentativ Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen (vgl. Heinelt/Brandmaier/Terizakis 2005: 279; für eine empirische Analyse der Interessenvertretung von NPOs für die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs siehe Deitelhoff 2006).

Auch durch personelles Eindringen von Organisationsvertretern in Parteien bzw. allgemein in Organe der politischen Willensbildung versuchen Organisationen den politischen Prozess in ihrem Sinne zu beeinflussen (vgl. von Alemann 1987: 172). Im Gegensatz zum Secondment, das sich auf die Europäische Kommission bezieht, geht es hier um Infiltration von Organisationsangehörigen in Positionen, die sie zu politischen Entscheidungsträgern machen. Der Effektivität der Einflussnahme durch organisationsangehörige individuelle Akteure im politischen Prozess sind dabei jedoch Grenzen gesetzt. Zum einen sozialisieren sich die Akteure mit ihrem Umfeld¹⁵¹ und verstehen sich erst in zweiter Linie als Vertreter der Organisationen und zum anderen bedingt die Einbindung in ihr Arbeitsumfeld, dass sie oftmals für die Interessenbereiche der eigenen Organisationen nicht zuständig sind (vgl. Sebaldt 2004: 166-167). Organisationen versuchen darüber hinaus, sich die Loyalität von politischen Entscheidungsträgern durch die Vergabe von gut dotierten Posten in der Organisation zu sichern (vgl. von Alemann 1987: 172).

¹⁵¹ Zur Sozialisierung bzw. Europäisierung individueller Akteure sogar in der GASP siehe pars pro toto Juncos/Pomorska 2006.

D. Erklärungen für die Strategiewahl: Charakteristika der Organisation und institutioneller Kontext

Nicht alle Organisationen nutzen Strategien, um den politischen Prozess der E(W)G bzw. der EU zu beeinflussen. Zudem gibt es Unterschiede darin, welche Strategien der Interessenvertretung Organisationen nutzen.

Die Europäisierung der Interessenvertretung von Organisationen wird, so Vertreter des MLG-Ansatzes, von zwei Faktoren geprägt: vom institutionellen Kontext und von den Eigenschaften der Organisation. Die Struktur der politischen Möglichkeiten der EU stellt den institutionellen Kontext, in der die Organisation handeln muss, dar (vgl. Marks/McAdam 1996: 258). Es sind die Eigenschaften der Organisation, von denen es abhängt, ob sich die Organisation an die politischen Möglichkeiten auf EU-Ebene anpasst und ob sie diese ausnutzt (vgl. Marks/McAdam 1996: 258). Um die Eigenschaften und die Strategien von Interessenorganisationen im europäischen Mehrebenensystem zu erklären, schlagen Gary Marks und Doug McAdam ein ähnliches Modell vor, wie es von Philippe Schmitter und Wolfgang Streeck vorgelegt wurde. Schmitter und Streeck (1999) haben zwischen den Eigenschaften des politischen Systems (Einflusslogik) und den Eigenschaften der Organisation (Mitgliederlogik) unterschieden und ein Analysemodell zur Erklärung der Struktur von Profit-Organisationen vorgelegt.

Die „EU level political opportunities“ (Marks/McAdam 1996: 258), die Struktur der politischen Möglichkeiten auf EU-Ebene, setzt sich aus zwei Faktoren zusammen: (1) dem Zugang der Interessenorganisation zu den EU-Organen bzw. den politischen Entscheidungsträgern und bürokratischen Akteuren sowie (2) der allgemeinen Empfänglichkeit der EU-Organe und hier insbesondere der Kommission für politische Themen, bei denen die Organisation ein zentrales Anliegen hat (vgl. Marks/McAdam 1996: 258).

Ob Organisationen versuchen, den politischen Prozess auf EU-Ebene zu beeinflussen, hängt von ihrer Betroffenheit von EU-Recht – und damit von ihrer Stellung im nationalen politischen System und von ihren primären Interessen ab. Organisationen, deren mittelbare Interessen sich auf Politikbereiche beziehen, bei denen die EU ausschließliche oder geteilte Zuständigkeit hat, versuchen, Einfluss auf EU-Ebene auszuüben. Demgegenüber üben Organisationen, deren Primärziel Politikbereiche berührt, in denen die EU keine Kompetenzen hat, keinen Einfluss auf der EU-Ebene aus (vgl. Marks/McAdam 1996: 268-273).

Gary Marks, Richard Haesly und Heather Mbaye stellten fest, dass die Stellung von subnationalen Akteuren (Regionen) im nationalen politischen System die Interessenvertretung auf EU-

Ebene und die Eröffnung eines Verbindungsbüros in Brüssel bedingt. „Starke“ Regionen verfügen über Kompetenzen, sind an legislativer und exekutiver Gewalt auf der nationalen Ebene beteiligt und gegenüber einem direkt oder indirekt gewählten Parlament verantwortlich (vgl. Marks/Haesly/Mbaye 2002: 10-11). Starke Regionen versuchen, den politischen Prozess der EU zu beeinflussen – und zwar mehr als Regionen, die im nationalen politischen System eine schwache Stellung haben (vgl. Marks/Haesly/Mbaye 2002: 15). Je größer der Kompetenzbereich der Region im nationalen politischen System, desto wahrscheinlicher wird die Region in Brüssel präsent sein (vgl. Marks/Haesly/Mbaye 2002: 9 mit Verweis auf Marks/Nielsen/Ray/Salk 1996; Marks/McAdam 1996: 265). Dies liegt daran, dass starke Regionen durch Interessenvertretung auf EU-Ebene mehr zu gewinnen haben als schwache Regionen, da mehr Zuständigkeiten der EU in ihrem Kompetenzbereich liegen – und sie damit von Rechtssetzungsmaßnahmen der EU stärker betroffen sind als schwache Regionen (vgl. Marks/Haesly/Mbaye 2002: 9). Zudem zielen starke Regionen darauf ab, ihre Stellung im nationalen politischen System zu erhalten: „Subnational governments that are entrenched in their respective federal states are drawn to Brussels to prevent their domestic political position being outflanked by national executives operating beyond their reach in Europe“ (Marks/McAdam 1996: 265). Für die Autoren ist politische Autonomie bzw. die Stärke der Organisation ein Faktor, der den Versuch der politischen Einflussnahme auf EU-Ebene sowie die Eröffnung von Verbindungsbüros einiger Regionen in Brüssel erklärt (Marks/Haesly/Mbaye 2002: 9). „Regions that are entrenched in their respective national polities are most intent on influencing European decision making“ (Marks/Haesly/Mbaye 2002: 15).

Selbst wenn Organisationen auf die Möglichkeiten der Interessenvertretung auf EU-Ebene aufmerksam geworden sind, können sie lediglich ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnen und damit über die Mitarbeit in der Dachorganisation hinaus ihre Interessen direkt gegenüber den EU-Organen vertreten, wenn sie über ausreichende finanzielle Ressourcen verfügen (vgl. Hooghe/Marks 1996: 74). Für nationale Profit-Organisationen konnte Rainer Eising nachweisen, dass ein größeres Budget den Zugang zu allen EU-Organen verbessert (vgl. Eising 2007: 353-354 für nationale Wirtschaftsverbände).

Die Wahl der Strategie bzw. der Erfolg einer Interessenorganisation, sich an den politischen Prozess und die Möglichkeiten der Interessenvertretung auf EU-Ebene anzupassen und mit diesem institutionellen Kontext zu interagieren, ist nach Gary Marks und Doug McAdam von den Organisationseigenschaften abhängig: “[G]roup strategy [...] is a function of [...] inherited institutions and ideologies“ (Marks/McAdam 1996: 249). Institutionen, daran sei noch einmal erinnert, sind für Marks “sets of commonly accepted formal and informal norms that constrain political actors (indi-

viduals and groups of individuals) [...]” (Marks 1997: 22). Ein Staat wird von den Vertretern des MLG-Ansatzes als Institution angesehen (vgl. Marks/Hooghe/Blank 1996: 348). “[I]nherited institutions and ideologies may constrain a group’s ability to exploit whatever EU level opportunities are available” (Marks/McAdam 1996: 258). Die institutionelle Anpassung einer Interessenorganisation an die politischen Möglichkeiten der Interessenvertretung, die die EU bietet, wird von im Heimatstaat eingeübten formellen und informellen Regeln geprägt. Hier sei noch einmal das Zitat von Marks und McAdam angeführt: „To the extent that a movement is wedded to the existing political order, that is, is oriented to a national system of law, a national system of membership incentives or belief structures, etc., so we would expect to find powerful sources of resistance to institutional adaption [to the EU opportunities for interest intermediation; LK]” (Marks/McAdam 1996: 258). Die eingeübten formellen und informellen Normen beziehen sich also auf das nationale politische System und auf das nationale System der Mitgliedschaft (z. B. Organisationsstruktur, Mitglieder mobilisierung) (vgl. Marks/McAdam 1996: 259-260).

Die Wirkung der Einbettung in den nationalen institutionellen Kontext ist in der Forschung zur Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem umstritten (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005: 46). Es werden vier Thesen diskutiert, für die sich in der Literatur Belege finden (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005: 47): Nach der Beharrungsthese werden nationale Organisationen, deren Beziehung zu nationalen politischen Akteuren gut ist, ihre Interessen weiterhin auf nationaler Ebene vertreten. Die Kompensationsthese besagt demgegenüber, dass nationale Organisationen, die keinen guten Zugang zu nationalen politischen Akteuren haben, ihre Interessenvertretung auf die EU-Ebene verlegen (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005: 46-47). Die Verstärkungsthese unterstellt, dass nationale Organisationen mit gutem Zugang zu nationalen politischen Akteuren ihre Interessen nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf EU-Ebene vertreten. Unabhängig von ihrer Einbettung in das nationale politische System werden, so die Integrationsthese, nationale Organisationen ihre Interessen auf EU-Ebene vertreten (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005: 47).

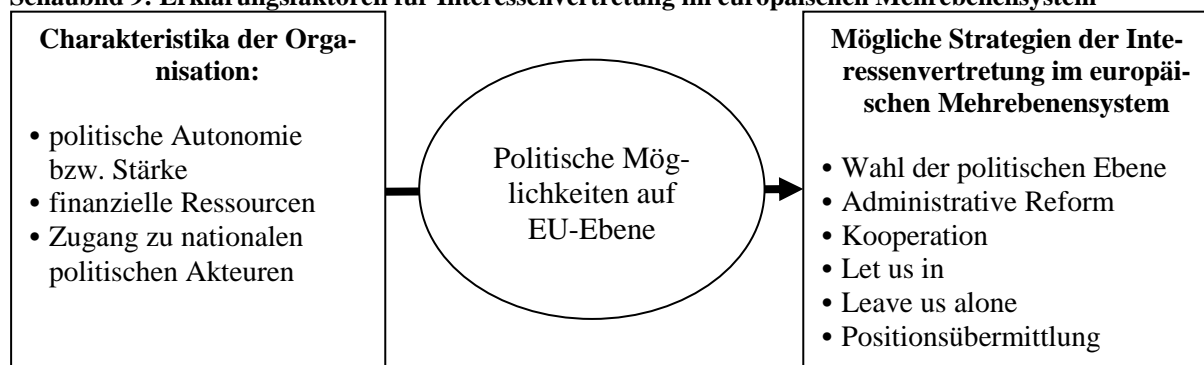
Für Profit-Organisationen und Non-Profit-Organisationen in Belgien konnte Jan Beyers nachweisen, dass Organisationen, die auf nationaler Ebene wenig oder keinen Zugang zu politischen Entscheidungsträgern haben, nicht versuchen, im Gegenzug auf EU-Ebene Zugang¹⁵² zu politischen Entscheidungsträgern zu erhalten und ihren schlechten Zugang auf nationaler Ebene zu kompensieren (vgl. Beyers 2002: 605-608). Auch Rainer Eising konnte nachweisen, dass die Kompensationsthese nur auf Einzelfälle zutrifft (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005: 47).

¹⁵² Empirische Ergebnisse dazu, welche Strategien des Zugangs auf EU-Ebene erfolgreich sind und wie diese mit dem institutionellen Kontext, und mit organisatorischen und finanziellen Ressourcen zusammenhängen, finden sich z. B. bei Beyers 2004 und Eising 2007.

Einige nationale Organisationen mit gutem Zugang zu nationalen politischen Akteure verharren in ihrer Interessenvertretung auf nationaler Ebene, andere haben ihre Interessenvertretung auf die EU-Ebene ausgeweitet (vgl. Eising 2008: 17). Die Beharrungsthese und die Verstärkungsthese treffen also zu. Dass ein Großteil der nationalen Interessenorganisationen sich nicht aus ihren Beziehungen löst und sich zur EU-Ebene umorientiert, spricht gegen die Integrationsthese (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005: 47).

Die Erklärungen für die Strategiewahl kann in folgender Darstellung zusammengefasst werden:

Schaubild 9: Erklärungsfaktoren für Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Möglichkeiten der Beeinflussung des europäischen politischen Prozesses führen nicht zur Gleichheit des Zugangs zu politischen Entscheidungsträgern (vgl. Hooghe/Marks 2001: 81). Es sei betont, dass Zugang nicht gleichzusetzen ist mit Einfluss. Unterschiede des Versuchs des Zugangs zu politischen Entscheidungsträgern oder Bürokraten, die in den europäischen politischen Prozess involviert sind, sind zwischen Profit-Organisationen und Non-Profit-Organisationen gering (vgl. Beyers 2004: 234).

Die Vertreter des MLG-Ansatzes nehmen die Interessenvertretung von nationalen Organisationen gegenüber den EU-Organen in den Blick. In dieser Arbeit wird der Blick auf die Mitarbeit in den Dachorganisationen, die für die Interessenvertretung gegenüber den EU-Organen gegründet wurden, erweitert. Es wird erwartet, dass Unterschiede in der Mitarbeit der nationalen Organisationen in ihrer Dachorganisation festgestellt werden können und dass diese Unterschiede mit den Charakteristika der Organisation und dem nationalen Kontext der Organisation erklärt werden können.

E. Hypothesenformulierung zur kirchlichen Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem

Auf den Ergebnissen der politikwissenschaftlichen Forschung zur Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem können drei Faktoren gewonnen werden, die Einfluss auf die Strategien der Interessenvertretung haben: politische Autonomie, finanzielle Ressourcen und Zugang zu nationalen politischen Akteuren. Auf dieser Basis werden im Folgenden Thesen für die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem formuliert. Es geht bei den nachfolgenden Thesen darum, Erklärungsfaktoren dafür zu bieten, ob Kirchen ihren Wahrnehmungshorizont und ihren Handlungsraum um die EU-Dimension erweitert und sich auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems eingestellt haben.

These 1:

Kirchen, die sich europäisiert haben, wenden sich an die EU-Organe, um ihre Interessen zu vertreten.

Hypothese 1:

Kirchen, die sich europäisiert haben, wenden sich in erster Linie an die Europäische Kommission, um ihre Interessen in den politischen Prozess der EU einzubringen.

Hypothese 2:

Das EU-Organ, das Kirchen, die sich europäisiert haben, am wenigsten kontaktieren, ist der Rat.

These 2:

Die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen hängt ab von ihrer Stellung im nationalen Kontext und hier insbesondere von ihrer Autonomie.

Hypothese:

Kirchen, denen im nationalen politischen System eine weitreichende Autonomie zukommt, werden versuchen, den politischen Prozess der EU mehr zu beeinflussen als andere Kirchen.

These 3:

Die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen hängt ab von ihrem Zugang zu politischen Akteuren auf nationaler Ebene ab.

Hypothese 1:

Kirchen, die auf nationaler Ebene Zugang zu politischen Akteuren haben, werden versuchen, den politischen Prozess der EU nicht nur über die nationalen politischen Akteure, sondern auch direkt zu beeinflussen¹⁵³.

Hypothese 2:

Kirchen, die auf nationaler Ebene guten Zugang zu politischen Akteuren haben, werden ihre Interessen weiterhin auf nationaler Ebene vertreten und nicht versuchen, den politischen Prozess der EU direkt zu beeinflussen¹⁵⁴.

Hypothese 3:

Kirchen, die auf nationaler Ebene wenig oder keinen Zugang zu politischen Akteuren haben, werden nicht versuchen, den politischen Prozess der EU direkt zu beeinflussen.

These 4:

Die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen hängt ab von ihren finanziellen Ressourcen.

Hypothese:

Kirchen, die im Vergleich zu anderen Kirchen über mehr finanzielle Ressourcen verfügen, werden mehr als andere Kirchen versuchen, den politischen Prozess der EU direkt zu beeinflussen, indem sie ein Verbindungsbüro eröffnen.

Die Operationalisierung der Erklärungsfaktoren „Stellung im nationalen Kontext“ bzw. „politische Autonomie“, „Zugang zu nationalen politischen Akteuren“ und „finanzielle Ressourcen“ erfolgt in Kapitel VI. Zunächst steht die Frage im Mittelpunkt, ob Kirchen sich in ihrer

¹⁵³ Dies wird in der Literatur zur Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem als Verstärkungsthese bezeichnet (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005: 47).

¹⁵⁴ Diese These wird in der Literatur als Beharrungsthese bezeichnet (vgl. Eising/Kohler-Koch 2005: 46-47).

Interessenvertretung europäisiert haben, das heißt erkannt haben, dass es die Möglichkeit gibt, ihre Interessen gegenüber den E(W)G- bzw. EU-Organen zu vertreten und ob sie verstanden haben, wie der politische Prozess der E(W)G bzw. EU funktioniert. Dann werden die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem beleuchtet.

V. Haben sich Kirchen in ihrer Interessenvertretung europäisiert?

Im Folgenden wird analysiert, ob Kirchen sich in ihrer Interessenvertretung europäisiert haben, also ihren Wahrnehmungshorizont und ihren Handlungsraum um die europäische Dimension erweitert und sich auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems als ein interpenetriertes System eingestellt haben. Wie in Kapitel II C erarbeitet gibt es in der EU heute 108 evangelische Kirchen, 23 römisch-katholische Bischofskonferenzen, acht orthodoxe Kirchen, sechs anglikanische Kirchen und sechs alt-katholische Kirchen.¹⁵⁵ Eine empirische Bestandsaufnahme wird zeigen, welche dieser Kirchen sich in Dachorganisationen zusammengeschlossen haben und sich administrativ an die E(W)G bzw. die EU angepasst haben. Zudem wird gezeigt, welche Strategien der Positionsübermittlung Kirchen nutzen, um für den Erlass von Rechtsetzungsmaßnahmen auf E(W)G- bzw. EU-Ebene relevante politische Akteure mit ihren Interessen zu konfrontieren. Die Tatsache, dass und die Art, wie Kirchen die „Let us in“-Strategie und die „Leave us alone“-Strategie genutzt haben, wird in einer empirischen Fallstudie in Kapitel VIII gezeigt.

Die Strategien der Wahl der politischen Ebene für die Interessenvertretung können nach dem nationalen Pfad, dem direkten EU-Pfad und dem indirekten EU-Pfad unterteilt werden (siehe Kapitel IV C). Sie werden im Folgenden nicht als eigene Strategien betrachtet: Die Strategie der indirekten Einflussnahme über eine Dachorganisation geht in den Strategien der Kooperation auf. Die Strategie des direkten EU-Pfads wird von den Strategien der administrativen Reform abgedeckt. Wo kein EU-Pfad zu finden ist, wird der nationale Pfad gewählt, das heißt die Kirchen versuchen, durch Kontakt mit nationalen politischen Akteuren auf Inhalt oder Adressatenkreis einer geplanten Rechtsetzungsmaßnahme auf EU-Ebene einzuwirken. Wie noch gezeigt wird, gibt es auch Kirchen, die keine Interessenvertretung machen – weder auf nationaler noch auf EU-Ebene.

¹⁵⁵ Diese Angaben beruhen auf eigenen Auszählungen auf Basis der Angaben des Ökumenischen Rats der Kirchen, der Konferenz Europäischer Kirchen, der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft, des Lutherischen Weltbundes, der Weltbündnisses der Reformierten Kirchen, der Europäischen Baptistischen Vereinigung, der Mennonitischen Weltkonferenz, des Methodistischen Weltrates und der Heilsarmee und der Internationalen Altkatholischen Bischofskonferenz. Siehe Kapitel II C.

A. Strategien der Kooperation

Die Strategien der Kooperation von Kirchen können beispielsweise den Austausch von Informationen, die Abgabe von gemeinsamen Stellungnahmen oder die Organisation von gemeinsamen Veranstaltungen umfassen.

Zudem können sich Kirchen zusammenschließen und eine Dachorganisation gründen oder einer bestehenden Dachorganisation beitreten. Im Folgenden wird die Herausbildung und Funktion von kirchlichen Dachorganisationen mit E(W)G-Bezug analysiert. Die fünf Konfessionsfamilien haben sich in zwei großen Dachorganisationen zusammengeschlossen: einer Dachorganisation der römisch-katholischen Bischofskonferenzen und einer Dachorganisation der evangelischen, orthodoxen, anglikanischen und alt-katholischen Kirchen. Zunächst wird die Herausbildung und Funktion der Dachorganisationen der römisch-katholischen Bischofskonferenzen analysiert, bevor die Herausbildung und Funktion der großen Dachorganisation der nicht-römisch-katholischen Kirchen sowie der kleineren nicht-römisch-katholischen Dachorganisationen beleuchtet wird.

Die Tatsache, dass sich Kirchen zusammengeschlossen und sich gemeinsam um eine finanzielle Förderung durch die EG bzw. die EU beworben haben, wurde in Kapitel III B am Beispiel der „Soul“-Initiative aufgezeigt.

1. Die römisch-katholischen Kirchen

Bereits von 1949 bis 1952 und erneut ab 1953 hatte es in Straßburg ein Katholisches Büro für europäische Probleme (Secrétariat catholique pour les problèmes européens (SCPE)) gegeben (vgl. Massignon 2007: 36). Das SCPE ging auf eine Initiative eines Personenkreises um einen Jesuitenpater, der sich für die deutsch-französische Aussöhnung engagierte, zurück und wurde von Laien geführt (vgl. Massignon 2007: 35). Im Jahr 1956 – und damit schon vor der Gründung der EWG (1957) – wurde ein römisch-katholisches Verbindungsbüro in Straßburg gegründet. Dieses Office catholique d’information pour l’Europe (OCIBE) entstand auf Anfrage des Bischofs von Straßburg und mit Unterstützung des Vatikans (vgl. Massignon 2007: 36). Hier waren Laien nicht mehr wie beim SCPE aktiv (vgl. Massignon 2007: 37). Aufgabe des OCIBE war es, u. a. die Arbeit des Europarates für den Heiligen Stuhl zu verfolgen (vgl. Massignon 2007: 37). Im Jahr 1963 eröffnete das OCIBE ein Büro in Brüssel und beobachtete auch die Entwicklung der EWG (vgl. Massignon 2007: 37). Der Fokus der Arbeit des Jesuiten-Verbindungsbüro lag bis 2012 auf dem Europarat. Im Jahr 2012 wurde das OCIBE zum Jesuit European Social Centre (JESC) umstrukturiert: „Operationally, JESC will continue to reflect

and comment on European affairs from the perspective of faith, to maintain our relationships in the EU institutions and with our other partners in Brussels such as COMECE, and to bring Catholic Social Thought to bear on the affairs of the EU. So we shall have two principal roles: of coordination/networking at the level of the European social apostolate, and of reflection and commentary on European Affairs” (JESC 2012).

Die „nationalen römisch-katholischen Kirchen” konnten in den frühen Jahren der EWG nicht aktiv werden, da ihnen keine Akteursqualität innerhalb der römisch-katholischen Kirche zukam. Erst mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) wurden die Gremien der Bischöfe in einem Staat als Bischofskonferenzen und damit als eigene Akteure anerkannt. In der auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil verabschiedeten Verordnung über die Hirtenaufgabe der Bischöfe heißt es: „Wo die besonderen Verhältnisse es erfordern, können die Bischöfe mehrerer Länder mit Zustimmung des Apostolischen Stuhles eine einzige Konferenz bilden“ (Christus Dominus 1965: 38 Abs. 5). Die Bischöfe in den Staaten schlossen sich zu nationalen Bischofskonferenzen¹⁵⁶ zusammen und die nationalen Bischofskonferenzen in den europäischen Staaten gründeten im Jahr 1971 eine Dachorganisation: den Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (Consilium Conferentiarum Episcoporum Europae (CCEE)) (vgl. Van Luyn 1999: 406-407; CCEE 2003-2011a). Die CCEE ist eine pan-europäische Dachorganisation und war bei ihrer Gründung nicht auf die Bischofskonferenzen der EWG-Staaten beschränkt. Mitglieder der Dachorganisation waren von 1971 bis 1993 die von ihren Bischofskonferenzen delegierten Bischöfe, seit 1993 sind es die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen (vgl. CCEE 2003-2011a). Die CCEE, die keine juristische Vollmacht über die Teilkirchen hat, nimmt ihre Aufgaben durch die jährlich tagende Vollversammlung, einen Vorstand bestehend aus einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten und ein ständiges Sekretariat mit Sitz in St. Gallen wahr (vgl. CCEE 2003-2011a; CCEE 2003-2011b; CCEE 2003-2011c). Ziel der CCEE ist es, „in der Welt, die auf die Einheit zustrebt, das Gut der Kirche zu fördern und zu schützen“ (CCEE 2003-2011a). Als Instrumente dienen (1) die Ausübung der Kollegialität, (2) die Kommunikation und Zusammenarbeit, um die Neuevangelisierung Europas zu fördern und zu inspirieren, (3) die Gemeinschaft mit den Räten der Bischofskonferenzen der anderen Kontinente, (4) die Unterstützung der ökumenischen Zusammenarbeit zur Wiederherstellung der Einheit der Christen sowie (5) das kirchliche Zeugnis in der europäischen Gesellschaft (vgl. CCEE 2003-2011a; meine Nummerierung). Die CCEE arbeitet zu elf Themenfeldern: (1) Umwelt, (2) Buddhismus, (3) Katechese, (4) Ökumene, (5) Europa/Afrika, (6) Islam, (7) Soziale Kommunikationsmittel, (8) Migration, (9) Schule, (10) Universität sowie (11) Berufungen (vgl. CCEE

¹⁵⁶ Die nationalen römisch-katholischen Bischofskonferenzen sind Glieder der einen römisch-katholischen Kirche. Sie werden in dieser Arbeit wie nationale Kirchen behandelt, um den Vergleich mit den nicht-römisch-katholischen nationalen Kirchen zu ermöglichen.

2003-2011d). Seit ihrer Gründung arbeitet die CCEE mit der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK¹⁵⁷), der pan-europäischen Dachorganisation der nicht-römisch-katholischen Kirchen, zusammen (vgl. CCEE 2003-2011e). Das wichtigste Gremium der ökumenischen Zusammenarbeit in Europa ist der gemeinsame Ausschuss der CCEE und der KEK, der einmal jährlich tagt (vgl. CCEE 2003-2011e). Darüber hinaus finden Veranstaltungen auf europäischer Ebene statt wie z. B. die drei europäischen ökumenischen Versammlungen der CCEE und der KEK in Basel (1989), Graz (1997) und Sibiu (2007) oder die Katholisch-Orthodoxen Foren in Trento (2008) und Rhodos (2010) (vgl. CCEE 2003-2011e). Neben dem bilateralen Dialog zwischen der CCEE und den orthodoxen Kirchen kooperiert die CCEE in Zusammenarbeit mit dem Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen auch mit einzelnen Kirchen, kirchlichen Gemeinschaften und ökumenischen Organisationen (vgl. CCEE 2003-2011e).

Im Jahr 1974 entschied die CCEE, einen Ausschuss einzurichten, der die Bischofskonferenzen der Mitgliedstaaten der EWG vertritt. Diese Idee der Gründung einer Dachorganisation mit explizitem EWG-Bezug, u. a. durch einen Vortrag des Direktors des OCIPE bei der dritten Vollversammlung der CCEE im Jahr 1973 angestoßen, wurde jedoch vom vatikanischen Staatssekretariat abgelehnt (vgl. Van Luyn 1999: 407-408). Der Vatikan bekräftigte, dass die Vertretung der Kirche bei der EWG und beim Europarat allein dem Heiligen Stuhl zukomme, da die Arbeit der EWG überregionale Auswirkungen habe und somit die Universalkirche betreffen würde (vgl. Van Luyn 1999: 408). Im Jahr 1976 wurde schließlich mit Zustimmung des Heiligen Stuhls der Katholische Europäische Pastoralinformationsdienst (Service d'Information Pastorale Européenne Catholique (SIPECA)) gegründet (vgl. Van Luyn 1999: 409). Aufgabe des SIPECA war die Bemühung um Kontakte, Information und gegenseitige Sensibilisierung sowie Dienstleistung für die Vertreter des Heiligen Stuhls in Brüssel und Straßburg (vgl. Van Luyn 1999: 409). Mit dem Amtsantritt des neuen Papstes, Johannes Paul II, im Jahr 1978 wurden keine Bedenken mehr gegen eine Präsenz der Bischöfe bei der EWG geäußert und so wurde am 03.03.1980 die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (Commissio Episcopatum Communitatis Europensis (COMECE)) gegründet (vgl. Van Luyn 1999: 409; COMECE 2009a).

Die COMECE besteht aus den delegierten Bischöfen der Bischofskonferenzen auf dem Gebiet der E(W)G bzw. EU. Neben den damaligen Mitgliedsstaaten der EWG (plus einem Dele-

¹⁵⁷ Zur KEK siehe die Strategien der Kooperation der nicht-römisch-katholischen Kirchen (Kapitel V A 2.).

gierten für Schottland und Wales) gehörten ab 1982 auch Spanien und Portugal¹⁵⁸ der COMECE an, so dass 1982 insgesamt 13 Bischofskonferenzen vertreten waren (vgl. Rauch 1986: 47). Im Jahr 2012 gibt es 23 Bischofskonferenzen: Skandinavien (Schweden, Dänemark, Finnland) hat einen gemeinsamen Vertreter der Nordischen Bischofskonferenz¹⁵⁹, der neben diesen drei EU-Staaten auch Norwegen und Island angehören. Estland und Zypern besitzen keine Bischofskonferenz, während Schottland eine Bischofskonferenz hat. Der Erzbischof von Luxemburg ist ein zusätzlicher Delegierter, so dass die Vollversammlung der COMECE 24 Bischöfe als Mitglieder hat (vgl. COMECE 2012a). Organe der COMECE sind die zweimal jährlich tagende Vollversammlung, der Exekutivausschuss bzw. Ständige Ausschuss (bestehend aus dem Präsidenten und zwei Mitgliedern bzw. seit 2011 aus dem Vorsitzenden und vier Mitgliedern) sowie ein Ständiges Sekretariat mit Sitz in Brüssel unter Leitung eines Generalsekretärs (vgl. COMECE 2009a, COMECE 2011b). Der Ständige Ausschuss der COMECE tagt ein Mal im Jahr in Rom und trifft sich dort mit Vertretern des Staatssekretariats¹⁶⁰ (Gespräch der Verfasserin mit dem Geschäftsführer der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der DBK am 22.09.2010). Die Dachorganisation wird durch die nationalen Bischofskonferenzen finanziert. Das Jahresbudget des Sekretariats der COMECE beläuft sich nach eigenen Angaben auf 1.020.000 Euro (vgl. COMECE 2011c). Die deutsche Bischofskonferenz ist der größte Beitragszahler der COMECE (vgl. Gespräch der Verfasserin mit Kardinal Lehmann¹⁶¹ am 20.09.2009).

Die Aufgaben der COMECE sind: (1) Beobachtung und Analyse der politischen Entwicklungen der Europäischen Union, (2) Information innerhalb der Kirche über die EU-Politik und EU-Rechtsetzung, (3) Ermöglichung eines regelmäßigen Dialogs zwischen den EU-Institutionen durch jährlich stattfindende Gipfeltreffen mit Vertretern von Religionen, durch Dialogseminare und Konferenzen und durch Teilnahme an Konsultationen der EU-Kommission sowie (4) Förderung der Reflektion über die Herausforderung eines vereinten Europas auf Grundlage der christlichen Soziallehre (vgl. COMECE 2012a; meine Nummerierung).

Während die Bischöfe im religiösen, ethischen und kulturellen Bereich intervenieren, ist die Apostolische Nuntiatur für die offiziellen Beziehungen, d. h. im Namen des Heiligen Stuhls,

¹⁵⁸ Spanien und Portugal traten der EWG im Jahr 1986 bei.

¹⁵⁹ <http://www.nordicbishopsconference.org/476/> (15.03.2012).

¹⁶⁰ Diese Behörde hat „nahezu überall nach dem Pontifex die höchste Entscheidungskompetenz“ und gilt als „Schaltzentrale des Heiligen Stuhls und des Vatikanstaats“ (Rossi 2004: 30-31).

¹⁶¹ Karl Lehmann ist seit 1983 Bischof von Mainz, seit 2001 Kardinal und war von 1987 bis 2008 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

sowie für völkerrechtliche Angelegenheiten zuständig (vgl. COMECE 2011b: Art. 2 Abs. 1; Van Luyn 1999: 410). Die COMECE arbeitet eng mit dem Nuntius bei der EG zusammen und dieser ist immer eingeladen, an den Vollversammlungen und an Sitzungen des Ständigen Ausschusses teilzunehmen (vgl. COMECE 2011b: Art. 2 Abs. 2).

Die COMECE arbeitet zu acht Politikfeldern: (1) Institutionelle und rechtliche Angelegenheiten, (2) Wirtschafts- und Sozialpolitik, (3) Migration und Asyl, (4) Forschung und Bioethik, (5) Grundrechte, (6) Interkultureller/Interreligiöser Dialog, (7) Bildung, Kultur und Medien sowie (8) Nachhaltige Entwicklung (vgl. COMECE 2012b; meine Nummerierung).

Um den politischen Prozess der E(W)G bzw. der EU zu begleiten, hat die COMECE Arbeitsgruppen gebildet, die mit Experten der nationalen Bischofskonferenzen und Laien aus den Mitgliedstaaten, die Expertise in den relevanten Themenfeldern haben, besetzt sind (COMECE 2011d: 6). Zurzeit bestehen vier ständige Arbeitsgruppen zu den Themen (1) Soziale Angelegenheiten, (2) Migration, (3) Bioethische Reflektion, (4) Rechtliche Angelegenheiten (COMECE 2011d: 6-8). Bei Bedarf werden Ad-Hoc-Arbeitsgruppen gebildet. Nicht in jeder Arbeitsgruppe sind Referenten aller Bischofskonferenzen vertreten, da dies die Kapazitäten kleinerer Bischofskonferenzen wie beispielsweise der skandinavischen übersteigen würde (vgl. Interview COMECEa). „[D]urch bilaterale Kontakte mit einzelnen Referenten, mit denen man ständig zu tun hat, werden Sachen wieder überarbeitet. [...] Das hängt aber auch ein bisschen am einzelnen Referenten, [...] we[n] er kennengelernt hat, mit wem er gute Kontakte hat, auch, wer sich einbringt von den nationalen Bischofskonferenzen“ (Interview COMECEa).

Insgesamt ist die konzeptionelle Mitarbeit der Bischofskonferenzen in EU-Fragen und die Mitarbeit bei der COMECE unterschiedlich ausgeprägt. Bischofskonferenzen, die sich stark engagieren, sind diejenigen aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Spanien und zuletzt vermehrt Polen (vgl. Interview COMECEb; Interview COMECEa). Die Bischofskonferenzen derjenigen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Polens, die ab 2004 der EU beigetreten sind, bringen sich sehr wenig ein (vgl. Interview COMECEa). Wie sich die nationalen Bischofskonferenzen in die Arbeit der COMECE einbringen, hängt ab von der Persönlichkeit des jeweiligen Bischofs, von der Größe der Bischofskonferenz sowie von der finanziellen und personellen Ausstattung (vgl. Interview COMECEb). „Es gibt Bischofskonferenzen, die sind einfach personell extrem eng aufgestellt und machen gar nicht so diese gesellschaftliche, politische Arbeit, sondern sehen ihre Aufgabe mehr im Bereich Seelsorge und Liturgie“ (Interview COMECEa). „Und dann hängt es davon ab, ob die Bischofskonferenz oder ob die Kirche in dem Land auch eine Tradition hat sich politisch zu engagieren [...]“ (Interview COMECEb).

„COMECE kümmert sich um [...] den Kontakt mit den europäischen Institutionen und das, was auf europäischer Ebene passiert. Die Arbeitsteilung [zwischen COMECE und den nationalen Bischofskonferenzen; LK] geschieht in der Regel durch feste Arbeitsgruppen. [...] [D]as Sekretariat der COMECE [ist] ein Sekretariat dieser Arbeitsgruppen. [...]. [D]iese Arbeitsgruppen haben dann meistens einen Bischof zum Vorsitzenden, einen der delegierten COMECE-Bischöfe, und bestehen aus [...] Vertretern der verschiedenen Bischofskonferenzen. Das müssen [keine] Bischöfe sein oder Mitarbeiter der Bischofskonferenzen. Das können auch Leute von Caritas sein, wo die Bischofskonferenz sagt: ‚Den schicken wir dahin‘. [D]ie Positionen werden normalerweise innerhalb dieser Arbeitsgruppen ausgearbeitet. Und dann gibt es [...] Abstufungen: Entweder können sie als Positionen des Sekretariats der COMECE weitergebracht werden oder als Position der Arbeitsgruppe oder [...] als COMECE-Position. Also von den Bischöfen abgesegnet. Davor muss [...] jeweils ein Abstimmungsprozess stattfinden, der kann schriftlich sein oder [...] bei der Vollversammlung stattfinden. Dass die Bischöfe sagen: ‚Wir stehen hinter diesem Papier‘. Noch eine vierte Möglichkeit wäre, dass der Präsident etwas sagt oder das Präsidium der COMECE. Welche dieser Stufen man nimmt, das hängt davon ab, ob es eher technische Fragen sind oder eher politische Fragen und das hängt manchmal auch von der Frage ab, wie schnell man reagieren muss. Wenn es ganz schnell gehen muss, dann bereitet das Sekretariat etwas vor, ruft den Präsidenten an, der Präsident spricht sich mit seinen beiden Amtsbrüdern im Präsidium ab und dann kommt eine Erklärung zum Beispiel“ (Interview COMECEb). Die Position der COMECE ist nicht automatisch die Position aller Bischöfe, sondern diejenige Position, mit der COMECE im EU-Umfeld arbeiten kann (vgl. Interview COMECEa). Die Positionen der COMECE „bleiben natürlich [...] auf dem Boden der katholischen Lehre. Aber da wir viel im Bereich Politik und Gesellschaft agieren, gibt es da keine starren Vorgaben. [E]s gibt keine Enzyklika, die [...] Dokumente enthält, wie man sich im Bereich Klimawandel auszudrücken hat oder so. [D]as sind einfach Prinzipien wie Gerechtigkeit, Solidarität, auch Menschenwürde. Diese Hauptleitprinzipien, die sehr abstrakt sind und mit denen man abstrakt auch nichts anfangen kann, [muss] [...] man herunter brechen [...] auf konkrete Handlungsanweisungen. Das machen die Bischöfe [...] auf Vorschlag des Sekretariats, also des Büros der COMECE. [L]etztlich [liegt] [...] viel Verantwortung [bei] dem einzelnen Referenten [...]“ (Interview COMECEa).

Die COMECE arbeitet innerkirchlich eng mit der CCEE (vgl. COMECE 2011b: Art. 18) sowie internationalen Versammlungen von Bischofskonferenzen und katholischen Organisationen, die die Aktivitäten der EU begleiten, zusammen (vgl. COMECE 2011b: Art. 19). Die Dachorganisation der römisch-katholischen Bischofskonferenzen hat sich zum Ziel gesetzt, brüderliche und konstruktive Beziehungen zu Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, die sich für europäische Probleme interessieren, zu unterhalten (vgl. COMECE 2011b: Art. 20). Ziel ist die höhere Effektivität gemeinsamer Stellungnahmen, die an die Institutionen der EU gerichtet sind (vgl. COMECE 2011b: Art. 20). Mit den nicht-christlichen Religionsgemeinschaften strebt die COMECE einen Dialog an, um eine größere religiöse Freiheit und die Förderung einer europäischen Bürgerschaft, die auf die Menschenrechte, gegenseitige Aufnahme

und eine gerechtes und friedliches Zusammenleben gegründet ist, zu sichern (vgl. COMECE 2011b: Art. 21).

2. Die nicht-römisch-katholischen Kirchen

Die Strategien der Kooperation der nicht-römisch-katholischen Kirchen sind vielfältig gewesen und sie sind es teilweise bis heute. Es bestanden und bestehen verschiedene Dachorganisationen nebeneinander, die teilweise bei ihrer Gründung keinen politischen Bezug zur EWG aufwiesen, dies aber heute (teilweise durch Fusion) tun. Ein kurzer Überblick zeigt die verschiedenen Entwicklungslinien der Dachorganisationen auf: Seit 1959 besteht eine pan-europäische Dachorganisation der nicht-römisch-katholischen Kirchen. Diese Konferenz Europäischer Kirchen wies bei ihrer Gründung keinen EWG-Bezug auf. Eine Dachorganisation mit EWG-Bezug wurde 1964 von den evangelischen Kirchen in den EWG-Staaten gegründet. Mit dem Beitritt des Vereinigten Königreichs (1973) und Griechenlands (1981) traten eine anglikanische und eine orthodoxe Kirche der Dachorganisation mit EWG-Bezug bei. Im Jahr 1961 und im Jahr 1973 wurden eine dritte und eine vierte Dachorganisation, in der nur evangelische Kirchen aus EWG-Staaten Mitglied waren, die bei ihrer Gründung jedoch keinen politischen Bezug aufwies, gegründet. In den 1990er Jahren – nach dem Ende des Kalten Krieges – fusionierte die Dachorganisation mit EG-Bezug mit der pan-europäischen Dachorganisation.

Im Folgenden werden die Dachorganisationen in der Reihenfolge ihrer Gründung analysiert.

Die Konferenz Europäischer Kirchen: Eine pan-europäische Dachorganisation

Seit 1959 besteht eine pan-europäische Dachorganisation: die Konferenz Europäischer Kirchen (Conference of European Churches (CEC)). Ihr Sekretariat befindet sich in Grand-Saconnex in der Schweiz (vgl. KEK 2009). Seit 1954 begannen Pläne für eine engere Kooperation der Kirchen in Europa – westlich und östlich des Eisernen Vorhangs – an Form zu gewinnen (zum Entstehen der KEK siehe Greschat 1994: 68-81). Die zentraleuropäischen evangelischen Kirchen waren bemüht, skandinavische evangelische Kirchen, anglikanische Kirchen und die orthodoxe Kirche von Griechenland sowie jenseits des Eisernen Vorhangs osteuropäische evangelische Kirchen und orthodoxe Kirchen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen (vgl. Greschat 1994: 76). Dies gelang: an der ersten Versammlung in Nyborg, Dänemark, nahmen sogar Vertreter der russischen orthodoxen Kirche teil (vgl. Greschat 1994: 79). Angesichts der politischen Gegebenheiten und Visaproblemen der Kirchenvertreter aus der DDR fand die Gründungskonferenz der KEK 1964 an Bord eines in der Nordsee kreuzenden Schiff-

fes statt (vgl. Greschat 1994: 82). Ziel der Organisation war entsprechend der Satzung von 1964 die Erörterung von Fragen, die die Kirchen in Europa betreffen, und die gegenseitige Förderung (vgl. Greschat 1994: 82). Dies hat sich bis heute nicht verändert: Ziel der KEK ist nach der Verfassung von 2009, dass die Kirchen in Europa kooperieren und daran wachsen sowie „ihren Beitrag zur Mission der Kirche, zum Schutz des Lebens und für das Wohl aller Menschen gemeinsam leisten“ (KEK 2009). „Die Konferenz will in gesamteuropäischer Verpflichtung den Kirchen Europas helfen, ihr geistliches Leben zu erneuern, ihr gemeinsames Zeugnis und ihren gemeinsamen Dienst zu stärken sowie die Einheit der Kirche und den Frieden in der Welt zu fördern“ (KEK 2009). Die KEK kann somit als Pendant zur CCEE bezeichnet werden. Sie ist eine Dachorganisation, die bei ihrer Gründung keinen EWG-Bezug aufwies. „CEC [...] was covering the whole of geographical Europe. They were also dealing with church and society issues but were not really linking with the European Communities“ (Interview CSCa). Die Organisation war wie die CCEE während der Zeit des Kalten Krieges und der damit einhergehenden ideologischen Gräben nicht in der Lage, politisch tätig zu sein. „Had CEC related to Western European organisations, it might have led to people from Churches in Central and Eastern Europe being refused documents to leave their countries to attend CEC meetings“ (Jenkins 2002: 4). Nichtsdestotrotz besuchte der Generalsekretär der KEK die jährlichen Treffen der ECCSEC, der Dachorganisation mit EWG-Bezug (vgl. Jenkins 2002: 4; zur ECCSEC siehe unten).

Evangelische Laien: Vorreiter in der Begleitung der EWG

Der Gründung einer Dachorganisation von nicht-römisch-katholischen Kirchen mit EWG-Bezug war – wie bei der römisch-katholischen Kirche – ein Engagement von Laien, diesmal evangelischen Laien, vorangegangen. Ab den 1950er Jahren machten Beamte der Organe der Europäischen Institutionen ihre jeweiligen Kirchen auf die Bedeutung der europäischen Integration aufmerksam (vgl. Greschat 1994: 84-86). Sie schlossen sich zur „Groupe Oecuménique“, die sich ab 1964 als „Centre Oecuménique à Bruxelles“ bezeichnete, zusammen (vgl. Schnabel 2007: 239). In Gesprächskreisen und Arbeitsgruppen thematisierten ca. 100 Personen die Herausforderung des christlichen Glaubens in einem vereinten Europa und die Präsenz der Kirchen in diesem Kontext (vgl. Greschat 1994: 85). Die Gruppe unterhielt Kontakte zum Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK)¹⁶², zur Commission of the Churches on Internati-

¹⁶² Der ÖRK wurde 1948 gegründet. Die Idee entstammte der Studenten- und Laienbewegung des 19. Jahrhunderts, der Weltmissionskonferenz von Edinburgh von 1910 und einer Enzyklika des Patriarchats von Konstantinopel von 1920, in dem die Schaffung eines Kirchenbundes in Anlehnung an den Völkerbund angeregt wurde. Bereits 1937 beschlossen führende kirchliche Persönlichkeiten einen Ökumenischen Rat der Kirchen zu gründen. Durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kam es erst 1948 zur offiziellen Gründung (vgl. <http://www.oikoumene.org/de/wer-sind-wir/hintergrund/geschichte.html> (15.3.2012)).

onal Affairs (CCIA)¹⁶³, zur Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), zur Christian Study Group for European Unity (CSEU)¹⁶⁴ und ab 1961 zur Konferenz der Kirchen am Rhein (KKR)¹⁶⁵ und gab den Anstoß für ein kirchliches Engagement mit Blick auf die Europäischen Institutionen (vgl. Greschat 1994: 85; Schnabel 2007: 239-240).

Die Konferenz der Kirchen am Rhein

Die evangelischen Kirchen aus den Anrainerstaaten des Rheins (Frankreich, Deutschland, Niederlande, Österreich und Schweiz)¹⁶⁶ schlossen sich im Jahr 1961 zur Konferenz der Kirchen am Rhein (KKR) zusammen (vgl. Greschat 1994: 85; GEKE 2011a). Sie wollten einen Beitrag zum Frieden in Europa leisten und grenzüberschreitend zusammenarbeiten (vgl. GEKE 2012a). Die KKR organisiert bis heute den Austausch und die Begegnung unter den Mitgliedskirchen und jährliche Konferenzen zu aktuellen europäischen Themen (vgl. GEKE 2012a). Im Jahr 1979 eröffnete die KKR ein Sekretariat in Straßburg, um beim Europarat und beim Europäischen Parlament präsent zu sein (vgl. GEKE 2012a; Fischer¹⁶⁷ 2002: 57-58; E-Mail des CSC-Büros in Straßburg an die Verfasserin vom 12.04.2012). Seit 2008 ist die KKR eine Regionalgruppe der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) (vgl. GEKE 2012a; zur GEKE siehe unten).

Die Dachorganisation der evangelischen Kirchen mit EWG-Bezug: Von CCCEC zu EECCS

Von den nicht-römisch-katholischen Kirchen erweiterten zunächst die evangelischen Kirchen in den Mitgliedstaaten der EWG ihren Wahrnehmungshorizont und ihren Handlungsraum um die EWG-Dimension: Im Jahr 1964 fand die erste Sitzung der Consultative Commission of Churches for the European Communities (CCCEC) statt. In der Organisation waren Delegierte von nationalen Kirchenräten sowie Kirchen vertreten. Ziel der CCCEC war eine Verbesserung des Informationsfluss über die Entwicklungen und Aktivitäten der Europäischen Institu-

¹⁶³ Die CCIA wurde 1946 gegründet und war nicht auf westeuropäische Staaten beschränkt (vgl. Greschat 1994: 60). Sie ist heute eine beratende Kommission des Ökumenischen Rats der Kirchen (vgl. <http://www.oikoumene.org/en/who-are-we/organization-structure/consultative-bodies/international-affairs.html> (10.3.2012)).

¹⁶⁴ Die CSEU wurde 1950 gegründet. In ihr waren einflussreiche evangelische Laien verschiedener Staaten, die sich für die Einigung des Kontinents eingesetzt hatten, vertreten (vgl. Greschat 1994: 59). Der Sekretär der CSEU war beim ÖRK beschäftigt (vgl. Greschat 1994: 60). Die CSEU hatte 1951 eine Stellungnahme veröffentlicht, in der die Kirchen aufgefordert wurden, eine positive Einstellung zum westeuropäischen Einigungsprozess zu finden, enger zusammenzuarbeiten und europäische Organe zu schaffen (vgl. Greschat 1994: 62).

¹⁶⁵ Zur KKR siehe unten.

¹⁶⁶ Die Mitglieder der KKR setzen sich heute aus Kirchen aus Deutschland, Frankreich, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz zusammen (vgl. GEKE 2011a).

¹⁶⁷ Richard Fischer ist seit 1995 Executive Secretary im Straßburger Büro der EECCS und ihrer Nachfolgeorganisation (zur EECCS siehe unten).

tionen in die Mitgliedskirchen (vgl. Schnabel 2007: 240). Mit der CCCEC wurden die zweimal jährlich abgehaltenen Treffen der Mitgliedskirchen in Brüssel zu einem Thema, das auf der Agenda der Europäischen Kommission stand und dessen ethische Implikationen für Kirchen relevant waren, formalisiert (vgl. Lenders¹⁶⁸ 2009: 1). An den Treffen nahmen Beamte der Organe der EWG teil (vgl. Lenders 2009: 1). Die CCCEC arbeitete mit dem Centre Oecuménique und in beschränkter Weise auch mit der CSEU zusammen (vgl. Schnabel 2007: 240).

Ab 1966 gab es einen Ständigen Beauftragten, der den Informationsfluss in die Kirchen sicherstellen sollte (vgl. Schnabel 2007: 240; Burton¹⁶⁹ 2002). Diese Aufgabe wurde dem Pastor der Reformierten Kirche der Niederlande Marc Lenders übertragen. Aufgabe des Ständigen Beauftragten war es, herauszufinden, was in den Europäischen Gemeinschaften vor sich ging und Wege zu suchen, die Kirchen zu involvieren (vgl. Hogebrink 2010: 25) bzw. in den Worten Marc Lenders': „how were the Churches of the Member States of the EEC [...] to be involved in the work which was developing in Brussels?“ (Lenders 2009: 1).

Um den Dialog mit den Organen der EWG inhaltlich führen zu können, wurden Arbeitsgruppen zu Themen, die nicht bereits von themenorientierten kirchlichen Gruppen auf europäischer Ebene aufgegriffen worden waren, gebildet (vgl. Lenders 2009: 2). Die ersten Arbeitsgruppen (AGs) der CCCEC, bestehend meist aus Laien mit themenspezifischer Expertise, arbeiteten zur Landwirtschaft und zur Nord-Süd-Problematik (vgl. Lenders 2009: 2). Die AGs erarbeiteten kirchliche Positionen zu Themen, die auf der Agenda der Kommission standen, und gaben die Ergebnisse an die kirchlichen Führer weiter, die nach Annahme der Ergebnisse der AGs um ein Gespräch mit den thematisch verantwortlichen europäischen Beamten baten (vgl. Lenders 2009: 3).

Es zeigte sich bald, dass die bestehenden Strukturen nicht ausreichten (vgl. Schnabel 2007: 240). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) überlegte, eine eigene Vertretung in Brüssel (möglicherweise in Anlehnung an das Büro des Bevollmächtigten des Rates der EKD in Bonn) zu eröffnen (vgl. Reuter 2002: 26; Schnabel 2007: 240-241). Aufgrund der Ablehnung durch die ökumenischen Partner wurde diese Idee im Jahr 1969 zunächst aufgegeben (vgl. Reuter 2002: 26-27). Stattdessen beschloss die CCCEC am 27.11.1970 die Gründung eines „Europäischen Kirchenkollegiums“ und eines „Büros Kirche und Gesellschaft“ (vgl. Reuter 2002: 28; Schnabel 2007: 241). Ersteres bestand aus Repräsentanten der Mitgliedskir-

¹⁶⁸ Marc Lenders war Study Secretary der CCCEC und ihrer Nachfolgeorganisationen von 1966 bis 1999.

¹⁶⁹ Win Burton war von 1974 bis 1984 Mitarbeiterin der „Commission of Churches with the European Communities“ und der ECCSEC sowie von 1999 bis 2005 Koordinatorin der „Soul“-Initiative.

chen und sollte mit der CCCEC kooperieren (vgl. Reuter 2002: 27; 28). Letzteres sollte mit dem Centre Oecuménique zusammenarbeiten (vgl. Reuter 2002: 28). Im Jahr 1972 fusionierte das Büro Kirche und Gesellschaft mit dem Centre Oecuménique zum „Centre Oecuménique pour Eglise et Société, Bruxelles“ (vgl. Schnabel 2007: 239; 241). Dieses bestand ab 1979 unter dem Namen „Association Oecuménique pour Eglise et Société, Bruxelles“ (AOES) weiter und wurde im Jahre 2001 aufgelöst (vgl. Schnabel 2007: 239; 241).

Die CCCEC erfuhr gleichfalls einige Namensänderungen. Die Organisation wurde 1972 umbenannt in „Commission of Churches with the European Communities“ und hieß ab 1979 „Ecumenical Commission for Church and Society in the European Communities“ (ECCSEC) (vgl. Schnabel 2007: 242). Die ab 1979 bestehende ECCSEC kann als erste eigenständige Vertretung der Kirchen in Brüssel angesehen werden, da die seit 1964 bestehenden Vorgängerorganisationen vom Ökumenischen Zentrum abhängig waren (vgl. Reuter 2002: 83). Dies wird u. a. an der eigenen Satzung der ECCSEC deutlich (vgl. Reuter 2002: 83). Mitglieder der ECCSEC im Jahre 1979 waren der Britische¹⁷⁰ Rat der Kirchen, die anglikanische Kirche von England, die EKD, die Vereinigten Protestantischen Kirchen von Belgien, die Protestantische Bund von Frankreich, der Verband der Evangelischen Kirchen in Italien, die Reformierten Kirchen in den Niederlanden, der Irische¹⁷¹ Rat der Kirchen sowie der Rat der Kirchen in den Niederlanden (vgl. Reuter 2002: 84). Die Kirche von Griechenland trat der ECCSEC kurz nach dem Beitritt Griechenlands zur EWG (1981) bei, verließ die Organisation aber sechs Jahre später wieder (vgl. Reuter 2002: 146; Jenkins 2002: 30). Sie brachte sich kaum in die Arbeit der ECCSEC ein (vgl. Interview CSCc).

Im Jahr 1982 fand eine Ökumenische Konferenz in Interlaken zum Thema „Die Aufgabe der Kirchen in Westeuropa“, zu der ECCSEC und der Schweizerische Evangelische Kirchenbund, eingeladen hatten, statt (vgl. Heider-Rottwilm¹⁷² 2002: 74). Die Konferenz beschloss zum einen, die Satzung der ECCSEC dahingehend zu ändern, dass alle westeuropäischen Kirchen und Kirchenräte beitreten konnten, und zum anderen, dass die ECCSEC die Kirchen sowohl bei der EWG als auch beim Europarat repräsentieren sollte (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 74). In Folge der Konferenz in Interlaken fusionierte das Büro der KKR in Straßburg mit der

¹⁷⁰ Das Vereinigte Königreich ist der EWG im Jahr 1973 beigetreten.

¹⁷¹ Irland ist der EWG im Jahr 1973 beigetreten.

¹⁷² Antje Heider-Rottwilm war Leiterin der Europaabteilung der EKD im Kirchenamt in Hannover von 1997 bis 2008.

ECCSEC (vgl. Jenkins¹⁷³ 2002: 4). Das Büro in Straßburg ist bis heute verantwortlich für die Beziehungen zum Europarat und zum Europäischen Parlament (vgl. Fischer 2002: 58). Darüber hinaus findet in Straßburg die Arbeit zu den Themenfeldern Bioethik und Biotechnologie sowie Menschenrechte und Religionsfreiheit statt (vgl. Fischer 2002: 58).

Ab 1984 wurde die Dachorganisation als „European Ecumenical Commission for Church and Society“ (EECCS) bezeichnet und verfügte über ein Büro in Brüssel und eines in Straßburg (vgl. Schnabel 2007: 242; Hogebrink 2010: 23; Jenkins 2002: 3). Der Namenswechsel sollte ausdrücken, dass der Fokus auf Europa und nicht mehr nur auf den Europäischen Gemeinschaften lag (vgl. Jenkins 2002: 4). Dies trug unter anderem dem Beitritt von Kirchen aus der Schweiz Mitte der 1980-er Jahre Rechnung (vgl. Jenkins 2002: 4).

Im Juni 1989 fand ein Treffen von Repräsentanten der Mitgliedskirchen der EECCS aus Frankreich, der Schweiz, Schottland, den Niederlanden, Deutschland und England statt, auf dem es um eine Evaluation der Arbeit der EECCS ging (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75). Die Effektivität der Arbeit der EECCS und die Nützlichkeit der Organisation für die Mitgliedskirchen sowie Vorschläge für die künftige Arbeit wurden diskutiert (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75). Dabei gingen die Meinungen über die Rolle einer Kirche und ihrer öffentlichen Verantwortung stark auseinander (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75). Einige Kirchen (unter ihnen die EKD) sahen sich selbst als Teil der Tradition einer „kritischen Solidarität“ mit der Gesellschaft und dem Staat und versprachen sich von der EECCS nicht nur, grundlegende Positionen der Kirchen gegenüber den Europäischen Institutionen aufzuzeigen, sondern auch diplomatische Kontakte zu pflegen und Fragen und spezielle Anliegen der Kirchen einzubringen (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75). Andere Kirchen sahen sich in der Tradition von verfolgten und unterdrückten Minderheiten und hatten eine größere Distanz zu staatlichen Autoritäten entwickelt (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75). Sie lehnten eine diplomatische Funktion der EECCS ab und erwarteten von der EECCS, die „prophetische Stimme“ von Kirchen auszuüben (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75).

Mit Blick auf die Einheitliche Europäische Akte und der damit einhergehenden neuen Phase der europäischen Integration beschloss die EECCS-Versammlung im September 1989, die Mitarbeiterzahl zu erhöhen (vgl. Jenkins 2002: 5; Heider-Rottwilm 2002: 75). So wurde die bestehende Stelle auf zwei Stellen erweitert und zwei neue Vollzeitstellen in Brüssel geschaf-

¹⁷³ Keith Jenkins war seit 1990 Generalsekretär der EECCS und von 1998 bis 2002 Direktor der CSC (zu den beiden Organisationen siehe unten).

fen sowie die halbe Stelle in Straßburg zu einer vollen Stelle erweitert (vgl. Jenkins 2002: 6-7; Heider-Rottwilm 2002: 75). Die Letztere wurde hauptsächlich von der KKR finanziert (vgl. Jenkins 2002: 7). Dazu kamen administrative Mitarbeiter (zwei in Brüssel, einer in Straßburg) sowie von Mitgliedskirchen abgestellte Mitarbeiter (vgl. Jenkins 2002: 7-10; zu den von den Mitgliedskirchen entsandten Mitarbeitern siehe unten).

Mitglieder der EECCS waren 1997 die anglikanische Kirche von England, die Kirche von Schottland, der Spanische Ausschuss für interkirchliche Zusammenarbeit, der Portugiesische Ausschuss der Christlichen Kirchen, der Rat der Kirchen für Britannien und Irland, der Ökumenische Kirchenrat der Tschechischen Republik¹⁷⁴, der Ökumenische Kirchenrat der Slowakischen Republik¹⁷⁵, die Vereinigte Protestantische Kirche von Belgien, die Evangelische Kirche in Deutschland, die Evangelische Kirche in Österreich, der Schweizerische evangelische Kirchenbund, der protestantische Bund Frankreichs, der Verband der evangelischen Kirchen in Italien, der Irische Rat der Kirchen, der Ungarische Ökumenische Kirchenrat¹⁷⁶, der Rat der Kirchen in den Niederlanden, und die Vereinigung evangelischer Freikirchen (vgl. Archiv der CSCIIId).

Die EECCS lud die COMECE 1997 ein, an ihren Vollversammlungen als Beobachter teilzunehmen (vgl. Archiv der CSCIIc). Diese Einladung wurde von der COMECE nicht erwidert (vgl. Archiv der CSCIIc).

Die Fusion von KEK und EECCS: Die EECCS wird zur CSC der KEK

Nach dem Ende des Kalten Krieges bestand der Wunsch nach einer Kooperation der paneuropäischen Dachorganisation KEK und der Dachorganisation mit EWG-Bezug EECCS. Es wurde vereinbart, regelmäßige gemeinsame Arbeitertreffen abzuhalten (vgl. Jenkins 2002: 32). Die im Jahr 1992 überarbeitete Verfassung sah zum ersten Mal vor, neben Kirchen auch kirchlichen und ökumenischen Vereinigungen in Europa den Status einer assoziierten Organisation zuzuerkennen (vgl. Art. 1 Abs. 6, KEK 2009; Jenkins 2002: 33). Die EECCS wurde zu einer assoziierten Organisation der KEK und sandte einen Beobachter zu Treffen des Zentralausschusses der KEK, was den besonderen Status der EECCS unterstrich (vgl. Jenkins 2002: 33). Die Rolle der KEK für die gesamteuropäische Ökumene wurde wiederum in der überarbeiteten Verfassung der EECCS anerkannt (vgl. Jenkins 2002: 33).

¹⁷⁴ Tschechien trat der EU erst 2004 bei.

¹⁷⁵ Die Slowakei trat der EU erst 2004 bei.

¹⁷⁶ Ungarn trat der EU erst 2004 bei.

Da einige Kirchen Schwierigkeiten hatten, zwei ökumenische Organisationen finanziell zu unterstützen, wurde 1996 eine Fusion von EECCS und KEK beschlossen (vgl. Jenkins 2002: 33-34). Im Jahre 1999 wurde die EECCS zur „Church and Society Commission“ (CSC) der KEK (vgl. Jenkins 2002: 34). Damit ging die Dachorganisation mit EU-Bezug in der pan-europäischen Dachorganisation auf. „Everything that has happened over the last 50 years is the pre-history of Church and Society Commission. So even if it's not CEC, still in a way it's also history of CEC through the Church and Society Commission“ (Interview CSCa). Die CSC hat nach wie vor ein Büro in Brüssel und eines in Straßburg. Sie wird aus Beiträgen der Mitgliedskirchen, aus Immobilieneinnahmen und aus Zuschüssen für besondere Aktivitäten von Dritten (beispielsweise dem Ökumenischen Kirchenrat) finanziert (vgl. CSC 2011b: 20). Die CSC hat nach eigenen Angaben ein Jahresbudget im Jahr 2010 von 1.130.864 Euro (vgl. CSC 2011b: 20).

Vor der Fusionsentscheidung war von Seiten der EECCS die Bedingung geäußert worden, dass die Arbeit der Organisation in Brüssel und Straßburg durch eine Fusion mit der KEK nicht beeinträchtigt und finanzielle Ressourcen bereit gestellt werden sollten, so der Generalsekretär der EECCS (Amtszeit: 1990-2002), Keith Jenkins (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 78). Von einer Fusion versprach man sich einen Wegfall der Doppelung der Arbeit bei der KEK und der EECCS (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 78).

Die CSC genießt weitreichende Autonomie (vgl. Schnabel 2007: 248): Sie ist erstens autorisiert, öffentliche Stellungnahmen im eigenen Namen und im Feld ihrer Kompetenzen in Rücksprache mit dem Generalsekretariat der KEK abzugeben (vgl. Lenders 2009: 6). Zweitens ist sie befugt, einen Exekutivausschuss zu ernennen und Arbeitsgruppen zu bilden (vgl. Lenders 2009: 6). Die CSC hat eine hervorgehobene Stellung im Rahmen der KEK, denn zu einer Mandatsänderung der CSC oder zur Auflösung dieser Organisation ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Vollversammlung der KEK nötig (vgl. Lenders 2009: 6).

Die Organisation ist eine eingetragene NGO nach belgischem Recht (vgl. Interview CSCa). Sie stellt seit 1999 eine Plattform bereit „for the CEC membership to reflect on socio-ethical issues ecumenically and to involve them in common action and advocacy in relation to the European Union, the Council of Europe, the Organisation for Security and Co-operation in Europe and the United Nations (in European matters). CSC operates as a forum for action, dialogue and ecumenical training in European affairs“ (CSC 2011a).

Die Organe der CSC sind die einmal jährlich tagende Kommission von 25 Mitgliedern, die das Arbeitsprogramm festlegt, und der Exekutivausschuss, der die tägliche Arbeit beaufsichtigt (vgl. CSC 2011a). Der Direktor der CSC ist zugleich Assoziierter Generalsekretär der

KEK. Die CSC erreicht ihre Ziele durch Arbeitsgruppen, Task Forces und Expertennetzwerke (vgl. CSC 2011a). Es bestehen zur Zeit sechs Arbeitsgruppen: (1) European Integration, (2) Social Issues, (3) EU Legislation, (4) Bioethics and Biotechnology, (5) Human Rights and Religious Freedom sowie (6) Peace, Security and Reconciliation (vgl. CSC 2010a: 18-19). Die Mitgliedskirchen werden durch die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen sowie an spezifischen Themen und durch Konsultationen einbezogen (vgl. CSC 2010a: 24). „When we put together our working groups we send a letter to all the member churches and ask them to nominate people to our working groups“ (Interview CSCa). Der Entwurf für ein Positionspapier geht meist von einem Mitarbeiter von CSC oder einem Mitglied einer Arbeitsgruppe, der ausgewählt ist, einen ersten Entwurf zu verfassen, aus (vgl. Interview CSCa). Die Positionspapiere werden normalerweise in den Arbeitsgruppen vorbereitet. „If it’s a new issue where we don’t have an established policy then we do a consultation“ (Interview CSCa). Beiträge der Mitgliedskirchen können bei Konsultationen in verschiedenen Formen vorgetragen werden: mündlich, durch Kommentare an dem Entwurfspapier oder durch Überarbeitung des Entwurfspapiers (vgl. Interview CSCa). Am Ende stehen ein Kompromiss und eine Konsensentscheidung (vgl. Interview CSCa).

Es ist zu unterstreichen, dass die CSC einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten will: „Our role here in Brussels is not only in relation to the institutions. [...] [E]qually important is that we follow what is happening here and hold discussions among the member churches [about] what is relevant and [...] have these issues discussed with member churches. [T]hey are issues that are so difficult that we don’t come to common statements. [...] But then it’s really important that we hold an internal discussion. [...] [T]he whole purpose of this organisation is also to promote European integration: Of churches, but of Europe as well. [...] We [...] want [...] to [...] promot[e] integration not only at the political level but at the level of people, and societies and churches. It’s not self-evident for every single Christian or every single church to be in an active dialogue with other churches. And so we want to promote this openness and respect. Solidarity“ (Interview CSCa).

Einige Kirchen tragen mehr zur Arbeit der CSC bei als andere: die EKD, die Kirche von England, die Kirche von Schweden, die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland¹⁷⁷, der Bund der protestantischen Kirchen in der Schweiz und der Bund der protestantischen Kirchen in Italien (vgl. Interview CSCa). „So normally those who have more resources are still the more active ones because they normally have in capitals people. Bigger offices and people working in different thematic areas“ (Interview CSCa). An dieser Stelle sei daran erinnert, dass die CSC zur KEK gehört. Die KEK hat 126 Mitgliedskirchen (Evangelische, Anglikaner, Orthodoxe und Altkatholiken) aus 38 Staaten und 43 assoziierte Organisationen (vgl. KEK 2011). Neben Kirchen aus den 27

¹⁷⁷ Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Finnland ist der EECCS kurz vor der Fusion mit der KEK beigetreten und ist der zweitstärkste Beitragszahler nach der EKD (vgl. Jenkins 2002: 30).

EU-Mitgliedstaaten sind Kirchen aus Albanien, Armenien, Georgien, Island, Kroatien, Liechtenstein, Mazedonien, Norwegen, Russland, Serbien und Montenegro, der Schweiz und der Ukraine vertreten (vgl. KEK 2011). Betrachtet man die EU-Mitgliedstaaten so gibt es 61 evangelische¹⁷⁸, sechs altkatholische¹⁷⁹, sieben orthodoxe¹⁸⁰ und sechs anglikanische Kirchen¹⁸¹, die Mitglied bei der KEK sind (eigene Auszählung nach KEK 2011). Hinzu kommen weitere fünf regionale evangelische Organisationen¹⁸², das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel und die Russisch-Orthodoxe Kirche (eigene Auszählung nach KEK 2011).

Die CSC kooperiert eng mit anderen kirchlichen Organisationen wie der COMECE und kirchlichen NGOs wie Eurodiaconia, die Churches' Commission for Migrants in Europe (CCME), die ebenfalls eine KEK-Organisation ist, und der auf Entwicklungshilfe spezialisierten Association of World Council related Development Organisations in Europe (Aprodev) (vgl. CSC 2011a). Die Zusammenarbeit mit der COMECE gestaltet sich zuweilen etwas schwierig. Dies ist auch den unterschiedlichen Strukturen geschuldet: „It was never so easy. [...] Very often, when we cooperate with Roman Catholic partners we experience some difficulties related to the methods of cooperation. [...] They very much like to have the label ‘ecumenical endeavour’ or initiative or project but for them it’s sometimes [...] very limited to: ‘Oh. Now we have decided on what we are doing and it’s half done or even more, we should try and find some kind of protestant partner [...] so that it becomes an ecumenical project or initiative’. And this is [...] true with COMECE. [...] It’s a battle. It’s always a battle that we are not just annexed [...]. Also in the way of working [...]. It’s not the fault [...] of individuals. It’s also linked to structural features, starting with the decision-making mechanisms. In a way, it’s much [...] easier for the staff of COMECE to do [...] their job because they get a blessing before or afterwards by a group of bishops. And then [...] they know what to do. And they can refer to all kinds of official positions which have an authority much higher than the group of bishops themselves. [...] In our case: nothing like that. There is a corpus of [...] doctrines or [...] positions, elements of policy and thinking. When we have worked on something, we can easily use that afterwards and try to see how we can respond to that and that question or issue coming up. But if it’s not the case, we are very limited. Because then we have the question you ask me: ‘but have you consulted with the members before taking this or that position?’ You see, COMECE has not this problem. They don’t have to consult with any church [...]. They

¹⁷⁸ Insgesamt gibt es 114 evangelische Kirchen mit Hauptsitz in der EU (siehe Kapitel II C). Alle methodistischen Kirchen und die Heilsarmee sind Mitglied bei der KEK. Von den 59 lutherischen und reformierten Kirchen sind 46 Mitglied bei der KEK, während von den 49 baptistischen und mennonitischen Kirchen nur elf Mitglied bei der KEK sind (eigene Auszählung nach KEK 2011a; ÖRK 2011b; Lutherischer Weltbund 2011; World Alliance of Reformed Churches Europe 2011; European Baptist Federation 2011; Mennonitische Weltkonferenz 2011; Heilsarmee 2011).

¹⁷⁹ Alle sechs alt-katholischen Kirchen mit Hauptsitz in der EU sind Mitglied bei der KEK.

¹⁸⁰ Insgesamt gibt es acht orthodoxe Kirchen in der EU. Die einzige orthodoxe Kirche, die nicht Mitglied bei der KEK ist, ist die Bulgarische Orthodoxe Kirche.

¹⁸¹ Alle sechs anglikanischen Kirchen mit Hauptsitz in der EU sind Mitglied bei der KEK.

¹⁸² Diese fünf regionalen evangelischen Organisationen sind die Europäisch-festländische Brüder-Unität, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland und anderen Staaten, die Heilsarmee (Europa-Zone) und zwei Regionalbereiche der Vereinigten Methodistischen Kirche mit Hauptsitz in den USA (Evangelisch-methodistische Kirche Mittel- und Südeuropa sowie Methodistische Kirche Nordeuropa und Baltischer Raum) (vgl. KEK 2011a).

don't have to care about that. Because the policy is decided by the Holy See“ (Interview CSC anonymisiert).

Einige Mitgliedskirchen der CSC mit Hauptsitz in der EU¹⁸³ haben ein eigenes Büro in Brüssel: die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Kirche von Griechenland, die Kirche von Zypern sowie die Rumänische Orthodoxe Kirche. Die Kirche von England hat einen Repräsentanten in Brüssel (siehe Kapitel V B). Die Beziehung zwischen der Dachorganisation und den Verbindungsbüros von Mitgliedskirchen in Brüssel lässt sich folgendermaßen beschreiben: „Well, EKD is right there [Das Büro der EKD befindet sich im Nachbarhaus der CSC; LK]. We are, of course, most regularly meeting with EKD and having some projects in common depending on the areas of our work. So the closest links are with EKD and Katrin [Hatzinger, Leiterin des EKD-Büros; LK] is officially an associate staff member of CSC. Then there are regular meetings with the church offices here in Brussels, with other church offices. This is maybe something more delicate to say but it is EKD which is actually following very closely the policy developments. Like us. [...] The other church offices which are Orthodox church offices and the Church of England representative, [...] they are more here for a representative purpose. They are a lot less engaged in following the EU policy processes“ (Interview anonymisiert). “They are more diplomatic representations [...]. [Instead of following; LK] what is going on and trying to position themselves. So they have a different role in that sense, you know. We meet them and they are involved in different ways in our work. [...] I don't know if any of these offices are really ever issuing statements of policy. Or if they do, ok, I am sure that that sometimes happens but very rarely. So it is different type of work. So our work is policy-oriented. And of course we do relationship building but that's all driven by the policy“ (Interview anonymisiert). Ein Mitarbeiter eines Verbindungsbüros einer Kirche beschrieb das Verhältnis zur Dachorganisation so: „We participate [in CEC; LK] because we want to be here and work together. There are some [...] who say since I am here in Brussels: ‚You're superfluous. You are not needed. Go back to your country. We don't need you.‘ Why? [...] Because this people wish to have their own space for them. Promote their personal interests as bureaucrats and employees. And they feel that they are entering in an antagonistic relationship with someone coming to Brussels to help them. Because, definitely, those coming to Brussels will occupy a certain space that they claim to be theirs. [...] Well, I can say that it wasn't always easy“ (Interview anonymisiert).

“The fact that these offices are here does not mean that they are then somehow contributing more directly to our work [...]. [T]his would be a problem towards smaller member churches who don't have the office here. [...] So we need to have it the same in relation to [...] input in our work“ (Interview CSCa). “It has to be and it is according to our agreement how we work that the input to our work comes from our working groups, from our expert networks, from our decision-making bodies. [...] But not just because the person is in Brussels we just invite just like this to give an input for a statement we are preparing. [...] [T]he decision is not made by us. It's made by the church itself whom they want to sit in our meeting“ (Interview CSCa).

¹⁸³ Das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel und die Russisch-Orthodoxe Kirchen haben ebenfalls ein Büro in Brüssel.

Zwischen der CSC und den Mitgliedskirchen gibt es eine Arbeitsteilung dahingehend, dass die CSC für die Beziehungen zu den Organen der EU zuständig ist. Gleichwohl können sich die Mitgliedskirchen auch selbst an die Organe der EU wenden: „[T]his does not mean that an individual member church [...] would not be allowed to present its point towards the institutions just individually. But we will of course always hope that in that case [...] they would present their point and also refer to that there is this common statement. [T]here are areas where we have not made a statement but there is a big German interest topic, UK interest. And they just go ahead on their own. But the preference is to do as much as possible [...] common statements. But they have the freedom to act whenever they feel it's really necessary” (Interview CSCa).

Die KEK ist eine Dachorganisation von eigenständigen Kirchen aus verschiedenen Konfessionsfamilien. Dies ist ein entscheidender Unterschied zur COMECE, in der – salopp formuliert – die nationalen „Abteilungen“ einer Universalkirche zusammenarbeiten. „CEC is an organisation. It's not a church. [...] It's an organisation of churches. [...] An organisation has employees like a committee or a body formed and founded by a church to study a particular issue. But it cannot replace the church which has a much [...] bigger role. [A] church is there to be confronted with social problems like poverty, voluntary etc. But it is a sacred body at the same time. A body that has to defend faith, a body that celebrates the holy Eucharist which is *the* saving element in our life [...]. [W]e have to defend that fact that a church is primarily a sacred body established by God, Jesus Christ. [I]t [also; LK] has a social role to play. [T]he church uses organisations. A church can never use a church for [its; LK] purposes. The organisations are there because it is the will of the church to make the best out of talents, competences, specialization of political scientists, sociologists, lawyers, and so on and so forth. [...] If you say that a statement published by the Church and Society Commission is binding for the Church of Greece this is utterly wrong. It is not binding” (Interview Kirche von Griechenland).

Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa

Im Jahr 1973 wurde eine weitere Dachorganisation gegründet: Die „Leuenberger Kirchengemeinschaft“. Seit 2003 nennt sich diese Dachorganisation „Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa“ (GEKE). Die Dachorganisation wies bei ihrer Gründung keinen Bezug zur EWG auf. Sie hat bis heute kein Büro in Brüssel oder Straßburg und sie unter ihren Mitgliedskirchen sind auch solche mit Sitz außerhalb der EU.

Die Dachorganisation ist in erster Linie theologisch ausgerichtet. Grundlage der Zusammenarbeit der Kirchen ist die Leuenberger Konkordie. Mit der Unterzeichnung dieses Dokuments verpflichtet sich die beitretende Kirche zum gemeinsamen Zeugnis und Dienst. Die GEKE ist eine Kirchen- und eine Gottesdienstgemeinschaft: Die Mitgliedskirchen erkennen Taufe und Ordination untereinander an und feiern gemeinsam Gottesdienst und Abendmahl (vgl. GEKE 2012b).

Sitz der GEKE ist Wien. Mitglieder in der Dachorganisation sind 93 lutherische, reformierte, methodistische und unierte Kirchen aus über 30 Staaten Europas sowie Südamerikas (vgl. GEKE 2012c). Neben Kirchen aus EU-Staaten sind Kirchen aus der Schweiz, Liechtenstein, Norwegen, Kroatien, Russland, Argentinien und Ex-Jugoslawien Mitglieder (vgl. GEKE 2012d). „Viele Mitgliedskirchen der GEKE sind Minderheitskirchen, die unter teils schwierigen Bedingungen ihren Auftrag wahrnehmen“ (GEKE 2012b). Beteiligte Kirchen, die die Leuenberger Konkordie jedoch nicht unterzeichnet haben, sind die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland, die Schwedische Kirche, die Schwedische Missionskirche und die Evangelisch-Lutherische Kirche von Island (vgl. GEKE 2012e).

Die Dachorganisation hat fünf Arbeitsbereiche: Lehrgespräche, Ökumene, Ethik, Liturgie und Projekte. Auf ihrer Vollversammlung im Jahr 2001 hat die GEKE entschieden, gemeinsam mit der CSC die Präsenz der evangelischen Kirchen in Europa auszubauen (vgl. CSC 2010b). Im Jahr 2006 hat die Vollversammlung der GEKE beschlossen, dass „die Vertretung einer ‚evangelischen Stimme in Europa‘ und ein geschlossenes Auftreten der evangelischen Kirchen in Europa besonders wichtig ist und weiter gefördert werden sollen“ (GEKE 2012f). Ziel der GEKE ist es, die Stimme der evangelischen Kirchen gegenüber den politischen Institutionen in Europa zu stärken und zu vereinen (vgl. GEKE 2012b). Sie hat einen Fachkreis für Ethik eingerichtet und seit 2004 einen Mitarbeiter als Vertreter der GEKE in das CSC-Büro in Brüssel entsendet (vgl. CSC 2010b; GEKE 2011a). Von 2005 bis 2009 gab die GEKE einen eigenen Europa-Newsletter, die GEKE-Europa-Info aus Brüssel, heraus (vgl. GEKE 2011b).

3. Fazit: Kirchliche Dachorganisationen mit EU-Bezug

Kirchen haben sich zu Dachorganisationen zusammengeschlossen. Heute gibt es drei kirchliche Dachorganisationen, die den politischen Prozess der EU verfolgen und ihre Positionen in den politischen Prozess der EU einbringen: die Dachorganisation der römisch-katholischen Bischofskonferenzen COMECE mit Büro in Brüssel, die Dachorganisation der evangelischen, orthodoxen, anglikanischen und alt-katholischen Kirchen KEK mit ihrer CSC (Büros in Brüssel und Straßburg) und die Dachorganisation der evangelischen Kirchen GEKE mit einem Mitarbeiter, der im CSC-Büro in Brüssel mitarbeitet.

Während alle 23 römisch-katholischen Bischofskonferenzen in der EU Mitglied bei der COMECE sind, sind nicht alle nicht-römisch-katholischen Kirchen mit Hauptsitz in der EU Mitglied der KEK und damit der CSC. Im Folgenden wird nach Kirchenfamilien getrennt gezeigt,

welche Kirchen Mitglied bei der KEK sind. Kirchen, die Mitglied bei der KEK¹⁸⁴ bzw. der CSC sind, werden fett hervorgehoben. Zudem wird durch kursive Schrift gezeigt, welche Kirchen Mitglied der GEKE¹⁸⁵ sind.

Alle sieben orthodoxen Kirchen mit Hauptsitz in der EU bis auf die Bulgarische Orthodoxe Kirche sind Mitglied bei der CSC:

Schaubild 10: Orthodoxe Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl ¹⁸⁶
Bulgarien	Bulgarische Orthodoxe Kirche	4.400.000 ¹⁸⁷
Estland	Orthodoxe Kirche von Estland [autonom]	
Finnland	Orthodoxe Kirche in Finnland [autonom]	61.000
Griechenland	Kirche von Griechenland	10.003.402
Polen	Polnische Autokefale Orthodoxe Kirche	600.000
Rumänien	Rumänische Orthodoxe Kirche	18.806.428
Slowakei	Orthodoxe Kirche in den Tschechischen Ländern und der Slowakischen Republik	75.000
Tschechien	Orthodoxe Kirche in den Tschechischen Ländern und der Slowakischen Republik	
Zypern	Kirche von Zypern	654.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach KEK 2011; ÖRK 2011b.

Von den 56 lutherischen und reformierten Kirchen sind 45 Mitglied bei der CSC und 39 Mitglied bei der GEKE. Fünf lutherische und reformierte Kirchen sind zwar Mitglied bei der GEKE, aber nicht bei der CSC, während zehn CSC-Mitglieder keine GEKE-Mitglieder sind:

Schaubild 11: Evangelische Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC und GEKE

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl
Belgien	<i>Vereinigte Protestantische Kirche in Belgien</i>	50.000
	Belgische Lutherische Kirche: Pays d'Arlon und Christliche Mission	814
Dänemark	<i>Evangelisch-Lutherische Kirche in Dänemark</i>	4.500.000
	<i>Reformierte Synode in Dänemark</i>	
Estland	<i>Estnische Evangelisch-Lutherische Kirche</i>	200.000
	<i>Estnische Evangelisch-Lutherische Kirche im Ausland</i>	11.000
Finnland	<i>Evangelisch-Lutherische Kirche Finnland</i>	4.400.000
Frankreich	<i>Kirche A. B. von Elsass und Lothringen</i>	210.000
	<i>Evangelisch-Lutherische Kirche in Frankreich</i>	36.000
	<i>Reformierte Kirche von Elsass und Lothringen</i>	35.000
	<i>Reformierte Kirche von Frankreich</i>	350.000
Deutschland	<i>Evangelische Kirche in Deutschland</i>	26.211.000
	Evangelische Brüder-Unität	
Großbritannien	<i>Kirche von Schottland (Kirk) (presbyterianisch)</i>	1.149.000
	Kongregationalistische Vereinigung des Vereinigten Königreichs	

¹⁸⁴ Die Angaben zu den Mitgliedskirchen der KEK basieren auf KEK 2011.

¹⁸⁵ Die Angaben zu den Mitgliedskirchen der GEKE basieren auf GEKE 2012c.

¹⁸⁶ Die Mitgliederzahl wird angegeben, soweit darüber Informationen vorliegen. Zu den Mitgliederzahlen der orthodoxen Kirchen siehe ÖRK 2011c (Ausnahme: Mitgliederzahl der bulgarischen orthodoxen Kirchen).

¹⁸⁷ Die Mitgliederzahl der bulgarischen orthodoxen Kirche basiert auf Auswärtiges Amt 2011.

	Presbyterianische Kirche von Wales	36.251
	Lutherische Kirche in Großbritannien	2.745
	Lutherischer Rat Großbritanniens	179.300
	Vereinigte Reformierte Kirche	85.000
	<i>Vereinigte Freie Kirche von Schottland</i>	4.400
	Union Walisischer Unabhängiger	31.000
Griechenland	Griechisch-Evangelische Kirche	5.000
Irland	Presbyterianische Kirche in Irland	300.000 ¹⁸⁸
	<i>Evangelische-Lutherische Kirche in Irland</i>	377
Italien	Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien	7.000
	Evangelische Waldenser-Kirche	25.000
Lettland	Evangelisch-Lutherische Kirche von Lettland	39.000
	Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands im Ausland	25.000
	Reformierte Kirche in Lettland	
Litauen	Evangelisch-Lutherische Kirche in Litauen	20.000
	<i>Synode der Evangelischen Reformierten Kirche – Litauischer Bund</i>	
Luxemburg	Allianz der Protestantischen Kirchen in Luxemburg	
Niederlande	Protestantische Kirche in den Niederlanden	2.500.000
	Remonstrantische Bruderschaft	10.000
Österreich	Evangelische Kirche A. B. in Österreich	324.296
	Reformierte Kirche Österreich	
	<i>Evangelische Kirche Helvetischen Bekenntnisses</i>	
Polen	Evangelische Kirche A. B. in Polen	80.000
	Evangelisch-Reformierte Kirche in Polen	
Portugal	Presbyterianische Kirche in Portugal	3.000
Rumänien	Evangelische Kirche A. B. in Rumänien	14.543
	Evangelisch-Lutherische Kirche in Rumänien	33.000
	Reformierte Kirche in Rumänien	560.000
Slowakei	Evangelische Kirche A. B. in der Slowakei	372.858
	Reformierte Christliche Kirche in der Slowakei	109.753
Slowenien	Evangelische Kirche A.B. in der Slowenischen Republik	20.000
	Reformierte Kirche in Slowenien	
Spanien	Spanische Evangelische Kirche (reformiert)	2.700
Schweden	Kirche von Schweden	7.200.000
	Schwedische Missionskirche (reformiert)	63.000
Tschechien	Tschoslowakische Hussitische Kirche	99.103
	Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder	117.000
	Herrnhuter-Kirche in der Tschechischen Republik	
	Schlesische Evangelische Kirche A. B. in der Tschechischen Republik	30.000
Ungarn	Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn	305.000
	Refomierte Kirche in Ungarn	620.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach GEKE 2012d; KEK 2011; Lutherischer Weltbund 2011; ÖRK 2011b, ÖRK 2011d; ÖRK 2011e; ÖRK 2011f; World Alliance of Reformed Chuches Europe 2011.

Lediglich eine mennonitische und zehn baptistische Kirchen sind CSC-Mitglieder:

¹⁸⁸ Die Angaben zur Mitgliederzahl basieren auf Presbyterianische Kirche in Irland 2012.

Schaubild 12: Mennonitische und Baptistische Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl
Belgien	Mennonitisches Zentrum Brüssel	35
	Bund der Baptisten in Belgien	
Bulgarien	Baptistenbund von Bulgarien	5.515
Dänemark	Baptistenbund von Dänemark	5.350
Estland	Bund der Freien Evangelischen und Baptistischen Kirchen von Estland	6.057
Finnland	Finnischer Baptistenbund	691
Frankreich	Vereinigung der Evangelischen Mennonitischen Kirchen von Frankreich	2.100
	Bund der Evangelischen Baptistischen Kirchen von Frankreich	6.505
Deutschland	Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland	5.417
	Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Brüdergemeinden in Deutschland	1.623
	Bruderschaft der Christengemeinde in Deutschland	20.000
	Bund Taufgesinnter Gemeinden	6.356
	Mennoniten Brüdergemeinden	4.520
	Mennoniten Kirchengemeinden	445
	Verband der Evangelischen Freikirchen Mennonitischer Brüdergemeinden in Bayern	306
	Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (Baptisten)	82.664
Großbritannien	Britische Konferenz der Mennoniten	25
	Brüder in der Christuskirche (mennonitisch)	266
	Baptistenbund von Großbritannien	132.703
	Baptistenbund von Schottland	12.000
	Kongregationalistische Vereinigung von Großbritannien	
	Baptistenbund von Wales	12.813
Irland	Amische Mennoniten Gesellschaft	25
Italien	Evangelische Mennonitische Italienische Kirche	250
	Bund der Christlich-Evangelischen Baptisten Italiens	6.200
Lettland	Baptistenbund von Lettland	6.523
Litauen	Freie Christliche Kirchen (mennonitisch)	200
	Baptistenbund von Litauen	363
Niederlande	Freie Christliche Kirchen (mennonitisch)	9.000
	Bund der Baptistischen Kirchen in den Niederlanden	10.674
Malta	Evangelische Baptistenkirche von Malta	
Österreich	Mennonitische Freikirche Österreich	424
	Baptistenbund von Österreich	1.467
Polen	Baptistenbund von Polen	4.871
Portugal	Bund der Mennonitischen Kirchen von Portugal	150
	Baptistengesellschaft in Portugal	4.700
Rumänien	Amische Kirche- Rumänien	44
	Baptistenbund in Rumänien	98.672
	Gesellschaft der Ungarischen Baptistenkirchen in Rumänien	8.954
Slowakei	Bund Freier Evangelischer Gemeinden	
	Brüderliche Baptistenunion in der Slowakei	1.974
Slowenien	Bund der Baptistenkirchen in Slowenien	160
Spanien	Vereinigung von Mennoniten und Brüder in Christus in Spanien	308
	Verband der Evangelischen Baptisten in Spanien	11.044
Schweden	Baptistenbund von Schweden	17.500
	Evangelische Freikirchen	32.500
Tschechien	Baptistenbund in Tschechien	2.343
Ungarn	Baptistenbund von Ungarn	11.854

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach European Baptist Federation 2011; KEK 2011; Mennonitische Weltkonferenz 2011; ÖRK 2011b.

Alle sechs anglikanischen Kirchen mit Hauptsitz in der EU sind Mitglied bei der CSC:

Schaubild 13: Anglikanische Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl ¹⁸⁹
Großbritannien	Kirche von England	25.000.000
	Schottische Episkopalkirche	44.280
	Kirche in Wales	78.000
Irland	Kirche in Irland	365.000
Portugal	Lusitanische Katholisch-Apostolische Evangelische Kirche	5.000
Spanien	Spanische Reformierte Episkopalkirche	5.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach KEK 2011; ÖRK 2011g.

Alle drei methodistischen Kirchen sind sowohl CSC-Mitglied als auch GEKE-Mitglied, während die Heilsarmee lediglich CSC-Mitglied ist:

Schaubild 14: Methodistische Kirchen und die Heilsarmee und ihre Mitgliedschaft bei CSC und GEKE

EU-Staat	Kirche	Mitgliederzahl ¹⁹⁰
Großbritannien	Methodistische Kirche	293.661
	Heilsarmee ¹⁹¹	
Irland	Methodistische Kirche	60.000
Italien	Methodistische Kirche	4.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Heilsarmee 2011; KEK 2011; ÖRK 2011b; ÖRK 2011h.

Alle sechs alt-katholischen Kirchen sind Mitglieder bei der CSC:

Schaubild 15: Alt-katholische Kirchen und ihre Mitgliedschaft bei CSC

EU-Staat	Kirchen	Mitgliederzahl ¹⁹²
Deutschland	Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland	25.000
Niederlande	Alt-Katholische Kirche der Niederlande	10.000
Österreich	Altkatholische Kirche Österreichs	14.621
Polen	Polnischkatholische Kirche	20.000
	Altkatholische Kirche der Mariaviten in Polen	29.000
Tschechien	Altkatholische Kirche in der Tschechischen Republik	

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach KEK 2011; ÖRK 2011b; ÖRK 2011j.

Nur sieben der acht orthodoxen, 45 der 56 lutherischen und reformierten Kirchen und elf der 48 baptistischen und mennonitischen Kirchen, aber alle sechs alt-katholischen, die drei methodistischen Kirchen und die Heilsarmee und alle sechs anglikanischen Kirchen mit Hauptsitz in der EU sind Mitglied bei der KEK bzw. der CSC. Nicht alle Kirchen mit Hauptsitz in einem EU-Staat haben sich folglich in dem Sinne europäisiert, dass sie Mitglied einer Dach-

¹⁸⁹ Die Angaben zur Mitgliederzahl basieren auf ÖRK 2011g.

¹⁹⁰ Die Angaben zu den Mitgliederzahlen basieren auf ÖRK 2011h.

¹⁹¹ Das International Headquarter der Heilsarmee ist in London. Die Heilsarmee ist in 124 Staaten der Welt aktiv, darunter in 20 EU-Staaten (B, DK, EST, FIN, F, D, GR, IRL, I, LIT, NL, A, PL, P, RO, E, S, CZ, HU) (vgl. Heilsarmee 2011). Weltweit hat sie 1,6 Millionen Mitglieder (vgl. ÖRK 2011i).

¹⁹² Die Angaben zur Mitgliederzahl basieren auf ÖRK 2011j.

organisation mit EU-Bezug wurden, die Interessenvertretung gegenüber den EU-Organen betreibt. Von den evangelischen Kirchen sind 39 lutherische und reformierte Kirchen und drei methodistische Kirchen Mitglieder bei der GEKE, einer Dachorganisation, die erst seit 2001 entschieden hat, gemeinsam mit der CSC die Präsenz der evangelischen Stimme in Europa ausbauen.

B. Strategien der administrativen Reform: EU-Referenten, Secondments und Lobbyingbüros

Kirchen können nicht nur Mitglied in einer Dachorganisation werden, sondern sich auch als Organisation anpassen und sich auf die Gegebenheiten eines um die E(W)G- bzw. EU-Ebene erweiterten Handlungsraums einstellen. Dies kann zum einen durch die Benennung von Mitarbeitern, die für die EU-Angelegenheiten zuständig sind, oder durch eine Abteilung für EU-Angelegenheiten geschehen. Zum anderen greifen Kirchen auf die Strategie des Secondments zurück. Sie entsenden jedoch keine Mitarbeiter in die Europäische Kommission (vgl. Knodt 2011: 426-427), sondern zu ihren Dachorganisationen mit E(W)G- bzw. EU-Bezug. Des Weiteren können Kirchen eigene Verbindungsbüros in Brüssel eröffnen. Die Strategien der administrativen Reform werden im Folgenden nach Kirchenfamilie getrennt analysiert.

1. Die römisch-katholischen Kirchen

Im Jahr 1970 ernannte und akkreditierte der *Heilige Stuhl* einen Apostolischen Nuntius, das heißt einen Botschafter, bei den Europäischen Gemeinschaften (vgl. Massignon 2007: 34). Diese Funktion sowie diejenige eines Beobachters beim Europarat übernahm der Gesandte des Heiligen Stuhls in Belgien und Luxemburg zusätzlich (vgl. Weninger 2007: 148-149). Am 27.06.1996 wurde ein Gesandter eigens für die Europäische Union berufen, der jedoch erst ab 21.01.1999 – nach zweieinhalb Jahren Interimsmanagement – seinen Dienst aufnahm (vgl. Weninger 2007: 149). Der Nuntius steht mit der COMECE in engem Kontakt, was die inhaltliche Arbeit betrifft, und ist auch formal nach den Statuten eingebunden.

Im ständigen Sekretariat der COMECE in Brüssel sind drei Bischofskonferenzen auf besondere Weise vertreten: die *Österreichische* und die *Italienische Bischofskonferenz* finanzieren jeweils einen Mitarbeiter, der im Sekretariat der COMECE mitarbeitet und die jeweilige Bischofskonferenz gegenüber der EU vertritt. Die Österreichische Bischofskonferenz hatte 1997 zunächst ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet, welches 2003 in die COMECE eingeglie-

dert wurde (vgl. Österreichische Bischofskonferenz 2011). Sie stellt ein Jahresbudget von 65.560 Euro für die Interessenvertretung auf EU-Ebene zur Verfügung (vgl. Österreichische Bischofskonferenz 2012). Die Position des Beraters für institutionelle Angelegenheiten wird traditionell mit einem *deutschen* Staatsbürger besetzt.

Diese drei nationalen Bischofskonferenzen haben sich auch an ihrem Heimatsitz administrativ auf die EU eingestellt. Die *Österreichische Bischofskonferenz* (ÖBK) beschäftigt neben dem EU-Referenten, der bei der COMECE arbeitet, auch einen EU-Beauftragten im Generalsekretariat der Organisation in Wien. Die *Deutsche Bischofskonferenz* (DBK) hat mit dem Kommissariat der deutschen Bischöfe, dem Katholischen Büro in Berlin, ein Verbindungsbüro, das die politische Entwicklung beobachtet und die Vorbereitung von Gesetzgebungsmaßnahmen sachkundig begleitet (vgl. DBK 2011a). In diesem Lobbyingbüro wurde auch eine Referentenstelle für EU-Angelegenheiten geschaffen. Darüber hinaus verfügt die DBK über eine bischöfliche Arbeitsgruppe Europa, der fast alle Bischöfe der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen sowie Berater angehören und die einmal im Jahr in Brüssel tagt und sich mit Abgeordneten des EPs und Kommissionsbeamten trifft (vgl. Interview DBK). Dieses Modell der bischöflichen Arbeitsgruppe ist in der EU einmalig (vgl. Interview DBK). Die *Italienische Bischofskonferenz* (IBK) hat ebenfalls ein größeres Büro in Italien, das sich nur mit EU-Fragen beschäftigt (vgl. Interview COMECEa). Ob andere Bischofskonferenzen einen Referenten für EU-Angelegenheiten haben, ist nicht bekannt (vgl. Interview COMECEb; Interview DBK).

Die 23 Bischofskonferenzen auf dem Gebiet der EU pflegen wenig institutionellen Kontakt untereinander, wenn es um EU-Fragen geht (vgl. Interview DBK). So hat die DBK nur halbjährlichen Kontakt zu Mitarbeitern anderer Bischofskonferenzen. Die Vernetzung geschieht meist nur am Rande der COMECE-Vollversammlung, die im Frühjahr und im Herbst stattfindet (vgl. Interview DBK).

Die DBK unterhält eigene Kontakte, d. h. nicht über die COMECE, zu Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene) und zu Mitarbeitern von Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MEPs). Die Kontakthäufigkeit wird mit „mehr als drei Mal im Monat“ angegeben. Zu Kommissaren und zu MEPs besteht monatlicher Kontakt (vgl. Interview DBK). Ob auch die ÖBK und die IBK eigene Kontakte haben, die nicht über die zur COMECE entsendeten Mitarbeiter laufen, ist nicht bekannt.

2. Die evangelischen Kirchen

“I could say that maybe one third of the member churches has more or less a person nominated to deal with (...) European affairs” (Interview CSCa). Nur in wenigen Mitgliedskirchen der CSC gibt es Mitarbeiter, deren offizieller Positionstitel einen Verweis auf die EU beinhaltet (vgl. Interview CSCa). Vielmehr sind es Mitarbeiter wie beispielsweise Berater von Bischöfen, deren Aufgabenbereich neben vielen anderen Tätigkeiten auch EU-Angelegenheiten umfasst.

Einmal im Jahr findet das „Europe Secretaries Meeting“ bzw. das „Annual Meeting of Church and Society Secretaries of European Churches“ der CSC-Mitglieder statt (vgl. Interview CSCa). Nicht alle Mitgliedskirchen der KEK entsenden einen Referenten zu diesem Treffen. Der Fokus liegt auf Kirchen aus den Mitgliedskirchen der EU.

Administrative Reform

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) – die mitgliederstärkste Kirche nach der römisch-katholischen Kirche in der EU (vgl. Hatzinger 2010: 2) und eine nationale Dachorganisation bestehend aus 22 Landeskirchen – hat eine Abteilung im Kirchenamt in Hannover, die sich mit EU-Politik sowie mit den Beziehungen zur KEK und zur GEKE beschäftigt (vgl. EKD 2011a). Im Jahr 1990 hat die EKD ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet (zur Motivation und zur Funktion des Büros in Brüssel siehe unten). Gleichzeitig hat der Rat der EKD eine „Arbeitsgruppe Europafragen“ gebildet, die aktuelle EWG-Fragen regelmäßig besprechen und eine Meinungsbildung der zuständigen EKD-Gremien vorbereiten soll (vgl. Brenner 1996: 124-125). Das Gremium sollte die vom Verbindungsbüro in Brüssel gemachten Beobachtungen der Entwicklungen des Rechts in der EWG auswerten und gegebenenfalls kirchliche Initiativen vorbereiten (vgl. Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1995: 101). Im Jahr 1991 bildete die Synode der EKD einen „Europaausschuss“ (vgl. Brenner 1996: 124), der Beschlussvorlagen zur Beratung und Beschlussfassung durch die Synode erarbeitet (vgl. EKD 2011b). Einen Referenten für EU-Angelegenheiten gibt es in Deutschland nicht, sondern Referenten für unterschiedliche Fachgebiete wie Asylfragen, Frieden, etc. (vgl. Interview EKDa). Das „Kompetenzzentrum Europa“ der EKD ist das Verbindungsbüro in Brüssel (vgl. Interview EKDa). „Es gibt einen Referenten für Europarecht, [...] aber nicht für Europa-Fragen generell“ (Interview EKDa).

Die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland hat eine Referentenstelle für EU-Angelegenheiten im Generalsekretariat der Kirche in Helsinki geschaffen. „The Legal Advisor on EU Affairs, working in the Cabinet of the Secretary General, is responsible for monitoring and coordinating EU affairs and prepares the Church’s statements on various EU issues. The Legal Advisor [...] is responsible for

communication with the European Institutions and the state administration in EU affairs“ (Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland 2009: 10-11). Daneben besteht zum einen eine Arbeitsgruppe zur EU, die aktuelle EU-Angelegenheiten diskutiert und über Reaktionen entscheidet. Ihr Vorsitzender ist der Generalsekretär der Kirche. Zum anderen gibt es einen Beratenden Ausschuss zu EU-Angelegenheiten, der zweimal im Jahr tagt und aus Vertretern der Kirche und aus nicht-kirchlichen Experten besteht (vgl. Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland 2009: 11). Die Evangelische Lutherische Kirche in Finnland hatte bis 2005 eine Repräsentantin, die EU-Angelegenheiten von London aus verfolgte und einmal im Monat nach Brüssel kam (vgl. Jenkins 2002: 31). Von 2006 bis 2011 hat sie gemeinsam mit der Kirche von Schweden eine Mitarbeiterin in das CSC-Büro in Brüssel entsandt (siehe unten).

Die Kirche von Schweden hat verfügt, dass ein Drittel ihrer Beiträge an die KEK weiter an die CSC fließen (vgl. Jenkins 2002: 30).

Secondments in der Dachorganisation

Einige Mitglieder der CSC haben Mitarbeiter in die Büros der CSC in Straßburg oder Brüssel entsendet. Diese Mitarbeiter werden von der nationalen Kirche bzw. von nationalen Kirchen, die zu diesem Zweck kooperieren, finanziert. Sie sind nicht bei der Dachorganisation angestellt.

Das Straßburger Büro der Konferenz der Kirchen am Rhein wurde nach der Konferenz von Interlaken im Jahr 1982 zum Büro der ECCSEC. Bis 1990 wurde die Teilzeitstelle und ab 1990 wurde die Vollzeitstelle von der Kirche A. B.¹⁹³ von Elsaß und Lothringen bezahlt (vgl. E-Mail des CSC-Büros Straßburg an die Verfasserin vom 12.04.2012). Die Mitarbeiterstelle in Vollzeit im CSC-Büro in Straßburg wird bis heute von der Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen – und ist damit, wenn man so will, das längste Secondment von Seiten einer Mitgliedskirche.

Die presbyterianische Kirche von Schottland finanzierte von 1991 bis 1994 eine Vollzeitstelle und von 1994 bis 1999 eine Teilzeitstelle im EECCS-Büro in Brüssel (vgl. Jenkins 2002: 7-9). Von 1999 bis 2002 unterstützte die Presbyterianische Kirche in den USA eine Vollzeitstelle (vgl. Jenkins 2002: 9).

¹⁹³ „A. B.“ steht für „Augsburger Bekenntnis“ und weist damit auf eine lutherische Kirche hin. Das „Augsburger Bekenntnis“ gehört zu den wichtigsten theologischen Schriften der Reformationszeit.

Von 2003 bis 2009 finanzierten vier Kirchen aus Großbritannien und Irland (Kirche von Schottland, Britische Methodistische Kirche, Heilsarmee und Presbyterianische Kirche in Irland) einen Mitarbeiter im CSC-Büro in Brüssel (vgl. CSC 2010a: 17).

Von 2006 bis 2011 stellten die schwedische Kirche und die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland gemeinsam eine Referentin bei der CSC zur Verfügung (vgl. Schnabel 2003: 244). Dies ist ein Teil der Vereinbarung der beiden nordischen (Staats)Kirchen und der CSC, enger zusammenzuarbeiten in Fragen, die Europa und die Europäischen Institutionen betreffen (vgl. KEK 2007: 17).

Das Verbindungsbüro der EKD in Brüssel

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hatte bereits in den 1960-er Jahren über eine eigene Vertretung in Brüssel nachgedacht, diese Pläne aber nach Gesprächen mit den ökumenischen Partnern nicht verwirklicht (siehe oben). Mit Blick auf die mit der EEA einhergehende neue Phase der europäischen Integration wurden ab Winter 1988 in der EKD Zweifel geäußert, ob die EECCS für die neuen Aufgaben ausreichend gewappnet sei (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75). Mehr und mehr verstärkte sich der Eindruck bei der EKD, dass die spezifischen Gegebenheiten der deutschen staatskirchenrechtlichen Situation nicht genügend berücksichtigt und gegenüber den EWG-Organen energisch genug vorgetragen werden konnten (vgl. Hatzinger 2010: 1). „[W]ir sind [...] eine der wenigen Kirchen, in denen [...] die kirchliche Autonomie, [...] in Form des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts, so geschützt ist [...] verfassungsmäßig, wie man das sonst kaum in der Form findet. [D]araus leiten sich natürlich [...] besondere Sensibilitäten ab, die [...] dazu geführt haben, dass die EKD vor 20 Jahren schon gesagt hat: ‚Wir brauchen ein eigenes Büro, weil die ökumenische Ebene [...] diese Eigeninteressen der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht [...] in der Form wahrnehmen kann, wie wir das können‘. [D]a geht es insbesondere um Fragen des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts, die sich dann [vor allem; LK] im kirchlichen Arbeitsrecht [...] wiederfinden. [...] [D]ass das kirchliche Selbstbestimmungsrecht nach deutscher [...] Machart [...] in Brüssel bekannt bleibt und [...] geachtet wird, dass ist [...] eine unserer Kernaufgaben und die kann man am Besten selbst wahrnehmen“ (Interview EKDa). Die EKD war bestrebt, das deutsche Staatskirchenrecht gegen unerwünschte Veränderungen durch das europäische Gemeinschaftsrecht zu verteidigen (vgl. Hatzinger 2009a). Sie empfand es, so der Direktor der EECCS, Keith Jenkins, als nicht möglich, den Haushalt der EECCS über ihren Beitrag hinaus – die EKD ist der größte Beitragszahler – noch weiter zu verzerren, indem sie eine volle Stelle bei der EECCS finanzieren würde, und sie konnte von anderen Kirchen nicht erwarten, für die Verteidigung deutscher Interessen zu zahlen (vgl. Jenkins 2002: 6). Die Debatte um die Datenschutz-Richtlinie (95/46/EG) gab den Ausschlag: Im September 1990 eröffnete die EKD ein Büro in Brüssel (vgl. Hatzinger 2009a).

Die Datenschutz-Richtlinie berührte die Frage nach der Offenlegung der Konfessionszugehörigkeit (vgl. Hatzinger 2009b). „Wäre sie wie ursprünglich geplant umgesetzt worden, wäre die Konfessionszugehörigkeit dem Datenschutz unterworfen worden und das deutsche Kirchensteuersystem in seiner jetzigen Form nicht länger haltbar gewesen“ (Hatzinger 2009a). Vor diesem Hintergrund ist die Leitung der Dienststelle in Brüssel immer mit einem Volljuristen besetzt (vgl. Hatzinger 2009b). Die Einrichtung des EKD-Büros „hatte ursprünglich rein egoistische Gründe in Anführungszeichen, denn das europäische Recht macht [...] vor dem Selbstbestimmungsrecht der Kirchen, wie wir es aus dem Grundgesetz kennen, nicht halt“, so Katrin Hatzinger, Leiterin der Dienststelle Brüssel seit 2008 (Hatzinger 2009b). „Neben dieser Sicherung unseres Eigeninteresses beschäftigen wir uns heute in der Dienststelle [in Brüssel; LK] [...] auch mit dem ganzen Themenkomplex Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen. Das heißt, wir wollen uns auch um Gottes Willen politisch einmischen [...] und unsere Stimme erheben, wenn Themen betroffen sind, die die Kirche etwas angehen“ (Hatzinger 2009b). Die Dienststelle Brüssel ist neben der Dienststelle Berlin ein Referat des Bevollmächtigten des Rates der EKD (vgl. EKD 1996-2011b). Der Bevollmächtigte des Rates der EKD vertritt die EKD gegenüber staatlichen Stellen und europäischen Institutionen (vgl. Brenner 1996: 124). Das Verbindungsbüro in Brüssel ist „die kleine diplomatische Vertretung der Evangelischen Kirche in Deutschland“ (Interview EKDa). Es hatte 2009 fünf Mitarbeiter (vgl. Hatzinger 2009b). Im Jahr 2012 ist das EKD-Büro in Brüssel mit acht Mitarbeitern (davon fünf Referenten) ausgestattet. Die Aufgaben sind Information, Repräsentation und Sichtbarmachen von kirchlicher Arbeit in einem politischen Umfeld (vgl. Interview EKDa). Das EKD-Büro informiert die EKD und ihre 22 Landeskirchen über die Entwicklungen auf EU-Ebene. Dazu gibt das EKD-Büro einerseits einen Newsletter, der alle zwei bis drei Monate erscheint, heraus. Andererseits informiert das Verbindungsbüro das Kirchenamt in Hannover und das Büro des Bevollmächtigten des Rates in Berlin durch so genannte Vermerke. In diesen Berichten werden bestimmte Themen aufgearbeitet und aus evangelischer Sicht bewertet. Aus diesen Informationen werden Handlungsoptionen in Rücksprache mit der Dienststelle in Berlin und dem Kirchenamt abgeleitet (vgl. Interview EKDa). „[D]a ist unser Handlungsfeld sehr weit, weil der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche wirklich das gesamte gesellschaftliche Handeln umfasst, [...] insbesondere [...] einen sozialanwaltlichen Auftrag. [G]erade gesellschaftlichen Gruppen, die sich keine eigene Lobby in Brüssel leisten können, [...] versuchen wir Gehör zu verschaffen“ (Interview EKDa). Die Repräsentation umfasst die Vertretung der EKD auf EU-Ebene, das Engagement in europapolitischen Debatten und die Information über die EKD gegenüber administrativen und politischen Akteuren sowie gegenüber anderen Organisationen (vgl. Interview EKDa). Das Sichtbarmachen von kirchlicher Arbeit in einem politischen Umfeld ist die dritte Aufgabe des EKD-Büros. Das Verbindungsbüro versteht sich als Multiplikator der europäi-

schen Idee, organisiert Veranstaltungen in Brüssel und macht Erwachsenenbildung¹⁹⁴ (vgl. Interview EKDa). Das EKD-Büro Brüssel hat nach eigenen Angaben ein Jahresbudget von 1.033.700 Euro (vgl. EKD 2011c).

Im Jahr seiner Eröffnung hat das EKD-Büro eine Kooperationsvereinbarung mit der EECCS abgeschlossen. Mit der Revision der Kooperationsvereinbarung im Jahr 1995 wurde die Leitung des EKD-Büros assoziiertes Mitglied der EECCS (vgl. Jenkins 2002: 29). Die Einrichtung eines eigenen Büros der EKD in Brüssel wurde von den anderen Mitgliedskirchen der EECCS kritisch beäugt, die sich bislang rühmten, dass eine ihre Stärken und Quellen von Glaubwürdigkeit und Respekt im Dialog mit den E(W)G- Organen darin bestand, gerade keine Eigeninteressen zu haben (vgl. Jenkins 2002: 6). Zudem wurde befürchtet, dass die Brüsseler Gesprächspartner Schwierigkeiten haben könnten, den unterschiedlichen Status einer Person zu verstehen, die zwar für eine evangelische Kirche spricht, aber nicht von der EECCS kommt (vgl. Jenkins 2002: 6). „The distrust and discomfort that initially reigned amongst some EECCS members at the idea of the EKD setting up its own office has dissipated with the evidence that EECCS itself was benefiting from this office” (Heider-Rottwilm 2002: 76).

Das Zusammenspiel – auch im Hinblick auf eine Positionsentwicklung – zwischen dem EKD-Büro in Brüssel und der Organisation in Deutschland wird folgendermaßen beschrieben: „Die ganze Arbeit wird hier [in Brüssel; LK] vorbereitet, [...] dann [...] inhaltlich noch mal gefüllt mit dem Expertenwissen, was in Deutschland dazu sitzt. [M]anchmal gibt es eben auch keine evangelische Position, manchmal entwickeln wir die [...] erst, manchmal [...] kann man [...] auf [...] Dokumente [zurückgreifen; LK]. Klar wir arbeiten natürlich [...] mit den Denkschriften der EKD. Wir haben engen [Kontakt] zu den Kammern der EKD [...] und versuchen dieses [...] vorhandene Wissen [...] einfließen zu lassen in die Positionspapiere hier. [D]as ist immer eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Deutschland und Europa [...], [...] wobei der Impuls immer von unserer Dienststelle ausgeht“ (Interview EKDa).

Das EKD-Büro in Brüssel ist als Ableger der EKD eine Körperschaft öffentlichen Rechts und in Brüssel wie die Verbindungsbüros der deutschen Bundesländer organisiert (vgl. Interview EKDa).

¹⁹⁴ „Wir betreuen sehr viele kirchliche Besuchergruppen, die [...] nach Brüssel kommen, organisieren auch zum Teil Programme, Begegnungen mit Abgeordneten, Kommissionsbeamten, Termine in den Institutionen selbst, um [...] das Wissen um Europa innerhalb der Kirche zu verbreitern“ (Interview EKDa).

3. Die anglikanischen Kirchen

Von den sechs anglikanischen Kirchen mit Hauptsitz in der EU hat – soweit ersichtlich – lediglich die Kirche von England ihren Wahrnehmungshorizont und ihren Handlungsraum um die E(W)G- bzw. EU-Dimension erweitert.

Secondment

Von 1989 bis 2001 entsandte die Kirche von England einen Teilzeit-Mitarbeiter als associate secretary in das EECCS-Büro in Straßburg, der die Funktion des Repräsentanten des Erzbischofs von Canterbury (als Primas der Anglikanischen Gemeinschaft¹⁹⁵) bei den Europäischen Institutionen innehatte (vgl. Barnett 2005b: 36; Barnett 2005c: 220). Wenn man so will, vertrag der Repräsentant, der von der Kirche von England finanziert wurde, alle sechs anglikanischen Kirchen mit Hauptsitz in der EU. Daneben war der jeweilige Mitarbeiter Pfarrer und Kaplan der anglikanischen Gemeinde in Straßburg (vgl. Jenkins 2002: 10). Der Repräsentant hatte die Aufgabe, den Europarat und die Organe der E(W)G, insbesondere das Europäische Parlament, zu beobachten, die Kirche von England zu informieren und in Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern zu treten (vgl. Barnett 2005b: 36; Barnett 2005c: 224-225). Ihm wurde eine Advisory Group, bestehend aus dem Generalsekretär der Generalsynode der Kirche von England, dem Sekretär für ökumenische Angelegenheiten des Erzbischofs von Canterbury (für die Anglikanische Gemeinschaft) und dem Wahlbischof in der Diözese in Europa (für die Pfarrgemeinde in Straßburg), zur Seite gestellt (vgl. Barnett 2005c: 221-222). Die Stelle des Repräsentanten bei der Europäischen Institutionen entfiel 2002 aufgrund finanzieller Knappheit in der Kirche von England (vgl. Barnett 2005c: 223). Ab 2002 war der Kaplan von Straßburg zwar assoziiertes Mitglied der CSC in Teilzeit, jedoch nicht in der Funktion des Repräsentanten des Erzbischofs von Canterbury (vgl. Barnett 2005b: 36).

Administrative Anpassung

Die Kirche von England hat erst 2005 – und damit 32 Jahre nach dem Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EWG – eine Struktur geschaffen, um die europäische Integration zu begleiten¹⁹⁶: das Europa-Gremium des Bischofshauses¹⁹⁷ (vgl. Kirche von England 2009: 2; Kirche

¹⁹⁵ Die Anglikanische Gemeinschaft ist der weltweite Dachverband der anglikanischen Kirchen. Sie wird von autonomen Kirchen oder Kirchenprovinzen gebildet, die formal in Gemeinschaft mit dem Bischof von Canterbury stehen.

¹⁹⁶ Die Generalsynode hat vier Mal über Europa debattiert (1972, 1990, 1994, 2004) (vgl. Kirche von England 2004: 4). Die europäische Integration wurde im *Board of Social Responsibility* und durch den Sekretär für *International and Development Affairs* in der Abteilung *Mission and Public Affairs* und den *Council of Christian Unity* begleitet (vgl. Kirche von England 2004: 4-8; 31; 34-35). Schwerpunkt der Arbeit zur EU bis 2005

von England 2012a). „The Panel acts as a point of reference for items affecting the Church of England’s relations with Europe and the European Union institutions which arise in the House of Bishops and the General Synod. The Panel is committed both to monitoring the EU institutions in so far as they affect Church life and practice” (Kirche von England 2009: 3). Ziele des Gremiums sind unter anderem die theologische Reflektion und den Dialog über Europa anzuregen, ein besseres Verständnis über die Möglichkeiten des Einflusses von Bischöfen auf die Prozesse und Politikbereiche des Britischen Europa-Engagements zu erhalten, den Dialog mit der Regierung und anderen Entscheidungsträgern sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zu fördern und über ökumenischen Beziehungen der Kirche, die Auswirkungen auf den Arbeitsbereich des Gremiums haben, nachzudenken (vgl. Kirche von England 2009: 3).

„On matters of legal and legislative concern, the Church works ecumenically through CLAS“ (Kirche von England 2012b). Der Churches’ Legislation Advisory Service (CLAS), ein seit 1941 bestehender ökumenischer Dachverband von Kirchen und der jüdischen Gemeinde im Vereinigten Königreich, ist für die Übermittlung von Positionen seiner Mitglieder an politische Entscheidungsträger, darunter die EU-Kommission, zuständig (vgl. Churches’ Legislation Advisory Service 2007-2011). „Its remit is broad but its effectiveness is through gentle influence rather than adoption of pressure group tactics. There is certainly no culture of the Church of England publicly lobbying government” (Hill 2009: 170). CLAS hat ein jährliches Budget von 90.000 Euro (vgl. Churches’ Legislation Advisory Service 2011).

Ein Repräsentant für die Kirche von England

Seit 2008 hat die Kirche von England erneut einen Repräsentanten bei den Europäischen Institutionen. Er ist zugleich Kanoniker der Dreifaltigkeitskathedrale in Brüssel (nicht wie zuvor in Straßburg), so der aktuelle Amtsinhaber Gary Wilton (2010). Die Kirche von England hat kein Verbindungsbüro eröffnet, sondern das Büro des Repräsentanten ist in den Räumen der anglikanischen Gemeinde in Brüssel untergebracht. „Creating a representational office in Brussels in May 2008 provided the Church with a visible presence in Brussels and an opportunity to engage with EU decision makers on a regular basis on matters of import“ (Kirche von England 2009: 4). Die Stelle wird von einem Konsortium, dem die Kirche der Dreifaltigkeit in Brüssel, die Anglikanische Gemeinschaft, der Bischof von London sowie Christian Aid angehören, finanziert (vgl. Giddings 2008: 5). Das Europa-Gremium des Bischofshauses arbeitet eng mit dem Repräsentanten zu-

war die Betreuung der Kirchenmitglieder auf dem europäischen Festland und die ökumenische Verständigung (vgl. Kirche von England 2004: 15-37).

¹⁹⁷ Das House of Bishops ist eines der drei Häuser der Generalsynode. Es besteht aus 52 Bischöfen. „The House’s agendas range widely reflecting matters relating to the exercise of episcopate in the Church, but it has a special role under Article 7 of the Constitution of the General Synod for matters relating to doctrine and liturgy.” (Kirche von England 2012).

sammen. Der Repräsentant der Kirche von England ist zudem assoziiertes Mitglied der CSC (vgl. CSC 2009a: 17).

4. Die orthodoxen Kirchen

Der erste Staat mit mehrheitlich orthodoxer Bevölkerung, der der EWG beitrat, war im Jahr 1981 Griechenland. Erst im Jahr 2004 mit Zypern und im Jahr 2007 mit Rumänien und Bulgarien sind drei weitere Staaten mit mehrheitlich orthodoxer Bevölkerung der EU beigetreten. Die orthodoxen Kirchen haben nicht von der Möglichkeit eines Secondments in der Dachorganisation CSC bzw. EECCS Gebrauch gemacht. Sie haben eigene Verbindungsbüros in Brüssel eröffnet.

Administrative Reform

Die erste orthodoxe Kirche, deren Heimatstaat der EWG beitrat, war die orthodoxe *Kirche von Griechenland*. Sie entschied im Jahr 1980 und damit ein Jahr vor dem Beitritt Griechenlands zur EWG einen Ausschuss zu bilden, der – in Zusammenarbeit mit dem griechischen Ministerium für Erziehung – europäische Fragen begleiten sollte (vgl. Massignon 2007: 65). Dem Spezialausschuss für die Beobachtung europäischer Angelegenheiten gehören sechs Mitglieder an. Er wird von einem Sekretär unterstützt (vgl. Kirche von Griechenland 2011).

Die Verbindungsbüros in Brüssel

Als EU-Abteilung der Synode der *Kirche von Griechenland* fungiert das 1998 eröffnete Verbindungsbüro in Brüssel (vgl. Interview Kirche von Griechenland). Dieses war zunächst mit einem Priester besetzt. Im Jahr 2000 entschied die Kirche von Griechenland, das Verbindungsbüro auszubauen: Die Leitung wurde einem Bischof übertragen und der Mitarbeiterstab wurde auf insgesamt drei Mitarbeiter erweitert. Ausschlaggebend für die Ersetzung des Priesters durch einen Bischof war die hierarchische Entscheidungsstruktur der Kirche von Griechenland: Bis 2000 führte ein Priester Anweisungen von in Griechenland sitzenden Bischöfen aus, die nicht auf die Gegebenheiten in Brüssel anwendbar waren (vgl. Böllmann 2010: 221). Seit 2000 ist der Direktor des Verbindungsbüros in Griechenland Metropolit Athanasios von Achaia.

Die Kirche von Griechenland eröffnete ein Verbindungsbüro in Brüssel aus zwei Gründen. Zum einen war ausschlaggebend, dass 97% der Griechen Mitglieder der Kirche von Griechenland sind und Griechenland der erste EU-Mitgliedsstaat mit orthodoxer Tradition war (vgl. Interview Kirche von Griechenland). Zum anderen wollte die Kirche von Griechenland ihre

Eigenständigkeit gegenüber der EECCS und gegenüber dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel, das 1995 ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet hatte, demonstrieren. „The Ecumenical Patriarchate thought that it could represent the Church of Greece also. But that was not shared by the majority of the members of the hierarchy of the Synod of the Church of Greece” (Interview Kirche von Griechenland). Das Selbstverständnis der Organisation ist auch der Grund dafür, dass die Kirche von Griechenland nicht ausschließlich bei der CSC mitarbeitet: „The Church of Greece is an identity per se. The Church of Greece has an independent role in Europe as it has a role in Greece itself [...]. [The; LK] [...] church feels that it has to be visible. If we are absent, we are invisible. Something like saying not existent. [I]t is our duty and our role and our mission to participate in the making of a coherent Europe. [...] We are not prepared to let anyone appropriate our independent identity” (Interview Kirche von Griechenland).

Die Ziele des Büros sind: (1) Begleitung und Analyse der Arbeit der EU, des Europarats und der UNESCO, um relevante Bemerkungen und Vorschläge an diese Institutionen zu richten, (2) Beteiligung am Dialog für Frieden, Versöhnung und Zusammenarbeit der Völker in Europa durch Unterstützung der kulturellen und humanistischen Aktivitäten und durch Beitrag zum Zusammenhalt der europäischen Gesellschaft, (3) Unterstützung und Förderung der spirituellen und kulturellen Arbeit der Kirche von Griechenland durch die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen, (4) Pflege und Vertiefung der Beziehung zu Repräsentanten von Kirchen, religiösen Gemeinschaften, NGOs und der Zivilgesellschaft, (5) Beteiligung an Aktivitäten der religiösen, spirituellen, humanitären und finanziellen Solidarität mit den Völkern Europas und dem Rest der Welt zur Förderung der Prinzipien des gegenseitigen Respekts eines gemeinsamen Verständnisses und Solidarität gegen Fremdenfeindlichkeit und ethnische Diskriminierung sowie (6) Organisation von Vorträgen, Seminaren, Arbeitsgruppen, Konferenzen etc. über orthodoxe Tradition, Geschichte, Kunst, Bildung, Theologie und Kommunikation (vgl. Kirche von Griechenland 2010). Das Büro der Kirche von Griechenland hat die Aufgabe, Prinzipien, Werte und Respekt auf die die EU gegründet sein sollte, in den politischen Prozess einzubringen (vgl. Interview Kirche von Griechenland). Das Büro der Kirche von Griechenland hat nach eigenen Angaben ein jährliches Budget von 40.000 Euro (vgl. Kirche von Griechenland 2009).

„According to the Belgian law we represent a church that has a legal entity in Greece“ (Interview Kirche von Griechenland).

Die *Rumänische Orthodoxe Kirche* (RumOK) hatte bereits vor 2002¹⁹⁸ verschiedentlich darüber nachgedacht, eine Vertretung in Brüssel zu eröffnen und auch die Möglichkeit diskutiert,

¹⁹⁸ Rumänien ist der EU im Jahr 2007 beigetreten.

diese im Ökumenischen Zentrum anzusiedeln, hatte die Idee jedoch wegen finanzieller Schwierigkeiten fallengelassen (vgl. Jenkins 2002: 30). Am 01.01.2007 eröffnete die RumOK ein Büro in Brüssel (vgl. Rumänisch-Orthodoxe Kirche 2009a). Die Ziele des Büros umfassen: (1) die Sicherstellung effizienter Kommunikation mit den Organen der EU, (2) die Beobachtung der Aktivitäten der Europäischen Institutionen im Hinblick auf Themen, die von direktem Interesse für die RumOK sein könnten, (3) die Information der RumOK über Pläne der EU, (4) die Sicherstellung der Verbindung zur EU bei einer Unterstützung für soziale, kulturelle oder Bildungsprojekte, (5) die Information der EU über Initiativen der RumOK, (6) die Zusammenarbeit mit rumänischen Institutionen, die involviert sind in den europäischen Aufbau, (7) die Beteiligung an Aktionen der europäischen Kirchen, die die christlichen Werte im Prozess der institutionellen Konsolidierung der Union unterstützen, (8) die Leistung eines Beitrags zur Förderung einer Atmosphäre der inter-orthodoxen, ökumenischen, interreligiösen und interkulturellen Kooperation sowie (9) die Entwicklung von Forschungsprojekten im Bereich europäischer Wissenschaften über inter-orthodoxe, ökumenische, interreligiöse, interethnische und interkulturelle Partnerschaft (vgl. Rumänisch-Orthodoxe Kirche 2009b; meine Nummerierung). „Recently, the Romanian Patriarchate founded an office but the person responsible is not yet here [Januar 2011; LK] because he is a professor in a faculty of theology in Romania” (Interview Kirche von Griechenland). Das Verbindungsbüro der Rumänischen Orthodoxen Kirche hat nach eigenen Angaben ein jährliches Budget von 40.000 Euro (vgl. Rumänisch-Orthodoxe Kirche 2011).

Die Heilige Synode der *Kirche von Zypern* entschied 2007¹⁹⁹, ein Büro in Brüssel zu eröffnen (vgl. Kirche von Zypern 2011). Das Büro befindet sich in einem ehemaligen Gebäude der Ständigen Vertretung der Republik Zypern und wurde am 18.03.2009 eröffnet (vgl. Kirche von Zypern 2011). Die Aufgaben des Büros umfassen: (1) die öffentliche Aufmerksamkeit auf die 35-jährige illegale Okkupation christlicher Gebetsstätten und anderer christlicher Monumente durch türkische Truppen zu lenken und Informationen über die Zerstörung, Entweihung und Plünderung dieser Monumente durch die türkische Armee bereitzustellen, (2) Informationen über Diebstahl und illegalen Export von mehr als 20.000 byzantinischen Ikonen, Fresken und anderer religiöser Reliquien seit 1974 bereitzustellen, (3) alle Themen, die Aktivitäten der EU, Ermittlungen und Entwicklungen betreffen und von Interesse für die Kirche von Zypern sind, mit dem Ziel zu beobachten, Vorschläge zu erarbeiten und an die relevanten europäischen und anderen Autoritäten einzureichen. Des Weiteren möchte die Kirche von

¹⁹⁹ Zypern ist der EU im Jahr 2004 beigetreten.

Zypern (4) am Dialog für Frieden, Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas mitwirken. In diesem Kontext werden kulturelle und humanitäre Aktivitäten unterstützt in Respekt vor der Einzigartigkeit verschiedener nationaler und kultureller Identitäten in Europa. Ziel des Büros ist es (5) die spirituelle, kulturelle und soziale Arbeit der Kirche von Zypern durch die Organe der EU und andere Europäische Agenturen zu fördern und zu unterstützen. Die Kirche von Zypern ist bestrebt (6) Beziehungen zwischen Vertretungen von Kirchen, religiösen Organisationen, NGOs und anderen in der EU aktiven Vertretern der Zivilgesellschaft zu entwickeln und (7) an europaweiten Aktivitäten zu religiöser, spiritueller und wirtschaftlicher Solidarität zwischen den Völkern Europas und dem Rest der Welt teilzunehmen. Ein weiteres Ziel (8) ist die Stärkung der Prinzipien von Solidarität und gegenseitigem Respekt in einem Geist, der Fremdenfeindlichkeit und rassistische Diskriminierung zurückweist. Schließlich will die Kirche von Zypern (9) zur Organisation verschiedener Aktivitäten (Vorlesungen, Konferenzen etc), die inspiriert durch die orthodoxe Tradition, Geschichte und Kunst sind, beitragen (vgl. Kirche von Zypern 2011). Das Büro der Kirche von Zypern hat nach eigenen Angaben ein jährliches Budget von 100.000 Euro (vgl. Kirche von Zypern 2010).

Die Unterschiede zwischen der Büros der COMECE und der CSC zu den orthodoxen Verbindungsbüros sind folgende: „We do not have the structure [...] that those offices have. We work on behalf of a church and we are more church-minded. [W]e deal with problems that are more or less focusing on how a church can be at the centre of the actual political situation. Not as another version of power but as a voice that knows some things and we express values that are traditional and values on which the European Union wishes to maintain and promote. [T]his is a crucial difference because [...] it is one thing to work as a bureau in a bureaucratic way and it is another thing to speak about [...] values and try to promote that” (Interview Kirche von Griechenland).

5. Die alt-katholischen Kirchen

Die alt-katholischen Kirchen haben sich weder mit Fragen der europäischen Integration befasst noch haben sie sich administrativ an die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems angepasst. Das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland beschäftigt sich aufgrund seiner jungen Geschichte vor allem mit kirchenhistorischen Fragen und hat bislang keine Stellung zu gesellschaftlichen Themen bezogen (vgl. E-Mail des Katholischen Bistums der Alt-Katholiken in Deutschland an die Verfasserin dieser Arbeit vom 01.12.2011). Alle alt-katholischen Kirchen sind Mitglieder der CSC: Die alt-katholischen Kirchen lassen die Beschäftigung mit der EU vollständig durch ihre Dachorganisation wahrnehmen.

6. Auf einen Blick: In Brüssel vertretene Kirchen

Von der Gesamtheit der 151 Kirchen, die einen Sitz in einem der 27 EU-Staaten haben, unterhalten nur vier Kirchen ein eigenes Verbindungsbüro in Brüssel: die EKD, die Kirche von Griechenland, die Kirche von Rumänien und die Kirche von Zypern. Die Kirche von England hat einen Repräsentanten, der in den Räumen der anglikanischen Gemeinde untergebracht ist.

Zur Dachorganisation CSC entsendete Mitarbeiter hatte bzw. hat: die Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen (seit Mitte der 1980-er Jahre), die Kirche von England bzw. die Anglikanische Gemeinschaft (1989-2001), die Kirche von Schottland bzw. ihre presbyterianischer Schwesterkirche in den USA (1991-2002), die Kirche von Schottland im Verbund mit der Britischen Methodistischen Kirche, der Heilsarmee und der Presbyterianischen Kirche in Irland (2003-2009) sowie die Kirche von Schweden gemeinsam mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Finnland (2006-2011).

In der Dachorganisation COMECE arbeiten Mitarbeiter, die von der Italienischen Bischofskonferenz und der Österreichischen Bischofskonferenz entsendet wurden. Die Mitarbeiter sind Vertreter der jeweiligen nationalen Bischofskonferenz. Darüber hinaus wird die Position des Beraters für institutionelle Angelegenheiten bei der COMECE traditionell mit einem deutschen Staatsangehörigen besetzt.

C. „Let us in“-Strategie: „Hier sind wir!“

Neben den Strategien der Kooperation und der administrativen Reform haben die Kirchen auf die „Let us in“-Strategie zurückgegriffen: Sie haben institutionelle Vorkehrungen gefordert, um den politischen Prozess der EU durch die nationalen Kanäle und auf EU-Ebene beeinflussen zu können. Ab 1991 haben die Kirchen und hier zunächst die EKD formelle Einflussmöglichkeiten auf EU-Ebene gefordert. Die EKD machte mit Blick auf eine institutionelle Einbindung von Kirchen konkrete Vorschläge: einen Sitz im Wirtschafts- und Sozialausschuss und eine regelmäßige Beteiligung im Rahmen von Arbeitsgruppen, Beiräten oder Anhörungsverfahren (vgl. EKD 1991: 3-4) sowie auf nationaler Ebene „die möglichst weitgehende Gewährleistung der Mitwirkung von [...] Kirchen an allen öffentlichen Angelegenheiten in den EG, auf allen Ebenen von Entscheidungen und ihrer Vorbereitung“ (EKD 1991: 4). Die Forderungen der EKD wurden sowohl von der DBK als auch von der COMECE und der EECCS übernommen. Heute findet sich im EU-Primärrecht in Art. 17 Abs. 3 AEUV die folgende Bestimmung: „Die Union pflegt mit diesen Kirchen [...] in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“. Die „Let us in“-Strategie wird in einer Fallstudie zur rechtlichen Aner-

kennung im EU-Primärrecht und zur institutionellen Einbindung der Kirchen in Kapitel VIII analysiert.

D. „Leave us alone“-Strategie: „Geh weg, EU!“

Die Kirchen haben auf die „Leave us alone“-Strategie zurückgegriffen. Auch hier war der Vorreiter der Kirchen die EKD. Diese hat im selben Papier, in dem sie institutionelle Einflussmöglichkeiten forderte, auch einen Schutz staatskirchenrechtlicher Interessen im Zusammenhang mit EG-Rechtsakten gefordert (vgl. EKD 1991: 4). Hier wurde die „Einführung und rechtliche Absicherung des Subsidiaritätsprinzips für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in den EG [...] zugunsten [...] kirchlicher Organisationen und Institutionen“ sowie „die Durchsetzung des föderalen Prinzips in den EG; dazu gehört auch die Achtung der originären, der Gemeinschaft vorgegebenen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Regelung ihrer Beziehungen zu den Kirchen“ angemahnt (EKD 1991: 4-5). Diese Forderung wurde konkretisiert und in einem gemeinsam mit der DBK verfassten Memorandum 1995 dem EU-Kommissionspräsidenten sowie dem deutschen Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer übermittelt: „Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sollte durch folgende Bestimmung über die Religionsgemeinschaften ergänzt werden: ‚Die Gemeinschaft achtet die verfassungsrechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften in den Mitgliedstaaten als Ausdruck der Identität der Mitgliedstaaten und ihrer Kulturen sowie als Teil des gemeinsamen kulturellen Erbes‘“ (EKD/DBK 1995b: 123). Auch diese Forderung nach Subsidiarität und rechtlicher Anerkennung im Primärrecht hat heute ihren Niederschlag im Primärrecht in Art. 17 Abs. 1 AEUV gefunden: „Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen und beeinträchtigt ihn nicht“. Die „Leave us alone“-Strategie wird in der Fallstudie in Kapitel VIII analysiert.

Auf welche Strategien der Positionsübermittlung die Kirchen im Allgemeinen zurückgreifen haben, um den politischen Prozess der EU zu beeinflussen, wird im Folgenden analysiert.

E. Strategien der Positionsübermittlung: Öffentlichkeit? Nicht unbedingt.

Die Übermittlung der Positionen von Kirchen an politische Entscheidungsträger und Bürokraten kann unterteilt werden in die direkte Adressierung politischer und administrativer Akteure (Insider-Strategie) und in Öffentlichkeitsarbeit (Outsider-Strategie).

Die Dachorganisationen COMECE und CSC sowie die EKD als mitgliederstärkste evangelische Kirche und die Kirche von Griechenland als orthodoxe Kirche, die seit längerem auf EU-

Ebene politisch aktiv ist, und die alle ein Verbindungsbüro in Brüssel haben, wurden von der Verfasserin zu ihren Strategien der Positionsübermittlung befragt.

1. Insider-Strategien

Insider-Strategien auf EU-Ebene richten sich auf die EU-Organen, die am politischen Entscheidungsfindungsprozess beteiligt sind: die Europäische Kommission, die normalerweise das Initiativrecht für einen Gesetzgebungsakt hat, sowie die beiden gesetzgebenden Organe (das Europäische Parlament und der Rat). Der Rat setzt sich aus nationalen Fachministern zusammen. Die Insider-Strategien auf nationaler Ebene richten sich daher an die nationalen Ministerien, an die Ständige Vertretung²⁰⁰ des Staates bei der Europäischen Union und an die Regierung.

Bedeutung des Kontakts zu den EU-Organen

Der Kontakt mit der Europäischen Kommission wird von allen Organisationen bis auf die Kirche von Griechenland als sehr wichtig angesehen. Der Kontakt zu den Fraktionen des Europäischen Parlaments wird von der EKD und der COMECE weniger wichtig eingestuft als der Kontakt zu den Abgeordneten und zu deren Mitarbeitern, der von der EKD, der COMECE und der CSC als sehr wichtig angesehen wird. Auch der Kontakt zu Ausschüssen wird von diesen drei Organisationen als sehr wichtig bewertet.

Der Kontakt mit den nationalen Ministern und der Arbeitsebene in den nationalen Ministerien wird von allen Organisationen als wichtig eingestuft. Nur die EKD schätzt den Kontakt zu den Ständigen Vertretern und den Mitarbeitern der Ständigen Vertretung als sehr wichtig ein.

²⁰⁰ Die Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten bei der EU sind in den politischen Prozess auf EU-Ebene involviert, da sie die Ratssitzungen vorbereiten. Der Ständige Vertreter und sein Stellvertreter sind Mitglied im COREPER, dem Ausschuss der Ständigen Vertreter, während die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung des Mitgliedstaats in die Arbeitsgruppen des Rates eingebunden sind. Der COREPER hat eine Filterfunktion für die Sitzungen der Minister inne und es wird angestrebt möglichst viele inhaltliche Punkte bereits hier zu klären. Lediglich Themen, bei denen kein Ergebnis gefunden wurde, werden in der Sitzung der Minister diskutiert und behandelt (vgl. Nugent 2001: 180). Themen, über die auf der Ebene des COREPERs Einigung erzielt wurden, erscheinen in der Tagesordnung der Sitzung der Minister als A-Punkte (vgl. Nugent 2001: 180). Diese werden ohne Diskussion angenommen. Die offenen Punkte, die auf Ministerebene gelöst werden müssen, erscheinen als B-Punkte auf der Tagesordnung (vgl. Nugent 2001: 181).

Direkte Kontakte

Die Dachorganisationen und das Verbindungsbüro der Kirche von Griechenland kontaktieren die nationalen Ministerien nicht selbst, sondern über nationale Kirchen bzw. die zuständige Abteilung der Kirche im Heimatland (vgl. Interview CSCa; Interview COMECEb). Das EKD-Büro in Brüssel steht mit Bundestagsabgeordneten, die sich mit Europapolitik beschäftigen, mit Vertretern in Ministerien, die ein Europareferat haben, und mit dem Europareferat im Bundeskanzleramt in Kontakt (vgl. Interview EKDa). Mit diesen Akteuren hat es Kennenlerngespräche gegeben (vgl. Interview EKDa). „Das ist auch unser Anliegen: eben Europapolitik auch in Berlin zu vertreten. Nicht nur in Brüssel“ (Interview EKDa).

Die Dachorganisationen, die EKD und die Kirche von Griechenland kontaktieren die von ihnen als relevant identifizierten zuständigen politischen Akteure und Bürokraten auf EU-Ebene direkt. Der Berater für den Dialog mit Religionen, Kirchen und Überzeugungsgemeinschaften, den es seit 1983 in der Europäischen Kommission gibt (siehe Kapitel III B 2.), wird nicht als einzige Anlaufstelle oder auch nur als erste Anlaufstelle kontaktiert. „Wir treten direkt an die Dienststellen heran und dann an die Beamten, die an dem Thema dran sind. [D]as ist wesentlich effizienter“ (Interview EKDa). „Das war einer von vielen. Also die Positionen sind immer an die Leute gegangen, die sie kriegen sollten“ (Interview COMECEb). „We cooperate a lot with Jorge César das Neves [Berater für den Dialog bis 2012; LK] [...]. But when it comes to putting forward statements or positions we give it to the person who is the most relevant in that process. [...] We don't do it through Jorge“ (Interview CSCa). „The work we do is very flexible. We do not like this formal approach because in politics you can not say: ‘You are the only door’. In politics you try to find many doors. Any person who can help us“ (Interview Kirche von Griechenland).

Die Kontakthäufigkeit zu den EU-Organen ist für die Dachorganisationen COMECE und CSC schwer anzugeben und zu schätzen, da mehrere Mitarbeiter beschäftigt sind, die zu verschiedenen thematischen Bereichen arbeiten, und die Kontakthäufigkeit auch nach tagesaktuellen thematischen Schwerpunkten variiert (vgl. Interview COMECEb; Interview CSCa).

Den tatsächlichen Kontakt zu den *Kommissaren* und ihren Kabinetten gibt die EKD mit täglich²⁰¹, die CSC mit monatlich und die COMECE und die Kirche von Griechenland mit halbjährlich an. Mit der *Arbeitsebene der Kommission* hat die EKD täglich und die CSC und die COMECE wöchentlich Kontakt, während die Kirche von Griechenland nur einen halbjährlichen Kontakt angibt.

²⁰¹ Nach der zugrunde gelegten Definition entspricht „täglicher Kontakt“ einem Kontakt mindestens an vier verschiedenen Tagen in einer Woche.

Zur *Arbeitsebene der Ständigen Vertretungen* unterhält die CSC wöchentlich Kontakt, während sie mit *Ständigen Vertretern* monatlich in Kontakt ist. Das gleiche gilt für die EKD bezogen auf Deutschland und für die Kirche von Griechenland bezogen auf Griechenland. Die COMECE hat halbjährlichen Kontakt mit Ständigen Vertretern und den Mitarbeitern der Ständigen Vertretungen.

Den tatsächlichen Kontakt zu den *Fraktionen im EP* sowie zu *Ausschüssen* geben die COMECE, die EKD und die Kirche von Griechenland jeweils mit monatlich an, während die CSC wöchentlich Kontakt hat. Kontakt zu *Abgeordneten des EPs* und *deren Mitarbeitern* unterhalten die COMECE, die CSC und die EKD wöchentlich, die Kirche von Griechenland auch hier nur monatlich.

Von wem geht der Kontakt aus? Der Kontakt zu Kommissaren und ihren Kabinetten, zur Arbeitsebene der Kommission, zu Mitgliedern des EPs und zu Ständigen Vertretungen geht fast ausschließlich von der COMECE und der CSC aus. Während die EKD auf Kommissare und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik sowie Mitglieder des EPs und deutsche Minister zugeht, kontaktiert das Büro der Kirche von Griechenland nur die Ständige Vertretung und den nationalen Minister, jedoch fast nie die Kommission.

Die Dachorganisationen COMECE und CSC werden selten von politischen Akteuren auf EU- und auf nationaler Ebene kontaktiert. Die Ständige Vertretung Griechenlands und nationale Minister kontaktieren das Büro der Kirche von Griechenland. Die EKD wird von Mitarbeitern der Kommission, von Fraktionen und Abgeordneten des EPs auf deren Initiative hin kontaktiert.

Es gibt eine Arbeitsteilung zwischen den Dachorganisationen und den Mitgliedern der Dachorganisationen: Die Dachorganisationen sind für die Interessenvertretung gegenüber den EU-Organen zuständig, während die Mitglieder für die Interessenvertretung auf nationaler Ebene zuständig sind. Der Rat zählt dabei zur nationalen Ebene, weil er sich aus den nationalen Fachministern zusammensetzt. Die COMECE und die CSC kontaktieren nationale Minister oder Ministerien, Mitglieder nationaler Parlamente sowie den nationalen Regierungschef nicht. „Wir haben nie nationale Ministerien direkt kontaktiert, das haben immer die Bischofskonferenzen gemacht. Auch alle nationalen Kontakte sind nicht über COMECE gegangen“ (Interview COMECEb). „We don’t deal with the national level contact. [...] They do the national level and we do the Brussels level“ (Interview CSCa). Die beiden Dachorganisationen halten ihre Mitglieder dazu an, die Position auf nationaler Ebene einzubringen. „[W]enn wir es geschafft haben, von allen eine gemeinsame Position zu

haben, dann müssen wir es noch schaffen, die [...] nationalen Bischofskonferenzen dazu zu bringen, diese Position in ihre nationalen Entscheidungsprozesse einzubringen oder in die nationalen Kontakte. [...] Da hat man dann Bischofskonferenzen, die das sowieso machen, weil sie eine politische Aktivität in irgendeiner Weise verfolgen. Wie jetzt in Deutschland das Katholische Büro oder die Österreichische Bischofskonferenz, Italienische Bischofskonferenz. Und andere, die das grundsätzlich nicht machen. Franzosen zum Beispiel, die einfach sagen: ‚Laïcité – absolute Trennung‘. Oder die Belgier auch: ‚Absolute Trennung von Staat und Kirche, kommt überhaupt nicht in Frage‘“ (Interview COMECEb). „We try always to encourage them [the member churches; LK] to do that [contact the national political institutions; LK]. [...] They don’t. This is difficult to get through” (Interview CSCa).

Diese Arbeitsteilung ist auch formell festgeschrieben: „Es wäre auch [...] außerhalb des Mandats gewesen von COMECE [...]. Die sind dafür da, die europäischen Institutionen zu [...] betreuen. [...] Ausnahme ist die Ratspräsidentschaft gewesen. Da hat man [...] ab und zu mal einen wichtigen Brief an die Ratspräsidentschaft geschrieben, aber dann eben in ihrer Funktion als Ratspräsidentschaft“ (Interview COMECEb).

Der Fall Finnlands stellt eine absolute Ausnahme dar. In Finnland gibt es ein „Advisory Board on EU Affairs“, „a consultative expert body appointed by the Church Council with the mandate to take part in the current debate about EU affairs on issues of concern to the Church. The Advisory Body meets twice a year and is composed of EU experts from various sectors of society and officials from the Church” (Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland 2009: 11). Als Experten fungieren unter anderem der Staatssekretär für EU-Angelegenheiten, der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Finnland, der Generaldirektor der Europa-Abteilung des finnischen Außenministeriums und ein Mitglied des Europäischen Parlaments (vgl. Evangelisch-Lutherische von Finnland 2009: 11). Mit diesen Experten trifft sich auch die Rechtsberaterin für EU-Angelegenheiten der Kirche von Finnland sowie die bei der CSC arbeitende Referentin. „[W]hen it comes to Finland it’s because the church at the national level has this kind of structure and also CSC has been able to get in [...]. This is an exception. And normally it’s not like this” (Interview CSCa).

Zu den institutionellen und allen Organisationen offen stehenden Einflussmöglichkeiten auf den politischen Prozess der EU zählen Konsultationen der EU-Kommission sowie auch Stellungnahmen für einen Ausschuss im EP. Diese Instrumente nutzen auch die COMECE und die CSC. Darüber hinaus sind die beiden Organisationen auch in Anhörungen des EPs und in Ausschüssen des EPs mit einem Mitarbeiter präsent.

Die Strategie, zur Positionsübermittlung einen Brief an einen Kommissar zu schreiben, wird von beiden Dachorganisationen genutzt und als sehr nützlich empfunden. Auf dieses Instrument der Interessenvertretung wird allerdings nicht oft zurückgegriffen: „That is useful... letter to a commissioner. Das war in der Regel useful. Wir haben das [...] nicht so oft gemacht“ (Interview COMECEb). Ebenso wird ein Telefonat mit einem Kommissar als nützlich empfunden, aber gehört

nicht zum Alltagsgeschäft. „Dass der Bischof [...] den Kommissar anruft, das ist sehr selten.“ (Interview COMECEb). Persönlicher Kontakt mit einem Kommissar wird von der COMECE und der CSC als nützlich empfunden. Nützlich wird auch der telefonische und persönliche Kontakt mit Mitgliedern des Kabinetts eines Kommissars sowie mit Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene) empfunden. Beide Dachorganisationen stehen auch mit Mitarbeitern des Generalsekretariats der Kommission in Kontakt: Hier wird persönlicher Kontakt nützlicher eingeschätzt als telefonischer Kontakt.

Die COMECE und die CSC kontaktieren Mitglieder des EPs und deren Mitarbeiter. Persönliche Gespräche stehen im Vordergrund und werden als sehr nützlich empfunden. „Persönlicher Kontakt ist sowieso immer sehr [...] viel sinnvoller [...]. Die Mitglieder [...] fühlen sich immer sehr geschmeichelt, deswegen ist es sehr wichtig, dass man da hin geht“ (Interview COMECEb). Briefe an die Fraktionen im EP werden von den beiden Dachorganisationen nicht geschrieben. Die CSC kontaktiert das Sekretariat der jeweiligen Fraktion und sieht dies als nützlich an. Die Fraktionen im EP werden nicht von der COMECE und der CSC kontaktiert. Einen Brief an alle Mitglieder des EPs zu senden, wird nicht als nützlich empfunden, obgleich auf diese Strategie manchmal zurückgegriffen wird. Es werden keine E-Mails an alle Abgeordneten geschrieben. „[D]iese Massen-E-Mails [...] sind eher unüblich gewesen. Das ist mehr so eine Kampagnenaktion, die die COMECE nicht [...] gemacht hat“ (Interview COMECEb).

Ein Brief an ausgewählte Abgeordnete wird demgegenüber als sehr nützlich empfunden. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass dies vom Thema abhängt und davon, ob die Organisation oder der Organisationsmitarbeiter mit dem Abgeordneten bekannt ist. „If you know the person already and you write them an e-mail two days before a person has to take a decision on a certain issue it's much more useful. So it depends if you know the person. It depends on your timing. It depends how well you come across with the content [...]. And how they are open to your issues in general. And if they are open to churches in general. So all these factors determine much more than the instrument in fact.“ (Interview CSCa).

„Wir haben uns [...] bemüht, mit Abgeordneten aus allen politischen Gruppen Kontakt zu halten. Natürlich – und das sage ich jetzt ganz offen – gibt es eine gewisse Affinität zu Abgeordneten der EVP, die [...] häufiger Positionen vertreten, die nahe an kirchlichen Positionen sind. Weil es [...] viele C-Parteien [...] [in der EVP; LK] gibt.“ (Interview COMECEa). „Wir arbeiten mit wechselnden Koalitionen, wenn man das so sagen kann“ (Interview COMECEa). Die CSC hat ein gutes Verhältnis zu allen Fraktionen im EP (vgl. Interview CSCa). „COMECE is clearly working with EPP. We are absolutely not like that. [...] We do cooperate with EPP but we do cooperate a lot with the Socialist group, with ALDE, with the Greens. In some issues with the Left. We don't do cooperation with certain extreme parties. But with all the bigger parties we

cooperate. And it's really[...] based on issues. [...] [I]n many issues that we are working on like social issues, environmental [...] the Socialists and the Left wing parties[...] share many of our views" (Interview CSCa).

Im Hinblick auf die Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten stehen die COMECE und die CSC sowohl mit dem Ständigen Vertreter als auch mit den Mitarbeitern per Telefon und persönlich in Kontakt. „We are dealing with PermReps then here in Brussels“ (Interview CSCa). Allerdings schickt nur die CSC den Ständigen Vertretungen schriftliche Stellungnahmen.

Als nützlichste Strategie der Interessenvertretung benannte die COMECE einen Brief an einen Kommissar sowie persönlichen Kontakt mit Mitgliedern des EPs und deren Mitarbeitern. Für die CSC sind die nützlichsten Strategien telefonischer Kontakt zu einem Kommissar, persönlicher Kontakt mit Kommissaren, Kabinettsmitgliedern des Kommissars, mit Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene), mit dem Generalsekretariat der Kommission, mit Ständigen Vertretern und Mitarbeitern der Ständigen Vertretungen, mit Mitarbeitern des Generalsekretariats des Ministerrats, mit Mitarbeitern mit Sekretariaten der Fraktionen im EP, mit Mitgliedern des EPs und deren Mitarbeitern sowie Präsenz in Anhörungen des EPs.

Die EKD und die Kirche von Griechenland kontaktieren im Gegensatz zu den beiden Dachorganisationen politische Akteure auf nationaler Ebene. Sie geben Stellungnahmen für das nationale Parlament ab und versenden Briefe an nationale Minister oder Mitglieder des nationalen Parlaments.

Ein Brief an einen nationalen Minister wird vom EKD-Büro als sehr nützlich und nützlicher als einen Brief an Mitglieder des nationalen Parlaments bewertet. Die EKD und die Kirche von Griechenland stehen in telefonischem Kontakt mit Mitarbeitern nationaler Ministerien (Arbeitsebene) und mit Mitgliedern des nationalen Parlaments und deren Mitarbeitern. Auch persönlicher Kontakt zwischen Mitarbeitern des EKD-Büros in Brüssel und des Büros der Kirche von Griechenland mit nationalen Ministern oder Mitarbeitern nationaler Ministerien, dem nationalen Regierungschef sowie Mitgliedern des nationalen Parlaments findet statt. Alle Kontakte werden von der EKD als nützlicher bewertet als vom Büro der Kirche von Griechenland.

Auch ein Kontakt per Brief, E-Mail oder Telefon zur Ständigen Vertretung Deutschlands wird von der EKD hergestellt und durchgehend als sehr nützlich bewertet.

Als einzige der vier Organisationen gibt das Büro der Kirche von Griechenland Stellungnahmen für das nationale Ministerium ab und empfindet dies als nützlich. Verwunderlich ist, dass die Kirche von Griechenland einen Brief an oder persönlichen Kontakt mit einem Kommissar, telefonischen oder persönlichen Kontakt mit Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene),

einen Brief bzw. eine E-Mail an und telefonischen oder persönlichen Kontakt mit Abgeordneten des EPs oder deren Mitarbeitern als wenig nützlich ansieht. Als nützlichste Strategien benannte das Büro der Kirche von Griechenland die Abgabe einer Stellungnahme an einen Ausschuss im EP, an die Ständige Vertretung, an ein nationales Ministerium und an das nationale Parlament. Dies kann auch daher rühren, dass das Verbindungsbüro nicht selbst aktiv wird: „Usually, it is the Synod that issues a document when for example my church wishes to address José Manuel Barroso. It is the Synod that prepares a document. Definitely, the information comes from our office and we collaborate with the people who prepare the documents, the letter, let's say. Correspondences are matter of the Synod with the authorities here in Brussels” (Interview Kirche von Griechenland). Das Verbindungsbüro hat keine Briefe oder Akten, die Positionen zu konkreten inhaltlichen Rechtsetzungsmaßnahmen der EU betreffen (vgl. Interview Kirche von Griechenland). Der Leiter des Büros hat persönlichen Kontakt zu politischen Akteuren in Brüssel. „I have a personal correspondence also with well Barroso and the Commission respect normal matters [...] that require administrative consideration. If the Synod wishes to protest against I don't know a deficient migration policy of the European Union. [...] This will not be done by our office but it will be done by the Synod” (Interview Kirche von Griechenland).

Die EKD benannte als nützlichste Strategie der Interessenvertretung die Teilnahme an einer Konsultation der Kommission, Stellungnahmen für einen Ausschuss des EPs, für die Ständige Vertretung Deutschlands, für das nationale Parlament, einen Brief an einen Kommissar, an ein Mitglied des EPs, an den Ständigen Vertreter oder eine E-Mail an den Ständigen Vertreter. Zu den nützlichsten Strategien zählt für die EKD weiter telefonischer Kontakt mit Mitgliedern des Kabinetts eines Kommissars, mit Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene), mit dem Ständigen Vertreter, mit Mitgliedern des EPs und deren Mitarbeitern sowie persönlicher Kontakt mit Kommissaren, mit Mitgliedern des Kabinetts eines Kommissars, mit Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene), mit dem Ständigen Vertreter, mit Mitarbeitern der Ständigen Vertretung und mit Mitgliedern des EPs und deren Mitarbeitern.

Bei den Insider-Strategien sollte berücksichtigt werden, dass die Offenheit gegenüber Kirchen und kirchlichen Positionen personenabhängig ist. „The thing is because there's not such a thing as a European Commission as an entity [...]. [I]t's always a person or a party or an issue. [...] [I]t depends who you are talking about. If you are talking about Barroso: very good. Or many other Commissioners: very good. Or if you are talking about individual staff member: it can vary so much. [...] Or with the Parliament you have some who are anti-church and others who want to work really. [...] It depends who and at which level. [...] [T]he higher you are in the hierarchy, the more likely you are to understand the role of churches. Because if you are a top politician even if you would not be yourself so church-going by that time that you have reached that level you have understood that there are actually churches and religions who [...] play a certain role in society. [...] [T]here is hardly ever a hostile attitude from the top level. So those who [are;LK] [...] less [open to churches; LK] are some individual civil servants. Or [...] some politicians[...]. But the more experienced, the more they

are starting to see even if they would not have any kind of personal relationship [...]: ‘Hey, but in the social issue that I [...] to promote churches have been actually very good [in] helping me’. And then there are some who say: ‘[...] [W]hen it turns to policy, I don’t agree. But church is really important for me’ (Interview CSCa).

Den Insider-Strategien sind auch gemeinsame Frühstücke oder Mittagessen mit politischen Akteuren, die die Kirchen oder kirchliche Dachorganisationen organisieren, zuzuordnen. „We had a very interesting meeting with a minister. The minister of foreign affairs, the vice president of the European Parliament and some eight MEPs, directors of the European Commission and the European Parliament in Athens, last Saturday for example. The archbishop who is the head of our church invited all these people and we had a lunch together which was a working lunch. We discussed over several points. The main point is what the European Union itself has put as its priority for the years 2010 and 2011: poverty and voluntary contribution to building Europe” (Interview GrOK). Das Büro der EKD richtet seit Oktober 2009 viermal im Jahr ein Evangelisches Frühstück mit deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus (vgl. EKD 2009: 37). Das Straßburger CSC-Büro richtet seit Anfang der 1990er Jahre gemeinsame Mittagessen bzw. jetzt gemeinsame Frühstücke mit Abgeordneten des Europäischen Parlamentes aus (vgl. Jenkins 2002: 17). Frühstückstreffen wurden auch in den 1990er Jahren vom CSC-Büro in Brüssel organisiert: „Breakfast meetings were also organised for a time in Brussels by Alastair [Hulbert; seconded to EECCS by the Church of Scotland from 1991 to 1999 (since 1994 half-time); LK], who would invite an MEP to meet a select group from EECCS, EECOD, CCME, EKD plus some open-minded civil servants from the Commission for a frank, full and off-the-record discussion which was greatly appreciated on all sides, and possibly in some cases contributed more to influencing ideas and thoughts in the EU institutions than many a conference or position paper” (Jenkins 2002: 17).

2. Outsider-Strategien

Outsider-Strategien der Positionsübermittlung finden im Gegensatz zu Insider-Strategien in der Öffentlichkeit statt. Dazu zählen die Veröffentlichung von Pressemitteilungen und Berichten, die Organisation von Pressekonferenzen und Veranstaltungen sowie die Kooperation mit gesellschaftlichen Akteuren.

Pressemitteilungen

Die COMECE und die CSC veröffentlichen Pressemitteilungen²⁰² und Berichte und sie organisieren Pressekonferenzen. Pressemitteilungen werden zum Beispiel auf deutsche Empfänger bezogen von COMECE an überregionale Tageszeitungen wie die FAZ oder die Süddeutsche

²⁰² Die Pressemitteilungen der COMECE sind unter <http://www.comece.eu/site/de/presse/pressemitteilungen?SWS=a2a577ff2a2b324e876ea4437897dd49> und diejenigen der CSC sind unter <http://csc.ceceurope.org/news/> zu finden (12.03.2012).

Zeitung sowie an die Lokalpresse und die katholische und die evangelische Nachrichtenagentur bzw. Presse geschickt (vgl. Interview COMECEa). Daneben werden Pressemitteilungen auch an die Bischöfe, an kirchliche Mitarbeiter und sonstige Interessenten übermittelt (vgl. Interview COMECEa). „Wir versuchen [...] gezielt [...] Themen, [von denen; LK] [...] wir denken, dass die Kirchen wirklich etwas bewegen können, zu streuen [...]. Über Pressemitteilungen, über Kontakte mit Journalisten, ab und zu auch mal [durch; LK] Hintergrundgespräche mit Journalisten“ (Interview COMECEa). Das EKD-Büro in Brüssel veröffentlicht ebenfalls Pressemitteilungen²⁰³.

Berichte, Artikel und Interviews

Neben tagesaktuellen Pressemitteilungen publizieren die Dachorganisationen Berichte bzw. Studien zu bestimmten Themen. Die Berichte richten sich an die Öffentlichkeit und zumindest die COMECE sendet sie an politische Akteure auf EU-Ebene. „Wenn wir so eine kleine Studie erstellen, dann ist das schon etwas, was wir auch verschicken an Abgeordnete, an Kommissare, was wir verteilen“ (vgl. Interview COMECEa). In nationalen Fachzeitschriften oder Sammelbänden werden des weiteren Artikel von Organisationsmitarbeitern veröffentlicht (pars pro toto Treanor 2001; Leinemann 2004; Jenkins 2005; Schnabel 2003 oder der Sammelband von Barnett 2005a) bzw. Interviews mit Organisationsangehörigen abgedruckt (pars pro toto Ruh 2003).

Jahresberichte

Darüber hinaus veröffentlichen die COMECE und die CSC jeweils Jahresberichte, die sowohl in gedruckter als auch in elektronischer Form erhältlich sind.

Zeitschrift und elektronischer Newsletter

Beide Dachorganisationen bieten einen elektronischen Newsletter bzw. eine Zeitschrift an. Die COMECE veröffentlicht elfmal jährlich die Zeitschrift *Europe Infos*, die seit Januar 2011 als elektronischer Newsletter erscheint. „*Europe Infos* ist ein monatlich erscheinendes Magazin, welches seit 14 Jahren von der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) und dem Jesuit European Office (auch unter dem Namen OCIPE bekannt) herausgegeben wird. Vorgänger von *Europe Infos* waren das von COMECE herausgegebene *L'Europe au fil des jours* (1982-1996) sowie das von OCIPE herausgegebene *Objectif Europe* (1981-1998). *Europe Infos* zielt darauf ab, das Europäische Projekt für Europas Bürger, und insbesondere für die Ortskirchen, zugänglicher und verständlicher zu machen, indem legislative und politische Aktivitäten der EU (u. a. Institutionelle Angelegenheiten, aber auch die zugrunde liegenden ethischen und sozialen Themen der Grundrechte, sozialen Kohäsion, Migration und Flüchtlinge, Bildung, Bioethik) erläutert werden. Mit seinen Kommentaren möchte *Europe Infos* unter Europas Christen ein aktiveres

²⁰³ Die Pressemitteilungen des EKD-Büros sind unter <http://www.ekd.de/bevollmaechtigter/aktuell/index.html> zu finden.

Interesse und eine aktivere Teilnahme am Leben der EU fördern. *Europe Infos* ist auf Englisch, Französisch und Deutsch erhältlich“ (COMECE 2001e). Seit der ersten elektronischen Ausgabe von Januar 2011 ist das Abonnement kostenfrei erhältlich (vgl. COMECE 2001e). Zunächst war die Zeitschrift für die Bischöfe in den Mitgliedstaaten gedacht. „[V]iele Abonnenten gab es da, glaube ich, nicht die letzten Jahre, deswegen wird das jetzt [...] umgestellt auf einen Newsletter, der[...] per E-Mail verschickt wird. Diese Druckausgabe ist ziemlich aufwendig und kostspielig. Im Moment [Oktober 2010; LK] haben wir beides, weil es auch Leute gibt, die gerne diese Papierform haben, gerade die Bischöfe[...]. Für die ist das ja auch bestimmt: Für die Bischofskonferenzen und die Bischöfe. Aber es sollte auch mehr und mehr andere Leser geben, damit man [...] die Ideen [...] unter die Leute bekommt. Dazu ist der Newsletter geschaffen, der [...] viel günstiger für uns [...] zum Verbreiten [ist; LK]“ (Interview COMECEa).

Die EECCS veröffentlichte – gemeinsam mit zwei anderen kirchlichen Organisationen²⁰⁴ – von Februar 1992 bis November 1998 einen Rundbrief, der alle zwei Monate erschien (vgl. EECCS/CEME/EECOD 1992; EECCS/CEME/AOES 1998). Seit der Fusion der EECCS mit der KEK im Jahr 1999 übernahm die KEK-Zeitschrift diese Aufgabe. Seitdem hat die seit 1992 vierteljährlich erscheinende Zeitschrift der KEK, „Monitor“, eine Neuausrichtung erfahren: „Since then, ‚Monitor‘ regularly reports on the involvement and activities of European churches with the European institutions: not only those connected with the European Union (EU), but also broader bodies such as the Council of Europe and the Organization for Security and Co-Operation in Europe (OSCE)“ (EKD 2004: 13). Der Monitor vereint drei Sprachen (Englisch, Deutsch und Französisch) in einer Ausgabe, insofern als jedem Artikel eine Übersetzung in die anderen beiden Sprachen beigelegt ist (vgl. EKD 2004: 13). “[T]he 2006 Plenary meeting of the CSC recommended the establishment of a more frequent and up-to-date information service. In response, the CSC (...) has started to develop an ‘early warning system’, which is to inform member churches, associated organisations and interested individuals as early as possible about up-coming events and developments” (CSC 2007: 3). Ziel ist “to facilitate a timely discussion within the churches as well as to enable an effective and common response of European churches on matters of common concern” (CSC 2007: 12). Von 2006 bis 2011 hatte die CSC einen eigenen Newsletter in elektronischer Form, *Europe Updates* (vgl. CSC 2006a). Der elektronische Newsletter ist ein Instrument “[i]n order to increase its [CSC’s; LK] effectiveness and in order to involve member churches more in European issues” (CSC 2007: 3). „It contains short summaries of issues and developments. It reflects the role of the churches and the CSC on these issues and gives references for further information. The Updates are complemented by short-term news flashes and occasional briefing papers” (CSC 2007: 3). *Europe Updates* erschien monatlich und war in englischer Sprache erhältlich.

²⁰⁴ Von 1992 bis 1995 mit dem Churches Committee for Migrants in Europe (CEME) und der European Ecumenical Organisation for Development (EECOD). Seit 1995 mit dem CEME und der Association Oecuménique pour Eglise et Société (AOES).

Die GEKE gab in der Zeit von Januar 2005 bis Juni 2009 einen Newsletter mit EU-Bezug heraus: die *GEKE-Europa-Info*. Dieser erschien bis August 2007 drei bis vier Mal jährlich, bevor von August 2007 bis Juni 2009 die in englischer Sprache verfassten Europe Updates der CSC als Newsletter fungierten und durch deutsche und französische Übersetzungen sowie ein Begleitschreiben mit weiteren Nachrichten aus dem GEKE-Bereich ergänzt wurden (vgl. GEKE 2007).

Die EKD bietet seit Februar 2010 ihre Zeitschrift, die *EKD Europa-Informationen*, auch in elektronischer Form an. Die Zeitschrift, die seit Dezember 1991 erscheint, kommt vier bis sechsmal pro Jahr heraus (vgl. EKD 2004: 1). Der „Informationsbrief für die Landeskirchen und Werke der EKD [war und ist; LK] dazu gedacht, „über Ereignisse und Entwicklungen in den Europäischen Gemeinschaften, die für die Arbeit der EKD Bedeutung haben, zu unterrichten““ (EKD 2004: 1).

Veranstaltungen

Die beiden Dachorganisationen COMECE und CSC organisieren Veranstaltungen wie Konferenzen, Seminare oder Vorträge.

Die COMECE und die CSC haben Konferenzen zu verschiedenen Themen für (nicht-kirchliche) Experten und die Öffentlichkeit organisiert – jeweils alleine oder gemeinsam²⁰⁵. Hier ist zum Beispiel die vierteilige Seminarreihe „Islam, Christentum und Europa“, die die COMECE und die CSC in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (einer politischen Stiftung in Deutschland, die der Christlich Demokratischen Union (CDU) nahesteht) und als Beitrag zum Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008 im Europäischen Parlament durchgeführt wurde, zu nennen (vgl. CSC 2009a: 10-11). Die CSC hat beispielsweise in Kooperation mit der EKD, der United Reformed Church, einer internationalen NGO (Comité Européen de Coordination) sowie der Vertretung des Bundeslandes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union zwei Konferenzen zu „Values – Religion – Identity“ im Dezember 2006 und März 2007 ausgerichtet und unter anderem mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt (vgl. CSC 2006b). Als Beispiel für eine Konferenz, die von COMECE angeboten wurde, ist die Konferenz „Laborem Exercens“ anlässlich des 30. Jahrestages der gleichnamigen Päpstlichen Enzyklika zu nennen. Die Konferenz fand am 21.09.2011 im Europäischen Parlament statt und wurde in Kooperation mit der EVP-Fraktion und der S&D-Fraktion angeboten (vgl. COMECE 2001f). „Wir laden Abgeordnete zu Veranstaltungen

²⁰⁵ Die im Folgenden genannten Veranstaltungen stellen lediglich Beispiele dar. Zu weiteren Veranstaltungen siehe die Homepage der Organisationen.

gen ein, einerseits als speaker, aber eben auch als Zuhörer [...]. Wir organisieren auch Konferenzen, Seminare im Europäischen Parlament in Kooperation mit Abgeordneten“ (Interview COMECEb).

Das EKD-Büro in Brüssel richtet regelmäßig Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen, Fachgespräche oder Vortragsabende aus (vgl. EKD 1996-2011c).

Bei der Kirche von Griechenland ist es aufgrund der administrativen Struktur der Besondere Ausschuss der Synode für Europäische Angelegenheiten und nicht das Verbindungsbüro in Brüssel, das Konferenzen organisiert. Die erste internationale Konferenz, die die Heilige Synode der Kirche von Griechenland zu europäischen Fragen ausrichtete, stand unter dem Thema „Values and principles for the building of Europe“ und fand im Rahmen der Ratspräsidentschaft Griechenlands vom 4. bis 6. Mai 2003 in Athen statt (vgl. Special Synodical Committee for European Affairs 2005).

Wie in Deutschland organisieren die DBK und die EKD einmal im Jahr den Michaelisempfang, zu dem politische Akteure eingeladen werden. Während in Berlin normalerweise die Kanzlerin, ein paar Minister und Abgeordnete kommen, ist diese Art der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit in Brüssel nicht gleichermaßen erfolgreich. „In Brüssel [beim; LK] [...] Empfang der beiden großen Kirchen, der DBK und der EKD [...], kann man froh sein, wenn mal fünf/sechs Europaabgeordnete kommen. Vom Kommissar oder so ganz zu schweigen“ (Interview COMECEa).

Keine der Kirchen oder der beiden kirchlichen Dachorganisationen organisiert Demonstrationen.

Insgesamt ist die Arbeitsweise hinsichtlich des Einbringens von Positionen, die die Eigeninteressen der Kirchen betreffen, und solchen, die andere Interessen betreffen, dieselbe. „Wenn wir [...] ein bisschen Campaigning machen für bestimmte gesellschaftliche, soziale Themen, dann [...] ist man offensiver in der Öffentlichkeitsarbeit. Wenn wir versuchen, bestimmte für die Kirche delicate Themen [...] zur Sprache zu bringen, dann machen wir das eher ohne [...] viel Werbung darum zu machen. Also ohne Pressemitteilung, ohne viel Aufhebens. Also schon eher im Verborgenen. [...] [D]as [kann; LK] [...] kontraproduktiv sein [...], wenn es sofort an die Öffentlichkeit kommt. Nicht, dass die COMECE jetzt wahnsinnig in der Öffentlichkeit in Brüssel gestanden hätte. Es ist eher so, dass man manchmal Schwierigkeiten hat, überhaupt in den Medien wahrgenommen zu werden. Es ist nicht so, dass dauernd [...] Reporter vor unserer Haustür stehen und wissen wollen, was passiert. Aber es gibt schon manche Themen, da würde sich der eine oder andere Journalist, der den Kirchen nicht so wohl gesonnen ist, gerne darauf stürzen. Bei den Themen versuchen wir [...], die Wogen nicht so hoch gehen zu lassen und das [...] eher bilateral zu klären und nicht groß öffentlich zu machen“ (Interview COMECEa).

Kooperation mit gesellschaftlichen Organisationen

Zu den Outsider-Strategien zählt auch die Kooperation mit gesellschaftlichen Organisationen. Während die beiden Dachverbände und das EKD-Büro eine solche Zusammenarbeit hinsichtlich konkreter Thematiken eingehen, machen dies orthodoxe Kirchen nicht. „The orthodox church understands its role as a voice which has an imposing role in the society. We do not need [...] a NGO to come and sign under the signature of the Synod of the Church of Greece. This is not possible. [...] The Church of Greece can not go to NGOs and ask them to support its position. The Church of Greece says its opinion independently. [...] NGOs need the support of the church. NGOs go to the church and ask the church to support this or that topic” (Interview GrOK).

Nachdem die Strategien der Europäisierung der Interessenvertretung, auf die Kirchen zurückgreifen, analysiert wurden, wird im Folgenden überprüft, ob die festgestellte Europäisierung der Interessenvertretung mit den theoretischen Annahmen des MLG-Ansatzes übereinstimmt.

VI. Stellung im nationalen Kontext, Zugang zu nationalen politischen Akteuren und finanzielle Ressourcen: Faktoren für die kirchliche Interessenvertretung auf EU-Ebene?

Dieses Kapitel dient der Überprüfung der Hypothesen zur Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem, die aus dem theoretischen Ansatz des Multi-Level-Governance abgeleitet und in Kapitel IV E aufgestellt wurden. Dazu werden die Hypothesen mit den empirischen Erkenntnissen, die in Kapitel V vorgestellt wurden, konfrontiert.

Die erste These, dass Kirchen, die ihren Wahrnehmungshorizont um die EU-Dimension erweitert und sich auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems eingestellt haben, sich an die EU-Organe wenden, kann als bestätigt gelten. Insbesondere die Analyse der Strategien der Positionsübermittlung (Kapitel V E) zeigte, dass Kirchen sich an EU-Organe wenden, um ihre Interessen in den politischen Prozess der EU einzubringen. Sie bedienen sich dazu auf die Aufgabe der Beobachtung und Begleitung des politischen Prozesses der EU spezialisierter Dachorganisationen (COMECE und CSC) oder wenden sich direkt an die EU-Organe. Auch die beiden Hypothesen, dass Kirchen sich am Häufigsten an die Europäische Kommission wenden sowie am Wenigsten den Rat kontaktieren, können mit Blick auf die empirisch gewonnenen Informationen bestätigt werden. Die Interessenvertretung gegenüber der Kommission wird von den jeweiligen Dachorganisationen mit EU-Bezug wahrgenommen, während die Interessenvertretung gegenüber dem Rat, dem gesetzgebenden EU-Organ,

das sich aus den nationalen Fachministern zusammensetzt, den Mitgliedskirchen zukommt. Wie aus den Interviews mit Vertretern der Dachorganisationen COMECE und CSC hervorging, wenden sich nicht alle Mitgliedskirchen an nationale politische Akteure. Kirchen können sich auch direkt an die Kommission wenden und müssen nicht auf die Dachorganisation zurückgreifen.

Die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen mit Hauptsitz in der EU ist unterschiedlich ausgeprägt, wie Kapitel V gezeigt hat: Während alle 23 römisch-katholischen Kirchen Mitglied bei der COMECE sind, ist zwar die Mehrheit der nicht-römisch-katholischen (79) Kirchen, aber eben nicht die Gesamtzahl der Kirchen (128), Mitglied bei der CSC. Zudem haben nur vier der 151 Kirchen mit Hauptsitz in der EU ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet und eine Kirche hat einen Repräsentanten in Brüssel. Zur Dachorganisation COMECE haben zwei der 23 Kirchen einen Mitarbeiter entsendet, während acht Kirchen Mitarbeiter für eine gewisse Zeit zur CSC bzw. ihren Vorgängerorganisationen abgeordnet haben. Zur Frage, von welchen Faktoren abhängt, ob Kirchen ihren Wahrnehmungshorizont um die EU-Dimension erweitert und sich auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems eingestellt haben, wurden in Kapitel IV E insgesamt drei Thesen aufgestellt. Es wurde vermutet, dass die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen von ihrer Stellung im nationalen Kontext (insbesondere von ihrer Autonomie), von ihrem Zugang zu politischen Akteuren auf nationaler Ebene sowie von ihren finanziellen Ressourcen abhängt. Im Folgenden werden diesen Begriffen Indikatoren zugeordnet, um sie empirisch nachprüfbar zu machen. Im Anschluss daran wird analysiert, ob diese Faktoren tatsächlich ausschlaggebend erstens für die Mitgliedschaft in den Dachorganisationen mit EU-Bezug (COMECE und CSC), zweitens für die Unterhaltung eines Verbindungsbüros in Brüssel und drittens für die Entsendung von Mitarbeitern in das Büro der Dachorganisationen sind. Zunächst wird die Stellung der Kirchen im nationalen Kontext allgemein und mit Blick auf die Autonomie der Kirchen analysiert, bevor der Zugang von Kirchen zu nationalen politischen Akteuren sowie die finanziellen Ressourcen von Kirchen in den Blick genommen werden. Im Anschluss werden zwei alternative Erklärungsfaktoren, die nicht aus dem MLG-Ansatz abgeleitet wurden (Mitgliederzahl, Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie), geprüft.

A. Stellung der Kirchen de jure: Das rechtliche Verhältnis zwischen dem Staat und den Kirchen

Soll die Stellung von Kirchen im nationalen politischen System analysiert werden, ist die Regulierung des Verhältnisses zwischen dem jeweiligen Mitgliedstaat und Kirchen, das Staatskirchenrecht²⁰⁶, in den Blick zu nehmen. Das Staatskirchenrecht unterscheidet sich zwischen den EU-Staaten. Die Unterschiede in der Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen sind historisch bedingt: Das orthodoxe Christentum entwickelte ein anderes Verhältnis von Staat und Kirche als das lateinische Christentum, da sich im byzantinischen Reich keine Neu- und Umformierung des Staatsgebietes ergab und sich Staat und Kirche nie in einem dem westlichen Europa vergleichbaren Maße in ihrer Beziehung zueinander (rechtlich) neu definieren mussten. Die Unterschiede im Staat-Kirchen-Verhältnis im westlichen Teil Europas haben ihren Ursprung vor allem in der Betroffenheit von und Intensität und Ergebnis der Reformation, während die Entwicklung in England auf persönliche Motive des damaligen weltlichen Herrschers zurückzuführen ist.²⁰⁷

Staat-Kirchen-Verhältnisse können mit Blick auf die Verfassung des Staates, d. h. de jure, analysiert werden. Es lassen sich zwei Grundmodelle der Zuordnung von Staat und Kirchen unterscheiden: ein „Modell der Einheit, welches weltliche und geistliche Macht vereint (unter wessen Dominanz, bleibt dabei zunächst offen)“, und ein Modell „der Trennung, welche die beiden Gewalten als prinzipiell zu scheidende Ordnungen begreift“ (Mückl 2005: 60). Das Modell der Trennung kann weiter unterteilt werden in ein Modell, das jede Verbindung zwischen Staat und Kirche ausschließt (Trennungsmodell), und ein Modell, das Staat und Kirche zwar trennt, Zusammenarbeit jedoch zulässt (Kooperationsmodell). Damit ergibt sich die klassische juristische Unterscheidung von drei Idealtypen des Staat-Kirchen-Verhältnisses: Staatskirchenmodell, Kooperationsmodell und Trennungsmodell (vgl. Mückl 2005: 60; Robbers 2005a: 578-579; Vachek 2000: 32). Das Staatskirchenmodell ist charakterisiert durch die staatliche Privilegierung einer bestimmten Kirche und eine Verknüpfung zwischen staatlicher und kirchlicher Organisations- bzw. Entscheidungsstruktur²⁰⁸, während das Trennungsmodell keine Kirche in der Verfassung

²⁰⁶ Heute findet zur Bezeichnung der Regelung der Beziehung zwischen einem Staat und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auch der Begriff „Religionsverfassungsrecht“ Verwendung. Dieser ist weiter gefasst und nicht bereits sprachlich auf die christliche Religion eingeschränkt.

²⁰⁷ Zur historischen Herausbildung der verschiedenen Kirchenfamilien siehe Kapitel II C.

²⁰⁸ Charakteristika des Staatskirchenmodells sind: (1) Das Staatsoberhaupt ist Oberhaupt der Kirche. (2) Säkulare politische Institutionen verabschieden Rechtsetzungsmaßnahmen, die die inneren Angelegenheiten der Kirche betreffen. In Dänemark verfügt die Volkskirche über keinerlei Autonomie, während die Kirchen in England und in Finnland den ausgearbeiteten Entwurf der Rechtsetzungsmaßnahme dem Parlament vorlegen. Dieser kann nur als Ganzes verabschiedet (oder in England abgelehnt) werden. Eine inhaltliche Änderung durch das Parlament ist nicht möglich. (3) Die Bischöfe werden vom Staat ernannt – nach einer Kandidaten-nominierung durch die Kirche (DK, England, nicht FIN). (4) Die Kirche kann rechtsgültige Ehe schließen,

erwähnt und sie wie andere gesellschaftliche Gruppen (z. B. Vereine) behandelt. Das Kooperationsmodell nimmt zwischen diesen beiden Idealtypen eine Mittelposition ein: Der Staat arbeitet in der Aufgabenwahrnehmung mit Kirchen zusammen, ohne sich zu einer bestimmten Kirche zu bekennen oder mit ihr im Hinblick auf die Organisations- und Entscheidungsstruktur verflochten zu sein.

Jeder Mitgliedstaat der EU kann mit Blick auf die Verfassung de jure einem der drei Idealtypen des Staat-Kirchen-Verhältnisses zugeordnet werden.

Schaubild 16: Zuordnung der Mitgliedstaaten zu den Staat-Kirchen-Modelle

Staatskirchenmodell	Kooperationsmodell	Trennungsmodell
UK: England, DK, FIN	D, A, B, IRL, I, L, E, LIT, M, PL, SK, H, CY, RO, BG, S ²⁰⁹ , GR ²¹⁰ , UK: Schottland ²¹¹ , Nordirland, Wales	F, NL, P, EST, LV, SLO, CZ

Quelle: Mückl 2005: 61 (GR, S sowie UK: Schottland angepasst); Für Rumänien: Hauser 2004; Für Bulgarien: Petkoff 2005.

Die Zuordnung von Staaten zu den drei Idealtypen ist nicht eindeutig. Teilweise gibt es in einem Staat mehrere Systeme oder Spielarten. In Finnland bestehen mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Finnland und der Orthodoxen Kirche zwei Staatskirchen, während in Frankreich die Départements Le Bas-Rhin, Le Haut-Rhin, La Guadeloupe, La Guyane, La Martinique, La Moselle und La Réunion nicht dem Trennungsmodell, sondern dem Kooperationsmodell zuzuordnen sind (vgl. Basdevant-Gaudemet 2005: 169).

Zwischen den Staaten, die demselben Idealtyp zugeordnet werden, kann es erhebliche Unterschiede geben. Das Staatskirchenmodell in Dänemark ist beispielsweise kaum vergleichbar mit demjenigen in England.

Eine weitere Herausforderung bei dieser idealtypischen Zuordnung bergen Mitgliedstaaten mit orthodoxer Mehrheitsbevölkerung. Diese lassen sich nur schwer unter Rückgriff auf die drei Idealtypen erfassen, denn die drei Staat-Kirchen-Modelle reflektieren westliche kulturelle

d. h. es ist möglich zwischen einer zivilen oder kirchlichen Eheschließung zu wählen (DK, England, FIN). (5) In England sitzen Bischöfe kraft ihres kirchlichen Amtes in der Zweiten Parlamentskammer (House of Lords) (vgl. Dübeck 2005; Heikkilä et al. 2005; McClean 2005).

²⁰⁹ Die evangelische-lutherische Kirche in Schweden ist seit dem Jahr 2000 keine Staatskirche mehr und rechtlich anderen religiösen Organisationen gleichgestellt (vgl. Friedner 2005: 543).

²¹⁰ De jure hat Griechenland keine Staatskirche, sondern eine Staatsreligion (vgl. Mückl 2005: 61; Papastathis 2005).

²¹¹ Die Bezeichnung der Kirche von Schottland als Staatskirche hat sich erhalten (vgl. pars pro toto McClean 2007: 16; Mückl 2005: 61), obgleich die Trennung von Staat und Kirche bereits 1921 vollzogen wurde (vgl. McClean 2005: 559). Die Kirche ist unabhängig von staatlicher Einmischung. Oberhaupt der Kirche ist nicht das Staatsoberhaupt und keine säkulare politische Institution ist in die Ernennung von kirchlichen Amtsträgern oder in die Regelung kirchlicher Angelegenheiten involviert (vgl. McClean 2005: 559).

und religiöse Kontexte (vgl. Petkoff 2005: 325). Die orthodoxe Theologie ist von der Philosophie und nicht wie die lateinische Theologie von juristischem Denken geprägt (vgl. Friedrich 2008: 27) und hat sich, wie bereits angesprochen, vor dem Hintergrund eines mit dem westlichen Europa nicht vergleichbaren politischen Kontextes entwickelt. So sind orthodoxe Kirchen „Quasi-Staatskirchen“ (vgl. Petkoff 2005: 316-319; 325-326; für Griechenland: vgl. Auerheimer 2006: 268) – unabhängig von der Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung und der wissenschaftlichen Zuordnung zum Kooperationsmodell. Dies trifft für Bulgarien, Griechenland, Rumänien, aber nicht für Zypern²¹² zu. In Griechenland beispielsweise werden die Bischöfe vom Parlament bestätigt und vom Präsidenten der Republik ernannt und das Parlament kann Rechtsetzungsmaßnahmen zur inneren Organisation der Kirche beschließen (dies ist umstritten) (vgl. Interview Kirche von Griechenland; Papasthatis 2005: 120-121, 128).

Erklärt der Hauptsitz der Kirchen in Staaten, die verschiedenen Staat-Kirchen-Modellen zugeordnet werden können, die Europäisierung der Interessenvertretung dieser Kirchen?

Alle römisch-katholischen Kirchen sind Mitglied bei der COMECE – unabhängig von der Zuordnung ihres Staats zu einem der drei idealtypischen Staat-Kirchen-Modelle. Auch die Mitgliedschaft bei der CSC ist von der Zuordnung von Kirchen zu den idealtypischen Staat-Kirchen-Modellen losgelöst, wie aus den Schaubildern in Kapitel V A ersichtlich wird. Es ist darauf hinzuweisen, dass nicht alle Kirchen mit Hauptsitz in dem gleichen Mitgliedstaat Mitglied bei der CSC sind.

Ein Blick auf diejenigen Kirchen, die ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet haben (EKD, Kirche von Griechenland, Kirche von Zypern und Rumänische Orthodoxe Kirche) zeigt, dass alle vier Kirchen ihren Hauptsitz in EU-Staaten haben, die nach der Verfassung dem Kooperationsmodell zugeordnet werden können. Die Kirche von England hat einen Repräsentanten in Brüssel: England ist de jure dem Staatskirchenmodell zuzuordnen und die Kirche von England ist die Staatskirche. Es ist darauf hinzuweisen, dass die beiden orthodoxen Kirchen in Griechenland und in Rumänien „Quasi-Staatskirchen“ sind. Festgehalten werden kann, dass keine Kirche mit Hauptsitz in einem EU-Staat, der dem Idealtyp des Trennungsmodells zugeordnet werden kann, ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet bzw. dort einen Repräsentanten hat.

²¹² In Zypern wurde die Kirchenverfassung nie „mit staatlicher Autorität versehen und die Kirche war auch nicht der Kontrolle durch den Staat unterworfen“ (Emilianides 2005: 256). Zypern ist de facto dem Kooperationsmodell zuzuordnen (vgl. zum Staatskirchenrecht in Zypern Emilianides 2005).

Die Kirchen, die Mitarbeiter in die Dachorganisation COMECE entsendet haben (Italienische Bischofskonferenz, Österreichische Bischofskonferenz), haben ihren Hauptsitz in EU-Staaten, die dem Kooperationsmodell zugeordnet werden können. Die Secondments bei der CSC wurden von Kirchen gestellt, deren Hauptsitz in Staaten, die dem Kooperationsmodell (F: drei östliche Departements, Irland, Schottland, Schweden²¹³, UK: außer England) oder die dem Staatskirchenmodell (Finnland, UK: England) zugeordnet werden können. Bis auf die Staatskirchen, die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland und die Kirche von England, haben alle anderen Kirchen, die einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet haben, ihren Hauptsitz in einem EU-Staat, der dem Kooperationsmodell zugeordnet werden kann. Keine Kirche mit Hauptsitz in einem Trennungsmodell-Staat hat einen Mitarbeiter zu ihrer Dachorganisation entsendet.

Schaubild 17: Verbindungsbüros, Secondments und Staat-Kirchen-Modelle

	Staatskirchenmodell	Kooperationsmodell	Trennungsmodell
Verbindungsbüro bzw. Repräsentant			
EKD		X	
Kirche von England ²¹⁴	X		
Kirche von Griechenland		X ²¹⁵	
Kirche von Zypern		X	
Rumänische Orthodoxe Kirche		X ²¹⁶	
Secondments			
Britische Methodistische Kirche ²¹⁷		X	
Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland ²¹⁸	X		
Heilsarmee		X	
Italienische Bischofskonferenz		X	
Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen		X	
Kirche von Schottland ²¹⁹		X	
Kirche von Schweden		X	
Österreichische Bischofskonferenz		X	
Presbyterianische Kirche von Irland		X	

Quelle: Eigene Darstellung nach Mückl 2005: 61 (GR, S sowie UK: Schottland angepasst); Für Rumänien: Hauser 2004.

²¹³ Die Kirche von Schweden war bis zum Jahr 2000 ebenfalls eine Staatskirche und Schweden war bis dahin dem Staatskirchenmodell zuzuordnen.

²¹⁴ Die Kirche von England hatte zwölf Jahre lang einen Mitarbeiter zur Dachorganisation abgeordnet und hat seit 2008 einen Repräsentanten in Brüssel.

²¹⁵ Die Kirche von Griechenland ist eine „Quasi-Staatskirche“.

²¹⁶ Die Rumänische Orthodoxe Kirche ist eine „Quasi-Staatskirche“.

²¹⁷ Die britische Methodistische Kirche finanzierte im Verbund mit der Heilsarmee, der Kirche von Schottland und der Presbyterianischen Kirche von Irland eine Mitarbeiterstelle.

²¹⁸ Die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland finanzierte gemeinsam mit der Kirche von Schweden eine Mitarbeiterstelle.

²¹⁹ Die Kirche von Schottland finanzierte elf Jahre lang eine Mitarbeiterstelle und dann sechs Jahre lang im Verbund mit der britischen Methodistischen Kirche, der Heilsarmee und der Presbyterianischen Kirche von Irland.

Vor diesem Hintergrund kann die These, dass die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen von ihrer Stellung im nationalen Kontext abhängig ist, bestätigt werden. Ob die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen insbesondere von ihrer Autonomie im nationalen Kontext abhängt, wird im Folgenden beleuchtet.

Kirchliche Autonomie

Die rechtliche Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen hat Auswirkungen auf die kirchliche Autonomie.

Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen bzw. die kirchliche Autonomie²²⁰ umfasst die eigenständige Regelung ihrer inneren Angelegenheiten. Dazu zählen die Bestimmung des Inhalts der christlichen Lehre, die Struktur der Organisation²²¹ ebenso wie ihre Verwaltung²²² und Tätigkeiten (vgl. Muckel 2011: 73; Durham 2001).

Die kirchliche Autonomie ist in den EU-Staaten unterschiedlich ausgeprägt und hängt mit dem jeweiligen Staat-Kirchen-Verhältnis zusammen. Die staatliche Einmischung in Angelegenheiten der Kirchen ist im Fall von Staatskirchen und „Quasi-Staatskirchen“ stark ausgeprägt und die kirchliche Autonomie dementsprechend gering: Politische Institutionen sind in die Ernennung von Bischöfen eingebunden (England, DK, GR) und Regelungen innerkirchlicher Angelegenheiten müssen per Parlamentsgesetz bestätigt werden (England, FIN) oder werden vom Parlament erlassen (DK)²²³. Die Nicht-Staatskirchen in Staaten, die dem Idealtyp des Staatskirchenmodells zugeordnet werden können, genießen Autonomie, d. h. sie sind von staatlichen Eingriffen in ihre Organisationsstrukturen frei. In Staaten, die dem Idealtyp des Trennungsmodells zugeordnet werden können, wird keine Regelung zur kirchlichen Autonomie in der Verfassung getroffen. Kirchen wird dieselbe Autonomie wie anderen Organisationen zugestanden: Dazu gehört die Freiheit, sich selbst zu organisieren, Mitarbeiter auszubilden, anzustellen und zu entlassen, Organisationen zu schaffen (z. B. Orden) sowie Gebäude zu erwerben (z. B. NL, CZ). Explizit erwähnt wird die kirchliche Autonomie in einigen Verfassungen von Staaten des Kooperationsmodells (A, CY, D, E, I, IRL, PL) (vgl. Sammelband von Robbers 2001; Sammelband von Robbers 2005b). Mitunter ist die kirchliche Autonomie

²²⁰ vgl. den Titel des Sammelbandes von Robbers 2001: „Church Autonomy [...]“. Dagegen stellt Rüfner heraus, dass das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen vom Staat anerkannt, jedoch nicht vom Staat geschaffen werde, so dass der Begriff der „Autonomie“ Fehl am Platz sei (vgl. Rüfner 2004: 542).

²²¹ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), ein Organ des Europarates, spricht in seinem Urteil „Hasan and Chaush gegen Bulgarien“ von „autonomer Existenz“, was sich auf das Recht zur eigenständigen Regelung der Organisationsstrukturen und das Recht, die Funktionsträger ohne staatliche Einmischung zu bestimmen, beziehe (vgl. de Wall 2006: 7).

²²² Dies kann beispielsweise Fragen der Verwaltung der Organisation, der Verwaltung von Liegenschaften, des Betriebs von Einrichtungen oder der Organisation der Einrichtungen berühren (vgl. Muckel 2011: 73).

²²³ In Griechenland ist umstritten, ob das Parlament administrative Umstrukturierungen in der Kirche von Griechenland beschließen kann oder nicht (vgl. Papastathis 2005: 120-121).

an die Bedingung der Registrierung der Kirche bei der Regierung geknüpft, deren Möglichkeit wiederum mit bestimmten Bedingungen verbunden ist (z. B. E, H).

Es kann festgehalten werden, dass die kirchliche Autonomie nur bei den Staatskirchen bzw. „Quasi-Staatskirchen“ eingeschränkt ist. Wird davon ausgegangen, dass Kirchen, denen kirchliche Autonomie in der Verfassung explizit zugestanden wird, über ein weitreichenderes Selbstbestimmungsrecht verfügen als andere Kirchen (vgl. dazu auch Robbers 1994b: 186), kann folgende Einteilung vorgenommen werden:

Schaubild 18: Zuordnung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Gewährung kirchlicher Autonomie

Hohe Autonomie	Mittlere Autonomie	Keine Autonomie
A, CY, D, E, I, IRL, PL	B, CZ, F, H, L, LIT, LV, M, NL, P, S, SK, SLO, UK: Schottland, Nordirland, Wales	UK: Kirche von England, FIN: Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland, Orthodoxe Kirche von Finnland, DK: Kirche von Dänemark, GR: Kirche von Griechenland, RO: Rumänisch-Orthodoxe Kirche, BG: Bulgarische Orthodoxe Kirche

Quelle: Eigene Darstellung nach dem Sammelband von Robbers 2001 und dem Sammelband von Robbers 2005.

Erklärt die kirchliche Autonomie die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen?

Als Erklärungsfaktor für die Mitgliedschaft der Kirchen in den Dachorganisationen ist die kirchliche Autonomie nicht stichhaltig. Sowohl Kirchen, die hohe und mittlere Autonomie genießen als auch jene, denen keine Autonomie zukommt, sind Mitglied in den Dachorganisationen COMECE und CSC.

Konfrontiert man die Zuordnung des Ausmaßes an Autonomie von Kirchen mit den Kirchen, die ein eigenes Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet bzw. dort einen Repräsentanten haben, so ergibt sich ebenfalls kein einheitliches Bild. Während die EKD und die Kirche von Zypern den Kirchen mit hoher Autonomie zugeordnet wurden, sind die Kirche von England, die Kirche von Griechenland und die Rumänische Orthodoxe Kirche bei den Kirchen ohne Autonomie zu finden. Mit Blick auf die Unterhaltung von Verbindungsbüros in Brüssel kann die Hypothese nicht bestätigt werden, dass Kirchen, denen im nationalen politischen System weitreichende und mehr Autonomie zukommt als Kirchen in anderen nationalen Systemen, versuchen werden, den politischen Prozess der EU mehr zu beeinflussen als jene Kirchen.

Die Kirchen, die einen Mitarbeiter in eine Dachorganisation entsendet haben, sind Kirchen mit hoher Autonomie (A, I, IRL), zwei Kirchen ohne Autonomie (UK: England, FIN) und

Kirchen mit mittlerer Autonomie (F, S, UK: Schottland, Nordirland, Wales), sodass auch hier kein einheitliches Muster festgestellt werden kann. Es kann nicht bestätigt werden, dass Kirchen, die im nationalen politischen System über weitreichende und mehr Autonomie als Kirchen in anderen nationalen Systemen verfügen, sich mehr in die Arbeit der Dachorganisationen einbringen, indem sie Mitarbeiter abordnen, als jene Kirchen.

Mit Blick auf die Analyse der kirchlichen Autonomie kann festgehalten werden, dass die kirchliche Autonomie offenbar kein Erklärungsfaktor für die Mitgliedschaft in einer Dachorganisation, für die Eröffnung eines Verbindungsbüros und für die Entsendung von Mitarbeitern in die Dachorganisationen ist.

B. Zugang der Kirchen zu nationalen politischen Akteuren

Zum tatsächlichen Zugang von allen 151 Kirchen zu politischen Akteuren in dem Staat, in dem sie ihren Hauptsitz haben, liegen keine Informationen vor. In dieser Arbeit bietet der Zugangsversuch der Kirchen eine Annäherung an den Zugang von Kirchen zu nationalen politischen Akteuren, da Bedingung für tatsächlichen Zugang zu administrativen und politischen Akteuren ist, dass die Organisation versucht, Zugang zu erhalten, d. h. administrative bzw. politische Akteure grundsätzlich kontaktiert. Platt ausgedrückt: Entweder man betätigt sich als Lobbyist oder nicht. Ob eine Kirche Interessen in den politischen Prozess einzubringen versucht, ist mit ihrem politischen Selbstverständnis verknüpft.

Das politische Selbstverständnis der Kirchen ist von historischen Erfahrungen und der Entwicklung des Staat-Kirchen-Systems hin zum gegenwärtigen Staat-Kirchen-System geprägt. Unabhängig von der Kirchenfamilie gibt es bei Kirchen in verschiedenen EU-Staaten unterschiedliche Positionen zur Frage der Rolle der Kirchen in der politischen Öffentlichkeit. Es lassen sich zwei Strömungen unterscheiden: Einige Kirchen sehen sich als Teil der Tradition einer „kritischen Solidarität“ mit der Gesellschaft und dem Staat, während andere Kirchen sich als „prophetische Stimme“ verstehen (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75).

Kirchen in der Tradition der kritischen Solidarität bringen ihre Interessen in den nationalen politischen Prozess ein: Sie treten an politische und administrative Akteure heran, pflegen diplomatische Kontakte und bringen Fragen und spezielle Anliegen in den politischen Prozess ein (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75). Die Belgische Bischofskonferenz, die Deutsche Bischofskonferenz, die EKD, die Evangelische Waldenserkirche, die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland, die Irische Bischofskonferenz, die Italienische Bischofskonferenz, die Niederländische Bischofskonferenz, die Kirche von England, die Kirche von Schottland, die

Österreichische Bischofskonferenz, die Polnische Bischofskonferenz und die Spanische Bischofskonferenz gehören zu dieser Gruppe (vgl. Interview COMECEb; Interview COMECEa; Interview EKDC; Heider-Rottwilm 2002: 75; Informationen zu den Mitgliedskirchen von ECCSEC: Reuter 2002: 84). Alle diese Kirchen, die sich als kritische Stimme verstehen – mit Ausnahme der DBK, der Evangelischen Waldenserkirche und der Niederländischen Bischofskonferenz –, sind typischerweise Kirchen, denen die Mehrheit der Bevölkerung angehört bzw. die sehr mitgliederstark sind (zur Mitgliederzahl siehe Kapitel VI E).

Kirchen in der Tradition der prophetischen Stimme lehnen Kontakte zu politischen Akteuren ab und bringen keine Interessen in den nationalen politischen Prozess ein. Sie haben ein völlig unpolitisches Selbstverständnis und sehen die Aufgabe der Kirche einzig darin, das Evangelium zu verkünden. Es sind Kirchen, „die sagen: ‚[...]Wir machen hier nur Religion, Verkündigung, Kultus und nichts darüber hinaus. Das ist uns wesensfremd‘“ (Interview EKDC). Einige dieser Kirchen wurden in früherer Zeit verfolgt und unterdrückt und haben eine größere Distanz zum Staat und zu politischen Akteuren entwickelt (vgl. Heider-Rottwilm 2002: 75). Dies trifft sowohl auf einige Minderheitskirchen als auch auf Kirchen zu, die ihren Hauptsitz in denjenigen EU-Staaten haben, deren politisches System über Jahrzehnte vom Sozialismus geprägt war. Ein unpolitisches Selbstverständnis hat zudem die Dänische Volkskirche, eine Mehrheitskirche. Sie lehnt diplomatische Kontakte ab und äußert sich nicht öffentlich zu politischen Fragen. „Die dänische Staatskirche [...] sagt: ‚Politik überlassen wir dem weltlichen Arm und wir sind der geistliche Arm‘“ (Interview EKDC).

Ein völlig anderes Selbstverständnis der Rolle der Kirchen in der Gesellschaft haben die orthodoxen Mehrheitskirchen. Nach orthodoxem Glauben kommen weltliche und geistliche Herrschaft aus derselben göttlichen Quelle und der Staat unterliegt nach dem Verständnis der orthodoxen Kirchen göttlichen Geboten (vgl. Potz 2006: 46). Aus historischen Gründen sind die orthodoxen Kirchen eng mit dem Staat, in dem sie ihren Hauptsitz haben, verbunden, und sehen sich als „Wahrer einer geschichtlich überlieferten kollektiven Identität“ (Auernheimer 2006: 264). Orthodoxe Kirchen treten daher wie die Kirchen in der Tradition der kritischen Solidarität an politische Akteure heran.

Erklärt das politische Selbstverständnis von Kirchen deren Europäisierung der Interessenvertretung?

Es liegen keine Informationen zum politischen Selbstverständnis aller 151 Kirchen in der EU vor. Mit Blick auf die Kirchen, über die Informationen zu diesem Aspekt vorliegen, kann Folgendes festgestellt werden: Sie sind Mitglied in einer Dachorganisation. Ausnahme ist die

Bulgarische Orthodoxe Kirche, die kein CSC-Mitglied ist. Alle Kirchen, die ein Verbindungsbüro eröffnet oder einen Repräsentanten in Brüssel haben, gehören zur Gruppe der „kritischen Solidarität“ (die EKD, die Kirche von England, die Kirche von Griechenland, die Kirche von Zypern und die Rumänische Orthodoxe Kirche). Keine Kirche, die Minderheitskirche in ihrem Staat ist oder die ihren Hauptsitz in einem ehemals sozialistischen Staat hat, hat ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet – mit Ausnahme der Rumänischen Orthodoxen Kirche. Diese Kirche hatte jedoch auch während des Sozialismus guten Kontakt zu politischen Akteuren: Sie ist wegen ihrer Verbindung zum Geheimdienst Securitate in die Kritik geraten (vgl. pars pro toto Andreescu/Andreescu 2009: 27). Es kann bestätigt werden, dass Kirchen, die auf nationaler Ebene Kontakt zu administrativen und politischen Akteuren suchen, versuchen den politischen Prozess der EU zu beeinflussen, in dem sie ein Verbindungsbüro eröffnen. Kirchen, die ihre Interessen nicht auf nationaler Ebene vertreten, versuchen ebenfalls nicht, sie auf EU-Ebene zu vertreten.

Alle Kirchen, die einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet haben, sind Kirchen in der Tradition der „kritischen Solidarität“ (Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland, IBK, Kirche von Schottland, ÖBK). Keine Kirche mit Hauptsitz in einem EU-Staat, der jahrzehntelang vom Sozialismus geprägt war, hat einen Mitarbeiter zu ihrer Dachorganisation entsendet. Es kann festgestellt werden, dass Kirchen, die auf nationaler Ebene Zugang zu politischen Akteuren suchen, sich mehr als andere Kirchen in die Arbeit der Dachorganisationen einbringen, indem sie einen Mitarbeiter entsenden. Darüber hinaus haben Kirchen, über deren politisches Selbstverständnis keine Informationen vorliegen (die Evangelische Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen sowie im Verbund mit der Kirche von Schottland die Britische Methodistische Kirche, die Heilsarmee und die Presbyterianische Kirche von Irland) einen Mitarbeiter entsendet.

Vor diesem Hintergrund und gestützt auf die vorliegenden Informationen kann die These bestätigt werden, dass die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen von ihrem Zugang zu politischen Akteuren auf nationaler Ebene abhängt. Die Hypothese, dass Kirchen, die auf nationaler Ebene Zugang zu politischen Akteuren haben, versuchen werden, den politischen Prozess der EU nicht nur über die nationalen politischen Akteure, sondern auch direkt zu beeinflussen („Verstärkungsthese“) kann ebenso bestätigt werden wie die Hypothese, dass Kirchen, die auf nationaler Ebene wenig oder keinen Zugang zu politischen Akteuren haben, nicht versuchen werden, den politischen Prozess der EU direkt zu beeinflussen. Nicht bestätigt hat sich die „Beharrungsthese“, nach der Kirchen, die auf nationaler Ebene guten Zugang

zu politischen Akteuren haben, ihre Interessen weiterhin auf nationaler Ebene vertreten und nicht versuchen, den politischen Prozess der EU direkt zu beeinflussen.

Schaubild 19: Verbindungsbüros, Secondments und politisches Selbstverständnis

	Kritische Stimme	Prophetische Stimme	k. A.
Verbindungsbüro bzw. Repräsentant			
EKD	X		
Kirche von England ²²⁴	X		
Kirche von Griechenland	X		
Kirche von Zypern	X		
Rumänische Orthodoxe Kirche	X		
Secondments			
Britische Methodistische Kirche ²²⁵			X
Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland ²²⁶	X		
Heilsarmee			X
Italienische Bischofskonferenz	X		
Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen			X
Kirche von Schottland ²²⁷	X		
Kirche von Schweden			X
Österreichische Bischofskonferenz	X		
Presbyterianische Kirche von Irland			X

Quelle: Eigene Darstellung nach Heider-Rottwilm 2002: 75; Informationen zu Mitgliedern von EECCSEC bei Reuter: 84; Interview COMECEa; Interview COMECEb; Interview EKDc.

Allerdings haben nicht alle Kirchen, die sich als kritische Stimme verstehen und zu deren politischem Selbstverständnis Informationen vorliegen, ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet oder einen Mitarbeiter in ihre Dachorganisation entsendet. So haben die Belgische Bischofskonferenz, die DBK, die Evangelische Waldenserkirche, die Irische Bischofskonferenz, die Niederländische Bischofskonferenz, die Polnische Bischofskonferenz und die Spanische Bischofskonferenz nicht auf diese Strategien der Interessenvertretung zurückgegriffen. Dies weist darauf hin, dass das politische Selbstverständnis keine ausschlaggebende Bedingung dafür sein kann, auf EU-Ebene durch die Eröffnung eines Verbindungsbüros oder ein Secondment in der Dachorganisation aktiv zu werden.

²²⁴ Die Kirche von England hatte zwölf Jahre lang einen Mitarbeiter zur Dachorganisation abgeordnet und hat seit 2008 einen Repräsentanten in Brüssel.

²²⁵ Die britische Methodistische Kirche finanzierte gemeinsam mit der Heilsarmee, der Kirche von Schottland und der Presbyterianischen Kirche eine Mitarbeiterstelle.

²²⁶ Die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland finanzierte gemeinsam mit der Kirche von Schweden eine Mitarbeiterstelle.

²²⁷ Die Kirche von Schottland finanzierte elf Jahre lang eine Mitarbeiterstelle und dann sechs Jahre lang im Verbund mit der britischen Methodistischen Kirche, der Heilsarmee und der Presbyterianischen Kirche von Irland.

C. Finanzielle Ressourcen der Kirchen

Über die finanziellen Ressourcen der Kirchen liegen – mit Ausnahme der DBK und der EKD – keine Informationen vor. In dieser Arbeit wird angenommen, dass die finanziellen Ressourcen der Kirchen eng mit der Art des Einkommens von Kirchen verknüpft sind und dass ein Blick auf die Haupteinnahmequellen von Kirchen eine Annäherung an die Einschätzung ihrer finanziellen Ressourcen erlaubt. Im Folgenden werden Idealtypen der Kirchenfinanzierungsarten entwickelt.

Wie sich die Kirchen finanzieren, variiert je nach dem nationalen Kontext und ist historisch bedingt. In dieser Arbeit wird angenommen, dass sich mit Blick auf die Haupteinnahmequelle²²⁸ zwei Idealtypen der Finanzierungsarten dieser Organisationen unterscheiden lassen: das Staatsfinanzierungsmodell und das Selbstfinanzierungsmodell. Dem Staatsfinanzierungsmodell können jene Kirchen zugeordnet werden, deren Organisation und Tätigkeiten hauptsächlich vom Staat finanziert werden. Dazu zählen finanzielle Zuschüsse, die nicht kulturellen oder sozialen Tätigkeiten dienen. Ein Beispiel für solche Zuschüsse wäre die Zahlung der Gehälter des Kirchenpersonals durch den Staat (B, CY, F: drei östliche Departements²²⁹, GR, L). Das Selbstfinanzierungsmodell kann weiter unterteilt werden in ein Mitgliedsbeitragsmodell, ein Spendenmodell und ein Vermögensmodell. Das *Mitgliedsbeitragsmodell* beruht auf regelmäßigen finanziellen Einkünften durch die Mitglieder. Die „Beiträge“ können durch ein kirchliches Einzugssystem (A) oder durch das staatliche Steuersystem eingezogen werden. Zu unterscheiden sind „echte“ Kirchensteuersysteme, bei denen der Staat im Auftrag der Kirchen die Kirchensteuer erhebt und den Kirchen zuführt (D, DK, FIN, S), von Kultursteuersystemen (E, H, I, P). Bei den Kultursteuersystemen kann der Steuerzahler den Begünstigten für einen bestimmten Prozentsatz seiner Einkommenssteuer wählen und hat in diesem Rahmen die Möglichkeit, eine Kirche zu begünstigen. Das *Spendenmodell* stützt sich wie das Mitgliedsbeitragsmodell auf die Mitglieder der Kirche, ist aber auf die freiwillige Spende der Mitglieder in selbst gewählter Höhe angewiesen. Das *Vermögensmodell* beruht auf der Finanzierung der Kirchen durch eigenes Vermögen im Sinne von Immobilien (Grundbesitz, Gebäude) und Mobilien (z. B. Kunstgegenstände). Insgesamt ergeben sich damit vier Idealtypen der Kirchenfinanzierung, denen die Kirchen folgendermaßen zugeordnet werden können.

²²⁸ In der Praxis werden verschiedene Finanzierungsformen kombiniert. So kann der Staat beispielsweise auch unmittelbare Zuschüsse an Kirchen geben, die Kirchensteuer erheben oder Kirchen können sich sowohl aus eigenem Vermögen als auch aus Spenden finanzieren.

²²⁹ In den drei östlichen französischen Departements werden die Kirchenmitarbeiter vom Staat bezahlt, da dieses Gebiet zur Zeit der Einführung des Trennungsgesetzes von Kirche und Staat im Jahr 1905 zum Deutschen Reich gehörte und das Trennungsgesetz dort nicht in Kraft trat (vgl. Basdevant-Gaudemet 2005: 160). Bis heute gilt dort das Konkordat von Napoleon (vgl. Basdevant-Gaudemet 2005: 159).

Schaubild 20: Zuordnung der Mitgliedstaaten zu Kirchenfinanzierungsmodellen

Staatsfinanzierungsmodell	Mitgliedsbeitragsmodell	Vermögensmodell	Spendenmodell
B ²³⁰ , CY, F: drei östliche Departments, GR: Kirche von Griechenland, L, RO	A ²³¹ , D ²³² , DK: Volkskirche ²³³ , E: Römisch-katholische Kirche ²³⁴ , FIN: Evangelisch-Lutherische Kirche und Orthodoxe Kirche, H ²³⁵ , I ²³⁶ , P ²³⁷ , S	CY: Kirche von Zypern, M: Römisch-katholische Kirche, P: Römisch-katholische Kirche, SLO: Römisch-katholische Kirche, UK: Kirche von England, Kirche von Schottland, Vereinigte Reformierte Kirche	CZ, E, EST ²³⁸ , F, GR, IRL, LIT, LV, M, NL, PL, SK, SLO ²³⁹ , UK

Quelle: Eigene Darstellung nach Andreescu/Andreescu 2009; Hammer 2002; Petersen 2007, dem Sammelband von Robbers 2005. Über Bulgarien sind keine Informationen vorhanden.

Über die exakten finanziellen Ressourcen aller Kirchen liegen keine Informationen vor. Es kann angenommen werden, dass Kirchen, die über regelmäßige Einkünfte von Seiten des Staates oder durch ihre Mitglieder verfügen, finanziell besser gestellt sind als Kirchen, die auf die freiwillige Spende ihrer Mitglieder angewiesen sind. Beispielsweise ist die finanzielle

²³⁰ Wenn keine Spezifizierung der Kirchen erfolgt und das Kürzel des Mitgliedstaats genannt wird, gilt das Kirchenfinanzierungsmodell für alle Kirchen mit Hauptsitz in dem Mitgliedstaat.

²³¹ Die römisch-katholische, die evangelische und die alt-katholische Kirchen erheben einen Kirchenbeitrag von 1,1% des Einkommens abzüglich 50€ (vgl. Erzdiözese Wien 2012; Hammer 2002: 117). Es handelt sich um ein privatrechtliches Finanzierungssystem (vgl. Hammer 2002: 118-119).

²³² In Deutschland gibt es eine Kirchensteuer von neun Prozent der Einkommenssteuer.

²³³ In Dänemark gibt es eine Kirchensteuer (bis zu sieben Prozent der Lohnsteuer). Zudem zahlt der Staat 60 Prozent des Gehalts eines Pfarrers, die Löhne für die Kirchenangestellten und einen Großteil des Unterhalts der Gebäude der Dänischen Volkskirche (vgl. Petersen 2007: 2).

²³⁴ Die römisch-katholische Kirche kann in Spanien auf einen Mechanismus zurückgreifen, der den anderen Kirchen nicht gewährt wird: Die Steuerzahler können über den Begünstigten von 0,5 Prozent der Einkommenssteuer entscheiden und diesen Betrag der römisch-katholischen Kirche, sozialen Zwecken oder dem Staat zuwenden (so genannte Kultursteuern) (vgl. Ibán 2005: 152; Hammer 2002: 114).

²³⁵ In Ungarn gibt es seit 1998 eine Kultursteuern: Die Steuerzahler können über den Begünstigten von 1 Prozent der Einkommenssteuer entscheiden und diesen Betrag einer Kirche oder dem Staat zuwenden (vgl. Schanda 2005: 339-340). Der Staat ergänzt diesen Betrag um einen gewissen Prozentsatz der gesamten Staatseinnahmen aus Einkommenssteuer (von 1998-2002: 0,5 Prozent, von 2002-2004: 0,8 Prozent, seit 2004: 0,9 Prozent) (vgl. Schanda 2005: 340).

²³⁶ Italien kennt eine Kultursteuern: Die Steuerzahler können über den Begünstigten von 0,8 Prozent der Einkommenssteuer entscheiden und diesen Betrag dem Staat, der römisch-katholischen Kirche oder einer anderen Kirche zuwenden. Die Beträge aller derjenigen Steuerzahler, die keine Auswahl getroffen haben, werden gemäß dem Verhältnis der durch die anderen Steuerzahler gewählten Begünstigten aufgeteilt (vgl. Petersen 2007: 3). Die Baptistenunion und die Waldenserkirche haben sich entschieden, nicht als wählbare Organisationen für die Kultursteuern zu erscheinen (vgl. Ferrari 2005: 222-223).

²³⁷ In Portugal existiert eine Kultursteuern von 0,5 Prozent der Einkommenssteuer: Die Steuerzahler können den Betrag einer Kirche oder öffentlichen und privaten NGOs widmen (vgl. Canas 2005: 460).

²³⁸ Der Staat unterstützt den Estnischen Kirchenrat, dem zehn Kirchen angehören (u.a. die Evangelisch-Lutherische Kirche und die Orthodoxe Kirche), finanziell: Im Jahr 2004 hat er den Kirchenrat mit ca. 310.000€ unterstützt. Zudem ist die Orthodoxe Kirche vom Staat mit einer größeren Summe einmalig entschädigt worden (vgl. Kiviorg 2005: 120).

²³⁹ Der Staat gibt Zuschüsse zu Kranken- und Altersversicherung von Geistlichen: Im Jahr 2002 betrug dieser Zuschuss 1.223€ pro Geistlichem im Jahr (vgl. Sturm 2005: 527).

Situation der Kirchen in Frankreich prekär: Die Einnahmen aus Spenden reichen nicht zur Finanzierung der Aufgaben aus und viele Geistliche sind zu einer nebenberuflichen Tätigkeit gezwungen²⁴⁰ (vgl. Petersen 2007: 2). Ausnahme für Kirchen des Spendenmodells sind die nicht-anglikanischen Kirchen in Irland: Bei ihnen ist die Spendenbereitschaft der Mitglieder höher als bei anderen Kirchen, da „die Notwendigkeit einer Kirchenfinanzierung, die auf der Solidarität der Gläubigen aufbaut [...] im Bewusstsein der Bevölkerung tief verwurzelt“ ist (Hammer 2002: 107). Dies liegt an der geschichtlichen Entwicklung und insbesondere daran, dass die anglikanische Kirche von Irland bis zu ihrer Entstaatlichung vom Staat finanziert wurde, obwohl die Mehrheit der irischen Bevölkerung nicht Mitglied dieser Kirche war (vgl. Hammer 2002: 106). Auch die finanzielle Situation vieler Kirchen in denjenigen EU-Staaten, die bis Anfang der 1990-er Jahre sozialistisch geprägt waren, ist dürftig (vgl. Petersen 2007: 5). Die Kirchen wurden im politischen System des Sozialismus enteignet und diese Enteignungen sind bis heute in verschiedenen EU-Staaten nicht vollständig rückgängig gemacht oder die Kirchen entschädigt worden. Über die Höhe des kircheneigenen Vermögens derjenigen Kirchen, die sich in erster Linie aus ihrem Vermögen finanzieren, sind nicht für alle Kirchen Zahlen bekannt. Die Kirche von England hatte im Jahr 2008 ein Vermögen von 4,6 Milliarden Euro (vgl. Kirche von England 2012c; Umrechnung mit Kurs vom 31.12.2008). Sie befindet sich in Geldnot und hat zunehmend auf das Angebot karitativer Dienstleitungen verzichtet sowie Gebäude und bewegliche Kunstdenkmale verkauft (vgl. Hammer 2002: 96). Ihre Spendeneinnahmen belaufen sich auf ca. 900 Millionen Euro im Jahr (vgl. Kirche von England 2012c; Umrechnung mit Kurs vom 01.01.2012). Die reichsten Kirchen in der EU sind die DBK und die EKD (vgl. Gespräch der Autorin mit Kardinal Lehmann am 17.09.2009; Jenkins 2002: 30): Es kann vor dem Hintergrund fast gleicher Mitgliederzahl und gleicher Höhe der Kirchensteuer davon ausgegangen werden, dass beide Kirchen annähernd über die gleiche Ausstattung an finanziellen Ressourcen mit jeweils circa 9,9 Milliarden Euro Einnahmen im Jahr verfügen (vgl. EKD 2011d: 37). Im Jahr 2005 beliefen sich die Kirchensteuereinnahmen sowohl bei der DBK als auch bei der EKD auf 4 Milliarden Euro (vgl. DBK 2011b; EKD 2011d). An zweiter Stelle der Mitgliedskirchen der CSC gemessen an den finanziellen Ressourcen steht die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland (vgl. Jenkins 2002: 30). Der Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Finnland verfügte im Jahr 2011 über ein Budget von 28,7 Millionen Euro (vgl. Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland 2012).

²⁴⁰ Dies kann nicht für die drei östlichen Départements gelten, in denen das Kirchenpersonal vom Staat bezahlt wird.

Die drei Beispiele zeigen erhebliche Unterschiede: Während die DBK und die EKD bereits Kirchensteuer-Einnahmen von vier Milliarden Euro im Jahr haben, ist dieser Betrag annähernd das Vermögen der Kirche von England, während die Kirchen in Frankreich (abgesehen von denjenigen in den drei östlichen Departements) nicht einmal ihre Geistlichen aus eigenen Mitteln bezahlen können.

Erklärt die Ausstattung mit finanziellen Ressourcen die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen?

Die Ausstattung mit finanziellen Ressourcen erklärt nicht die Mitgliedschaft in den Dachorganisationen: In den Dachorganisationen finden sich Kirchen, die unterschiedlichen Kirchenfinanzierungsmodellen zugeordnet werden können.

Verbindungsbüros in Brüssel haben zwei Kirchen, die dem Staatsfinanzierungsmodell zugeordnet werden können (Kirche von Griechenland, Rumänisch Orthodoxe Kirche), eine Kirche, die dem Mitgliedsbeitragsmodell, genauer gesagt dem Kirchensteuermodell, zugeordnet werden kann (EKD) und eine Kirche, die dem Vermögensmodell zugeordnet werden kann (Kirche von Zypern), eröffnet. Zudem hat die Kirche von England, die ebenfalls dem Vermögensmodell zugeordnet werden kann, einen Repräsentanten in Brüssel. Keine Kirche, die sich hauptsächlich aus Spenden finanziert, hat ein Verbindungsbüro bzw. einen Repräsentanten in Brüssel. Die Hypothese, dass Kirchen, die im Vergleich zu anderen Kirchen über mehr finanzielle Ressourcen verfügen, mehr als andere Kirchen versuchen, den politischen Prozess der EU direkt zu beeinflussen, indem sie ein Verbindungsbüro zu eröffnen, kann bestätigt werden. Allerdings hat von den beiden reichsten Kirchen nur die EKD, nicht aber die DBK ein eigenes Büro eröffnet und auch die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland als zweitvermögendste CSC-Mitgliedskirche hat dies nicht getan haben.

Mitarbeiter zu Dachorganisationen entsendet haben Kirchen, die dem Staatfinanzierungsmodell (Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen²⁴¹), die dem Mitgliedsbeitragsmodell (IBK, ÖBK, Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland, Kirche von Schweden), die dem Vermögensmodell (Kirche von England, Kirche von Schottland) und die dem Spendenmodell (Britische Methodistische Kirche, Heilsarmee, Presbyterianische Kirche von Irland) zugeordnet werden können. Es kann festgestellt werden, dass Kirchen, die im Vergleich zu anderen Kirchen über mehr finanzielle Ressourcen verfügen, sich mehr als andere Kirchen in die Mitarbeit in Dachorganisationen einbringen, indem sie einen Mitarbeiter finanzieren – und zwar

²⁴¹ Wenn man so will, finanziert der französische Staat durch die Mitarbeiterstelle der Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen im CSC-Büro in Straßburg die Interessenvertretung der Kirchen gegenüber der EU.

alleine. Allerdings können sich mehrere Kirchen zusammenschließen und gemeinsam einen Mitarbeiter bei der Dachorganisation finanzieren.

Schaubild 21: Verbindungsbüros, Secondments und Kirchenfinanzierungsmodelle

	Staatsfinanzierungsmodell	Mitgliedsbeitragsmodell	Vermögensmodell	Spendenmodell
Verbindungsbüro bzw. Repräsentant				
EKD		X		
Kirche von England ²⁴²			X	
Kirche von Griechenland	X			
Kirche von Zypern			X	
Rumänische Orthodoxe Kirche	X			
Secondments				
Britische Methodistische Kirche ²⁴³				X
Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland ²⁴⁴		X		
Heilsarmee				X
Italienische Bischofskonferenz		X		
Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen	X			
Kirche von Schottland ²⁴⁵			X	
Kirche von Schweden		X		
Österreichische Bischofskonferenz		X		
Presbyterianische Kirche von Irland				X

Quelle: Eigene Darstellung nach Andreescu/Andreescu 2009; Hammer 2002; Petersen 2007; dem Sammelband von Robber 2005.

D. Zwischenfazit

Die Annahme, dass die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen von ihrer Stellung im nationalen Kontext (insbesondere der Autonomie), von ihrem Zugang zu politischen Akteuren auf nationaler Ebene und von ihren finanziellen Ressourcen abhängt, kann in dieser Einfachheit nicht bestätigt werden. Die Mitgliedschaft in der jeweiligen Dachorganisation ist von diesen Faktoren unabhängig. Gleichwohl sind nicht alle nicht-römisch-katholischen Kirchen in einem EU-Staat auch Mitglied der CSC.

Keine Kirche mit Hauptsitz in einem Staat, der mit Blick auf das Staatskirchenrecht dem Trennungsmodell zugeordnet werden kann, hat ein Verbindungsbüro eröffnet bzw. einen Repräsentanten in Brüssel oder einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet. Wie sich ge-

²⁴² Die Kirche von England hatte zwölf Jahre lang einen Mitarbeiter zur Dachorganisation abgeordnet und hat seit 2008 einen Repräsentanten in Brüssel.

²⁴³ Die britische Methodistische Kirche finanzierte gemeinsam mit der Heilsarmee, der Kirche von Schottland und der Presbyterianischen Kirche eine Mitarbeiterstelle.

²⁴⁴ Die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland finanzierte gemeinsam mit der Kirche von Schweden eine Mitarbeiterstelle.

²⁴⁵ Die Kirche von Schottland finanzierte elf Jahre eine Mitarbeiterstelle und dann sechs Jahre im Verbund mit der britischen Methodistischen Kirche, der Heilsarmee und der Presbyterianischen Kirche von Irland.

zeigt hat, ist die kirchliche Autonomie kein Erklärungsfaktor für die Eröffnung einer Repräsentanz in Brüssel, da sowohl Kirchen, denen hohe Autonomie, als auch jene, denen keine Autonomie zukommt, auf diese Strategie der Interessenvertretung zurückgegriffen haben. Sowohl Kirchen mit hoher, mittlerer und keiner Autonomie haben Mitarbeiter zu Dachorganisationen entsendet.

Der Zugang von Kirchen zu nationalen administrativen und politischen Akteuren wurde über den Zugangsversuch zu erfassen versucht, da keine Informationen zum tatsächlichen Zugang aller 151 Kirchen vorliegen. Der Zugangsversuch ist mit dem politischen Selbstverständnis verknüpft. Alle Kirchen, über deren Selbstverständnis Informationen vorliegen und die ein Verbindungsbüro eröffnet oder einen Repräsentanten im Brüssel haben, sind solche, die auch auf nationaler Ebene den Kontakt zu administrativen und politischen Akteuren suchen. Alle Kirchen, die einen Mitarbeiter entsendet haben, sind Kirchen, die sich als kritische Stimme verstehen. Auffällig ist, dass keine Kirche mit Hauptsitz in einem EU-Staat, der jahrzehntelang vom Sozialismus geprägt war, einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet hat. Die Rumänische Orthodoxe Kirche hat als Kirche in einem jahrzehntelang sozialistisch geprägten politischem System ein Verbindungsbüro eröffnet. Nicht alle Kirchen, die sich als kritische Stimme verstehen und auf nationaler Ebene ihre Interessen vertreten, haben ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet oder einen Mitarbeiter zu ihrer Dachorganisation entsendet.

Da keine Informationen zu den finanziellen Ressourcen der Kirchen vorliegen, wurden Idealtypen der Kirchenfinanzierungsarten entwickelt und es wurde angenommen, dass Kirchen, die einen regelmäßigen Zufluss an finanziellen Mitteln haben mehr finanzielle Mittel als andere Kirchen haben. Offensichtlich wurde, dass keine Kirche, die sich hauptsächlich aus Spenden finanziert, ein Verbindungsbüro eröffnet bzw. einen Repräsentanten in Brüssel oder alleine²⁴⁶ einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet hat. Auffallend ist, dass nur die Mehrheitskirchen, die dem Mitgliedsbeitragsmodell zugeordnet werden können, einen Mitarbeiter zur Dachorganisation abgeordnet haben: In Österreich und in Italien nur die römisch-katholischen Bischofskonferenzen, in Finnland nur die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland und in Schweden nur die Kirche von Schweden. Auffallend ist zudem, dass von den beiden reichsten Kirchen, der DBK und der EKD, nur die EKD ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhält. Die DBK hat nicht nur kein Verbindungsbüro in Brüssel, sondern auch keinen Mitarbeiter zur COMECE abgeordnet.

Im Folgenden werden als alternative Erklärungsfaktoren die Mitglieder der Kirche und die Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie beleuchtet, da sich erkennen ließ, dass nur bestimmte Kir-

²⁴⁶ Eine Mitarbeiterstelle bei der CSC wurde von einem Verbund aus mehreren Kirchen, die auf Spendengelder angewiesen sind und aus einer Kirche, die sich hauptsächlich aus ihrem Vermögen trägt, finanziert.

chen mit Hauptsitz in einem EU-Staat, in dem mehrere Kirchen Mitglied in einer der beiden Dachorganisationen sind, ein Verbindungsbüro eröffnet oder ein Secondment durchgeführt haben.

E. Alternative Erklärung: Mitgliederzahl

Zwischen den 151 Kirchen in den EU-Staaten unterscheidet sich die Mitgliederzahl erheblich. Während die mitgliederstärkste Kirche ca. 57,2 Millionen Mitglieder²⁴⁷ vereint, zählen die beiden mitgliederärmsten Kirchen jeweils 25 Mitglieder²⁴⁸ (zu den Mitgliederzahlen der Kirchen in der EU siehe Kapitel II C). Im Folgenden werden diejenigen Kirchen, die über eine Million Mitglieder haben, in absteigender Mitgliederzahl aufgezeigt.

Schaubild 22: Kirchen nach Mitgliederanzahl

Italienische Bischofskonferenz	57.223.000
Französische Bischofskonferenz	46.621.000
Spanische Bischofskonferenz	42.416.000
Polnische Bischofskonferenz	36.639.000
Evangelische Kirche in Deutschland	26.211.000
Deutsche Bischofskonferenz	25.240.000
Kirche von England	25.000.000
Rumänische Orthodoxe Kirche	18.806.428
Kirche von Griechenland	10.003.402
Portugiesische Bischofskonferenz	9.368.000
Kirche von Schweden	7.200.000
Belgische Bischofskonferenz	7.713.000
Österreichische Bischofskonferenz	6.063.000
Ungarische Katholische Bischofskonferenz	5.914.000
Katholische Bischofskonferenz von England und Wales	5.500.000
Irische Katholische Bischofskonferenz	5.188.000
Niederländische Bischofskonferenz	4.603.000
Evangelische-Lutherische Kirche von Dänemark	4.500.000
Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland	4.400.000
Bulgarische Orthodoxe Kirche	4.400.000
Slowakische Bischofskonferenz	3.940.000
Tschechische Bischofskonferenz	3.290.000
Litauische Bischofskonferenz	2.726.000
Protestantische Kirche in den Niederlanden	2.500.000
Katholische Bischofskonferenz in Rumänien	1.807.000
Slowenische Bischofskonferenz	1.594.000
Kirche von Schottland	1.149.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CCEE 2012; Auswärtiges Amt 2011, European Baptist Federation 2011, Mennonitische Weltkonferenz 2011, ÖRK 2011b, ÖRK 2011c, ÖRK 2011d, ÖRK 2011g, ÖRK 2011h, ÖRK 2011j.

²⁴⁷ Die mitgliederstärkste Kirche ist die Italienische Bischofskonferenz.

²⁴⁸ Die beiden mitgliederärmsten Kirchen sind die Britische Konferenz der Mennoniten und der Baptistenbund von Wales.

Der Blick auf die Mitgliederzahlen zeigt, dass Kirchen, die mehr Mitglieder als andere Kirchen haben, nicht mehr als andere Kirchen versuchen, den politischen Prozess der EU direkt durch die Eröffnung eines Verbindungsbüros zu beeinflussen. Kein Verbindungsbüro in Brüssel wird von den vier mitgliederstärksten Kirchen unterhalten. Alle diese Kirchen sind römisch-katholische Bischofskonferenzen. Die Kirchen, die mit Blick auf die Mitgliederzahl an der fünften (EKD), siebten (Kirche von England), achten (Rumänische Orthodoxe Kirche), neunten (Kirche von Griechenland) und 29. Stelle (Kirche von Zypern) stehen, unterhalten eine eigene Repräsentanz in Brüssel. Diese Kirchen sind jeweils die mitgliederstärksten Kirchen in ihrer Kirchenfamilie, wie im Folgenden gezeigt wird.

Alt-katholische Kirchen

Die Mitgliederzahlen der mitgliederstärksten alt-katholischen Kirche (29.000) weist sie als an Mitgliedern arme Kirche im Vergleich zu den mitgliederstärksten Kirchen der anderen vier Kirchenfamilien aus (Kirche von England: 25 Millionen; EKD: 26,2 Millionen; Rumänische Orthodoxe Kirche: 18,8 Millionen; IBK: 57,2 Millionen Mitglieder). Während alle alt-katholischen Kirchen Mitglied bei der CSC sind, hat keine einen Mitarbeiter dorthin abgeordnet oder ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet.

Schaubild 23: Mitgliederstärkste alt-katholische Kirchen

Altkatholische Kirche der Mariaviten in Polen	29.000
Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland	25.000
Polnischkatholische Kirche	20.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ÖRK 2011b; KEK 2011; ÖRK 2011j.

Anglikanische Kirchen

Von den sechs anglikanischen Kirchen ist die Kirche von England die mitgliederstärkste Kirche und die nach Mitgliederzahl siebtstärkste Kirche in der EU. Sie hat als einzige ihrer Kirchenfamilie einen Mitarbeiter zur Dachorganisation abgeordnet und seit 2008 einen Repräsentanten in Brüssel.

Schaubild 24: Mitgliederstärkste anglikanische Kirchen

Kirche von England	25.000.000
Kirche in Irland	365.000
Kirche in Wales	78.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach KEK 2011; Mitgliederzahl ÖRK 2011g.

Evangelische Kirchen

In der evangelischen Kirchenfamilie ist die EKD die mitgliederstärkste Kirche, gefolgt von der Kirche von Schweden, der Kirche von Dänemark und der Kirche von Finnland.

Schaubild 25: Mitgliederstärkste evangelische Kirchen

Evangelische Kirche in Deutschland	26.211.000
Kirche von Schweden	7.200.000
Evangelische-Lutherische Kirche von Dänemark	4.500.000
Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland	4.400.000
Protestantische Kirche in den Niederlanden	2.500.000
Kirche von Schottland	1.149.000
Reformierte Kirche in Ungarn	620.000
Reformierte Kirche in Rumänien	560.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ÖRK 2011b; ÖRK 2011d; ÖRK 2011e, ÖRK 2011f, KEK 2011; Lutherscher Weltbund 2011; World Alliance of Reformed Churches Europe 2011.

Die EKD unterhält als einzige evangelische Kirche ein Verbindungsbüro in Brüssel. Die Kirchen, die mit Blick auf die Mitgliederzahl an zweiter, vierter und sechster Stelle stehen, sowie mitgliederärmere Kirchen haben Mitarbeiter zur CSC entsendet. Die Kirche von Schweden und die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland stehen mit Blick auf die Mitgliederzahl an elfter und 19. Stelle der Kirchen in der EU. In ihrer Kirchenfamilie sind sie die von der Mitgliederzahl zweistärkste (nach der EKD) und die viertstärkste Kirche. Die von der Mitgliederzahl an dritter Stelle der evangelischen Kirchenfamilie stehende Kirche, die Kirche von Dänemark, hat keinen Mitarbeiter entsendet. Die Kirche von Schottland, die elf Jahre lang einen Mitarbeiter zur CSC entsendete, steht mit Blick auf die Mitgliederzahlen der Kirchen in der EU an 27. Stelle. In ihrer Kirchenfamilie nimmt sie auf Basis der Mitgliederzahl die sechste Stelle ein²⁴⁹. Betrachtet man nur die reformierten Kirchen, steht sie mit Blick auf die Mitgliederzahl an zweiter Stelle (nach der Protestantischen Kirche in den Niederlanden). Eine Mitarbeiterstelle wird – seit das KKR-Büro zum ECCSEC-Büro in Straßburg wurde – von der Evangelischen Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen (210.000 Mitglieder) finanziert. Von 2003 bis 2009 entsendete die Kirche von Schottland einen Mitarbeiter zur CSC gemeinsam mit der Britischen Methodistischen Kirche (293.661 Mitglieder), der Heilsarmee Großbritannien (keine Mitgliederzahl bekannt) und der Presbyterianischen Kirche in Irland (300.000 Mitglieder): Insgesamt vertraten die drei Kirchen, von denen die Mitgliederzahl bekannt ist, ca. 1,7 Millionen Mitglieder.

²⁴⁹ Mehr Mitglieder haben die EKD (26.211.000), die Kirche von Schweden (7.200.000), die Kirche von Dänemark (4.500.000), die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland (4.400.000) und die Protestantische Kirche in den Niederlanden (2.500.000).

Orthodoxe Kirchen

Die mitgliederstärkste Kirche in der orthodoxen Kirchenfamilie ist die Rumänische Orthodoxe Kirche. Sie, die Kirche von Griechenland als zweitstärkste und die Kirche von Zypern als an Mitgliedern viertstärkste orthodoxe Kirche in der EU haben ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet. Die Bulgarische Orthodoxe Kirche, die von der Mitgliederzahl an dritter Stelle der orthodoxen Kirchen steht, ist weder Mitglied bei der CSC, noch hat sie ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet. Die Kirche von Griechenland war über einen Zeitraum von 23 Jahren – bis zum Beitritt der zehn mittel-, süd- und osteuropäischen Staaten im Jahr 2004 – die einzige orthodoxe Kirche mit Hauptsitz in einem EU-Staat. Auffällig ist, dass die Kirche von Zypern, die mit Blick auf die Mitgliederzahl der Kirchen in der EU erst an 29. Stelle steht, ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet hat. Führt man sich die Ziele des Verbindungsbüros vor Augen (siehe Kapitel V B), wird deutlich, dass die Kirche von Zypern mit der Eröffnung des Verbindungsbüros in erster Linie auf die türkische Besatzung Zyperns und die damit verbundene Zerstörung und den Diebstahl ihrer Kunstschatze aufmerksam machen will.

Schaubild 26: Mitgliederstärkste orthodoxe Kirchen

Rumänische Orthodoxe Kirche	18.806.428
Kirche von Griechenland	10.003.402
Bulgarische Orthodoxe Kirche	4.400.000
Kirche von Zypern	654.000
Polnische Autokefale Orthodoxe Kirche	600.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach KEK 2011; ÖRK 2011b; ÖRK 2011c; Auswärtiges Amt 2011.

Römisch-katholische Kirchen

Die Kirchen, die Mitarbeiter zur Dachorganisation COMECE entsendet haben, sind die Italienische Bischofskonferenz und die Österreichische Bischofskonferenz. Die IBK ist die mitgliederstärkste Kirche in der EU, während die ÖBK mit Blick auf die Zahl der Mitglieder erst an 13. Stelle steht. Es ist nochmals darauf hinzuweisen, dass die ÖBK im Jahr 1997 zunächst ein eigenes Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet hatte, das 2003 in das Sekretariat der COMECE eingegliedert wurde (vgl. Österreichische Bischofskonferenz 2011). Die Französische Bischofskonferenz, die Spanische Bischofskonferenz, die Polnische Bischofskonferenz, die Deutsche Bischofskonferenz, die Portugiesische Bischofskonferenz und die Belgische Bischofskonferenz haben jeweils mehr Mitglieder als die Österreichische Bischofskonferenz und keinen Mitarbeiter in die Dachorganisation entsendet. Damit kann die Mitgliederzahl als Erklärungsfaktor für die Entsendung eines Mitarbeiters der römisch-katholischen Kirchen in die Dachorganisation ausgeschlossen werden.

Schaubild 27: Mitgliederstärkste römisch-katholische Kirchen

Italienische Bischofskonferenz	57.223.000
Französische Bischofskonferenz	46.621.000
Spanische Bischofskonferenz	42.416.000
Polnische Bischofskonferenz	36.639.000
Deutsche Bischofskonferenz	25.240.000
Portugiesische Bischofskonferenz	9.368.000
Belgische Bischofskonferenz	7.713.000
Österreichische Bischofskonferenz	6.063.000
Ungarische Katholische Bischofskonferenz	5.914.000
Katholische Bischofskonferenz von England und Wales	5.500.000
Irische Katholische Bischofskonferenz	5.188.000
Niederländische Bischofskonferenz	4.603.000
Slowakische Bischofskonferenz	3.940.000
Tschechische Bischofskonferenz	3.290.000
Litauische Bischofskonferenz	2.726.000
Katholische Bischofskonferenz in Rumänien	1.807.000
Slowenische Bischofskonferenz	1.594.000

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach CCEE 2011; CCEE 2012.

Fazit: Mitgliederzahl innerhalb der Kirchenfamilien

Es kann festgehalten werden, dass von den Kirchen, die Mitglied von der CSC sind, nur die mitgliederstärksten Kirchen in ihrer Kirchenfamilie mit mehreren Millionen Mitgliedern ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhalten oder dort einen Repräsentanten haben. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Kirche von Griechenland bis 2007 die mitgliederstärkste orthodoxe Kirche war. Nicht jede mitgliederstärkste Kirche aller fünf Kirchenfamilien unterhält jedoch ein Verbindungsbüro: Die mitgliederstärkste alt-katholische Kirche tut dies nicht. Auffallend ist, dass die Kirche von Zypern ein Verbindungsbüro unterhält. Dies kann nicht durch die Mitgliederzahl der Kirche erklärt werden.

Bis auf die Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen (210.000) hat keine Kirche mit weniger als einer Million Mitgliedern alleine einen Mitarbeiter in eine Dachorganisation entsendet. Zur COMECE hat die mitgliederstärkste Kirche und die von der Mitgliederzahl an siebter Stelle stehende Kirche einen Mitarbeiter entsendet, während zur CSC die mitgliederstärkste anglikanische Kirche und die von der Mitgliederzahl an zweiter, an vierter Stelle und an sechster Stelle stehenden Kirchen einen Mitarbeiter abgeordnet haben. Zudem haben die Methodistische Kirche (293.661), die Heilsarmee und die Presbyterianische Kirche von Irland (300.000) im Verbund mit der Kirche von Schottland (1,1 Millionen) eine Mitarbeiterstelle bei der CSC finanziert. Mit Blick auf diese Ergebnisse kann festgehalten werden, dass die Mitgliederzahl kein stichhaltiger Erklärungsfaktor für ein Secondment ist.

F. Alternative Erklärung: Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie

Als weitere alternative Erklärung für die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen, die nicht aus dem MLG-Ansatz gewonnen wurde, wird im Folgenden die Zugehörigkeit der Kirchen zu den fünf Kirchenfamilien betrachtet.

Nicht alle nicht-römisch-katholischen Kirchen mit Hauptsitz in der EU sind Mitglied bei der CSC: Während aus der evangelischen Kirchenfamilie 49 Kirchen keine Mitglieder (elf lutherische und reformierte, 37 baptistische und mennonitische Kirchen) sind, ist aus der orthodoxen Kirchenfamilie eine Kirche kein Mitglied.

Alle sechs alt-katholischen Kirchen sind Mitglied bei der CSC. Keine alt-katholische Kirche unterhält ein Verbindungsbüro in Brüssel oder hat einen Mitarbeiter zur CSC abgeordnet.

Alle sechs anglikanischen Kirchen sind Mitglied bei der CSC. Von ihnen hat die Kirche von England einen Mitarbeiter zur CSC entsendet (1989-2002). Die Kirche ist seit 2008 durch einen Repräsentanten in Brüssel vertreten.

Bei der CSC sind 45 der 56 lutherischen und reformierten, zehn baptistische und nur eine mennonitische Kirche (48 baptistische und mennonitische Kirchen), alle drei methodistischen Kirchen und die Heilsarmee Mitglied. Nur eine Kirche bzw. genauer gesagt eine nationale Dachorganisation aus lutherischen, reformierten und unierten Kirchen (EKD) hat ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet. Zur CSC haben drei lutherische Kirchen (Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen, Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland gemeinsam mit der Kirche von Schweden) und eine reformierte Kirche (Kirche von Schottland) einen Mitarbeiter entsendet sowie ein Verbund aus zwei reformierten Kirchen, einer methodistischen Kirche und aus der Heilsarmee eine Mitarbeiterstelle finanziert.

Von den acht orthodoxen Kirchen haben drei ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet. Alle drei Kirchen sind Mitglied bei der CSC. Kein Verbindungsbüro in Brüssel unterhalten die Bulgarische Orthodoxe Kirche, die Orthodoxe Kirche in den Tschechischen Ländern und der Slowakischen Republik, die Polnische Autokefale Orthodoxe Kirche und die beiden autonomen Kirchen (Orthodoxe Kirche von Estland, Orthodoxe Kirche von Finnland). Keine der sieben orthodoxen CSC-Mitgliedskirchen hat auf die Möglichkeit eines Secondments zurückgegriffen.

Alle römisch-katholischen Kirchen sind Mitglied bei der COMECE. Von diesen Kirchen unterhält keine ein eigenes Verbindungsbüro in Brüssel. Das im Jahr 1997 durch die ÖBK eröffnete Verbindungsbüro wurde 2003 in die COMECE eingegliedert. Ein Grund dafür, dass keine nationale Bischofskonferenz ein eigenes Büro unterhält, ist in der Organisationsstruktur der römisch-katholischen Kirche zu sehen. Die nationalen Bischofskonferenzen sind im Gegensatz zu den anderen 128 Kirchen mit Hauptsitz in der EU keine eigenständigen Kirchen, sondern nationale „Abteilungen“ der römisch-katholischen Kirche, die durch den Nuntius bei der EU vertreten wird. Die COMECE ist das Gremium der nationalen Bischofskonferenzen, dessen Verbindungen zum Heiligen Stuhl so eng sind, dass u. a. auch Fragen der Personalwahl bei der COMECE nicht voll in der Hand der nationalen Bischofskonferenzen liegen (Quelle anonymisiert). Von den nationalen Bischofskonferenzen haben nur zwei einen Mitarbeiter zur COMECE entsendet (IBK, ÖBK). Es kann festgestellt werden, dass aufgrund der Struktur der römisch-katholischen Kirche alle Bischofskonferenzen in der Dachorganisation mit EU-Bezug vertreten sind, aber diese Struktur offenbar der Eröffnung eines eigenen Verbindungsbüros von nationalen Bischofskonferenzen entgegensteht, so dass diese Strategie der Interessenvertretung nicht gewählt wird bzw. werden kann.

Fazit: Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie

Die Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie kann nicht erklären, warum einige Kirchen Mitglied in der Dachorganisation CSC sind, andere jedoch nicht. Alle römisch-katholischen Kirchen sind demgegenüber Mitglied bei der COMECE.

Die Unterhaltung von Verbindungsbüros hängt offenbar von der Kirchenfamilie ab, da die römisch-katholischen Kirchen kein Verbindungsbüro unterhalten bzw. das Büro der Österreichischen Bischofskonferenz in die COMECE eingegliedert wurde. Von den nicht-römisch-katholischen Kirchen unterhalten eine evangelische Kirche und drei orthodoxe Kirchen ein Verbindungsbüro und eine anglikanische Kirche hat einen Repräsentanten in Brüssel. Die alt-katholischen Kirchen unterhalten kein Verbindungsbüro. Auffällig ist, dass drei orthodoxe Kirchen in Brüssel mit einem Verbindungsbüro präsent sind.

Eine Verbindung zwischen Secondments in den Dachorganisationen und den Kirchenfamilien kann ebenfalls festgestellt werden: Nur anglikanische, evangelische und römisch-katholische Kirchen haben Mitarbeiter zu ihrer Dachorganisation abgeordnet. Auf die Strategie des Secondments haben weder alt-katholische noch orthodoxe Kirchen zurückgegriffen.

Die Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie erklärt jedoch nicht, welche Kirchen der jeweiligen Kirchenfamilie ein Verbindungsbüro eröffnet oder einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet haben.

G. Fazit: Erklärungsfaktoren für kirchliche Interessenvertretung auf EU-Ebene

Verschiedene Erklärungsangebote dafür, warum sich einige Kirchen in ihrer Interessenvertretung europäisieren, indem sie Mitglied einer Dachorganisation mit EU-Bezug werden, indem sie einen Mitarbeiter zu ihrer Dachorganisation entsenden und indem sie ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhalten, wurden beleuchtet (Stellung im nationalen Kontext (insbesondere Autonomie), Zugang zu nationalen politischen Akteuren, finanzielle Ressourcen, Mitgliederzahl und Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie). Keiner dieser Faktoren konnte für sich alleine die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen erklären, weshalb im Folgenden eine Kombination der verschiedenen Faktoren untersucht wird.

Der Blick auf die einzelnen Kirchenfamilien und die Mitgliederzahl ihrer Kirchen (Abschnitt E) zeigte, dass bis auf die alt-katholischen Kirchen jeweils die mitgliederstärksten Kirchen der jeweiligen Kirchenfamilie über die einfache Mitgliedschaft in der Dachorganisation hinaus engagiert sind, indem sie entweder einen Mitarbeiter zur Dachorganisation für eine gewissen Zeitraum abordneten oder eine eigene Repräsentanz in Brüssel unterhalten. Die anglikanische, die evangelische und die orthodoxe mitgliederstärkste Kirchen²⁵⁰ haben ein Verbindungsbüro eröffnet bzw. einen Repräsentanten in Brüssel, während die römisch-katholische mitgliederstärkste Kirche einen Mitarbeiter als Vertreter ihrer Kirche in die Dachorganisation entsendet hat. Dies liegt offensichtlich an der Struktur der römisch-katholischen Kirche. Alle diese Kirchen sehen sich als kritische Stimme in der Gesellschaft.

Zusätzlich zu den mitgliederstärksten Kirchen sind einige Kirchen auf besondere Art in Brüssel vertreten: Eine weitere orthodoxe Kirche unterhält ein Verbindungsbüro und einige anglikanischen, evangelischen und römisch-katholischen Kirchen haben Mitarbeiter für eine gewisse Zeit zu den Dachorganisationen abgeordnet.

²⁵⁰ Da die Kirche von Griechenland bis 2007 die mitgliederstärkste Kirche in der E(W)G bzw. der EU war, hat sie wie die Rumänische Orthodoxe Kirche ein Büro.

Warum unterhält die Kirche von Zypern ein Verbindungsbüro?

Die Kirche von Zypern ist wie die Rumänische Orthodoxe Kirche und die Kirche von Griechenland eine Kirche, der die Mehrheit der Bevölkerung angehört. Es kann festgehalten werden, dass alle orthodoxen Mehrheitskirchen ein eigenes Büro in Brüssel unterhalten – mit Ausnahme der Bulgarischen Orthodoxen Kirche, die auch kein CSC-Mitglied ist. Keine orthodoxe Kirche, die CSC-Mitglied ist, aber in der nicht die Mehrheit der Bevölkerung des Mitgliedstaates, in dem sie ihren Hauptsitz hat, Mitglied ist, ist durch ein Verbindungsbüro oder einen Vertreter bei der CSC in Brüssel vertreten. Die Kirche von Zypern ist im Gegensatz zu den anderen orthodoxen Mehrheitskirchen keine „Quasi-Staatskirche“. Aus den Zielen ihres Verbindungsbüros in Brüssel ist herauszulesen, dass die Kirche von Zypern in erster Linie auf die türkische Besatzung Zyperns aufmerksam machen will. Die Kirche von Zypern stützt sich auf ihr Vermögen und kann als wohlhabend bezeichnet werden.

Warum haben Kirchen einen Mitarbeiter zur CSC abgeordnet?

Alle evangelischen Mehrheitskirchen – bis auf die Kirche von Dänemark – haben einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet (Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland zusammen mit der Kirche von Schweden, Kirche von Schottland). Der Grund dafür, dass die Kirche von Dänemark keine Interessenvertretung auf EU-Ebene betreibt, liegt darin, dass sie völlig unpolitisch ist und auch keine Interessenvertretung auf nationaler Ebene betreibt. Auch die anglikanische Mehrheitskirche, die Kirche von England, hatte einen Mitarbeiter zur CSC entsendet. Alle diese Kirchen sind nicht auf Spenden angewiesen: In Finnland und in Schweden wird Kirchensteuer erhoben, während die Kirche von England und die Kirche von Schottland über Vermögen verfügen, das ihnen als Hauptfinanzierungsquelle dient. Die Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen finanziert eine Mitarbeiterstelle im CSC-Büro in Straßburg: Die Geistlichen der französischen Kirchen in den drei östlichen französischen Departements werden vom Staat finanziert. Ein Zusammenschluss der Kirche von Schottland, der Britischen Methodistischen Kirche, der Heilsarmee und der Presbyterianischen Kirche von Irland hat ebenfalls einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet. Während die Kirche von Schottland sich aus ihrem Vermögen finanziert, sind die anderen drei Kirchen auf Spenden angewiesen.

Keine alt-katholische Kirche hat ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet oder einen Mitarbeiter zur CSC abgeordnet. Ein Grund dafür kann in der geringen Mitgliederzahl der Kirchen und in ihrer jungen Geschichte gesehen werden.

Warum haben Kirchen Mitarbeiter zur COMECE abgeordnet?

Die Italienische Bischofskonferenz und die Österreichische Bischofskonferenz haben einen Mitarbeiter zur COMECE abgeordnet. Aus den untersuchten Erklärungsangeboten wurde nicht klar, warum diese beiden Kirchen einen Mitarbeiter entsendet haben, andere Kirchen jedoch nicht. Das Engagement der ÖBK ließe sich mit ihren finanziellen Ressourcen erklären: Durch das Kirchenbeitragssystem gehört sie sicherlich zu den in finanzieller Hinsicht besser gestellten römisch-katholischen Kirchen. Warum die reichste römisch-katholische Kirche, die DBK, nicht auf die Strategie des Secondments zurückgegriffen hat, bleibt offen. Zukünftige Forschungsarbeiten sollten versuchen, mehr über die Strukturen der römisch-katholischen Kirche und der COMECE, insbesondere die Einbindung der Mitgliedskirchen, zu erfahren. Dies blieb der Verfasserin aufgrund der ablehnenden Haltung der römisch-katholischen Kirche zu diesem Forschungsprojekt verwehrt.

Die Mitgliederzahl einer Kirche, ihr politisches Selbstverständnis und ihre finanziellen Ressourcen sind ausschlaggebend für die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen im Sinne der Eröffnung eines Verbindungsbüros und der Entsendung von Mitarbeitern. Zu unterstreichen ist, dass alle Kirchen, über die Informationen zum politischen Selbstverständnis vorliegen und die ein Verbindungsbüro in Brüssel bzw. einen Repräsentanten haben oder einen Mitarbeiter in die Dachorganisation entsendet haben, Kirchen sind, die sich als kritische Stimme zum Staat verstehen und ihre Interessen auch auf nationaler Ebene einbringen.

Es ist zu betonen, dass in dieser Arbeit lediglich Muster für Erklärungsfaktoren aufgezeigt werden können, da die Autorin als Einzelperson nicht über die finanziellen und sprachlichen Kapazitäten verfügt, um für alle 151 Kirchen Informationen zu ihrem politischen Selbstverständnis und zu ihren finanziellen Ressourcen zu erheben. Zukünftige Forschungsarbeiten sollten eine solche Vollerhebung durchführen und sich zudem mit dem Zusammenspiel des Staat-Kirchen-Modells und dem politischen Selbstverständnis der verschiedenen Kirchen in den einzelnen Mitgliedstaaten befassen. Dazu wäre eine historische Analyse der Entwicklung hin zum gegenwärtigen Staat-Kirchen-Modell, die historische Rolle der jeweiligen Kirchen im betrachteten Mitgliedstaat sowie die Selbstzuschreibung der Rolle der jeweiligen Kirche in der Gesellschaft und gegenüber dem Staat zu beleuchten. Vor diesem Hintergrund erschiene ein interdisziplinäres Forschungsprojekt, in das neben Politikwissenschaftlern Forscher aus der Theologie (Sozialethik, Kirchengeschichte), der Geschichtswissenschaft und der Rechtswissenschaft (Öffentliches Recht) eingebunden wären, sinnvoll.

Im Folgenden werden die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem anhand zweier Fallstudien analysiert. Es geht nun nicht mehr darum, ob sich Kirchen in ihrer Interessenvertretung europäisiert haben, sondern wie Kirchen versuchen, ihre Interessen in den politischen Prozess der EU einzubringen. Zunächst wird gezeigt, auf welche Strategien der Interessenvertretung Kirchen im Hinblick auf eine Förderung von humaner embryonaler Stammzellforschung aus EU-Mitteln zurückgegriffen haben, bevor analysiert wird, auf welche Strategien der Interessenvertretung Kirchen zurückgegriffen haben, um ihre nationalen Staat-Kirchen-Systeme vor einem EU-Eingriff zu schützen und um eine Vorschrift für einen Dialog der EU-Organe mit den Kirchen im EU-Primärrecht zu verankern.

VII. Fallstudie: „Wann ist der Mensch ein Mensch?“ – Die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen im Hinblick auf eine Förderung humaner embryonaler Stammzellforschung

Nach dem christlichen Glauben ist das Leben von Gott gespendet und Gott hat den Menschen nach seinem Bild geschaffen. In der Charta Oecumenica, die von der KEK und von der CCEE erarbeitet und verabschiedet wurde, heißt es: „Wir betonen die Ehrfurcht vor dem Leben [...]“ (Charta Oecumenica III 7.). Rechtsetzungsmaßnahmen, die Fragen des Lebens berühren, tangieren die Kirchen in ihren Grundwerten. Da erwartet werden kann, dass Kirchen sich zu Rechtsetzungsmaßnahmen zu Fragen des menschlichen Lebens äußern und dass sie versuchen werden, deren Inhalt zu beeinflussen, wird die Interessenvertretung von Kirchen in der Frage einer Förderung von Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen durch die EU analysiert. Dazu wird zunächst die Gewinnung von embryonalen Stammzellen und die damit verbundenen ethischen Herausforderungen vorgestellt. Dann werden die Positionen der Kirchen zu dieser Frage und der nationale Kontext im Sinne der Regulierung von humaner embryonaler Stammzellforschung (heSF) in den 27 EU-Staaten analysiert. In einem dritten Schritt werden die politischen Prozesse auf EU-Ebene, die zu einer Verabschiedung des jeweiligen Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung und zur Bewilligung der darin enthaltenen Fördermittel für Forschungsprojekte mit humanen embryonalen Stammzellen, und die Interessenvertretung der Kirchen analysiert.

A. Die Gewinnung von embryonalen Stammzellen und die damit verbundene ethische Herausforderung

Das Interesse der Wissenschaft an Stammzellen basiert auf der Möglichkeit, Ersatz für menschliches Gewebe zu gewinnen und eine Verbesserung des Heilungserfolges oder sogar die Heilung von Krankheiten zu erreichen. Dies betrifft Krankheiten von Gewebe, das ein eingeschränktes oder fehlendes Regenerationsvermögen aufweist (beispielsweise das Nervensystem, das Rückenmark oder Herzmuskelzellen) oder genetisch bedingte Krankheiten (beispielsweise Diabetes, Muskelschwäche oder Thalassämie, die zu Blutarmut führt) (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft 2007: 34-35).

„Eine Stammzelle ist eine Art Ursprungszelle, die sich unbegrenzt vermehren und alle Zelltypen des Körpers bilden kann (zum Beispiel Muskelzelle, Nervenzelle, Blutzelle)“ (Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011). Aus solchen pluripotenten Stammzellen kann kein eigenständiger Organismus entstehen. Eine Stammzelle unterscheidet sich damit im Allgemeinen von einer totipotenten Zelle, die sich zu teilen und zu einem Lebewesen zu entwickeln vermag. Totipotent sind Zellen nur bis zum Acht-Zell-Stadium, das heißt in einer sehr frühen Phase der Zellteilung nach der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011).

Stammzellen lassen sich aus Embryonen, aus Föten sowie aus Organen wie beispielsweise dem Knochenmark von Säuglingen, Kindern und Erwachsenen gewinnen (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011). Es wird je nach Herkunftsort zwischen embryonalen, fetalen sowie adulten Stammzellen unterschieden. Es gibt zwei Möglichkeiten zur *Gewinnung embryonaler Stammzellen*: Erstens können sie aus bei einer künstlichen Befruchtung²⁵¹ entstandenen Embryonen, die nicht mehr für eine Schwangerschaft benötigt werden und daher „überzählig“ sind, gewonnen werden. Zweitens können sie durch therapeutisches Klonen, bei dem eine gespendete Eizelle entkernt und mit dem genetischen Material (dem Kern) einer Körperzelle eines anderen Lebewesens versehen wird, wodurch sich eine neue totipotente Zelle bildet, gewonnen werden (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011). Aus der befruchteten Eizelle bildet sich bei diesen beiden Methoden eine Blastozyste, aus deren innerer Zellmasse am vierten Entwicklungstag pluripotente embryonale Stammzellen entnommen werden können. Die beiden Methoden führen zur Zerstörung des Embryos. Die *Gewinnung von fetalen Stammzellen* erfolgt aus den Vorläufern der Ei- bzw. Samenzellen von fünf- bis neunwöchigen abgetriebenen Föten. Diese pluripotente Keimzellen gleichen den aus einer Blastozyste entnommenen pluripotenten Stammzellen (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011).

²⁵¹ Die künstliche Befruchtung erfolgt durch eine sogenannte In-vitro-Fertilisation (Befruchtung im Glas), bei der Eizellen mit Spermien außerhalb des Körpers in einer Nährlösung in einem Reagenzglas zusammengebracht werden.

Adulte Stammzellen sind teilungsfähige Zellen, die lebenslänglich in Organen des Lebewesens vorhanden sind und Ersatzzellen für Zellen, die beispielsweise durch Verletzung nicht mehr funktionsfähig sind, bilden (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011). Die *Gewinnung von adulten Stammzellen* erfolgt aus dem Blut oder dem Knochenmark (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011). Adulte Stammzellen haben im Vergleich zu embryonalen und fetalen Stammzellen ein geringeres Entwicklungspotential und ihre Vermehrbarkeit ist begrenzt (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011). „[S]ie können mithilfe von Wachstumsfaktoren im Labor dazu angeregt werden, sich in einen spezialisierten Zelltyp zu entwickeln“ (Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011).

Embryonale Stammzellen sind besonders geeignet, Ersatz für Gewebe zu erhalten und bisher nicht heilbaren Krankheiten besser zu begegnen, da sie aufgrund ihrer unbegrenzten Vermehrbarkeit einen unerschöpflichen Pool an Ersatzzellen bieten. Bei embryonalen Stammzellen kann jedes ihrer Gene entfernt, ersetzt oder modifiziert werden und damit gezielt Gene ausgeschaltet werden, deren Produkte an der Krankheitsentstehung beteiligt sind (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft 2007: 18).

Die ersten embryonalen Stammzellen von Mäusen wurden 1981 isoliert (vgl. International Society for Stem Cell Research 2011). Für deren genetische Manipulation, wodurch auch die Nachkommen dieser Mäuse genetisch modifiziert wurden, wurde an drei Forscher 2007 der Nobelpreis in Physiologie bzw. Medizin verliehen. Durch diese Forschung konnten Gene, die mit verschiedenen menschlichen Krankheiten zusammenhängen, identifiziert und Wissen um die Entwicklung dieser Krankheiten gewonnen werden (vgl. International Society for Stem Cell Research 2011). Im Jahre 1998 gelang es, humane embryonale Stammzellen zu isolieren (vgl. International Society for Stem Cell Research 2011).

Die ethische Herausforderung bei der Forschung insbesondere mit *humanen* embryonalen Stammzellen (hES) basiert auf der mit ihrer Gewinnung einhergehenden Zerstörung des humanen Embryos. „Wann ist der Mensch ein Mensch?“ bzw. „was ist der Embryo?“ wird damit zu einer entscheidenden Frage für die ethische Bewertung der Forschung mit embryonalen Stammzellen.

B. Positionen der Kirchen zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen

Die Kirchen haben unterschiedliche Positionen zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen. Während die römisch-katholische Kirche und die orthodoxen Kirchen den menschlichen Embryo als Mensch ansehen und heSF auf Grund der Zerstörung des menschlichen Embryos bei der Gewinnung von Stammzellen ablehnen, kommt dem Embryo nach Auffassung evangelischer, anglikanischer und alt-katholischer Kirchen keine solche absolute Schutzwürdigkeit zu. Diese verschiedenen Positionen haben Konsequenzen für die Positionierung der Dachorganisationen COMECE und EECCS bzw. CSC: Während die COMECE aufgrund des Lehramts der römisch-katholischen Kirche eine klare Position vertritt, erweist sich die Herausbildung einer einheitlichen Position zur Frage der heSF aufgrund der Heterogenität der Mitglieder bei der EECCS bzw. bei der CSC als unmöglich. Im Folgenden werden die Positionen der Kirchen nach Kirchenfamilien getrennt analysiert. Die Position der Dachorganisation EECCS bzw. CSC wird daran anschließend herausgearbeitet.

1. Die römisch-katholische Kirche

Die römisch-katholische Kirche kennt ein Lehramt und kann auf Beschlüsse der Vollversammlung aller Bischöfe über kirchliche Angelegenheiten zurückgreifen. Ziel des Lehramts ist es, vor Verirrungen und Glaubensschwäche zu schützen und so dem Einzelnen die Möglichkeit zu geben, den Glauben irrtumsfrei zu bekennen (vgl. Vatikan 1997: 890). „Der pastorale Auftrag des Lehramtes ist es, zu wachen, daß das Gottesvolk in der befreienden Wahrheit bleibt. Zur Erfüllung dieses Dienstes hat Christus den Hirten das Charisma der Unfehlbarkeit in Fragen des Glaubens und der Sitten verliehen. Dieses Charisma kann auf verschiedene Weisen ausgeübt werden: ‚Dieser Unfehlbarkeit ... erfreut sich der Römische Bischof, das Haupt des Kollegiums der Bischöfe, kraft seines Amtes, wenn er als oberster Hirt und Lehrer aller Christgläubigen, der seine Brüder im Glauben stärkt, eine Lehre über den Glauben oder die Sitten in einem endgültigen Akt verkündet ... Die der Kirche verheißene Unfehlbarkeit wohnt auch der Körperschaft der Bischöfe inne, wenn sie das oberste Lehramt zusammen mit dem Nachfolger des Petrus ausübt‘, vor allem auf einem Ökumenischen Konzil [...]“ (vgl. Vatikan 1997: 890-891). Grundlage für die Position der Kirche in biomedizinischen Fragen ist die Pastoralkonstitution „*Gaudium et spes*“, die auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil, das in der Zeit von 1962 bis 1965 stattfand, verabschiedet wurde. In diesem Papier wird das Bild des Menschen nach Auffassung der Kirche dargelegt (insbesondere GS 12 und GS 14). Mit Bezug auf dieses Grundlagendokument hat sich die Kirche wiederholt zu Fragen der Biomedizin in Instruktionen der Kongregation für

die Glaubenslehre²⁵² geäußert. Die beiden wichtigsten Veröffentlichungen mit Bezug zu Biomedizin sind „Donum vitae“ (1987) und „Dignitas personae“ (2008). „Das Lehramt der Kirche tritt nicht im Namen einer besonderen Kompetenz im Bereich der Naturwissenschaften auf, sondern will [...] ihrem vom Evangelium kommenden Auftrag und ihrer apostolischen Pflicht gemäß die Morallehre vorlegen, die der Würde der Person und ihrer ganzheitlichen Berufung entspricht“ (Kongregation für die Glaubenslehre 1987: 8). Die Positionen der nationalen Bischofskonferenzen und ihrer Dachorganisation, der COMECE, zu biomedizinischen Fragen, zu denen die Frage der heSF gehört, entsprechen auf Grund der Struktur der römisch-katholischen Kirche dem Lehramt.

Der Embryo ist für die römisch-katholische Kirche ein Mensch. „Ein menschliches Wesen muß vom Augenblick seiner Empfängnis an als Person geachtet und behandelt werden, und infolgedessen muß man ihm von diesem selben Augenblick an die Rechte der Person zuerkennen und darunter vor allem das unverletzliche Recht jedes unschuldigen menschlichen Wesens auf Leben“ (Kongregation für die Glaubenslehre 1987: 15-16). „Da er als Person behandelt werden muß, muß der Embryo im Maß des Möglichen wie jedes andere menschliche Wesen im Rahmen der medizinischen Betreuung auch in seiner Integrität verteidigt, versorgt und geheilt werden“ (Kongregation für die Glaubenslehre 1987: 16). „Keine Zielsetzung, auch wenn sie als solche ehrenwert ist, wie die Voraussicht eines Nutzens für die Wissenschaft, für andere menschliche Wesen oder für die Gesellschaft, kann in irgendeiner Weise Experimente mit noch lebenden Embryonen oder Föten rechtfertigen, seien sie nun lebensfähig oder nicht, im Mutterleib oder außerhalb von ihm“ (Kongregation für die Glaubenslehre 1987: 19). „Die in vitro gezeugten Embryonen sind menschliche Wesen und Rechtssubjekte: Ihre Würde und ihr Recht auf Leben müssen schon vom ersten Augenblick ihrer Existenz an geachtet werden. *Es ist unmoralisch, menschliche Embryonen zum Zweck der Verwertung als frei verfügbares ‚biologisches Material‘ herzustellen. [...] Es ist nötig, auf die besondere Schwere der freiwilligen Zerstörung der menschlichen Embryonen hinzuweisen, die nur zum Zweck der Forschung (...) in vitro hergestellt worden sind.* Der Forscher, der so handelt, setzt sich an die Stelle Gottes und macht sich, auch wenn er sich dessen nicht bewußt ist, zum Herrn des Geschicks anderer, insofern er nach Belieben auswählt, wen er leben läßt und wen er zum Tod verurteilt, als auch insofern er wehrlose Menschen umbringt. Aus demselben Grund sind Beobachtungs- und Versuchsmethoden, die in vitro gewonnenen Embryonen Schaden zufügen oder sie schwerwiegenden und unverhältnismäßigen Risiken aussetzen, moralisch unerlaubt. (...) *Es entspricht deshalb nicht der Moral, in vitro hervorgebrachte menschliche Embryonen bewußt dem Tod auszusetzen*“ (Kongregation für die Glaubenslehre 1987: 20-21; kursiv im Original). Zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen äußert sich die Kongregation für die Glaubenslehre wie folgt: „Die Entnahme von Stammzellen aus dem lebendigen menschlichen Embryo führt (...) unvermeidlich zu seiner Vernichtung und ist deshalb in schwerwiegender Weise unerlaubt. (...) Die Verwendung von embryonalen Stammzellen oder daraus

²⁵² Die Kongregation für die Glaubenslehre hat die Aufgabe, die Glaubens- und Sittenlehre in der Kirche zu fördern und zu schützen und auf den wissenschaftlichen Fortschritt angemessene Antworten im Licht des Glaubens zu geben (vgl. Kongregation für die Glaubenslehre 2011). Die Kongregation besteht aus 23 Mitgliedern (Kardinälen, Erzbischöfen und Bischöfen) aus 17 Nationen (vgl. Kongregation für die Glaubenslehre 2011).

entwickelten differenzierten Zellen, die nach der Vernichtung der Embryonen möglicherweise von anderen Forschern geliefert werden oder im Handel erhältlich sind, ist sehr problematisch: Sie bedeutet eine Mitwirkung am Bösen und ruft Ärgernis hervor“ (Kongregation für die Glaubenslehre 2008: 42-43).

Die COMECE hat im Jahr 1996 eine Reflektionsgruppe für Bioethik eingerichtet, die Stellungnahmen zu diversen Themen ausarbeitet und veröffentlicht (vgl. COMECE 2009b: 8).

2. Die evangelischen Kirchen

Bei den evangelischen Kirchen können die Gläubigen eine freie Gewissensentscheidung zu ethischen Themen fällen. An dieser Stelle wird exemplarisch die Position der EKD als mitgliederstärkste evangelischer Kirche vorgestellt. Die EKD hat ihre Position zu Forschung mit embryonalen Stammzellen im Laufe der Zeit geändert. Zunächst lehnte der Rat der EKD die Herstellung menschlicher embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken und die Freigabe überzähliger Embryonen aus künstlicher Befruchtung für Forschungszwecke ab (vgl. EKD 2001). „Dem Embryo in vitro, als einem der Einfluss- und Missbrauchsmöglichkeit Dritter in besonderer Weise ausgesetzten menschlichen Lebewesen, sind Lebensrecht und uneingeschränkter Lebensschutz vom Zeitpunkt der Befruchtung an geschuldet. Jede andere Prämisse, die etwa den Lebensbeginn nur in abgestufter Weise zugesteht, steht unter ethischem Gesichtspunkt auf schwankendem Boden. Eine angestrebte Therapie und Heilung für bisher noch unheilbar schwere Erkrankungen – so wünschenswert sie wäre – ist nicht losgelöst zu sehen von den Methoden, mit denen sie erreicht werden soll, und von den Folgen, die sich aus der Befürwortung dieser Methoden ergeben. Wo diese Methoden eine Vernichtung embryonaler Menschen vorsehen, erweisen sie sich als inakzeptabel“ (EKD/DBK 2002). Der Rat der EKD unterstützt alternative Methoden wie die verstärkte Forschung an adulten Stammzellen (vgl. EKD/DBK 2002). Diese Linie der absoluten Ablehnung der Forschung mit Embryonen verfolgte die EKD bis 2006 – sie kooperierte bei ihrer Positionsübermittlung an politische Entscheidungsträger mit der DBK. Im Jahr 2006 setzte sich die EKD für die Einführung eines Stichtags und die Nutzung der vor diesem Stichtag bereits existierenden Stammzellen ein (vgl. EKD 2006a). Dies stelle einen „’schonenden Ausgleich’ zwischen dem Lebensrecht des Embryos und dem Recht der Patienten auf die Erforschung neuer Therapiemöglichkeiten dar“ (EKD 2006a). Die ethischen Bedenken bei der verbrauchenden Embryonenforschung würden auch durch eine Stichtagsregelung nicht ausgeräumt, jedoch ließe sich dieser Weg als Kompromiss akzeptieren (vgl. EKD 2006b).

3. Die anglikanischen Kirchen

Laut der Kirche von England ist ein Embryo noch keine Person, kann sich aber zu einer solchen entwickeln: „Though we do not regard the preimplantation embryo as yet having the same status as a person made in the image of God, neither do we believe that the in vitro embryo is devoid of moral weight or consideration. This is because in the right circumstances (of successful implantation in the womb) such an embryo could indeed grow into a person made in the image of God” (Butler 2007: 2). Die christliche Aufgabe zu heilen rechtfertigt mit Blick auf die medizinische Notwendigkeit anderer die Nutzung oder Auswahl von in vitro Embryonen (vgl. Butler 2007: 2). Die Kirche von England nehme damit eine ähnliche Position wie diejenige des Gesetzgebers im Vereinigten Königreich ein, wonach der in vitro Embryo einen besonderen Status hat, der ihn davor bewahrt, für belanglose Zwecke benutzt, ausgewählt oder zerstört zu werden (vgl. Butler 2007: 2). Embryonen sollten nicht ausschließlich zu Forschungszwecken im Rahmen von künstlicher Befruchtung erzeugt werden. Nur überzählige Embryonen sollten für die Forschung benutzt werden (vgl. Butler 2007: 2). Die Kirche von England akzeptiert die Herstellung von menschlichen Embryonen durch therapeutisches Klonen zu Forschungszwecken mit dem Ziel der Gewinnung von embryonalen Stammzellen, welche zur Linderung von Krankheiten wie Alzheimer oder Parkinson beitragen können (vgl. Butler 2007: 3). Auch die Herstellung von zytoplasmatischen Hybriden, die durch Entkernung einer tierischen Eizelle und Einfügung eines menschlichen Eis in dieselbe entstehen, zur Gewinnung von embryonalen Stammzellen wird von der Kirche von England nicht vollständig abgelehnt (vgl. Butler 2007: 4). Es wird darauf hingewiesen, dass die Gewinnung von embryonalen Stammzellen durch zytoplasmatische Hybride nicht die einzige Möglichkeit für Stammzelltherapien sei. Die Arbeit mit adulten Stammzellen sollte gefördert werden (vgl. Butler 2007: 4). Die Kirche von England lehnt die Herstellung und Geburt von geklonten Embryonen und von hybriden Embryonen ab (Butler 2007: 3; Kirche von England 2007: 2). Die Forschung mit menschlichen embryonalen Chimären, die Gewebe mit genetischen Informationen von zwei verschiedenen Lebewesen derselben oder unterschiedlicher Spezies enthalten, sollte, so die Kirche von England, nur fallweise erlaubt werden (Kirche von England 2007: 2-3).

4. Die orthodoxen Kirchen

Für die orthodoxen Kirchen beginnt das Leben im Moment der Empfängnis: Der Embryo, eine befruchtete Eizelle, eine Zygote oder eine Blastozyste ist demnach ein Mensch (vgl. Kirche von Griechenland 2003). Die Position der orthodoxen Kirchen wird am Beispiel der Kir-

che von Griechenland erläutert²⁵³. Die Kirche von Griechenland hat 1998 einen Ausschuss für Bioethik eingerichtet, der bioethische Entwicklungen im Licht der orthodoxen Tradition begleiten soll (vgl. Hatzinikolaou 2005: 374-375). „The viewpoint that the human person begins to be formed on the 14th day after conception [...] constitutes a subjective faith and an arbitrary belief“, so die Kirche von Griechenland mit explizitem Bezug zu britischen Wissenschaftlern (Kirche von Griechenland 2000). „[W]e are against every techniques that implies the destruction of embryos, no matter how promising it may be for the progress of health and medicine, and we consider it as ethically unacceptable“ (Kirche von Griechenland 2003). „The effort [...] to improve life cannot entail destruction of millions of human entities in an embryonic stage“ (Kirche von Griechenland 2000). Embryonen haben das Recht darauf, ihre Identität zu zeigen und ihre Persönlichkeit zu entwickeln, und das Recht auf Leben (vgl. Kirche von Griechenland 2006: 25). „The embryo should reach its own status of autonomous life under the best possible circumstances. The sole aim of its existence should be life, not the experiment (experimental embryos), or surplus embryos (spare embryos), or waiting under freezing conditions (frozen embryos). The fact that for thousands of embryos the warm maternal womb has been replaced by the frozen environment of a freezer, and the potential for life by the prospect of experiments and death, undermines human value and violates the right to life“ (Kirche von Griechenland 2006: 25). Jeder Mensch und daher jeder Embryo besitze die Einzigartigkeit der Persönlichkeit, die Heiligkeit, Gottes Abbild zu sein, und die Notwendigkeit, dass andere Personen sich mit ihm in Gemeinschaft verbunden fühlten (vgl. Kirche von Griechenland 2006: 26-27). Daher lehnt die Kirche von Griechenland schon die Bezeichnung „überzählige Embryonen“ ab (vgl. Kirche von Griechenland 2006: 26). Sie befürwortet die Forschung mit adulten Stammzellen (vgl. Kirche von Griechenland 2003).

5. Die alt-katholischen Kirchen

Es gibt keine alt-katholische Kirche in den EU-Staaten, die sich zur Debatte um heSF geäußert hat. Es liegt jedoch eine Stellungnahme der Christkatholischen Kirche in der Schweiz vor, die sie im Rahmen der Debatte um eine rechtliche Regelung der Forschung an überzähligen Embryonen im Jahr 2002 in den politischen Prozess in der Schweiz eingebracht hat. Diese Position ist repräsentativ für die Position aller alt-katholischen Kirchen (vgl. E-Mail von der Utrechter Union an die Verfasserin dieser Arbeit vom 29.11.2011). Sie wurde aus der offiziellen Lehre und aus der von der Kirche vertretenen Ethik heraus formuliert (vgl. E-Mail von der Utrechter Union an die Verfasserin dieser Arbeit vom 29.11.2011). Grundsätzlich verpflichten die alt-katholischen Kirchen ihre Gläubigen nicht, sondern halten sie an, ihrem

²⁵³ Für die Position der Rumänisch-Orthodoxen Kirche zu bioethischen Themen siehe: <http://www.gloriagrup.ro/PatriarhiaPhp/eng/bioetics.php> (29.11.2011).

Gewissen zu folgen. Die Christkatholische Kirche sieht in einem Embryo in vitro keinen Menschen, da die äußeren Bedingungen zur Entwicklung eines Menschen nicht gegeben seien (vgl. Christkatholische Kirche 2002). Embryonen in vitro komme eine eigene Würde und ein spezieller Status zu (vgl. Christkatholische Kirche 2002). Eine Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken lehnt die Christkatholische Kirche ab (vgl. Christkatholische Kirche 2002). Die Forschung an nicht-menschlichen und adulten Stammzellen wird unterstützt (vgl. Christkatholische Kirche 2002).

6. Die nicht vorhandene Position der EECCS bzw. der CSC

Auf Grund der unterschiedlichen Positionen der Mitglieder zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen ist es für die Dachorganisation der nicht-römisch-katholischen Kirchen schwierig, eine gemeinsame Position zu entwickeln. Wie die Dachorganisation mit dieser Herausforderung umgeht, wird im Folgenden analysiert.

Die EECCS hat 1993 eine Arbeitsgruppe zur Bioethik eingerichtet (vgl. Interview CSCc). Die Organisation beschäftigte sich zunächst mit dem Status von Embryonen im Rahmen der Vorbereitung der Oviedo-Konvention des Europarates. Sie reichte eine Stellungnahme zu künstlicher Befruchtung und dem Schutz des menschlichen Embryos bei einem Symposium, das 1996 vom Europarat zu diesem Thema organisiert wurde, ein. In dieser Stellungnahme unterstreicht die EECCS, dass die Mitgliedskirchen im Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche kein Lehramt kennen, sondern „the approach taken in our churches is to allow and encourage open dialogue on matters of faith and morals, guided by the Bible and the Holy Spirit“ (EECCS 1996: 1). Daher gebe es eine Vielzahl von Positionen und es sei schwierig, von einer offiziellen Position der EECCS zu sprechen. Es gebe drei Meinungsgruppen: Eine der Positionen sei nahe der Position des Vatikans und der Embryo werde als Person gesehen und ein vollständiger Schutz gefordert. Die Vertreter der anderen Position sähen den Embryo auf einer Stufe mit menschlichem Gewebe und hätten keine Vorbehalte mit Blick auf eine Verwendung des Embryos für Forschungszwecke. Eine dritte und mittlere Position unterstreiche die Entwicklung des menschlichen Embryos. Nach dieser Position wird der Embryo erst zu einer Person (vgl. EECCS 1996: 2). Die EECCS weist auf die Schwierigkeit der moralischen Frage, was mit durch In-vitro-Fertilisation gewonnenen überzähligen Embryonen geschehen soll, hin, da diese Embryonen nicht im elterlichen Kontext stehen und keine zukünftigen Kinder oder Personen darstellen (vgl. EECCS 1996: 3). Die EECCS-Arbeitsgruppe zu Bioethik – bestehend im Jahr 1996 aus Vertretern evangelischer Kirchen und ökumenischer Vereinigun-

gen in Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, dem Nordischen Rat der Kirchen, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (vgl. EECCS 1996: 1) – konnte sich auf die Weisheit „in dubiis abstinere“ einigen. Dies geht für einige Kirchenvertreter mit dem Verbot von nicht-therapeutischer Forschung an Embryos einher, für andere kirchliche Vertreter bedeutet es, dass Forschung erst erlaubt ist, wenn der Forscher die Forschung an Embryonen ausreichend begründen kann (vgl. EECCS 1996: 3).

Eine konkrete Position zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen entwickelt die CSC in zwei Papieren, die im Jahr 2000 und im Jahr 2005 veröffentlicht wurden (vgl. Interview CSCc).

Die Ausarbeitung des ersten Reflektionspapiers begann im Jahr 1998 und dauerte zwei Jahre (vgl. Interview CSCc). Das Papier war nicht nur auf embryonale Stammzellen bezogen, sondern umfasste auch das Themengebiet Klonen, was bereits im Titel aufscheint: „Therapeutic Uses of Cloning and Embryonic Stem Cells“. Die Ausarbeitung des Papiers dauerte zwei Jahre, da zum einen nach der Fusion der EECCS mit der KEK im Jahr 1999 in der Organisation CSC 127 Mitgliedskirchen vertreten waren. Zum anderen hatten sich zu diesem Zeitpunkt nur wenige Kirchen mit bioethischen Themen auseinandergesetzt und eine offizielle Position entwickelt (vgl. Interview CSCc). Dies machte es schwierig, zu einer Einigung zu kommen und sich auf eine gemeinsame Position festzulegen (vgl. Interview CSCc). Das Papier kam durch Gespräche der kirchlichen Vertreter in der Arbeitsgruppe Bioethik zustande und nicht durch eine Konsultation aller Mitgliedskirchen (vgl. Interview CSCc). „Nobody felt the need to organise a consultation“ (Interview CSCc). Wie im Papier der EECCS von 1996 wird im Papier der CSC aus dem Jahr 2000 auf die unterschiedlichen Positionen zu ethischen Fragen hingewiesen. Es werden drei Positionen dargestellt: „One extreme sees the early embryo as a ball of cells and nothing more. Because it is undeveloped and would not survive out of the womb, research on human embryos is permissible, and they may also be used routinely as a source of stem cells. The potential medical consequences wholly justify the action“ (CSC 2000: 2). „The other pole is that from conception onwards the embryo has the status of humanity, allowing no research or use that was not for the benefit of that particular embryo“ (CSC 2000: 2). Schließlich gebe es eine mittlere Position (vgl. CSC 2000: 2). Als Mittelposition wird die Position der presbyterianischen Kirche von Schottland vorgestellt: Dem menschlichen Embryo kommt nach dieser zwar ab dem Zeitpunkt der Empfängnis Heiligkeit zu. Mit Blick auf die Schwere einiger medizinischer Zustände könnte Forschung am Embryo jedoch widerwillig unter bestimmten Umständen vor der Ausbildung des Primitivstreifens – also vor dem Ende der zweiten Woche – erlaubt werden (vgl. CSC 2000: 3-4). Zur Position der Dachorganisation der evangelischen, orthodoxen, anglikanischen und alt-katholischen Kirchen sei Folgendes angemerkt: „In some case, it’s difficult to say: ‘This is the position’ because there is no position. [...]

[O]ne argument was [...]: ‘You cannot say this because in this document you say some would say that, some others would say this and so on. This is not a position. This cannot be sent.’ But [...] in almost all our documents this was a way to present the issue and to come to some conclusions. But most of the time, these conclusions were provisional, not totally rigid and eternal position” (Interview CSCc). “One phrase is very much used in our circles: ‘I can live with it’ or ‘Can you live with it?’[...] And if we say ‘I can live with it’, nobody’s views is really highlighted because everybody is more or less happy but fundamentally unhappy” (Interview CSCc).

Im Jahr 2005 veröffentlichte die CSC das zweite Papier zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen “New Issues in Stem cells and Regenerative Medicine”. Auch in diesem Papier wird auf die verschiedenen Meinungsströmungen unter den Mitgliedskirchen hingewiesen: Es gebe eine ablehnende Haltung, eine „Ja, aber“-Position sowie eine „Nein, es sei denn“-Position. Vertreter der „Ja, aber“-Position nehmen an, dass die Schutzwürdigkeit eines menschlichen Embryos mit seiner Entwicklung zunimmt und dass daher unter gewissen Umständen Forschung an Embryonen erlaubt sei, wenn keine anderen Verfahren möglich sind und die Embryos nicht älter als 14 Tage sind (vgl. CSC 2005a: 2). Vertreter der „Nein, es sei denn“-Position akzeptierten hingegen die Forschung an Embryonen für begrenzte Zwecke. Viele Vertreter dieser Position lehnten eine Herstellung von Embryonen für Forschungszwecke ab, stimmten jedoch der Verwendung von überzähligen Embryonen, die ansonsten zerstört würden, zu (vgl. CSC 2005a: 2).

Der Dachorganisation sind nicht alle Positionen der Mitgliedskirchen zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen bekannt: „[M]any others we don’t know [...]. We are not sure. [W]e don’t know because we don’t have made a real research on that. [...] It was not decided that we should do that and I [Executive Secretary for Ethics, Science and Technology; LK] did not decide it by myself to do that [...]. We also hope that through our work, through our connections and networks and so on if churches have positions, in particular different from our positions which they have been regularly informed about [...], they would probably tell us [...]. We very often mentioned the idea that it would be good to make a kind of databank. And we have started a little bit to collect documents and so on. But the priority was always on something else” (Interview CSCc).

C. Der institutionelle Kontext: Der rechtliche Status des menschlichen Embryos und die nationalen Regelungen zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen

Bis zum Jahr 2011 gab es keine einheitliche Definition auf EU-Ebene darüber, was ein menschlicher Embryo ist. Nur in zwölf Mitgliedstaaten lag im Jahr 2007 eine gesetzliche Definition zum Begriff des Embryos vor. Solche gesetzlichen Definitionen gingen einher mit Rechtsetzungsmaßnahmen zu medizinisch assistierter Fortpflanzung, Beendigungen von

Schwangerschaften und der Verwendung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken.

Schaubild 28: Mitgliedstaaten mit und ohne Definition eines Embryos

Definition Embryo	Keine Definition
B, CZ, FIN, F, D, GR, HU, NL, SLO, E, S, UK	A, BG, CY, DK, EST, IRL, I, LV, LIT, L, M, PL, P, RO, SK,

Quelle: Eigene Darstellung nach European Group on Ethics 2007: 61-114.

Gemeinsam war allen zwölf Definitionen, dass mit dem Begriff „Embryo“ totipotente Zellen und eine befruchtete menschliche Eizelle erfasst werden (vgl. European Group on Ethics 2007: 61-114). Es gibt Unterschiede darin, welche zeitlichen oder äußerlichen Bedingungen vorliegen müssen, um von einem Embryo zu sprechen. Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil vom 18.10.2011 (in der Rechtssache C-34/10)²⁵⁴ erstmals eine Definition des Begriffs „menschlicher Embryo“ vorgelegt: „Insofern ist jede menschliche Eizelle vom Stadium ihrer Befruchtung an als ‚menschlicher Embryo‘ [...] anzusehen, da die Befruchtung geeignet ist, den Prozess der Entwicklung eines Menschen in Gang zu setzen. Das Gleiche gilt für die unbefruchtete menschliche Eizelle, in die ein Zellkern aus einer ausgereiften menschlichen Zelle transplantiert worden ist oder die durch Parthenogenese²⁵⁵ zur Teilung und Weiterentwicklung angeregt worden ist. Selbst wenn diese Organismen, genau genommen, nicht befruchtet worden sind, sind sie [...] geeignet, wie der durch Befruchtung einer Eizelle entstandene Embryo den Prozess der Entwicklung eines Menschen in Gang zu setzen“ (EuGH 2011: 35-36). Zur Frage der Definition von Stammzellen hält der EuGH fest: „Was Stammzellen angeht, die von einem menschlichen Embryo im Stadium der Blastozyste gewonnen werden, ist es Sache des nationalen Gerichts, im Licht der technischen Entwicklung festzustellen, ob sie geeignet sind, den Prozess der Entwicklung eines Men-

²⁵⁴ Das Urteil des EuGHs erging als Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV. Bei diesem Verfahren kann ein nationales Gericht den EuGH anrufen, wenn es der Meinung ist, dass eine Rechtssache eine Grundsatzentscheidung erfordert, die die Einheit oder die Kohärenz des Unionsrechts berühren könnte (vgl. Art. 256 Abs. 3 S. 1 AEUV). Das nationale Gericht legt dem EuGH beim Vorabentscheidungsverfahren eine Frage zur Auslegung der Verträge oder über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der EU-Organen vor (vgl. Art. 267 Abs. 1 und 2 AEUV). In der Rechtssache C-34/10 ging es um die Auslegung des Art. 6 Abs. 2 Buchstabe c der Richtlinie 98/44/EG über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen. Der betreffende Artikel 6 der Richtlinie lautet: „(1) Erfindungen, deren gewerbliche Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würden, sind von der Patentierbarkeit ausgenommen (...) (2) Im Sinne von Absatz 1 gelten unter anderem als nicht patentierbar: ...c) Die Verwendung von menschlichen Embryonen zu industriellen oder kommerziellen Zwecken...“ (EuGH 2011a: Rn. 7). Dazu legte der Bundesgerichtshof, die oberste Instanz der deutschen Gerichtsbarkeit in Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten, dem EuGH folgende Fragen vor: (1) was unter dem Begriff „menschliche Embryonen“ zu verstehen sei, (2) was unter dem Begriff „Verwendung von menschlichen Embryonen zu industriellen und kommerziellen Zwecken“ zu verstehen sei und (3) ob eine technische Lehre auch dann von der Patentierung ausgeschlossen sei, wenn die Verwendung menschlicher Embryonen nicht zu der mit dem Patent beanspruchten technischen Lehre gehört, aber notwendige Voraussetzung für die Anwendung dieser Lehre ist (vgl. EuGH 2011: Rn. 23).

²⁵⁵ Als Parthenogenese wird ein chemisch eingeleitetes Verfahren bezeichnet, bei der sich ein Embryo aus einer unbefruchteten Eizelle entwickelt (vgl. CSC 2005: 6).

schen in Gang zu setzen, und folglich unter den Begriff des menschlichen Embryos [...] fallen“ (EuGH 2011: Rn. 37).

Die rechtliche Basis für die Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen unterscheidet sich in den 27 EU-Staaten: Zehn Mitgliedstaaten haben keine Rechtsetzungsmaßnahmen, die die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen betreffen, verabschiedet (A, BG, CY, IRL, LIT, L, M, PL, RO, SK) (vgl. Eurostemcell 2011²⁵⁶). In vier Mitgliedstaaten (EST, HU, LV, SLO) bestehen Rechtsetzungsmaßnahmen für die Forschung an humanen Embryonen, aber die Regelungen nehmen keinen Bezug auf hES (vgl. Eurostemcell 2011). Lediglich in dreizehn Mitgliedstaaten ist die Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen und insbesondere deren Gewinnung konkret geregelt. Die Gewinnung von menschlichen embryonalen Stammzellen aus überzähligen Embryonen ist in elf EU-Staaten erlaubt (B, CZ, DK, E, F, FI, GR, NL, P, S, UK). In zwei Staaten (D, I) ist die Gewinnung der menschlichen embryonalen Stammzellen verboten, jedoch ist die Forschung an aus dem Ausland importierten Stammzelllinien erlaubt. In drei EU-Staaten (B, S, UK) ist die Erzeugung von Embryonen zum Zweck der Gewinnung von menschlichen embryonalen Stammzellen zulässig (vgl. Eurostemcell 2011).

D. Strategien der kirchlichen Interessenvertretung im Hinblick auf eine Förderung von heSF auf EU-Ebene

Die EU hat keine ausschließliche Kompetenz im Bereich der Forschung. Die Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen und die damit verbundenen Herausforderungen kamen im Kontext des Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung auf die Agenda der EU. Solche mehrjährigen Programme zur Förderung von Forschung existieren seit 1984. Bisher gab es sieben der so genannten Forschungsrahmenprogramme (FRP)²⁵⁷. Rechtliche Basis für das erste FRP war Art. 235 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Versammlung Vorschriften erlassen, wenn ein Tätigwerden der Gemeinschaft zur Verwirklichung ihrer Ziele im Rahmen des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist, jedoch keine primärrechtliche Grundlage besteht. Mit der Einheitlichen Europäische Akte (1987) erhielt die

²⁵⁶ Die Quelle bezieht sich auf Februar 2007.

²⁵⁷ Erstes FRP: 1984-1987; Zweites FRP: 1987-1990; Drittes FRP: 1990-1994; Viertes FRP: 1994-1998, Fünftes FRP: 1998-2002; Sechstes FRP: 2002-2006. Das Siebte Forschungsrahmenprogramm begann 2007 und wird im Jahr 2013 enden.

Forschungsförderung durch die Einfügung der Art. 130f bis Art. 130q eine primärrechtliche Grundlage (vgl. Einheitliche Europäische Akte 1987). Ziel der Forschungsrahmenprogramm war, „die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der europäischen Industrie zu stärken und die Entwicklung ihrer nationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern“ (Art. 130f Abs. 1 EWG). Das Europäische Parlament wurde während der Zeit der Geltung der EEA bei der Festlegung des Programms angehört (vgl. Art. 130q EWG). Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht wird das Forschungsrahmenprogramm auf dem Wege des Mitentscheidungsverfahrens verabschiedet (Art. 166 Abs. 1 S. 1 EGV (Nizza)), während die Spezifischen Programme „vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments [...] beschlossen“ werden (Art. 166 Abs. 4 EGV (Nizza)). Die Spezifischen Programme sind Programme zur Durchführung des Rahmenprogramms: Sie decken bestimmte Forschungsgebiete bzw. -inhalte ab und konkretisieren die wissenschaftlichen und technologischen Ziele der Forschungsrahmenprogramme. Für jedes Spezifische Programm werden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und Forschungseinrichtungen können sich mit Projektvorschlägen um eine Forschungsförderung bewerben.

Die Forschung mit menschlichen Embryonen wurde auf EU-Ebene erstmals im politischen Prozess zum Beschluss des fünften Forschungsrahmenprogramms diskutiert. Bei der Entscheidungsfindung zum Sechsten und zum Siebten Forschungsrahmenprogramm wurde die Frage einer Förderung von Forschungsprojekten mit menschlichen embryonalen Stammzellen intensiv unter den politischen Akteuren diskutiert. Da die Forschung mit Stammzellen in die Spezifischen Programme fällt, entscheiden die Fachminister im Rat. Das Europäische Parlament wird nur angehört. Im Folgenden werden der politische Prozess zur Frage der Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen im Rahmen des Sechsten und im Rahmen des Siebten FRPs aufgezeigt und es wird analysiert, mit welchen Strategien der Positionsübermittlung die kirchlichen Dachorganisationen und einzelne Kirchen versucht haben, die politische Entscheidungsfindung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Der Vorschlag für das Sechste FRP²⁵⁸

Die Europäische Kommission legte am 21.02.2001 ihren Vorschlag über die wissenschaftlichen und technologischen Ziele, deren Prioritäten und die Grundzüge der Maßnahmen für das Sechste Forschungsrahmenprogramm vor (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaf-

²⁵⁸ In den Fallstudien wird auf die Methode des Process-tracing zurückgegriffen. Dabei wird die Phase der Entstehung einer politischen Entscheidung in Zeitphasen eingeteilt. In beiden Fallstudien werden einzelne Ereignisse durch kursive Zwischenüberschriften kenntlich gemacht.

ten 2001b). Das Rahmenprogramm sollte den Förderungszeitraum von 2002 bis 2006 abdecken (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001b). Als vorrangigen Themenbereich der Forschung nannte die Kommission u. a. Genomik und Biotechnologie im Dienste der Medizin (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001b: 18-19).

Der Beschluss des Europäischen Parlaments und der geänderte Kommissionsvorschlag

Am 26.10.2001 legte der federführende Ausschuss des Europäischen Parlaments, der Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie, einen Bericht über den Vorschlag der Kommission zum Sechsten FRP vor. Mit der Annahme des vom Ausschuss vorgeschlagenen Legislativvorschlags änderte das Europäische Parlament Art. 3 des Vorschlags der Kommission ab und präziserte ihn: „(1a) Die folgenden Forschungsbereiche werden nicht aus diesem Rahmenprogramm finanziert: – Forschungsaktivitäten, die sich auf das Klonen mit menschlichem Erbmaterial zu Reproduktionszwecken richten; – Herstellung von Embryos zu Forschungszwecken; – Forschungsaktivitäten, die sich darauf richten, das menschliche Erbmaterial zu verändern und solche Veränderungen vererbbar zu machen, und die eugenischen Zwecken dienen sollen und sich nicht darauf richten, Therapieverfahren für bestimmte Krankheiten zu finden; (1b) Forschung im Bereich der Nutzung menschlicher Stammzellen kann, abhängig sowohl vom Inhalt der wissenschaftlichen Anträge als auch von den Rechtsvorschriften der betroffenen Mitgliedstaaten finanziert werden; es gibt keine Beschränkungen im Hinblick auf die Finanzierung von Forschungen unter Verwendung adulter Stammzellen, neu programmierter adulter Zellen und bereits in wissenschaftlichen Laboratorien existierender Stammzellreihen. Außerdem wird Forschung mit Stammzellen von Embryos oder Föten aus spontanen oder medizinischen notwendigen Schwangerschaftsunterbrechungen finanziert. (1c) Forschung an „überzähligen“ menschlichen Embryos (Embryos, die zur Behandlung von Unfruchtbarkeit geschaffen wurde [sic!], um die Erfolgsrate bei In-vitro-Befruchtungen zu erhöhen, die aber für diesen Zweck nicht mehr benötigt werden) kann finanziert werden, sofern diese Forschung in den Mitgliedstaaten rechtlich zulässig ist, in denen sie unter der Kontrolle der zuständigen Stellen durchgeführt werden. (1d) Forschung zur Förderung des Verständnisses der rechtlichen, ethischen und sozialen Implikationen der neuen Erkenntnisse im Bereich der Humangenetik sollte ebenfalls finanziert werden“ (Europäisches Parlament 2001: 16-18).

Am 22.11.2001 legte die Kommission ihren geänderten Vorschlag für das Sechste FRP vor. Darin werden Forschungsaktivitäten genannt, die von der Förderung ausgenommen werden sollten: „Folgende Forschungsgebiete werden im Kontext dieses Rahmenprogramms nicht finanziert: – Forschungstätigkeiten zum Klonen von Menschen zu Reproduktionszwecken; – Forschungstätigkeiten zur Veränderung des genetischen Erbguts, durch die solche Änderungen vererbbar werden könnten; – Forschungstätigkeiten zur Züchtung menschlicher Embryonen ausschließlich zu Forschungszwecken oder zur Gewinnung von Stammzellen, auch durch Kernttransfer somatischer Zellen“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001c: 11).

Die österreichische Bischofskonferenz kontaktiert den Minister

Der Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz, Kardinal Schönborn, hat am 04.12.2001 der österreichischen Ministerin für Forschung, Elisabeth Gehrler, im Rahmen eines Briefes die Position der römisch-katholischen Kirche übermittelt und sie gebeten, diese bei ihrer Entscheidung zu bedenken (vgl. Archiv der EKDIa²⁵⁹).

Der Gemeinsame Standpunkt des Rats

Am 28. Januar 2002 einigte sich der Rat auf einen Gemeinsamen Standpunkt. Dieser griff die Änderungen der Kommission nicht auf (vgl. Rat der Europäischen Union 2002a).

Die COMECE wendet sich an die nationalen Regierungen

Die COMECE hat nach der Ratssitzung die nationalen Bischofskonferenzen derjenigen Staaten, bei denen Widerstand gegen den gemeinsamen Standpunkt besteht, aufgerufen, mit den Fachministern ihrer nationalen Regierungen Kontakt aufzunehmen und ihnen die Position der COMECE zu übermitteln. Die COMECE trat dafür ein, dass alle Forschungsprojekte zu reproduktivem Klonen, therapeutischem Klonen, Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken, die Forschung mit überzähligen Embryonen und Eingriffe in die menschliche Keimbahn von einer Förderung durch das Sechste FRP ausgenommen werden. „Ausdrücklich gefördert werden sollen die Forschung an adulten Stammzellen sowie Projekte zur In-vitro-Fertilisation, die zum Ziel haben, keine ‚überzähligen Embryonen‘ entstehen zu lassen“ (Archiv der EKDIa).

Am 13.03.2002 erhielt die österreichische Forschungsministerin einen zweiten Brief des Vorsitzenden der ÖBK mit der Bitte die Position der römisch-katholischen Kirche zu berücksichtigen und das Gespräch mit ihren Kollegen aus Irland, Italien, Luxemburg, Portugal sowie eventuell auch Deutschland zu suchen, um gemeinsam eine Mehrheitsentscheidung im Rat blockieren zu können (vgl. Archiv der EKDIa).

Unterzeichnung des Beschlusses zum Sechsten FRP

Am 27.06.2002 wurde der Beschluss zum Sechsten Rahmenprogramm vom Rat und vom Europäischen Parlament unterzeichnet (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2011a). Eine der thematischen Prioritäten war „Biowissenschaften, Genomik und Biotechnologie im Dienste der Gesundheit“ (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2002a: 7-

²⁵⁹ Die römische Nummerierung I bezieht sich auf jenes Material, das die Verfasserin dieser Arbeit aus den Akten bzw. Archiven des EKD-Büros in Brüssel und des CSC-Büros in Straßburg kopiert bzw. im Falle des EKD-Büros als Scandokument per E-Mail erhalten hat und das einen thematischen Bezug zu der Diskussion um eine Förderung von embryonaler Stammzellforschung im Rahmen der Forschungsrahmenprogramme aufweist.

8). In Erwägungsgrund 17²⁶⁰ und in Art. 3 des Beschlusses wird auf die Anforderung der Beachtung der ethischen Grundprinzipien hingewiesen. Art. 3 lautet: „Bei allen Forschungsmaßnahmen innerhalb des Sechsten Rahmenprogramms müssen ethische Grundprinzipien beachtet werden“ (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2002a: 3).

Kirchliche Interessenvertretung

Im Juni 2002 stellte das EKD-Büro Brüssel fest: „Bisher ist es trotz intensivem Lobbying seitens der kirchlichen Organisationen nicht gelungen, auf gemeinschaftlicher Ebene eindeutige Grenzen für die Finanzierung von humangenetischen Forschungsprojekten festzulegen“ (EKD-Europa-Informationen Nr. 91: 9).

Ein Moratorium für die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen

Am 30.09.2002 wurde auf der Sitzung des Rats „Wettbewerbsfähigkeit“ vereinbart, dass „detaillierte Durchführungsvorschriften betreffend die Verwendung humaner Embryonen und humaner embryonaler Stammzellen, die unter dem 6. Rahmenprogramm finanziert werden können, bis zum 31.12.2003 festgelegt werden“ (Rat der Europäischen Union 2002b: 8). Dieses Thema sollte auf einer Sitzung des Rats im September 2003 diskutiert werden (vgl. Rat der Europäischen Union 2002: 8). Das Moratorium betraf nur noch nicht existierende embryonale Stammzellen. Die Forschung an bestehenden humanen embryonalen Stammzellen konnte hingegen finanziert werden (vgl. Rat der Europäischen Union 2002b: 8). Auf der Ratssitzung wurde unter anderem vereinbart, dass die Kommission dem Rat im Frühjahr 2003 einen Bericht über die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen vorlegen und ein interinstitutionelles Seminar über Bioethik stattfinden würde. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieses interinstitutionellen Seminars würde die Kommission einen Vorschlag für Leitlinien zur Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen machen (vgl. Rat der Europäischen Union 2002b: 8). Das Rechtsetzungsverfahren sollte spätestens im Dezember 2003 abgeschlossen sein (vgl. Rat der Europäischen Union 2002b: 9).

Der Rat einigte sich darauf, dass Forschungsprojekte zum Klonen von Menschen zu Reproduktionszwecken, zur Veränderung des genetischen Erbguts des Menschen, durch die solche Änderungen vererbbar werden könnten sowie zur Züchtung menschlicher Embryonen ausschließlich zu Forschungszwecken oder zur Gewinnung von Stammzellen, auch durch Kerntransfer somatischer Zellen, nicht finanziert würden (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2002b: 8).

²⁶⁰ In Erwägungsgrund 17 heißt es: „Bei der Durchführung der Forschungstätigkeiten innerhalb des Sechsten Rahmenprogramms sind die ethischen Grundprinzipien, einschließlich derjenigen, die in Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union festgelegt sind, zu beachten“ (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2002: 2).

Das spezifische Programm „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ wurde auf der Ratsitzung für den Zeitraum vom 30.09.2002 bis 31.12.2006 beschlossen (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2002b: 3). Die italienische Delegation stimmte gegen die Annahme des spezifischen Programms, das unter anderem den Bereich „Biowissenschaften, Genomik und Biotechnologie im Dienste der Gesundheit“ umfasste (vgl. Rat der Europäischen Union 2002b: 4-5).

Nach der Ratsitzung haben fünf Mitgliedstaaten (D, A, I, IRL, P) Erklärungen zu der bioethischen Debatte abgegeben. Deutschland und Österreich wiesen in einer bilateralen Erklärung darauf hin, dass sie davon ausgehen, dass auch nach Ablauf des Moratoriums keine Forschungsprojekte mit hES gefördert werden mit Ausnahme der Projekte, die auf bestehende Stammzelllinien zurückgreifen (vgl. Rat der Europäischen Union 2002b: 11). Irland begrüßte, dass die Kommission keine Projekte der heSF fördern würde, und würde nach Vorlage der ethischen Leitlinien durch die Kommission auf die Notwendigkeit hinweisen, die uneingeschränkte Achtung des Lebens und die Menschenrechte einzuhalten (vgl. Rat der Europäischen Union 2002b: 11-12). Aus Italiens Sicht müssten Forschungen bei denen menschliche Embryonen mittelbar oder unmittelbar vernichtet werden von der Finanzierung des Sechsten FRPs ausgeschlossen werden, allerdings könnten Forschungen mit heS, die Embryonen vor dem 30.09.2002 oder vor dem Datum der Einleitung des Sechsten FRPs entnommen wurden, finanziert werden (vgl. Rat der Europäischen Union 2002b: 12). Portugal befürwortete das Moratorium und schloss sich vielen von Italien vorgebrachten Anliegen an (vgl. Rat der Europäischen Union 2002b: 13).

Der Kommissionsbericht

Am 03.04.2003 legte die Kommission den Bericht über die Forschung an humanen embryonalen Stammzellen vor (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003a). Sie betonte: „Die Mitgliedstaaten der EU haben sehr unterschiedliche Positionen bezüglich der Auflagen für die Forschung an humanen embryonalen Stammzellen bezogen, womit bestätigt wird, dass in der Europäischen Union die verschiedensten Ansichten darüber bestehen, was als ethisch vertretbar gilt und was nicht“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003a: 35). Die rechtlichen Regelungen in den EU-Mitgliedstaaten stellten sich im März 2003 wie folgt dar: In einigen der fünfzehn Mitgliedstaaten ist die Gewinnung humaner embryonaler Stammzellen aus überzähligen Embryonen unter bestimmten Bedingungen gesetzlich erlaubt (FIN, GR, NL, S, UK) (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003a: 39-40). In Deutschland ist die Gewinnung humaner embryonaler Stammzellen verboten, jedoch ist der Import humaner embryonaler Stammzellen unter bestimmten Bedingungen erlaubt. Einige EU-Mitgliedstaaten verbieten die Gewinnung

embryonaler Stammzellen aus überzähligen menschlichen Embryonen (A, DK, E, F, IRL) (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003a: 42-43). In vier Staaten gibt es keine besonderen Vorschriften für die Forschung an und mit menschlichen Embryonen (B, I, L, P) (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003a: 43).

Die Erzeugung von menschlichen Embryonen für Forschungszwecke ist in UK erlaubt und in A, D, DK, E, F, FIN, GR, IRL, NL, P und S verboten (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003a: 43-44).

Das interinstitutionelle Seminar zur Bioethik

Am 24.03.2003 fand das interinstitutionelle Seminar statt, bei dem Vertreter der Kommission, Mitglieder des Europäischen Parlamentes (MEPs) und Vertreter der Mitgliedstaaten über die Zukunft der EU-Förderung von Forschungsprojekten, die menschliche Embryonen und menschliche embryonale Stammzellen beinhalten, berieten (vgl. Archiv der CSC Ia).

Sieben Regierungsvertreter (B, F, FIN, GR, NL, S, UK) und die von der Kommission eingeladenen Wissenschaftler sprachen sich für eine EU-Förderung von Forschungsprojekten mit humanen embryonalen Stammzellen aus, während sich drei Regierungsvertreter (D, A, I) und einige anwesende MEPs gegen eine solche EU-Förderung aussprachen (vgl. Archiv der CSC Ia: 1). Die Vertreter Portugals und Spaniens verhielten sich neutral mit Blick auf die andauernde innenpolitische Debatte, während der Vertreter Luxemburgs eine Tendenz zu Gunsten einer EU-Förderung erkennen ließ (vgl. Archiv der CSC Ia: 2). Über die Positionen der Vertreter Irlands und Dänemarks ist nichts bekannt (vgl. Archiv der CSC Ia).

Von zwei deutschen MEPs wurde eine Stichtagsregelung als Kompromiss vorgeschlagen: Stammzelllinien, die vor dem festzulegenden Stichtag bereits bestanden, könnten für die Forschung genutzt werden (vgl. Archiv der CSC Ia: 4).

Der Vorschlag der Kommission zu ethischen Leitlinien

Am 09.07.2003 legte die Kommission einen Vorschlag für ethische Leitlinien für Entscheidungen über die Finanzierung von Forschungsprojekten, bei denen menschliche embryonale Stammzellen, die aus überzähligen Embryonen gewonnen wurden, vor (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003b). Die Kommission schlug vor, Forschungsprojekte im Rahmen des Sechsten Forschungsrahmenprogramms zu fördern, bei denen embryonale Stammzellen aus menschlichen Embryonen, die vor dem 27.06.2002 als Ergebnis einer In-vitro-Fertilisation mit dem Ziel der Herbeiführung einer Schwangerschaft entstanden sind, jetzt aber nicht mehr für diesen Zweck benötigt werden (vgl. Kommission der Europäischen

Gemeinschaften 2003b: 5). Damit plädierte die Kommission für eine Stichtagsregelung: Nur Embryonen, die vor dem Stichtag existierten, können für die Forschung verwendet – sprich zerstört – werden. Die vorgeschlagenen Leitlinien bezogen sich auf die ethischen Prinzipien, die die European Group on Ethics, vorgelegt hat (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003b: 5). Die Entscheidung über eine Förderung von heSF sollte an Bedingungen geknüpft werden: Ein bedeutendes Forschungsziel sollte erreicht werden, alternative Methoden wurden verworfen und der Rat eines lokalen oder nationalen Ethikgremiums ist eingeholt worden. Weiterhin wurde die freiwillige, ausdrückliche und auf Informationen basierende Zustimmung der Spender eingeholt, der Schutz personenbezogener Daten ist gewährleistet und keine finanzielle Entschädigung für die Spende wurde geleistet (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003b: 5-6).

Die Einschätzung des Kommissionsvorschlags durch die EKD

Für die EKD war aus kirchlicher Sicht die Stichtagsregelung unbefriedigend: „Da sie sich auf vor dem 27.06.2002 erzeugte Embryonen und nicht auf vor diesem Datum bereits existierende Stammzelllinien bezieht, wird nach den Vorstellungen der KOM auch das Gewinnen neuer Stammzelllinien durch die Zerstörung von Embryonen förderfähig“ (Archiv der CSC Ib; Hervorhebung i.O.). „Die EKD hat im Verlauf der Debatte die Ansicht vertreten, dass nur ein gemeinschaftlicher Verzicht auf Forschungsförderung in diesem Bereich, der die Finanzierung und Verantwortung den Mitgliedstaaten überlässt, dem ethischen Pluralismus angemessen Rechnung trägt. Als gemeinsames Forschungsziel könne nicht gelten, was in einigen Mitgliedstaaten gesetzlich verboten ist“ (Archiv der CSC Ib).

Die COMECE bedauert öffentlich den Vorschlag der Kommission zu ethischen Leitlinien

Am 09.07.2003 gab die COMECE eine Stellungnahme ihres Generalsekretärs als Pressemitteilung heraus (vgl. Archiv der CSC Ic). Darin heißt es: „We sincerely regret the European Commission’s proposal for guidelines on EU-funded human embryonic stem cell research. [...]. Given the fundamental differences between the Member States regarding research with human embryonic stem cells, the EU should refrain from joint financing of such research projects. We hope that scientific advances will soon make new therapies available for illnesses which are incurable today. There is, for example, promising research involving adult stem cells, which carries high therapeutic potential and deserves EU funding. [...] Above all, we believe that human life has an intrinsic and absolute value at every stage of its development, and that it should not therefore be used as ‘raw material’. A good end cannot be used to justify any means. [...]. We therefore hope that the Council of Ministers will decide not to use common EU funds for research using human embryos and embryonic stem cells“ (Archiv der CSC Ic).

Die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments

Am 19.11.2003 nahm das Europäische Parlament eine EntschlieÙung zur Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen an. Dreihundert MEPs stimmten für die Änderungsanträge, die unter anderem eine Aufhebung des Stichtags vorsahen, 210 MEPs stimmten dagegen und 19 MEPs enthielten sich (vgl. Europäisches Parlament 2003). Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass das Europäische Parlament im Verfahren zu den spezifischen Programmen lediglich angehört wird.

Vor der Sitzung des Rats: Die Kirchen greifen auf die Outsider-Strategie zurück

Kurz vor der Sitzung des Rats „Wettbewerbsfähigkeit“, auf der die Entscheidung über eine Förderung von Forschungsprojekten mit embryonalen Stammzellen fallen sollte, veröffentlichten die COMECE, die EKD und die DBK sowie die Kirche von Griechenland Pressemitteilungen.

Am 19.11.2003 veröffentlichte die COMECE eine Stellungnahme ihres Generalsekretärs zur Entscheidung des Europäischen Parlaments, die Zerstörung von menschlichen Embryonen zu fördern (vgl. COMECE 2003a). Der Vorsitzende des Rates der EKD und der Vorsitzende der DBK gaben am 24.11.2003 eine gemeinsame Presseerklärung ab, in der sie ihre Besorgnis mit Blick auf den Beschluss des Europäischen Parlaments ausdrücken und an die Bundesregierung appellierten: „Wir richten [...] an die Bundesregierung die dringliche Bitte, den Tendenzen zu einer Anpassung der in Deutschland geltenden Grundsätze des Embryonenschutzgesetzes an die Verhältnisse anderer EU-Mitgliedsstaaten zu widerstehen, im EU Ministerrat für restriktive Regelungen zu stimmen und sich damit für einen konsequenten Embryonenschutz einzusetzen“ (EKD/DBK 2003). Die Kirche von Griechenland veröffentlichte am 25.11.2003 eine Pressemitteilung, in der sie ebenfalls ihre Ablehnung der Entscheidung des Europäischen Parlaments kund gab. Die Entscheidung widerspreche grundsätzlichen ethischen Prinzipien und sei ein Angriff auf den Respekt vor dem Menschen als Abbild Gottes (vgl. Kirche von Griechenland 2003). Die Kirche unterstrich ihre Ablehnung jeder Zerstörung von Embryonen und brachte ihr Unverständnis über die Ablehnung der Stichtagsregelung durch das Europäische Parlament zum Ausdruck. Sie wies auf die Möglichkeit der Forschung mit adulten Stammzellen hin. Schließlich appellierte sie an den Rat: „We wish to believe that the Council of ministers, which has the final word, will not [...] approve, even at the last moment, the funding of embryonic stem-cell research by the European Union“ (Kirche von Griechenland 2003).

Keine Einigung im Rat und der Ablauf des Moratoriums

Auf der Sitzung des Rats „Wettbewerbsfähigkeit“ am 26.11.2003 kam es zu keiner Einigung in der Frage der Förderung von heSF im Rahmen des Sechsten FRPs. Der Vorschlag der Kommission eine Stichtagsregelung einzuführen und lediglich überzählige Embryonen, die vor diesem Stichtag entstanden sind, für die Forschung zu verwenden, wurde von einigen Mitgliedstaaten abgelehnt: Deutschland, Österreich, Portugal, Italien und Luxemburg stimmten gegen diesen Vorschlag (vgl. Hatzinger 2009c: 103-104). Bei informellen Gesprächen beim Mittagessen der Ratssitzung am 26.11.2003 wurde ein Kompromissvorschlag der italienischen Ratspräsidentschaft diskutiert, der vorsah, eine EU-Förderung auf Forschungsprojekte mit vor dem 03.12.2003 existierenden Stammzelllinien zu beschränken (vgl. Rat der Europäischen Union 2003a: 8; Rat der Europäischen Union 2003b: 6). Da die Minister auf der Tagung des Rats vom 26.11.2003 keine Einigung erzielten, wurde das Thema in einer nur für das Thema „Stammzellforschung“ einberufenen Sitzung am 03.12.2003 erneut diskutiert. Es konnte weder eine Einigung auf den Vorschlag der Kommission (Stichtag für überzählige Embryonen) noch auf den Vorschlag der Ratspräsidentschaft (Stichtag für Stammzelllinien) erzielt werden (vgl. Rat der Europäischen Union 2003b:5). Den Kompromissvorschlag eines Stichtags für Stammzelllinien trug die Kommission nicht mit (vgl. Rat der Europäischen Union 2003b: 5). Das Moratorium lief daher am 31.12.2003 ab, ohne dass es eine Einigung zur Förderung von heSF gab.

Die COMECE bedauert den Ablauf des Moratoriums

In einer Pressemitteilung vom 03.12.2003 bedauerte die COMECE, dass der Ministerrat sich nicht auf ethische Grenzen einigen konnte, und brachte ihre Befürchtung zum Ausdruck, dass die Kommission „in einem Raum rechtlicher und moralischer Unsicherheit“ die Finanzierung befürworten könnte (vgl. Archiv der EKDIb). Entscheidungen von ethischer Reichweite sollten in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip den Mitgliedsstaaten überlassen werden (vgl. Archiv der EKDIb).

Keine Förderung von heSF während des Sechsten FRPs

Auf Grund einer internen Regelung der Kommission vom Februar 2004 wurden bis zum Ende der Laufzeit des Sechsten Forschungsrahmenprogramms keine Projekte gefördert, die die Gewinnung von Stammzellen vorsahen (vgl. Hatzinger 2009c: 104).

Der Kommissar für Forschung und die Kirchen

Der Kommissar für Forschung von 1999 bis 2004, Philippe Busquin, brandmarkte die Kirchen in der Debatte um heSF als fundamentalistische Forschungsgegner (vgl. Interview EKDb).

Vor dem Vorschlag zum Siebten FRP: Die Kirchen kontaktieren die Kommission

Bereits vor dem Vorschlag für das Siebte Forschungsrahmenprogramm kontaktierten der Bevollmächtigte des Rates der EKD und der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe gemeinsam auf dem Wege eines Briefes vom 21.03.2005 den Kommissionspräsidenten (vgl. Archiv der EKDIc). Darin heißt es: „Wir wenden uns an Sie mit der Bitte, unsere schwerwiegenden Bedenken gegen die Zulassung der Forschung mit embryonalen Stammzellen in der Kommission zu berücksichtigen. Die Kirchen haben gegen die Zulassung dieser Forschung immer wieder geltend gemacht, dass dem menschlichen Embryo von Anfang an Menschenwürde und Lebensrecht zukomme. Eine Verwendung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken ist daher aus unserer Sicht ethisch nicht zu rechtfertigen. [...] Eine gemeinschaftliche Finanzierung sollte [...] unterbleiben, weil nur so auch dem ethischen Pluralismus, der in dieser Frage unter den Mitgliedsstaaten der EU herrscht, angemessen Rechnung getragen werden kann. Wenn Sie, sehr geehrter Herr Präsident, bei der anstehenden Entscheidung über den Vorschlag der Europäischen Kommission zum siebten Forschungsrahmenprogramm das Anliegen der beiden Kirchen unterstützen könnten, wären wir Ihnen sehr dankbar“ (Archiv der EKDIc). Ein gleich lautendes Schreiben erhielt der Kommissar für Wissenschaft und Forschung (Janez Potocnik), der Kommissar für Unternehmen und Industrie (Günter Verheugen) und der Kommissar für Allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend (Jan Figel) (vgl. Archiv der EKDIc).

Im Antwortschreiben des Kommissars für Wissenschaft und Forschung, Janez Potocnik, vom 13.07.2005 heißt es, dass die Kommission den wichtigen und komplexen ethischen Fragen auch in Zukunft ihre volle Aufmerksamkeit schenken werde und es wird versichert, dass die Kommission keine Forschung in einem Mitgliedstaat fördern werde, die dort verboten sei. Man sei „zuversichtlich, dass wir diese Fragen so behandeln werden, wie sie von der Mehrheit der Akteure, darunter vom Europäischen Parlament, von den Wissenschaftskreisen und den einzelnen Mitgliedstaaten akzeptiert werden können“ (Archiv der EKDIc). Im Anhang des Briefes wird näher ausgeführt, welche Kriterien erfüllt sein müssen: Man lehne sich bei den ethischen Prinzipien an die EU-Grundrechtecharta an und die Arbeitsprogramme enthielten „im Allgemeinen keine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Forschungsarbeiten mit humanen embryonalen Stammzellen“ (Archiv der EKDIc). Die Fördermöglichkeiten unterlägen strengen Auflagen wie der Bevorzugung der Forschung mit adulten Stammzellen, einer vorhergehenden wissenschaftlichen Bewertung durch unabhängige Sachverständige, der Einhaltung der nationalen Rechtsvorschriften, der Zustimmung des nationalen Ethik-

rates und der Vorlage der vorgesehenen Forschungsprojekte an den betroffenen Mitgliedstaat (vgl. Archiv der EKDIId). Der Kommissar für Wissenschaft und Forschung, Janez Potocnik, wurde von der EKD als sehr dialogbereit empfunden – dialogbereiter als sein Amtsvorgänger Philippe Busquin (vgl. Interview EKDb).

Der Vorschlag der Kommission zum Siebten FRP

Am 06.04.2005 legte die Kommission den Vorschlag für das Siebte Forschungsrahmenprogramm vor. Darin hieß es in Erwägungsgrund 25: „Bei den im Rahmen dieses Programms unterstützten Forschungstätigkeiten sind ethische Grundprinzipien zu beachten, einschließlich derjenigen, die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union festgelegt sind. Die Stellungnahmen der Europäischen Gruppe für Ethik der Naturwissenschaften und der Neuen Technologien werden weiterhin berücksichtigt“ und in Artikel 6: „Bei allen Forschungsmaßnahmen innerhalb des Siebten Rahmenprogramms müssen ethische Grundprinzipien beachtet werden“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005a). Das Rahmenprogramm sollte vier spezifische Bereiche abdecken: „Zusammenarbeit“, „Ideen“, „Menschen“ und „Kapazitäten“. Für das Programm „Zusammenarbeit“ wurden Teilprogramme zu insgesamt neun thematischen Bereichen, darunter zu Gesundheit vorgeschlagen (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005a).

Kontakte zu politischen Akteuren in der Agenda-Setting-Phase zum Siebten FRP

Das EKD-Büro in Brüssel hatte noch vor dem Vorschlag der Kommission zum Siebten FRP Kontakte zu Kommissaren, zu Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene), zu Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der EU (vgl. Interview EKDb).

Als der Vorschlag der Kommission am 13.04.2005 dem Rat und dem Europäischen Parlament zugeleitet wurde, hatte das EKD-Büro darüber hinaus auch Kontakt mit Fraktionen im Europäischen Parlament (vgl. Interview EKDb).

Der Berichterstatter im Europäischen Parlament im Fokus

Auf der Sitzung der Bioethik-AG der CSC am 15. und 16.04.2005 wurde vereinbart mit dem Berichterstatter des für das Siebte Forschungsrahmenprogramms federführenden Ausschuss – dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE-Ausschuss) – über das CSC-Büro in Brüssel in Kontakt zu treten (vgl. Archiv der CSCId).

Die Verabschiedung des Siebten Forschungsrahmenprogramms

Die erste Sitzung des Rats „Wettbewerbsfähigkeit“, in der über das Siebte Rahmenprogramm gesprochen wurde, fand am 18.04.2005 statt. Die erste Sitzung des federführenden ITRE-Ausschusses fand am 20.04.2005 statt.

Auf seiner Sitzung vom 06. und 07.06.2005 hat der Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ eine ausführliche Aussprache zum Bereich „Zusammenarbeit“ geführt (vgl. Rat der Europäischen Union 2005: 5). Er hat den Ausschuss der Ständigen Vertreter aufgefordert, den Vorschlag der Kommission im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens mit dem Europäischen Parlament weiter zu prüfen (vgl. Rat der Europäischen Union 2005: 5).

Kontakte des EKD-Büros vor der Veröffentlichung des spezifischen Programms

Vor der Veröffentlichung des spezifischen Programms „Zusammenarbeit“ stand das EKD-Büro in Brüssel in Kontakt mit Fraktionen im Europäischen Parlament, mit Mitgliedern des EPs sowie mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der EU, dem zuständigen nationalen Ministerium und mit Mitgliedern des Bundestags (vgl. Interview EKDb).

Das CSC-Papier zu Stammzellen

Am 08.07.2005 veröffentlichte die CSC ihr Papier „New Issues in Stem cells and Regenerative Medicine“. Dieses war von der Bioethik-AG ausgearbeitet und auf der Sitzung des Exekutivausschuss der CSC im Juni diskutiert worden. Ziel des Papiers war, Diskussionen unter den Mitgliedskirchen der CSC zu fördern und zu der Debatte über die Forschung an Stammzellen und Klonen in Europa und in der Welt beizutragen (vgl. CSC 2005a: 1). Das Papier wurde an die European Group on Ethics, an einige Bereiche der Europäischen Kommission und an Mitglieder des Europäischen Parlaments gesendet (vgl. CSC 2005b).

Kontakt des EKD-Büros bei der Ausarbeitung des Vorschlags für das spezifische Programm

Als die Kommission ihren Vorschlag für das spezifische Programm „Zusammenarbeit“ formulierte, stand die EKD in Kontakt zu Kommissaren und zu Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene) (vgl. Interview EKDb).

Der Kommissionsvorschlag für das spezifische Programm „Zusammenarbeit“

Am 20.09.2005 legte die Kommission ihren Vorschlag für das spezifische Programm „Zusammenarbeit“ für den Zeitraum vom 01.01.2007 bis 31.12.2013 vor. (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005b). Nach Art. 4 sollen bei allen Forschungstätigkeiten des

spezifischen Programms ethische Grundprinzipien eingehalten werden. Forschungstätigkeiten mit dem Ziel des Klonens von Menschen zu Reproduktionszwecken, zur Veränderung des Erbguts des Menschen, durch die solche Änderungen vererbbar werden könnten sowie zur Züchtung menschlicher Embryonen ausschließlich zu Forschungszwecken oder zur Gewinnung von Stammzellen, einschließlich auch durch Kerntransfer somatischer Zellen, würden nicht durch das Siebte Rahmenprogramm finanziert. Auch werden keine Forschungstätigkeiten, die in allen Mitgliedstaaten verboten sind, und solche, die in einem Mitgliedstaat ausgeführt werden, in dem sie verboten sind, finanziert (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005b).

Erläuterung der spezifischen Programme im federführenden Ausschuss des EPs

Am 04.10.2005 erläuterte der Kommissar für Wissenschaft und Forschung in der Sitzung des Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EPs die spezifischen Programme (vgl. Archiv der CSCIe). Die Aussprache im ITRE-Ausschuss basierte auf einem Bericht des Berichterstatters Jerzy Busek und auf einem zweiten Arbeitsdokument vom 10.10.2005, das Busek am 11.10.2005 vorstellte. In beiden Dokumenten war nicht von ethischen Leitlinien für das Siebte FRP oder von heSF die Rede (vgl. Archiv der CSCe). Busek erklärte in der Aussprache, dass der Umgang mit heSF im Sechsten FRP gut gewesen sei (vgl. Archiv der CSCIe).

Vor der Ratstagung im November 2005: Die Kirchen werden aktiv

Auf der COMECE-Vollversammlung vom 16.-18.11.2005 verabschiedeten die Bischöfe die Erklärung „EU-Forschungsförderung und Ethik“, in der die Position der römisch-katholischen Kirche insbesondere zur Forschung mit Embryonen dargelegt und konkret auf das Siebte FRP eingegangen wurde (vgl. COMECE 2005b). „Wir fordern daher von den EU-Institutionen, dass sie Forschungsprojekte mit menschlichen Embryonen und embryonalen Stammzellen von der Finanzierung unter dem 7. Forschungsrahmenprogramm ausnehmen. Vielmehr sollten die gemeinsamen Anstrengungen in der Stammzellforschung auf solche Projekte konzentriert werden, in denen ein ethischer Konsens besteht. Wir rufen Politiker, Forscher und Bürgern [sic!] auf zu einer Vertiefung des Dialogs mit den Kirchen über die wissenschaftlichen und ethischen Fragen, zum Wohle der Gesellschaft und zur Förderung des Gemeinwohls und einer verantwortungsvollen Forschung“ (COMECE 2005b: 2; Hervorhebung nicht übernommen).

Mit Datum vom 22.11.2005 erhielt die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anette Schavan, einen Brief des Bevollmächtigten des Rats der EKD und des Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe (vgl. Archiv der EKDI). Darin heißt es: „Die Frage nach ethischen Leitlinien des Forschungsrahmenprogramms ist weiterhin nicht zufriedenstellend gelöst. Deshalb möchte wir die

bevorstehende Ratstagung zum Anlass nehmen, Sie darin zu bestärken, sich auf der Grundlage der bisherigen Verhandlungslinie aktiv für eine europäische Regelung einzusetzen, die ein umfassendes Schutzniveau für Embryonen sicherstellt“ (Archiv der EKDIe). „Auf europäischer Ebene wird unserer Auffassung nach der unterschiedlichen nationalen Rechtslage zu dieser ethisch umstrittenen Forschung derzeit im Rahmen der Forschungsförderung nicht ausreichend Rechnung getragen. Da die Entscheidung über die Förderung embryonaler Stammzellforschung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in den einzelnen Mitgliedstaaten gefällt wird, sollte diese Forschung dementsprechend auch von den Mitgliedstaaten selbst finanziert werden, sofern sie gesetzlich erlaubt ist. [...] Außerdem ist nicht auszuschließen, dass durch die europäische Finanzierung Anreize geschaffen werden, weiterhin menschliche Embryonen für Forschungszwecke zu zerstören. [...] Wir würden uns sehr freuen, sehr verehrte Frau Ministerin Schavan, wenn Sie diese Bedenken in der weiteren Debatte insbesondere um die Spezifischen Programme des 7. Forschungsrahmenprogramms aufgreifen und sich für klare ethische Grenzen der Stammzellforschung einsetzen würden“ (Archiv der EKDIe).

Die Tagung des Rats im November 2005

Am 28.11.2005 diskutierten die Fachminister über heSF im Rahmen des Siebten FRPs. Österreich, Italien, Malta, Polen, die Slowakei und Deutschland gaben mit Unterstützung von Luxemburg eine Erklärung gegen eine Förderung von heSF im Rahmen des Siebten FRPs ab (vgl. Archiv der CSCIf). Die Erklärung wurde von der italienischen Delegation eingebracht, war aber maßgeblich von der deutschen Delegation vorbereitet worden (vgl. EKD 2005: 8).

Der Entwurf des Berichtstatters im ITRE: ohne Bezug zur heSF

Am 15.12.2005 legte der Berichtstatter Jerzy Busek einen Bericht zum Siebten FRP vor. In ihm wurde das Thema der Förderung von heSF nicht aufgegriffen (vgl. Archiv der CSCIf). Eine Nachfrage des EKD-Büros ergab, dass ein entsprechender Passus fehle, da die Sachlage im Hinblick auf heSF sehr kompliziert sei und es wichtig sei, im Europäischen Parlament einen breiten Konsens herbeizuführen. Als überparteilicher Berichtstatter könne Jerzy Busek nicht einseitig agieren. Er werde sich um eine Lösung bemühen, die eine breite Mehrheit der MEPs und anderer interessierter Kreise zufrieden stellen würde (vgl. Archiv der CSCIf). „Der vorsichtige Kurs des Berichtstatters deutet darauf hin, dass er weniger auf die Abstimmung im industrie-freundlichen Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) zu setzen scheint, sondern zwecks entsprechender Änderungsanträge mehr auf die Abstimmung im Plenum, die für Anfang März angesetzt ist“ (Archiv der CSCIf).

Konferenz unter Beteiligung von kirchlichen Experten

Am 15. und 16.12.2005 fand eine von der Europäischen Föderation neurologischer Gesellschaften organisierte Konferenz zum Thema „Patienten und Stammzellen“ statt, an der Ver-

treter der EU, NGOs und Patienten teilnahmen. Die Position der Kirche von Schottland und der römisch-katholischen Kirche wurden – im Falle der letzteren durch einen auf Vorschlag der COMECE eingeladenen Experten – in einer Sitzung dargestellt. „Aus der Zusammensetzung der Teilnehmer ergab sich eine klare Befürwortung der Forschung mit embryonalen Stammzellen“ (Archiv der COMECEa).

Die Antwort der Bundesministerin an die deutschen Kirchen

Mit Brief vom 10.01.2006 antwortete die Bundesministerin für Bildung und Forschung auf den Brief der beiden deutschen Großkirchen. Hier heißt es: „Bei den Verhandlungen zum 6. Forschungsrahmenprogramm (6. FRP) und den Spezifischen Programmen war es unter maßgeblicher deutscher Vermittlung gelungen, zu den bioethischen Fragen der Finanzierung solcher Forschungsarbeiten weitgehend einen Kompromiss zu erzielen. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen ethischen und rechtlichen Standards in den EU-Partnerstaaten ist es ein großer Erfolg, dass zentrale bioethische Leitlinien für die Finanzierung biowissenschaftlicher Forschungsarbeiten im Spezifischen Programm festgeschrieben werden konnten“ (Archiv der EKDIId). „Im 6. FRP gab es [...] bislang keinen auf der Förderung beruhenden unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Gewinnung von Stammzellen und damit der Tötung von Embryonen und der Durchführung von Forschungsprojekten. Waren die genannten Verbote bei der Erstellung des 6. FRP noch Gegenstand intensiver Debatte, so wurden diese Verbote nunmehr von Anfang an in den Entwurf für das Spezifische Programm ‚Kooperation‘ des 7. FRP übernommen. [...] Ein genereller Ausschluss der Forschung mit embryonalen Stammzellen im 7. FRP ist aber auf Grund der diesbezüglichen Haltung der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten nicht zu erwarten“ (Archiv der EKDIId). Zum Abschluss des Briefes versichert die Bundesministerin für Bildung und Forschung: „Die Bundesregierung wird sich [...] in den ausstehenden Verhandlungen zu den Spezifischen Programmen auf der Basis der deutschen Rechtslage dafür einsetzen, dass verbrauchende Embryonenforschung nicht mit EU-Mitteln finanziert wird und dass für die Arbeit mit existierenden Stammzelllinien Lösungen gefunden werden, die die ethischen Grundprinzipien der Mitgliedstaaten respektieren“ (Archiv der EKDIId).

Die Stellungnahme des Ausschuss für die Rechte der Frau

Am 24.01.2006 gab der erste Ausschuss des Europäischen Parlaments eine Stellungnahme zum Siebten FRP ab. Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter empfahl dem federführenden ITRE-Ausschuss die folgende Änderung: „Forschungsvorhaben, bei denen die Zerstörung menschlicher Embryonen erforderlich ist oder Materialien verwendet werden, die menschlichen Embryonen in einem Verfahren entnommen wurden, das die Zerstörung des menschlichen Embryos einschließt, sollen keine Fördermittel der Gemeinschaft erhalten“ (Europäisches Parlament 2006a: 369).

Podiumsdiskussion der EKD

Am 23.02.2006 veranstaltet die EKD eine Podiumsdiskussion zum Thema „An welchen ethischen Kriterien soll sich die europäische Forschungsförderung orientieren?“ Diese bot die Chance für eine Debatte zwischen dem EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber, dem Kabinettschef des Kommissars für Wissenschaft und Forschung Peter Dröll und dem FDP-Forschungspolitiker Jorgo Chartimarkakis. Mit der Podiumsdiskussion war von Seiten der EKD die Hoffnung verbunden, „zweifelhafte Parlamentarier davon zu überzeugen, sich bei der entscheidenden Abstimmung gegen eine Förderung der heSF durch EU-Mittel auszusprechen (bzw. für eine Stichtagsregelung)“ (Archiv der CSCIf). Über die Podiumsdiskussion der EKD wurde durch den Evangelischen Pressedienst berichtet und die Meldung unter den Abonnenten gestreut.

Befürwortung der heSF durch den ITRE-Ausschuss

Im ITRE war die Mehrheit der Mitglieder mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden und befürwortete die Forschung mit embryonalen Stammzellen im Siebten FRP, um international wettbewerbsfähig zu bleiben (vgl. Archiv der CSCIg).

Die Ratssitzung im März 2006

In der Ratssitzung am 13.03.2006 zeigte sich, dass es drei Gruppen von Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Positionen im Hinblick auf eine Förderung von Forschungsprojekten mit embryonalen Stammzellen im Rahmen des Siebten FRPs gab: CY, CZ, DK, E, FIN, GR, IRL, NL und P akzeptierten den Kommissionsvorschlag. Einige dieser Mitgliedstaaten unterstrichen, dass sie den Vorschlag der Kommission bereits als Kompromiss zur Regelung zur Forschung mit embryonalen Stammzellen auf nationaler Ebene sehen (vgl. EKD 2006c: 4). Eine zweite Gruppe von Mitgliedstaaten wollte Art. 4 des spezifischen Programms ergänzen und somit weitere Forschungsbereiche von der Förderung ausschließen (D, I, PL) (vgl. EKD 2006c: 4). Dazu haben die deutsche und die italienische Delegation jeweils Formulierungsvorschläge gemacht. Die deutsche Delegation schlug vor, die Förderung auf Forschungsaktivitäten mit embryonalen Stammzellen und Stammzelllinien, die vor dem 01.01.2002 aus in vitro Embryonen entstanden sind, zu beschränken (vgl. Archiv der CSCIf: 4) – und sprach sich damit für eine Stichtagsregelung aus, die der Regelung auf nationaler Ebene entsprach. Konkrete bioethische Leitlinien sollten dem spezifischen Programm angehängt werden und Implementationsbestimmungen ausgearbeitet werden (vgl. Archiv der CSCIf: 4). Die italienische Delegation schlug vor, dass verbrauchende Embryonenforschung mit Stammzelllinien,

die vor dem 31.12.2005 existierten, gefördert werden könnte (vgl. Archiv der CSCIh). Der italienische Vorschlag wurde von der Slowakei und Litauen unterstützt (vgl. Archiv der CSCIh). Schließlich sprach sich eine dritte Gruppe von Mitgliedstaaten dafür aus, keine Forschungsbereiche aufzulisten, die von der Förderung ausgenommen werden sollten (B, S, UK) (vgl. EDK 2006a: 4).

Die Stellungnahme des Rechtsausschuss des EPs

Der Rechtsausschuss legte am 10.05.2006 seine Stellungnahme vor und ersuchte den federführenden ITRE-Ausschuss darum, sich gegen jegliche Förderung von Forschungstätigkeiten, die die Herstellung von Embryonen, embryonalen Stammzellen und embryonalen Stammzelllinien begünstigen, auszusprechen und den Vorschlag der Kommission entsprechend zu ändern (vgl. Europäisches Parlament 2006a: 347).

Der Kabinettschef des Kommissars für Forschung in der Intergroup

Am 18.05.2006 sprach der Kabinettschef des Kommissars für Wissenschaft und Forschung in der Intergroup on Bio-Ethics über das Siebte FRP (vgl. Archiv der CSCli). An Treffen der überfraktionellen Gruppe zu bioethischen Themen nahm der Referent für Bioethik der CSC oft teil. Zu den Parlamentariern, die sehr häufig an diesen Treffen teilnahmen, gehörte u. a. der Berichterstatter des ITRE, Jerzy Busek (vgl. Interview CSCc).

Abstimmung im federführenden Ausschuss des EPs

Am 30.05.2006 stimmte der ITRE über Änderungsanträge zum Vorschlag der Kommission ab und nahm einen Antrag an, nach dem die Förderung von heSF mit Embryonen, die nicht ausschließlich zu Forschungszwecken hergestellt wurden, im Siebten FRP vorgesehen ist (vgl. Archiv der CSCIj). „Forschung unter Verwendung menschlicher Stammzellen darf nach Maßgabe sowohl des Inhalts des wissenschaftlichen Vorschlags als auch der rechtlichen Rahmenbedingungen des betreffenden Mitgliedstaats gefördert werden“ (Europäisches Parlament 2006a: 31-32).

Die COMECE bedauert das Votum des ITRE

Im Rahmen einer Pressemitteilung vom 31.05.2006 bedauerte der Exekutivausschuss der COMECE das Abstimmungsergebnis des ITRE (vgl. Archiv der CSCIj).

Vor der ersten Lesung im EP: EKD und CSC kontaktieren Abgeordnete

Am 08.06.2006 sendete das EKD-Büro eine E-Mail an alle deutschen MEPs, um ihnen die Position der EKD hinsichtlich der Förderung von heSF darzulegen (vgl. Archiv der EKDIe).

Darin heißt es: „Für die EKD stellt eine Stichtagsregelung, nach der lediglich die Förderung von Forschung mit bereits vor dem 31.12.2003 existierenden embryonalen Stammzelllinien erlaubt ist, einen vertretbaren und mehrheitsfähigen Kompromiss zwischen dem Votum des Rechts- und des Industrieausschusses dar. Frau MdEP Niebler hat einen entsprechenden Änderungsantrag zu Artikel 6 eingebracht. [...] Eine Stichtagsregelung würde eine vertretbare ethische Entscheidung im Sinne eines ‚schonenden Ausgleichs‘ zwischen dem Lebensrecht des Embryos und dem Recht der Patienten auf die Erforschung neuer Therapiemöglichkeiten darstellen. [...] Eine Stichtagsregelung würde als Kompromiss außerdem am ehesten der unterschiedlichen Rechtslage in den Mitgliedstaaten zur embryonalen Stammzellforschung gerecht. Wie in dem Antrag von Frau MdEP Niebler formuliert, sollte das therapeutische Potential alternativer Forschungsvorhaben voll ausgeschöpft werden. [...] Schließlich enthält der Antrag von Frau MdEP Niebler eine Revisionsklausel. Danach soll im Lichte der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse vor 2010 eine Überprüfung der nicht-förderungsfähigen Forschungsprojekte vorgenommen werden. Der Antrag von Frau MdEP Niebler zur Verankerung einer Stichtagsregelung in Artikel 6 ist aus der Sicht der EKD am ehesten geeignet, eine ethisch vertretbare und tragfähige Lösung im 7. Forschungsrahmenprogramm zur Frage der Förderung der embryonalen Stammzellforschung zu verankern. Daher bitte ich [die Leiterin des EKD-Büros Brüssel; LK] Sie, am 14. Juni eine Stichtagslösung im Sinne des Antrags von Frau MdEP Niebler zu unterstützen“ (Archiv der EKDI). Diese E-Mail erhielten die deutschen Abgeordneten zusätzlich auf dem Postweg (Archiv der EKDI). Darüber hinaus sprach die EKD mit Abgeordneten. „[W]ir haben sehr viele Gespräche geführt [...]. [U]nsere Versuche, Abgeordnete zu überzeugen [...] von unserer Position [...] konzentrierten sich damals sehr auf die sozialistische Fraktion“ (Interview EKDb). Die EKD hatte insbesondere einen sehr engen Austausch mit einem Abgeordneten der EVP-Fraktion und einer Abgeordneten der Grünen-Fraktion, die wiederum in ihren Fraktionen für ihre Haltung geworben haben (vgl. Interview EKDb).

Am 13.06.2006 kontaktierte die CSC per E-Mail 36 MEPs, darunter elf deutsche MEPs (vgl. Archiv der CSCIk). Dieser E-Mail war ein Positionspapier beigelegt, in dem es heißt: „[W]e would like to underline that all of our member churches wish that priority be given to adult stem cell research [sic!]. At the same time probably most of our member churches could also live with or support the proposal which can be considered as a compromise, allowing for EU funding for some embryonic stem cell research within strict limits. This solution introduces a deadline before which embryonic stem cells, which are used, have to be obtained. It thus avoids EU funding becoming an incentive to further use of human embryos as a source of stem cells [sic!]“ (Archiv der CSCIk). Die Dachorganisation kontaktierte fünf MEPs der ALDE-Fraktion, sechs der EVP-Fraktion, fünf der S&D-Fraktion, zwei der Greens/EFA-Fraktion, zwei der CER-Fraktion sowie jeweils einen MEPs der GUE/NGL-Fraktion, der IND/DEM-Fraktion und der EFD-Fraktion (vgl. Archiv der CSCIk; eigene Recherchen aufgrund der Adressatenliste). Die E-Mail mit dem Positionspapier ging an die Vorsitzenden der Fraktionen sowie an Abgeordnete, die CSC kennen (vgl. Archiv der CSCII).

Die Befürwortung der heSF durch das EP

Bei der Abstimmung des EPs am 15.06.2006 zum Siebten FRP standen drei Möglichkeiten zur Abstimmung: (1) eine Befürwortung der Förderung der Forschung mit embryonalen Stammzellen auf Grundlage des Antrages des ITRE-Ausschuss, (2) eine Ablehnung der Förderung solcher Forschung auf Basis des Antrags aus dem Frauen- und Rechtsausschuss sowie (3) eine Stichtagsregelung auf Basis des Antrags von Angelika Niebler (vgl. EKD 2006d: 7). Die vom EP angenommene legislative EntschlieÙung entsprach dem Antrag des ITRE-Ausschuss (Pro: 284; Contra: 249; Enthaltungen: 32) (vgl. Europäisches Parlament 2006b; EKD 2006d: 7). Nach der EntschlieÙung des EPs lautet Artikel 6 nun: „(1) Bei allen Forschungsmaßnahmen innerhalb des Siebten Rahmenprogramms müssen ethische Grundprinzipien beachtet werden. (2) Folgende Forschungsbereiche werden nicht aus dem Siebten Rahmenprogramm finanziert: – Forschungsaktivitäten mit dem Ziel der Klonung menschlicher Embryonen; – Forschungsaktivitäten zur Veränderung des Erbguts des Menschen, durch die solche Änderungen vererbbar werden könnten; – Forschungsaktivitäten zur Züchtung menschlicher Embryonen ausschließlich zu Forschungszwecken oder zur Gewinnung menschlicher embryonaler Stammzellen, einschließlich durch somatische Zellkerntransplantation (3) Forschung menschlicher Stammzellen, sowohl adulter wie embryonaler, darf nach Maßgabe sowohl des Inhalts des wissenschaftlichen Vorschlags als auch der rechtlichen Rahmenbedingungen des betreffenden Mitgliedsstaats gefördert werden. Jede Bewerbung um Finanzierung muss Einzelheiten der Genehmigungs- und Kontrollmaßnahmen enthalten, die von den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedsstaats ergriffen werden. Einrichtungen, Organisationen und Forscher, die zur Forschung an embryonalen Stammzelllinien berechtigt sind, unterliegen strengen Genehmigungs- und Überwachungsvorschriften. (4) Eine Revision der genannten Forschungsbereiche, die von diesem Programm ausgeschlossen sind, muss vor der zweiten Phase dieses Programms vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Fortschritte erfolgen“ (Europäisches Parlament 2006b). Der Antrag einer Ablehnung der Förderung der Forschung mit embryonalen Stammzellen (Pro: 238; Contra: 287; Enthaltungen: 40) und der Antrag einer Stichtagsregelung (Pro: 255; Contra: 274; Enthaltungen: 35 Enthaltungen) fanden keine Mehrheit (vgl. EKD 2006d: 7). Für die heSF sind im Siebten FRP circa 50 Millionen Euro vorgesehen (vgl. EKD 2006d: 7).

Öffentliche Äußerung der COMECE zum Ergebnis der Abstimmung im EP

Noch am Tag der Abstimmung im EP gab die COMECE eine Erklärung ihres Generalsekretärs, Noël Treanor²⁶¹, in Form einer Pressemitteilung heraus (vgl. Archiv der CSCIm). „Die COMECE unterstützt eine effektive EU Forschungspolitik im Dienste des Gemeinwohls; sie erhebt Einspruch gegen den Vorschlag des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, EU-Finzen für Forschungsaktivitäten mit menschlichen Embryonen und humanen embryonalen Stammzellen zur Verfügung zu stellen. [...] Wir fordern deshalb das Europäische Parlament und den Ministerrat zusammen mit der Europäischen Kommission auf, ihre Haltung zu dieser Frage zu überdenken und die gemeinsamen EU-

²⁶¹ Noël Treanor war von 1993 bis 2008 Generalsekretär der COMECE. Seit 1989 war er Mitarbeiter im Sekretariat der COMECE.

Forschungsanstrengungen auf wirklich gemeinsame Forschungsprioritäten zu konzentrieren, die nicht so ethisch umstritten sind. Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch einmal unsere Unterstützung für die EU-Finanzierung von adulter Stammzellforschung wiederholen“ (Archiv der CSCIm). Diese Pressemitteilung wurde auch im COMECE-Newsletter Europe Infos von Juli/August 2006 abgedruckt (vgl. Archiv der COMECEb).

Kontakt der EKD bei Übermittlung des geänderten Vorschlags an den Rat

Als die Kommission den geänderten Vorschlag dem Rat zuleitete, stand die EKD in Kontakt mit Fraktionen im EP, MEP, der Ständigen Vertretung Deutschlands und dem zuständigen nationalen Ministerium (vgl. Interview EKDb).

Aufruf der CSC an die Mitgliedskirchen und Tätigwerden der Mitgliedskirchen

Am 06.07.2006 versandte die CSC einen Brief an ihre Mitgliedskirchen, in dem der politische Prozess vorgestellt wurde und die Mitgliedskirchen aufgerufen wurden, die Position von CSC gegenüber den politischen Akteuren auf nationaler Ebene zu vertreten: „As a compromise between strict opposition against and the now envisaged support of stem cell research CEC supports the idea of allowing **EU funding for embryonic stem cell research within strict limits by introducing a deadline before which embryonic stem cell lines must have been created** (31st of December 2003 – symbolic date before which the EU governments through the Council of Ministers were to reach an agreement on this issue, which they could not). CEC considers its view to be an ethical sustainable compromise preventing new embryos from being destroyed for EU funded research on the one hand and allowing basic research in this field on the other hand. At least CEC supports the view that it should be clearly stated by the Council that research activities involving the consumption and destruction of human embryos are not funded by the EU. With this letter we wanted to alert you about these developments. What happens in the Council of Ministers is particularly important for EU Member States including CEC member churches in the EU and is basically in their hands. We encourage you to approach your own government on this issue as soon as possible either by writing letters referring to the above mentioned position to your research ministries or by talking to responsible officials. If ever more information is needed, we are ready to supply you with relevant materials” (Archiv der CSCIn; Hervorhebung im Original). Der Brief wurde vom CSC-Büro in Straßburg unter Rücksprache mit dem EKD-Büro in Brüssel und der Europaabteilung des Kirchenamts der EKD in Hannover vorbereitet (vgl. Archiv der CSCIo).

Die EKD stand mit der deutschen Delegation und dem deutschen zuständigen Ministerium in Kontakt, hat aber keine Regierungen von Mitgliedstaaten kontaktiert, die eine andere Position zur Förderung der heSF als sie hatte (vgl. Interview EKDb). „[W]ir haben uns da wirklich sehr [...] auf unsere Kernklientel fokussiert. [...] Wir haben uns nicht noch an die Regierungen oder die Ständigen Vertretungen anderer Länder oder so gewandt“ (Interview EKDb).

Zum Tätigwerden der anderen Mitgliedskirchen der CSC ist der CSC nichts bekannt. „Interviewer: [D]id you know which one [national church; LK] approached its national government? CSC: No. We didn't. We should have inquired afterwards: 'What have you done?' But this is one gap, one of the gaps. We could have done much more probably to follow-up” (Interview CSCc).

Die politische Einigung im Rat

Die Frage nach einer Förderung von Forschungsprojekten, bei denen humane embryonale Stammzellen verwendet werden, stand im Mittelpunkt der Sitzung des Rats „Wettbewerbsfähigkeit“ am 24.07.2006 (vgl. Rat der Europäischen Union 2006: 7). Zu Beginn der Sitzung sei deutlich geworden, dass der Vorschlag der Kommission von der deutschen, polnischen, maltesischen, österreichischen, luxemburgischen, slowakischen, slowenischen, litauischen und italienischen Delegation nicht angenommen werde (vgl. Archiv der CSCIq). Die deutsche Delegation setzte sich gegen finanzielle Anreize zur Tötung von Embryonen zu Forschungszwecken und für die Aufnahme eines Verbots der Zerstörung von humanen Embryonen in den Text ein (vgl. Archiv der CSCIq; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006). Auch die italienische Delegation trat dafür ein, die Förderung auf Forschungsprojekte mit existierenden Stammzelllinien zu beschränken. Der Kommissionsvorschlag wurde demgegenüber von Großbritannien, Schweden, Belgien und Spanien unterstützt (vgl. Archiv der COMECEd).

Schließlich einigten sich die Minister mit der Zustimmung Italiens und Deutschlands. Die Kommission gab dazu eine verbindliche Zusatzerklärung ab: „The European Commission will continue with the current practice and will not submit to the Regulatory Committee proposals for projects which include research activities intended to destroy human embryos, including for the procurement of stem cells. The exclusion of funding of this step of research will not prevent community funding of subsequent steps involving human embryonic stem cells” (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006). Die österreichische, litauische, maltesische, polnische und slowakische Delegation stimmten gegen den vereinbarten Text, der besagte, dass Forschungsprojekte, bei denen menschliche Embryonen und humane embryonale Stammzellen verwendet werden, aus EU-Mitteln finanziert werden können (vgl. Rat der Europäischen Union 2006: 7).

Positionsübermittlung nach der Einigung im Rat

Am Tag nach der Einigung der Minister veröffentlichten die COMECE und die EKD jeweils eine Pressemitteilung.

In der Pressemitteilung der COMECE heißt es: „Das Sekretariat der COMECE hat mit großer Aufmerksamkeit die Entstehung des 7. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union für den Zeitraum

2007-2013 verfolgt und bringt sein tiefes Bedauern über die Entscheidung des europäischen Ministerrats vom 24. Juli 2006 zum Ausdruck. [...] Daher weisen wir die Öffentlichkeit mit Nachdruck auf die Tragweite dieser Entscheidung hin und unterstreichen erneut die fundamentale Bedeutung des sozioethischen und bioethischen Rahmens dieser Debatte für ein Europa von Morgen. Wir laden unsere europäischen Mitbürger und insbesondere die Katholiken dazu ein, sich den anthropologischen Zusammenhang dieser Debatte über die Menschenwürde bewusst zu machen. Wir rufen sie dazu auf, sich in den kommenden Monaten und im Vorfeld der zweiten Lesung im europäischen Parlament im Herbst dieses Jahres dafür einzusetzen, dass eine solche Debatte auf der Ebene der Europäischen Institutionen, in den Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft stattfindet“ (Archiv der CSCIp). In ihrem Newsletter Europe Infos kritisierte die COMECE die Erklärung der Kommission: „Diese Selbstverpflichtung ist zwar zu begrüßen, insbesondere als sie menschliche Embryonen generell als ‚Material‘ für EU-finanzierte Forschung ausschließt. Allerdings ist die Lösung aus mehreren Gründen ungenügend: zum einen ist diese Beschränkung nicht im Text des 7. FRP selbst enthalten, sondern lediglich in einer politischen Erklärung der Kommission. Zum anderen sind für Projekte mit menschlichen embryonalen Stammzellen keinerlei ausdrückliche Beschränkungen vorgesehen. Insofern könnte die vorgeschlagene Regelung als heuchlerisch angesehen werden: Die EU würde sich einerseits der Finanzierung der eigentlichen Zerstörung von Embryonen enthalten, jedoch gleichzeitig in Aussicht stellen, daß – nachdem die Embryonen anderweitig zerstört werden – das aus ihnen gewonnene Material (die embryonalen Stammzellen) daraufhin von der EU finanziert würde“ (Archiv der COMECeD).

Auch die EKD veröffentlichte am 25.07.2006 eine Pressemitteilung, in der der Vorsitzende des Rats der EKD, Wolfgang Huber, die Entscheidung der Forschungsminister bedauert und den Einsatz der deutschen Ministerin, der zu einer Zusatzklärung geführt habe, würdigte (vgl. EKD 2006e). „Huber begrüßte, dass durch die Zusatzklärung zum 7. Forschungsrahmenprogramm die finanzielle Förderung der Zerstörung von menschlichen Embryonen zur Gewinnung neuer Stammzelllinien abgelehnt werde“ (EKD 2006e).

Zweite Lesung im EP und Unterzeichnung des Beschlusses

Die zweite Lesung im EP zum Siebten FRP fand am 30.11.2006 statt. Am 18.12.2006 wurde der Beschluss zum Siebten FRP vom EP und vom Rat unterzeichnet (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2011b).

Reaktion der COMECE auf die Verabschiedung des Siebten FRPs

In einer Erklärung vom 22.12.2006 bedauerte der Generalsekretär der COMECE die Verabschiedung des Siebten FRPs nicht im Ganzen begrüßen zu können und erinnerte an die am 24.07.2006 abgegebene Erklärung der Kommission (vgl. Archiv der COMECe). Er unterstrich, dass die Erklärung der Kommission so angewendet werden müsse, dass sich die Förderung auf embryonale Stammzelllinien beschränke, die Ende 2006 bereits existierten: „Jede

andere Auslegung müsste als inkonsistent oder gar irreführend bezeichnet werden“ (Archiv der COMECE).

Strategien der Kooperation mit gesellschaftlichen Akteuren

Die EKD hat sich mit anderen gesellschaftlichen Akteuren wie katholischen Familienverbänden, der Evangelischen Allianz oder Care for Europe ausgetauscht und sich gegenseitig auf den neuesten Stand gebracht (vgl. Interview EKDb). „Also wir haben nicht gemeinsame Positionspapiere gemacht. Das haben wir natürlich nur gemeinsam mit den katholischen Kollegen gemacht“ (Interview EKDb).

Die CSC arbeitete hinsichtlich der Frage der Förderung der heSF nicht mit gesellschaftlichen Akteuren zusammen (vgl. Interview CSCc).

Die COMECE hat gemeinsam mit nichtkonfessionellen Gruppen Fragen über die Forschung mit humanen Embryonen im Hinblick auf das 7. FRP aufgeworfen (vgl. Archiv der COMECE).

Zusammenfassung der Strategien der kirchlichen Positionsübermittlung

Da viele Strategien des EKD-Büros und der CSC im Rückblick nicht genau zeitlich eingeordnet werden konnten oder über die gesamte politische Debatte angewendet wurden, werden sie im Folgenden komprimiert dargestellt. Die nachfolgenden Informationen zur EKD und zur CSC basieren auf Interviews (vgl. Interview CSCc; Interview EKDb).

Das EKD-Büro war sehr aktiv in der Positionsübermittlung an politische Akteure (Kommission, MEPs und die nationale Ministerin). Es gab eine Stellungnahme für einen Ausschuss im EP ab und schrieb Briefe und E-Mails an Kommissare, Briefe an einzelne MEPs, einen Brief an die nationale Ministerin, E-Mails an eine Fraktion im EP und an einzelne MEPs, an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der EU und an Mitglieder des Bundestags. *Telefonischen Kontakt* hatte das EKD-Büro zu Kommissaren, Kabinetten der Kommissare und zu Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene). Darüber hinaus kontaktierte das EKD-Büro telefonisch den Ständigen Vertreter sowie Mitarbeiter der Ständigen Vertretung Deutschlands. Das EKD-Büro hatte telefonischen Kontakt zu MEPs und Mitarbeitern von MEPs. *Persönlichen Kontakt* hatten Mitarbeiter des EKD-Büros zu Kommissaren, zu Mitarbeitern der Kabinette der Kommissare, zu Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene), zum Ständigen Vertreter, zu Mitarbeitern der Ständigen Vertretung Deutschlands, zu MEPs, zu Mitarbeitern von MEPs sowie zu Mitgliedern des nationalen Parlaments und deren Mitarbeitern (vgl. Interview

EKDb). Zudem war das EKD-Büro in Anhörungen im EP und in Ausschusssitzungen des EPs vertreten.

Neben den erwähnten Insider-Strategien griff das EKD-Büro auch auf *Outsider-Strategien* zurück: Es verschickte Pressemitteilungen, organisierte Pressekonferenzen, veröffentlichte Artikel in Zeitschriften, veröffentlichte Berichte, organisierte Veranstaltungen und bot einen Newsletter an.

Als nützlichste Strategie bewertet das EKD-Büro E-Mail Kontakt zu einem MEP, telefonischen Kontakt mit Mitarbeitern von MEPs, persönlichen Kontakt mit Kommissaren, Kabinettsmitgliedern von Kommissaren, mit Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene), mit dem Ständigen Vertreter, mit Mitarbeitern der Ständigen Vertretung, mit MEPs, mit Mitarbeitern von MEPs, die Anwesenheit in Anhörungen im EP und in Ausschusssitzungen im EP sowie die Organisation von Veranstaltungen (vgl. Interview EKDb).

Die CSC war im Vergleich zum EKD-Büro weniger aktiv in der Interessenvertretung hinsichtlich der Förderung von heSF. Sie gab eine Stellungnahme für die überfraktionelle Gruppe zur Bioethik des Europäischen Parlaments ab und sendete eine E-Mail an Abgeordnete. Sie stand nicht in telefonischem Kontakt zu politischen Akteuren. Persönlicher Kontakt bestand mit einigen Mitgliedern des EPs. Sie versuchte nicht, MEPs von ihrer Position zu überzeugen: „Interviewer: Did you try to convince members of the European Parliament which had another position as CSC? CSC: Not precisely on that. But indirectly when we expressed our views in [...] [bodies] like this Intergroup” (Interview CSCc). Wie die EKD war die CSC war in Anhörungen und in Ausschusssitzungen des EPs vertreten. Die CSC wandte sich nicht an nationale Minister. Die Dachorganisation veröffentlichte Berichte und organisierte Veranstaltungen²⁶². Sie berichtete nicht in ihrem Newsletter „European Update“, der seit Oktober 2006 erschien, über die bioethische Debatte zum Siebten FRP.

Als nützlichste Strategien bewertet die CSC die Stellungnahme für die Intergroup on Bioethics, die E-Mail an MEPs, den persönlichen Kontakt mit MEPs und die Präsenz in Ausschusssitzungen des EPs.

Über die Strategien der Mitgliedskirchen der CSC ist – außer im Fall der EKD – nichts bekannt. Die Kirche von Griechenland (Heilige Synode sowie Sonderausschuss für EU-

²⁶² Damit ist wohl die Podiumsdiskussion der EKD gemeint.

Angelegenheiten), die Kirche von England (House of Bishops) und die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland (Beraterin für EU-Angelegenheiten) wurden von der Verfasserin im Oktober 2011 kontaktiert und um Auskunft über die Position zur heSF sowie – falls möglich – Stellungnahmen und Briefe, die an die Kommission, MEPs oder nationale politische Akteure gesendet wurden, gebeten. Einzig die Heilige Synode der Kirche von Griechenland sendete einen Brief, den sie im Oktober 2005 an die griechischen MEPs versendet hatte. Dieser Brief betraf das Thema Leihmutterschaft und hatte damit zwar mit Embryonen, aber nicht mit der Diskussion um heSF im Rahmen der Forschungsrahmenprogramme zu tun.

Die COMECE gab Pressemitteilungen heraus und berichtete in ihrer Zeitschrift. Über Insider-Strategien der COMECE ist nichts bekannt, da die COMECE sich nicht offen gegenüber diesem Forschungsprojekt zeigte. Die Deutsche Bischofskonferenz äußerte sich gemeinsam mit der EKD.

E. Fazit der Fallstudie

Die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen im Hinblick auf eine politische Entscheidung, die mit Fragen des menschlichen Lebens verknüpft war, wurden anhand der politischen Entscheidung, ob die Forschung mit und die Gewinnung von humanen embryonalen Stammzellen aus EU-Mitteln im Rahmen der Rahmenprogramme für Forschung und technologische Entwicklung finanziert werden sollte, analysiert. Wie gezeigt wurde, haben die Kirchen sowohl auf Insider-Strategien (Briefe, E-Mails an politische Entscheidungsträger, Stellungnahme für EP-Ausschuss) als auch auf Outsider-Strategien (Pressemitteilungen, Podiumsdiskussion (EKD), Berichte in interner Zeitschrift) zurückgegriffen. Auffallend ist, dass die nicht-römisch-katholischen Kirchen unterschiedliche Positionen in der Frage der heSF hatten. Diese Heterogenität der Positionen der Mitgliedskirchen von CSC wirkte sich auf die Interessenvertretung gegenüber den EU-Organen aus. Platt ausgedrückt: Eine Position, die man nicht hat, kann man auch nicht vertreten. Lediglich Kirchen, die gegen eine Förderung von heSF aus EU-Mitteln waren, hatten ein Interesse daran, den politischen Prozess zu beeinflussen und ihre Interessen gegenüber politischen und administrativen Akteuren zu vertreten. Kirchen, die nicht gegen heSF waren bzw. die in dieser Frage keine Position hatten, waren nicht bestrebt, den politischen Prozess zu beeinflussen – und griffen nicht auf Strategien der Interessenver-

tretung zurück (alt-katholische²⁶³ und anglikanische²⁶⁴ sowie einige evangelische Kirchen (z. B. Kirche von Schottland)). Die Arbeitsteilung zwischen der Dachorganisation CSC (EU-Ebene) und ihren nationalen Mitgliedskirchen (nationale Ebene) konnte im Hinblick auf die Interessenvertretung zur Stammzelledebatte nur eingeschränkt wahrgenommen werden, da die Dachorganisation die Position aller Mitgliedskirchen vertreten sollte und daher lediglich auf die unterschiedlichen Positionen ihrer Mitgliedskirchen hinwies, aber keine Position vertrat. Daher waren diejenigen CSC-Mitgliedskirchen, die gegen heSF waren, auf eigene Interessenvertretung zurückgeworfen: Sie mussten mit Blick auf Insider-Strategien den direkten EU-Pfad oder den nationalen Pfad gehen – oder beide Pfade kombinieren (siehe Kapitel IV D). Die EKD hat dies (teilweise gemeinsam mit der DBK) getan. Die EKD und die DBK haben sich per Brief gemeinsam an den Kommissionspräsidenten, den Kommissar für Wissenschaft und Forschung, den Kommissar für Unternehmen und Industrie, den Kommissar für Allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend sowie an die deutsche Forschungsministerin gewendet. Die EKD stand zudem auf EU-Ebene in Kontakt zu Kommissaren, zu Mitarbeitern der Kommission (Arbeitsebene), zu MEPs und zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU. Alle deutschen MEPs erhielten eine E-Mail und einen Brief mit dem Anliegen der EKD. Über die Position vieler anderer evangelischer Kirchen zur heSF ist nichts bekannt, so dass keine Informationen darüber vorliegen, ob diese gegen eine Förderung von heSF aus EU-Mitteln waren und ob sie auf Strategien der Interessenvertretung zurückgegriffen haben.

Alle orthodoxen Kirchen lehnen heSF ab. Während des politischen Prozesses zum Sechsten FRP war lediglich die Kirche von Griechenland eine orthodoxe Kirche mit Hauptsitz in einem EU-Mitgliedstaat. Sie gab am 25.11.2003 eine Pressemitteilung heraus. Während des politischen Prozesses zum Siebten FRP (ab 2005) hatten sechs orthodoxe Kirchen ihren Hauptsitz in einem EU-Mitgliedstaat und waren CSC-Mitglied. Keine dieser Kirchen griff auf Insider- oder Outsiderstrategien zurück. Da die orthodoxen Kirchen die Position der römisch-katholischen Kirche zu heSF teilen, kann vermutet werden, dass sie auf die Interessenvertretung der römisch-katholischen Kirche vertrauten.

Über die Insider-Strategien der COMECE liegen keine Informationen vor, da sich die römisch-katholische Kirche nicht offen gegenüber diesem Forschungsprojekt zeigte. Mindestens

²⁶³ Auch das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland und die Altkatholische Kirche der Mariaviten in Polen (für den politischen Prozess zum Siebten FRP), deren Handeln in der Fallstudie als mitgliederstärkste und ressourcenstärksten alt-katholische Kirchen besondere Beachtung finden sollte, hatten keine Position zu heSF und betrieben keine Interessenvertretung.

²⁶⁴ Die Kirche von England, deren Handeln als mitgliederstärkste und ressourcenstärkste anglikanische Kirche besondere Beachtung in dieser Fallstudie finden sollte, hatte keine ablehnende Haltung zur Frage von heSF und betrieb keine Interessenvertretung.

zwei römisch-katholische Kirchen, die DBK und die ÖBK, haben nationale politische Akteure kontaktiert²⁶⁵. Zudem hat die COMECE regelmäßig Pressemitteilungen herausgegeben und damit auf Outsider-Strategien zurückgegriffen.

Hervorzuheben ist, dass letztlich die Entscheidung zu den spezifischen Programmen der FRPs und damit u. a. zur Frage einer Förderung von heSF beim Rat lag. Da sich dieses EU-Organ aus den nationalen Fachministern zusammensetzt, hätten die Kirchen und nicht die Dachorganisationen an diese politischen Akteure herantreten müssen – folgt man der Arbeitsteilung zwischen EU-Ebene und nationaler Ebene. Mit Blick auf das Siebte FRP hat die CSC ihre Mitgliedskirchen zur Kontaktaufnahme mit ihren nationalen politischen Akteuren aufgefordert und den Vorschlag, eine Stichtagsregelung zu vertreten, gemacht. Selbst der CSC liegen keine Informationen darüber vor, welche Kirchen in dieser Hinsicht aktiv geworden sind und welche nicht. Unwahrscheinlich erscheint es, dass Kirchen, die heSF nicht ablehnen, sich für eine Stichtagsregelung eingesetzt haben (alt-katholische Kirchen, anglikanische Kirchen, einige evangelische Kirchen).

Aufgrund der unterschiedlichen bzw. nicht vorhandenen Positionen der Dachorganisationen COMECE und CSC haben diese ihre Positionen nicht gemeinsam gegenüber den EU-Organen vertreten.

Nachdem die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen zu einer politischen Entscheidung, die Fragen des Lebens berührt, analysiert wurden, stehen nun die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen für eine Regelung im EU-Primärrecht, die die nationalen Staat-Kirchen-Systeme vor einem Eingriff der EU schützt („Leave us alone“-Strategie) und für eine Dialogvorschrift der EU-Organe mit den Kirchen („Let us in“-Strategie) im Mittelpunkt.

²⁶⁵ Über das Handeln der Italienischen Bischofskonferenz, die als mitgliederstärkste römisch-katholische Kirche in dieser Fallstudie besondere Beachtung finden sollte, liegen keine Informationen vor.

VIII. Fallstudie: „Finger weg von meinem Staat-Kirchen-System!“²⁶⁶ Gerne treten wir in einen verpflichtenden Dialog!“²⁶⁷ – Die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen für den Schutz der nationalen Staat-Kirchen-Systeme vor einem EU-Eingriff und für einen Dialog mit den EU-Organen

Über 40 Jahre lang konnte die Europäische Gemeinschaft als „kirchenblind“ bezeichnet werden: In den Verträgen von 1951, 1957, 1986 und 1992 wurden Kirchen nicht erwähnt. Auf verwaltungstechnischer Ebene wurden Kirchen seit 1983 von der Europäischen Kommission, in der seit diesem Zeitpunkt ein Spezialberater für Kirchen und Religionen tätig war, berücksichtigt (siehe Kapitel III B). Im Jahr 1990 – und damit 32 Jahre nach dem Inkrafttreten der Römischen Verträge – traf sich erstmals ein hoher Kirchenfunktionär mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission (siehe Kapitel III B). Ab 1991 fanden halbjährliche Dialogseminare mit Vertretern von Kirchen und Vertretern der Europäischen Kommission statt (siehe Kapitel III B). Die Rechtsetzungsmaßnahmen der EWG hatten zu diesem Zeitpunkt bereits Konsequenzen für das Handeln der Kirchen. Mit dem Vertrag von Maastricht²⁶⁸, mit dem die Kompetenzen der Gemeinschaft auf weitere Politikbereiche ausgeweitet wurden, verstärkte sich die Betroffenheit der Kirchen weiter. Die Kompetenzen der EG waren zwar kirchenblind, aber nicht kirchenfern. Erst der Vertrag von Amsterdam²⁶⁹ brachte eine Neuerung: Kirchen wurden 40 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge erstmals im Umfeld der Verträge erwähnt. In der Schlussakte des Vertrags von Amsterdam fand sich ein Artikel zu Kirchen, der die Kompetenz zur Regelung des Status von Kirchen und für die Staat-Kirche-Beziehungen den Mitgliedstaaten zuweist. Diese sogenannte „Kirchenerklärung“ war als Teil der Schlussakte kein Teil des Vertrags und rechtlich nicht bindend (siehe Kapitel III B). Fünfzig Jahre nach den Gründungsverträgen wurde mit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2007 ein Vertrag unterzeichnet, der die Amsterdamer „Kirchenerklärung“ und eine Vorschrift zum Dialog der Union mit den Kirchen enthält. Dieser „Kirchenartikel“ ist seit dem 01.12.2009 rechtlich bindend (siehe Kapitel III B).

²⁶⁶ Der Kirchenartikel „ist eher defensiv ausgeprägt, weil er sagt ‚Ne touche pas mon système‘. Also unser System soll so bleiben, wie es ist, und nicht dran gehen“ (Interview COMECEb).

²⁶⁷ „Und dann hat man gesagt: ‚Wir wollen auch einen positiven Aspekt drinhaben und wir wollen diese Tradition des Dialogs irgendwie festgeschrieben haben‘“ (Interview COMECEb).

²⁶⁸ Der Vertrag von Maastricht wurde am 07.02.1992 unterzeichnet und trat am 01.11.1993 in Kraft (vgl. Europa 2011: 1992; 1993).

²⁶⁹ Der Vertrag von Amsterdam wurde am 02.10.1997 unterzeichnet und trat am 01.05.1999 in Kraft (vgl. Europa 2011: 1997; 1999).

In dieser Fallstudie wird gezeigt, dass die Kirchen nicht unschuldig am „Kirchenartikel“ waren. Tatsächlich kam die Forderung eines Artikels im EU-Primärrecht, der die Kompetenz zur Regelung der Staat-Kirche-Beziehungen den Mitgliedstaaten zuweist, von den Kirchen selbst. Wie gezeigt wird, verfolgten die Kirchen eine „Leave us alone“-Strategie: Sie forderten einen Schutz der bestehenden Kompetenzen bzw. des bestehenden Handlungsraums. Ziel der Kirchen war eine formal festgeschriebene Bestandsgarantie und die rechtliche Anerkennung ihrer Stellung im jeweiligen Mitgliedsstaat. Zudem forderten die Kirchen eine formal festgeschriebene institutionelle Einflussmöglichkeit durch Beteiligung am EU-Entscheidungsprozess und verfolgten die „Let us in“-Strategie.

Im Folgenden werden die politische Situation, die Positionsentwicklung der Kirchen und die Übermittlung der kirchlichen Position an Verwaltungsangestellte und Entscheidungsträger nachgezeichnet. Die Fallstudie basiert auf der Methode des Process-tracing. Der politische Prozess, der der Entscheidung über einen „Kirchenartikel“ vorausging, wird nachgezeichnet und dazu in Zeitphasen unterteilt. So wird deutlich, wann, wo und wie die Kirchen ihre Interessen vertreten haben und ob und wie sie auf politische Entscheidungen reagiert haben.

*Die Datenschutz-Richtlinie als Weckruf für die deutschen Kirchen*²⁷⁰

Das erste Dokument, in dem die Beachtung der spezifischen Lage der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) angemahnt wurde, stammt aus Deutschland. Es ist ein Antrag, der im Bayrischen Senat²⁷¹ am 12.10.1989 eingebracht (Drs. 289/89) und dem am 05.04.1990 durch das Senatsplenum zugestimmt wurde (vgl. Hollerbach 1990: 264-265). Darin heißt es: „Die bisherige Praxis der Organe der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die mangelnde Beachtung der föderalen Struktur unseres staatlichen Gemeinwesens und die rigorose Ausdehnung ihrer eigenen Aktivitäten über die ihr zugewiesenen wirtschaftlichen Regelungsbereiche hinaus, gibt zu der Besorgnis Anlaß, daß auch der spezifischen Lage der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften nicht das erforderliche Verständnis entgegengebracht werden könnte“ (zitiert nach Hollerbach 1990: 264-265).

Als die Europäische Kommission am 18.07.1990 einen Vorschlag für eine Datenschutz-Richtlinie vorlegte, waren die Kirchen in Deutschland betroffen (vgl. Europäische Kommission 2011). Der Entwurf der Datenschutz-Richtlinie beinhaltete ein Verbot, die Religionszuge-

²⁷⁰ Die einzelnen Ereignisse werden durch kursive Zwischenüberschriften kenntlich gemacht.

²⁷¹ Der Bayrische Senat war die Zweite Parlamentskammer in Bayern. Er umfasste insgesamt 60 Mitglieder, wovon die EKD und die DBK mit ihren jeweiligen Wohltätigkeitsorganisationen je fünf Mitglieder stellten (vgl. Vachek 2000: 129). Das Organ besteht seit 01.01.2000 nicht mehr (vgl. Vachek 2000: 129).

hörigkeit der Bevölkerung zu erfassen und mit diesen Daten zu arbeiten. Das deutsche Kirchensteuersystem und damit die Haupteinnahmequelle der Kirchen in Deutschland war durch diesen Richtlinienentwurf existenziell gefährdet. Wäre die Datenschutz-Richtlinie in der ursprünglich angedachten Version beschlossen worden, wäre das deutsche Kirchensteuersystem, dessen Voraussetzung die Offenlegung der Konfessionszugehörigkeit ist, nicht mehr haltbar gewesen, so die Leiterin des EKD-Büros in Brüssel Katrin Hatzinger (vgl. Vortrag von Katrin Hatzinger am 18.05.2010 in Mainz; Interview EKDC). Die Datenschutz-Richtlinie kann als entscheidender Wendepunkt in der Wahrnehmung der EWG durch die (deutschen) Kirchen bezeichnet werden. Sie bildete den Ausgangspunkt für die Forderung nach einer Wahrung des jeweiligen Staat-Kirchen-Verhältnisses in den Mitgliedstaaten.

„Die Datenschutzrichtlinie [...] ist [der; LK] Weckruf für die Kirchen [...]. [D]ie Kirchen merkten, dass das Gemeinschaftsrecht anfängt, auch Kirchenrecht zu verformen. Die ersten dreißig Jahre des Dialogs [...] bis 1990 waren [...] dadurch geprägt, dass man [schaute; LK], welche gemeinsamen Interessen haben Kirchen und Europäische Union. [...] [M]it jedem Kompetenzzuwachs der EU [...] [wurde; LK] auch ein Interessenbereich der Kirchen berührt [...]. Aber in den 90-er Jahren hatte man das erste Mal das Gefühl, jetzt geht's [...] nicht mehr nur um unsere Interessen im weiteren Sinne, sondern auch im engeren Sinne, nämlich kirchliche institutionelle Interessen. [D]a war der Anlass die Datenschutzrichtlinie, weil die Kommission ja von französischer Verwaltungspraxis geprägt war und die Laizität [...] ins einfache Recht mitreinschreiben wollte [...] und gesagt hat: ‚[...][D]er Staat darf das Religionsmerkmal nicht erfassen, sammeln, weitergeben.‘ [D]amit wäre das Kirchensteuersystem gefallen“ (Interview EKDC).

Die EKD reagierte in zweifacher Hinsicht auf die Datenschutz-Richtlinie: Zum einen eröffnete sie im September 1990 ein Büro in Brüssel und zum anderen setzte sie sich mit Fragen des EWG-Rechts aus kirchlicher Perspektive auseinander.

Die EKD-Arbeitsgruppe „Europa-Fragen“ erarbeitete ein Papier, das „das Anliegen, deutsche staatskirchenrechtliche Positionen auch gegenüber Rechtsentwicklungen in den EG [Europäischen Gemeinschaften; LK] zur Geltung zu bringen“ (EKD 1991: 1), unterstreicht. Dieses wurde im Mai 1991 vom Rat der EKD angenommen und im Juni unter dem Titel „Das deutsche Staatskirchenrecht und die Entwicklung des europäischen Gemeinschaftsrechts“ veröffentlicht (vgl. EKD 1999: 101). Darin wird hervorgehoben, dass die Kirchen mit ihren staatskirchenrechtlichen Beziehungen Teil der nationalen Identität sind (vgl. EKD 1991: 1; 2-3). Kirchen in Deutschland sind weiterhin, so die EKD, durch die Erbringung von Leistungen im sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereich Teil des subsidiären Staatsaufbaus sowie durch ihre Mitwirkung im Vorfeld staatlicher Willensbildung Element der partizipatorischen Verfassungswirklichkeit (vgl. EKD 1991: 1-2). In dem Papier wird die im Vergleich mit anderen EWG-Staaten besondere Rolle der Kirchen in Deutschland hervorgehoben, die sich durch zwei an Mitgliedern fast gleich starke Kirchen, durch das vom Selbstbestimmungsrecht

der Kirchen ausgehende System institutioneller staatskirchen-rechtlicher Garantien und durch den großen kirchlichen Beitrag in allen Bereichen der sozialen Lebenssicherung ausgezeichnet (vgl. EKD 1991: 1-2). Die EKD spricht sich für eine föderale Struktur²⁷² der Europäischen Gemeinschaften (EG), die Einführung des Subsidiaritätsprinzips sowie eine Mitgestaltung und Mitwirkung von gesellschaftlichen (und hier auch kirchlichen) Akteuren an der Willensbildung der EG aus (vgl. EKD 1991: 3). Sie fordert eine regelmäßige Beteiligung von Kirchen an der Vorbereitung von Rechtssetzungsmaßnahmen der EWG²⁷³ und einen Sitz im Wirtschafts- und Sozialausschuss (vgl. EKD 1991: 3-4). Die Mitwirkung von Kirchen an Rechtssetzungsmaßnahmen auf EWG-Ebene wird gefordert, da sich „[m]ittelbare Einflüsse der Rechtsentwicklung in den EG auf das Staatskirchenrecht [...] aus Folgewirkungen von EG-Rechtsakten schon jetzt“ ergeben. Diesen Einflüssen auf das Staatskirchenrecht entspreche jedoch „kein Zuwachs an kirchlichen Mitwirkungsrechten auf europäischer Ebene“ (EKD 1991: 4). Die Wahrung der staatskirchenrechtlichen Belange sei eine Aufgabe der staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland (vgl. EKD 1991: 4). Ziele der deutschen Politik müssten folgende sein: Zum einen sollte die „Staatsordnung der Bundesrepublik Deutschland [...] zu einem wichtigen Element der Diskussion um die europäische Einigung“ gemacht werden (EKD 1991: 3). Zweitens forderte die EKD „die möglichst weitgehende Gewährleistung der Mitwirkung von gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere auch der Kirchen an allen öffentlichen Angelegenheiten in den EG, auf allen Ebenen von Entscheidungen und ihrer Vorbereitung“ (EKD 1991: 4) und drittens „die Einführung und rechtliche Absicherung des Subsidiaritätsprinzips für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in den EG [...] auch zugunsten von [...] kirchliche[n] Organisationen und Institutionen“ (EKD 1991: 4-5). Schließlich sollte Ziel der deutschen Politik „die Durchsetzung des föderalen Prinzips in den EG“ (EKD 1991: 5) sein. „[D]azu gehört auch die Achtung der originären, der Gemeinschaft vorgegebenen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Regelung ihrer Beziehungen zu den Kirchen“ (EKD 1991: 5). Ziel der EKD sei „den Dialog über Fragen der rechtlichen Beziehungen der Kirchen zu den EG verstärkt auch mit den Kirchen der anderen Mitgliedstaaten [zu; LK] führen“ (EKD 1991: 3).

²⁷² Von dem Konzept der „notwendige[n] gesellschaftlicher[n] und staatliche[n] Zwischenstrukturen [...], in denen wirtschaftliche und andere Zielsetzungen auf menschengerechte Weise zusammengeführt werden“ (EKD 1991:3), wie es in Deutschland verwirklicht ist und in dem die Kirchen und kirchliche Institutionen vor allem im Bereich der Wohlfahrtspflege einen großen Beitrag leisten, könnte die EWG profitieren, so die EKD.

²⁷³ Die EKD fordert eine „regelmäßige Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen und Kirchen am Entscheidungsverfahren der EG im Rahmen z. B. von Arbeitsgruppen, Beiräten und Anhörungsverfahren auf den verschiedenen Ebenen. [...] Kirchen [müssen; LK] im Rahmen ihres Auftrags die Möglichkeit haben, an der Vorbereitung von Rechtsakten und Maßnahmen der Gemeinschaft mitzuwirken und ihre inhaltlichen Vorstellungen zur Geltung zu bringen“ (EKD 1991: 4).

Diesem EKD-Papier, das im Mai 1991 vom Rat der EKD angenommen wurde, folgte ein weiterer, diesmal gemeinsam mit der Deutschen Bischofskonferenz erarbeiteter Beitrag zur Subsidiarität. Das Positionspapier vom 03.07.1991 mit dem Titel „Überlegungen zur Subsidiarität als Element einer europäischen Verfassungsordnung“ (vgl. EKD/DBK 1991) wurde von einer Arbeitsgruppe von EKD und DBK erarbeitet.

Im Frühjahr 1992 beauftragten EKD und DBK eine Arbeitsgruppe aus Hochschullehrern und Vertretern von DBK (Katholisches Büro) und EKD mit der Vorbereitung einer gemeinsamen Stellungnahme zum europäischen Einigungsprozess (vgl. Brenner 1996: 125; Schnabel 2001: 445). Die beiden Papiere vom 24./25.05.1991 und vom 03.07.1991 dienten als Grundlage für die Tätigkeit der AG.

Die Dachorganisationen auf EU-Ebene, COMECE und EECCS, waren über die Anliegen der deutschen Kirchen informiert.

Das Gespräch mit dem Kommissionspräsidenten im Juni 1994

Die im EKD-Papier von 1991 gestellten Forderungen wurden im Juni 1994 dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, durch den Präsidenten der COMECE, Bischof Josef Homeyer, vorgetragen. Bischof Homeyer war nicht nur seit 1993²⁷⁴ Präsident der COMECE, sondern auch seit 1986²⁷⁵ Vorsitzender der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der DBK. Bei dem Treffen zwischen dem Kommissionspräsidenten und einer Delegation der COMECE und der CCEE forderte Josef Homeyer einen Sitz für die Kirchen im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)²⁷⁶ und regelmäßige strukturierte Treffen zwischen Kirchen und Kommission zum Austausch über ethische Fragen. Zudem forderte er die Berücksichtigung des Rechts auf individuelle und kollektive Religionsfreiheit im zu schaffenden EG-Primärrecht und eine stärkere politische Berücksichtigung der ethischen und spirituellen Dimension der europäischen Integration (vgl. Schnabel 2011: 442). Der Kommissionspräsident bat daraufhin um eine schriftliche Eingabe der Vorstellungen der Kirchen (über die COMECE und die EECCS) hinsichtlich ihres Rechtsstatus (vgl. Schnabel 2011: 442). Dieses Papier sollte bei der für das Jahr 1996 geplanten Revision des Vertrags von Maastricht Berücksichtigung finden (vgl. Schnabel 2011: 442).

²⁷⁴ Josef Homeyer war von 1993 bis 2006 Präsident der COMECE.

²⁷⁵ Vorsitzende der Kommission VI war Josef Homeyer von 1986 bis 2004.

²⁷⁶ Der EWSA ist ein Ausschuss, in dem Arbeitnehmerorganisationen, Arbeitgeberorganisationen und weitere Profit- und Non-Profit-Organisationen vertreten sind. Er wurde 1957 eingerichtet und hat eine beratende Funktion. Er kann Stellungnahmen zu Sekundärrechtsmaßnahmen der E(W)G bzw. EU abgeben und in Initiativstellungnahmen Themen aufgreifen, die aus Sicht seiner Mitglieder auf E(W)G- bzw. EU-Ebene diskutiert werden sollten. Der EWSA versteht sich als „Brücke“ zwischen der Zivilgesellschaft und den E(W)G- bzw. EU-Organen (vgl. EWSA 2010).

Ausarbeitung des Papiers für den Kommissionspräsidenten

Im August 1994 übermittelte der EKD-Ratsvorsitzende, Klaus Engelhardt²⁷⁷, dem Kommissionspräsidenten einen Brief, in dem er unterstrich, dass das Engagement der Kirchen für die EU auf die Grundlage einer Regelung der Beziehung zwischen EU und Kirchen gestellt werden solle (vgl. Schnabel 2011: 445). Die EECCS übermittelte im November 1994 einen Brief an den Kommissionspräsidenten, in dem der Inhalt des Briefs der EKD unterstützt wurde (vgl. Schnabel 2011: 445).

Zur Erarbeitung eines Papiers, das die kirchlichen Forderungen beinhaltete und für den Kommissionspräsidenten bestimmt war, griffen die EKD und die DBK auf die seit 1992 beauftragte gemeinsame Arbeitsgruppe zurück. Diese legte im November 1994 ein Papier mit dem Titel „Zum Verhältnis von Staat und Kirche im Blick auf die Europäische Union“ vor (vgl. Schnabel 2011: 445). Dieses Papier wurde im Januar 1995 vom Kirchenamt der EKD und vom Sekretariat der DBK veröffentlicht (EKD/DBK 1995a).

Darüber hinaus beauftragte die DBK einen Experten des Staatskirchenrechts mit einem Gutachten. Prof. Dr. Gerhard Robbers, seit 1989 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Kirchenrecht, Staatsphilosophie und Verfassungsgeschichte an der Universität Trier, legte ein Gutachten im September 1994 vor.

Das Gutachten von Gerhard Robbers: Römisch-katholische²⁷⁸ Vorschläge für eine Norm im Primärrecht

Das Gutachten von Gerhard Robbers sollte die Grundlage für eine primärrechtliche Norm bilden, die bei der Revision des Vertrags von Maastricht in die Regierungskonferenz eingebracht werden sollte. Es enthielt drei Vorschläge für eine Berücksichtigung der kirchlichen Rechtstellung in unterschiedlicher und absteigender rechtlicher Verbindlichkeit: einen Vorschlag für einen Vertragsartikel, für ein Protokoll und für eine Erklärung (vgl. Schnabel 2011: 444). Eine Erklärung ist im Gegensatz zu einem Vertragsartikel und einem Protokoll nicht rechtsverbindlich (vgl. Vachek 2000: 135). Der Vorschlag für einen Artikel lautete: „Die Union achtet [und wahrt] die verfassungsrechtliche Stellung der [Kirchen und anderen] Religionsgemeinschaften in den Mitgliedstaaten als Ausdruck der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und ihrer Kulturen als Teil des gemeinsamen kulturellen Erbes und als Bestandteil des Gemeinschaftsrechts“ (zitiert nach Schnabel 2011: 444). Der Entwurf für eine Aufnahme in das Primärrecht in Form eines Protokolls hatte folgenden

²⁷⁷ Klaus Engelhardt war von 1991 bis 1997 Vorsitzender des Rates der EKD.

²⁷⁸ Gerhard Robbers ist evangelisch. Die Aussage „römisch-katholische Vorschläge“ bezieht sich auf seinen Auftraggeber, die DBK.

Wortlaut: „Die Hohen Vertragsparteien sind über folgende Bestimmungen übereingekommen, die dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigelegt wird: „Die Union achtet [und wahrt] die verfassungsrechtliche Stellung der [Kirchen und anderen] Religionsgemeinschaften in den Mitgliedstaaten. Sie erkennt die besondere Bedeutung der [Kirchen und anderen] Religionsgemeinschaften für das gemeinsame kulturelle Erbe und für die nationale Identität und die Kulturen der Mitgliedstaaten an. Sie stellt fest, dass die Gemeinschaft eine enge Zusammenarbeit mit ihnen und ihren Werken und Einrichtungen anstrebt.““ (zitiert nach Schnabel 2011: 444). Für eine nicht-rechtsverbindliche Erklärung machte Robbers folgenden Formulierungsvorschlag: „Die Konferenz erklärt, dass die Gemeinschaft [die Union] die verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften in den Mitgliedstaaten achtet [und wahrt]. Sie erkennt die besondere Bedeutung der [Kirchen und anderen] Religionsgemeinschaften für das gemeinsame kulturelle Erbe und für die nationalen Identität und die Kulturen in den Mitgliedstaaten an. Sie stellt fest, dass die Gemeinschaft [die Union] eine enge Zusammenarbeit mit ihnen und ihren Werken und Einrichtungen anstrebt“ (zitiert nach Schnabel 2011: 444). Das Gutachten von Robbers wurde von der Vollversammlung der DBK im März 1995 angenommen (vgl. Schnabel 2011: 446).

Reaktionen auf das Gutachten von Robbers von evangelischer Seite

Mit Blick auf die unterschiedliche Ausgestaltung der rechtlichen und politischen Beziehungen zwischen Staat und Kirchen in den EU-Mitgliedstaaten sah die EKD „zumindest für die reformatorischen Kirchen „einen erheblichen Diskussions- und Konsultationsbedarf““ (Schnabel 2011: 444). So seien die Formulierungen „als Bestandteil des Gemeinschaftsrechts“ sowie „enge Zusammenarbeit“ nicht für alle Kirchen in den Mitgliedstaaten akzeptabel (vgl. Schnabel 2011: 444-445). Die EKD plädierte grundsätzlich für einen Konsens der Kirchen (vgl. Schnabel 2011: 445).

Kooperation und administrative Anpassung der Dachorganisationen

Die COMECE und die EECCS kooperierten mit Blick auf eine rechtliche Regelung der EU-Kirche-Beziehungen. Die Zusammenarbeit wurde durch einen gemeinsamen Ausschuss gestärkt. Das erste Treffen dieses neuen, gemeinsamen Gremiums fand im Frühjahr 1995 statt (vgl. Archiv der CSCIIa²⁷⁹). Im Jahr 1995 wurde bei der EECCS eine Arbeitsgruppe „EC Legislation“, die auch formelle Beziehungen zwischen Kirchen und den EG-Organen diskutierte, eingerichtet (vgl. Jenkins 2002: 29). Die Arbeit der Arbeitsgruppe „EC Legislation“ „was of great importance in helping to secure Declaration 11 to the Final Act of the Treaty of Amsterdam [...]“ (Jenkins 2002: 29). Auch die COMECE hat eine Arbeitsgruppe, die Legal Af-

²⁷⁹ Die römische Nummerierung II bezieht sich auf jenes Material, das die Verfasserin dieser Arbeit aus den Akten bzw. Archiven des Büros der CSC in Straßburg und des Büros der EKD in Brüssel kopiert hat und das thematisch einen Bezug zum „Kirchenartikel“ aufweist (Beispiel: Archiv der CSCIIa bzw. Archiv der EKDI-Ia).

fairs Commission, die sich mit rechtlichen und institutionellen Entwicklungen in der EU sowie mit den Beziehungen zwischen Kirchen und der EU befasst und sich aus Experten, die von den Bischofskonferenzen ernannt werden, zusammensetzt.

Das Memorandum der EKD und der DBK: der ökumenische Vorschlag für eine Norm im Primärrecht

Die Arbeitsgruppe „Staat-Kirche-Verhältnis in europäischer Perspektive“ der EKD und der DBK erarbeitete auf Grundlage der Positionspapiere aus den vorausgegangenen vier Jahren ein Memorandum. Dieses „Memorandum zur Rechtstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Vertragswerk der Europäischen Union“ lag im Juni 1995 vor (vgl. EKD 1999: 121). Mit ihm „wird der Vorschlag unterbreitet, in das europäische Vertragswerk eine Bestimmung über die Religionsgemeinschaften aufzunehmen“ (EKD/DBK 1995b: 121). Das Papier weist auf die unterschiedlichen „Lösungen für das Problem der Bestimmung des Verhältnisses des Staates zu den Religionsgemeinschaften“ in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) hin (EKD/DBK 1995b: 121). Diese prägen die „jeweilige politische Kultur und sind meist ein tragendes Element dessen, was der Unionsvertrag von Maastricht ‚nationale Identität‘ nennt“ (EKD/DBK 1995b: 121). Weiter wird ausgeführt: „Kirchen und Religionsgemeinschaften dürfen nicht allein als Erbringer von Dienstleistungen, als Arbeitgeber, Datenempfänger oder als beliebige Organisationen angesehen und behandelt werden; sie haben vielmehr Anspruch auf eine ihrem Wesen entsprechende Einordnung und Behandlung“ (EKD/DBK 1995b: 122). „Dort, wo die Europäische Gemeinschaft auch verfassungsrechtlich Gestalt anzunehmen beginnt, bedarf es in diesem Sinne der freiheitlichen Gewährleistung des Wirkens der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie die Anerkennung ihrer spezifischen Verantwortung“ (EKD/DBK 1995b: 122). In dem Memorandum wird ein konkreter Formulierungsvorschlag gemacht: „Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sollte durch folgende Bestimmung über die Religionsgemeinschaften ergänzt werden: ‚Die Gemeinschaft achtet die verfassungsrechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften in den Mitgliedstaaten als Ausdruck der Identität der Mitgliedstaaten und ihrer Kulturen sowie als Teil des gemeinsamen kulturellen Erbes‘“²⁸⁰ (EKD/DBK 1995b: 123). Begründet wird dieser Vorschlag zum einen mit der fehlenden Erwähnung von Kirchen im EG-Primärrecht und der negativen Auswirkung auf deren Selbstbestimmungsrecht, das in mehreren Verfassungen der Mitgliedstaaten gewährleistet wird (vgl. EKD/DBK 1995b: 123). Zum anderen wird der Vorschlag damit begründet, dass im EG-Primärrecht andere nichtstaatliche Institutionen wie Parteien und Sozialpartner Erwähnung finden. „Demgegenüber müßte die Nichtaufnahme der Religionsgemeinschaften in das primäre Gemeinschaftsrecht als Diskriminierung des Religiösen verstanden werden“ (EKD/DBK 1995b: 123). Der COMECE-Präsident

²⁸⁰ Die Formulierung „als Bestandteil des Gemeinschaftsrechts“, die im Entwurf von Robbers enthalten war und insbesondere bei evangelischen Kirchen auf Zurückhaltung stieß, ist im Memorandum nicht enthalten.

überreichte das Memorandum im Juni 1995 dem neuen Kommissionspräsident Jacques Santer (vgl. Schnabel 2011: 447).

Positionsübermittlung an politische Akteure im Sommer 1995

Die Kirchen hatten bereits im Sommer 1995 die Regierungskonferenz im Blick, die den Vertrag von Maastricht einer Revision unterziehen sollte, und übermittelten ihre Forderung zu einer primärrechtlichen Norm an politische Akteure. So fand am 22.06.1995 ein Dialogseminar zur Regierungskonferenz statt (vgl. Hogebrink 2010: 88). Am 29.06.1995 trafen sich Vertreter der EECCS und der COMECE mit der französischen Ratpräsidentschaft. Dies war das erste Treffen mit einer Ratspräsidentschaft, das überhaupt stattfand (vgl. Hogebrink 2010: 34). Auch bei dieser Begegnung ging es um die Revision des Vertrags von Maastricht und die Rolle der Kirchen (vgl. Hogebrink 2010: 88). Ebenfalls im Juni traf der Generalsekretär der COMECE und der Direktor der EECCS (Noël Treanor und Keith Jenkins) den irischen Regierungschef. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Treffen mit dem für EU-Fragen zuständigen irischen Außenminister arrangiert (vgl. Archiv der CSCIIa). Die Dachorganisationen agierten sehr vorausschauend: Irland würde die Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 1996 und damit in der heißen Phase der Regierungskonferenz innehaben. Im Juli wurde der Inhalt des Memorandums in einem „Doppelkopfbrief“ des Ratsvorsitzenden der EKD und des Vorsitzenden der DBK dem Bundeskanzler der BRD sowie den Ministerpräsidenten der Bundesländer übermittelt (vgl. Schnabel 2011: 447). Die Bundesländer sind nach dem Grundgesetz für die Angelegenheiten der Kirchen zuständig und damit nach Art. 23 Abs. 4 GG auch an der Willensbildung des Bundes in Angelegenheiten der EG zu kirchlichen Angelegenheiten beteiligt (vgl. Robbers 1998: 174). Sie nahmen die Forderung der Kirchen auf: Die Europaminister der Bundesländer beschlossen auf ihrer Konferenz am 14./15.09.1995, dass die Rechtstellung der Religionsgemeinschaften im Vertragswerk der EU zu verankern und Art. F Abs. 2 EUV um den folgenden Zusatz zu ergänzen sei: „Die Europäische Union achtet die verfassungsrechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften in den Mitgliedstaaten als Ausdruck der Identität der Mitgliedstaaten und ihrer Kulturen sowie als Teil des gemeinsamen kulturellen Erbes“ (Europaministerkonferenz 1995: 17; 31-32). Der Bundesrat nahm dies in seine EntschlieÙung vom 15.12.1995 auf (vgl. Schnabel 2011: 447). Wie ersichtlich ist, stimmt die Formulierung mit derjenigen der DBK und der EKD überein, wobei lediglich „Gemeinschaft“ durch „Europäische Union“ ersetzt und eine Aufnahme des Artikels in den Vertrag über die Europäische Union statt in den EG-Vertrag angestrebt wurde.

Die Reaktion auf die Initiative der deutschen Kirchen

Die Initiative der EKD und der DBK, sich für eine Norm zur Sicherung des Status der Kirchen nach nationalem Recht einzusetzen, wurde von den Kirchen in den anderen fünfzehn EU-Mitgliedstaaten²⁸¹ insgesamt positiv aufgenommen (vgl. EKD 1999: 125). Im September 1995 wurde der Formulierungsvorschlag für einen Vertragsartikel, wie sie die EKD und die DBK ausgearbeitet hatten²⁸², mündlich in die Vollversammlung der EECCS eingebracht (Archiv der CSCIIb). Dem Exekutivausschuss der EECCS, der sich nach der Vollversammlung traf, wurde das von der EKD und der DBK ausgearbeitete Memorandum übergeben. Der Exekutivausschuss entschied sich für eine Konsultation der Mitgliedskirchen und sendete den Formulierungsvorschlag für einen „Kirchenartikel“ an alle Mitglieder der EECCS „for examination and comments“ (vgl. Archiv der CSCIIb; EECCS/CEME/AOES 1995).

Der *Rat der Kirchen in den Niederlanden* leitete den Vorschlag an die niederländische Regierung weiter. Diese machte starke Vorbehalte gegenüber einem solchen Artikel geltend (vgl. Archiv der CSCIIb).

Die *Kirche von Schottland* begrüßte den Formulierungsvorschlag und empfand ihn als nützlich für ihre Vorbereitung der Diskussion mit politischen Akteuren. Sie wollte den Vorschlag in einem Treffen mit Regierungsvertretern im November 1996 erwähnen (vgl. Archiv der CSCIIb).

Der *Ökumenische Rat der Tschechischen Republik* hielt den Formulierungsvorschlag für genügend allgemein gehalten, einen größeren Teil möglicher Fragen abzudecken, die Situation in den Mitgliedsstaaten zu achten und insbesondere Diskriminierung zu verhindern (vgl. Archiv der CSCIIb). Die tschechischen Kirchen wollten keine Bevorzugung oder Unterstützung für bestimmte religiöse Gemeinschaften oder Missionen wie die atheistische Mission, die in allen sozialistischen Staaten verpflichtend war (vgl. Archiv der CSCIIb).

Die *Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland*²⁸³ besprach den Formulierungsvorschlag mit der orthodoxen Kirche und der römisch-katholischen Kirche und übermittelte den Formulierungsvorschlag gemeinsam mit diesen Kirchen an den Präsidenten von Finnland (vgl. Archiv der CSCIIb).

Der *Rat der französischen protestantischen Kirchen* wies auf das Problem hin, zwischen Kirchen und religiösen Gemeinschaften zu unterscheiden. Er hatte Vorbehalte gegenüber der

²⁸¹ Am 1. Januar 1995 traten Finnland, Österreich und Schweden der EU bei.

²⁸² „The Union respects the constitutional position of the religious communities in the Member States as an expression of the identity of the Member States and their cultures as well as part of the common cultural heritage“ (Archiv der CSCIIb).

²⁸³ Die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland ist der EECCS erst kurz vor deren Fusion mit der KEK im Jahr 1999 beigetreten, war aber vorher bereits beratendes Mitglied.

Sicherung der rechtlichen Strukturen. Insbesondere wurde der Bezug zum Verfassungsrecht von den französischen Kirchen als Problem angesehen (vgl. Archiv der CSCIIb).

Der *Verband der Evangelischen Kirchen in Italien* sah die Verbindung zur nationalen Identität kritisch und verwies darauf, dass die nationale Identität in Italien eine römisch-katholische sei (vgl. Interview EKDC).

Auch die *Kirchen im Vereinigten Königreich* (die Kirche von England, die Bischofskonferenz von England und Wales und der Rat der Kirchen von Großbritannien und Irland) standen einem „Kirchenartikel“ kritisch gegenüber (vgl. Schnabel 2011: 448).

Die *Niederländische Reformierte Kirche* setzte sich sehr intensiv mit dem Vorschlag auseinander und diskutierte ihn mit Vertretern der EKD sowie mit Gerhard Robbers (vgl. Archiv der CSCIIb). Während sie die breitere Partizipation der Kirchen im Prozess der europäischen Integration unterstützte, sah sie Spannungen zwischen diesem Ziel und demjenigen, kirchliche Strukturen und den rechtlichen Status als Teil der nationalen Identität zu erhalten (vgl. Archiv der CSCIIb). Sie befürwortete den Vorstoß in der Tendenz, kritisierte die Forderungen jedoch insgesamt als zu deutsch (vgl. Schnabel 2011: 447). Die Niederländische Reformierte Kirche formulierte im November 1995 einen eigenen Entwurf für eine primärrechtliche Norm: „Die Union respektiert den besonderen Charakter (oder: Identität) der Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften in den Mitgliedstaaten, sowohl in ihrem kultischen Leben als auch in ihrem Engagement für Werte und Fragen des Zusammenlebens. Die Union führt den Dialog mit ihnen in Bezug auf die künftige Entwicklung der Union und Werte, die dabei eine Rolle spielen“ (zitiert nach Schnabel 2011: 448). Es wird deutlich, dass die Niederländische Reformierte Kirche in ihrem Formulierungsvorschlag nicht auf die rechtliche Stellung der Kirchen im Staat eingeht – und das entscheidende Anliegen der EKD damit nicht unterstützt. Neu beim Vorschlag der Niederländischen Reformierten Kirche ist die Festbeschreibung eines Dialogs. In den Vorschlägen von Robbers zu Protokoll und Erklärung heißt es dagegen „[Die Konferenz] stellt fest, dass die Gemeinschaft [die Union] eine enge Zusammenarbeit mit ihnen und ihren Werken und Einrichtungen anstrebt“ (zitiert nach Schnabel 2011: 444).

Die *Evangelische Kirche in Österreich* und die *Österreichische Bischofskonferenz* forderten ebenfalls einen Dialog und zwar nach dem Modell des Begutachtungsverfahrens in Österreich (vgl. Pretenthaler-Ziegerhofer 2010: 49; Interview EKDC). Dies würde ermöglichen, die Positionen der Kirchen in das EU-Rechtsetzungsverfahren einzubringen.

Der Entwurf der Niederländischen Reformierten Kirche wurde von der EKD und der DBK u. a. deshalb abgelehnt, weil er eine Verengung des Kirchenverständnisses und des Inhalts des Dialogs vornehme (vgl. Schnabel 2011: 448). Der Wunsch nach einem institutionalisierten Anhörungsverfahren wurde von Seiten der österreichischen Kirchen zunächst zurückgestellt,

„um das gemeinsame und ökumenische Anliegen eines Kirchenartikels nicht zu gefährden“ (Schnabel 2011: 449).

Die *französische Bischofskonferenz* hatte wie der Rat der französischen protestantischen Kirchen Vorbehalte gegenüber einer Anerkennung der Kirchen im Primärrecht (vgl. Schnabel 2011: 450) vor dem Hintergrund des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche in Frankreich und der Nicht-Erwähnung von Kirchen in der französischen Verfassung. Eine Formulierung, die den Ausdruck „verfassungsrechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften“, wie sie im Memorandum der EKD und der DBK gebraucht wird, verwendet, sei nicht tragbar. Vielmehr müsste auf die allgemeine Rechtstellung der Kirchen abgezielt werden.

Auch die *römisch-katholischen Minderheitskirchen in Griechenland und in den nordischen Staaten* hatten Probleme mit einer Unterstützung des „Kirchenartikels“ und dem Formulierungsentwurf.

Strategien der Positionsübermittlung

Die COMECE veranstaltete am 06.10.1995 eine Konferenz zum Thema „Die europäische Einigung und die Religionen“, an der Vertreter der Kommission und des Europäischen Parlaments teilnahmen (vgl. Bijsterveld 1999: 47; Weninger 2007: 98). Bei dieser Gelegenheit wies der Generalsekretär der COMECE, Noël Treanor, darauf hin, dass eine Nicht-Erwähnung der Kirchen in den EG-Verträgen eine Diskriminierung darstelle und regte zu einem Gedankenaustausch darüber an, wie in das Primärrecht eine Norm zur Anerkennung der öffentlichen und institutionellen Rolle der Religion in den Mitgliedstaaten eingefügt werden könne (vgl. Weninger 2007: 99). Damit übernahm der COMECE-Generalsekretär die Forderung und Argumentation der EKD und der DBK, wie diese sie im Memorandum vorgebracht hatten. Am 04.12. trafen sich Vertreter des Rates der Kirchen in den Niederlanden mit dem niederländischen Minister, der für EU-Fragen zuständig ist (vgl. Archiv der CSCIIa). Die COMECE drückte den Wunsch aus, an diesem Treffen teilzunehmen (vgl. Archiv der CSCIIa). Die Niederlande hatten die Ratspräsidentschaft ab dem 01.01.1997 inne und damit in der Zeit, in der die Regierungskonferenz zur Revision des Vertrags von Maastricht zum Abschluss kommen sollte. Am 27.01.1996 trafen Vertreter der Kirchen in Großbritannien, Schottland und Irland Vertreter des britischen Außenministeriums, um über den „Kirchenartikel“ zu sprechen (vgl. Archiv der CSCIIe).

Die EECCS konsultiert die Mitgliedskirchen

Im Februar 1996 veranstaltete die EECCS bzw. deren AG „EC Legislation“ eine Konsultation ihrer Mitgliedskirchen in Form einer Tagung, um die Position der EECCS zur Regierungskonferenz vorzubereiten. Bei dieser Tagung waren auch Mitglieder des Europäischen Parlaments und Vertreter der Kommission anwesend (vgl. Hogebrink 2010: 88). Im Vorfeld war ein Fragebogen an die Mitgliedskirchen versandt worden (vgl. Jenkins 2002: 25).

Ein eigener Formulierungsentwurf der COMECE

Auf der COMECE-Vollversammlung im März 1996 nahm die COMECE einen eigenen Formulierungsvorschlag für einen Vertragsartikel an (vgl. Archiv der CSCIIb). Dieser wurde auch vom Heiligen Stuhl unterstützt. Das Anliegen fand sich nun in zwei Artikelvorschlägen wieder: einem Vorschlag für den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und einem Vorschlag für den Vertrag über die Europäische Union (vgl. Archiv der CSCIIb). Zudem wurde von der COMECE zwischen „Kirchen“ und „anderen religiösen Gemeinschaften“ unterschieden. Der COMECE-Vorschlag für Artikel F EUV lautete: „The European Union acknowledges the significance of the Churches and other religious associations for the identity and the cultures of the Member States and for the common cultural heritage of the people of Europe“. Für Art. 236 EGV war folgende Formulierung vorgesehen: „The European Community respects the juridical status proper to Churches and other religious associations in the Member States and the specific nature of their internal structures“ (Archiv der CSCIIb). Die Formulierungsvorschläge für den EUV und den EGV sind, so Michael Weninger²⁸⁴, von einer internationalen Gruppe von Staats- und Kirchenrechtlern ausgearbeitet worden (vgl. Weniger 2007: 100). Die COMECE übermittelte die Artikelvorschläge an den Präsidenten der Europäischen Kommission und an den Präsidenten des Europäischen Parlaments (vgl. Archiv der CSCIIb). Am 22.03.1996 versandte der Heilige Stuhl ein Schreiben an die Botschafter der (beim Heiligen Stuhl akkreditierten) EU-Staaten, in dem die Textentwürfe der COMECE übermittelt wurden (vgl. Schnabel 2011: 448; Heiliger Stuhl 2001). Ob das Schreiben auch an die Europäischen Gemeinschaften, mit denen der Heilige Stuhl seit 1970 diplomatische Beziehungen unterhält, versandt wurde, ist unklar. Die nationalen Bischofskonferenzen haben zudem ihre Regierungen über den Wunsch, eine primärrechtliche Norm zur Kirchenfrage aufzunehmen, informiert und auf die Textentwürfe hingewiesen (vgl. Bijsterveld 1999: 49).

²⁸⁴ Michael Weninger war von 2001 bis 2007 Berater für Religionen, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften in der Europäischen Kommission.

Die zuständige Arbeitsgruppe der EECCS unterstützte die Originalformulierung der EKD und der DBK und sah den Vorschlag der COMECE als problematisch an (vgl. Archiv der CSCIIb).

Die Regierungskonferenz (März 1996 bis Juni 1997)

Die Regierungskonferenz zur Revision des Vertrags von Maastricht wurde am 29. März 1996 eröffnet und tagte bis 17.06.1997. In dieser Zeit kam es für die Kirchen darauf an, mit Regierungen in Kontakt zu sein und diese davon zu überzeugen, ihre Positionen einzubringen und/oder zu unterstützen.

Bereits am 29.01.1996 hatte die portugiesische Regierung einen Vorschlag für einen „Kirchenartikel“ vorgelegt, der dem römisch-katholischen Vorschlag entsprach (vgl. Archiv der CSCIIe). Im Mai 1996 wurde der EKD-DBK-Formulierungsvorschlag mündlich von der deutschen Delegation eingebracht, jedoch nicht auf der Konferenz diskutiert (vgl. Archiv der CSCIIb). Am 14.06.1996 trafen sich Vertreter der EECCS und der COMECE mit der zukünftigen irischen Ratspräsidentschaft²⁸⁵ und sprachen über den „Kirchenartikel“ (vgl. Hogebrink 2010: 89). Während der Regierungskonferenz waren es die österreichische und die italienische Delegation, die als erste Delegationen am 03.10.1996 in einem Beitrag zu Grundrechten zu Artikel F Abs. 5 EUV folgenden Textvorschlag machten: „L’Union respecte le statut constitutionnel des églises et d’autres associations religieuses dans les Etats membres en tant qu’expression de l’identité et de la culture des Etats membres ainsi en tant que partie du patrimoine culturel commun“ (Conférence des représentants de gouvernement des Etats membres 1996a: 1). Am 16.10. brachte die deutsche Delegation folgenden Text²⁸⁶ ein: „Die Union achtet die verfassungsrechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften in den Mitgliedstaaten als Ausdruck der Identität der Mitgliedstaaten und als Bestandteil des gemeinsamen kulturellen Erbes“ (zitiert nach Bijsterveld 1999: 48; Schnabel 2011: 449). Die Vorschläge der österreichischen, italienischen und deutschen Delegation stimmen mit dem Formulierungsvorschlag der EKD und der DBK überein – mit der Ausnahme, dass sie nicht auf die Gemeinschaft, sondern die Union Bezug nehmen. Im österreichischen-italienischen Beitrag wird zudem von „Kirchen und Religionsgemeinschaften“ statt nur von „Religionsgemeinschaften“ gesprochen.

²⁸⁵ Irland hatte die Ratspräsidentschaft vom 01.07.1996 bis 31.12.1996 inne.

²⁸⁶ „The Union shall respect the constitutional status of religious communities in the Member States as a manifestation of the identity of the Member States and their cultures and as part of the common cultural heritage“ (Archiv der CSCIIb).

Am 25.11. trafen sich Vertreter der EECCS und der COMECE zum zweiten Mal²⁸⁷ mit der irischen Ratspräsidentschaft und sprachen unter anderem über die Staat-Kirche-Beziehungen und die Regierungskonferenz (vgl. Hogebrink 2010: 90). Der irische Außenminister verwies auf Schwierigkeiten von Seiten der irischen Regierung mit dem Formulierungsvorschlag für einen „Kirchenartikel“ (vgl. Archiv der CSCIIe). Gleichwohl hatte die irische Ratspräsidentschaft den Vorschlag in ihr Konferenzdokument in Teil B aufgenommen (vgl. Archiv der CSCIIe). Im November 1996 sah es so aus, als ob Deutschland, Österreich, Italien und Portugal einen solchen „Kirchenartikel“ unterstützten. Spanien hatte Schwierigkeiten mit dem „Kirchenartikel“ und Frankreich und Belgien lehnten ihn ab (vgl. Archiv der CSCIIb). Am 04.12. trafen sich Vertreter der EECCS und der COMECE mit Vertretern der niederländischen Regierung, die ab 01.01.1997 die Ratspräsidentschaft übernehmen sollte. Bei dieser Gelegenheit wurde auch über die Möglichkeit, einen „Kirchenartikel“ in den Vertrag von Amsterdam aufzunehmen, gesprochen (vgl. Hogebrink 2010: 90). Der zuständige niederländische Minister drückte seine Vorbehalte gegenüber einem „Kirchenartikel“ aus und verwies darauf, dass religiöse Gemeinschaften ausreichende Garantien durch das Zusammenspiel des Rechts auf Religionsfreiheit und des Prinzips der Subsidiarität hätten (vgl. Archiv der CSCIIe). Im Zwischenbericht zur Revision der Verträge, der am 05.12.1996 vorgelegt wurde, fanden die Vorschläge der österreichischen, italienischen und deutschen Delegation unter dem Punkt „Religion“ als „propositions de révision du traité qui ont été présentées par les délégations lors de la conférence, mais qu’il est difficile d’inclure dans l’un des chapitres de la partie A“ Erwähnung (vgl. Conférence des représentants de gouvernement des Etats membres 1996b: 134; 137). Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland fragte im Januar 1997 bei den Kirchen an, „wie die anderen europäischen Kirchen mit ihren Regierungen verfahren seien und mit welchem Ergebnis. Diese europäischen kirchlichen Bemühungen seien zu intensivieren“ (Schnabel 2011: 449). Am 27.01.1997 legte die portugiesische Delegation zwei Entwürfe für primärrechtliche Normen vor. Für Artikel F Abs. 3 EUV schlug sie vor: „The European Union shall recognize the specific place of churches and other religious communities in the identities of the Member States, as well as in the common cultural heritage of the peoples of Europe“. Für Art. 236 EG brachte sie folgende Formulierung ein: „The European Community shall respect the specific legal status of churches and other religious communities in the Member States, and the specific nature of their internal structure“ (Conference of the representatives of the governments of the Member States 1996). Wie ersichtlich wird, ist der Beitrag der portugiesischen

²⁸⁷ Es ist die dritte Kontaktaufnahme der EECCS und der COMECE zur irischen Regierung im Hinblick ihrer Funktion als Ratspräsidentschaft. Bereits im Juni 1995 trafen sich Vertreter der Dachorganisationen mit dem irischen Regierungschef (siehe oben).

Delegation recht nah am Entwurf der COMECE und des Heiligen Stuhls vom März 1996²⁸⁸. Im Frühjahr 1997 war die politische Situation folgendermaßen: Vier Staaten hatten bislang Formulierungsvorschläge für einen „Kirchenartikel“ eingebracht (A, D, I, P). Spanien und das Vereinigte Königreich signalisierten, dass sie die Frage eines „Kirchenartikels“ kritisch prüfen wollten, während Luxemburg und Irland einen solchen als problematisch ansahen und Frankreich und Belgien ihn definitiv ablehnten (vgl. Archiv der CSCIIe). Einige Mitgliedstaaten wie Griechenland, Dänemark, Schweden und Finnland äußerten sich nicht (vgl. Archiv der CSCIIe). Die Niederlande, die die Ratspräsidentschaft innehatte, verhielten sich neutral.

In der Sitzung des gemeinsamen Ausschusses der EECCS und der COMECE am 28.02.1997 wurde unter anderem über die Entwicklungen hinsichtlich des „Kirchenartikels“ gesprochen. „It was considered that further efforts should be made to mobilise the interest and support of the Churches in the Scandinavian Member States“ (Archiv der CSCIIc). Der Präsident der EECCS, Jacques Stewart, merkte an, dass ein solcher Artikel Anlass für die Teilung zwischen den Kirchen in Europa sein könnte (vgl. Archiv der CSCIIc).

Im März informierte das Auswärtige Amt die EKD und die DBK darüber, „dass auch das Engagement des Bundeskanzlers die niederländische Ratspräsidentschaft bisher nicht von ihrer neutralen Haltung hat abbringen können. [...] Dänemark, Schweden und Finnland [und damit Staaten mit Staatskirchen; LK] seien indifferent, das Vereinigte Königreich ‚wohlwollend negativ‘, Frankreich und Irland²⁸⁹ ablehnend“ (Schnabel 2011: 451). Im April 1997 war klar, dass die französische Regierung keinem der drei in die Regierungskonferenz eingebrachten Texte zustimmen würde (vgl. Archiv der CSCIIId).

²⁸⁸ Der COMECE-Vorschlag für Artikel F EUV lautete: „The European Union acknowledges the significance of the Churches and other religious associations for the identity and the cultures of the Member States and for the common cultural heritage of the people of Europe“. Für Art. 236 EGV war folgende Formulierung vorgesehen: „The European Community respects the juridical status proper to Churches and other religious associations in the Member States and the specific nature of their internal structures“ (Archiv der CSCIIb).

²⁸⁹ Es kann spekuliert werden, dass der Kirchenartikel auch deshalb nicht im ersten Jahr der Regierungskonferenz behandelt und verstärkt diskutiert wurde, weil Irland, das eine solchen Norm im Primärrecht ablehnte, von 01.07.1996 bis 31.12.1996 die Ratspräsidentschaft innehatte. Irland kann mit Blick auf das Staatskirchenrecht dem Idealtyp des Kooperationsmodelles zugeordnet werden. Die irische Verfassung beinhaltete bis 1972 in Art. 44 Abs. 2 die Anerkennung von Religionsgemeinschaften durch den Staat (teilweise konkret benannt) sowie die besondere Rolle der römisch-katholischen Kirche (vgl. Casey 2005: 189-190). Dieser Artikel wurde durch ein Referendum abgeschafft und durch einen neuen Artikel 44 ersetzt, der insbesondere individuelle und korporative Religionsfreiheit gewährleistet (vgl. Casey 2005: 190). Die Niederlande, die ab 01.01.1997 bis zum Ende der Regierungskonferenz die Ratspräsidentschaft innehatten, standen dem Wunsch nach einem Kirchenartikel neutral gegenüber, obwohl sie dem Idealtyp des Trennungsmodells zugeordnet werden können und Kirchen als Organisationen nicht in der niederländischen Verfassung erwähnt werden (vgl. Bijsterveld 2005: 373).

Anfang April 1997 schrieb der Rat der christlichen Kirchen in Belgien einen Brief an den belgischen Regierungschef Jean-Luc Dehaene, in dem die Bedeutung eines „Kirchenartikels“ unterstrichen wurde (vgl. Archiv der CSCIIe). Ebenfalls im April diskutierten die deutschen Kirchen das Anliegen mit dem deutschen Vertreter bei der Regierungskonferenz, Staatsminister im Auswärtigen Amt Werner Hoyer (vgl. Archiv der CSCIIe). Aus dem Gespräch ging hervor, dass die Erarbeitung einer gemeinsamen Formulierung als Basis für die Regierungsverhandlungen erforderlich sei (vgl. Archiv der CSCIIe). In der endgültigen Formulierung sollte eine Unterscheidung von Kirchen/religiösen Gemeinschaften und Sekten enthalten sein, da dies ein Anliegen der meisten Mitgliedstaaten sei (vgl. Archiv der CSCIIe).

Eine neue, gemeinsame Formulierung für einen „Kirchenartikel“

Die EKD und die DBK formulierten Ende März eine neue Version des „Kirchenartikels“: „Die Europäische Union achtet die rechtliche Stellung der in den Mitgliedstaaten anerkannten Religionsgemeinschaften unter Berücksichtigung der Besonderheiten ihrer inneren Strukturen als Ausdruck nationaler Identität und europäischer Kulturen“ (zitiert nach Schnabel 2011: 451). Am 07.04.1997 fand ein von der COMECE initiiertes Treffen von Vertretern der COMECE, des Heiligen Stuhls, der Bischofskonferenzen Italiens, Österreichs und Frankreichs, der EECCS, der EKD sowie der orthodoxen Kirchen statt, um eine neue Formulierung auszuarbeiten (vgl. Archiv der CSCIIe). Die EECCS hatte aufgrund der unterschiedlichen Ansichten der Mitgliedskirchen keine Position (vgl. Archiv der CSCIIe). Die Teilnehmer einigten sich auf folgende Formulierung für Artikel F Absatz 3 EUV: „Die Union achtet die Rechtstellung der in den Mitgliedstaaten anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften als Ausdruck mitgliedstaatlicher Identität und als Beitrag zum gemeinsamen kulturellen Erbe“ (Archiv der CSCIIe). Am 14.04.1997 übermittelten der Bevollmächtigte des Rates der EKD und der Leiter des Katholischen Büros dem Auswärtigen Amt den ökumenisch abgestimmten Formulierungsentwurf und baten die Bundesregierung, diesen Textentwurf zu übernehmen: „Schön wäre es [...], wenn die Bundesregierung sich die jetzt gefundene Formulierung zu eigen machte und sie in die Regierungsvertreter-Konferenz als Grundlage für die weiteren Beratungen eines Artikels zum Schutze der rechtlichen Stellung der Kirchen gegenüber der Europäischen Union einführte“ (Archiv der EKDIa). Sie betonten die breite Unterstützung des Formulierungsvorschlags: Er werde von der DBK, der EKD, der COMECE, der EECCS, dem Heiligen Stuhl und dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel unterstützt (vgl. Archiv der EKDIa). Die genannten Kirchen und Kirchenorganisationen, insbesondere die Bischofskonferenzen von Österreich, Italien, Portugal und Frankreich, würden ihre Regierungen ebenfalls kontaktieren und um Unterstützung für die gemeinsame Formulierung werben (vgl. Archiv der EKDIa).

Die Bundesregierung übernahm den Textentwurf und die deutsche Delegation zirkulierte ihn am 21.04. als Vorschlag für Art. F Abs. 3 EUV (vgl. Archiv der CSCIIe). Auch die spanische Delegation machte im April einen Textvorschlag: „The European Union shall respect the relationship established between each Member State and the churches or religious confessions, which shall be considered as an expression of the identity and culture of the Member States and as part of the common cultural heritage“ (zitiert nach Schnabel 2011: 452).

Die niederländische Ratspräsidentschaft wurde in einem Brief der Kirchen in den Niederlanden an den für die EU zuständigen Minister über die neue Formulierung für einen „Kirchenartikel“ und dessen breite ökumenische Unterstützung informiert (vgl. Archiv der CSCIIe). Die Kirchen in den Niederlanden versuchten mit der niederländischen Regierung in Kontakt zu bleiben, damit das Interesse der Kirchen im endgültigen Konferenzdokument, das die niederländische Ratspräsidentschaft vertraulich den Konferenzdelegationen in der letzten Maiwoche zuleiten wollte, Berücksichtigung fände. Diesem Dokument kam Bedeutung zu, da es den Rahmen für die endgültigen Verhandlungen auf dem Gipfel von Amsterdam am 13. und 14.06.1997 bilden sollte (vgl. Archiv der CSCIIe).

Am 12.06.1997 war im Textvorschlag für eine Revision des Vertrags von Maastricht zwar kein Artikel, jedoch eine Erklärung für die Schlussakte betreffend den Status von Kirchen enthalten: „L’Union respectera et ne préjuge pas le statut dont bénéficient, en vertu du droit national, les églises et les associations ou communautés religieuses dans les Etats membres“ (Conférence des représentants des gouvernements des Etats membres 1997a: 18). Belgien, Frankreich und die Niederlande forderten die Erwähnung von philosophischen Gemeinschaften und damit die rechtliche Gleichstellung von nicht-konfessionellen Gemeinschaften (vgl. Massignon 2007: 220-221; Schnabel 2011: 453). Insbesondere die belgische Delegation setzte sich – aus eigener Motivation und nicht als Ergebnis des Lobbyings der humanistischen Bewegung – für diesen Zusatz ein und erreichte einen Kompromiss mit der niederländischen Ratspräsidentschaft (vgl. Massignon 2007: 221). „Der zweite Satz der Erklärung [...] ist auf nachdrücklichen Wunsch der belgischen Regierung mit Hinweis auf die belgische Verfassungslage von der Konferenz der Staats- und Regierungschefs gebilligt worden“, so Heidrun Tempel, Leiterin des EKD-Büros in Brüssel ab 1992 (bis 2000) (Tempel 1997). Die belgische Regierung „joue un rôle de soutien aux revendications humanistes analogue à celui joué par l’Allemagne pour les demandes des Eglises“ (vgl. Massignon 2007: 221).

Am 04.07.1997 schrieben der Vorsitzende des Rates der EKD und der Vorsitzende der DBK einen Dankesbrief an Bundeskanzler Helmut Kohl. „Wir möchten Ihnen herzlich dafür danken, daß es gelungen ist, eine Erklärung zur Schlußakte in das Vertragswerk einzufügen, die die Europäische Union ver-

pflichtet, den Status der Kirchen unangetastet zu lassen. Diesen Erfolg haben wir vor allem Ihrem persönlichen Engagement zu verdanken“ (Archiv der EKDIIB).

Der endgültige Wortlaut der Erklärung 10 zur Schlussakte des Vertrags von Amsterdam stand am 25.07.1997 fest: „L’Union européenne respecte et ne préjuge pas le statut dont bénéficient, en vertu du droit national, les Eglises et les associations ou communautés religieuses dans les Etats membres. L’Union européenne respecte également le status des organisations philosophiques et non confessionnelles.“²⁹⁰ (Conférence des représentants des gouvernements des Etats membres 1997b: AF/TA/f22). In der endgültigen Version des Vertrags von Amsterdam vom 23.09.1997 war jener Artikel als Erklärung Nr. 11 in der Schlussakte zu finden (vgl. Conférence des représentants des gouvernements des Etats membres 1997c: AF/TA/f23). Der Vertrag von Amsterdam wurde am 02.10.1997 unterzeichnet und trat am 01.05.1999 in Kraft.

Die Leiterin des EKD-Büros Brüssel, Heidrun Tempel, zog folgenden Schluss mit Blick auf die kirchlichen Bemühungen: „Das ursprüngliche Ziel, einen verbindlichen Vertragsartikel mit Rechtscharakter zu verankern, war bei dieser Regierungskonferenz angesichts erheblicher Widerstände einzelner Mitgliedstaaten nicht zu erreichen. Gleichwohl markiert die Erklärung als politische Willensäußerung der Staats- und Regierungschefs eine nicht zu unterschätzende wichtige Etappe [...] Letztlich bleibt es Aufgabe und Herausforderung, diese Erklärung zu nutzen und mit Leben zu füllen sowie durch einen kontinuierlichen Beitrag zur europäischen Integration weiterhin für eine künftige Aufnahme einer Bestimmung im Vertragstext selbst zu werben“ (Tempel 1997).

Die Forderung nach einem ständigen Dialogs zwischen der EU und den Kirchen: ein Alleingang der COMECE

Der Vertrag von Amsterdam war noch nicht in Kraft, als der Präsident der COMECE, Josef Homeyer, im Juni 1998 ein Papier, in der eine Ausweitung des Dialogs zwischen EU und Kirchen gefordert wurde, an den Präsidenten der Kommission, Jacques Santer, übergab (vgl. Archiv der CSCIf). In dem Papier mit dem Titel „Pour un dialogue entre l’Union européenne et les Eglises“ schlägt die COMECE einen ständigen Dialog zwischen der EU und den Kirchen vor: „L’introduction d’un dialogue permanent entre l’Union européenne et les Eglises représente dès lors une possibilité pour l’Union européenne de percevoir le facteur religieux dans le cadre de ses idées et de ses actions politiques, un facteur qui a été souligné d’abord – mais pas exclusivement – par les Eglises chrétiennes. Ce serait en effet tout bénéfice pour les citoyennes et les citoyens européens si une dimension importante de leur existence

²⁹⁰ Im deutschen Wortlaut: „Die Europäische Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht. Die Europäische Union achtet in gleicher Weise den Status, den weltanschauliche Gemeinschaften nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften genießen“.

était prise davantage en considération au niveau européen. Par ailleurs, un tel dialogue pourrait permettre aux Eglises de mieux comprendre la politique européenne et d'offrir une possibilité de participer plus concrètement au processus d'unification européenne" (COMECE 1998: 6). Der bestehende Dialog in Form der halbjährlich stattfindenden Dialogseminare sollte ausgeweitet werden: Zum einen sollte es einen Kommissar geben, der für den Dialog mit den Kirchen zuständig ist. Zweitens sollte es einen jährlichen Gipfel der Vertreter der römisch-katholischen, evangelischen²⁹¹ und orthodoxen Kirchen mit dem Kommissionspräsident, dem für den Dialog zuständigen Kommissar und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments geben. Drittens sollten alle drei Monate Arbeitstreffen stattfinden. Viertens schlug die COMECE vor, eine automatische Konsultation der Dialogpartner vorzusehen, wenn Initiativen (für Sekundärrechtssetzungsmaßnahmen) die Interessenbereiche der Partner berührten (vgl. COMECE 1998: 7).

Ein Ausschuss aus Vertretern der Kirchen und der Kommission, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 die Arbeit aufnehmen könnte, sollte weitere Details des ständigen Dialogs ausarbeiten, so die COMECE (vgl. COMECE 1998: 7). Ein solcher ständiger Dialog könnte zwischen dem Kommissionspräsidenten und kirchlichen Vertretern von hohem Rang nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam besprochen werden. Die Ergebnisse dieses Treffens sollten protokolliert werden. Als symbolisches Datum für dieses Treffen schlug die COMECE den 09.05.1999 vor (vgl. COMECE 1998: 7).

Der Vorstoß der COMECE für einen ständigen Dialog war ein Alleingang. Die COMECE erwähnte diese Idee auf keinem Treffen des gemeinsamen Ausschusses der COMECE und der EECCS (vgl. Archiv der CSCIf). Kurz vor dem Treffen des COMECE-Präsidenten mit dem Kommissionspräsidenten wurde der EECCS-Generalsekretär informell darüber informiert, dass die COMECE die Frage einer Stärkung des Dialogs und die Idee eines regelmäßigen Gipfels mit Kirchenvertretern ansprechen wolle (vgl. Archiv der CSCIf). „No mention was made of a formal written proposition“ (Archiv der CSCIf). Die EECCS war zudem erstaunt, dass die COMECE die EECCS mit keinem Wort in dem Papier erwähnte, obwohl es um Beziehungen der Kirchen zur Europäischen Kommission ging und die EECCS ein Partner der Dialogseminare ist (vgl. Archiv der CSCIf). In einem Gespräch zwischen Mitarbeitern der EECCS und dem Generalsekretär der COMECE wurde deutlich, dass die Initiative eine persönliche Initiative Josef Homeyers gewesen sei. Das Anliegen sei bereits von Zeit zu Zeit innerhalb der COMECE und in informellen Kontakten mit Mitarbeitern der Kommission angesprochen

²⁹¹ Im Papier ist von den drei christlichen Familien die Rede: „les traditions catholique et orthodoxe, et l'Église réformée“ (COMECE 1998: 7). Die anglikanischen Kirchen werden anscheinend unter die „reformierte Kirche“ eingeordnet.

worden (vgl. Archiv der CSCIf). Die EECCS sprach den Vorschlag der COMECE in einem Gespräch mit dem Berater für Religionen der FSU an und machte deutlich, dass die EECCS in diesen nicht voll einbezogen worden war. Aus diesem Gespräch ging hervor, dass die Kommission einen gemeinsamen Vorschlag der Kirchen begrüßen würde. Zu diesem Zweck wurde ein Treffen auf Mitarbeiterebene zwischen der EECCS, der COMECE und dem Vertreter des Ökumenischen Patriarchen für Ende September 1998 angesetzt (vgl. Archiv der CSCIf).

Inhaltlich sind Überschneidungen des Vorschlags der COMECE von 1998 mit den Vorstellungen der EKD von 1991 festzustellen. Die EKD hatte 1991 Folgendes gefordert: eine „regelmäßige Beteiligung von [...] Kirchen am Entscheidungsverfahren der EG im Rahmen z. B. von Arbeitsgruppen, Beiräten und Anhörungsverfahren auf den verschiedenen Ebenen. [...] Kirchen [müssen; LK] im Rahmen ihres Auftrags die Möglichkeit haben, an der Vorbereitung von Rechtsakten und Maßnahmen der Gemeinschaft mitzuwirken und ihre inhaltlichen Vorstellungen zur Geltung zu bringen“ (EKD 1991: 4).

Die Revision des Vertrags von Amsterdam: Der Vertrag von Nizza

Im Dezember 1999 beschloss der Europäische Rat, eine Regierungskonferenz einzuberufen, um die Verträge (EGV und EUV) zu überarbeiten. Diese Regierungskonferenz wurde am 14.02.2000 eröffnet und endete am 09.12.2000 mit der politischen Einigung auf den Vertrag von Nizza (vgl. Europa 2011: 2000). Der neue Vertrag wurde am 26.02.2001 unterzeichnet und trat am 01.02.2003 in Kraft (vgl. Europa 2011: 1001; 2003). Die Verhandlungen zum Vertrag von Nizza wurden von der CSC sowohl in der „Advisory Group on political and economic union“ als auch in der Arbeitsgruppe „European Integration Process“ begleitet (vgl. Jenkins 2002: 25; 26). Ein „Kirchenartikel“ wurde bei der Revision des Vertrags von Amsterdam von den Kirchen nicht gefordert.

Die Schlussakte des Vertrags von Nizza enthielt eine Erklärung zur Zukunft der Union. In dieser betonten die Mitgliedstaaten, dass mit dem Vertrag von Nizza der Weg für die Erweiterung der EU geebnet worden sei und eine eingehende und breiter angelegte Diskussion über die Zukunft der EU stattfinden sollte. An dieser Diskussion sollten auch Vertreter nationaler Parlamente, aus Politik, Wirtschaft, dem Hochschulbereich und der Zivilgesellschaft beteiligt werden (vgl. Erklärung Nr. 23 der Schlussakte des Vertrags von Nizza). Auf der Tagung des Europäischen Rats in Laeken im Dezember 2001 solle eine Erklärung angenommen werden, „in der geeignete Initiativen für die Fortsetzung dieses Prozesses enthalten sein werden“ (vgl.

Erklärung Nr. 23 der Schlussakte des Vertrags von Nizza). Inhaltlich solle es in dem Prozess, der die für 2004 angesetzte Regierungskonferenz für eine erneute Vertragsrevision vorbereiten solle, um eine Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, den Status der Charta der Grundrechte, eine Vereinfachung der Verträge und die Einbindung der nationalen Parlamente in den politischen Prozess der EU gehen (vgl. Erklärung Nr. 23 der Schlussakte des Vertrags von Nizza).

Vor der Tagung des Europäischen Rats in Laeken

Im August 2001 stieß das COMECE-Sekretariat einen Reflexionsprozess zur Agenda, die beim Treffen des Europäischen Rats in Laeken behandelt werden sollte, an. Alle nationalen Bischofskonferenzen wurden gebeten, sich mit dem Thema zu beschäftigen und, wenn möglich, Gespräche mit Vertretern ihrer nationalen Regierungen zu führen (vgl. Treanor 2005: 436). Die Ergebnisse wurden an das COMECE-Sekretariat übermittelt und gingen in das Papier „Building Trust among Citizens in the Future of Europe“, das die COMECE im Dezember 2001 veröffentlichte, ein (vgl. Treanor 2005: 436).

Das Dialogseminar zwischen der GOPA, der CSC und der COMECE, das am 30.10.2001 stattfand, war dem Thema „The Future of the European Union. Laeken and after...: Convention for revising the treaties, role of churches as part of civil society“ gewidmet (vgl. Hogebrink 2010: 93).

Am 04.12.2001 wandte sich die CSC an die belgische Ratspräsidentschaft, um die vorgeschlagene Erklärung von Laeken zu kommentieren (vgl. Archiv der CSCIIg). In dem Brief heißt es u. a.: „Our Commission strongly supports the idea of a convention and hopes that there will be a structured dialogue with organisations of civil society and with churches and religious communities“ (Archiv der CSCIIg). Die CSC nahm auf den Brief und die in ihm angesprochenen Themen in der Pressemitteilung vom 05.12.2001 und in der KEK-Zeitschrift „Monitor“ vom März 2002 Bezug (vgl. CSC 2001; CSC 2002c). Am 05.12.2001 gaben auch die Bischöfe der COMECE eine Stellungnahme zum Europäischen Rat von Laeken ab (vgl. Archiv der CSCIIh). Hier heißt es: „[T]he Churches and religious communities can and wish to make a specific contribution to this process“ (Archiv der CSCIIh: 4).

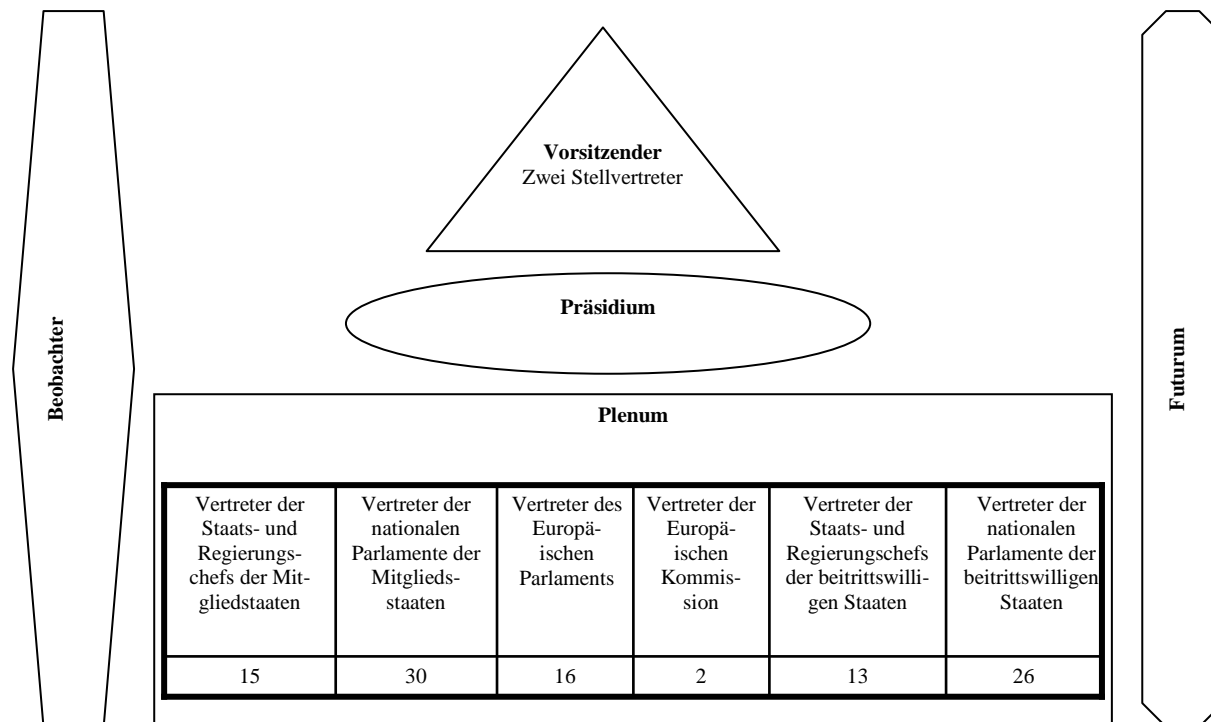
Die Tagung des Europäischen Rats in Laeken: die Einberufung eines Konvents

Auf der Tagung des Europäischen Rats in Laeken am 14./15.12.2001 beschlossen die Staats- und Regierungschefs einen Konvent einzuberufen, der die nächste Regierungskonferenz zur Vertragsrevision breit und transparent vorbereiten sollte (vgl. Europäischer Rat 2001: 1). Ziel

des Konvents sei, die Grundlage für eine Vereinfachung der Verträge in Form von verschiedenen Optionen oder einer einzigen Empfehlung für eine primärrechtliche Grundlage der EU zu legen (vgl. Giscard D'Estaing 2002: 11). Am Konvent sollten neben den EU-Mitgliedstaaten auch die beitrittswilligen Staaten teilnehmen. Die Öffentlichkeit sollte einbezogen werden. „Im Hinblick auf eine möglichst umfassende und transparente Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz hat der Europäische Rat beschlossen, einen Konvent einzuberufen, dem die Hauptakteure der Debatte über die Zukunft der Union angehören. Im Lichte der vorstehenden Ausführungen fällt diesem Konvent die Aufgabe zu, die wesentlichen Fragen zu prüfen, welche die künftige Entwicklung der Union aufwirft, und sich um verschiedene mögliche Antworten zu bemühen. Der Europäische Rat hat Herrn Giscard d'Estaing zum Vorsitzenden des Konvents und Herrn G. Amato sowie Herrn J. L. Dehaene zu stellvertretenden Vorsitzenden ernannt“ (Europäischer Rat 2001: 24). Dem Präsidium des Konvents gehörten neben dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern noch neun weitere Mitglieder des Konvents an: die Vertreter der Regierungen, die während des Konvents den Ratsvorsitz hatten [Alfonso Dastis (E), Henning Christophersen (DK), Georges Papandreou (GR)], zwei Vertreter nationaler Parlamente [John Bruton (IRL), Gisela Stuart (UK)], zwei Vertreter des EPs [(Klaus Hänsch (D), Inigo Mendez de Vigo (E))], die beiden Vertreter der Kommission [Michel Barnier, Antonio Vitorino] sowie als Gast ein Vertreter der Parlamente der Beitrittskandidaten [Alojz Peterle (SLO)]. Das Präsidium tagte zweimal im Monat und hatte die Aufgabe, dem Konvent Anstöße und Arbeitsgrundlage zu geben, die Entwürfe für die Tagesordnungen der Plenartagungen auszuarbeiten sowie die Arbeit und die Organisation des Forums der Zivilgesellschaft federführend zu begleiten (vgl. Europäische Konvent 2003c). Die Eröffnung und erste Sitzung des Konvents sollte im ersten Quartal 2002 stattfinden. Der Konvent sollte aus 15 Vertretern der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, 30 Mitgliedern der nationalen Parlamente (je zwei pro Mitgliedstaat), 16 Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zwei Vertretern der Kommission bestehen (vgl. Europäischer Rat 2001: 24). Die dreizehn beitrittswilligen Staaten hatten insgesamt 13 Vertreter der Staats- und Regierungschefs sowie 26 Mitglieder der nationalen Parlamente (je zwei pro Staat) (vgl. Europäischer Rat 2001: 24). Als Beobachter wurden drei Vertreter des Wirtschafts- und Sozialausschusses, drei Vertreter der europäischen Sozialpartner, sechs Vertreter des Ausschusses der Regionen und der Europäische Bürgerbeauftragte eingeladen (vgl. Europäischer Rat 2001: 24). Zudem sollte ein Forum für die Zivilgesellschaft eingerichtet werden: „Im Hinblick auf eine umfassende Debatte und die Beteiligung aller Bürger an dieser Debatte steht ein Forum allen Organisationen offen, welche die Zivilgesellschaft repräsentieren (Sozialpartner, Wirtschaftskreise, nichtstaatliche Organisationen, Hochschulen usw.). Es handelt sich um ein strukturiertes Netz von Organisationen, die regelmäßig über die Arbeit des Konvents unterrichtet werden. Ihre Beiträge werden in die Debatte einfließen. Diese Organisationen können nach vom Präsidium festzulegenden Modalitäten zu besonderen Themen gehört oder konsultiert werden“ (Europäischer Rat 2001: 25). Dieses Forum

mit dem Namen „Futurum“ war eine Internetplattform, über die sich Organisationen an der Debatte beteiligen konnten.²⁹²

Schaubild 29: Zusammensetzung des Konvents zur Zukunft Europas



Quelle: Eigene Darstellung.

Vor der Eröffnung des Konvents: Strategien der Kooperation

Ziel der Kirchen mit Blick auf den Konvent war, die „Kirchenerklärung“ von Amsterdam im Primärrecht zu verankern und damit rechtsverbindlich zu machen. „Das war [...] klar, dass man [...] wenn es [...] eine Verfassung geben sollte, dann auch versuchen würde, so einen Artikel da hinein zu schreiben.“ (Interview COMECEb). Zudem verfolgten die Kirchen ein zweites Ziel: die Festbeschreibung des Dialogs zwischen der EU und den Kirchen. „[D]ann hat man gesagt: ‚[...] [W]ir wollen auch einen positiven Aspekt hier drinhaben und wir wollen diese Tradition des Dialogs irgendwie festgeschrieben haben‘“ (Interview COMECEb).

Aus dem Prozess, der zur Erklärung Nr. 11 der Schlussakte des Vertrags von Amsterdam geführt hat, haben die Kirchen gelernt, dass es darauf ankommt, gemeinsam aufzutreten und eine gemeinsame Position zu haben (vgl. Interview COMECEb). Unterschiedliche Positionen wurden als kontraproduktiv für das Erreichen des gewünschten Ziels erlebt (vgl. Interview COMECEb).

²⁹² Die Website des Forums „Futurum“ (zugänglich über: http://europa.eu/futurum/index_de.htm) ist abgeschaltet. Die Verfasserin dieser Arbeit erhielt die Websites und Beiträge der Organisationen in Form einer CD-ROM von der Europäischen Kommission.

Am 10.01.2002 trafen sich Mitarbeiter des Sekretariats der DBK und des Kirchenamts der EKD, um ihr Engagement im Konvent abzustimmen und zu koordinieren (vgl. Archiv der EKDIIC). Der Stellvertreter des Bevollmächtigten des Rates der EKD und der Leiter des Bereichs Kirche und Gesellschaft der DBK, wozu die Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen zählt, wurden mit den inhaltlichen und prozeduralen Vorbereitungsarbeiten für die kirchlichen Stellungnahmen zum Konvent betraut (vgl. Archiv der EKDIIC). Inhaltlich wurden zwei Anliegen von Seiten der EKD genannt: (1) Ein Engagement für die Überführung der Erklärung Nr. 11 zur Schlussakte des Vertrags von Amsterdam in das Primärrecht im Rahmen der Diskussion um eine klarere Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sowie (2) ein Engagement für die Aufnahme der Grundrechte-Charta in das Primärrecht. Sollte der Inhalt der Charta zur Diskussion gestellt werden, „sollten die Kirchen das Anliegen anmelden, in Artikel 10 Abs. 1 der Charta klarer als bisher die korporative Dimension der Religionsfreiheit anzusprechen und abzusichern. In diesem Zusammenhang wäre dann auch zu prüfen, ob die Kirchen einen erneuten Vorstoß unternehmen sollten, in die der Charta vorangestellte Präambel einen Hinweis auf die Verantwortung vor Gott aufzunehmen. Da Rechtsgemeinschaft auch immer Wertegemeinschaft bedeutet, wäre außerdem zu überlegen, ob die Kirchen in ihren Katalog von Anliegen noch weitere wertbezogene Aussagen aufnehmen (z. B. zur sozialen Dimension der Gemeinschaft)“ (Archiv der EKDIIC).

Am 22.01.2002 traf sich die AG „EU Zukunftsdebatte (Konvent/Forum/Verfassungstext)“ der EKD²⁹³, um die Strategie der EKD im Rahmen des Konvents zu besprechen (vgl. Archiv der EKDIID; Archiv der EKDIIE). Das Hauptziel der EKD und der Kirchen sei, dass die EU keine Kompetenz zur Regelung staatskirchenrechtlicher Fragen erhalte und die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ Bestandteil des EU-Vertrags werde (vgl. Archiv der EKDIID). Drei weitere „unmittelbar kirchliche Anliegen“ (Archiv der EKDIIE) wurden genannt: Zum einen strebte die EKD die Inkorporation der Grundrechtecharta ins Primärrecht an („falls die Diskussion über die Inhalte der Charta jedoch wiederauflebt, wollen die Kirchen eine Integration der korporativen Religionsfreiheit fordern“) (Archiv der EKDIID). Zum anderen sollte die Präambel einen Gottesbezug enthalten („Anliegen wahrscheinlich nicht durchsetzbar; ist bereits bei den Diskussionen im Rahmen der Grundrechtscharta gescheitert [...], Gottesbezug wird vermutlich von kath. Seite eingebracht, wäre dann gfs. auch von der EKD mitzutragen“) (Archiv der EKDIIE). Schließlich sollte ein Bezug zum „geistig-religiösen und sittlichen Erbe“ in einer Präambel hergestellt werden (vgl. Archiv der EKDIIE). Zu den „Anliegen der EKD zum Schutz christlicher Werte in einem Verfassungstext“ (Archiv der

²⁹³ Der AG „EU Zukunftsdebatte“ gehörten an: der Stellvertreter des Bevollmächtigten des Rates, der Leiter der Rechtsabteilung des Kirchenamts, die Leiterin der Europaabteilung des Kirchenamts, die Leiterin des EKD-Büros Brüssel und zwei Referenten (aus der Rechtsabteilung und dem EKD-Büro in Brüssel) (vgl. Archiv der EKDIIE).

EKDIIe) zählen Ziele, die sich auf die europäische Friedensgemeinschaft, Demokratie, Rechtsgemeinschaft, Solidarität, Nachhaltigkeit, gemeinsame Währung, Unverletzlichkeit der menschlichen Würde, Werte und den Erhalt der Gemeinnützigkeit²⁹⁴ beziehen (vgl. Archiv der EKDIIf). Zudem strebte die EKD an, im Primärrecht die Partizipation der Kirchen und Religionsgemeinschaften auf EU-Ebene zu verankern: „Aus Sicht der EKD ist es essentiell, dass [...] die Kirchen als bedeutsame gesellschaftliche Elemente [...] fördern[d] und beratend in die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene eingebunden werden“ (Archiv der EKDIIf). Die Amsterdamer Kircherklärung könnte um folgende Formulierung ergänzt werden: „Die Kirchen, Religion[s-] und Weltanschauungsgemeinschaften liefern einen Beitrag zum gemeinsamen kulturellen Erbe und tragen so zu[r] europäischen Integration bei“ (Archiv der EKDIIf). Die EKD legte elf Strategien fest, die in drei Kategorien eingeteilt werden können: Strategien der Kooperation, Strategien der Positionsübermittlung und interne Abstimmung und Positionsentwicklung. Als *Strategien der Kooperation* wurden festgelegt: (1) gemeinsame Papiere mit dem Kommissariat der deutschen Bischöfe („insbesondere Stellungnahmen gegenüber der Bundesregierung sollen gemeinsam abgegeben werden“ (Archiv der EKDIIf)), (2) eine intensive Zusammenarbeit mit der CSC, (3) der Vorschlag von EKD-Anliegen für CSC-Papiere und (4) die grundlegende Mitgestaltung von CSC-Papieren. Als *Strategien der Positionsübermittlung* wurden festgelegt: (5) die Adressierung von deutschen Konventsmitgliedern (Meyer, Glotz, Teufel, Hänsch), (6) Gespräche mit der Bundesregierung, (7) Gespräche mit den Bundesländern, (8) die Registrierung im Forum mit einer Stellungnahme, die die grundlegenden Anliegen der EKD aufgreift und (9) die Abgabe von Beiträgen für das Forum, wenn die Tagesordnung mit kirchlichen Anliegen in Bezug steht. Für die *Positionsentwicklung* sollten (10) Experten und (11) möglicherweise die Kammer für öffentliche Verantwortung einbezogen werden (vgl. Archiv der EKDIId; Archiv der EKDIIf; meine Nummerierung und meine Kategorisierung).

Am 30.01.2002 traf sich eine ökumenische Delegation mit der spanischen Ratspräsidentschaft: Vertreter der COMECE, der CSC, der spanischen Bischofskonferenz, der spanischen evangelischen Kirche und der (anglikanischen) spanischen reformierten Episkopalkirche sprachen mit dem spanischen Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten (vgl. Archiv der EKDIIf). Sie drückten ihr Interesse daran aus, zum Konvent beizutragen, bedauerten jedoch, dass sich kein direkter Bezug zur Rolle von Kirchen und Religionsgemeinschaften im Forum finde. Die Kirchen betonten, dass im Weißbuch der Kommission „Europäisches Regie-

²⁹⁴ Der Punkt des Erhalts der Gemeinnützigkeit geht wiederum in unmittelbar kirchliche Anliegen über. Hier heißt es „Schutz der Wohlfahrtspflege durch die Kirchen in Deutschland“ und „der EG-Vertrag und hierbei insbesondere die Beihilferegelungen müssen den Besonderheiten der sozialen Dienste Rechnung tragen“ (Archiv der EKDIIf).

ren“ von Juli 2001 der besondere Beitrag von Kirchen für den EU-Entscheidungsprozess erwähnt wurde und baten die spanische Ratspräsidentschaft um Unterstützung für ihr Anliegen, eine besondere Anhörung für Kirchen und Religionsgemeinschaften im Konvent zu organisieren (vgl. Archiv der EKDIg). Zu dem Treffen mit der spanischen Ratspräsidentschaft gab die CSC am 31.01.2002 eine Pressemitteilung heraus und berichtete in der CEC-Zeitschrift „Monitor“ vom März 2002 (vgl. CSC 2002c; CSC 2002d).

Am 08.02.2002 trafen sich die AG „EG Rechtsetzung“ der CSC und ihr COMECE-Pendant zu einer gemeinsamen Sitzung (vgl. Archiv der CSCII). Es war das erste Treffen der beiden AGs mit Blick auf den Konvent. In seiner Einführung nannte der Direktor der CSC drei Themen, die nach der Ratssitzung von Laeken von Interesse seien: (1) zu schützende Interessen der Kirchen (Status der Kirchen etc.), (2) Anliegen der Kirchen (demokratische Werte, Ziele der Union etc.) sowie (3) Governance (prozedurale Fragen, Rolle der Kirchen) (vgl. Archiv der CSCII: 1; meine Nummerierung). Die CSC und die COMECE vereinbarten, dass die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in den neuen Vertrag inkorporiert werden sollte. „Initially it should be declared – where ever useful – that Declaration 11 should be in the Treaty. At a later stage proposals could be made where it should be stipulated” (Archiv der CSCII: 2; Hervorhebung i. O.). Zudem wurde beschlossen, dass die Beiträge der Kirchen zum Konvent auf den beiden Themen „Amsterdamer Kirchenerklärung“ und Bürgerschaft und Partizipation aufgebaut sein sollten (vgl. Archiv der CSCII: 2). Die Dachorganisationen vereinbarten darüber hinaus, sich für eine besonderen Anhörung von Kirchen und religiösen Gemeinschaften einzusetzen (vgl. Archiv der CSCII: 2).

Die CSC einigte sich in der Sitzung der AG „EG Rechtsetzung“ am 08. und 09.02.2002 auf vier konkrete Formulierungen für Artikel des Verfassungsvertrags (vgl. Archiv der CSCII: 3). Der Wortlaut der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ sollte beibehalten werden (vgl. Archiv der CSCII: 3). Kirchen sollten im Rahmen von Werten genannt werden. Dabei sollte es nicht nur um die Erwähnung des Beitrags von Kirchen in der Vergangenheit gehen. Hier wollte die AG die Formulierung der Präambel der Grundrechtecharta für die Präambel des neuen Vertrags übernehmen: „Im Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes“ (vgl. Archiv der CSCII: 3-4). Der Beitrag der Kirchen sollte auch in einer zukunftsweisenden Formulierung erwähnt werden (vgl. Archiv der CSCII: 3). Für Artikel 2 EUV vereinbarte die AG folgende Formulierung: „The objective is to build a continent of human values, liberty and solidarity reflecting the richness of its cultural, religious and philosophical traditions“ (Archiv der CSCII: 4; Hervorhebung nicht übernommen). Zudem sollten Kirchen im Rahmen von Bürgerschaft und Partizipation genannt werden. Für das Kapitel zur Bürgerschaft kam die AG zu dem Schluss, sich auf das

Weißbuch „Europäisches Regieren“ der Kommission zu stützen, in dem die besondere Rolle von Kirchen erwähnt wird.²⁹⁵ Mit Blick auf das Ziel, die Kirchen in einem positiven Zusammenhang zu erwähnen, schlug die AG folgende Formulierung vor: „The Union, desiring to promote the widest participation of citizens, acknowledges the important roles of organized civil society, churches and religious communities. The Commission shall have the task of promoting structured consultation and dialogue with organized civil society, churches and religious communities“ (Archiv der CSCIIi: 4; Hervorhebung nicht übernommen).

Die römisch-katholische Kirche wollte sich für die Erwähnung der religiösen Dimension in der Präambel des neuen Vertrags einsetzen (vgl. Archiv der EKDIi). Zudem stand die Überlegung im Raum, ein eigenes Kapitel über das Verhältnis zwischen der EU und den Kirchen im neuen Primärrecht zu verankern und damit eine Art Konkordatslösung zu befürworten (vgl. Archiv der EKDIi). Im Februar 2002 erfuhr der Stellvertretende Bevollmächtigte des Rats der EKD aus einem Gespräch mit dem Geschäftsführer der Kommission VI der DBK von diesen beiden römisch-katholischen Anliegen (vgl. Archiv der EKDIi). Die EKD konnte sich mit diesen Zielen der römisch-katholischen Kirche nicht identifizieren. Zwischen dem Stellvertretenden Leiter des Bevollmächtigten des Rats und dem EKD-Büro Brüssel wurde daher vereinbart, zum einen das Gespräch mit dem deutschen Juristen, der die COMECE als Experte beriet, zu suchen, sowie zum anderen im Rahmen der CSC-AG „EG Rechtsetzung“ eine Alternative zu erarbeiten (vgl. Archiv der EKDIi).

Institutionelle Anpassung für den Konvent und Kooperationsvereinbarungen

Neben den gemeinsamen Sitzungen der AGs „EG Rechtsetzung“ der COMECE und der CSC nahmen die Dachorganisationen noch weitere institutionelle Anpassung vor, um den Konvent effektiv begleiten zu können.

Die CSC verfolgte die Arbeiten des Konvents durch die „Working Group on the European Integration Process“²⁹⁶, die „Working Group on European Community Legislation“²⁹⁷ und die

²⁹⁵ Im Weißbuch „Europäisches Regieren“ der Kommission heißt es: „Die Zivilgesellschaft spielt insofern eine wichtige Rolle, als sie den Belangen der Bürger eine Stimme verleiht und Dienste erbringt, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommen. Kirchen und Religionsgemeinschaften spielen dabei eine besondere Rolle“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001: 19).

²⁹⁶ „The Working Group on the European Integration Process is concerned with the whole of the Integration Process including accession of new members to the European Union. It has followed the question of institutional reform over a number of years“ (Archiv der CSCIIj).

²⁹⁷ „The Working Group on European Community Legislation has the task of looking at the impact of European legislation on the churches and representing their concerns over anything which may have an impact on church life“ (Archiv der CSCIIj).

“Working Group on Human Rights and Religious Freedom”²⁹⁸. Ein Ausschuss, in dem die Sekretäre der drei genannten Arbeitsgruppen und der Direktor der CSC vertreten waren, koordinierte den Prozess und befasste sich mit Fragen, die allgemeiner Natur waren und nicht direkt einer Arbeitsgruppe zugeordnet werden konnten. Der koordinierende Ausschuss sprach sich, wenig nötig, mit dem Exekutivausschuss der CSC ab (vgl. Archiv der CSCIIj).

Bei der COMECE wurde zusätzlich zur AG „EG Rechtsetzung“ noch eine weitere Gruppe einberufen. „Dann ist sozusagen eine Taskforce ins Leben gerufen worden [...]. Es gab zum einen eine juristische Arbeitsgruppe der COMECE, [...] [in der; LK] Kirchenjuristen aus den verschiedenen Mitgliedstaaten saßen, und [...] speziell für die Arbeit um diesen Artikel [...] eine Gruppe von Kirchenjuristen, Bischöfen, Delegierten der Bischofskonferenzen, die es schaffen sollten, einen Artikel gemeinsam zu formulieren.“ (Interview COMECEb).

Vor der ersten Sitzung des Konvents vereinbarten die Kirchen eine enge Kooperation. Die CSC und die COMECE vereinbarten frühzeitigen gegenseitigen Informationsaustausch (vgl. Archiv der EKDIH: 3). Zwischen dem Kirchenamt der EKD und dem Sekretariat der DBK wurde verabredet, gemeinsam vorzugehen, Texte vorzubereiten und Gespräche mit Mitgliedern des Konvents und der Bundesregierung zu führen (vgl. Archiv der EKDIH: 3). Der Hintergrund für diese enge Kooperation kann anhand der Begründung der EKD aufgezeigt werden: „Die angestrebte Absicherung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für das Staatskirchenrecht lässt sich nur im engen Schulterschluss mit der katholischen Kirche durchsetzen. [...] Als Mitgliedskirche der KEK sollte die EKD ihre Überlegungen nicht nur mit der Katholischen Kirche in Deutschland abstimmen, sondern möglichst auch in weitgehender Übereinstimmung mit der KEK entwickeln, zumal die Stimme der Kirchen bei den europäischen Institutionen mehr Gewicht hat, wenn sie gemeinsam vorgehen und sich gemeinsam äußern.“ (Archiv der EKDIH: 3).

Die CSC und die COMECE koordinierten die Interessenvertretung der Kirchen beim Konvent. Die Arbeiten des Konvents wurden durch die Teilnahme an den Sitzungen, das Lesen der Dokumente sowie die Beteiligung am Forum der Zivilgesellschaft verfolgt (vgl. Archiv der CSCIIj). „Staff-members of the COMECE Secretariat, the Church and Society Commission of CEC and the EKD office in Brussels attended all plenary sessions of the European Convention as observers.“ (CEC/COMECE/EKD 2003: 4). Konkret fiel diese Aufgabe der juristischen Referentin des EKD-Büros und der Referentin für Bioethik der COMECE zu. Sie waren bei allen Plenarsitzungen des Konvents anwesend und protokollierten sie. „After each session a report was produced

²⁹⁸ „Its work related to the Convention will focus on questions linked to the possible incorporation of the Charter of Fundamental Rights into the treaty or future constitution, and to possible revisions of the Charter including the inclusion of the corporate dimension of religious freedom“ (Archiv der CSCIIj).

summing up the essential issues of the debate, with a particular focus on church-related issues. The joint briefings were distributed to Churches and Christian organisations in Brussels and throughout Europe” (CEC/COMECE/EKD 2003: 4). Die Briefing Sessions für Büros der Kirchen in Brüssel und kirchliche Organisationen fanden als circa 1½-stündige Veranstaltung statt, zu der die COMECE die römisch-katholischen und die CSC die evangelischen und orthodoxen Organisationen einlud.

Für persönliche Treffen mit Konventsmitgliedern wurde eine Gruppe, die sich aus jeweils drei Mitarbeitern der CSC und der COMECE zusammensetzte, gebildet. Der Gruppe gehörten von Seiten der COMECE an: der Generalsekretär, der Referent für Wirtschaft, soziale und institutionelle Angelegenheiten und stellvertretende Generalsekretär sowie der Referent für institutionelle Angelegenheiten und Sekretär der AG „EG Rechtsetzung“. Von Seiten der CSC waren der Direktor, der Sekretär der AG „Europäische Integration“ sowie die Sekretärin der AG „EG Rechtsetzung“ der CSC und Leiterin des EKD-Büros in Brüssel Mitglieder der Taskforce (vgl. Archiv der EKDIJ).

Der Konvent zur Zukunft Europas: Einteilung in drei Arbeitsphasen

Der Konvent wurde mit der ersten Sitzung am 28.02.2002 eröffnet. Die Arbeit des Konvents, der an jeweils zwei Tagen im Monat im Plenum tagen sollte, wurde auf Vorschlag des Konventspräsidenten in drei Phasen eingeteilt: eine Phase des Zuhörens, eine Phase der Analyse und eine Vorschlagsphase. In einer ersten Phase sollten die Mitglieder des Konvents diskutieren und einander zuhören, um Erwartungen an die EU herauszufinden (vgl. Giscard D’Estaing 2002: 8). Daran sollte sich die Phase der Analyse und der Diskussion bestimmter Themen anschließen, bevor in einer dritten und letzten Phase ein Vorschlag für die Regierungskonferenz ausgearbeitet werden sollte (vgl. Giscard D’Estaing 2002: 10). Das Ziel der Arbeit des Konvents wurde den Mitgliedern des Konvents in der Eröffnungsrede des Konventspräsidenten noch einmal vergegenwärtigt: „Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass unserer Empfehlung in den Augen der Öffentlichkeit erhebliches Gewicht und Ansehen zukäme, wenn es uns gelänge einen breiten Konsens über einen einzigen Vorschlag zu erzielen [...]. Sollten wir in diesem Punkt einen Konsens erreichen, so würden wir damit den Weg für eine europäische Verfassung ebnen. Um jeglichen semantischen Streit auszuschließen, schlage ich vor, dass wir uns bereits heute auf die Bezeichnung ‚Verfassungsvertrag für Europa‘ einigen“ (Giscard D’Estaing 2002: 11; Hervorhebung nicht übernommen).

Erster Adressat der Kirchen: das deutsche Präsidiumsmitglied Klaus Hänsch

Unmittelbar nach der ersten Sitzung des Konvents fand ein Gespräch der CSC²⁹⁹ und der COMECE³⁰⁰ mit dem deutschen Präsidiumsmitglied Klaus Hänsch statt. Thematisiert wurden das Arbeitsprogramm des Konvents, der Beitrag der Kirchen zur Zukunftsdebatte und die Anliegen und Interessen der Kirchen in der zukünftigen EU (vgl. Archiv der EKDIJ). Unter der Kategorie „Interessen“ wurden insbesondere die „Amsterdamer Kirchenerklärung“, der Bezug zum geistlichen Erbe Europas und die Bestätigung der Werte und Ziele der EU in der Präambel sowie Governance und Partizipation genannt (vgl. Archiv der EKDIK).

Einbindung der Mitgliedskirchen und Positionsbestimmung im März 2002

Der erste Monat nach der ersten Sitzung des Konvents war der Einbindung der Mitgliedskirchen gewidmet. Die CSC verschickte am 07.03.2002 ein Informationspaket an ihre Mitgliedskirchen, mit dem diese über den Konvent informiert wurden. Sie rief die Mitgliedskirchen auf, eine Verbindungsperson zwischen der CSC und den Mitgliedskirchen zu benennen. „In order to ensure that there is a **good passage of information between European and national level and vice versa**, it would be a great help if, at least in each country, there was an interested and competent person who would act as **the link between CEC and the Member Churches** in that country. This could be someone appointed, for example, by the national council of churches to build a network with all the churches in the country; it could be someone from a particular church who is put at the disposal of all; it could be someone in an individual member church“ (vgl. Archiv der CSCIK; Hervorhebungen i. O.). Des Weiteren rief die Dachorganisation ihre Mitglieder dazu auf, den Kontakt mit nationalen Politikern zu suchen. „CEC hopes that its Member Churches will **engage in the debates** in their countries. [...] [I]t will be important (both in Member States of the European Union and in countries negotiating membership) to see whether any dialogue is possible with people from the country who are engaged in the Convention³⁰¹. [...] CEC will be very glad to have **feed-back from contacts** both with Convention members and with national governments and parliaments. It will help CEC's work at EU level about Convention members who show themselves particularly sympathetic to or interested in the comments of churches.“ (vgl. Archiv der CSCIK; Hervorhebungen i. O.). Die Mitgliedskirchen sollten darüber hinaus ihre Positionen an die Dachorganisation weitergeben. „CEC will be glad to hear the **positions of Member Churches** on the main questions which are raised by the Declaration of Laeken [...] and from EU Information Offices in national capitals“ (Archiv der CSCIK; Hervorhebungen i. O.).

²⁹⁹ Von CSC-Seite nahmen teil: Der Direktor der CSC Keith Jenkins, der Sekretär der Arbeitsgruppe „Europäische Integration“ Peter Pavlovic und die Leiterin des EKD-Büros, die gleichzeitig Geschäftsführer der CSC-AG „EG Rechtsetzung“ und assoziiertes Mitglied des Arbeitsstabs von CSC ist, Sabine von Zanthier (vgl. Archiv der EKDIJ).

³⁰⁰ Von COMECE-Seite nahmen teil: Der Generalsekretär der COMECE Noël Treanor, der Sekretär der Arbeitsgruppe „EG Rechtsetzung“ Felix Leinemann und der Referent für institutionelle Angelegenheiten Stefan Lunte (vgl. Archiv der EKDIJ).

³⁰¹ Eine Liste der Mitglieder des Konvents lag als Information Sheet 6 bei.

Die COMECE veranstaltete am 07. und 08.03. eine Konferenz in Lille, deren Diskussionsergebnisse³⁰² die Grundlage für die Stellungnahmen der COMECE zum Konvent bilden sollten (vgl. Archiv der EKDIIm). Die Konferenz zum Thema „Herausforderungen für ein vereintes Europa“ wurde in Kooperation mit der römisch-katholischen Universität Lille organisiert. An der Veranstaltung nahmen u. a. Politiker und Verwaltungsmitarbeiter wie der stellvertretende Vorsitzende des Konvents Jean-Luc Dehaene und der ehemalige Kommissionspräsident Jacques Delors oder der Berater für Religionen des Kommissionspräsidenten Michael Weninger teil (vgl. Archiv der EKDIIm). In seiner Rede wies Dehaene darauf hin, dass der aktiven Einflussnahme der Kirchen auf die Konventsarbeit höchste Bedeutung zukomme und er „für informative Gespräche zur Erläuterung der kirchlichen Positionen jederzeit zur Verfügung“ stehe (Archiv der EKDIIm: 5).

An die Tagung schloss sich die Vollversammlung der COMECE an, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit am 08.03.2002 tagte. Die Bischöfe diskutierten über die Ziele der COMECE im Konvent und über die Mitwirkung an der Arbeit des Konvents. Als Ziele der COMECE wurden festgehalten: (1) die Inkorporierung der „Amsterdamer Kirchenerklärung“, (2) eine Anrufung Gottes als Verdeutlichung der spirituellen Dimension einer EU-Verfassung, (3) die Festbeschreibung eines institutionalisierten Dialogs auf Kommissionsebene „über die Abgrenzung staatskirchen-rechtlich relevanter Gemeinschaftsrechtsmaterien von den bilateralen Konkordatsregelungen“ sowie (4) „eine Auflistung jener Politiken, die die ‚Autonomie der Sachbereiche‘ überschreiten und daher Gegenstand der aktiven Einflussnahme der Kirchen sein und bleiben werden (Lebensschutz, Bioethik, Fragen von Menschenrecht und Menschenwürde etc.)“ (Archiv der EKDIIm: 6). Zudem wurde auf der COMECE-Vollversammlung die Strategie der Interessenvertretung festgelegt. Es wurde beschlossen, dass die römisch-katholische Kirche an der Anhörung im Konvent nicht teilnehmen sollte, da sie nicht Teil der Zivilgesellschaft sei (vgl. Archiv der EKDIIm: 5). Gleichwohl könnten kirchliche Organisationen wie die Caritas am Forum teilnehmen. Die Positionsentwicklung solle in den Kommissionen der COMECE erfolgen: „Inhaltlich wird die ComECE [sic!] mit Hilfe ihrer Kommissionen konkrete Vorschläge ausarbeiten“ (vgl. Archiv der EKDIIm: 5). Diese Vorschläge würden allen Bischofskonferenzen in den Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidatenstaaten zur Stellungnahme vorgelegt und ökumenisch abgestimmt. „Falls ein ökumenisches Papier zustandegebracht werden kann, würde dies die Akzeptanzbereitschaft innerhalb des Konvents zweifellos erhöhen, die Bemühungen um eine ökumenische Einigung dürfen freilich nicht den zur Verfügung stehenden Zeitrahmen überschreiten“ (Archiv der EKDIIm: 5). In einem nächsten Schritt sollten die Vorschläge dem Konventspräsidenten und dem Kommissi-

³⁰² Es gab eine Diskussionsrunde zum Thema „Die Union und ihre weltweite Verantwortung“ und eine Diskussionsrunde zum Thema „Die Union und ihre Bürger“ (vgl. Archiv der EKDIIm).

onspräsidenten sowie dem Berater für Religionen übermittelt werden (vgl. Archiv der EKDIIm: 5). „Die geplante Intervention der ComECE gegenüber dem Konventspräsidenten sollte tunlichst einheitlich erfolgen. Abweichende oder unkoordinierte Stellungnahmen einzelner Bischofskonferenzen oder gar der Organisationen der Kirche (Caritas etc.) würden von den Gegnern unseres Vorhabens dazu benützt werden, die Seriosität des Vorhabens selbst in Frage zu stellen. Zweckmäßig wäre es daher, wenn vor der Teilnahme am ‚Forum‘ die Organisationen mit dem Generalsekretariat zwecks Abgleichung der Standpunkte Kontakt aufnehmen würden“ (Archiv der EKDIIm: 6). Zudem sollten die nationalen Bischofskonferenzen die nationalen Konventsmitglieder kontaktieren: „Weiters wird es notwendig sein, auf nationaler Ebene die jeweiligen nationalen Konventmitglieder durch persönliche Gespräche auf das Vorhaben der Kirche einzustimmen, darüber hinaus aber solche Gespräche intern zu dokumentieren und auch in regelmäßigen Abständen bis zum Abschluß der Konventsarbeit zu wiederholen“ (Archiv der EKDIIm: 6).

Auf den Sitzungen der Kirchenkonferenz³⁰³ der EKD und des Rats der EKD am 20./21.03. bzw. 22.03.2002 wurde beschlossen, sich für die Aufnahme der in der Präambel der Charta der Grundrechte genannten geistigen und religiösen Werte sowie einer Bestimmung, die das Staatskirchenrecht ausdrücklich als Kompetenz der Mitgliedstaaten festschreibt, in das neue Primärrecht einzusetzen (vgl. Archiv der EKDIIn). Alle Gliedkirchen der EKD wurden gebeten, diese Anliegen „bei politischen Kontakten, insbesondere bei Gesprächen mit Regierungen der Bundesländer, nachdrücklich zu unterstützen und zu fördern“ (Archiv der EKDIIn).

Am 22.03.2002 veröffentlichte die CSC eine Pressemitteilung, in der sie den Inhalt des Informationspakets für die Kirchen vorstellte und die Kirchen bat, sich in der Debatte um die Zukunft Europas zu engagieren (vgl. CSC 2002e).

Am 26.03.2002 fand die erste COMECE-CSC-Briefing-Session zum Konvent statt. Konsens war, dass es wichtig sei, sich nicht auf rein staatskirchenrechtliche Forderungen wie die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ und ein Dialog zwischen Religionen und der EU zu beschränken, „weil diese Anliegen nur wenige der Delegierten interessieren“, sondern auch zu grundsätzlichen Fragen Position zu beziehen und damit Aufmerksamkeit zu erregen (Archiv der EKDIIo: 2). Auf der Sitzung wurde auch darüber nachgedacht, Kontakt zu einem Mitglied des Präsidiums aufzubauen, mit dem regelmäßige Treffen, bei denen die Arbeiten des Konvents besprochen werden, stattfinden sollten. Das spanische MEP Inigo Mendez de Vigo er-

³⁰³ Die Kirchenkonferenz der EKD wird von den Leitungen der Gliedkirchen gebildet und ist das Gremium zur direkten Mitverantwortung und Einflussnahme der Landeskirchen auf die EKD. Zu den Aufgaben der Kirchenkonferenz gehört u. a. die Erarbeitung der Vorlagen für den Rat und die Synode (vgl. EKD 1996-2011a).

schien der CSC und der COMECE für ein solches Vorhaben geeignet (vgl. Archiv der EKDI-Io: 3).

Am 10.04.2002 trafen sich Vertreter der CSC und der COMECE mit Anne-Marie Sigmund vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (vgl. Archiv der EKDIp). Der EWSA plante, ab April 2002 eine Anhörung der Zivilgesellschaft nach jeder Plenarsitzung des Konvents zu organisieren. Zudem sei eine Reflexionsgruppe für Kirchen und Religionsgemeinschaften geplant, die sich insbesondere mit europäischen Werten beschäftigen sollte, und deren Ergebnisse Grundlage von Stellungnahmen der Kirchen zum Konvent bilden könnten (vgl. Archiv der EKDIp).

Auf der Plenarversammlung der CSC vom 24. bis 28.04. wurde beschlossen, sich für den Erhalt der Kompetenz zur Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses bei den Mitgliedstaaten sowie für ein geregeltes Verfahren der Konsultation und des strukturierten Dialogs zwischen den Kirchen und den Organen der EU einzusetzen (vgl. Archiv der EKDIq). Zu den Beschlüssen der Plenarversammlung gab die CSC am 29.04. 2002 eine Pressemitteilung heraus (vgl. CSC 2002f).

Auf Einladung des Ratsvorsitzenden der EKD fand am 25. und 26.04. ein wissenschaftliches Symposium statt. Auf dieser Veranstaltung diskutierten die Teilnehmer³⁰⁴ aus Wissenschaft und Praxis über die Lage des deutschen Staatskirchenrechts und dessen Perspektiven mit Blick auf eine Neuordnung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten (vgl. Thiele 2007: 145). Ziel des Symposiums war die Beantwortung der Frage nach der normativen und rechtlichen Angemessenheit der Herausbildung eines EU-Kirchen-Rechts an beispielhaften Politikfeldern, die kritische Beleuchtung des deutschen Kooperationsmodells und die Überwindung des defensiven Charakters des bestehenden EU-Kirchen-Rechts (vgl. Vietinghoff 2003: 13-14). In der Einführung wurde bereits die Zielrichtung vorgegeben: Das Verhältnis der EU zu den Kirchen solle eine Rechtsbasis erhalten, in der die aktive Rolle der Kirchen in der europäischen Integration anerkannt werde (vgl. Vietinghoff 2003: 13-14).

³⁰⁴ Die Teilnehmerliste des Symposiums findet sich in Campenhausen 2003: 183-186. Unter den Teilnehmern waren neben vielen Mitarbeitern der EKD u. a. auch der Berater für Religionen, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften der EU-Kommission, der Sekretär der AG „EG Rechtsetzung“ der COMECE, der Sekretär der Kommission VI der DBK, Juristen, Mitarbeiter von Landes- und Bundesverwaltungen und Peter Altmaier (MdB).

Am 07.05.2002 trafen sich der Direktor der CSC und die Leiterin der Europaabteilung der EKD mit Vertretern der orthodoxen Kirche von Griechenland. Ziel des Gesprächs mit dem Oberhaupt der Kirche von Griechenland, Erzbischof Christodoulos von Athen, dem Direktor des Büros der Kirche von Griechenland in Brüssel und dem Vorsitzenden der Europa-Kommission der Kirche von Griechenland war es, die möglichen Reaktionen der Mitgliedskirchen auf den Konvent abzustimmen (vgl. Archiv der EKDIq). Die Kirche von Griechenland strebte die Erhaltung des gegenwärtigen Zustands der Staat-Kirche-Beziehungen, die Beachtung der christlichen Wurzeln im künftigen Primärrecht und die Berücksichtigung des Bedürfnisses der Menschen nach einer Identität an (vgl. Archiv der EKDIq). Der Erzbischof bat um Informationen, wer welche dieser Anliegen wie verfolge. Die Kirche von Griechenland hatte zuvor eine Europa-Kommission einberufen, die an einer ersten Stellungnahme für den Konvent arbeitete. Die Ergebnisse des Gesprächs mit der EKD und der CSC sollten in deren Arbeit eingehen und die Stellungnahme würde zunächst mit der CSC angestimmt, bevor sie der Heiligen Synode vorgelegt und der interne Entscheidungsprozess der Kirche von Griechenland abgeschlossen werde (vgl. Archiv der EKDIq). Bei dem Treffen zwischen der EKD, der CSC und der Kirche von Griechenland wurde auch über das Vorhaben der römisch-katholischen Kirche gesprochen. „Offensichtlich gibt es in der griechisch-orthodoxen Kirche große Sorgen vor einer Sonderlösung mit der römisch-katholischen Kirche, die aufgrund ihres Rechtsstatus möglich wäre (z. B. Konkordat)“ (Archiv der EKDIq). Zu diesem Treffen zwischen der CSC und der Kirche von Griechenland gab die CSC am 13.05.2002 eine Pressemeldung heraus (vgl. CSC 2002g).

Das Auswärtige Amt kontaktiert die Kirchen

Am 07.05. wurde auf Vorschlag von Staatssekretär Gunter Pleuger (Auswärtiges Amt und stellvertretender Vertreter der Bundesregierung im Konvent) für den 02.07.2002 ein Abendessen mit Peter Glotz (Beauftragter des Bundeskanzlers für den Konvent), dem Ratsvorsitzenden der EKD, Manfred Kock, und dem Vorsitzenden der DBK, Karl Lehmann, vereinbart (vgl. Archiv der EKDIr). An dem Treffen sollte auch der Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, teilnehmen. Die Vertreter der Bundesregierung im Konvent seien bemüht, mit wichtigen gesellschaftlichen Kräften in Kontakt zu treten, um deren Vorstellungen zu einem künftigen Verfassungsvertrag in die Arbeit des Konvents einfließen lassen zu können (vgl. Archiv der EKDIr).

Die Vorbereitung der Anhörung der Zivilgesellschaft: die Einrichtung von Kontaktgruppen und die Teilnahme der Kirchen

Am 18.05.2002 erfuhren die Kirchen über „Agence Europe“³⁰⁵, dass das Konventssekretariat anstrebte, zur Vorbereitung der Anhörung der Zivilgesellschaft im Juni Kontaktgruppen einzurichten. Es sollten sieben Kontaktgruppen und zwar zu den Themen Soziales, Umwelt, Menschenrechte, Entwicklung, Akademik, Regionale Fragen und Kultur gebildet werden (vgl. Archiv der EKDIIt). Diese Themengruppen warfen die Frage auf, wo sich die Kirchen einordnen oder ob sie gegen diese Einteilung vorgehen sollten. Hintergrund war, dass Kirchen aufgrund ihrer Themenbreite in keiner der genannten Gruppen aufgehen. Ziel der Kirchen war es, bei der Anhörung der Zivilgesellschaft wahrgenommen und gehört zu werden. Das Ziel der Sichtbarkeit sollte dadurch erreicht werden, dass eine kirchliche Organisation als Sprecher ihrer Kontaktgruppe ausgewählt wird und vor dem Konventsplenum reden darf. Im Raum standen vier Optionen, die von der Taskforce CSC-COMECE diskutiert wurden: die Präsenz in so vielen Kontaktgruppen wie möglich, die Teilnahme an der Gruppe „Soziales“, die Teilnahme an der Gruppe „Kultur“ oder die Forderung nach einer eigenen Gruppe für Kirchen und Religionsgemeinschaften (vgl. Archiv der EKDIIt; Archiv der EKDIU). Die erste Möglichkeit barg die Gefahr, nicht mehr als Organisationen mit unverkennbaren Anliegen sichtbar zu sein und verschluckt zu werden. Die letzte Möglichkeit, die Forderung einer speziellen Kontaktgruppe für Kirchen und Religionsgemeinschaften, „gives the impression that we are complaining rather than co-operating“, so die CSC (Archiv der EKDIU). Deshalb wurde entschieden, nicht gegen das Vorgehen des Konventspräsidiums zu protestieren. Gleichwohl sollte in einem ökumenischen Brief noch einmal auf den besonderen Charakter der Kirchen hingewiesen und dargelegt werden, dass die Einordnung in eine der Kontaktgruppen als unzureichend empfunden werde (vgl. Archiv der EKDIv: 2). Eine starke ökumenische Präsenz in einer der Kontaktgruppen und der Versuch, das Präsidiumsmitglied Klaus Hänsch dazu zu bewegen, eine Möglichkeit zu bieten, dass die Kirchen bei der Anhörung vor dem Konventsplenum einen Sprecher der Kontaktgruppe stellen, wäre, so die COMECE, eine zielführende Strategie (vgl. Archiv der EKDIIt). Vereinbart wurde, zunächst sowohl an der Kontaktgruppe „Soziales“ wie an jener zur Kultur teilzunehmen. Als Vorteil einer Teilnahme an der Kontaktgruppe „Soziales“ wurde der bestehende Kontakt zu dem Vorsitzenden der Kontaktgruppe, Klaus Hänsch, und die Sozialarbeit als ein wichtiges kirchliches Anliegen gesehen, während als Nachteil die zu erwartende Menge der Organisationen, die sich unter Soziales einordnen würden, genannt wurde (vgl. Archiv der EKDIU; Archiv der EKDIv). So würde es

³⁰⁵ Agence Europe ist eine auf das EU-Geschehen spezialisierte Presseagentur, deren „Bulletin Europe“ täglich erscheint.

schwierig werden, als Sprecher fungieren zu können. Vorteil einer Teilnahme an der Kontaktgruppe „Kultur“ wäre, dass die potentielle Teilnehmerzahl geringer ausfallen würde als in der Gruppe „Soziales“. Als Nachteil wurde gesehen, dass die Tätigkeit von Kirchen lediglich unter einen weiten Kulturbegriff fällt (vgl. Archiv der EKDIv). Die EKD stellte einen Kontakt zum Vorsitzenden der Kontaktgruppe „Kultur“, Alojz Peterle, her und vereinbarte ein Treffen der ökumenischen Delegation für den 05.06.2002 mit ihm (vgl. Archiv der EKDIv).

Die ersten Beiträge von der COMECE und der CSC zum Konvent

Im Mai 2002 brachten die beiden Dachorganisationen COMECE und CSC jeweils getrennt einen ersten Beitrag in den Konvent ein. Der Beitrag des COMECE-Sekretariats mit dem Titel „The Future of Europe. Political Commitment, Values, and Religion“ wurde am 21.05.2002 abgegeben (vgl. COMECE 2002a). Das Papier sprach die Themen “Menschenwürde und Grundrechte”, “Solidarität und Gemeinwohl”, “Subsidiarität und Partizipation” und “Kirchen und die Europäische Union – geteilte Verantwortung” an³⁰⁶. Unter dem letzten Punkt heißt es: „The COMECE secretariat stresses the importance of recognising the great religious, spiritual, and intellectual movements and traditions as a living heritage significant for our times and for the future of Europe. Among these, the specific contribution of Churches and religious communities should be acknowledged in a future Constitutional Treaty of the European Union. The treaty should also provide for the possibility of a structured dialogue between the European institutions and Churches and religious communities. [...] A future Constitutional Treaty of the European Union should incorporate Declaration N° 11 annexed to the Final Act of the Treaty of Amsterdam, expressing its respect for the status of Churches and religious communities as recognised by every Member State” (CEMECE 2002a: 4; Hervorhebung nicht übernommen).

Die CSC bat in ihrer ersten Stellungnahme³⁰⁷ um die Organisation einer besonderen Anhörung für Kirchen und religiöse Gemeinschaften, um das Bekenntnis zur individuellen und korporativen Religionsfreiheit und die Erwähnung von Kirchen als besondere Akteure (vgl. CSC 2002a: 1-2). Des Weiteren heißt es: „The European Commission should be given the task of promoting structured consultation and dialogue with organised civil society, churches and religious communities. [...] One area in which this principle [of subsidiarity; LK] is appropriate is in relation to church-state relations. [...] It would be a sign of respecting that diversity if the content of Declaration 11 was included in the constitutional text or new treaty” (CSC 2002a: 2-4). Die CSC hat ihren Beitrag an alle Mitglieder des

³⁰⁶ In dieser Arbeit wird die Interessenvertretung der Kirchen für einen Kirchenartikel untersucht. Es ist anzumerken, dass die Kirchen noch andere Anliegen (z. B. in den Bereichen Werte der Union, Soziales, Umwelt sowie hinsichtlich einer Erwähnung des Christentums für Europa oder Gott in der Präambel des Verfassungsvertrags) hatten, die sie in die Arbeit des Konvents eingebracht haben. Insofern ist diese Analyse eine gewollte Blickverengung der Interessenvertretung der Kirchen im Hinblick auf einen Verfassungsvertrag.

³⁰⁷ Die Stellungnahme hatte den Titel „First submission to the Convention on the future of Europe“.

Konvents verschickt. Zu ihrem ersten Beitrag gab sie eine Pressemitteilung am 13.06.2002 heraus (vgl. CSC 2002j).

Die vierte Sitzung des Konvents und die Vorstellung der Kontaktgruppen

Auf der vierten Sitzung des Konvents am 23. und 24.05.2002 wurde festgelegt, dass eine Konventssitzung im Juni der Zivilgesellschaft gewidmet sein solle (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 22). Dazu wurden die genannten Kontaktgruppen vorgestellt. Die Anhörung der Zivilgesellschaft sollte sich auf europäische Organisationen beschränken, da die Einbindung nationaler Organisationen den Rahmen sprengen würde. Der Abgeordnete des niederländischen Parlaments René van der Linden wies in seinem Beitrag auf die Bedeutung der Kirchen für die Entwicklung der Zivilgesellschaft hin und bedauerte, dass Kirchen im Hinblick auf die Kontaktgruppen nicht Rechnung getragen wurde, da sie im Hinblick auf ihre Identität und ihre Anliegen weder in die Kontaktgruppe „Soziales“ noch in jene der Kultur eingeordnet werden könnten (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 23). René van der Linden war offensichtlich nicht von den Kirchen im Vorfeld kontaktiert worden, da erst vor dem Hintergrund dieser Intervention von der EKD am 27.05.2002 der Vorschlag kam, Kontakt über die Reformierte Kirche der Niederlande mit ihm aufzubauen (vgl. Archiv der EKDIW).

In der Sitzung des EWSA, die nach jeder Plenarsitzung statt fand und daher auch nach der vierten Konventssitzung, stellte der stellvertretende Vorsitzende des Konvents Jean-Luc Dehaene die Kontaktgruppen vor und fragte die Vertreter der Zivilgesellschaft, ob sie diese Einteilung angemessen fänden (vgl. Archiv der EKDIx). Die anwesenden Mitarbeiter der EKD (für die CSC) und der COMECE hoben den besonderen Beitrag der Kirchen und Glaubensgemeinschaften hervor und mahnten eine besondere Anhörung an, die der Tatsache Rechnung trage, dass theoretisch Religionsgemeinschaften in allen vorgeschlagenen Kontaktgruppen mitarbeiten könnten (vgl. Archiv der EKDIx). Dehaene sagte in der vom EWSA organisierten Sitzung, dass Kirchen ihren Platz in der Kontaktgruppe „Kultur“ finden könnten und es ihm normal erscheinen würde, wenn einer der Sprecher dieser Kontaktgruppe von den Kirchen gestellt würde (vgl. Archiv der EKDIx).

Die Bildung von Arbeitsgruppen des Konvents

In den Sitzungen vom 23. und 24.05. und vom 06. und 07.06. wurden Arbeitsgruppen der Konventsmitglieder zu sieben³⁰⁸ Themen gebildet: (1) Subsidiaritätsprinzip, (2) Inkorporation

³⁰⁸ In der Sitzung vom 12. und 13.09.2002 kamen vier Arbeitsgruppen zu den Themen (8) Außenhandeln, (9) Verteidigung, (10) Frieden, Sicherheit und Justiz und (11) Vereinfachung [des Gesetzgebungsprozesses; L.K.], hinzu (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 57; meine Nummerierung).

der Charta der Grundrechte der EU, (3) Rechtsnatur der EU, (4) Rolle der nationalen Parlamente, (5) Kompetenzverteilung, (6) Ökonomische und finanzielle Zusammenarbeit und (7) Bürger und Institutionen (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 23; 31; meine Nummerierung). Jedes Konventsmitglied konnte zusätzlich zu der von ihm gewählten Arbeitsgruppe (AG) an den Sitzungen der anderen AGs als Beobachter teilnehmen (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 23).

Briefe an nationale Konventsmitglieder

Am 24.05.2002 schickte die österreichische Bischofskonferenz einen Brief an alle österreichischen Konventsmitglieder, in dem ein partnerschaftlicher Dialog zwischen den Kirchen und den EU-Organen, ein Begutachtungsverfahren nach österreichischem Vorbild sowie die Einrichtung eines Verbindungsbüros für Religionen in der EU-Kommission gefordert wurde (vgl. Archiv der EKDIaa). Die Idee, ein solches Referat für Religionen bei der Kommission einzurichten, ging auf den österreichischen Berater des Kommissionspräsidenten für Religionen, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, Michael Weninger, zurück (vgl. Archiv der EKDIaa).

Am 28.05. erhielten alle deutschen Konventsmitglieder einen sogenannten „Doppelkopfbrief“, einen gemeinsamen Brief vom Vorsitzenden der DBK und dem Vorsitzenden des Rats der EKD (vgl. Lücke 2002). In dem Brief wurden sechs kirchliche Anliegen vorgetragen: (1) Die Hervorhebung der Wertgebundenheit der EU und die Aufnahme der Grundrechte-Charta in den Vertragstext, (2), die Aufnahme der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in den Vertragstext, (3) die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts der Kirchen auf EU-Ebene, (4) die Formulierung von positiven Ansätzen eines Religionsrechts der EU, (5) die Bestimmung zu einem partnerschaftlichen Dialog zwischen Kirchen und Religionsgemeinschaften und den Organen der EU sowie (6) ein Bekenntnis zu den religiösen Wurzeln der EU in der Präambel (vgl. Archiv der EKDIy). Der Brief schließt mit der Bitte, „die vorgetragenen Anliegen freundlich aufzunehmen und in die Beratungen des Konvents einzubringen“ (Archiv der EKDIy).

Das Treffen der CSC und der COMECE mit dem Konventsmitglied Lamassoure

Am 29.05. traf sich eine Delegation der CSC und der COMECE mit dem französischen MEP Alain Lamassoure (vgl. Archiv der EKDIIs). Dieser stand dem „Kirchenartikel“ positiv gegenüber (vgl. Interview COMECEb).

Das Treffen der Task-Force mit Konventsmitglied Peterle

Am 05.06.2002 trafen sich Vertreter der EKD, der COMECE und der CSC mit dem Konventsmitglied Alojz Peterle (vgl. Archiv der EKDIIZ). Dieser sah es als wahrscheinlich an, dass die Kirchen einen der Sprecher der Kontaktgruppe „Kultur“ stellen würden und wies auf die Möglichkeit hin, dass Kirchenvertreter als Berater mit Mitgliedern der Arbeitsgruppen des Konvents in die Sitzung der AGs gehen könnten.

Die Beiträge der nationalen Kirchen zum Konvent

Am 30.05. reichte die Heilige Synode der Kirche von Griechenland einen Beitrag in den Konvent ein, in dem sie unter anderem empfahl, die Staat-Kirche-Beziehungen in der Kompetenz der Mitgliedstaaten zu belassen (vgl. Kirche von Griechenland 2002). Eine Inkorporierung der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in den neuen Vertragstext forderte sie jedoch nicht – im Gegensatz zur Evangelisch-Lutherischen Kirche von Finnland. Diese sprach sich in ihrer ebenfalls am 30.05.2002 eingereichten Stellungnahme für die Aufnahme der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in ein rechtlich bindendes Dokument der EU aus und forderte zudem Verfahren für eine offene Konsultation zwischen der Europäischen Union und den Kirchen sowie eine bessere Kommunikation zwischen der Kommission und den Kirchen (vgl. Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland 2002). „They [the Evangelical-Lutheran Church of Finland; LK] didn't do any statement which would in content differ from the CSC position. [...] They did a statement of their own of which the content is the CSC content. So they have a Finnish statement which has a different language“ (Interview CSCa). Am 07.06.2002 veröffentlichten die EKD und die DBK ihren gemeinsamen Beitrag zum Konvent (vgl. DBK/EKD 2002). Dieser entspricht dem Wortlaut des Briefes an die deutschen Konventsmitglieder vom 28.05. und weicht nur in der direkten Anrede ab. Die Stellungnahme wurde an alle Konventsmitglieder versandt, im Internet-Forum der Zivilgesellschaft eingestellt sowie mit Brief vom 19.06. an die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten in Deutschland, die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, an die Vorsitzenden der Bundesparteien mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder der Bundestagsfraktion, an die Staatskanzleien der deutschen Bundesländer und an weitere Politiker wie beispielsweise den Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU des Bundestages übermittelt.

Die CSC trifft die Europäische Kommission – ohne die COMECE

Am 17.06.2002 traf sich eine Delegation der CSC aus kirchenleitenden Vertretern und Mitgliedern des Exekutivausschusses mit Vertretern der Kommission (vgl. Archiv der EKDIbb). In den Gesprächen mit Kommissionspräsident Prodi, den Vertretern der Kommission im

Konvent (Michel Barnier und Antonio Vitorino), drei Kabinettschefs und Kommissionsmitarbeitern ging es um die zukünftigen Beziehungen zwischen den Kirchen und der EU, die Notwendigkeit, die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in einen Vertragstext aufzunehmen, die Aufnahme der Charta der Grundrechte in einen Verfassungsvertrag und die EU-Erweiterung und damit verbundene Sorgen der Bevölkerung (vgl. Archiv der EKDIbb; Hogebrink 2010: 94). Zu diesem Treffen gab die CSC am 18.06.2002 eine Pressemeldung heraus und berichtete in der KEK-Zeitschrift „Monitor“ von September 2002 (vgl. CSC 2002i; CSC 2002k). Die Begegnung, bei der kein Vertreter der COMECE anwesend war, war das erste Treffen dieser Art seit dem Anstoßtreffen am 05.11.1990 (vgl. Hogebrink 2010: 94).

Die EKD trifft die Landesvertretung von Baden-Württemberg: Kontakt zur Arbeitsgruppe Subsidiarität

Am 21.06. traf sich die Leiterin des EKD-Büros mit dem Leiter der Vertretung des Landes Baden-Württemberg und dessen Mitarbeitern, da der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel Mitglied der Konvents-AG „Subsidiarität“ und die Landesvertretung in die Vorbereitung der Konventsitzungen eingebunden war (vgl. Archiv der EKDIcc). Die Leiterin des EKD-Büros verdeutlichte, dass im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip auch die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in den Vertragstext Eingang finden sollte. Der Inhalt der „Kirchenerklärung“ könne vorzugsweise in den Artikel zur nationalen Identität aufgenommen werden (vgl. Archiv der EKDIcc). Ein Gespräch zwischen Erwin Teufel und dem Ratsvorsitzenden wurde ebenso wie der Versuch, dass die juristische Referentin der EKD den Mitarbeiter der Landesvertretung zu den Sitzungen der AG „Subsidiarität“ begleiten sollte, angedacht (vgl. Archiv der EKDIcc).

Positionsentwicklung und Entscheidung über Forderungen im Konvent: KEK und LKG

Der Zentralausschuss der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) nahm auf seiner Tagung vom 03. bis 09.06.2002 einstimmig die folgende Empfehlung an: Der Konvent sollte gebeten werden, einen Vorschlag dazu zu machen, dass die EU Kirchen und religiöse Gemeinschaften als Dialogpartner anerkennt und ein angemessenes System der Konsultation mit ihnen einführt (vgl. CSC 2002h). Dazu gab die CSC eine Pressemeldung heraus und berichtete in der KEK-Zeitschrift „Monitor“ von September 2002 (vgl. CSC 2002h; CSC 2002i).

Der Exekutivausschuss der Leuenberger Kirchengemeinschaft (LKG) tagte vom 21. bis 23.06. (vgl. Archiv der EKDIdd). Er erarbeitete eine Stellungnahme für den Konvent. Diese glieder-

te sich in sieben Absätze: Der Exekutivausschuss begrüßte die Erweiterung der EU und bat den Konvent, dafür zu sorgen, dass die Orientierung der EU an den christlichen Werten der Solidarität, Subsidiarität und der Nachhaltigkeit weiterhin bestünde. Er begrüßte die Bereitschaft der EU, sich zu einer Wertegemeinschaft zu entwickeln und bekundete die Bereitschaft der Kirchen, dazu beizutragen. Die beabsichtigte Verbesserung der Transparenz wurde ebenfalls begrüßt und die LKG bekundete die Bereitschaft der Kirchen, zu der Entwicklung einer Zivilgesellschaft beizutragen. Die LKG bat um ein Bekenntnis der EU zu den religiösen Wurzeln Europas in der Präambel des Verfassungsvertrags. Sie empfahl der EU, die kulturelle Vielfalt der Mitgliedstaaten zu erhalten und zu fördern und wies auf das Anliegen der Kirchen hin, das jeweilige Staatskirchenrecht vor Harmonisierung zu schützen und die Freiheit zur Verwaltung der eigenen Angelegenheiten der Kirchen zu erhalten. Schließlich wies der Exekutivausschuss auf die Stellungnahmen aus den Mitgliedskirchen und insbesondere auf diejenigen der KEK und der EKD, die die Arbeit des Konvents intensiv begleiten würden, hin (vgl. Archiv der EKDIdd).

Die Anhörung der Zivilgesellschaft im Konvent am 24. und 25.06.2002

Die sechste Sitzung des Konvents am 24. und 25.06. war der Anhörung der Zivilgesellschaft gewidmet. Jede der auf der vierten Konventssitzung im Mai vorgestellten Kontaktgruppen hatte die Möglichkeit, in einem 25-minütigen Beitrag vor dem Konvent zu sprechen. Die Kirchen hatten sich in der Kontaktgruppe „Kultur“ eingebracht. Der Vorsitzende der Kontaktgruppe, der Abgeordnete des slowenischen Parlamentes Alojz Peterle, erwähnte die wichtige Rolle, die Kirchen für die Kultur in Europa spielten (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 42).

Kirchen, Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften konnten einen zehnminütigen Vortrag im Rahmen der 25 Minuten, über die die Kontaktgruppe verfügte, halten (vgl. Archiv der CSCIII: 1). Der Direktor der CSC, Keith Jenkins, wurde ausgewählt, für die Kirchen, Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften³⁰⁹ zu sprechen. In seinem Vortrag stellte er zunächst heraus, dass Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften im Gegensatz zu single-issue-Organisationen Schwierigkeiten hatten, ihren Platz in einer der Kontaktgruppen zu finden (vgl. Archiv der CSCIII: Anhang 2). Keith Jenkins sprach vier Themen an: (1) die EU als Wertegemeinschaft, (2) die Realisierung dieser Werte, (3) die Realisierung des Subsidiaritätsprinzips und (4) die Quellen der europäischen Kultur und der europäischen Werte (vgl. Archiv der CSCIII: Anhang 2; meine Nummerierung). Als vertikale Dimension des Subsidiaritätsprinzips führte der CSC-Direktor die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ an und empfahl

³⁰⁹ Es ist zu betonen, dass der Direktor der CSC nicht nur für Kirchen und Glaubensgemeinschaften, sondern auch für philosophische Gemeinschaften und die European Humanist Federation sprach.

deren Aufnahme in einen Verfassungstext als Zeichen der Achtung der Vielfalt. Mit Blick auf die horizontale Dimension der Subsidiarität mahnte er die Aufnahme eines Artikels an, der einen strukturierten Dialog zwischen der EU und ihre Institutionen und der Vielfalt an Organisationen festschreiben sollte (vgl. Archiv der CSCIII: Anhang 2). „Within such dialogue the communities of faith and conviction ask that the specificities of churches, religious communities and non-confessional associations should be recognised. This is not because they want a privileged position but because of their concern for and relevance to a wide range of topics, interests and spheres of policy-making” (Archiv der CSCIII: Anhang 2). Über die Rede vor dem Konvent berichtete die CSC in der KEK-Zeitschrift „Monitor” von September 2002 (vgl. CSC 2002i).

Die Anhörung zum Konvent vor dem deutschen Parlament

Am 26.06.2002 fand eine Anhörung vor den EU-Ausschüssen des Bundestags und des Bundesrats zum Konvent statt. Das Kommissariat der deutschen Bischöfe und der Bevollmächtigte des Rates der EKD gaben hierzu eine gemeinsame Stellungnahme ab (vgl. Archiv der EKDIIEe). Angesprochen wurden ein Bekenntnis zu den religiösen Wurzeln in der Präambel, die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und die Aufnahme der Charta der Grundrechte. Mit Blick auf eine Regelung des Verhältnisses zwischen der EU und Kirchen und Religionsgemeinschaften sollten folgende drei Punkte in den Vertrag übernommen werden: Zum einen sollte die Religionsfreiheit „auch für die Kirchen und Religionsgemeinschaften selbst als korporatives Grundrecht auf Selbstbestimmung“ anerkannt werden (vgl. Archiv der EKDIIEe: 3). Zum anderen forderten die Kirchen eine „Anerkennung der besonderen Rolle und Bedeutung der Kirchen für die Integration Europas verbunden mit dem Bekenntnis zu einem partnerschaftlichen Verhältnis, das auch einen partnerschaftlichen Dialog über informelle Gespräche hinaus sowie die Zusammenarbeit mit den Organen der Europäischen Union beinhaltet“ (vgl. Archiv der EKDIIEe: 2). Schließlich sollte der Verfassungsvertrag ein „Bekenntnis zur Achtung und Nichtbeeinträchtigung des Status, den die Kirchen und religiösen Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen (Erklärung Nr. 11 zur Schlussakte des Amsterdamer Vertrages)“ beinhalten (vgl. Archiv der EKDIIEe: 3).

Briefe an den Präsidenten des Konvents und an die Europäische Kommission

Am 28.06. erhielt der Präsident des Konvents einen gemeinsamen Brief von Kirchen und kirchlichen Organisationen auf EU-Ebene. Die CSC und die COMECE trugen gemeinsam mit anderen Organisationen (Caritas Europa, Eurodiaconia, Approdev, CIDSE, CCME, ESPACES und OCIPE) sieben Anliegen vor (vgl. CSC/COMECE/Caritas Europa et al. 2002). Die Kirchen und Organisationen setzten sich u. a. für einen strukturellen Dialog ein und wiesen auf die erwünschte Berücksichtigung der Besonderheiten von Kirchen und religiösen Ge-

meinschaften hin. Des Weiteren empfahlen sie die Aufnahme der Erklärung Nr. 11 der Schlussakte des Vertrags von Amsterdam in einen Verfassungsvertrag (vgl. CSC/COMECE/Caritas Europa et al. 2002).

Am 30. Juni übermittelten die CSC und die COMECE in einem Brief an den Berater für Religionen der Europäischen Kommission ihre Vorschläge für die Stärkung des Dialogs zwischen den Kirchen und der Europäischen Kommission (vgl. European Humanist Federation 2011).

„As the Churches have recommended in their contributions to the European Convention, the future treaty should not only ensure religious freedom in its individual, collective and institutional dimensions, but also provide a framework for a structured dialogue. The aim of this submission is to propose the elements that would fill out the framework that a future treaty may provide” (vgl. European Humanist Federation 2011). Die CSC und die COMECE machten folgenden konkrete Vorschläge: „[W]e should like to submit a number of administrative proposals, which would give flesh to possible future constitutional provisions concerning the dialogue with Churches and religious communities. 1. The European Commission should set up a pre-legislative consultation procedure, enabling Churches and religious communities – along with other organisations in civil society – to comment on planned legislation. [...] 2. The structured dialogue between the Churches and the European Commission should be continued and developed. It should contain: a) regular Dialogue Seminars between COMECE, the Church and Society Commission of CEC and the Group of Policy Advisors to the President of the Commission; b) Working sessions on more specific issues whenever Churches and religious communities have a particular concern about or interest in draft legislation; c) Presidential-level meetings between the President of the European Commission and high representatives of the Churches. 3. A small ‚liaison office‘ within the services of the European Commission, facilitating contacts between the Commission services and Churches and religious communities. [...] [D]ue to its [the GOPA’s; LK] limited capacity, it is not able to address the manifold dimensions of this dialogue or to carry out the plurality of functions such an office could fulfil.” (vgl. European Humanist Federation 2011). Wie aus dem Protokoll der CSC vom September 1998 hervorgeht (vgl. Archiv der CSCIf), kam die ursprüngliche Idee zu einer Stärkung des Dialogs in dieser Form von der COMECE. Der Präsident der COMECE hatte dem Kommissionspräsidenten im Juni 1998 ein Papier mit fast identischem Inhalt übergeben (siehe oben). Damals wurde allerdings ein Kommissar für Religionen gefordert und die Dialogseminare wurden nicht erwähnt.

Der Vertreter des Bundeskanzlers im Konvent trifft die DBK und die EKD

Am 02.07.2002 fand das im Mai vereinbarte Treffen zwischen dem Vertreter des Bundeskanzlers im Konvent, Peter Glotz, und dessen Stellvertreter, Gunter Pleuger, sowie dem Vorsitzenden der DBK, dem Vorsitzenden des Rats der EKD und dem Präsidenten des Zentralrats der Juden statt (vgl. EKDIr). Der Vorsitzende der DBK und der Vorsitzende des Rats der EKD wurden jeweils in mehrseitigen Papieren auf das Gespräch vorbereitet. Aus diesen Vermerken ist zu entnehmen, welche Punkte bei dem Treffen vorgebracht und wie diese begrün-

det werden sollten. Aufschlussreich ist die Reihenfolge der fünf³¹⁰ sich entsprechenden inhaltlichen Anliegen der Kirchen: Während bei der EKD die Aufnahme der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ als erstes Anliegen erscheint, ist dieses im Vermerk des Katholischen Büros erst an dritter Stelle zu finden. Als erstes Anliegen wird von der römisch-katholischen Kirche ein Bekenntnis zu den christlichen Wurzeln Europas in der Präambel und als zweites die Aufnahme der Grundrechte-Charta in einen Vertrag genannt. Im Papier der EKD kommen diese Punkte lediglich an letzter (Präambel) und vorletzter (Charta) Stelle. Die Forderung der Gewährleistung des Rechts auf korporative Religionsfreiheit im Sinne eines Selbstbestimmungsrechts der Kirchen ist für die EKD gleich nach der Aufnahme der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ und damit als zweites Anliegen vermerkt, während dies im Papier der römisch-katholischen Kirche als vorletztes Anliegen genannt wird. Als drittes Anliegen der EKD fungiert die Forderung einer Festschreibung von regelmäßigen Konsultationen der Kirchen auf EU-Ebene. Die DBK fordert als fünftes und letztes Anliegen die Anerkennung der besonderen Rolle der Kirchen und ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen der EU und den Kirchen. Dieses sollte auch einen partnerschaftlichen Dialog im Sinne eines direkten Anhörungsverfahrens zu Gesetzgebungsvorhaben (nach dem Vorbild des österreichischen Begutachtungsverfahrens) und eines strukturierten Dialogs auf mehreren Ebenen – auf der Arbeitsebene ebenso wie durch Treffen des Kommissionspräsidenten mit hohen Kirchenvertretern – umfassen (vgl. Archiv der EKDIgg: 3).

Über die inhaltlichen Anliegen hinaus finden sich im „Briefing-Papier“ der EKD auch „Wünsche im Hinblick auf die Einbeziehung der Kirchen in die Arbeit des Konvents“: die Beteiligung der Kirchen an den Anhörungen in den Arbeitsgruppen des Konvents sowie die Begleitung der Konventsmitglieder durch Kirchenvertreter als Experten zu den Sitzungen der AGs, wenn kirchenrelevante Themen diskutiert werden (vgl. Archiv der EKDIff: 4).

Sommerpause des Konvents – keine Sommerpause für die COMECE und die CSC

Die Sommerpause des Konvents in der Zeit vom 12.07. bis zum 12.09. wurde von der COMECE und der CSC intensiv dazu genutzt, um konkrete Formulierungsvorschläge für die kirchlichen Anliegen, die im Primärrecht verankert werden sollten, zu erarbeiten (vgl. Archiv der EKDIhh). Der Konvent sollte nach der ersten Phase des Zuhörens im Herbst in die Phase

³¹⁰ Von der EKD werden insgesamt sieben, von der DBK nur fünf inhaltliche Anliegen genannt. Die beiden Anliegen der EKD, die nicht im Papier der DBK zu finden sind, sind die Bekundung der Unterstützung der Einigung Europas und der Unterstützung der Reform der Verträge (vgl. Archiv der EKDIff; Archiv der EKDIgg).

der Reflexion gehen. Diese Phase sollte dazu dienen, die in den Arbeitsgruppen erarbeiteten Vorschläge zu präsentieren und zu diskutieren.

Am 02.07. fand eine Besprechung zwischen Mitarbeitern der COMECE und der CSC unter Beteiligung von Mitarbeitern des EKD-Büros Brüssel statt, in der die Formulierung eines „Kirchenartikels“ diskutiert wurde (vgl. Archiv der EKDIHh). „Wesentliche Diskussionsgrundlage war dabei der Artikelentwurf, den die Expertengruppe unter Leitung von Professor Robbers fuer [sic!] die COMECE erarbeitet hatte“ (Archiv der EKDIHh). Die Anliegen der Kirchen sollten in drei Absätzen Niederschlag im Vertrag finden. Ein Absatz sollte die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ beinhalten, ein Absatz einen strukturierten Dialog und Konsultationen festschreiben und ein dritter Absatz die korporative Religionsfreiheit verankern (vgl. Archiv der EKDIHh). Nach der AG „EG Rechtsetzung“ der CSC sollte der Dialog mit den Kirchen in einem Zusammenhang mit der Partizipation der organisierten Zivilgesellschaft stehen (vgl. Archiv der EKDIHh).

Am 18.07. konnten sich die COMECE und die CSC auf drei Formulierungsvorschläge einigen (siehe unten). „Die Vorschläge sollen nicht mehr unbedingt als komprimierter Religionsartikel, sondern [...] ‚nach Bedarf‘ genutzt und u. U. auch einzeln eingebracht werden können.“ (Archiv der EKDIHh: 2). Dies böte „die Möglichkeit, auf die Inkorporation von Erklärung Nr. 11 als absolutes Minimum zurückzufallen, falls die ersten beiden Forderungen scheitern. Während das kirchliche Selbstbestimmungsrecht und die Achtung der Spezifität der Kirchen und ihres öffentlichen Wirkens, also die beiden zuerst genannten Anliegen, bisher in den Verträgen nicht ausdrücklich berücksichtigt und insofern neu sind, bezieht sich die Forderung nach der Inkorporation der Erklärung Nr. 11 auf den Vertrag von Amsterdam und damit auf bereits existierenden Konsens, wenn auch nur ‚Soft Law‘“ (Archiv der EKDIHh: 2). Die Trennung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts von der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ und die Aufteilung in zwei Absätze wurde aus taktischen Gründen vorgenommen: Wenn eine Forderung im Konvent nicht berücksichtigt würde, wäre die zweite Forderung davon nicht betroffen (vgl. Archiv der EKDIHh: 3). Die CSC und die COMECE einigten sich auf das Papier, das jene drei Formulierungsvorschläge beinhaltete, und dessen Titel „Churches and Religious Communities in a Constitutional Treaty of the European Union“ (vgl. Archiv der EKDIHh: 1). Weder die CSC noch die COMECE sahen sich verpflichtet, dieses Papier durch einen organisationsinternen Entscheidungsprozess absegnen zu lassen. Allerdings legten sie Wert darauf, dass der Text von der EKD mitgetragen wurde, und waren bereit, auf die Zustimmung des Kirchenamts der EKD zu warten (vgl. Archiv der EKDIHh: 1).

Die EKD gab ihr Anliegen, auch einen Sonn- und Feiertagsschutz und einen Schutz der Militärseelsorge im zukünftigen Primärrecht zu verankern, auf: „Eine große Zahl von kircheneigenen Forderungen für einen künftigen Verfassungsvertrag könnte dem kircheneigenen Anliegen eher schaden. Möglicherweise ist es taktisch klüger, sich auf die wesentlichen Anliegen zu konzentrieren“ (Archiv der EKDIHh:

3). Insgesamt erschien die Stimmung im Konvent zum damaligen Zeitpunkt nicht besonders kirchenfreundlich: „Die Kirchen werden oftmals als Sachwalter von typischen Partikularinteressen betrachtet, die sich nicht wesentlich von anderen Interessengruppierungen unterscheiden, oder aber es wird von einer Konzeption ausgegangen, nach der sich das Wirken der Kirchen auf die private Sphäre beschränken sollte“ (Archiv der EKDIhh: 3).

Im August finalisierten die CSC und die COMECE gemeinsam einen Brief und die Stellungnahme, in denen die Hauptanliegen der Kirchen aufgegriffen wurden (vgl. Archiv der CSCII: 1). Der Beitrag zum Konvent macht drei konkrete Formulierungsvorschläge für Vertragsartikel. Für eine Bestimmung zur Religionsfreiheit wurde der folgende Wortlaut vorgeschlagen: „The European Union recognises and respects the right of the churches and religious communities to freely organise themselves in accordance with national law, their convictions and statutes and to pursue their religious aims in the framework of fundamental rights“ (Archiv der CSCIII: Anhang 3). Der Formulierungsvorschlag für einen strukturierten Dialog zwischen der EU und den Kirchen lautete: „The European Union respects the specific identity and the contribution to public life of churches and religious communities and maintains a structured dialogue with them“ (Archiv der CSCIII: Anhang 3). Die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ sollte in den Vertrag übernommen werden: „The European Union respects and does not prejudice the status under national law of churches and religious communities in the Member States. The Union equally respects the status of philosophical and non-confessional organisations“ (Archiv der CSCIII: Anhang 3).

Der Entwurf dieses Papiers wurde Anfang August informell interessierten Konventsmitgliedern aus verschiedenen Mitgliedstaaten übermittelt – und zwar noch vor den Treffen der AG „EG Rechtsetzung“, der Gremien der EKD und des Exekutivausschusses der CSC im September, jedoch mit Zustimmung von Mitgliedern des Exekutivausschusses der CSC (vgl. Archiv der CSCIII: 2; Archiv der EKDIjj). Hier wird ersichtlich, dass die CSC sich in ihren Abläufen auf die Erfordernisse des politischen Alltags einstellt und flexibel reagiert, bevor der organisationsinterne Entscheidungsprozess offiziell beendet ist. Auf der Sitzung des Exekutivausschusses wurde für weitere Beiträge zum Konvent empfohlen, dass der Exekutivausschuss den Direktor der CSC ermächtigt, Beiträge, die auf in der Vergangenheit angenommenen Positionen der CSC basieren, abzugeben. Zudem soll zu Beiträgen, die nicht diesen Voraussetzungen entsprechen, das Einverständnis der Mitglieder des Exekutivausschusses per E-Mail oder Post einholbar sein (vgl. Archiv der CSCIII: 3).

Die „Christophersen-Klausel“, der Vorschlag von Peter Altmaier und die Reaktionen der Kirchen

Am 04.09.2002 legte Peter Altmaier (Vertreter des Bundestags) in der AG „Ergänzende Zuständigkeiten“ des Konvents einen Vorschlag dazu vor, den Artikel zur Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten durch die Nennung einiger konkreter Bereiche zu konkretisieren (vgl. Europäischer Konvent 2002a: 20). Dieser Vorschlag ging auf ein Arbeitspapier des Vorsitzenden der AG, Henning Christophersen (Vertreter der dänischen Regierung), vom 11.07.2002 zurück und wird daher als „Christophersen-Klausel“ bezeichnet (vgl. Europäischer Konvent 2002b: 3; Europäischer Konvent 2002b: 3). Diese sollte eine Alternative zu einer Auflistung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Verfassungsvertrag sein (vgl. Europäischer Konvent 2002c: 3). Der Vorschlag Altmaiers für Art. 16 des neuen Vertrags lautete: „When exercising its competencies, the Union shall respect the national identities of the Member States, their constitutional and political structures including regional and local self-government and the legal status of churches and religious bodies“ (Europäischer Konvent 2002a: 20). Damit wurde erstmals seit Beginn der Arbeit des Konvents ein konkreter Vorschlag gemacht, wie die Achtung der Staat-Kirche-Beziehungen in das künftige Primärrecht integriert werden könnte.

Darüber, welche konkreten Bestandteile eine solche Klausel beinhalten sollte, wurde auf der Sitzung der AG „Ergänzende Zuständigkeiten“ am 07.09.2002 kein Konsens erzielt (vgl. Europäischer Konvent 2002c: 3).

Das EKD-Büro Brüssel begrüßte den Vorschlag von Peter Altmaier und sah in ihm Übereinstimmungen mit der eigenen Position und mit der Position der deutschen Bundesländer (vgl. Archiv der EKDIkk: 2). Als Reaktion darauf schlug das EKD-Büro Brüssel Folgendes vor: „Deshalb sollte möglichst in Koordination und im Verbund mit der Deutschen Bischofskonferenz der Kontakt zu Peter Altm[a]ier erneuert und sein Anliegen unterstützt werden. Es sollte darüber nachgedacht werden, auch die weiteren deutschen Mitglieder der Arbeitsgruppe, Joachim Würmeling (EP, EVP) und Wolfgang Senff (Niedersachsen, BR) entsprechend zu lobben [sic!]. Im Europäischen Verbund im Rahmen der KEK sollte zusammen mit der COMECE möglichst bald ein Kontakt zu dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, dem Dänen Henning Christophersen, aufgebaut werden“ (Archiv der EKDIkk: 2).

Die CSC-Arbeitsgruppe „EG Rechtsetzung“ bewertet den ökumenischen Beitrag

Auf ihrer Sitzung am 13. und 14.09.2002 diskutierte und bewertete die AG „EG Rechtsetzung“ der CSC die gemeinsam mit der COMECE verfassten Beiträge. Die AG setzt sich aus Juristen zusammen. Es wurde über die Frage der Konsultation der Kirchen und den möglichen Ort für eine solche Festschreibung im Verfassungsvertrag gesprochen. Favorisiert wurde weiterhin der Bereich „Bürger“, der vom Konvent zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgegriffen

worden war. Möglich wäre auch, einen überarbeiteten Artikel betreffend die nationale Identität als Ankerpunkt zu nehmen (vgl. Archiv der CSCIIIm: 2). Ein Dialog mit den Kirchen sei keine Frage der Subsidiarität, so die AG (vgl. Archiv der CSCIIIm: 2) – einen solchen Dialog hatte der CSC-Direktor in der Anhörung der Zivilgesellschaft im Juni noch als Element der horizontalen Dimension des Subsidiaritätsprinzips aufgeführt und in diesem Rahmen eingefordert (siehe oben).

Herauszustellen ist, dass sich der Vertreter der Kirche von Dänemark gegen jede Konsultation oder jede Dialog-Festschreibung der EU mit den Kirchen aussprach (vgl. Archiv der CSCIIIm: 2). Die Kirche von Dänemark lehnte die Konsultationsfrage auf EU-Ebene ab, da es den Kirchen in Dänemark nicht erlaubt ist, ihre Ansichten zu politischen Themen öffentlich zu machen (vgl. Archiv der CSCIIIm: 2).

Der Vorschlag von Peter Altmaier wurde von der AG positiv aufgenommen: „[T]he Working Group agreed on the approach taken in the Altmaier proposal“ (Archiv der CSCIIIm: 3). Die „Christophersen-Klausel“ könnte auch als eine Verpflichtung für die EU zur Konsultation der Kirchen angesehen werden (vgl. Archiv der CSCIIIm: 2). Bemühungen um eine Aufnahme der korporativen Religionsfreiheit in den Verfassungsvertrag sollten vernachlässigt werden (vgl. Archiv der CSCIIIm: 3). Zum einen berge der Formulierungsvorschlag der COMECE und der CSC eine Gefahr im Hinblick auf fundamentalistische Anliegen: „The European Union recognises and respects the right of the churches and religious communities to [...] pursue their religious aims in the framework of fundamental rights“. Zum anderen sei der einzige mögliche Platz zur Aufnahme der korporativen Religionsfreiheit die Grundrechte-Charta gewesen (vgl. Archiv der CSCIIIm: 3).

Der Schwerpunkt der kirchlichen Arbeit während des Konvents habe auf dem Eigeninteresse der Kirchen gelegen, so die AG: „The Working Group noted that apart from their initial submissions, the main focus of CEC and COMECE had been on the self-interests of the churches“ (Archiv der CSCIIIm: 3). Dies ist mit Blick auf die Situation im Jahr 1990, als die Eröffnung des EKD-Büros von den Mitgliedern der EECCS skeptisch betrachtet wurde, da Kirchen gerade keine Eigeninteressen vertreten sollten, eine bemerkenswerte Entwicklung. Diese Entwicklung wurde auch im Exekutivausschuss der CSC am 20. und 21.09.2002 besprochen. Es wurde auf das Risiko hingewiesen, dass Kirchen in erster Linie mit ihrer eigenen Lage beschäftigt erscheinen (vgl. Archiv der CSCIII: 2). Um diesen Eindruck abzuwenden, wurde der Entschluss gefasst, die ursprünglichen Beiträge für den Konvent im Hinblick auf Themen durchzusehen, die anschlussfähig seien und zu denen Beiträge an andere Arbeitsgruppen des Konvents eingereicht werden könnten (vgl. Archiv der CSCIII: 2).

Auf der Sitzung der AG „EG Rechtsetzung“ wurde auch über die bestehenden Kontakte und zukünftige Kontaktaufnahmen mit Konventsmitgliedern gesprochen. Es hätte Kontakte der

CSC zu Konventsmitgliedern aus den Niederlanden gegeben. René van der Linden (Vertreter des niederländischen Parlamentes) sei interessiert (vgl. Archiv der CSCII: 3). Die Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche habe alle finnischen Konventsmitglieder zu einem Treffen im Oktober 2002 eingeladen (vgl. Archiv der CSCII: 3). Die Vertreter der Kirche von Dänemark und der Kirche von England in der AG wollten sich um Kontaktaufnahme zu dänischen bzw. englischen Konventsmitgliedern bemühen (vgl. Archiv der CSCm: 3).

Nach der Sommerpause: Die COMECE und die CSC intensivieren ihre Positionsübermittlung

Die erste Sitzung des Konvents nach der Sommerpause fand am 12.09.2002 statt.

Mitte September 2002 vereinbarten die COMECE und die CSC das weitere Vorgehen. Das Papier „Churches and Religious Communities in a Constitutional Treaty of the European Union“ sollte dem Präsidium und dem Sekretariat des Konvents übermittelt und auf die Internetplattform gestellt werden sowie den Mitgliedskirchen mit der Bitte übersandt werden, die Forderungen mit nationalen Konventsmitgliedern zu besprechen (vgl. Archiv der CSCIII: 2). Zudem sollte ein informelles Gespräch mit Peter Altmaier stattfinden, um seine Interpretation der Klausel kennenzulernen und die Unterstützung der Kirchen für eine solche Klausel auszudrücken (vgl. Archiv der CSCIII: 2).

Am 27.09.2002 übermittelten die CSC und die COMECE in einem Brief an den Konventspräsidenten das im August ausgearbeitete Papier. Eine Kopie des Briefes ging an das Sekretariat des Konvents, das Präsidium, die Mitglieder der AG „Ergänzende Zuständigkeiten“ sowie diejenigen Konventsmitglieder, die den Kirchen nahe standen bzw. die die Kirchen zu einem persönlichen Gespräch getroffen haben (vgl. Archiv der EKDI: III). Im Anschreiben wurde darauf hingewiesen, dass die beiden Organisationen an der „Christophersen-Klausel“ interessiert seien und diese beachtet werden müsse, auch wenn sie nicht alle gewünschten Elemente der Kirchen aufnehme (vgl. CSC/COMECE 2002a). Der Generalsekretär der COMECE, Noël Treanor, kommentierte das Papier folgendermaßen: „In submitting the aforementioned legislative proposal, the Churches are concerned to ensure the recognition of an appropriate space for the pursuit of their specific contribution and service to European society. It is not their intention to seek privilege in espousing an article or provisions on religion in the constitutional treaty, as some would suggest. Indeed such provisions are rendered necessary by the existing law of the EU on religion and the absence of such an article, or articles would amount to a constitutional void“ (Treanor 2005: 439). „The proposals of the Churches do not put into question the proper separation of Church and State according to national constitutional and legislative traditions. Respect for the distinct competences of Church and State and for diversity within the European Union are essential foundations for a relationship that reflects the reality of modern European society and it [sic!] appropriate for the future“ (Treanor 2005: 440-441).

Die „Christophersen-Klausel“ wird kirchlich analysiert

Am 30.09.2002 diskutierte der Exekutivausschuss der COMECE den Platz von Kirchen in einem zukünftigen Verfassungsvertrag (vgl. COMECE 2002b).

Das EKD-Büro in Brüssel sprach am 02.10.2002 mit dem Rechts-Experten der COMECE, Gerhard Robbers, über die Auslegung der „Christophersen-Klausel“ (vgl. Archiv der EKDIImm). Robbers war der Ansicht, dass die „Christophersen-Klausel“ den Rechtsstatus der Kirchen nur insoweit schütze wie er Bestandteil der nationalen Identität sei, weshalb nur die grundlegenden Elemente, nicht jedoch die Gesamtheit der nationalen Staat-Kirche-Beziehungen von der Norm erfasst würden (vgl. Archiv der EKDIImm: 1). Hier könnte die Klausel um den Zusatz „religiöse Identitäten“ ergänzt werden (vgl. Archiv der EKDIImm: 2). Im Vergleich zur „Amsterdamer Kirchenerklärung“, in der sich die EU positiv verpflichtet habe, den Status der Kirchen nicht zu beeinträchtigen³¹¹, werde mit der „Christophersen-Klausel“³¹², mit der sich die EU dazu bekennt, die nationalen Identitäten zu achten, ein geringeres Schutzniveau erreicht (vgl. Archiv der EKDIImm: 1). Für das weitere Vorgehen schlug Robbers vor, die „Christophersen-Klausel“ gleichwohl von Seiten der Kirchen zu unterstützen und als Einfallstor für die Forderung nach einem Religionsartikel, der u. a. den Wortlaut der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ beinhalten sollte, zu nutzen (vgl. Archiv der EKDIImm: 1-2).

Der Entwurf des Berichts der AG „Ergänzende Zuständigkeiten“ und die Reaktion der EKD

Am 02.10.2002 legte die Konvents-Arbeitsgruppe „Ergänzende Zuständigkeiten“ ihren ersten Entwurf für ihren Bericht vor. Der Artikel zur nationalen Identität sollte durch Beispiele transparenter gestaltet werden (vgl. Europäischer Konvent 2002d: 9). Die Beispiele der Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten verantwortlich seien, könnten in „Grundlegende Strukturen und Funktionen eines Mitgliedstaates“ und „Grundlegende Politikbereiche und soziale Werte eines Mitgliedstaates“ unterteilt werden (vgl. Europäischer Konvent 2002d: 9-10). Als zur ersten Gruppe gehörende grundlegende Elemente fand sich im Berichtsentwurf „der verfassungsrechtliche Status von Kirchen und Religionsgemeinschaften“ (vgl. Europäischer Konvent 2002d: 9). Im Vorschlag von Altmaier vom 04.09.2002 war vom „rechtlichen Status“ die Rede gewesen.

³¹¹ „Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht“.

³¹² „When exercising its competencies, the Union shall respect the national identities of the Member States, their constitutional and political structures including regional and local self-government and the legal status of churches and religious bodies“ (Europäischer Konvent 2002a: 20).

Für die EKD war positiv, dass in dem Entwurf des Berichts auch auf Kirchen eingegangen wurde. Allerdings schütze die von der AG vorgeschlagene Formulierung lediglich diejenigen Elemente der Staat-Kirche-Beziehungen, die Verfassungsrang hätten. „Falls es in einem Mitgliedstaat keine verfassungsrechtliche Absicherung gibt, würde der Schutz möglicherweise ganz entfallen“ (Archiv der EKDIIoo: 2). Ziel der Kirchen, so die EKD, sei, herauszufinden, wie es zu der neuen Formulierung kam. Weiter sollte ermittelt werden, ob unter den Mitgliedern der AG eine Tendenz bestünde, an dieser Formulierung festzuhalten. Schließlich sollte durch Gespräche oder im Kontakt mit Mitgliedern der AG die Streichung des Adjektivs „verfassungsrechtlich“ und dessen Ersetzung durch „rechtlich“ oder lediglich den Verweis auf den „Status“ der Kirche erwirkt werden (vgl. Archiv der EKDIIoo: 3).

Die Kirchen überbringen den Konventsmitgliedern persönlich ihren Beitrag

In der zweiten Konventssitzung nach der Sommerpause, am 03.10.2002, verteilten Mitarbeiter der EKD (für die CSC) und der COMECE den Beitrag der beiden Organisationen mit deren Vorschlägen für den Verfassungsvertrag unter den Konventsmitgliedern und kamen dabei mit Konventsmitgliedern ins Gespräch (vgl. Archiv der EKDIInn).

Tagung der Europäischen Kommission „Konvent und Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft“

Am 07. und 08.10. nahm der CSC-Direktor an einer von der Generaldirektion „Bildung und Kultur“ der Europäischen Kommission ausgerichteten Tagung zum Thema „Konvent und Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft“ teil (vgl. CSC 2002l). Dabei wies er u. a. auf die Bitte der Kirchen für eine rechtliche Basis für ein Konsultationssystem hin. Dazu gab die CSC am 08.10.2002 eine Pressemitteilung heraus (vgl. CSC 2002l).

Die Mitglieder der AG „Ergänzende Zuständigkeiten“ im Fokus: Die EKD hat einen konkreten Formulierungsvorschlag

Am 15. bzw. 16.10.2002 erhielten der Vorsitzende der AG „Ergänzende Zuständigkeiten“, Henning Christophersen (Vertreter der dänischen Regierung), und die deutschen Mitglieder der AG Joachim Würmeling (EVP) und Peter Altmaier (Bundestag) einen Brief bzw. eine E-Mail der EKD. Hier heißt es: „Der 1. Berichtsentwurf der Arbeitsgruppe (WG V WD 30) bezieht auf S. 9. den ‚constitutional status of the churches and religious societies‘ als Bestandteil der nationalen Identität ein. Idealer wäre aus unserer Sicht die Formulierung ‚status of the churches and religious communities under national law‘, zumindest jedenfalls ‚status of the churches and religious communities‘. Adjektive wie ‚constitutional‘ status oder ‚legal‘ status schränken aus unserer Sicht den Schutzbereich eher ein. Nicht nur das deutsche Staatskirchenrecht, auch andere Staatskirchenrechte sind zwar vielfach im Grundsatz in den Verfassungen verankert,

aber eben doch auch in anderen einfachgesetzlichen Bestimmungen, auch Traditionen, ausgeführt, die insgesamt das ausmachen, was man als staatskirchenrechtliche Identität eines Mitgliedstaates bezeichnen kann. Gerade in dem Zusammenhang der Identität sollte der Status umfassend gewährleistet sein. Die Rechtsquellenlage ist in vielen Mitgliedstaaten der EU insofern vergleichbar. Und wo sie es nicht ist, wie in GB, das keine geschriebene Verfassung hat, spricht erst recht viel dafür, nicht auf den ‚constitutional status‘ abzustellen. Zweitens sehen wir eine gewisse Gefahr darin, vom Wortlaut der Erklärung Nr. 11, die im Rahmen dieser Aufzählung schließlich nur noch auf ihr Kernschlagwort reduziert wird, abzuweichen. [...] Wir wären daher sehr dankbar, wenn Sie sich für die Formulierung aus der Erklärung einsetzen würden, die idealerweise lautet: status of the churches and religious communities under national law“ (Archiv der EKDIpp).

Ein Vorentwurf für den Verfassungsvertrag und der Abschlussbericht der AG „Ergänzende Zuständigkeiten“

Am 28.10.2002 legte das Präsidium des Konvents einen Vorentwurf für einen Verfassungsvertrag vor, mit dem die Struktur im Sinne einer Gliederung eines Vertrags aufgezeigt werden sollte (vgl. Europäischer Konvent 2002e: 2). Der Vorentwurf enthielt demnach keine konkreten Formulierungsvorschläge für Artikel.

Die Konventsarbeitsgruppe „Ergänzende Zuständigkeiten“ legte am 31.10. ihren Abschlussbericht vor. Die AG empfahl dem Konvent, Art. 6 Abs. 3 EUV zu erweitern und aufzuführen, welche Elemente die „nationale Identität“ ausmachen. Unter den unter „grundlegende Strukturen und wesentliche Aufgaben eines Mitgliedstaates“ aufgeführten Bereichen findet sich der „rechtliche[r] Status von Kirchen und Glaubensgemeinschaften“ (vgl. Europäischer Konvent 2002f: 11). Am 07. und 08.11. erfolgte eine Aussprache zu diesem Bericht im Konvent. Erwin Teufel (Abgeordneter des Bundestags), Joachim Würmeling (deutsches MEP), Hannes Farnleitner (Vertreter der österreichischen Regierung) und Peter Serracino-Inglott (Vertreter der maltesischen Regierung) äußerten sich positiv zu der „Christophersen-Klausel“ und unterstützten die Aufnahme des rechtlichen Status der Kirchen und religiösen Gemeinschaften (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 83). Ohne auf den Status der Kirchen einzugehen begrüßten auch Joseph Fischer (Vertreter der deutschen Regierung), Johannes Voggenhuber (österreichisches MEP), David Heathcourt-Amory (Vertreter des UK-Parlamentes), Ernâni Lopes (Vertreter der portugiesischen Regierung) und Michael Frendo (Vertreter des maltesischen Parlamentes) die „Christophersen-Klausel“, während sie von Lopez Garrido (Vertreter des spanischen Parlamentes) und René van der Linden (Vertreter des niederländischen Parlamentes) kritisiert wurde (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 83).

Der Papst trifft den Konventspräsidenten

Am 31.10.2002 trafen sich der Konventsvorsitzende Valéry Giscard d'Estaing und Papst Johannes Paul II. Bei dieser Begegnung sollen sie verabredet haben, einen strukturierten Dialog zwischen den EU-Organen und den Kirchen in einem getrennten Absatz des Artikels zur partizipatorischen Demokratie des Verfassungsvertrags festzuschreiben (vgl. Archiv der EK-DIIqq).

Die CSC ruft ihre Mitglieder zum Lobbying auf und gibt konkrete Empfehlungen

Die CSC wandte sich im November erneut an ihre Mitglieder und informierte sie über den Stand der Beratungen im Konvent. Zudem rief sie unter Hinweis auf die Vorstellung des vorläufigen Entwurfs des Verfassungsvertrags durch das Präsidium am 28.10.2002 ihre Mitglieder auf, aktiv zu werden und an die nationalen Politiker und Konventsmitglieder heranzutreten: „At the current stage the churches would now have to aim at fitting their concerns into the structure of the Preliminary Draft Constitutional Treaty and to circulate their ideas to the members of the Convention. It is in that respect that we address you in our member churches, and ask you to help us to generate our concerns by contacting and linking with the respective politicians and Convention delegates in your country. Here are some concrete recommendations that could be raised, suggested or even pressed for in such discussions” (CSC 2002b: 2-3). Sechs konkrete Empfehlungen, die im Gespräch mit nationalen Politikern thematisiert werden könnten, wurden gegeben. Die Identitätsklausel, in der der rechtliche Status von Kirchen und religiösen Gemeinschaften erwähnt würde, sollte in Artikel 8 (Achtung der Grundprinzipien) aufgenommen werden. Die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ sollte sich im Vertrag wiederfinden und zwar wünschenswerterweise in Teil 3 „Allgemeine und endgültige Bestimmungen“. Die Charta der Grundrechte sollte aufgenommen sowie die sozialen Aspekte der europäischen Integration gestärkt werden. Die Kirchen sollten die Bestimmung zur partizipativen Demokratie begrüßen und die besondere Rolle von Kirchen in diesem Kontext erwähnen. Zudem sollte das religiöse und geistige Erbe Europas in der Präambel des Vertrags anerkannt werden (vgl. CSC 2002b: 3).

Der Beschluss der Synode der EKD zu einem Verfassungsvertrag: Dialog und „Kirchenartikel“

Die Synode der EKD fasst am 07.11.2002 einen Beschluss zum Verfassungsvertrag. Darin heißt es: „Bei dem Bemühen um eine weitreichende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger soll der Konvent die besondere Rolle der Zivilgesellschaft, der Kirchen und der Religionsgemeinschaften anerkennen. Der Verfassungsvertrag soll eine Regelung enthalten, die den Dialog und die Konsultation mit der organisierten Zivilgesellschaft sicherstellt und zu einem strukturierten Dialog mit den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsge-

meinschaften verpflichtet. [...] Die Synode unterstützt nachdrücklich den Vorschlag, in den Verfassungsvertrag eine Regelung aufzunehmen, wonach die Europäische Union bei der Ausübung ihrer Kompetenzen den rechtlichen Status von Kirchen und Religionsgemeinschaften im Rahmen der nationalen Identität zu achten hat. Sie setzt sich dafür ein, dass die Erklärung 11 der Schlussakte zum Amsterdamer Vertrag insgesamt in den Verfassungsvertrag aufgenommen und das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften ausdrücklich garantiert wird“ (Thiele 2007: 148-149).

Die Kirchen werben auf der Klausurtagung der EVP für ihre Anliegen

Die Klausurtagung der Europäischen Volkspartei fand vom 08. bis 10.11.2002 statt. Die EVP plante, dem Konvent einen Entwurf für einen Verfassungsvertrag vorzulegen. Dieser sollte auf der Klausurtagung finalisiert werden. Zur Klausurtagung waren auch Vertreter der CSC und der römisch-katholischen Kirche eingeladen. So hatten die CSC, vertreten durch die Leiterin des EKD-Büros in Brüssel, und der Nuntius bei der EU die Möglichkeit, in getrennten Vorträgen die Anliegen der Kirchen vorzustellen und für diese zu werben (vgl. Archiv der EKDIqq). Die Vertreterin der CSC sprach in ihrem Vortrag insgesamt sieben Punkte an: Die CSC begrüße die Aufnahme der Charta der Grundrechte in den Vertrag und unterstütze den Vorschlag, die Präambel der Charta der Grundrechte mit dem Bezug auf das „geistig-religiöse und sittliche Erbe“ zu erhalten (vgl. Archiv der EKDIrr: 2). Sie fordere eine Regelung, „die den Dialog und die Konsultation mit der organisierten Zivilgesellschaft sicherstellt und zu einem strukturierten Dialog mit den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verpflichtet“ (Archiv der EKDIrr: 3). Die CSC unterstütze die „Christophersen-Klausel“ und setze sich für die Aufnahme der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in den Verfassungsvertrag ein (vgl. Archiv der EKDIrr: 4). Sie fordere eine Verankerung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts nach Maßgabe der nationalen Rechtsordnung im EU-Recht. Die CSC setze sich „für Versöhnung, Freiheit, Solidarität und Nachhaltigkeit als Grundlage der europäischen Integration“ ein (vgl. Archiv der EKDIrr: 5).

Nach der Klausurtagung enthielt der EVP-Entwurf eines Verfassungsvertrags u. a. die „Christophersen-Klausel“ (vgl. Archiv der EKDIqq). Zudem beinhaltete der Entwurf eine Verpflichtung des EWSA „dafür zu sorgen, dass die EU einen konstanten Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft führt“ (Archiv der EKDIqq). Der Entwurf der EVP sah keinen strukturierten Dialog der EU mit den Kirchen und keine Bestimmung zur Verankerung der korporativen Religionsfreiheit vor (vgl. Archiv der EKDIqq).

Der zweite Beitrag zum Konvent der COMECE und der CSC

Am 18.12.2002 reichten die CSC und die COMECE das zweite gemeinsame Positionspapier mit dem Titel „Churches and Religious Communities in a Constitutional Treaty of the Euro-

pean Union (II)“ ein. Dieses sollte als „Werkzeugkasten“ dienen, indem verschiedene Optionen empfohlen wurden, wo und wie die Vorschläge der Kirchen in einen Verfassungsvertrag aufgenommen werden könnten (vgl. CSC/COMECE 2002b). Dabei wurden nicht nur wie im ersten Papier vom 27.09.2002 drei, sondern fünf konkrete Vorschläge für Bestimmungen gemacht (vgl. Archiv der CSCIII: Anhang 3; CSC/COMECE 2002b). Die Kirchen drückten ihre volle Unterstützung für die Empfehlung der AG „Ergänzende Zuständigkeiten“ und die „Christophersen-Klausel“ mit Bezug auf den rechtlichen Status von Kirchen aus (vgl. CSC/COMECE 2002b: 1). Diese würde den Inhalt der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in den Verfassungsvertrag inkorporieren, so die CSC und die COMECE (vgl. CSC/COMECE 2002b: 1). Es ist bemerkenswert, dass die Kirchen nun nicht mehr – wie noch im ersten Papier vom 27.09.2002 – die Aufnahme der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ forderten, sondern sich scheinbar mit der „Christophersen-Klausel“ abgefunden hatten. Wie im ersten Papier war der zweite Punkt des Papiers vom Dezember 2002 die Anerkennung der besonderen Identität und des Beitrags der Kirchen und der Wunsch nach einem Dialog mit den EU-Organen. Die Formulierung „The European Union respects the specific identity and the contribution to public life of churches and religious communities and maintains a structured dialogue with them“ solle in Art. 34 zur partizipativen Demokratie aufgenommen werden (vgl. CSC/COMECE 2002b: 2). Die dritte Empfehlung zur Aufnahme einer Bestimmung betraf die Anerkennung der korporativen Religionsfreiheit³¹³ – und war ebenfalls derselbe Vorschlag, der im ersten Papier als erster Punkt aufgeführt wurde. Neu gegenüber dem ersten Beitrag der Kirchen zum Konvent war zum einen die Empfehlung zur Aufnahme von Zielen und Werten der EU – hier wurde u. a. die Bedeutung des Menschen, die Friedensförderung und die Armutsvernichtung aufgeführt. Zum anderen wurden mögliche Formulierungen für eine Präambel, die das religiöse oder geistige Erbe oder die Verantwortung vor Gott beinhalten, in Erinnerung gerufen (vgl. CSC/COMECE 2002b: 2). „It was much less of consensus of the churches in this preamble question.“ (Interview CSCb).

Die Vorschlagsphase des Konvents: das Ringen um konkrete Inhalte und Formulierungen

Die Vorschlagsphase, in der das Erarbeitete mit dem Ziel, einen Text für den Verfassungsvertrag auszuarbeiten, zusammengeführt wurde, begann am 20. und 21.01.2003. Bereits am 28.10.2002 hatte der Konventspräsident einen Vor-Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa, der auf Plenardebatten und auf Diskussionsvorschlägen basierte, vorgestellt

³¹³ „The European Union recognises and respects the right of the churches and religious communities to freely organise themselves in accordance with national law, their convictions and statutes and to pursue their religious aims in the framework of fundamental rights“ (Archiv der CSCIII: Anhang 3; CSC/COMECE 2002b: 2).

(vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 69). Eine überarbeitete und angereicherte Version des Verfassungsvertrags sollte auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppen einbeziehen ((vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 69).

Am 06.02.2003 stellte das Präsidium die ersten Artikel des Entwurfs für den Verfassungsvertrag vor. Darunter war auch ein Artikel, der besagte, dass die Union die nationale Identität der Mitgliedstaaten achtet (Art. 9 Absatz 6 des Entwurfs des Verfassungsvertrags) (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 106). Die „Christophersen-Klausel“ wurde nicht aufgenommen und kein Bezug zu Kirchen und Religionsgemeinschaften hergestellt (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 106). In dieser Konventssitzung wurde auch der Bericht der AG „Soziales“ vorgestellt. Bei dieser Gelegenheit erwähnte Elmar Brok (deutsches MEP), dass in das Kapitel VI des Vertrags zum demokratischen Leben der Union neben den Sozialpartnern auch Kirchen und Religionsgemeinschaften erwähnt werden sollten (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 108). Zudem forderte Hubert Haenel (Vertreter des französischen Parlaments) im Rahmen der Debatte zur Rolle von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften die Aufnahme der „Christophersen-Klausel“ in den Verfassungsvertrag (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 110).

Die Kirchen diskutieren den ersten Entwurf des Verfassungsvertrags

Am 07.02.2003 fand eine gemeinsame Sitzung der Arbeitsgruppen „EG Rechtsetzung“ der COMECE und der CSC statt (vgl. Archiv der CSCIn: 1). Es wurde darüber gesprochen, dass im ersten Teil des Entwurfs des Verfassungsvertrags Kirchen keine Erwähnung fanden. Informationen aus dem Konventspräsidium zufolge bestehe ein Konsens im Konventspräsidium darüber, dass die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in den Verfassungsvertrag aufgenommen werden sollte, allerdings im Kapitel zum demokratischen Leben der Union (Art. 34) (vgl. Archiv der CSCIn: 1). Einige Mitglieder der beiden kirchlichen Arbeitsgruppen hätten die Aufnahme der „Kirchenerklärung“ in das Kapitel „Kompetenzen“ besser gefunden. Für die Aufnahme der „Kirchenerklärung“ in das Kapitel zur partizipativen Demokratie einigte man sich auf eine neue Formulierung: „The European Union respects the specific identity and the contribution to public life of churches and religious communities and maintains a structured dialogue with them without prejudice to their status under national law in the member states“ (Archiv der CSCIn: 1). Konsens war, dass der strukturierte Dialog nicht auf die Beziehung zwischen Kirchen und dem Kommissionspräsidenten bzw. dessen Beratern beschränkt werden, sondern so offen wie möglich sein sollte.

Die COMECE und die CSC bedauern öffentlich die Nicht-Erwähnung von Kirchen

Am 07.02.2003 gab die COMECE eine Presseerklärung zu den ersten 16 Artikeln des Vertragsentwurfs heraus (vgl. COMECE 2003b). Die CSC veröffentlichte eine Pressemeldung zum Entwurf des Verfassungsvertrags am 11.02.2003. Darin brachte sie ihr Bedauern zum Ausdruck, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften im Entwurf nicht erwähnt wurden und wies darauf hin, dass die Kirchen eine Klausel zum rechtlichen Status von Kirchen und Religionsgemeinschaften in Vertragstext im Artikel zur nationalen Identität (Art. 9 Abs. 6 EUV) bevorzugen würden (vgl. CSC 2003a).

Die Debatte im Konvent zu den ersten 16 Artikel des Verfassungsentwurfs

In der 16. Konventssitzung am 27. und 28.02.2003 fand eine Debatte zu den ersten 16 Artikeln des Entwurfs des Verfassungsvertrags statt. In seiner Stellungnahme stellte der Konventspräsident Giscard d'Estaing heraus, dass das Präsidium zu einem späteren Zeitpunkt einen Vorschlag zu Religion und Kirchen vorlegen werde. Er bezog sich dabei auch auf die Erklärung Nr. 11 des Vertrags von Amsterdam, die in den Verfassungsvertrag aufgenommen werden sollte (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 114). Dies wurde explizit durch Marco Follini (Vertreter des italienischen Parlaments) unterstützt, während Elena Paciotti (italienisches MEP), Sylvia-Yvonne Kaufmann (deutsches MEP), Linda McAvan (MEP aus UK), Andrew Duff (MEP aus UK), Proinsias de Rossa (Vertreter des irischen Parlaments) und Caspar Eitem (Vertreter des österreichischen Parlaments) sich gegen jeden Bezug zu Religion im Verfassungsvertrag aussprachen (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 115). Im Rahmen der Debatte um Kompetenzen schlugen Giuliano Amato (italienisches Präsidiumsmitglied), Hannes Farnleitner (Vertreter der österreichischen Regierung), Ben Fayot (Vertreter des luxemburgischen Parlaments), Erwin Teufel (Vertreter des Bundestags) und Hubert Haenel (Vertreter des französischen Parlaments) vor, den rechtlichen Status von Kirchen in den Artikel einzufügen, der die Union dazu verpflichtet, die nationale Identität der Mitgliedstaaten zu achten (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 117).

Die Inter-orthodoxe Beratung zum Verfassungsentwurf

Die orthodoxen Kirchen hielten am 18. und 19.03.2003 eine Inter-orthodoxe Beratung über den Entwurf des Verfassungsvertrags für die EU ab (vgl. Russische Orthodoxe Kirche 2003). Die Konferenz zum Thema „The stance of the European Constitution towards the Churches and Religions proposed by the Orthodox Church“ wurde vom Büro des Ökumenischen Patriarchats in Brüssel organisiert (vgl. Russische Orthodoxe Kirche 2003). An der Tagung nah-

men Vertreter des Ökumenischen Patriarchats und der Kirchen von Russland, Serbien, Rumänien, Zypern, Griechenland, Polen, Albanien, Tschechien und Slowakei sowie Finnland teil (vgl. Russische Orthodoxe Kirche 2003). Die orthodoxen Kirchen zogen insgesamt sechs Schlussfolgerungen: Der Verfassungsvertrag sollte einen expliziten Bezug zum christlichen Erbe Europas aufweisen. Der Schutz der Menschenrechte sollte weiterhin Recht der EU darstellen und kollektive bzw. korporative Menschenrechte³¹⁴ sollten geschützt werden. Die individuelle und korporative Religionsfreiheit müssten geschützt werden. Die orthodoxen Kirchen sprachen sich weiter dafür aus, die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in den Vertrag aufzunehmen. Zudem sollten Kriterien zur Gewährung von Religionsfreiheit an Sekten, der Legitimität ihrer Handlungen und des verbotenen Proselytismus eingerichtet werden³¹⁵ (vgl. Russische Orthodoxe Kirche 2003). Die orthodoxen Kirchen schlugen die folgende Formulierung für einen Artikel, der die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ im Verfassungsvertrag aufgreift, vor: „The European Union respects and does not prejudge the national law in each member state on the relation between State and Church and the internationally acknowledged principles of religious freedom for individuals and the churches“ (Russische Orthodoxe Kirche 2003).

Der Rat der Freikirchen von Finnland gibt einen Beitrag zum Konvent ab

Am 20.03.2003 reichte der Rat der Freikirchen von Finnland³¹⁶, dessen Mitglieder keine Mitglieder bei der KEK sind, ein Papier beim Konvent ein (vgl. Free Church Council of Finland 2003). In diesem Papier wurde beklagt, dass die Religionsfreiheit nur auf individueller Ebene voll verwirklicht sei und die EU wurde aufgefordert, Diskriminierungen vorzubeugen, in dem sie beispielsweise Diskussionsgruppen für religiöse Angelegenheiten einrichte und die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ im Hinblick auf diesen Aspekt erweitere. Eine konkrete Formulierung wurde nicht vorgeschlagen (vgl. Free Church Council of Finland 2003).

Die CSC und die COMECE schreiben an den Konventspräsidenten

Am 25.03.2003 erhielt der Konventspräsident Giscard d'Estaing einen gemeinsamen Brief des Direktors der CSC und des Generalsekretärs der COMECE (vgl. Losansky 2010: 323).

³¹⁴ Als Beispiele für kollektive und korporative Menschenrechte werden die Unverletzbarkeit von biotechnologischem Wissen und dessen Anwendung oder der Schutz der Ehe und der Familie genannt (vgl. Russische Orthodoxe Kirche 2003).

³¹⁵ Der Formulierungsvorschlag für einen Artikel im Verfassungsvertrag lautet: „The European Union, in the same manner, respects the status quo of philosophical and non-confessional unions, and acknowledges that the non-recognition by member-states of the aforementioned philosophical and non-confessional unions of the privileges that are recognized in respect of the Churches and Religions does not contravene the principle of religious toleration“ (Russische Orthodoxe Kirche 2003).

³¹⁶ Dem Rat der Freikirchen von Finnland gehören die evangelische Freikirche, die methodistische Kirche, die Pfingstkirche, die Heilsarmee und die Sieben-Tage-Adventisten an (vgl. Free Church Council of Finland).

Das Präsidium des Konvents stellt Entwürfe für weitere Artikel vor

In der 18. Konventssitzung am 03. und 04.04.2003 stellte das Präsidium die Entwürfe neuer Kapitel, darunter des Kapitels VI „Das demokratische Leben der Union“, vor (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 126). Im Kapitel VI des Entwurfs des Verfassungsvertrags war als Art. 37 ein „Kirchenartikel“ vorgesehen, der folgendermaßen lautete: „(1) The European Union respects and does not prejudice the status under national law of churches and religious associations or communities in the Member States. (2) The European Union equally respects the status of philosophical and non-confessional organisations. (3) The Union shall maintain a regular dialogue with these churches and organisations, recognising their identity and specific contribution“ (CEC/COMECE/EKD 2003: 126). Während die ersten beiden Absätze die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ wiedergaben, war der dritte Absatz neu. Jean-Luc Dehaene, Vizepräsident des Konvents, unterstrich bei der Vorstellung des Entwurfs eines „Kirchenartikels“, dass der Dialog der EU-Organen mit den Kirchen und religiösen und Weltanschauungs-Gemeinschaften vom Dialog der EU mit Organisationen der Zivilgesellschaft getrennt sein müsste (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 127).

Es gelang, den „Kirchenartikel“ im Entwurf des Kapitels VI einzubringen, weil die COMECE und die CSC Kontakt zu Präsidiumsmitgliedern und zum Sekretariat des Konvents hatten (vgl. Interview COMECEb). „Wir kannten Leute im Sekretariat des Konvents und wir haben das vorher [...] mit den Präsidiumsmitgliedern besprochen, die [...] letztlich diejenigen waren, die die Entwürfe dieser Artikel geschrieben haben oder abgesegnet haben“ (Interview COMECEb). Dabei wurden der Vorsitzende des Konvents und seine Stellvertreter, Valéry Giscard d'Estaing, Giuliano Amato und Jean-Luc Dehaene, von unterschiedlicher Seite kontaktiert: Amato wurde von der Italienischen Bischofskonferenz kontaktiert, Dehaene von der COMECE und D'Estaing von COMECE oder vom Vorsitzenden der Französischen Bischofskonferenz (vgl. Interview COMECEb). Bei allen drei Politikern musste Überzeugungsarbeit geleistet werden, da sie aufgrund ihrer Nationalität eine jeweils andere Prägung bezüglich des Staat-Kirche-Verhältnisses erfahren hatten³¹⁷. So waren Dehaene und D'Estaing sehr auf Trennung bedacht (vgl. Interview COMECEb). Giscard D'Estaing habe trotz seiner laizistischen Prägung gesehen, dass ein „Kirchenartikel“ dem Verfassungsvertrag keine religiöse Prägung gebe, sondern die Beziehung zwischen EU und Kirchen regle und damit „nur etwas klar stellt“ (vgl. Interview COMECEb). „Interviewer: Können Sie vielleicht noch mal ausführen, wie das Präsidium auf die Idee kam, [...] nicht nur die Amsterdamer Kirchenerklärung, sondern diesen Dialog-Absatz mit hineinzunehmen? COMECEa: Wie das Präsidium auf die Idee kam? Da habe ich keinen blassen Schimmer, aber sie werden unseren Vorschlag gelesen haben, nehme ich an (lacht). Die Idee des Vorschlages war, [...] diesen abwehrenden Charakter der Kirchenerklärung durch etwas Positives und Konstruktives zu ergänzen. Und das haben wir versucht [...] durch

³¹⁷ „Das Verhältnis von Staat und Kirche ist ja auch eine politische Prägung, die man irgendwie mitnimmt“ (Interview COMECEb).

die Vorschläge, durch die Diskussionen [...] klarzumachen: Das muss Hand in Hand gehen. Und ich glaube, dass das letztlich überzeugend war und auch das Präsidium dazu gebracht hat [...] diesen Artikel in dem Kapitel über partizipative Demokratie unterzubringen: [...] [E]inen Dialog mit der Zivilgesellschaft, mit NGOs, aber dann auch [mit; LK] Kirchen und Religionsgemeinschaften, wobei wir [...] die Kirchenerklärung dazunehmen, weil [...] die schon besteht, aber auch, weil das eine Ausprägung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten ist und [...] uns näher an den Bürger heran bringt [...]. Deswegen gehörte das zusammen. Keine Ahnung, wer da so gedacht hat, aber es war letztlich vielleicht auch ein guter Trick, das aneinanderzukoppeln: Also den Dialog an die Kirchen zu koppeln, um klarzumachen, dass die Kirchen etwas Spezifisches sind und nicht gleichzusetzen [...] mit NGOs [...]" (Interview COMECEb).

Die COMECE und die CSC begrüßen öffentlich den „Kirchenartikel“

Am Tag, als das Präsidium den „Kirchenartikel“ vorlegte, veröffentlichte die COMECE eine Presseerklärung, in der der Artikel 37 begrüßt und die Hoffnung auf einen Konsens des Konvents in dieser Sache ausgedrückt wurde (vgl. Archiv der CSCIIo). Auch die CSC veröffentlichte am 04.04.2003 eine Pressemeldung, in der der „Kirchenartikel“ begrüßt wurde (vgl. CSC 2003b).

Vor der Debatte über Kapitel VI: Die Kirchen kontaktieren die ihnen wohlgesinnten Konventsmitglieder

In der darauffolgenden Konventssitzung am 24. und 25.04.2003 sollte das Kapitel VI „Das demokratische Leben der Union“ im Konvent diskutiert werden. Im Vorfeld der Debatte zum vorgeschlagenen „Kirchenartikel“ kontaktierten die Kirchen alle Mitglieder des Konvents, die ihrem Anliegen positiv gegenüber standen, und sprachen mit ihnen. „[B]ei allen positiven waren wir auf jeden Fall [...], denn die hatten nur drei Minuten, um zu sprechen und nicht jeder hat gesprochen. Wir mussten also schauen, dass [...] [die; LK], die ein Interesse haben [...] zum ersten einen Slot fragen und dann in ihrem Slot zumindest auch noch drei Worte über den Kirchenartikel sagen. Deswegen das Insistieren“ (Interview COMECEb). „Die Konventsmitglieder hatten drei Minuten, um zu sprechen [...]. Und jedes Konventsmitglied hatte dann seine Prioritäten oder auch nicht. Wenn man nichts sagt, war man einverstanden. [...] Wenn der Text drin war [...], dann mussten sich Leute finden, die sich dafür aussprechen und [es durfte; LK] sich niemand dagegen aussprechen. Jetzt musste man also die Leute überzeugen, dass sie ihre drei Minuten dafür verwenden, zu sagen: ‚Diesen Kirchenartikel finden wir gut‘. [...] Und auf der anderen Seite musste man sie dazu bringen, sich nicht dagegen auszusprechen. [...] Das ist, glaube ich, relativ gut gelungen: Dass [...] falls jemand etwas dagegen gesagt hat, es wirklich nur ganz am Rande war [...] und [sich; LK] dann mehr Leute [...] dafür ausgesprochen haben, wenn das auch nicht viele waren“ (Interview COMECEb).

Die Debatte über Kapitel VI und den „Kirchenartikel“ im Konvent

In der 19. Konventssitzung am 24. und 25.04.2003 fand die Debatte über Kapitel VI und damit unter anderem auch über den in Art. 37 vorgesehenen „Kirchenartikel“ statt. Zum „Kirchenartikel“ waren mehr als 30 Änderungsanträge eingegangen (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 136). Zwei Konventsmitglieder, Esko Helle (Vertreter des finnischen Parlaments) und Oguz Demiralp (Vertreter der türkischen Regierung), sprachen sich gegen einen „Kirchenartikel“ aus. Positiv und unterstützend äußerten sich 18 Konventsmitglieder³¹⁸ (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 136). Fünf Konventsmitglieder³¹⁹ kritisierten Art. 37 Abs. 3, wonach die EU einen regelmäßigen Dialog mit den Kirchen und religiösen Gemeinschaften führen sollte, da sie dies als Privilegierung dieser Organisationen im Vergleich zu anderen Organisationen ansahen (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 136). Die Aufnahme der „Amsterdamer Kirchenerklärung“ in den Entwurf für einen Verfassungsvertrag wurde als unnötig kritisiert³²⁰, es wurde auf die rechtlichen Konsequenzen für nicht-konfessionelle Gemeinschaften hingewiesen³²¹ und die Befürchtung geäußert, Sekten könnten je nach der rechtlichen Regelung in dem betreffenden Mitgliedstaat davon profitieren³²² (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 137). In seiner abschließenden Rede stellte der Konventspräsident fest, dass viele Konventsmitglieder den „Kirchenartikel“ ausdrücklich begrüßt hätten, einige jedoch Bedenken bezüglich der Dialogbestimmung hätten (vgl. Europäischer Konvent 2003a: 8).

Die Konferenz der Kirche von Griechenland im Rahmen der griechischen Ratspräsidentschaft

Vom 04. bis 06.05.2003 organisierte die Kirche von Griechenland eine Konferenz zum Thema „Values and Principles for the Building of Europe“ zu der Politiker³²³, Verwaltungsmitar-

³¹⁸ Joseph Fischer (Vertreter der deutschen Regierung), Hannes Farnleitner (Vertreter der österreichischen Regierung), Francesco Speroni (Vertreter der italienischen Regierung), Peter Serracino-Inglott (Vertreter der maltesischen Regierung), Jozef Oleksy (Vertreter des polnischen Parlaments), Edmund Wittbrodt (Vertreter des polnischen Parlaments), József Szájer (Vertreter des ungarischen Parlaments), Jürgen Meyer (Vertreter des Bundestags), Erwin Teufel (Vertreter des Bundestags), Valdo Spini (Vertreter des italienischen Parlaments), Caspar Einem (Vertreter des österreichischen Parlaments), Hubert Haenel (Vertreter des französischen Parlaments), Gabriel Cisneros Laborda (Vertreter des spanischen Parlaments), David Heathcoat-Amory (Vertreter des UK-Parlaments), Jan Figel (Vertreter des slowenischen Parlaments), Antonio Tajani (italienisches MEP) und Elmar Brok (deutsches MEP) (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 136).

³¹⁹ Oguz Demiralp (Vertreter der türkischen Regierung), Proinsias de Rossa (Vertreter des irischen Parlamentes), Josep Borrell Fontelles (Vertreter des spanischen Parlamentes), Ben Fyt (Vertreter des luxemburgischen Parlamentes) und Linda McAvan (UK MEP) (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 136).

³²⁰ Marie Nagie (Vertreter des belgischen Parlaments), Sören Lekberg (Vertreter des schwedischen Parlaments), Pierre Lequiller (Vertreter des französischen Parlaments).

³²¹ Pascale Andreaini (Vertreter der französischen Regierung), Andrew Duff (UK MEP).

³²² Proinsias de Rossa (Vertreter des irischen Parlaments).

³²³ Als Redner fungierten u. a. der Vize-Präsident des EPs (George Dimitrakopoulos), die Kommissarin für Arbeit und Soziale Angelegenheiten (Anna Diamantopoulou), der Vertreter des griechischen Parlaments im Konvent und Mitglieder des griechischen Parlaments.

beiter³²⁴, Wissenschaftler, Kirchenführer³²⁵ und Vertreter von kirchlichen Organisationen³²⁶ eingeladen waren.

Das Präsidium legt den Textentwurf für Teil I des Verfassungsvertrags vor: Die COMECE und die CSC begrüßen ihn

Am 24.05.2003 legte das Präsidium des Konvents den ersten Textentwurf für Teil I der Verfassung vor (vgl. Europäischer Konvent 2003b). Alle Artikel wurden neu nummeriert und so fand sich der Artikel betreffend die Kirchen in Titel VI „Das demokratische Leben der Union“ als Artikel I- 51 mit dem Titel „Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften“ wieder (vgl. Europäischer Konvent 2003b: 35). Dieser lautete: „(1) Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht. (2) Die Union achtet den Status von weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise (3) Die Union pflegt in Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags dieser Kirchen und Gemeinschaften einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit ihnen“ (Europäischer Konvent 2003b: 35).

Am 27.05.2003 veröffentlichten die COMECE und die CSC gemeinsam eine Presseerklärung mit der Stellungnahme des Direktors der CSC und des Generalsekretärs der COMECE, in der die Organisationen den Mitgliedern des Konvents danken und die Bestimmungen zu Werten und Zielen der EU und die Aufnahme der Charta der Grundrechte und des Artikels 51 („Kirchenartikel“) begrüßen (vgl. Archiv der CSCIIp).

Ein letzter Versuch zur Streichung des „Kirchenartikels“

In der 21. Konventssitzung am 30. und 31.05.2003 wurde erstmals ein vollständiger Entwurf aller Teile des Verfassungsvertrags vorgelegt (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 147). Dieser wurde bis zur letzten Konventssitzung am 10.07.2003 diskutiert und verändert. Dabei forderte ein Konventsmitglied, Sören Lekberg (Vertreter des schwedischen Parlaments), am 05.06.2003 erneut, den „Kirchenartikel“ mit Blick auf die Wahrung der Religionsfreiheit zu streichen (vgl. CEC/COMECE/EKD 2003: 156).

³²⁴ Zu den Teilnehmern zählten u. a. der Direktor des Büros des Europäischen Parlaments in Griechenland oder der Berater für Religionen, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften der EU-Kommission.

³²⁵ Dazu gehörten u. a. der Ökumenische Patriarch, die Patriarchen von Alexandria und ganz Afrika, von Antiochien, von Jerusalem, von Rumänien, der Repräsentant der Russischen Orthodoxen Kirche bei der EU, die Metropolen von Belgrad, von Warschau und ganz Polen, von den tschechischen Ländern und der Slowakei, ein Vertreter der Heiligen Erzdiözese von Zypern, der Erzbischof von Canterbury der Kirche von England und ein Vertreter des Papstes (vgl. Special Synodical Committee for European Affairs 2005: 287-307; 451).

³²⁶ Sprecher waren u. a. der Generalsekretär des Weltkirchenrats, der Generalsekretär der COMECE und der Direktor der CSC (vgl. Special Synodical Committee for European Affairs 2005: 431-444).

Die COMECE bewertet den Verfassungsvertrag

Am 19.06.2003 veröffentlichte der Exekutivausschuss der COMECE eine Bewertung des Entwurfs des Verfassungsvertrags (vgl. COMECE 2003c).

Abschluss der Arbeit des Konvents

Der Konvent zur Zukunft Europas schloss seine Arbeit am 10.07.2003 ab. Am 18.07.2003 berichtete der Konventspräsident an den Europäischen Rat und übergab den Entwurf des Verfassungsvertrags an den Präsidenten des Europäischen Rates.

Zusammenfassung der Interessenvertretung während des Konvents: Strategien der Kooperation

Die Kontaktaufnahme mit den politischen Adressaten war aufgeteilt zwischen der COMECE und der CSC bzw. den jeweiligen Mitgliedskirchen. Vertreter überwiegend römisch-katholischer Staaten wurden von der COMECE bzw. den jeweiligen Bischofskonferenzen und Vertreter überwiegend evangelischer, anglikanischer oder orthodoxer Staaten wurden von der CSC bzw. deren Mitgliedskirchen bedient (vgl. Interview COMECEb). So hat beispielsweise die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland ein Treffen mit dem finnischen Premierminister wahrgenommen und Kontakte zu den finnischen Vertretern im Konvent unterhalten, während die Vertreter Griechenlands von der Kirche von Griechenland kontaktiert wurden (vgl. Interview COMECEb). Zu den kirchenfeindlichen Mitgliedern des Konvents haben die Kirchen keinen Kontakt gesucht (vgl. Interview COMECEb). Man habe gewusst, wer dem Anliegen positiv gegenüber stehen würde und wer nicht (vgl. Interview COMECEb), „Die Positionen sind nun mal fest [...]. Die Liberalen, die Linken, die Verts [...] sind im Prinzip nicht [...] dafür, das konnte man da eigentlich relativ gut sagen.“ (Interview COMECEb). Personen, die dem kirchlichen Anliegen nicht besonders positiv gegenüber standen, wurden von den Kirchen um ein Gespräch gebeten. „[Zu Konventsmitgliedern; LK], die Termine akzeptiert haben, [...] sind wir [...] hingegangen [...]. Auch auf nationaler Ebene haben sehr viele Kontakte stattgefunden und ansonsten in einer ökumenischen Delegation: [...] vom Sekretariat [der COMECE; LK], dem Generalsekretär der COMECE und dem entsprechenden von der Konferenz Europäischer Kirchen. [Wir haben; LK] [...] einen Termin gemacht und ihnen das vorgebracht und gesagt: ‚Voilà. Das ist uns wichtig. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich dafür einbringen‘“ (Interview COMECEb).

Die Kirchen kontaktierten auch die Personen, von den sie wussten, dass sie einem „Kirchenartikel“ im Prinzip wohlwollend gegenüber stehen würden: „[M]an musste ihnen schon sagen: ‚[...] [D]ieser Text ist wichtig, der ist von allen [Kirchen; LK] unterstützt und [...] [es; LK] ist wichtig, dass der

da drin ist'. Also einfach um die Bedeutung zu unterstreichen, musste man das noch mal formulieren" (Interview COMECEb).

Die COMECE hat die Vertreter der Regierungen von Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Österreich, Polen und den Niederlanden kontaktiert, während die Regierungen von Portugal und Spanien nur von der jeweiligen nationalen Bischofskonferenz kontaktiert wurden (vgl. Interview COMECEb). Positiv gegenüber einem „Kirchenartikel“ waren Belgien, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Österreich und Polen eingestellt (vgl. Interview COMECEb).

Die Regierungsvertreter der 15 Mitgliedstaaten wurden von den nationalen Bischofskonferenzen und von der COMECE getrennt kontaktiert und zwar per Brief, persönlich und telefonisch (vgl. Interview COMECEb). Die Regierungsvertreter der Beitrittskandidaten wurden von den nationalen Bischofskonferenzen kontaktiert (vgl. Interview COMECEb).

Die COMECE hat sich bei ihrer Interessenvertretung für die Aufnahme eines „Kirchenartikels“ in den Verfassungsvertrag auf die Mitglieder des Konvents konzentriert und keine Kontakte zu allen Mitgliedern der nationalen Parlamente, zu Fraktionen im EP oder zu Ständigen Vertretungen gehabt (vgl. Interview COMECEb).

Briefe an einen nationalen Regierungschef kamen von der jeweiligen nationalen Bischofskonferenz (vgl. Interview COMECEb).

Von der COMECE wurden auch die Vertreter der nationalen Parlamente Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Österreichs kontaktiert – davon waren nur die Vertreter Frankreichs ablehnend (vgl. Interview COMECEb). Alle Vertreter der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten wurden ebenfalls von den nationalen Bischofskonferenzen kontaktiert (vgl. Interview COMECEb).

In Kontakt mit Politikern auf nationaler Ebene standen auch von Seite der CSC die Kirchen in Irland, in Österreich, in der Slowakei, in Slowenien und in Tschechien (vgl. Jenkins 2002: 23).

Vertreter des EPs und die beiden Vertreter der Kommission wurden von der COMECE kontaktiert – per Stellungnahme, telefonisch und persönlich (vgl. Interview COMECEb). Zu den kontaktierten MEPs zählen Elmar Brok (D), Timothy Kirkhope (UK), Alain Lamassoure (F), Inigo Mendez de Vigo (E), Antonio Tajani (I), Klaus Hänsch (D), Andrew Duff (UK), Sylvia-Yvonn Kaufmann (D) und Jens-Peter Bonde (DK) (vgl. Interview COMECEb). Positiv gegenüber einem „Kirchenartikel“ waren Brok, Lamassoure, Mendez de Vigo, Tajani und Hänsch (vgl. Interview COMECEb). Gegen einen „Kirchenartikel“ waren Kirkhope, Duff und Bonde (DK) (vgl. Interview COMECEb). „[W]ir waren bei dem britischen Liberalen Andrew Duff [...].

Der sagte: ‚[...] [W]arum müssen wir das da reinschreiben? Ist doch klar. Das ist nicht nötig, das da reinzuschreiben’. Da haben wir gesagt: ‚Doch, es ist nötig, denn es gibt diese Beispiele, diese Beispiele und so weiter’. Und er hat sich dann zumindest nicht dagegen ausgesprochen“ (Interview COMECEb).

Erneut wird die Arbeitsteilung zwischen europäischer Ebene, für die die COMECE zuständig ist, und der nationalen Ebene, die von den nationalen Bischofskonferenzen bedient wird, bei der Interessenvertretung im Konvent sichtbar.

Stellungnahmen für das nationale Ministerium oder das nationale Parlament haben die nationalen Bischofskonferenzen abgegeben (vgl. Interview COMECEb). Teilweise habe es auch Anhörungen der nationalen Parlamente zum Konvent gegeben, bei denen sich die nationalen Bischofskonferenzen eingebracht hätten (vgl. Interview COMECEb).

Zudem übermittelte die COMECE ihre Position an das Präsidium des Konvents schriftlich, telefonisch und persönlich (vgl. Interview COMECEb). Sie stand auch in Kontakt zum Sekretariat des Präsidiums des Konvents (vgl. Interview COMECEb).

An allen Sitzungen des Konvents haben Vertreter der CSC bzw. der EKD und der COMECE teilgenommen. „Es war immer jemand da und das war extrem gut, um die Atmosphäre zu fühlen, um zu sehen, wie reagiert der Konvent [...]“ (Interview COMECEb).

Die Eröffnung der Regierungskonferenz zur Vertragsrevision

Am 04.10.2003 wurde die Regierungskonferenz zur Vertragsrevision eröffnet, deren Grundlage der vom Konvent ausgearbeitete Entwurf für einen Verfassungsvertrag war (vgl. Rat der Europäischen Union 2003c).

Konsultation der CSC-Mitgliedskirchen: Analyse und Ausblick zum Verfassungsvertrag

Vom 23. bis 25.10.2003 fand eine Konsultation der CSC-Mitgliedskirchen in Form einer Konferenz zum Thema „Die EU-Verfassung und die Kirchen“ statt. Ziel der Tagung war es, den Entwurf des Verfassungsvertrags zu analysieren und die Perspektiven der Regierungskonferenz aus Sicht der Kirchen zu bewerten (vgl. CSC 2003c). Zudem soll die Konsultation dazu beitragen, zu klären, welche Rolle Kirchen während der Zeit der Regierungskonferenz und der Ratifizierung des Vertrags spielen können und wie die Implementation des Verfassungsvertrags und hier insbesondere des „Kirchenartikels“ aussehen könnte (vgl. CSC 2003d). An der Tagung nahmen neben 60 Kirchenleitern auch die EU-Kommissarin für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und der deutsche und slowakische Botschafter bei der EU teil (vgl. CSC 2003e). Dazu gab die CSC insgesamt drei Pressemitteilungen heraus und berichtete in der KEK-Zeitschrift „Monitor“ (vgl. CSC 2003c; CSC 2003d; CSC 2003e; CSC 2003f).

Der Abschluss der Regierungskonferenz

Der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ wurde in überarbeiteter Form im Vergleich zum Entwurf des Konvents am 18.06.2004 angenommen und am 29.10.2004 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet. Am Artikel für die Kirchen, der sich in Art. I- 52 fand, hatte sich bis auf einen Einschub nichts verändert. Er lautete: „1. The Union respects and does not prejudice the status under national law of churches and religious associations or communities in the Member States. 2. The Union equally respects the status under national law of philosophical and non-confessional organisations. 3. Recognising their identity and their specific contribution, the Union shall maintain an open, transparent and regular dialogue with these churches and organisations“ (Conference of the Representatives of the Governments of the Member States 2004: Constitution/en 54-55).

Die Kirchen begrüßen öffentlich die Annahme des Verfassungsvertrags

Am Tag nach der politischen Einigung auf den Verfassungsvertrag, dem 19.06.2004, begrüßten der Generalsekretär der COMECE, die KEK sowie der Vorsitzende der DBK gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Rates der EKD den Verfassungsvertrag in jeweils einer Pressemitteilung (vgl. COMECE 2004a; CSC 2004; EKD/DBK 2004). Am 23.06.2004 äußerte sich auch der Exekutivausschuss der COMECE auf dem Wege einer Pressemitteilung erfreut über die Annahme des Verfassungsvertrags (vgl. COMECE 2004b).

Die COMECE und die GEKE bewerten den Verfassungsvertrag

Am 11.03.2005 veröffentlichte die COMECE ein Papier mit dem Titel „Vertrag über eine Verfassung für Europa. Elemente für eine Evaluierung“, in dem der „Kirchenartikel“ und dessen Bestimmungen positiv bewertet werden (vgl. COMECE 2005a: 15-16).

Am 09.05.2005 bezeichnete die GEKE in einer Pressemeldung den Verfassungsvertrag als positive Basis für das Zusammenleben und drückte ihre Unterstützung für die Ratifikation des Vertrags aus (vgl. GEKE 2005a). Wie die COMECE gab sie ein Papier heraus, dass Elemente des Verfassungsvertrags vorstellte und aus Sicht der Kirchen bewertete (vgl. GEKE 2005b).

Die CSC äußert sich zu geplanten Referenda

Am 26.05.2005 begrüßte die CSC den Verfassungsvertrag als einen Schritt hin zu einem zusammenwachsenden und wert-basierten Europa und drückte ihre Hoffnung aus, dass die Referenda tatsächlich dazu dienen, über den Verfassungsvertrag abzustimmen und nicht Kritik an nationalen Regierungen oder anderen Themen und Entwicklungen der EU zu äußern (vgl. CSC 2005c).

Das Scheitern der Ratifikation des Verfassungsvertrags und die Zeit der Reflexion

Für das Inkrafttreten des Vertrags zum geplanten Termin am 01.11.2006 war eine Ratifikation in allen 25 Mitgliedstaaten nach dem jeweiligen Recht – durch Beschluss des Parlaments oder durch ein Referendum – nötig (vgl. Art. IV-447 in: Conference of the Representatives of the Governments of the Member States 2004: Constitution/en 340). Die Ratifikation des Vertrags konnte nicht in allen Mitgliedstaaten erfolgreich abgeschlossen werden: Die Bürger stimmten im Frühjahr 2005 in Frankreich (29.05.2005) und in den Niederlanden (01.06.2005) gegen den Vertrag. Daraufhin erklärten die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen am 16. und 17.06.2005, dass eine Zeitspanne der Reflexion nötig sei: „This period of reflection will be used to enable a broad debate to take place in each our countries, involving citizens, civil society, social partners, national parliaments and political parties. [...] The European institutions will also have to make their contribution, with the Commission playing a special role in this regard.” (Europäischer Rat 2005: 2).

Das Ende der Zeit der Reflexion und die Revision des Verfassungsvertrags

Nach zwei Jahren wurde die Zeit der Reflexion beim Treffen des Europäischen Rats am 21. und 22.06.2007 offiziell beendet. Es wurde beschlossen, eine Regierungskonferenz einzuberufen und einen Reformvertrag zu erarbeiten (vgl. Rat der Europäischen Union 2007: 2). Im Mandat der Regierungskonferenz heißt es: „The constitutional concept, which existed in repealing all existing Treaties and replacing them by a single text called ‘Constitution’, is abandoned” (Council of the European Union 2007: 2). „The IGC is asked to draw up a Treaty (hereinafter called ‘*Reform Treaty*’) [...]. The *Reform Treaty* will introduce into the existing Treaties, which remain in force, the innovations resulting from the 2005 IGC [...]” (Council of the European Union 2007: 2; kursiv i. O.). Der Reformvertrag sollte aus zwei Verträgen bestehen: dem Vertrag über die EU und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (dem umbenannten Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der der Tatsache Rechnung trägt, dass der Europäischen Union Rechtspersönlichkeit verliehen wird) (vgl. Council of the European Union 2007: 2). In beiden Verträgen sollten sich keine (terminologischen) Anleihen an den Charakter einer Verfassung finden (vgl. Council of the European Union 2007: 3).

Die COMECE begrüßt die Regierungskonferenz

Die COMECE gab zwei Pressemitteilungen heraus, in der Beschluss, eine Regierungskonferenz einzuberufen, begrüßt wurde – einmal von der COMECE und einmal von ihrem Generalsekretär (vgl. COMECE 2007a; COMECE 2007b).

Die Regierungskonferenz und der Vertrag von Lissabon

Die Regierungskonferenz wurde am 23.07.2007 eröffnet und schloss ihre Arbeiten am 18.10.2007 ab. Der Reformvertrag wurde am 13.12.2007 in Lissabon unterzeichnet und wird nach dem Ort der Unterzeichnung auch Vertrag von Lissabon genannt. Er trat am 01.12.2009 in Kraft und stellt seither das geltende Primärrecht der EU dar. Der „Kirchenartikel“ findet sich im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und hier in Art. 17 zu „Religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften“: „(1) Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht. (2) Die Union achtet in gleicher Weise den Status, den weltanschauliche Gemeinschaften nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften genießen. (3) Die Union pflegt mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“.

„Die Kirchen werden offizielle Dialogpartner der EU“: 01.12.2009

Am 30.11.2009 begrüßte der Vorsitzende der DBK das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon: „Mit dem Vertrag von Lissabon finden die Kirchen erstmals Eingang in die EU-Verträge. Die Europäische Union verpflichtet sich in Art. 17 des Vertrags über die Arbeitsweise der Union, das national geregelte Staat-Kirche-Verhältnis zu achten und nicht zu beeinträchtigen. Darüber hinaus wird die Europäische Union nach dem neuen EU-Vertrag einen ‚offenen, transparenten und regelmäßigen‘ Dialog mit den Kirchen führen. Der Lissabon-Vertrag begründet damit auch formal ein positives Verhältnis der Europäischen Union zu den Kirchen und Religionen. Dies ist nicht nur ein Gewinn für die Kirchen, sondern vor allem auch für die Europäische Union. Gemeinsam mit den Bischöfen aus den anderen Mitgliedstaaten, die in der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (ComECE) zusammengeschlossen sind, ist die Deutsche Bischofskonferenz bereit, diesen konstruktiven Dialog mit der Europäischen Union zu führen“ (vgl. DBK 2009). Am 01.12.2009, dem Tag des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon, veröffentlichte die COMECE eine Pressemitteilung mit dem Titel „Die Kirchen werden offizielle Dialogpartner der EU“ (vgl. COMECE 2009c).

Im Dezember 2009 veröffentlichte die CSC einen Bericht über den Vertrag von Lissabon, in dem sie den Prozess hin zum neuen EU-Primärrecht schilderte und den Vertrag bewertete (vgl. CSC 2009b).

Der „Kirchenartikel“ als erfolgreiches, ökumenisches Projekt

Der Erfolg, einen „Kirchenartikel“, der die „Amsterdamer Kirchenerklärung“ aufnimmt und sie um eine Dialogbestimmung ergänzt, im Primärrecht zu verankern, wurde darin gesehen, dass die Kirchen hinter dem Vorschlag, der drei Absätze beinhaltete, standen (vgl. Interview

COMECEb). Der Erfolg ergab sich durch ein zielorientiertes und kohärentes Vorgehen (vgl. Interview COMECEb).

Fazit

Die Interessenvertretung der Kirchen für eine Festschreibung des Schutzes ihres Handlungsraumes bzw. ihres Status in den Mitgliedstaaten vor einem Eingriff durch die EU sowie für eine regelmäßige Beteiligung der Kirchen an EU-Rechtsetzungsmaßnahmen in Form eines Dialogs nahm eine große Zeitspanne in Anspruch, bevor sie von Erfolg gekrönt war: Das erste Papier der EKD datiert von 1991 und der „Kirchenartikel“ wurde 2009 rechtsverbindlich. Der Anstoß, sich für diese Interessen einzusetzen, kam von der EKD, der mitgliederstärksten und reichsten nicht-römisch-katholischen Kirche. Gemeinsam zunächst mit der DBK und dann mit den anderen Mitgliedskirchen der Dachorganisationen COMECE und EECCS brachte die EKD ihre Interessen ein. Die Kirchen erarbeiteten konkrete Formulierungsentwürfe für primärrechtliche Normen und griffen dabei auf Experten zurück: Sie ließen sich von auf Staatskirchenrecht spezialisierten Juristen beraten.

Nicht alle Mitgliedskirchen der COMECE und der EECCS begrüßten den Vorstoß der beiden deutschen Kirchen und machten ihn sich zu eigen. Insbesondere die Formulierungen für einen „Kirchenartikel“ wurden diskutiert. Die Kirchen griffen ausschließlich auf Insider-Strategien zurück, um den Vertretern der nationalen Regierungen im Vorfeld und während der Regierungskonferenz zur Überarbeitung des Vertrags von Maastricht ihre Positionen zu übermitteln. Die beiden Dachorganisationen mit EG-Bezug kooperierten zwar, indem sie sich austauschten, konnten sich aber zunächst nicht auf eine gemeinsame Formulierung für die angestrebten primärrechtlichen Normen einigen: Vor der Eröffnung der Regierungskonferenz im Frühjahr 1996 gab es einen Vorschlag der COMECE und einen Vorschlag der EECCS. Erst ein Jahr später konnte ein von den Mitgliedskirchen beider Dachorganisationen getragener Formulierungsvorschlag für primärrechtliche Normen an die nationalen Regierungsvertreter übermittelt werden. Im Vertrag von Amsterdam fand sich kein „Kirchenartikel“, sondern in der Schlussakte eine „Kirchenerklärung“, die nicht rechtsverbindlich war.

Um einen „Kirchenartikel“ im Vertrag über eine Verfassung für Europa, dessen Entwurf von einem Konvent erarbeitet wurde, zu verankern, arbeiteten die Dachorganisationen COMECE und CSC vorbildlich zusammen: Die Zusammenarbeit wurde frühzeitig vereinbart und institutionalisiert in Form von gemeinsamen Sitzungen der AGs „EG Rechtsetzung“ und einer „Task Force“ bestehend u. a. aus dem Direktor der CSC, dem Generalsekretär der COMECE und den Sekretären der genannten AGs. Die Kirchen erarbeiteten gemeinsame Formulie-

rungsvorschläge für primärrechtliche Normen, gaben gemeinsame Positionspapier heraus und gingen in Gruppen mit ökumenischer Zusammensetzung zu persönlichen Gesprächen mit Konventsmitgliedern. Sie griffen auf Insider- (Positionspapiere, Telefonate, Gespräche, Briefe, E-Mails, Präsenz in allen Konventssitzungen) und auf Outsider-Strategien (Pressemitteilungen, Berichte in internen Zeitschriften bzw. Newslettern) zurück. Die Adressaten für die kirchliche Interessenvertretung waren die Konventsmitglieder, die sich aus Vertretern von Regierungen, Vertretern nationaler Parlamente, Vertretern des EPs und Vertretern der Kommission zusammensetzten. So konnte die Arbeitsteilung zwischen den Dachorganisationen (EU-Ebene) und ihren Mitgliedskirchen (nationale Ebene) gelockert werden: Vertreter der Dachorganisationen kontaktierten nationale politische Akteure in ihrer Eigenschaft als Konventsmitglieder. Zudem wurden die Positionspapiere auf die Internetplattform des Konvents eingestellt und allen Konventsmitgliedern übermittelt. Dies kann als Vorteil gegenüber der üblichen Arbeitsteilung gesehen werden, da auch Vertreter von Regierungen über die Position der Kirchen informiert wurden, zu denen die nationalen Kirchen keinen Kontakt gesucht hätten. Gleichwohl wurden die Mitgliedskirchen der Dachorganisationen dazu aufgerufen, den Kontakt zu nationalen Konventsmitgliedern zu suchen und so die Interessen der Kirchen ebenfalls vorzutragen und ihre Dringlichkeit zu unterstreichen. So wurden teilweise Regierungsvertreter nicht nur von einer oder von beiden Dachorganisationen, sondern auch von Kirchen unterschiedlicher Kirchenfamilien mit Hauptsitz in ihrem Staat kontaktiert. Die Positionspapiere der Dachorganisationen wurden teilweise durch Positionspapiere der Mitgliedskirchen flankiert.

Darüber hinaus nutzten die Kirchen die Gelegenheit, bei der Anhörung der Zivilgesellschaft einen Sprecher in einer der Kontaktgruppen zu stellen und somit für alle Konventsmitglieder sichtbar in Erscheinung zu treten und ihre Interessen vorzubringen. Wie gezeigt wurde, gingen die Kirchen im Hinblick auf die Stellung eines Sprechers in einer Kontaktgruppe strategisch vor. Zudem nahmen die Kirchen auch Gelegenheiten wahr, ihre Interessen zu verankern. Ein herausragendes Beispiel ist die „Christophersen-Klausel“.

Konventsmitglieder, die für die Interessen der Kirchen von besonderem Interesse waren (wie die Mitglieder der AG „Ergänzende Zuständigkeiten“), wurden verstärkt kontaktiert. Die klare Mehrheit der Strategien der Interessenvertretung, denen sich die Kirchen bedienten, um einen „Kirchenartikel“ im EU-Primärrecht zu verankern, waren auch nach der Zeit des Inkrafttretens des Vertrags von Amsterdam Insider-Strategien.

Ein Blick auf diejenigen Kirchen, deren Handeln als mitgliederstärkste und ressourcenstärkste Kirchen in der jeweiligen Kirchenfamilie in dieser Fallstudie besondere Beachtung finden

sollte, zeigt erhebliche Unterschiede im Engagement für einen „Kirchenartikel“. Während die EKD, von der der Anstoß für eine Norm im EU-Primärrecht mit Bezug zu Kirchen kam, und die DBK stark in die Interessenvertretung für einen „Kirchenartikel“ involviert waren und auf eine ganze Palette von Strategien (alleine, gemeinsam oder im Verbund mit den Dachorganisationen) zurückgriffen, haben sich die Kirche von England und das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland nicht eigenständig für einen „Kirchenartikel“ eingesetzt: Aus den vorliegenden Primärquellen des EKD-Büros und der beiden CSC-Büros geht nicht hervor, ob die Kirchen persönlichen oder schriftlichen Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern gesucht und realisiert haben. Keine der beiden Kirchen hat auf die Möglichkeit zurückgegriffen, eine Stellungnahme beim Konvent einzureichen. Es sei darauf hingewiesen, dass die Kirche von England einem „Kirchenartikel“ im EU-Primärrecht kritisch gegenüber stand. Dies könnte der Grund dafür sein, dass sie keine Interessenvertretung in dieser Angelegenheit betrieb. Das Katholische Bistum der Alt-Katholiken bezog bislang keine Stellung zu gesellschaftspolitischen Themen und betrieb keine Interessenvertretung (vgl. E-Mail des Katholischen Bistums der Alt-Katholiken in Deutschland an die Verfasserin dieser Arbeit vom 01.12.2011) – so auch nicht im Hinblick auf einen „Kirchenartikel“. Die Kirche von Griechenland setzte sich – allerdings erst nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam – für einen „Kirchenartikel“ ein: Sie berief eine Europa-Kommission ein, gab eine Stellungnahme für den Konvent ab, organisierte im Jahr 2003 eine Konferenz und stand in Kontakt mit griechischen Konventsmitgliedern. Über eine eigenständige Interessenvertretung der Italienischen Bischofskonferenz, deren Handeln als mitgliederstärkste römisch-katholische Kirche in dieser Fallstudie besondere Beachtung finden sollte, liegen keine Informationen vor.

IX. Die Kirchen und die EU – Fazit und Ausblick

Das mit dieser Arbeit verknüpfte Hauptziel war, einen Beitrag zur Verringerung der Forschungslücke zur Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem unter Rückgriff auf den theoretischen Ansatz des Multi-Level-Governance zu leisten. Das Hauptziel sollte durch vier Unterziele erreicht werden: (1) der Erbringung des Nachweises, dass Kirchen als Interessenorganisationen begriffen werden können, (2) der Analyse, ob sich Kirchen überhaupt in ihrer Interessenvertretung europäisiert haben und welche Kirchen dies getan haben, (3) der theoretischen Erklärung der gegebenenfalls gefundenen Unterschiede in der Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen sowie (4) der Analyse der Strategien der Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem allgemein und anhand

zweier konkreter politischer Entscheidungsfindungsprozesse. Anhand der vier Fragen, die in dieser Arbeit beantwortet werden sollten, werden im Folgenden die Ergebnisse der Arbeit dargestellt und diskutiert.

Sind Kirchen Interessenorganisationen bzw. was sind Kirchen?

Von der Definition des Begriffs „Interessenorganisation“ hängt ab, ob Kirchen mit diesem Begriff erfasst werden können oder nicht. Der Tatsache, dass der Begriff sowohl für Organisationen mit materieller bzw. eigennütziger Zielsetzung als auch für solche, die keine materiellen oder eigennützigen Ziele verfolgen, verwendet wird, wurde in dieser Arbeit mit einer grundlegenden Betrachtung des Begriffs begegnet. Der Begriff wurde dazu in seine Bestandteile „Interesse“ und „Organisation“ zerlegt und zur Erläuterung wurde auf soziologische und wirtschaftswissenschaftliche Zugänge zurückgegriffen. Unter „Organisationen“, so wurde festgestellt, können Kollektive mit dem Ziel der Erstellung bestimmter Ressourcen oder Leistungen, formell geregelter Mitgliedschaft, funktionaler und hierarchischer Struktur und einer durchsetzbaren Verfassung verstanden werden (vgl. Esser 2000: 5; 239-240). Mit Blick auf die primäre Zielsetzung von Organisationen können Profit-Organisationen von Non-Profit-Organisationen unterschieden werden. Aus der Betrachtung der Begriffsgeschichte geht hervor, dass „Interesse“ mit dem Ziel einer Bedürfnisbefriedigung verbunden ist. Dieses Bedürfnis kann materieller oder nicht-materieller Art sein. Die Handlung, die mit dem Begriff „Interesse“ verknüpft ist, kann sowohl eigennützige als auch allgemeinwohlbezogene Ziele haben. Organisationen verfolgen ihr Primärziel rational. Daher versuchen sie, den Inhalt von geplanten Rechtsetzungsmaßnahmen zu beeinflussen oder diese zu verhindern und auf diese Weise mögliche negative Konsequenzen für ihre Primärzielerreichung abzuwehren bzw. abzumildern. Natürlich können Organisationen auch grundsätzlich anstreben, für politische Akteure als Ansprechpartner zu fungieren. Organisationen werden somit erst zu Interessenorganisationen – genauer gesagt, sie werden als solche tätig –, wenn sie versuchen, den politischen Prozess zu beeinflussen.

Kirchen können den Non-Profit-Organisationen zugeordnet werden. Ihr Primärziel ist die Verkündung des Evangeliums. Von anderen Organisationen unterscheiden sich Kirchen dadurch, dass sie sich als von Gottes Sohn gestiftet und als Werk Gottes verstehen. In dieser Arbeit wurden Kirchen daher als „Non-Profit-Organisationen ‚mit himmlischem Auftrag‘“ bezeichnet. Von anderen Organisationen, die einen Bezug zu Gott als einer überweltlichen Macht herstellen, unterscheiden sich Kirchen in dem Sinne, dass sie sich ausschließlich auf die Bibel als Primärquelle beziehen und Beziehungen mit anderen Kirchen aufgeschlossen

gegenüber stehen. Das Ziel von Kirchen bedingt ein breites Handlungsfeld: Das kirchliche Handeln zielt auf die Beurteilung und Lösung politischer und sozialer Fragen im Geist des Evangeliums. So sind Kirchen keine single-issue-Organisationen, sondern many-issues-Organisationen. Sie setzen sich für ein aus ihren Glaubensvorstellungen gespeistes Modell gesellschaftlichen Zusammenlebens ein.

Legt man einen breiten, nicht auf materielle Ziele verengten Interessenbegriff zu Grunde, können Kirchen mit dem Begriff „Interessenorganisationen“ erfasst werden. Das breite Handlungsfeld prädestiniert sie geradezu dazu, als Interessenorganisationen tätig zu werden.

Haben Kirchen ihren Wahrnehmungshorizont und ihren politischen Handlungsraum um die EU-Ebene erweitert und sich auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems eingestellt?

Um diese Frage zu beantworten, wurde in dieser Arbeit eine empirische Bestandsaufnahme aller Kirchen mit Hauptsitz in der EU vorgelegt. Die 151 Kirchen lassen sich fünf Kirchenfamilien zuordnen: der alt-katholischen, der anglikanischen, der evangelischen, der orthodoxen und der römisch-katholischen. Einige dieser Kirchen haben sich zu Dachorganisationen mit Bezug zur E(W)G bzw. EU zusammengeschlossen bzw. sind diesen Dachorganisationen beigetreten. Es gibt heute eine pan-europäische *Dachorganisation der nicht-römisch-katholischen Kirchen* (KEK), deren Organisation CSC für die Begleitung der Entwicklungen auf EU-Ebene und für den Austausch der Mitgliedskirchen zu EU relevanten Themen zuständig ist und ein Büro in Brüssel sowie eines in Straßburg unterhält. Alle sechs alt-katholischen, alle sechs anglikanischen, elf der 48 baptistischen und mennonitischen, die Heilsarmee, 45 der 56 lutherischen und reformierten Kirchen, alle drei methodistischen und sieben der acht orthodoxen Kirchen mit Hauptsitz in der EU sind Mitglied in der KEK und damit auch in der CSC. Eine *Dachorganisation der evangelischen Kirchen*, die erst seit 2001 entschieden hat, den politischen Prozess auf EU-Ebene stärker zu begleiten, ist die GEKE. In dieser Organisation sind 39 der 56 lutherischen und reformierten Kirchen sowie die drei methodistischen Kirchen mit Hauptsitz in der EU Mitglied. Sie unterhält kein eigenes Büro in Brüssel oder Straßburg. In der *Dachorganisation der römisch-katholischen Bischofskonferenzen*, die den politischen Prozess der EU beobachten und Interessenvertretung gegenüber den EU-Organen betreiben soll (COMECE), sind alle 23 Bischofskonferenzen mit Hauptsitz in der EU Mitglied. Sie hat ein Büro in Brüssel.

Dass die Interessenvertretung gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament von den Dachorganisationen COMECE und CSC übernommen wird, wäh-

rend den Mitgliedskirchen die Interessenvertretung gegenüber nationalen Akteuren zukommt, zeugt davon, dass sich die Kirchen auf die Gegebenheiten des europäischen Mehrebenensystems eingestellt haben. Beide Dachorganisationen rufen – insbesondere vor Sitzungen des Rats, dem gesetzgebenden Organ der EU, das sich aus den nationalen Fachministern zusammensetzt – ihre Mitgliedskirchen dazu auf, den Kontakt mit nationalen politischen Akteuren zu suchen und die kirchlichen Interessen darzulegen. Viele Mitgliedskirchen wenden sich jedoch nicht an nationale politische Akteure. Dies hat zur Konsequenz, dass der nationale Fachminister nicht über die Position der Kirchen mit Hauptsitz in dem betreffenden EU-Staat informiert wurde und gegebenenfalls nur wenige aller Fachminister.

Einige der 151 Kirchen mit Hauptsitz in der EU haben sich über die Mitgliedschaft in den Dachorganisationen COMECE und CSC hinaus in ihrer Interessenvertretung europäisiert, indem sie sich administrativ angepasst haben. Sie haben Referentenstellen für EU-Angelegenheiten eingerichtet sowie Ausschüsse zu EU-Angelegenheiten gebildet, die kirchlichen Entscheidungsgremien berichten. Ferner haben einige Kirchen Mitarbeiter für einen gewissen Zeitraum zur Mitarbeit in die Büros der Dachorganisationen in Brüssel bzw. Straßburg abgeordnet oder eigene Verbindungsbüros in Brüssel eröffnet. Wieviele ihrer Mitgliedskirchen einen Referenten für EU-Angelegenheiten haben, ist den Dachorganisationen nicht bekannt, wie aus den von der Verfasserin geführten Interviews hervorging. Ausschüsse zur Begleitung von EU-Angelegenheiten haben beispielsweise die DBK, die EKD, die Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland, die Kirche von England und die Kirche von Griechenland gebildet. Auch hier ist den Dachorganisationen nicht bekannt, wieviele Mitgliedskirchen einen solchen Ausschuss eingerichtet haben. Die zu den Dachorganisationen COMECE und CSC auf dem Wege eines Secondments abgeordneten Mitarbeiter kamen von der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Finnland gemeinsam mit der Kirche von Schweden, der Italienischen Bischofskonferenz, der Kirche A. B. von Elsaß und Lothringen, der Kirche von England, der Kirche von Schottland im Verbund mit der britischen methodistischen Kirche, der Heilsarmee und der Presbyterianischen Kirche von Irland, der Kirche von Schottland sowie der Österreichischen Bischofskonferenz. Zudem arbeitete ein Mitarbeiter der GEKE im Brüsseler Büro der CSC mit. Es gibt heute vier Verbindungsbüros von Kirchen in Brüssel: Die EKD, die Kirche von Griechenland, die Kirche von Zypern und die Rumänische Orthodoxe Kirche sind in der „Hauptstadt der EU“ präsent. Die Kirche von England hat einen Repräsentanten in Brüssel, der in den Räumen der dortigen anglikanischen Gemeinde untergebracht ist.

Warum haben sich gegebenenfalls manche Kirchen in ihrer Interessenvertretung europäisiert und andere nicht?

Wie in Kapitel V gezeigt wurde, haben sich nicht alle Kirchen in ihrer Interessenvertretung europäisiert, in dem Sinne, dass sie Mitglied bei einer der beiden Dachorganisationen sind, oder eigenständig Interessenvertretung gegenüber den EU-Organen betreiben. Zudem konnten Unterschiede im Grad der Europäisierung der Interessenvertretung festgestellt werden: Einige Kirchen unterhalten im Gegensatz zu anderen Kirchen ein Verbindungsbüro, haben einen Repräsentanten in Brüssel oder haben für eine gewisse Zeit einen Mitarbeiter ins Büro der Dachorganisation in Brüssel oder Straßburg abgeordnet. In Kapitel VI wurde den Gründen für diese Unterschiede in der Europäisierung der Interessenvertretung nachgegangen und dazu Erklärungsfaktoren betrachtet, die aus dem theoretischen MLG-Ansatz gewonnen wurden. Es konnte bestätigt werden, dass die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen von der *Stellung der Kirchen im nationalen politischen System* abhängt: Keine Kirche mit Hauptsitz in einem Mitgliedstaat, der mit Blick auf das Staatskirchenrecht dem Idealtyp des Trennungsmodells zugeordnet werden kann, hat ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet oder einen Mitarbeiter zu ihrer Dachorganisation entsendet. Dies haben lediglich Kirchen mit Hauptsitz in Mitgliedstaaten, die dem Staatskirchenmodell oder dem Kooperationsmodell zugeordnet werden können, getan. Wie gezeigt wurde, ist die Mitgliedschaft in Dachorganisationen unabhängig von der Stellung im nationalen politischen System. Die kirchliche Autonomie im nationalen politischen System war, wie gezeigt wurde, kein Erklärungsfaktor für die Mitgliedschaft in Dachorganisationen, für die Unterhaltung eines eigenständigen Verbindungsbüros oder für Secondments in den Dachorganisationen. In der Literatur wurde der Zugang zu den nationalen politischen Akteuren als weiterer Erklärungsfaktor für die Europäisierung der Interessenvertretung ausgemacht. Dieser Erklärungsfaktor wurde in dieser Arbeit mit Blick auf Kirchen überprüft. Da zum Zugang aller 151 Kirchen mit Hauptsitz in der EU zu ihren jeweiligen nationalen politischen Akteuren keine Informationen vorliegen, wurde in dieser Arbeit der Zugangsversuch in den Blick genommen. Dieser ist mit dem *politischen Selbstverständnis* von Kirchen verknüpft. Aus einem Bericht der ehemaligen Leiterin des EKD-Büros in Brüssel konnte die Information gewonnen werden, dass es Kirchen gibt, die sich als kritische Stimme zum Staat und in der Gesellschaft verstehen, und solche, die sich als prophetische Stimme verstehen. Lediglich erstere bringen ihre Interessen in den politischen Prozess ein. Durch die von der Verfasserin geführten Interviews und aus dem erwähnten Bericht konnten einige Kirchen der jeweiligen Kategorien identifiziert werden. Wie gezeigt wurde, gehören alle Kirchen, die ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhalten und alle Kir-

chen, die einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet haben, und über die Informationen zu ihrem politischen Selbstverständnis vorliegen, zu Kirchen in der Tradition der kritischen Solidarität. Zudem haben vier Kirchen, über deren politisches Selbstverständnis keine Informationen vorliegen, alleine oder gemeinsam einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet. Als weiterer Erklärungsfaktor für die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen wurden die *finanziellen Ressourcen* betrachtet. Da keine Informationen zu den finanziellen Ressourcen aller 151 Kirchen vorliegen, wurden von der Verfasserin Idealtypen der Kirchenfinanzierungsarten gebildet und die Kirchen diesen zugeordnet. Die Verfasserin unterschied zwischen zwei Idealtypen: dem Staatsfinanzierungsmodell und dem Selbstfinanzierungsmodell. Das letztere wurde in ein Mitgliedsbeitragsmodell, ein Vermögensmodell und ein Spendenmodell unterteilt. Wie gezeigt wurde, hat keine Kirche, die dem Idealtyp des Spendenmodells zugeordnet wurde, ein Verbindungsbüro in Brüssel eröffnet oder allein einen Mitarbeiter zu ihrer Dachorganisation entsendet. Mehrere Kirchen, die dem Spendenmodell zugeordnet werden können, haben gemeinsam mit einer Kirche, die dem Vermögensmodell zugeordnet werden kann, auf die Strategie des Secondments zurückgegriffen. Die Mitgliedschaft in den Dachorganisationen ist unabhängig von Kirchenfinanzierungsmodellen. Auffallend war, dass von den beiden reichsten Kirchen, der DBK und der EKD, nur die letzte ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhält und die DBK auch keinen Mitarbeiter zur Dachorganisation abgeordnet hat. Von den drei Erklärungsfaktoren, die aus dem theoretischen Ansatz des Multi-Level-Governance gewonnen wurden, konnte keiner die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen für sich allein erklären.

Da sich erkennen ließ, dass nur bestimmte Kirchen aus einem Mitgliedstaat, in dem mehrere Kirchen Mitglied in einer der beiden Dachorganisationen waren, sich über die Mitgliedschaft in der jeweiligen Dachorganisation hinaus engagierten, wurden als alternative Erklärungsfaktoren die *Mitgliederzahl* sowie die Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie in den Blick genommen. Wie gezeigt wurde, sind die jeweils mitgliederstärksten Kirchen der jeweiligen Kirchenfamilie – mit Ausnahme der alt-katholischen Kirchen – auf besondere Weise in Brüssel vertreten. Die mitgliederstärksten anglikanischen, evangelischen und orthodoxen³²⁷ Kirchen unterhalten ein Verbindungsbüro in Brüssel bzw. haben dort einen Repräsentanten. Die mitgliederstärkste römisch-katholische Kirche hat kein Verbindungsbüro in Brüssel, aber einen Mitarbeiter zur COMECE entsendet. Auf Secondments in den Dachorganisationen griffen die mitgliederstärkste anglikanische Kirche, die mit Blick auf die Mitgliederzahl an zweiter, vierter und

³²⁷Die Kirche von Griechenland war bis 2007 die mitgliederstärkste orthodoxe Kirche und hatte ein Verbindungsbüro in Brüssel. Seit 2007 ist Rumänien Mitglied der EU und die Rumänische Orthodoxe Kirche ist die mitgliederstärkste Kirche mit Hauptsitz in einem Mitgliedstaat.

sechster Stelle stehenden evangelischen Kirchen, mitgliederärmere evangelische Kirchen (teilweise) im Verbund mit anderen evangelischen Kirchen, die mitgliederstärkste römisch-katholische Kirche und die mit Blick auf die Mitgliederzahl an 13. Stelle stehende römisch-katholische Kirche zurück. Es konnte festgehalten werden, dass lediglich eine Kirche mit weniger als einer Million Mitgliedern alleine einen Mitarbeiter in das Büro der Dachorganisation entsendet hat. Ein Verbund aus drei Kirchen mit weniger als einer Million Mitgliedern und aus einer Kirche mit über einer Million Mitgliedern hat einen Mitarbeiter zur CSC entsendet. Als letzter Erklärungsfaktor wurde die *Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie* untersucht. Es konnte festgehalten werden, dass keine römisch-katholische Kirche ein eigenständiges Verbindungsbüro in Brüssel unterhält. Das Verbindungsbüro der Österreichischen Bischofskonferenz bestand nur sechs Jahre und wurde 2003 in die COMECE eingegliedert. Ebenso unterhält keine alt-katholische Kirche ein Verbindungsbüro in Brüssel. Eine evangelische und drei orthodoxe Kirchen haben ein solches eröffnet, während eine anglikanische Kirche einen Repräsentanten hat. Auf Secondments in den Dachorganisationen haben eine anglikanische, mehrere evangelische und zwei römisch-katholische Kirchen und keine alt-katholische oder orthodoxe Kirche zurückgegriffen. Die Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie erklärt nicht, warum bestimmte Kirchen über die Mitgliedschaft in den Dachorganisationen hinaus aktiv werden und andere nicht.

Es konnte gezeigt werden, dass keiner der untersuchten Erklärungsfaktoren (Stellung im nationalen Kontext, Zugang zu nationalen politischen Akteuren, finanzielle Ressourcen, Mitgliederzahl, Zugehörigkeit zur Kirchenfamilie) alleine die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen erklären kann.

Die Europäisierung der Interessenvertretung von Kirchen kann lediglich durch eine Kombination der genannten Erklärungsfaktoren sowie Erklärungen für individuelle Fälle bzw. Ausreißer (z. B. das Büro der Kirche von Zypern oder das Nicht-Engagement der Kirche von Dänemark) erklärt werden, so ist ein Ergebnis dieser Arbeit. Grundlegende Voraussetzung für die Europäisierung der Interessenvertretung ist, dass die betrachtete Kirche überhaupt Interessenvertretung betreibt: Wenn man sich nicht auf nationaler Ebene als Lobbyist betätigt, tut man dies auch nicht auf EU-Ebene. In zukünftigen Forschungsarbeiten sollte das Verhältnis von politischem Selbstverständnis der Kirchen mit Hauptsitz in einem Mitgliedstaat und dem Staatskirchenrecht dieses Mitgliedsstaats genauer erforscht werden. Beispielsweise könnten einige oder alle Kirchen mit Hauptsitz in einem Mitgliedstaat, der dem Trennungsmodell zugeordnet werden kann, oder in einem Mitgliedstaat, dessen politisches System jahrzehntelang

vom Sozialismus geprägt war, ihre Interessenvertretung aufgegeben und sich auf die Position der prophetischen Stimme zurückgezogen haben.

Allgemein wäre viel gewonnen, wenn zukünftige Forschungsarbeiten der Frage nachgingen, ob und falls ja, warum es Unterschiede im Zugangsversuch zu nationalen politischen Akteuren, im realisierten Zugang und in den Strategien der Interessenvertretung zwischen den Kirchen mit Hauptsitz in einem Mitgliedstaat gibt.

Wie gezeigt werden konnte, sind es die mitgliederstärksten Kirchen der jeweiligen Kirchenfamilien (mit Ausnahme der alt-katholischen), die sich über die Mitgliedschaft in der Dachorganisation hinaus engagieren. Neben den mitgliederstärksten Kirchen der jeweiligen Kirchenfamilien engagieren sich einige weitere Kirchen mehr als andere, indem sie ein Verbindungsbüro unterhalten oder Mitarbeiter in die Büros der Dachorganisationen entsenden.

Es sei noch einmal betont, dass lediglich Kirchen, die über ausreichend finanzielle Ressourcen verfügen, ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhalten oder alleine einen Mitarbeiter ins Büro ihrer Dachorganisation abordnen können.

Ein Ergebnis dieser Arbeit ist, dass alle Kirchen, die ein Verbindungsbüro in Brüssel unterhalten bzw. über einen Repräsentanten verfügen oder die einen Mitarbeiter zur Dachorganisation entsendet haben und über die gleichzeitig Informationen zu ihrem politischen Selbstverständnis vorliegen, sich als kritische Stimme verstehen. Auffällig ist, dass nicht alle sechzehn Kirchen, über die die Information vorliegt, dass sie sich als kritische Stimme verstehen, auf diese Strategien der Interessenvertretung zurückgegriffen haben: Lediglich neun Kirchen haben dies getan. Auffallend ist, dass sechs derjenigen sieben Kirchen, die sich zwar als kritische Stimme verstehen, aber nicht über die bloße Mitgliedschaft in der Dachorganisation hinaus aktiv geworden sind, römisch-katholische Kirchen sind. Es ist zu vermuten, dass dies an der Struktur der römisch-katholischen Kirchen bzw. der COMECE liegt. Zukünftige Forschungsarbeiten sollten daher die Strukturen der römisch-katholischen Kirche in den Blick nehmen. Zudem hat die Evangelische Waldenserkirche, obwohl sie sich als kritische Stimme versteht, kein Verbindungsbüro eröffnet oder einen Mitarbeiter zur CSC entsendet. Es kann angenommen werden, dass die Evangelische Waldenserkirche nicht auf diese Strategien der Interessenvertretung zurückgegriffen hat, da sie nicht über ausreichend finanzielle Ressourcen verfügt: Sie ist auf Spenden angewiesen.

Mit welchen Strategien versuchen Kirchen ihre Interessen in konkreten Fällen in den politischen Prozess der EU einzubringen?

Wie in Kapitel V und in den beiden Fallstudien in Kapitel VII und VIII gezeigt wurde, greifen Kirchen und ihre Dachorganisationen auf vielfältige Strategien zurück, um ihre Interessen in den politischen Prozess der EU einzubringen. Festgehalten werden kann, dass sich die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen nicht von denjenigen von Regionen und Wirtschaftsverbänden unterscheiden. Kirchen und ihre Dachorganisationen greifen sowohl auf Insider- als auch auf Outsiderstrategien zurück. Sie suchen und realisieren persönlichen bzw. telefonischen Kontakt und legen ihre Position in Briefen, E-Mails und Stellungnahmen dar. Zudem sind sie in Ausschusssitzungen des EPs präsent. Zu den von den Kirchen und ihren Dachorganisationen realisierten Outsider-Strategien zählen Pressemitteilungen, Interviews mit Personen mit Leitungsfunktionen, Berichte zu bestimmten Themen, Artikel von Mitarbeitern in nationalen Fachzeitschriften sowie die Durchführung von Veranstaltungen. Zudem kooperieren Kirchen, indem sie Informationen austauschen, sich gemeinsam an politische und administrative Akteure wenden oder gemeinsame Stellungnahmen und Pressemitteilungen herausgeben. Sie arbeiten auch mit dem Ziel zusammen, sich gemeinsam um EU-Fördermittel zu bewerben (z. B. im Rahmen der „Soul-Initiative“).

In zwei Fallstudien wurden die Strategien der Interessenvertretung von Kirchen nachgezeichnet. Wie durch die Methode der Prozess-Analyse gezeigt werden konnte, reagieren Kirchen auf politische Entwicklungen: Sie verstärken beispielsweise ihre Interessenvertretung vor wichtigen Entscheidungen (z. B. E-Mails an Abgeordnete vor der Entscheidung zum Siebten FRP oder Besuche der „Task Force“ der COMECE und der CSC bei Konventsmitgliedern vor der Diskussion des Kirchenartikels). Ferner nehmen sie Gelegenheiten wahr, ihre Interessen zu verankern (z. B. „Christophersen-Klausel“), oder begrüßen oder bedauern öffentlich die gefällten politischen Entscheidungen. Sie handeln zielorientiert und zweckrational. Zudem konnte gezeigt werden, dass Kirchen bereits aktiv werden, wenn ein Thema, im Hinblick auf das sie ihre Interessen in den politischen Prozess der EU einbringen wollen, auf die politische Agenda kommt (z. B. Brief von DBK und EKD an Kommissare und den Kommissionspräsidenten vor dem Vorschlag zum Siebten FRP).

Die gemeinsame Interessenvertretung von Kirchen birgt, wie gezeigt wurde, Herausforderungen: Eine gemeinsame Interessenvertretung von Kirchen kann nur stattfinden, wenn Konsens über das zu vertretende Interesse besteht. Dies gilt sowohl für die Dachorganisation (hier insbesondere die CSC) als auch für die Kooperation der COMECE und der CSC. Wie gezeigt wurde, konnte die Dachorganisation CSC keine Position im Hinblick auf die Frage der Förde-

rung von heSF im Kontext der Rahmenprogramme vertreten, da die Mitgliedskirchen unterschiedliche Positionen zur heSF hatten. Zudem konnte auch keine Kooperation mit der COMECE in dieser Frage realisiert werden.

In dieser Arbeit wurde gezeigt, dass Kirchen ihre Ziele rational verfolgen: Sie wenden die Regel der Nutzenmaximierung an und führen Handlungen aus, die ihre Ziele aus ihrer Perspektive unter Berücksichtigung der Handlungsbeschränkungen, denen sie sich gegenübersehen, in höchstem Maße realisieren.

Ausblick

In dieser Arbeit konnte keine Vollerhebung der 151 Kirchen mit Hauptsitz in der EU durchgeführt werden, da die Autorin als Einzelperson nicht über die finanziellen und sprachlichen Möglichkeiten verfügte. Zukünftige Forschungsarbeiten sollten wünschenswerterweise in einem Forschungsprojekt, in das mehrere Personen eingebunden sind und das mit finanziellen Mitteln für eine Vollerhebung per Fragebogen und für Interviewreisen in die Mitgliedstaaten ausgestattet ist, stattfinden. Die 151 Kirchen sollten u. a. befragt werden, wie ihr politisches Selbstverständnis ist, ob sie ihre Interessen in den nationalen politischen Prozess einbringen und falls nein, warum nicht, ob sie die Interessenvertretung auf EU-Ebene als relevant ansehen, ob sie sich administrativ auf die EU eingestellt haben und falls ja, wie, und falls nein, warum nicht.

Zukünftige Forschungsarbeiten könnten die Strategien der Interessenvertretung von allen 151 Kirchen mit Hauptsitz in der EU erheben und betrachten, ob sich die Strategien je nach Mitgliedstaat, in dem die Kirchen ihren Hauptsitz haben, unterscheiden und ob dies mit dem jeweiligen Staat-Kirchen-Modell korreliert. Beispielsweise könnte die Vermutung überprüft werden, ob Kirchen aus Mitgliedstaaten, die dem Trennungsmodell zugeordnet werden können, ausschließlich oder zumindest mehr als Kirchen aus anderen EU-Staaten auf Outsider-Strategien zurückgreifen.

Im Verlauf dieser Arbeit ist deutlich geworden, dass es ein großes Defizit an Forschungsarbeiten zur Interessenvertretung von Kirchen in den 27 EU-Mitgliedstaaten gibt. Dass solche Forschungsarbeiten kaum vorhanden sind, birgt erhebliche Herausforderungen für die Untersuchung der Interessenvertretung von Kirchen im europäischen Mehrebenensystem. Es wäre ein großer Gewinn für die politikwissenschaftliche Forschung zur Interessenvertretung allgemein und zur Interessenvertretung von Kirchen im Besonderen, wenn Sammelbände ähnlich denen der Staatskirchenrechtler (vgl. Robbers 2005b) realisiert werden könnten, in denen For-

scher aus jedem Mitgliedstaat die Interessenvertretung von Kirchen in ihrem Mitgliedstaat nach einem einheitlichen Schema analysieren und präsentieren würden.

Im Hinblick auf Erklärungsfaktoren für kirchliche Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem wurde in dieser Arbeit deutlich, dass der Zusammenhang zwischen politischem Selbstverständnis von Kirchen und dem Staatskirchenrecht des Mitgliedstaats, in dem sie ihren Hauptsitz haben, ungeklärt ist. Zukünftige Forschungsprojekte sollten der Frage nachgehen, wie sich das politische Selbstverständnis von Kirchen und das Staatskirchenrecht historisch entwickelt haben. Es ist zu vermuten, dass das heutige politische Selbstverständnis und die Interessenvertretung von Kirchen in den einzelnen Mitgliedstaaten von der historischen Entwicklung des Staatskirchenrechts beeinflusst wurden. Dazu könnten Einzelfallstudien durchgeführt werden. Politikwissenschaftler könnten dies in einem Forschungsprojekt, in das auch Geschichtswissenschaftler, Theologen und Juristen eingebunden sind, verwirklichen.

Grundsätzlich könnte die Forschung zur Interessenvertretung von Kirchen von interdisziplinär zusammengesetzten Forschergruppen profitieren, da das Thema sowohl politikwissenschaftliche, theologische (Sozialethik, Kirchengeschichte), juristische (Öffentliches Recht) und geschichtswissenschaftliche (Neuere und Neueste Geschichte) Forschungsgebiete berührt. Dazu ist es nötig, die Scheu abzulegen, Kirchen in ihrer Eigenschaft als Interessenorganisation wissenschaftlich zu begegnen. Diese Scheu ist nicht nur bei Politikwissenschaftlern vorhanden, wie die geringe Beschäftigung mit kirchlicher Interessenvertretung zeigt, sondern insbesondere auch bei Theologen. Dass diese Scheu ihren Ursprung in einem verengten Verständnis und der negativen Zuschreibung des Begriffs „Interesse“ hat, konnte in dieser Arbeit gezeigt werden. Die Herausforderung, mit der Forschungsarbeiten zum Thema „Interessenvertretung von Kirchen“ wohl auch weiterhin umgehen müssen, ist, dass auch diejenigen Kirchen, die Interessenvertretung betreiben, verneinen, Interessenvertreter zu sein. Dies wurde u. a. deutlich, als die COMECE, die CSC, die DBK und die EKD Interessenvertretung dafür betrieben, nicht im „Register der Interessenvertreter“ der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments zu erscheinen – mit der Begründung, sie seien keine Interessenvertreter³²⁸. Seit

³²⁸ In einem Brief vom 21.06.2010 an und im Nachgang eines Treffens am 27.05.2010 mit dem Vizepräsidenten der Kommission und Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung, Maroš Šefčovič, haben COMECE, CSC, das Kommissariat der deutschen Bischöfe und der Bevollmächtigte des Rats der EKD unterstrichen: „We are in dialogue with the European Union as religious entities with a specific contribution to make, not as a lobby group. For this reason we need to ensure that our participation in the [European Transparency; LK] Initiative does not prejudice or distort our status, nature or dignity“ (COMECE/CSC et al. 2010: 1).

Herbst 2011 heißt das „Register der Interessenvertreter“ nun „Transparenzregister“³²⁹ und Kirchen erscheinen dort unter „Organisationen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften vertreten“³³⁰. Auch die Verfasserin dieser Arbeit streitet nicht ab, dass Kirchen mehr sind als Interessenorganisationen. Es war die Eigenschaft als Interessenorganisationen, die in dieser Arbeit untersucht wurde.

³²⁹ COMECE, CSC, das Kommissariat der deutschen Bischöfe und das EKD-Büro haben sich in ihrem Brief vom 21.06.2010 an die Europäische Kommission für eine Umbenennung des Registers der Interessenvertretung in „Transparency Registration System“ eingesetzt. „[T]he naming of the Register of Interest Representatives [...] is for us the most important and essential change required to the instrument“ (COMECE/CSC et. al. 2010: 1). In ihrem Schreiben schlagen sie weitere technische Änderungen am Register vor: (1) eine durch verschiedene Internetblätter sichtbare Unterscheidung zwischen Kirchen auf der einen und Lobbyisten und anderen Gruppen (philosophische/nicht-konfessionnelle Organisationen) auf der anderen Seite, (2) eine Einführung und eine Erklärung der spezifischen Position und des Selbstverständnisses von Kirchen sowie (3) die Entfernung jeglicher Referenz zum Begriff „Lobbyist“ und die Verwendung der Terminologie „Interessenvertreter“ nur auf Internetseiten, die klar lobbyistischen Akteuren gewidmet sind (vgl. COMECE/CSC et al. 2010: 2; meine Nummerierung).

³³⁰ vgl. <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/statistics.do?action=prepareView> (17.04.2012).

X. Literaturverzeichnis

Abromeit, Heidrun 1989: Sind die Kirchen Interessenverbände?, in: Abromeit, Heidrun/Wewer, Göttrik (Hrsg.): Die Kirchen und die Politik, Beiträge zu einem ungeklärten Verhältnis, Opladen: Westdeutscher Verlag, 244-260.

Abromeit, Heidrun/Stoiber, Michael 2006: Demokratien im Vergleich. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme, Wiesbaden: VS Verlag.

Alemann, Ulrich von 1987: Organisierte Interessen in der Bundesrepublik, Opladen: Leske+Budrich.

Alemann, Ulrich von 1996: Was sind Verbände?, in: Informationen zur politischen Bildung: 253, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=XUZ8YK&page=2 (12.05.2011) [Die Seite gibt es nicht mehr].

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2002a: Beschluss Nr. /15132002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006). L 232. 29.8.2002, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:232:0001:0033:DE:PDF> (20.03.2012).

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2002b: Rat. Entscheidung des Rates vom 30.9. 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006). (2002/834/EG). 29.10.2002, L292, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:294:0001:0043:DE:PDF> (20.03.2012).

Andreescu, Gabriel/Andreescu, Liviu 2009: Church and State in Post-Communist Romania: Priorities on the Research Agenda, in: Journal for the Study of Religions and Ideologies, 8: 24, 19-45, <http://jsri.ro/ojs/index.php/jsri/article/view/263> (29.03.2012).

Archiv der COMECEa: Debatte um embryonale Stammzellforschung, in: Europe Infos Nr. 79, 4, Archiv der COMECE in Brüssel.

Archiv der COMECEb: EU-Forschung mit menschlichen Embryonen: COMECE-Sekretariat reagiert, in: Europe Infos Nr. 84, 2. Archiv der COMECE in Brüssel.

Archiv der COMECEc: Innovation und Ethik. Leitartikel, in: Europe Infos Nr. 85, 1. Archiv der COMECE in Brüssel.

Archiv der COMECEd: 7. Forschungsrahmenprogramm vor dem Abschluss, in: Europe Infos. Nr. 87, 2. Archiv der COMECE in Brüssel.

Archiv der COMECE: Europäische Forschung von 2007 bis 2013, in: Europe Infos Nr. 90, 2. Archiv der COMECE in Brüssel.

Archiv der CSC Ia: EKD-Büro Brüssel. Az. 7247/1. Vermerk „Human embryonic stem cell research under the 6th Framework Programme for Research“-Bericht zum interinstitutionellen Seminar am 24. April 2003 in Brüssel. Brüssel, den 29.04.2003. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC Ib: EKD-Büro Brüssel. Vermerk: Vorschlag für Guidelines der Kommission zu der Forschungsförderung von humanen embryonalen Stammzellen im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU. Brüssel, den 11.07.2003. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC Ic: E-Mail von COMECE an CSC vom 09.07.2003. „COMECE regrets European Commission guidelines on stem cell research“. Press Release -9 July 2003- immediate. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC Id: KEK Working Group on Bioethics 15/16th of April. Overview: ethics on the EU agenda. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC Ie: EKD-Büro Brüssel. Vermerk: Sitzungen des ITRE am 4. und 11. Oktober zum 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) – 2. Arbeitspapier von Buzek vorgestellt. 11. Oktober 2005. Az. 7247/2. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC If: EKD-Büro Brüssel. Vermerk: Berichterstatter legt Berichtsentwurf zum 7. Forschungsrahmenprogramm vor. 17. Januar 2006. Az. 7247/2. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC Ig: EKD-Büro Brüssel. Briefing-Paper zu der Podiumsdiskussion am 23. Februar: „An welchen ethischen Kriterien soll sich die europäische Forschungsförderung orientieren?“. 8. Februar 2006. Az. 7247/2. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC Ih: State of play on 7th framework programme in the EP and the Council (Katrin Hatzinger, EKD). Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC Ii: E-Mail von Hiltrud Breyer an CSC Straßburg vom 10. Mai 2006. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC Ij: Erklärung des Exekutivausschuss der COMECE anlässlich des Wettbewerbsrats und der Abstimmung im ITRE-Ausschuss zum 7. Forschungsrahmenprogramm am 30. Mai 2006 in Brüssel. Brüssel, den 31. Mai 2006. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSC Ik: E-Mail der CSC an MEPs vom 13.06.2006. Objet: 7th Framework Programme – opinion of the Church and Society of CEC. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCII: E-Mail von CSC-Büro Straßburg an den Direktor des CSC-Büros in Brüssel und an die Leiterin der Europaabteilung im Kirchenamt der EKD in Hannover vom 13.6.2006. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIm: Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft. COMECE bestürzt, daß das Europäische Parlament die Instrumentalisierung und Zerstörung menschlicher Embryonen unterstützt. Presseerklärung–15. Juni 2006–Sofort. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIn: Concern: European funding for stem cell research. Brief der CSC an die Mitgliedskirchen vom 06.07.2006. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIo: E-Mail vom CSC-Büro Straßburg an das CSC-Büro in Brüssel vom 05.07.2006. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIp: E-Mail von COMECE an CSC vom 25.07.2006. Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft. Rückschlag für den Embryonenschutz: Die Europäische Union vor einer großen bioethischen Herausforderung. Presseerklärung–25. Juli 2006–sofort. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIQ: EKD-Büro Brüssel. Vermerk: Informationsgespräch am 25. Juli 2006 in der Ständigen Vertretung über die Einigung der EU-Forschungsminister über das 7. Forschungsrahmenprogramm. 26. Juli 2006. Az. 7247/1. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIa: Commission of the Bishops' Conference of the European Community (COMECE). European Ecumenical Commission for Church and Society (EECCS). COMECE-EECCS Joint Committee. Notes of the Meeting held in Brussels on 17 October 1995. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIb: European Ecumenical Commission for Church and Society. Executive Committee – 21/22 November 1996. Relations between the Churches and the European Union. EC/96/29. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIc: Commission of the Bishops' Conference of the European Community (COMECE). European Ecumenical Commission for Church and Society (EECCS). COMECE-EECCS Joint Committee. Minutes of the Meeting held in Brussels on 28 February 1997. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIId: EECCS. Brief des Direktors der EECCS an die Mitgliedskirchen vom 9.4.1997. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIe: Working group on relations with the European Union and EC-legislation.

Archiv der CSCIIIf: European Ecumenical Commission for Church and Society. Executive Committee – 11 and 14 September 1998. Contacts with the European Commission: Proposal of COMECE. EC/98/23. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIg: Letter from the Church and Society Commission of CEC to the Belgian EU Presidency. Brussels, 4 December 2001, in: CSC (Hrsg.): European Churches & The Convention on the Future of Europe. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIh: COMECE (Hrsg.): Building trust among citizens in the future of Europe. Statement by COMECE in view of the European Council of Laeken. 5 December 2001, in: CSC (Hrsg.): European Churches & The Convention on the Future of Europe. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIi: Conference of European Churches. Church and Society Commission. Executive Committee 23/24 April 2002. Working Group on EC Legislation. Meeting on 8/9 February 2002. EC/02/24. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIj: How CEC will work on the Convention. Information Sheet 4. March 2002, in: CSC (Hrsg.): European Churches & The Convention on the Future of Europe. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIk: How churches can respond to the Convention. Information Sheet 5. March 2002, in: CSC (Hrsg.): European Churches & The Convention on the Future of Europe. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIII: Conference of European Churches. Church and Society Commission. Executive Committee – 20/21 September 2002. Convention on the Future of Europe. EC/02/39. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIIm: Conference of European Churches. Church and Society Commission. Working Group on EC Legislation. Meeting on 13/14 September 2002. EC/02/38. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIIn: Conference of European Churches. Church and Society Commission. Executive Committee. Madrid, 11-12 March 2003. Working Group on EC Legislation. Meeting on 07/08 February 2003. EC/23/03. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIo: COMECE. Entwurf des Artikels 37 des Verfassungsvertrags der Europäischen Union. Presseerklärung – 4. April 2003. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der CSCIIp: COMECE – Commission of the Bishops' Conferences of the European Community. CEC – Church and Society Commission of the Conference of European Churches. Churches welcome draft EU Constitution. Press Release – 27 May 2003. Archiv der CSC in Straßburg.

Archiv der EKDIa: Bericht über die Frühjahrsvollversammlung der ComECE am 7. und 8. März 2002 in Lille. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIb: E-Mail von COMECE an EKD vom 03.12.2003. Ministerrat kann sich nicht auf Grenzen bei Finanzierung der Stammzellforschung einigen. Pressemitteilung -3. Dezember 2003. Az. 7247/2. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIc: Brief des Bevollmächtigten des Rates der EKD und des Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe an den Präsidenten der Europäischen Kommission vom 21. März 2005. Az. 7247/2. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIId: Brief der Europäischen Kommission, Beratergremium für europäische Politik, im Auftrag des Kommissars für Wissenschaft und Forschung an den Bevollmächtigten des Rates der EKD vom 13.07.2005. Az. 7247/2. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIe: Brief des Bevollmächtigten des Rates der EKD und des Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe an die Bundesministerin für Bildung und Forschung vom 22. November 2005. Az. 7247/2. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIIf: E-Mail des EKD-Büros in Brüssel an alle deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments vom 08.06.2006. Az. 7247/2. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIIfa: Brief des Bevollmächtigten des Rates der EKD und des Leiters des Kommissariats der Deutschen Bischöfe an Herrn Staatsminister Dr. Werner Hoyer, Auswärtiges Amt, vom 14. April 1997. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIIfb: Brief des Vorsitzenden des Rates der EKD und des Vorsitzenden der DBK an Bundeskanzler Helmut Kohl vom 4. Juli 1997. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIIfc: Brief des Stellvertreters des Bevollmächtigten des Rates der EKD an den Leiter des Bereichs Kirche und Gesellschaft im Sekretariat der DBK vom 29.01.2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIIfd: Gespräch über die Strategie der EKD im Rahmen der Zukunftsdebatte/Konvent/Forum, 22. Januar 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIIfe: Ergebnisprotokoll. Sitzung der Arbeitsgruppe EU Zukunftsdebatte (Konvent/Forum/Verfassungstext) am 22. Januar 2002, 11.00-15.00 Uhr in Hannover. Brüssel, 14. Februar 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIIff: Formulierungsvorschläge der EKD für die EU Zukunftsdebatte (Konvent/Forum/Verfassungstext). Brüssel, 21. Februar 2001. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIIfg: Church and Society Commission of the Conference of European Churches. COMECE – Commission of the Bishops' Conferences of the European Community. Press Release – 31 January 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIH: Entwurf. Vorlage für die Sitzung der Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland am 20./21. März 2002 in Cottbus. A.: 7201. 25. Februar 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIi: Protokoll– Telefonkonferenz. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIj: Brief des EKD-Büros an Herrn Dr. Klaus Hänsch vom 4. März 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIk: MEMO. Meeting with Klaus Hänsch MEP, 5-3-2002 – Brief report. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIl: EU/Konvent; Die Katholischen Kirchen wollen gleichwertige Stimme, in: Bulletin Quotidien Europe Nr. 8167. Samstag 9. März 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDI m: Bericht über die Frühjahrsversammlung der ComECE am 7. und 8. März 2002 in Lille. Alland/Brüssel, 14. März 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDI n: Brief des Kirchenamts an die Gliedkirchen der EKD vom 2. April 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDI o: Vermerk zum Briefing 26. März, 14.30. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDI p: Meeting with Anne-Marie Sigmund, Member of ECOSOC, 10 April 2002, brief report. Az. 7200/11. Archiv der EKD In Brüssel.

Archiv der EKDI q: Besuch bei Erzbischof Christodoulos, Griechisch Orthodoxe Kirche am 7. Mai 2002, Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDI r: Brief von Staatssekretär Gunter Pleuger an den Ratsvorsitzenden der EKD vom 7. Mai 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDI s: E-Mail von EKD an CSC und COMECE vom 14. Mai 2002. Betreff: meetings with members of the European Convention. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDI t: E-Mail-Wechsel zwischen CSC und COMECE vom 21. Mai 2002. Betreff: Convention Contact Groups. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDI u: E-Mail-Wechsel zwischen CSC und COMECE vom 23. Mai 2002. Subject: Convention Working Groups and NGO Hearing. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIv: Vorbereitung der Tagung des Konvents, die der Zivilgesellschaft gewidmet ist. 24. Mai 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIw: E-Mail von EKD an Niederländische Reformierte Kirche vom 27. Mai 2002. Betreff: 4. Konventssitzung und Kontakt mit Rene van der Linden. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIx: E-Mail von COMECE an COMECE und CSC vom 27. Mai 2002. Betreff: Bref Rapport sur la réunion au CES. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIy: Brief des Vorsitzenden der DBK und des Vorsitzenden des Rates der EKD an die deutschen Konventsmitglieder von Mai 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIz: E-Mail von EKD an CSC und COMECE vom 5. Juni 2002. Betreff: note on the meeting with Peterle. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIaa: Bericht über die Sitzung der ComECE-Rechtskommission am 5. Juni 2002. Prof. Dr. Franz Eckert. Integrationsbeauftragter im Generalsekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIbb: EKD. Pressemitteilung. 73/2002. Europäische Kirchen bringen sich in die Wertebildung der EU ein. EKD-Repräsentanten nahmen am Treffen mit Kommissionspräsident Prodi teil. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIcc: Notiz zum Gespräch SvZ mit dem Leiter der Vertretung des Landes Baden-Württemberg Herrn Richard Arnold und seinem Mitarbeiter Herr Jauernig am 21.06.2002, 12.00 Uhr. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIdd: Leuenberger Kirchengemeinschaft. Exekutivausschuss. Entwurf der Stellungnahme des Exekutivausschusses der Leuenberger Kirchengemeinschaft (Gemeinschaft protestantischer Kirchen in Europa) zur Arbeit des EU-Konvents über die Zukunft Europas. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIee: Gemeinsame Stellungnahme des Kommissariats der deutschen Bischöfe und des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland aus Anlaß der Anhörung vor den EU-Ausschüssen von Bundestag und Bundesrat zum Europäischen Verfassungskonvent am 36. Juni 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIff: EKD-Büro Brüssel. Vermerk zur Vorbereitung des Gesprächs des Ratsvorsitzenden mit dem Konventsmitglied Peter Glotz über den Konvent zur Zukunft Europas am 2. Juli um 19.00 Uhr in Berlin. 26. Juni 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIigg: Katholisches Büro in Berlin. Vermerk für Herrn Prälat Jüsten zu den Positionen der Kirchen zur europäischen Verfassungsentwicklung für das Gespräch von Kardinal Lehmann mit Herrn Prof. Glotz am 2. Juli 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIhh: Brief des EKD-Büros in Brüssel an die Rechtsabteilung des Kirchenamts der EKD vom 25.7.2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIiii: E-Mail vom EKD-Büro Brüssel an das Büro des Bevollmächtigten des Rats in Berlin vom 2. Juli 2002. Betreff: Formulierungsvorschläge der Kirchen fuer eine kuenftige europaeische Verfassung. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIjjj: Vorlage für die Sitzung der Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland am 4./5. September 2002 in Hannover. Betreff. Aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene. Hannover, den 15. August 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIkk: Vermerk. Anliegen der Kirchen: Künftiger Verfassungsvertrag muss sicherstellen, dass die EU keine Kompetenz zur Regelung des Staatskirchenrechts hat. 6. September 2002, Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIlll: E-Mail von COMECE an EKD vom 30. September 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIImm: Kurzvermerk – Gespräch mit Prof. Robbers über die Auslegung der „Christophersen“-Klausel und Möglichkeiten, einen Religionsartikel in einem künftigen Verfassungsvertrag zu verankern. EKK-Büro Brüssel, Az. 7200/11. 2. Oktober 2002. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIInn: E-Mail von EKD an CSC vom 3. Oktober 2002. AZ. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIoo: Verfassungsrechtlicher Status der Kirchen als nationale Identität – Bewertung des Stands der Arbeiten der Konvents AG „Ergänzende Zuständigkeiten“ und mögliche weitere [sic!] Strategien der EKD. EKD-Büro Brüssel, Az. 7200/11. 9. Oktober 2002. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIpp: E-Mail von EKD an Joachim Würmeling vom 15. Oktober 2002. Betreff: „status of the churches and religious communities“. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIqq: E-Mail von EKD an CSC und COMECE vom 20. November 2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Archiv der EKDIrr: Konferenz Europäischer Kirchen (KEK). Kommission Kirche und Gesellschaft. Sabine von Zanthier. Rede zur Klausurtagung EPP 8.-10.11.2002. Az. 7200/11. Archiv der EKD in Brüssel.

Arx, Urs von 2011: Amt und Kirchenleitung, http://www.utrechter-union.org/pagina/106/amt_und_kirchenleitung (12.07.2011).

Auernheimer, Gustav 2006: Orthodoxie und Nation: Zum Verhältnis von Religion und Politik in Griechenland, in: Behr, Hartmut/Hildebrandt, Matthias (Hrsg.): Politik und Religion in der Europäischen Union. Zwischen nationalen Traditionen und Europäisierung, Wiesbaden: VS Verlag, 255-278.

Auswärtiges Amt 2011: Reise & Sicherheit. Übersicht. Bulgarien. Stand: Dezember 2011, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Bulgarien_node.html (30.03.2012).

Bache, Ian/Flinders, Matthew (Hrsg.) 2004a: Multi-level Governance, Oxford: Oxford University Press.

Bache, Ian/Flinders, Matthew 2004b: Themes and Issues in Multi-level Governance in: dies. (Hrsg.): Multi-level Governance, Oxford: Oxford University Press, 1-11.

Badelt, Christoph (Hrsg.) 1997: Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

Basdevant-Gaudemet, Brigitte 2005: State and Church in France, in: Robbers, Gerhard. (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 157-186.

Barnett, James (Hrsg.) 2005a: A Theology for Europe. The Churches and the European Institutions, Bern: Peter Lang.

Barnett, James 2005b: A Spectator Calls, in: ders. (Hrsg.): A Theology for Europe. The Churches and the European Institutions, Bern: Peter Lang, 25-45.

Barnett, James 2005c: La Viande Ovine Anglaise: or, which Sheep do we Follow? An Anglican Anomaly, in: ders. (Hrsg.): A Theology for Europe. The Churches and the European Institutions, Bern: Peter Lang, 219-235.

Behr, Hartmut/Hildebrandt, Mathias (Hrsg.) 2006: Politik und Religion in der Europäischen Union: Zwischen nationalen Traditionen und Europäisierung, Wiesbaden: VS Verlag.

Benz, Arthur/Dose, Nicolai (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. 2., aktualisierte und veränderte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, 69-92.

BEPA 2010a: Archives- GOPA. Dialogue with Religions, Churches and Humanisms-Issues. A Soul for Europe, http://ec.europa.eu/dgs/policy_advisers/archives/activities/dialogue_religions_humanisms/sfe_en.htm (08.06.2011).

BEPA 2010b: Events before 2009,

http://ec.europa.eu/dgs/policy_advisers/activities/dialogues Religions/events_en.htm (14.03.2012).

BEPA 2011a: BEPA- an overview of its history, http://ec.europa.eu/bepa/about/history/index_en.htm (07.06.2011).

BEPA 2011b: Outreach team, http://ec.europa.eu/bepa/activities/outreach-team/index_en.htm (07.06.2011).

BEPA 2012a: Curriculum vitae. Katharina von Schnurbein, http://ec.europa.eu/bepa/docs/cv/katharina_von_schnurbein.pdf (14.03.2012).

BEPA 2012b: Dialogue with churches, religions, and philosophical and non-confessional organisations. Events 2011, http://ec.europa.eu/bepa/activities/outreach-team/dialogue/index_en.htm (14.03.2012).

Berkmann, Burkhard Josef 2008: Katholische Kirche und Europäische Union im Dialog für die Menschen. Eine Annäherung aus Kirchenrecht und Europarecht, Berlin: Duncker&Humblot.

Beyers, Jan 2002: Gaining and seeking access: The European adaption of domestic interest associations, in: European Journal of Political Research, 41, 585-612.

Beyers, Jan 2004: Voice and Access. Political Practices of European Interest Associations, in: European Union Politics, 5:2, 211-240.

Beyers, Jan 2008: Policy Issues, Organisational Format and the Political Strategies of Interest Organisations, in: West European Politics, 31:6, 1188-1211.

Beyers, Jan/Eising, Rainer/Maloney, William 2008: Researching Interest Group Politics in Europe and Elsewhere: Much We Study, Little We Know?, in: West European Politics, 31:6, 1103-1128.

Beyers, Jan/Kerremans, Bart 2007: Critical resource dependencies and the Europeanization of domestic interest groups, in: Journal of European Public Policy, 14:3, 460-481.

Beyme, Klaus von 1969: Interessengruppen in der Demokratie, München: R. Piper+Co. Verlag.

Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.) 2006: Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden: VS Verlag.

Bijsterveld, Sophie C. van 1999: Die Kirchenerklärung von Amsterdam – Genese und Bedeutung mit spezieller Beachtung der Rolle der COMECE, in: öarr, 46:1, 46-51.

Bijsterveld, Sophie C. van 2005: State and Church in the Netherlands, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 367-390.

Böllmann, Friederike 2010: Organisation und Legitimation der Interessen von Religionsgemeinschaften in der europäischen politischen Öffentlichkeit. Eine quantitativ-qualitative Analyse von Europäisierung als Lernprozess in Religionsorganisationen, Würzburg: Ergon Verlag.

Börzel, Tanja A. 1999: Towards Convergence in Europe? Institutional Adaption to Europeanization in Germany and Spain, in: Journal of Common Market Studies, 37: 4, 573-596.

Braun, Dietmar 1999: Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung, Opladen: Leske+Budrich.

Brenner, Beatus 1996: Europa und der Protestantismus, in: EKD (Hrsg.): Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1992/1993. Lieferung 1, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 101- 130.

Bundesministerium für Bildung und Forschung 2006: Bundesforschungsministerin Schavan: „Keine finanziellen Anreize für die Zerstörung von Embryonen“. Pressemitteilung 133/2006. 24. 07.2006, <http://www.bmbf.de/press/1848.php> (06.12.2011).

Burton, Win 2002: Editorial Forward, in: Values, Changes, Hopes. Une étape de l'aventure oecuménique européenne. Brussels 1990-2002. A collection of essays to mark Keith Jenkins' retirement as Director of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches, Brüssel: Church and Society Commission.

Butler, Tom 2007: Response from the Church of England Mission and Public Affairs Council to the Call for Evidence from the Joint Committee on the Draft Human Tissue and Embryos Bill, <http://www.churchofengland.org/media/45705/humantissue.pdf> (29.11.2011).

Campanhausen, Axel Frhr. von (Hrsg.) 2003: Deutsches Staatskirchenrecht zwischen Grundgesetz und EU-Gemeinschaft, Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH.

Canas, Vitalino 2005: State and Church in Portugal, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 439-467.

Casey, James 2005: Church and State in Ireland, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 187-208.

CCEE 2003-2011a: Wesen und Ursprung des CCEE, <http://www.ccee.ch/index.php?&na=1,1,0,0,d> (15.06.2011).

CCEE 2003-2011b: Das Präsidium des CCEE, <http://www.ccee.ch/index.php?&na=1,3,0,0,d> (15.06.2011)

CCEE 2003-2011c: Sekretariat, <http://www.ccee.ch/index.php?&na=1,5,0,0,d> (15.06.2011).

CCEE 2003-2011d: Arbeitsfelder, <http://www.ccee.ch/index.php?&na=2,0,0,0,d> (15.06.2011).

CCEE 2003-2011e: Ökumene, <http://www.ccee.ch/index.php?&na=2,4,0,0,d> (15.06.2011).

CCEE 2011: Übersicht der Mitglieder des CCEE. 10.03.2011, <http://ccee.ch/index.php?&na=1,2,0,0,d,98889> (20.03.2012).

CCEE 2012: Mitgliederzahlen der Bischofskonferenzen in den EU-Staaten entnommen aus dem *Annuario Statisticum Ecclesiae*. E-Mail der CCEE an die Verfasserin dieser Arbeit vom 20.03.2012.

CEC/COMECE/EKD 2003: The European Convention. The evolution of a Constitution for Europe. Reports on the plenary sessions of the Convention. February 2002- July 2003. Joint documentation by Church and Society Commission Conference of European Churches, Evangelical Church in Germany, Commission of the Bishops' Conferences of the European Community: Brussels.

Charta Oecumenica: Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa, <http://www.ekd.de/EKD-Texte/44711.html> (14.12.2009).

Chaves, Mark/Cann, David 1992: Regulation, Pluralism, and Religious Market Structure: Explaining Religion's Vitality, in: *Rationality and Society*, 4: 3, 272-290.

Chelini-Pont, Blandine 2009: Papal Thought on Europe and the European Union in the Twentieth Century, in: *Religion, State&Society* 37:1/2, 131-146.

Chenau, Philippe 1990: *Une Europe vaticane? Entre le Plan Marshall et les Traités de Rome*, Brüssel: Ciaco.

Christkatholische Kirche 2002: Christkatholische Kirche in der Schweiz. Bischof und Synodalrat. Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Forschung an überzähligen Embryonen und embryonalen Stammzellen (Embryonenforschungsgesetz, EFG), per E-Mail vom 29.11.2011 von der Utrechter Union.

Christus Dominus 1965: Dekret Christus Dominus. Über die Hirtenaufgabe der Bischöfe, http://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decree_19651028_christus-dominus_ge.html (15.06.2011).

Churches' Legislation Advisory Service 2007-2011: Welcome, <http://www.cmainc.org.uk/> (10.10.2011).

Classen, Claus Dieter 2011: Art. 17 [Religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften], in: Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard/Nettesheim, Martin (Hrsg.): Das Recht der Europäischen Union. Loseblattsammlung. 46. Ergänzungslieferung, München: C. H. Beck.

Coen, David 2007: Empirical and theoretical studies in EU lobbying, in: Journal of European Public Policy, 14: 3, 333-345.

COMECE 1998: Pour un dialogue entre l'Union européenne et les Eglises. Avis du Secrétariat général de la Commission des Episcopats de la Communauté européenne (COMECE). Juin 1998. Archiv der CSC in Straßburg.

COMECE 2002a: The Future of Europe. Political commitment, values, and religion. Contribution of the COMECE secretariat to the Debate on the Future of the European Union in the European Convention. Brussels, 21 May 2002. Futurum-CD-Rom.

COMECE 2002b: Executive Committee: Global Governance and the European Convention. Press Release – 1 October 2002, <http://www.comece.org/content/site/en/press/pressreleases/index32.html> (19.01.2012) [nur Hinweis, Text der PM nicht verfügbar].

COMECE 2003a: Dismay at European Parliament support for destructive research of human embryos. Press Release – 19 November 2003, <http://www.comece.org/content/site/en/press/pressreleases/index28.html> (20.03.2012) [nur Hinweis, Text der PM nicht verfügbar].

COMECE 2003b: Draft Articles 1-16 of the Constitutional Treaty of the European Union, Press Release – 7 February 2003, <http://www.comece.org/content/site/en/press/pressreleases/index30.html> (19.01.2012) [nur Hinweis, Text der PM nicht verfügbar].

COMECE 2003c: COMECE reaction to Draft EU Constitution, Press Release – 19 June 2003, <http://www.comece.org/content/site/en/press/pressreleases/index28.html> (19.01.2012) [nur Hinweis, Text der PM nicht verfügbar].

COMECE 2004a: COMECE-Generalsekretät begrüßt den neuen Verfassungsvertrag. Generalsekretät begrüßt Verfassungsvertrag. Pressemitteilung? 19. Juni 2004, <http://www.comece.org/content/site/de/presse/pressemitteilungen/index24.html> (31.01.2012) [nur Hinweis, Text der PM nicht verfügbar].

COMECE 2004b: COMECE-Präsidium kommentiert den EU-Verfassungsvertrag. COMECE-Präsidium kommentiert den EU-Verfassungsvertrag. Pressemitteilung ? 23. Juni 2004, <http://www.comece.org/content/site/de/presse/pressemitteilungen/index24.html> (31.01.2012) [nur Hinweis, Text der PM nicht verfügbar].

COMECE 2005a: Vertrag über eine Verfassung für Europa. Elemente für eine Evaluierung. 11. März 2005, http://www.comece.org/site/article_list.siteswift?so=site_article_list&do=site_article_list&c=download&d=article%3A3162%3A1 (31.01.2012).

COMECE 2005b: EU-Forschungsförderung und Ethik. Brüssel, Vollversammlung 16.-18. November 2005, http://www.comece.org/site/article_list.siteswift?SWS=1dc9076069950fe01bd541e29b5d75c5&so=site_article_list&do=site_article_list&c=download&d=article%3A3231%3A1 (07.12.2011).

COMECE 2007a: Das COMECE-Sekretariat begrüßt das Ergebnis des Europäischen Rates, <http://www.comece.org/content/site/de/presse/pressemitteilungen/index16.html> (31.01.2012) [nur Hinweis, Text der PM nicht verfügbar].

COMECE 2007b: Annahme des EU-Reformvertrags: Hoffnung auf die Fortsetzung der europäischen Einigung, <http://www.comece.org/content/site/de/presse/pressemitteilungen/index16.html> (31.01.2012) [nur Hinweis, Text der PM nicht verfügbar].

COMECE 2009a: Satzung der Commissio Episcopatum Communitatis Europensis (COMECE). Endgültiger Text, angenommen am 3. März 1980, <http://www.comece.eu/content/site/de/werwirsind/statuten/index.html> (24.11.2009);

COMECE 2009b: Annual Report 2008. Commission of the Bishop's Conferences of the European Community, Brüssel: COMECE, http://www.comece.org/site/article_list_info.siteswift?SWS=b710cd61c16ebaf77f635792e5236ca6&so=site_article_list&do=site_article_list&c=download&d=article%3A3404%3A1 (29.11.2011).

COMECE 2009c: Die Kirchen werden offizielle Dialogpartner der EU. Pressemeldung – 09/12/01, <http://www.comece.org/content/site/de/presse/pressemitteilungen/index8.html> (31.01.2012) [nur Hinweis, Text der PM nicht verfügbar].

COMECE 2011a: Mitglieds Bischöfe, Bischof-Landkarte, <http://www.comece.org/site/de/werwirsind/mitgliedsbischoefe> (12.07.2011).

COMECE 2011b: Statuto della Commissione degli Episcopati della Comunità Europea (comece), 13.5.2011, <http://www.comece.org/site/de/werwirsind/statuten> (15.06.2011).

COMECE 2011c: Secretariat of COMECE (Commission of the Episcopates of the European Community). Transparenz-Register. Registriernummer: 47350036909-69, <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=47350036909-69> (11.04.2012).

COMECE 2011d: Annual Report 2010, <http://www.comece.org/site/de/aktivitaeten/jahresberichte> (15.6.2011).

COMECE 2001e: Europe infos, die EU aus christlicher Perspektive. Press 17/01/2011., per Mail vom 17.01.2011.

COMECE 2001f: Einladung zur Konferenz "Laborem exercens". Mittwoch, 12. September @ EU Parlament, per Mail vom 13.09.2011. Im Anhang findet sich das Programm und das Poster.

COMECE 2012a: Wer wir sind. Präsentation, <http://www.comece.org/site/de/werwirsind?SWS=f0fbe23c9c9d877b907661f67591130b> (15.03.2012).

COMECE 2012b: Politikfelder, <http://www.comece.org/site/de/aktivitaeten/politikfelder?SWS=422347d88d4e174525c5f590f9173831> (15.03.2012).

COMECE/CSC/Kommissariat der deutschen Bischöfe/EKD 2010: Brief an den Kommissar für Inter-institutionelle Beziehungen und Verwaltung, Maroš Šefčovič, vom 21.06.2010. Re: Churches and the Register of Interest Representatives. Der Verfasserin freundlicherweise vom Generalsekretariat der Europäischen Kommission per E-Mail vom 01.12.2010 zur Verfügung gestellt.

Conférence des représentants de gouvernement des Etats membres 1996a: Note de Couverture. CONF 3940/96. OR.en. Bruxelles, le 3 octobre 1996, http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/cig1996/03940f6.pdf (03.11.2011).

Conférence des représentants de gouvernement des Etats membres 1996b: L'Union européenne aujourd'hui et demain. Adapter l' Union européenne dans l'intérêt des ses citoyens et la préparer pour le futur. Cadre général pour un projet de révision des traités. Dublin II. CONF 2500/96. Limite. Bruxelles, le 5 décembre 1996. OR.en, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/cig1996/02500f6.pdf (03.11.2011).

Conférence des représentants des gouvernements des Etats membres 1997a: Projet de traité d'Amsterdam. CONF 4000/97. Limite. OR.en. Bruxelles, le 12 juin 1997, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/cig1996/04000f7.pdf (04.11.2011).

Conférence des représentants des gouvernements des Etats membres 1997b: Note. Objet: Traité d'Amsterdam dans sa forme définitive. CONF 4004/97. Limite. Bruxelles, le 25 juillet 1997, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/cig1996/04004f7.pdf (04.11.2011).

Conférence des représentants des gouvernements des Etats membres 1997c: Note. Objet: Traité d'Amsterdam dans sa forme définitive en vue de sa signature. CONF 4005/97. Limite. Bruxelles, le 23 Septembre 1997, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/cig1996/04005f7.pdf (23.01.2012).

Conference of the representatives of the governments of the Member States 1996: Cover note. CONF 308/97. Limite. Brussels, 29 January 1997 (03.02). (OR.f), http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/cig1996/03808en7.pdf (03.11.2011).

Conference of the Representatives of the Governments of the Member States 2004: Subject: Treaty establishing a Constitution for Europe. CIG 87/2/04. REV 2. Brussels, 29 October 2004. (OR.fr), <http://consilium.europa.eu/igcpdf/en/04/cg00/cg00087-re02.en04.pdf> (31.01.2012).

Council of the European Union 2007: Note from General Secretariat of the Council to Delegations. Subject: IGC 2007 Mandate. 11218/07. POLGEN 74. Brussels, 26 June 2007, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st11/st11218.en07.pdf> (31.01.2012).

CSC 2000: Therapeutic Uses of Cloning and Embryonic Stem Cells, http://csc.ceceurope.org/fileadmin/filer/csc/Ethics_Biotechnology/ltrcloning-print.htm (28.11.2011).

CSC 2001: A Public Debate on the objectives of the European Union in order to overcome disenchantment. Church and Society Commission Director's Appeal to Laeken Summit. The proposed "Convention" should enter into "structured dialogue" with civil society, churches and religious communities. Pressemitteilung Nr. 01-25. 5. Dezember 2001, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2000_2002_Press_Release_Archive/cq0125e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2002a: Conference of European Churches. Church and Society Commission. First submission to the Convention on the future of Europe. May 2002. Futurum-CD-Rom.

CSC 2002b: Conference of European Churches. "Half-time in the European Convention", <http://www.cec-kek.org/English/HalftimeintheEuropeanConvention-print.htm> (06.12.2010) [Dokument nicht mehr im Internet (16.01.2012)].

CSC 2002c: Monitor. Nr. 38. März 2002, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Monitor/March2002.pdf (31.01.2012).

CSC 2002d: Churches meet Spanish EU Presidency. Pressemitteilung Nr. 02-04. 31. Januar 2002, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2000_2002_Press_Release_Archive/cq0204e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2002e: CEC urges churches to engage in the debate on the future of Europe. Pressemitteilung Nr. 02-09. 22. März 2002, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2000_2002_Press_Release_Archive/cq0209e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2002f: Church and Society Commission comments on Convention on the Future of Europe. Pressemitteilung Nr. 02-14. 29. April 2002, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2000_2002_Press_Release_Archive/cq0214e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2002g: Kommission Kirche und Gesellschaft der KEK und Kirche von Griechenland teilen Anliegen in Bezug auf den EU-Konvent. Pressemitteilung Nr. 02-15. 14. Mai 2002, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2000_2002_Press_Release_Archive/cq0215g-print.htm (31.01.2012).

CSC 2002h: Churches should be “dialogue partners” with European Institutions, CEC Central Committee says to European Convention. Pressemitteilung Nr. 02-19. 10. Juni 2002, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2000_2002_Press_Release_Archive/cq0219e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2002i: Monitor Nr. 40, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Monitor/september2002.pdf (31.01.2012).

CSC 2002j: European Union must be a community of values. Need to acknowledge our religious heritage, CEC says to European Convention. Pressemitteilung Nr. 02-20. 13. Juni 2002, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2000_2002_Press_Release_Archive/cq0220e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2002k: Ecumenical leaders visit European Commission. Pressemitteilung Nr. 02-22. 18. Juni 2002, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2000_2002_Press_Release_Archive/cq0222e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2002l: Churches ask for structured relations between civil society and European institutions. Pressemitteilung Nr. 02-38. 8. Oktober 2002, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2000_2002_Press_Release_Archive/cq0238e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2003a: Draft of EU Constitutional Treaty: CEC asks for full realisation of solidarity. Pressemitteilung Nr. 03-09. 11. Februar 2003, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2003_Press_Release_Archive/cq0309e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2003b: CEC welcomes proposal for special article on churches in European Constitutional Treaty. Pressemitteilung Nr. 03-26. 4. April 2003, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2003_Press_Release_Archive/cq0326E-print.htm (31.01.2012).

CSC 2003c: EU Constitution and the churches: A European consultation in Brussels. Pressemitteilung Nr. 03-41. 21. Oktober 2003, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2003_Press_Release_Archive/cq0341e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2003d: Partnership between political authorities and churches vital for future of Europe, says EU Commissioner. Pressemitteilung Nr. 03-42. 24. Oktober 2003, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2003_Press_Release_Archive/cq0342e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2003e: Churches appeal to the European Union: ensure dialogue with European Institutions. Pressemitteilung Nr. 03-43. 27. Oktober 2003, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2003_Press_Release_Archive/cq0343e-print.htm (31.01.2012).

CSC 2003f: Monitor Nr. 45,
http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Monitor/monitor45.pdf (31.01.2012).

CSC 2004: The European Constitution: a major step in the European integration process and a challenge for the future. Pressemitteilung Nr. 04-30. 19. Juni 2004, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2004_Press_Release_Archive/cq0430e.lbi (31.01.2012).

CSC 2005a: New Issues in Stem cells and Regenerative Medicine,
http://csc.ceceurope.org/fileadmin/filer/csc/Ethics_Biotechnology/Stemcells.pdf (28.11.2011).

CSC 2005b: Brief von Direktor der CSC an CEC Mitglieder und assoziierte Organisationen vom 8.7.2005. Archiv der CSC in Straßburg.

CSC 2005c: Churches welcome the European Constitution as a Step towards a value-based Europe. Pressemitteilung Nr. 05-26. 26. Mai 2005, http://www.ceceurope.org/fileadmin/filer/cec/CEC_Documents/Press_Release_Attachments/Press_Release_Archive_files/2005_Press_Release_Archive/cq0526e.lbi (31.01.2012).

CSC 2006a: Electronic Bulletin. Church and Society Commission of the Conference of European Churches. 1/2006, http://csc.ceceurope.org/fileadmin/filer/csc/Europe_Updates/EuropeUpdate1.pdf (09.11.2011).

CSC 2006b: Values – Religion – Identity. A project organised by the Church & Society Commission of the Conference of European Churches with partners, http://csc.ceceurope.org/fileadmin/filer/csc/European_Integration/ValuesReligionIdentityFinalreport.pdf (10.11.2011).

CSC 2007: Commitment and Compassion. Values, Identity and Religion in Europe. Annual report of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches. 2006, Brüssel: Konferenz Europäischer Kirchen.

CSC 2009a: Religion in the Public Sphere. Dialogue into the future. Annual report of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches. 2008, Brüssel: Konferenz Europäischer Kirchen.

CSC 2009b: CSC Report on the Treaty of Lisbon, http://csc.ceceurope.org/fileadmin/filer/csc/Europe_Updates/EuropeUpdate28Attachment.pdf (31.01.2012).

CSC 2010a: Annual Report 2009: Annual Report of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches, Brüssel: Konferenz Europäischer Kirchen.

CSC 2010b: Dieter Heidtmann wird Studienleiter in Bad Boll. KEK und GEKE würdigen Verdienste um die Stimme der Kirchen gegenüber den EU-Institutionen – Wechsel von Brüssel zur Ev. Akademie Bad Boll zum 1. September 2010, Pressemitteilung Nr. 10/32g, 29.6.2010, http://www.ceceurope.org/news-and-media/news/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=209&tx_ttnews%5BbackPid%5D=17&cHash=aee1637947 (21.06.2010).

CSC 2011a: The Church and Society Commission. Who we are, <http://csc.ceceurope.org/who-we-are/> (17.06.2011).

CSC 2011b: Europe 20: more just, participatory and sustainable? Annual Repro 2010 of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches, Brüssel: Konferenz Europäischer Kirchen.

CSC 2012: Press releases, <http://csc.ceceurope.org/news/> (15.03.2012).

CSC/COMECE 2002a: Brief an den Konventspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing vom 27. September 2002. Futurum-CD-Rom.

CSC/COMECE 2002b: Churches and Religious Communities in a Constitutional Treaty of the European Union (II). Futurum-CD-Rom.

CSC/COMECE/Caritas Europa/Approdev/Eurodiaconia/CIDSE/CCME/ESPACES/OCIPE 2002: Brief an den Konventspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing vom 28. Juni 2002. Futurum-CD-ROM.

Daul, Joseph 2010: Foreword by the Chairman, in: EPP Group in the European Parliament (Hrsg.): EPP Group Intercultural and Interreligious Dialogue. Activity Report 2010, Brüssel: EPP Group in the European Parliament, http://stream.eppgroup.eu/Activities/docs/year2011/intercultural_en.pdf (09.11.2011).

DBK 2009: Der Vertrag von Lissabon ist eine Chance für die Europäische Union. Erzbischof Zollitsch zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Pressemeldung Nr. 147. 30.11.2009, <http://www.dbk.de/presse/details/?presseid=456&cHash=afa4098df54019d871a5afadac9bfe44> (29.02.2012).

DBK 2011a: Katholisches Büro in Berlin, <http://www.dbk.de/ueber-uns/katholisches-buero-berlin/> (10.10.2011).

DBK 2011b: Katholische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten 2010/11. Arbeitshilfe 249, http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen%20und%20Fakten/Kirchliche%20Statistik/Allgemein_-_Zahlen_und_Fakten/Zahlen-Fakten10-11-de.pdf (09.04.2012).

DBK/EKD 2002: Gemeinsame Stellungnahme des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Konvent zur Zukunft Europas. Brüssel, 21. Juni 2002. Futurum-CD-Rom.

Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugung in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Della Porta, Donatella/Caiani, Manuela 2009: Social movements and Europeanization, Oxford: Oxford University Press.

Deutsche Forschungsgemeinschaft 2007: Stammzellforschung in Deutschland – Möglichkeiten und Perspektiven. Stellungnahme der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Oktober 2006, Bonn: Deutsche Forschungsgemeinschaft, http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/reden_stellungnahmen/2006/stammzellforschung_deutschland_lang_0610.pdf (26.08.2011).

Deutsche Forschungsgemeinschaft 2011: Was sind Stammzellen? Standpunkte und Hintergründe zur Stammzellforschung, http://www.dfg.de/dfg_magazin/forschungspolitik_standpunkte_perspektiven/stammzellforschung/was_sind_stammzellen/index.html (26.08.2011).

Doe, Norman 2009: Towards a ‚Common Law‘ on Religion in the European Union, in: Religion, State & Society, 37: ½, 147-166.

Dominus Iesus: Erklärung „Dominus Iesus“ über die Einzigkeit und Heilsuniversalität Jesu Christi und der Kirche, Rom: Kongregation für die Glaubenslehre, http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_con_cfaith_doc_20000806_dominus-iesus_ge.html (15.07.2011).

Dübeck, Inger 2005: State and Church in Denmark, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 55-76.

Dür, Andreas 2008a: How Much Influence Do Interest Groups Have in the EU? Some Methodological Considerations, in: Kohler-Koch, Beate/De Bièvre, Dirk/Maloney, William (Hrsg.): Opening EU-Governance to Civil Society. Gains and Challenges. CONNEX Report Series N° 05, 45-67.

Dür, Andreas 2008b: Interest Groups in the European Union: How Powerful Are They?, in: West European Politics, 31: 6, 1212-1230.

Dür, Andreas/De Bièvre, Dirk 2008: The Question of Interest Group Influence, in: Kohler-Koch, Beate/De Bièvre, Dirk/Maloney, William (Hrsg.): Opening EU-Governance to Civil Society. Gains and Challenges. CONNEX Report Series N° 05, 25-44.

Durand, Jean-Paul/McClean, David/Kämper, Burkhard (Hrsg.) 2007: Die Trennung von Staat und Kirche: Modelle und Wirklichkeit in Europa. Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche (40), Münster: Aschendorff.

Durham, W. Cole 2001: The right to autonomy in religious affairs (Appendix), in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): Church Autonomy: A Comparative Survey, Frankfurt a. M.: Peter Lang, <http://www.strasbourgconsortium.org/document.php?DocumentID=3866> (30.03.2012).

Eder, Manfred 2008: Kirchengeschichte. 2000 Jahre im Überblick, Düsseldorf: Patmos.

EECCS 1996: Medically Assisted Procreation and the Protection of the Human Embryo. Position Paper of EECCS. 1996, http://csc.ceceurope.org/fileadmin/filer/csc/Ethics_Biotechnology/embryo-print.htm (28.11.2011).

EECCS/CEME/AOES 1995: Priorités de la mission de l'EECCS, in: Bulletin. Nr. 20. September 1995. Archiv der CSC in Straßburg.

EECCS/CEME/AOES 1998: Bulletin. Nr. 33. November 1998. Archiv der CSC in Straßburg.

EECCS/CEME/EECOD 1992: Bulletin. Nr. 1. Februar 1992. Archiv der CSC in Straßburg.

Einheitliche Europäische Akte 1987: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Nr. L 169/1. 29.6.87, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1987:169:0001:0019:DE:PDF> (29.08.2011).

Eising, Rainer 2004: Multilevel Governance and Business Interests in the European Union, in: Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions, 17: 2, 211-245.

Eising, Rainer 2007: Institutional Context, Organizational Resources and Strategic Choices. Explaining Interest Group Access in the European Union, in: European Union Politics, 8: 3, 329-362.

Eising, Rainer 2008: Interest groups in EU policy-making, Living Reviews in European Governance, 3:4., European Integration online Papers 1: 9, <http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-009a.htm> (06.04.2011)

Eising, Rainer/ Kohler-Koch, Beate 2005: Interessenpolitik im europäischen Mehrebenensystem, in: dies. (Hrsg.): Interessenpolitik in Europa, Baden-Baden: Nomos, 11-75

EKD 1991: Beschluß des Rates der EKD zu Europa-Fragen. Vom 24./25.Mai 1991. EKD Informations- und Dokumentationsstelle. Dokument: 0038775, <http://www.doku-ekd.pbeier.de/pdf/0038/0038775.pdf> (27.10.2011).

EKD 1996- 2011a: Die Kirchenkonferenz der EKD, http://www.ekd.de/ekd_kirchen/kirchenkonferenz.html (24.01.2012).

EKD 1996-2011b: Der Bevollmächtigte des Rates der EKD. Referate, <http://www.ekd.de/bevollmaechtigter/dienststellen.html> (18.06.2011).

EKD 1996-2011c: Der Bevollmächtigte des Rates der EKD. Veranstaltungen, <http://www.ekd.de/bevollmaechtigter/veranstaltungen.html> (09.11.2011).

EKD 1999: Die EKD und der europäische Einigungsprozess, in: EKD (Hrsg.): Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1995, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 95- 155.

EKD 2001: Stellungnahme anlässlich der Debatte des Deutschen Bundestages zur Bioethik. EKD-Ratsvorsitzender, Präses Mafred Kock. 31.Mai 2001, <http://www.ekd.de/bioethik/presse/5225.html> (30.11.2011).

EKD 2004: EKD-Europa-Informationen Nr. 100. Januar/Februar 2004, <http://www.ekd.de/download/EuropaInformationen100.pdf> (09.11.2011).

EKD 2005: EKD-Europa-Informationen Nr. 111. Dezember 2005, http://www.ekd.de/download/Europa-Informationen_Nr.111.pdf (05.12.2011).

EKD 2006a: EKD-Ratsvorsitzender bedauert Entscheidung der EU-Forschungsminister zur embryonalen Stammzellforschung. Würdigung der Zusatzerklärung. 25. Juli 2006, http://www.ekd.de/bioethik/presse/pm156_2006_huber_forschungsrahmenprogramm.html (30.11.2011).

EKD 2006b: EKD warnt vor Ausweichung des Embryonenschutzes. Wolfgang Huber zur Erklärung der DFG zu Stammzellforschung. 10. November 2006, http://www.ekd.de/bioethik/presse/pm232_2006_rv_dfg_stammzellforschung.html (30.11.2011).

EKD 2006c: EKD-Europa-Informationen Nr. 113. Mai 2006, http://www.ekd.de/download/Europa-Informationen_Nr.113.pdf (05.12.2011).

EKD 2006d: EKD-Europa-Informationen Nr. 114. Juli 2006, http://www.ekd.de/download/Europa-Informationen_Nr.114.pdf (05.12.2011).

EKD 2006e: EKD-Ratsvorsitzender bedauert Entscheidung der EU-Forschungsminister zur embryonalen Stammzellforschung. Würdigung der Zusatzklärung zum Embryonenschutz. 25. Juli 2006, http://www.ekd.de/presse/pm156_2006_huber_forschungsrahmenprogramm.html (06.12.2011).

EKD 2009: Veranstaltungen, in: EKD-Europa-Informationen Nr. 131 Dezember 2009, http://www.ekd.de/download/Europa-Informationen_Nr._131.pdf (15.11.2011).

EKD 2011a: Hauptabteilung IV: Ökumene und Auslandsarbeit. Europa, Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), Union Evangelischer Kirchen (UEK) (Referat 412), http://www.ekd.de/kirchenamt/a-z/ha4_412.html (10.10.2011).

EKD 2011b: Die Synode der EKD. Grundinformationen, http://www.ekd.de/ekd_kirchen/synode.html (10.10.2011).

EKD 2011c: EKD-Büro Brüssel. Transparenz-Register. Registriernummer: 61973396926-78, <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=61973396926-78> (11.04.2012).

EKD 2011d: Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben, http://www.ekd.de/download/broschuere_2011_mit_Links.pdf (09.04.2012).

EKD/DBK 1991: Überlegungen zur Subsidiarität als Element einer Europäischen Verfassungsordnung, in: EKD (Hrsg.) 1999: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1995, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 105-108.

EKD/DBK 1995a: Zum Verhältnis von Staat und Kirche im Blick auf die Europäische Union. Gemeinsame Stellungnahme zu Fragen des europäischen Einigungsprozesses, Hannover/Bonn: Kirchenamt der EKD/Sekretariat der DBK, <http://www.dbk-shop.de/de/Deutsche-Bischofskonferenz/Gemeinsame-Texte/Zum-Verhaeltnis-von-Staat-und-Kirche-im-Blick-auf-die-Europaeische-Union.html> (27.10.2011).

EKD/DBK 1995b: Memorandum zur Rechtstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Vertragswerk der Europäischen Union. (Auszug), in: EKD (Hrsg.) 1999: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1995, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 121-125.

EKD/DBK 2002: Kirchen schreiben an Bundestagsabgeordnete. Votum für Schutz des Menschen von Anfang an erbeten. 17. Januar 2002, http://www.ekd.de/bioethik/presse/pm6_2002_kirchenbrief_mdbs_menschenschutz.html (30.11.2011).

EKD/DBK 2003: Für konsequenten Embryonenschutz in Europa. Appell der Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. 24. November 2003, http://ekd.de/presse/pm250_2003_ekd_dbk_embryonenschutz.html (01.12.2011).

EKD/DBK 2004: Zur Einigung über den europäischen Verfassungsvertrag. Stellungnahme des EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Wolfgang Huber, und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann. 19. Juni 2004, http://www.ekd.de/presse/pm122_2004_huber_lehmann_eu_verfassung.html (31.01.2012).

Emilianides, Achilles 2005: Staat und Kirche in Zypern, Robbers, Gerhard (Hrsg.): Staat und Kirche in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, 255-278.

Enderlein, Henrik/Wälti, Sonja/Zürn, Michael (Hrsg.) 2011: Handbook on Multi-level Governance, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

Enyedi, Zsolt 2003: Conclusion: Emerging Issues in the Study of Church-State Relations, in: West European Politics, 26: 1, 219-232.

EPP-ED Group in the European Parliament 2007: Dialogues between the Orthodox Church and the EPP-ED Group in the European Parliament, Brüssel: EPP-ED Group in the European Parliament Documentation-Publications-Research Service.

Ernesti, Jörg 2009: Konfessionskunde kompakt. Die christlichen Kirchen in Geschichte und Gegenwart, Freiburg im Breisgau: Herder.

Erzdiözese Wien 2012: Kirchenbeitrag. Wie ermitteln wir den Kirchenbeitrag?, <http://www.kirchenbeitrag.at/beitragsberechnung/0/articles/2003/06/25/a2363/> (10.04.2012).

Esser, Hartmut 1993: Soziologie: Allgemeine Grundlagen, Frankfurt/New York: Campus.

Esser, Hartmut 1999: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln, Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Esser, Hartmut 2000: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 5: Institutionen, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

Ettel, Mathias/Nowotny, Christian 1997: Rechtliche Gestaltungsformen für NPOs, in: Badelt, Christoph (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management, Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag, 159-188.

EuGH 2011: Brüstle vs. Greenpeace e.V., 18.10.2011, C-34/10, <http://curia.europa.eu/juris/celex.jsf?celex=62010CJ0034&langl=de&type=NOT&ancre=> (15.04.2012).

Europa 2011: How the EU works. The History of the European Union, http://europa.eu/about-eu/eu-history/index_en.htm (06.01.2012) [„Seitenzahlen“ sind hier Jahreszahlen].

Europäische Kommission 2011: PreLex. Com (1990) 314 – 2. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, http://ec.europa.eu/prelex/detail_dossier_real.cfm?CL=de&DosId=100979 (01.11.2011).

Europäischer Konvent 2002a: The European Convention. The Secretariat. Working Group V “Complementary Competencies”. Subjet: Note by Mr. Peter Altmeier. „The Division of Competencies between the Union and the Member States“ (revised version). Working Group V. Working Document 20. Brussels, 4 September 2002, <http://european-convention.eu.int/docs/wd5/2341.pdf> (13.04.2012).

Europäischer Konvent 2002b: The European Convention. The Secretariat. Working Group V “Complementary Competencies”. Subjet: Option paper: Highlighting the Limits of EU Competence – paper by Mr. Henning Christophersen. Working Group V. Working Document 5. Brussels, 11 July 2002, <http://european-convention.eu.int/docs/wd5/1865.pdf> (26.01.2012).

Europäischer Konvent 2002c: Das Sekretariat. Vermerk des Sekretariats für die Gruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“. Kurzniederschrift über die Sitzung vom 6. September 2002. CONV 251/02. Brüssel, den 9. September 2002 (13.09.). (OR.fr). WG V 9, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/02/cv00/cv00251.de02.pdf> (13.01.2012).

Europäischer Konvent 2002d: The European Convention. The Secretariat. Note from Secretariat to Working Group V „Complementary Competencies“. Subject: First draft report. Working Group V. Working Document 30. Brussels, 2 October 2002, <http://european-convention.eu.int/docs/wd5/3365.pdf> (27.01.2012).

Europäischer Konvent 2002e: Europäischer Konvent. Das Sekretariat. Übermittlungsvermerk. Absender: Das Präsidium. Empfänger: Der Konvent. Betr.: Vorentwurf des Verfassungsvertrags. CONV 369/02. Brüssel, den 28. Oktober 2002. (OR.fr), <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/02/cv00/cv00369.de02.pdf> (26.01.2002).

Europäischer Konvent 2002f: Das Sekretariat. Bericht des Vorsitzenden der Gruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“ für die Mitglieder des Konvents. Schlussbericht der Gruppe V. CONV 375/02. Brüssel, den 31. Oktober 2002 (05.11.). (OR.en). WG V 14, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/02/cv00/cv00375.de02.pdf> (13.01.2012).

Europäischer Konvent 2003a: Das Sekretariat. Vermerk. Synthesebericht über die Plenartagung am 24. und 25. April 2003 in Brüssel. CONV 696/03. Brüssel, den 30. April 2003 (08.05.).(OR.en), <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/03/cv00/cv00696.de03.pdf> (11.01.2012).

Europäischer Konvent 2003b: Das Sekretariat. Übermittlungsvermerk des Präsidiums für den Konvent. Entwurf der Verfassung, Band I – Überarbeiteter Text von Band I. CONV 724/03. Band I. Brüssel, den 24. Mai 2003 (26.05). (OR. fr). <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/03/cv00/cv00724.de03.pdf> (16.01.2012).

Europäischer Rat 2001: Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Laeken) 14. und 15. Dezember 2001. SN 300/1/01 REV 1. http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/68829.pdf (06.01.2012).

Europäischer Rat 2005: Declaration by the Heads of State or Government of the Member States of the European Union on the ratification of the Treaty establishing a Constitution for Europe (European Council, 16 an 17 June 2005). SN 117/05. Brussels, 18 June 2005, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/85325.pdf (31.01.2012).

Europäisches Parlament 2001: Bericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das mehrjährige Rahmenprogramm 2002-2006 (...). Teil 1: Legislativvorschlag – Änderungsanträge 1-159. Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie. Berichterstatter: Gérard Caudron. ENDGÜLTIG A5-0376/2001 Par 1, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A5-2001-0376+0+DOC+PDF+V0//DE> (20.03.2012).

Europäisches Parlament 2003: Legislative Observer. 2003/0151 (CNS) –19/11/2003 Text adopted by Parliament, 1st reading, single reading, <http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/summary.do?id=79017&t=e> (01.12.2011).

Europäisches Parlament 2006a: Bericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) (KOM(2005)0119-C6-0099/2005-2005/0043(COD)). Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Berichterstatter: Jerzy Buzek. 1.6.2006. ENDGÜLTIG A6-0202/2006, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2006-0202+0+DOC+PDF+V0//DE> (05.12.2011).

Europäisches Parlament 2006b: Siebtes Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) ***I. Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013) (KOM(2005)00119–C6.0099/2005–2005/0043(COD)) (Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung). P6_TA(2006)0265, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P6-TA-2006-0265+0+DOC+PDF+V0//DE> (06.12.2011).

Europaministerkonferenz 1995: 11. Europaministerkonferenz in Berlin am 14./15.09.1995. Tagesordnung, http://www.berlin.de/imperia/md/content/rbm-skzl/europareferat/emkbeschuesse/aelterebeschuesse/emk11_09_1995.pdf?start&ts=1308829015&file=emk11_09_1995.pdf (01.11.2011).

European Baptist Federation 2011: Member Unions, <http://www.ebf.org/member-unions/> (12.09.2011).

European Group on Ethics 2007: European Group on Ethics in Science and New Technologies to the European Commission. Recommendations on the ethical review of hESC FP7 research projects. Opinion n° 22. 20.07.2007, European Communities, http://ec.europa.eu/bepa/european-group-ethics/docs/publications/opinion_22_final_follow_up_en.pdf (26.08.2011).

European Humanist Federation 2011: The Churches' Submission to President Prodi's advisors of June 2002, <http://humanistfederation.eu/the-churches%e2%80%99-submission-to-president-prodi%e2%80%99s-advisors-of-june-2002/> (12.01.2012).

Eurostemcell 2011: Regulations in EU Member States regarding hES cell research, http://archive.eurostemcell.org/Documents/Outreach/stemcell_hesc_regulations_2007FEB.pdf (18.05.2010).

Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland 2002: The Church Council of The Evangelical Lutheran Church of Finland. A Contribution by the Evangelical Lutheran Church of Finland to the Discussion on the Future of Europe. Helsinki 30.5.2002, Futurum-CD-Rom.

Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland 2009: The Church and the EU – active participation and commitment to common values. The Evangelical-Lutheran Church of Finland's aims and priorities in the field of EU affairs, Helsinki: Erweko Painotuote Oy.

Evangelisch-Lutherische Kirche von Finnland 2012: Church Council, Evangelical-Lutheran Church of Finland. Transparenz-Register. Registriernummer: 62246798057-28, <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=62246798057-28> (11.04.2012).

EWSA 2010: Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.de.home> (05.04.2012).

EZW 2011: Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen. Kompakt-Infos. Was ist eine Sekte?, http://www.ekd.de/ezw/dateien/EZW_KI_Was_ist_eine_Sekte_05_2011.pdf (23.02.2012).

Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio (Hrsg.) 2004: The Politics of Europeanization, Oxford: Oxford University Press.

Ferrari, Silvio 2005: State and Church in Italy, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 209-230.

Finke, Barbara/Knodt, Michèle 2005: Einleitung: Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Akteure in der Europäischen Union, in: Knodt, Michèle/Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS Verlag, 11-28.

Fischer, Richard 2002: (Trop) discrets, mais efficaces..., in: Values, Changes, Hopes. Une étape de l'aventure oecuménique européenne. Brussels 1990-2002. A collection of essays to mark Keith Jenkins' retirement as Director of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches, Brüssel: Church and Society Commission, 52-60.

Foret, Francois 2009: Religion: a Solution or a Problem for the Legitimation of the European Union, in: Religion, State & Society, 37: ½, 37-50.

Forward Studies Unit 1995-2011a: Mission, Archives, http://ec.europa.eu/archives/cdp/mission/index_en.htm (08.06.2011).

Forward Studies Unit 1995-2011b: Governance, Archives, http://ec.europa.eu/archives/cdp/gouvernance/index_en.htm (08.06.2011).

Forward Studies Unit 1995-2011c: Carrefours. Archives, http://ec.europa.eu/archives/cdp/carrefours/index_en.htm (08.06.2011).

Fowler, Robert B./Hertzke, Allen D. 2009: Religion and Politics in America: Faith, Culture and Strategic Choices, Boulder: Westview Press.

Franzen, August 1988: Kleine Kirchengeschichte, Freiburg i. Br.: Herder.

Free Church Council of Finland 2003: The Free Church Council of Finland. A contribution by The Free Church Council of Finland concerning the work of the Convention on the Future of Europe. Helsinki 20.03.2003, Futurum-CD-Rom.

Friedner, Lars 2005: State and Church in Sweden, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 537-551.

Friedrich, Martin 2008: Kirche, Ökumenische Studienhefte 14, Göttingen: Vandenhoeck+Ruprecht.

Gaudium et spes: Pastorale Konstitution Gaudium et spes über die Kirche in der Welt von heute, http://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_const_19651207_gaudium-et-spes_ge.html (28.11.2011), zitiert als GS.

GEKE 2005a: The EU Constitution from a Protestant viewpoint, <http://www.leuenberg.eu/node/1635> (31.01.2012).

GEKE 2005b: The EU Constitution from a Protestant viewpoint. A Manual for Churches. Brussels, 9 May 2005, <http://www.leuenberg.eu/sites/default/files/doc-2646-1.pdf> (12.03.2012).

GEKE 2007: GEKE-Europa-Infos aus Brüssel. Nr. 1/2007. August 2007, http://geke_neu.jalb-server.net/daten/File/Upload/doc-7263-1.pdf (04.04.2012).

GEKE 2011a: GEKE-Sozialethik-Beauftragter Frank-Dieter Fischbach in Brüssel eingeführt, <http://www.leuenberg.eu/de/node/1301> (12.03.2012).

GEKE 2011b: Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa. GEKE-Europa-Info, http://www.leuenberg.eu/side.php?news_id=6741&navi=34&part_id=213 (21.06.2011) [Die Seite gibt es seit 2012 nicht mehr].

GEKE 2012a: Konferenz der Kirchen am Rhein, <http://www.leuenberg.net/de/node/697> (10.03.2012).

GEKE 2012b: Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa. Was wollen wir?, <http://www.leuenberg.net/de/node/581> (12.03.2012).

GEKE 2012c: Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa. Mitgliedskirchen, <http://www.leuenberg.net/de/mitgliedskirchen> (12.03.2012).

GEKE 2012d: Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa. Mitgliedskirchen. Liste, <http://www.leuenberg.net/de/mitgliedskirchen-liste> (12.03.2012).

GEKE 2012e: Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa. Beteiligte Kirchen, <http://www.leuenberg.net/de/node/2885> (12.03.2012).

GEKE 2012f: Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa. Ethik, <http://www.leuenberg.net/de/node/734> (12.03.2012).

Gerhards, Jürgen 2005: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitglieds-ländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden: VS Verlag.

Giddings, Philipp 2008: Special Agenda VI. Diocesan Synod Motions. Voice of the Church in Public Life. A background paper from the Mission and Public Affairs Council, <http://www.churchofengland.org/media/38559/gsmisc898a.pdf> (18.06.2011).

Gill, Anthony 2001: Religion and Comparative Politics, in: Annual Review of Political Science, 4:1, 117-138.

Giscard D'Estaing, Valéry 2002: Eröffnungsrede des Vorsitzenden V. Giscard D'Estaing vor dem Konvent zur Zukunft Europas. 26. Februar 2002, <http://european-convention.eu.int/docs/speeches/3.pdf> (31.01.2012).

Gläser, Babett 2010: Das Verhältnis des Heiligen Stuhls zur Europäischen Union im Lichte des Völkerrechts, Frankfurt am Main: Peter Lang.

Global Compact 2011: Overview of the UN Global Compact,
<http://www.unglobalcompact.org/AboutTheGC/index.html> (08.08.2011).

Greschat, Martin 1994: Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, in: Greschat, Martin/Loth, Wilfried (Hrsg.): Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart: Kohlhammer GmbH, 25-96.

Grill, Wolfgang/Perczynski, Hans 1993: Wirtschaftslehre des Kreditwesens, Bad Homburg v.d.H.: Max Gehlen

Große Hüttmann, Martin/Knodt, Michèle 2006: „Diplomatie mit Lokalkolorit“: Die Vertretungen der deutschen Länder in Brüssel und ihre Aufgaben im EU-Entscheidungsprozess, in: Jahrbuch des Föderalismus 2006. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden: Nomos, 595-605.

Grzeszick, Bernd 2003: Die Kirchnerklärung zur Schlußakte des Vertrags von Amsterdam. Europäischer Text, völkerrechtliche Verbindlichkeit, staatskirchenrechtlicher Inhalt, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht. Band 48, 284-300.

Haas, Ernst B. 1961: International Integration. The European and the Universal Process, in: International Organization 15:3, 366-392.

Haas, Ernst B. 1970: The Study of Regional Integration: Reflections on the Joy and Anguish of Pretheorizing, in: International Organization 24:4, 607-646.

Haas, Ernst B. 2004: Introduction: Institutionalism or Constructivism?, in: ders.: The uniting of Europe: political, social, and economical forces. 1950-1957. New introd. by Ernst B. Haas, Notre Dame, Ind.: Univ. of Notre Dame Press, xii-lvi.

Hammer, Felix 2002: Rechtsfragen der Kirchensteuer, Tübingen: J. C. B. Mohr.

Harutyunyan, Harutyun 2008: Die Einigung Europas – ein christliches Projekt? Die europäische Integration und die Haltung der Kirchen in ökumenischer Perspektive, Berlin: Logos Verlag.

Hatzinger, Katrin 2009a: Das deutsche Staatskirchenrecht in europäischer Perspektive. Vortrag auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der Vereine evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer in Dessau am 29.9.2009, <http://www.ekd.de/bevollmaechtigter/bruessel/68821.html> (18.06.2011).

Hatzinger, Katrin 2009b: Podiumsdiskussion des DFG-Graduiertenkollegs 1575 „Die christlichen Kirchen vor der Herausforderung Europa“ am 18.05.2010 in Mainz, eigene Aufnahme und Transkription.

Hatzinger, Katrin 2009c: Die Stammzelldebatte in Europa – Akteure, Positionen, Koalitionen, in: Joerden, Jan C./Moos, Thorsten/Wewetzer, Christa (Hrsg.): Stammzellforschung in Europa. Religiöse, ethische und rechtliche Probleme, Frankfurt am Main: Peter Lang, 101-113.

Hatzinger, Katrin 2010: „Dialog mit Europa“– Der kirchliche Öffentlichkeitsauftrag auf europäischer Ebene, in: EKD-Europa-Informationen Nr. 135, 1-3, http://www.ekd.de/bevollmaechtigter/newsletter/europa_newsletter.html (18.06.2011).

Hatzinger, Katrin/Schnabel, Patrick Roger 2009: Religions and the European Union: A partnership in the making, in: *Derecho y Religión*, Vol. IV, 45-57.

Hatzinikolaou, Nikolaos 2005: Principles of Orthodox bioethical thinking, in: Special Synodical Committee for European Affairs (Hrsg.): *Values and Principles for the Building of Europe. Interventions of European Conference of the Church of Greece. 4-6 May 2003*, Athen: Holy Synod of the Church of Greece, 373-380.

Hauser, Martin 2004: Aktuelle rumänische Religionsgesetzgebung auf dem Hintergrund der rumänischen Geschichte, in: Kreß, Hartmut (Hrsg.): *Religionsfreiheit als Leitbild. Staatskirchenrecht in Deutschland und Europa im Prozess der Reform*, Münster: Lit, 319-335.

Heider-Rottwilm, Antje 2002: EECCS and the Church and Society Commission. The Story, in: *Values, Changes, Hopes. Une étape de l'aventure oecuménique européenne. Brussels 1990-2002. A collection of essays to mark Keith Jenkins' retirement as Director of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches*, Brüssel: Church and Society Commission, 74-83.

Heikkilä, Markku/Knuutila, Jyrki/Scheinin, Martin 2005: State and Church in Finland, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): *State and Church in the European Union*, Baden-Baden: Nomos, 519-536.

Heiliger Stuhl 2001: Relazioni bilaterali della Santa Sede, http://www.vatican.va/roman_curia/secretariat_state/documents/rc_seg-st_20010123_holy-see-relations_it.html (03.11.2011).

Heilsarmee 2011: Zones and Territories. Europe, http://www.salvationarmy.org/ihq%5Cwww_sa.nsf/vw-sublinks/AEF86859F933F7F180256D4B00469A20?opendocument (12.09.2011).

Heinelt, Hubert/Athanassopoulou, Evanthia/Getimis, Panagiotis/Haunhorst, Karl Heinz/McIntosh, Malcolm/Malek, Tanja/Smith, Randall/Staeck, Nicola/Taeger, Jürgen/Töller, Annette E. (Hrsg.) 2000: *Prozedurale Umweltpolitik der EU. Umweltverträglichkeitsprüfungen und Öko-Audits im Ländervergleich*, Opladen: Leske+Budrich.

Heinelt, Hubert/Kopp-Malek, Tanja/Lang, Jochen/Reisert, Bernd 2005: *Die Entwicklung der EU-Strukturfondsförderung als kumulativer Politikprozess*, Baden-Baden: Nomos.

Heinelt, Hubert/Meinke-Brandmaier, Britta/Terizakis, Georgios 2005: Zivilgesellschaftliche Partizipation im EU-Mehrebenensystem: ein Vergleich der Umwelt- und Verbraucherpolitik, in: Knodt, Michèle/Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: Vs Verlag, 273-298.

Heinelt, Hubert/Niederhafner, Stefan 2008: Städte und organisierte Interessenvertretung im EU-Mehrebenensystem, in: Heinelt, Hubert/Vetter, Angelika (Hrsg.): Lokale Politikforschung heute, Wiesbaden: VS Verlag, 103-126.

Heller, Uwe 2010: Immobilienmanagement in Nonprofit-Organisationen. Analyse und Konzeptentwicklung mit Schwerpunkt auf kirchliche und soziale Organisationen, Wiesbaden: Gabler.

Herdegen, Matthias 2010: Europarecht, 12., überarbeitete und erweiterte Auflage, München: C.H. Beck oHG.

Hesse, Joachim Jens/Ellwein, Thomas 1992: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Band 1: Text, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Hill, Mark 2009: Voices in the Wilderness: the Established Church of England and the European Union, in: Religion, State & Society, 37: ½, 167-180.

Hobolt, Sara B./Van der Brug, Wouter/De Vreese, Claes H./Boomgaarden, Hajo G./Hinrichsen, Malte C. 2011: Religious intolerance and Euroscepticism, in: European Union Politics, 12: 3, 359-379.

Hoffmann, Stanley 1966: Obsolete or Obsolete? The fate of the Nation-State and the Case of Western Europe, in: Daedalus 95: 3, 862-915.

Hogebrink, Laurens 2010: Contributing to the „heart and soul“ of Europe? Twenty years of dialogue between churches and European Union: developments and observations. Working document prepared for the Church and Society Commission of the Conference of European Churches, Version November 2010, Draft (zitiert mit freundlicher Genehmigung des Autors).

Hojnacki, Marie/Baumgartner, Frank/Berry, Jeffrey/Kimball, David/Leech, Beth 2006: Goals, Salience, and the Nature of advocacy, Paper presented at the annual meetings of the American Political Science Association, Philadelphia, PA, August 31-September 2, <http://www.unc.edu/~fbaum/papers.htm> (16.09.2010).

Hollerbach, Alexander 1990: Europa und das Staatskirchenrecht. Sonderdrucke aus der Alberts-Ludwigs-Universität Freiburg. [Originalbeitrag erschienen in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 35, 250-283].

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary 1996: „Europe with the Regions“: Channels of Regional Representation in the European Union, in: Publius: The Journal of Federalism 26:1, 73-91.

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary 2001: Multi-Level Governance and European Integration, Lanham: Rowman&Littlefield Publishers.

Houston, Kenneth 2009: The Logic of Structured Dialogue between Religious Associations and the Institutions of the European Union, in: Religion, State & Society, 37:1/2, 207-222.

Hug, Wolfgang/Busley, Hejo 1979: Geschichtliche Weltkunde. Band 1. Von der frühen Zeit der Menschen bis zum Beginn der Neuzeit, Frankfurt a.M.: Verlag Moritz Diesterweg.

Hug, Wolfgang/Danner, Wilfried/Busley, Hejo 1977: Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.: Verlag Moritz Diesterweg.

Imig, Doug/Tarrow, Sidney 2003: Politischer Protest im europäischen Mehrebenensystem, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen: Leske+Budrich, 121-146.

International Society for Stem Cell Research 2011: Frequently Asked Questions. What are embryonic stem cells? Where do they come from? What can they teach us?, <http://www.isscr.org/FAQ1.htm#3> (26.08.2011).

Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate 2003: Regieren und Institutionenbildung, in: dies. (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen: Leske+Budrich, 11-46.

Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate 2010: Governance in der Europäischen Union, in: Benz, Arthur/Dose, Nicolai (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. 2., aktualisierte und veränderte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, 69-92.

Jansen, Thomas 2000: Europe and Religions: the Dialogue between the European Commission and Churches or Religious Communities, in: Social Compass, 47: 1, 103-112.

Jansen, Thomas 2001: Das Verhältnis der Europäischen Union zu den christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, in: Fürst, Walter/Honecker, Martin (Hrsg.): Christenheit – Europa 2000: Die Zukunft Europas als Aufgabe und Herausforderung für Theologie und Kirchen, Baden-Baden: Nomos, 193-203.

Jenkins, Keith 2002: The story of an era, in: Values, Changes, Hopes. Une étape de l'aventure oecuménique européenne. Brussels 1990-2002. A collection of essays to mark Keith Jenkins' retirement as Director of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches, Brüssel: Church and Society Commission, 3-37.

Jenkins, Keith 2005: The Churches and Europe: Relating to the European Institutions, in: Barnett, James (Hrsg.): A Theology for Europe. The Churches and the European Institutions, Bern: Peter Lang, 73-91.

JESC 2012: Jesuit European Social Centre. Editorial, in: JESCletter Nr. 16/ January 2012, <http://www.jesc.net/category/newsletter/jesc1612/> (10.03.2012).

Jordan, Andrew/Liefferink, Duncan (Hrsg.) 2004: Environmental policy in Europe. The Europeanization of national environmental policy, Abingdon: Routledge.

Juncos, Ana E./Pomorska, Karolina 2006: Playing the Brussels game: Strategic socialisation in the CFSP Council Working Groups, in: European Integration online Papers, 10.

Kämper, Burkhard (Hrsg.) 2002: Zwischen nationaler Identität und europäischer Harmonisierung: zur Grundspannung des zukünftigen Verhältnisses von Gesellschaft, Staat und Kirche in Europa, Berlin: Duncker & Humblot.

Katholisches Bistum der Altkatholiken in Deutschland 2009: Kurzdarstellung, <http://www.altkatholisch.de/information/kurzdarstellung.html> (12.07.2011).

KEK 2007: Commitment and Compassion. Values, Identity and Religion in Europe. Annual report of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches. 2006, Brüssel: Konferenz Europäischer Kirchen.

KEK 2009: Verfassung. Angenommen von der 10. Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen in Prag, Tschechische Republik, am 8. September 1992. Abgeändert von der 13. Vollversammlung in Lyon, Frankreich, 15.-21. Juli 2009, <http://www.ceceurope.org/introduction/> (16.06.2011).

KEK 2011: CEC Member Churches, <http://www.ceceurope.org/how-we-work/cec-member-churches/member-churches-regular-list/> (12.07.2011).

Kirche von England 2004: The Church of England and Europe. A report by the Mission and Public Affairs Council and the Council for the Christian Unity, <http://www.churchofengland.org/media/45399/europegsreport.doc> (16.03.2012).

Kirche von England 2007: Response to the HFEA consultation on hybrids and chimeras, <http://www.churchofengland.org/media/45706/chimeras.pdf> (29.11.2011).

Kirche von England 2009: Engaging with Europe: Turning Hope into Action. A Report from the Church of England's Europe Bishops' Panel. May 2009. GS Misc 921, <http://www.churchofengland.org/media/45409/gsmisc921.pdf> (16.03.2012).

Kirche von England 2012a: House of Bishops, <http://www.churchofengland.org/about-us/structure/general-synod/about-general-synod/house-of-bishops.aspx> (16.03.2012).

Kirche von England 2012b: Views. International Affairs. European Affairs, <http://www.churchofengland.org/our-views/international-affairs/european-affairs.aspx> (16.03.2012).

Kirche von England 2012c: Funding the Church of England, <http://www.churchofengland.org/about-us/facts-stats/funding.aspx> (10.04.2012).

Kirche von Griechenland 2000. The Holy Synod of the Church of Greece. Bioethics Committee. Press Release. 14.12.2000. Cloning of Embryonic Cells, http://www.bioethics.org.gr/en/03_frame.html (29.11.2011).

Kirche von Griechenland 2002: The Holy Synod of the Church of Greece. Declaration of the Church of Greece on the future of Europe. 30 May 2002. Futurum-CD-Rom.

Kirche von Griechenland 2003: The Holy Synod of the Church of Greece. Bioethics Committee. Press Release. 25.11.2003. Research on Human Embryos, http://www.bioethics.org.gr/en/03_frame.html (29.11.2011).

Kirche von Griechenland 2006: The Holy Synod of the Church of Greece. Bioethics Committee. Basic positions on the Ethics of Assisted Reproduction (11.01.2006), http://www.bioethics.org.gr/en/03_b.html#1 (29.11.2011).

Kirche von Griechenland 2010: Objectives of the office of the Representation of the Church of Greece to the European Union, <http://www.regue.org/content.asp?sid=60&lang=1> (23.12.2010).

Kirche von Griechenland 2011: Holy Synod. Special Committee for monitoring European affairs, <http://www.ecclesia.gr/English/holysynod/committees/europe/europeanaffairs.htm> (17.10.2011).

Kirche von Zypern 2011: Representation of the Church of Cyprus to the European Union. Aims of the Representation of the Church of Cyprus to the European Union, http://churchofcypreuseu.com/index.php?option=com_content&task=view&id=12&Itemid=27 (20.06.2011).

Kiviorg, Merilin 2005: Staat und Kirche in Estland, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): Staat und Kirche in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos, 103-124.

Knodt, Michèle 1998: Tiefenwirkung europäischer Politik: Eigensinn oder Anpassung regionalen Regierens?, Baden-Baden: Nomos.

Knodt, Michèle 2000: Europäisierung à la Sinatra: Deutsche Länder im europäischen Mehrebenensystem, in: Knodt, Michèle/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 237-264.

Knodt, Michèle 2005: Regieren im erweiterten europäischen Mehrebenensystem. Internationale Einbettung der EU in die WTO, Baden-Baden: Nomos.

Knodt, Michèle 2011: Strategies of Territorial and Functional Interests: Towards a Model of European Interest Intermediation? in: Knodt, Michèle/Greenwood, Justin/ Quittkat, Christine (Hrsg.): Territorial and Functional Interest Representation in EU Governance, *Journal of European Integration*, 33: 4, Special Issue, 419-435.

Knodt, Michèle/Greenwood, Justin/Quittkat, Christine (Hrsg.) 2011: Territorial and Functional Interest Representation in EU Governance, in: *European Integration*, 33: 4, 349-367.

Knodt, Michèle/Große Hüttmann, Martin 2006: Der Multi-Level Governance Ansatz, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hrsg.): *Theorien der europäischen Integration*, Wiesbaden: VS Verlag, 2. Auflage, 223-248

Knodt, Michèle/Stoiber, Michael 2007: Vergleichende Politikwissenschaft im Kontext der Mehrebenenanalyse, in: *ZfVP*, 1: 1, 80-104.

Kohler-Koch, Beate 1997: Organized Interests in the EC and the European Parliament, *European Integration online Papers*, 1:9, <http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-009a.htm> (13.04.2012).

Kohler-Koch, Beate 2000: Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung, in: Knodt, Michèle/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 11-31.

Kohler-Koch, Beate/Conzelmann, Thomas/Knodt, Michèle 2004: *Europäische Integration – Europäisches Regieren*, Wiesbaden: VS Verlag.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001a: Europäisches Regieren. Ein Weißbuch. KOM (2001) 428 endgültig. Brüssel, den 25.07.2001, http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2001/com2001_0428de01.pdf (07.06.2010).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001b: Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das mehrjährigen Rahmenprogramm 2002 bis 2006 der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und der Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des europäischen Forschungsraums. KOM (2001) 94 endgültig. Brüssel, den 21.2.2001, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0094:FIN:DE:PDF> (30.11.2011).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001c: Geänderter Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates (...). KOM (2001) 709 final. Brüssel, den 22.11.2001, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0709:FIN:DE:PDF> (20.03.2012).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003a: Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen. Bericht über die Forschung an humanen embryonalen Stammzellen. Brüssel, 3.04.2003, http://ec.europa.eu/research/conferences/2003/bioethics/pdf/sec2003-441report_de.pdf (20.03.2012).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003b: Proposal for a Council Decision amending decision 2002/834/EC on the specific programme for research, technological development and demonstration: “Integrating and strengthening the European research area” (2002-2006) (presented by the Commission). COM (2003) 390 final. Brussels, 09.07.2003, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0390:FIN:EN:PDF> (30.11.2011).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005a: Vorschlag für einen Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013). KOM /2005/01119 endg. [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52005PC0119\(01\):DE:HTML](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52005PC0119(01):DE:HTML) (01.12.2011).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005b: Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über das spezifische Programm „Zusammenarbeit“ zur Durchführung des siebten Rahmenprogramms (2007-2013) der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration. KOM/2005/0440 endg., <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52005PC0440:DE:HTML> (01.12.2011).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2010: Seconded National Experts, http://ec.europa.eu/civil_service/job/sne/index_en.htm (17.08.2011).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2011a: PreLex. Werdegang der interinstitutionellen Verfahren. COM(2001) 94-1. 2001/0053/COD. Vorschlag für einen BESCHLUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMEN- TES UND DES RATES über das sechste mehrjährige Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des europäischen Forschungsraums (2002-2006), http://ec.europa.eu/prelex/detail_dossier_print.cfm?CL=de&DosID=162479#top (30.11.2011).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2011b: PreLex. Werdegang der interinstitutionellen Verfahren. COM (2005) 119 -1. 2005/0043/COD. Vorschlag für einen BESCHLUSS DES EUROPÄISCHEN PARLA- MENTS UND DES RATES über das siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013), http://ec.europa.eu/prelex/detail_dossier_real.cfm?CL=de&DosId=192725 (30.11.2011).

Kongregation für die Glaubenslehre 1987: Instruktion über die Achtung vor dem beginnenden menschlichen Leben und die Würde der Fortpflanzung –Donum vitae, http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_con_cfaith_doc_19870222_respect-for%20human-life_ge.html (28.11.2011); auch: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) 1987: Instruktion der Kongregation für die Glaubenslehre über die Achtung vor dem beginnenden menschlichen Leben und die Würde der Fortpflanzung. Antworten auf einige aktuelle Fragen. 10. März 1987. 5., redaktionell überarbeitete Auflage 2000, Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

Kongregation für die Glaubenslehre 2008: Instruktion über einige Fragen der Bioethik –Dignitas Personae, http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_con_cfaith_doc_20081208_dignitas-personae_ge.html (28.11.2011); auch Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) 2008: Kongregation für die Glaubenslehre. Instruktion DIGNITAS PERSONAE über einige Fragen der Bioethik, Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

Kongregation für die Glaubenslehre 2011: Kongregation für die Glaubenslehre, http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_con_cfaith_pro_14071997_ge.html (28.11.2011).

Koselleck, Reinhart 1982: Der Interessenbegriff im Wandel des sozialen und politischen Kontextes, in: Interesse, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3. H-Me, Stuttgart: Ernst Klett Verlag, 344-362.

Kreß, Hartmut (Hrsg.) 2004: Religionsfreiheit als Leitbild: Staatskirchenrecht in Deutschland und Europa im Prozess der Reform, Münster: Lit.

Krimphove, Dieter 2009: Europäisches Religions- und Weltanschauungsrecht, in: EuR, Heft 3, 330-347.

Leinemann, Felix 2004: Das Religionsrecht in Europa. Der Beitrag und die Stellung der christlichen Kirchen, in: Kreß, Hartmut (Hrsg.): Religionsfreiheit als Leitbild. Staatskirchenrecht in Deutschland und Europa im Prozess der Reform, Münster: Lit, 185-198.

Lenders, Marc 2009: Future perspectives drawn from past experience, http://csc.ceceurope.org/fileadmin/filer/csc/CSC_History/Speech_Lenders_Nov_2009_Mechelen.pdf (20.06.2011).

Leustean, Lucian N. 2011: Representing Religion in the European Union. A Typology of Actors, in: Politics, Religion & Ideology, 12: 3, 295-315.

Leustean, Lucian N./Madeley, John T. 2009: Religion, Politics and Law in the European Union: an introduction, in: Religion, State & Society, 37: ½, 3-18.

Liedhegener, Antonius 2006: Macht, Moral und Mehrheiten. Der politische Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland und den USA seit 1960, Baden-Baden: Nomos.

Losansky, Sylvia 2010: Öffentliche Kirche für Europa. Eine Studie zum Beitrag der christlichen Kirchen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.

Lüke, Monika 2002: Die Kirchen wollen die Zukunft Europas mitgestalten – erste Beiträge der Kirchen zum Konvent, in: EKD-Europa-Informationen Nr. 91. Juni 2002, 2, <http://www.ekd.de/download/EuropaInformationen91.pdf> (25.01.2012).

Lunte, Stefan 1999: Die ComECE: Kollegiale Präsenz der Bischofskonferenzen in Brüssel, in: *Diakonia* 30: 4, 260-264.

Lunte, Stefan 2008: Das Wirken der COMECE im europäischen Einigungsprozess, in: *Ordenskorrespondenz*, 49: 4, 397-399.

Lutherischer Weltbund 2011: Mitgliedskirchen. Europa, <http://www.lutheranworld.org/Directory/eur/Welcome-DE.html> (12.09.2011).

Luyn, Adriaan H. van 1999: Die Strukturelle Zusammenarbeit der Bischöfe in Europa, CCEE und COMECE, in: Schreer, Werner/Steins, Georg (Hrsg.): *Auf neue Art Kirche sein, Wirklichkeiten-Herausforderungen, Wandlungen*, München: Bernward bei Don Bosco, 404-418.

Machiavelli, Niccolò 1986: *Il Principe. Der Fürst*, Stuttgart: Philipp Reclam jun. GmbH & Co. [zitiert als Kapitel, Seitenzahl].

Machiavelli, Niccolò 2000: *Discorsi. Staat und Politik*, Frankfurt am Main/ Leipzig: Insel Verlag [zitiert als Buch, Kapitel, Seitenzahl].

Mahoney, Christine 2007: Networking vs. allying: the decision of interest groups to join coalitions in the US and the EU, in: *Journal of European Public Policy*, 14:3, 366-383.

Marks, Gary 1992: Structural Policy in the European Community, in: Sbragia, Alberta M. (Hrsg.): *Euro-politics. Institutions and Policymaking in the "New" European Community*, Washington: The Brookings Institution, 191-224.

Marks, Gary 1997: An Actor-Centred Approach to Multi-Level Governance, in: Jeffery, Charlie (Hrsg.): *The regional dimension of the European Union. Towards a Third level in Europe?* London/Portland: Frank Cass, 20-38.

Marks, Gary/Haesly, Richard/Mbaye, Heather A.D. 2002: What Do Subnational Offices Think They Are Doing in Brussels, in: *Regional and Federal Studies*, 12: 3, 1-23.

Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Blank, Kermit 1996: European Integration from the 1980s: State-Centric v. Multi-level Governance, in: *Journal of Common Market Studies* 34:3, 341-378.

Marks, Gary/McAdam, Doug 1996: Social Movements and the Changing Structure of Political Opportunity in the European Union, in: West European Politics 19: 2, 249-278.

Marks, Gary/McAdam, Doug 1999: On the Relationship of Political Opportunities to the Form of Collective Action: The Case of the European Union, in: Della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter/Rucht, Dieter (Hrsg.): Social Movements in a Globalizing World, Houndsmill: McMillan Press, 97-111.

Massignon, Bérengère 2007: Des dieux et des fonctionnaires. Religions et laïcités face au défi de la construction européenne, Rennes: Presse Universitaires de Rennes.

Mayntz, Renate 2009: Rationalität in sozialwissenschaftlicher Perspektive, In: dies.: Sozialwissenschaftliches Erklären. Probleme der Theoriebildung und Methodologie, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 67-81.

Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. 1995: Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus, in: Dies. (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 39-72.

McClellan, David 2005: State and Church in the United Kingdom, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 553-575.

McClellan, David 2007: Kirche und Staat im Vereinigten Königreich, in: Kämper, Burkhard/Thönnies, Hans-Werner (Hrsg.): Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche (40), Münster: Aschendorff Verlag, 13-26.

McCrea, Ronan 2010: Religion and the public order of the European Union, Oxford. Oxford University Press.

Mennonitische Weltkonferenz 2011: Member Churches. Europe Summary, www.mwc-cmm.org/images/files/MembershipFiles/Europe_Summary.pdf (12.09.2011).

Mertes, Martin 2000: Controlling in der Kirche. Aufgaben, Instrumente und Organisation dargestellt am Beispiel des Bistums Münster, Gütersloh: Chr. Kaiser/Gütersloher Verlagshaus.

Michalowitz, Irina 2007: What determines influence? Assessing conditions for decision-making influence of interest groups in the EU, in: Journal of European Public Policy, 14: 1, 132-151.

Minkenberg, Michael 2003a: Staat und Kirche in westlichen Demokratien, in: Minkenberg, Michael/Willems, Ulrich (Hrsg.): Politik und Religion, PVS Sonderheft 33, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 115-138.

Minkenberg, Michael 2003b: The policy impact of church-state relations: family policy and abortion in Britain, France and Germany, in: West European Politics, 26: 1, 195-217.

Moravcsik, Andrew 1993: Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: Journal of Common Market Studies 31:4, 473-524.

Moravcsik, Andrew 2003: Liberal International Relations Theory. A Scientific Assessment, in: Elman, C./Elman, M.F. (Hrsg.): Progress in International Relations Theory. Appraising the Field, Cambridge/London, 159-204.

Muckel, Stefan 2011: Die freiheitliche Grundlage religiösen Wirkens in Deutschland und Europa: das Grundrecht der Religionsfreiheit, in: Kempen, Bernhard/Naumann, Kolja (Hrsg.): Das religiöse Erbe Europas. Beiträge einer Fachkonferenz der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für Weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz am 08./09.07.2009, Bonn: Deutsche Bischofskonferenz, 69-84.

Mückl, Stefan 2005: Europäisierung des Staatskirchenrechts, Baden-Baden: Nomos.

Mückl, Stefan 2008: Staat-Kirche-Beziehungen in Europa, in: Rauscher, Anton (Hrsg.): Handbuch der Katholischen Soziallehre, Berlin: Duncker+Humblot, 987-996.

Müller-Graff, Peter-Christian/Schneider, Heinrich (Hrsg.) 2003: Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos.

Nanz, Patrizia/Steffek, Jens 2005: Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft in der supranationalen Politik, in: Knodt, Michèle/Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS Verlag, 79-102.

Naurin, David 2007: Deliberation behind closed Doors: Transparency and Lobbying in the European Union, Colchester: ECPR Press.

Nelsen, Brent F./Guth, James L./Fraser, Cleveland R. 2001: Does Religion Matter? Christianity and Public Support for the European Union, in: European Union Politics, 2: 2, 191-217.

Nugent, Neill 2001: Governo e politiche dell'Unione europea, Bologna: Il mulino.

Oeldemann, Johannes 2006: Die Kirchen des christlichen Ostens. Orthodoxe, orientalische und mit Rom unierten Ostkirchen, Kevelaer: Verlagsgemeinschaft Topos plus.

Opp, Karl-Dieter 1991: Das Modell rationalen Handelns. Seine Struktur und das Problem der „weichen“ Anreize, in: Bouillon, Hardy/Andersson, Gunnar (Hrsg.): Wissenschaftstheorie und Wissenschaften. Festschrift für Gerard Radnitzky aus Anlaß seines 70. Geburtstages, Berlin: Duncker&Humblot, 105-124.

Opp, Karl-Dieter 2004: Die Theorie rationalen Handelns im Vergleich mit alternativen Theorien, in: Gabriel, Manfred (Hrsg.): Paradigmen der akteurzentrierten Soziologie, Wiesbaden: VS Verlag, 43-68.

ÖRK 2011a: Mitgliedskirchen, Kirchenfamilien,
<http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/kirchenfamilien.html> (29.07.2011).

ÖRK 2011b: Mitgliedskirchen, Regionen, Europa,
<http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/regionen/europa.html> (12.07.2011).

ÖRK 2011c: Kirchenfamilien. Östlich-orthodoxe Kirchen,
<http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/kirchenfamilien/oestlich-orthodoxe-kirchen.html> (18.03.2012).

ÖRK 2011d: Kirchenfamilien. Lutherische Kirchen,
http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/kirchenfamilien/lutherische-kirchen.html?print=1_print%3D1
(18.03.2012).

ÖRK 2011e: Kirchenfamilien. Reformierte Kirchen,
<http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/kirchenfamilien/reformierte-kirchen.html> (18.03.2012).

ÖRK 2011f: Kirchenfamilien. Vereinigte und sich vereinigende Kirchen,
http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/kirchenfamilien/vereinigte-und-sich-vereinigende-kirchen.html?print=1_print%3D1 (18.03.2012).

ÖRK 2011g: Kirchenfamilien. Anglikanische Kirchen,
<http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/kirchenfamilien/anglikanische-kirchen.html> (18.03.2012).

ÖRK 2011h: Kirchenfamilien. Methodistische Kirchen,
<http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/kirchenfamilien/methodistische-kirchen.html> (18.03.2012).

ÖRK 2011i: Kirchenfamilien. Die Heilsarmee,
<http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/kirchenfamilien/die-heilsarmee.html> (18.03.2012).

ÖRK 2011j: Kirchenfamilien. Altkatholische Kirchen,
<http://www.oikoumene.org/de/mitgliedskirchen/kirchenfamilien/altkatholische-kirchen.html> (18.03.2012).

Orth, Ernst Wolfgang 1982: Interesse, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3. H-Me, Stuttgart: Ernst Klett Verlag, 305-344; 362-365.

Österreichische Bischofskonferenz 2011: Büro Brüssel,
<http://www.bischofskonferenz.at/content/site/bischofskonferenz/buerobruessel/index.html> (06.09.2011).

Österreichische Bischofskonferenz 2012: Büro Brüssel des Generalsekretariats der ÖBK. Transparenz-Register.
Registriernummer: 72866957649-75,
<http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=72866957649-75>
(11.04.2012).

Papastathis, Charalambos 2005: State and Church in Greece, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 115-138.

Petersen, Jens 2007: Die Kirchensteuer in Europa, Hannover: EKD,
http://www.ekd.de/kirchenfinanzen/assets/kirchensteuer_europa.pdf (29.03.2012).

Petkoff, Peter 2005: Church-state relations under the Bulgarian denominations act 2002: Religious pluralism and established church and the impact of other models of law on religion, in: Religion, State & Society, 33:4, 315-337.

Piattoni, Simona 2010: The theory of multi-level governance: conceptual, empirical and normative challenges, Oxford: Oxford University Press.

Pollack, Mark A. 1997: Representing diffuse interests in EC policy-making, in: Journal of European Public Policy, 4:4, 572-590.

Potz, Richard 2006: Europäische Einigung als Herausforderung an die europäische Orthodoxie, in: Theologisch-praktische Quartalschrift (ThPQ) 154, 42-54.

Potz, Richard/Synek, Eva 2007: Orthodoxes Kirchenrecht. Eine Einführung, Freistadt: Pöchl Druck-GmbH.

Presbyterianische Kirche in Irland 2012: About the Presbyterian Church,
<http://www.presbyterianireland.org/about/index.html> (31.03.2012).

Prettenthaler-Ziegerhofer, Anita 2010: Brückenbauer Europas: Die österreichischen Bischöfe und der europäische Integrationsprozess, in: Duchhardt, Heinz/Morawiec, Malgorzata (Hrsg.): Die europäische Integration und die Kirchen. Akteure und Rezipienten, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 35-52.

Quittkat, Christine 2006: Europäisierung der Interessenvermittlung. Französische Wirtschaftsverbände zwischen Beständigkeit und Wandel, Wiesbaden: VS Verlag.

Radaelli, Claudio 2004: The Europeanization of Public Policy, in: Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio (Hrsg.): The Politics of Europeanization, Oxford: Oxford University Press, 28-56.

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2007: Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden: VS Verlag.

Rat der Europäischen Union 2002a: Gesetzgebungsakte und andere Rechtsinstrumente. Betr.: Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 28. Januar 2002 im Hinblick auf den Erlass des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft (...). 15383/3/01 REV. Brüssel, den 29. Januar 2002 (OR.en), <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/01/st15/st15483-re03.de01.pdf> (20.03.2012).

Rat der Europäischen Union 2002b: 12523/02 ADD 1 REV 1. Limite. ADDENDUM ZUM ENTWURF EINES PROTOKOLLS. Betr.: 2451. Tagung des Rates der Europäischen Union „WETTBEWERBSFÄHIGKEIT“ (Binnenmarkt, Industrie und Forschung) vom Montag, 30. September 2002 in Brüssel. Brüssel, den 21. Oktober 2002 (OR.fr), <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/02/st12/st12523-ad01re01.de02.pdf> (30.11.2011).

Rat der Europäischen Union 2003a: 2574th Council meeting – COMPETITIVENESS – (Internal Market, Industry, Research). Brussels, 26-27 November 2003. 15141/03 (Presse 337), http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/78072.pdf (04.04.2012).

Rat der Europäischen Union 2003b: 2550th Council meeting – COMPETITIVENESS – (Internal Market, Industry, Research). Brussels, 3 December 2003. 15531/03 (Presse 355), http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/78186.pdf (04.04.2012).

Rat der Europäischen Union 2003c: Translation of Letter from: Presidency dated: 30 September 2003 to: Ministers of Foreign Affairs. Subject: Convening of an Intergovernmental Conference. 13104/03. POLGEN 69. Brussels, 30 September 2003 (1.10). (OR.fr), <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Convening%20of%20an%20Intergovernmental%20Conference.pdf> (27.01.2012).

Rat der Europäischen Union 2005: 9816/05. Limite. Entwurf eines Protokolls. Betr.: 2655. Tagung des Rates der Europäischen Union (WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (Binnenmarkt, Industrie und Forschung)) vom 6./7. Juni 2005 in Luxemburg. Brüssel, den 20. Juni 2005. (OR.fr), <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/05/st09/st09816.de05.pdf> (02.12.2011).

Rat der Europäischen Union 2006: 11554/06 (Presse 215). Mitteilung an die Presse. 2747. Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung). Brüssel, den 24. Juli 2006, <http://www.consilium.europa.eu/press/press-releases/latest-press-releases/newsroomloaddocument?id=&lang=de&directory=de/intm/&fileName=90762.pdf> (06.12.2011).

Rat der Europäischen Union 2007: Cover note from Presidency to Delegations. Subject: Brussels European Council 21/22 June 2007. Presidency Conclusions. 11177/1/07. REV 1. CONCL 2. Brussels, 20 July 2007, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/94932.pdf (31.01.2012).

Rauch, Andreas Martin 1986: Katholische Kirche und Europäische Einigung. Grundlagen, Entwicklungen und Probleme des katholischen Beitrages für ein geeintes Europa 1946-1986, Dissertation, Bonn.

Reuter, Hans-Ulrich 2002: Die Europäische Ökumenische Kommission für Kirche und Gesellschaft (EECCS) als Beispiel für das Engagement des Protestantismus auf europäischer Ebene, Stuttgart: Ibidem Verlag.

Robbers, Gerhard (Hrsg.) 1994a: Europäisches Datenschutzrecht und die Kirchen, Berlin: Duncker&Humblot.

Robbers, Gerhard 1994b: Generalbericht: Datenschutzrecht in der Europäischen Union und die Kirchen, in: ders. (Hrsg.): Europäisches Datenschutzrecht und die Kirchen, Berlin: Duncker&Humblot, 185-189.

Robbers, Gerhard 1997: Partner für die Einigung. Die Kirchenerklärung der Europäischen Union, in: Herder-Korrespondenz, 51: 12, 622-626.

Robbers, Gerhard 1998: Europa und die Kirchen, in: Nacke, Bernhard (Hrsg.): Kirche in Staat und Gesellschaft. Grundlegungen – Erfahrungen – Perspektiven, Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag, 173-181.

Robbers, Gerhard (Hrsg.) 2001: Church autonomy: a comparative survey, Frankfurt am Main: Lang.

Robbers, Gerhard 2005a: State and Church in the European Union, in: ders. (Hrsg.): State and Church in the European Union, Second Edition. In conjunction with the European Consortium for State and Church Research, Baden-Baden: Nomos, 577-589.

Robbers, Gerhard (Hrsg.) 2005b: State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos.

Rossi, Fabrizio 2004: Der Vatikan. Politik und Organisation, München: C.H. Beck.

Rudzio, Wolfgang 2003: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 6., überarbeitete Auflage, Opladen: Leske+Budrich.

Rüfner, Wolfgang 2004: Selbstbestimmungsrecht, in: Campenhausen, Axel von/Riedel-Spangenberg, Ilo-na/Sebott, Reinhold (Hrsg.): Lexikon für Kirchen- und Staatskirchenrecht. Band 3. N-Z. Paderborn: Schöningh, 542-545.

Ruh, Ulrich 2003: "Es geht um einen offenen Prozess". Ein Gespräch mit COMECE-Generalsekretär Noel Treanor, in: Herder-Korrespondenz, 57: 2, 70-74.

Rumänisch-Orthodoxe Kirche 2009a: Representation of the Rumanian Orthodox Church to the European Institutions. Presentation. Romanian Orthodox Church, <http://www.orthodoxero.eu/pages/home/romanian-patriarchate/presentation.php?lang=EN> (20.06.2011).

Rumänisch-Orthodoxe Kirche 2009b: Representation of the Rumanian Orthodox Church to the European Institutions. The Permanent Office of the Rumanian Orthodox Church to the institutions of the European Union, <http://www.orthodoxero.eu/pages/home/representation-office/permanent-office.php?lang=RO> (20.06.2011).

Russische Orthodoxe Kirche 2003: Conclusions of the Inter-Orthodox Consultation on the Draft Constitutional Treaty of the European Union (Herakleion, Crete, 18-19 March 2003), in: Europaica Bulletin N° 13 (April 2, 2003), <http://orthodoxeurope.org/print/14/10.aspx#3> (18.01.2012).

Schanda, Balázs 2005: State and Church in Hungary, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.): State and Church in the European Union, Baden-Baden: Nomos, 323-345.

Scharpf, Fritz W. 2006: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Wiesbaden: VS Verlag.

Schlesinger, Philip/Foret, Francois 2006: Political Roof and Sacred Canopy? Religion and the EU Consitution, in: European Journal of Social Theory, 9: 1, 59-81.

Schmale, Wolfgang 2010: Europäisierungen, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz European History Online (EGO), published by the Institute of European History (IEG), Mainz 2010-12-03, http://www.ieg-ego.eu/de/threads/hintergruende/europaeisierungen/wolfgang-schmale-europaeisierungen/?searchterm=europ%C3%A4isierung&set_language=de#citation (08.03.2012).

Schmidt, Vivien A. 1999: National patterns of governance under siege. The impact of European integration, in: Kohler-Koch, Beate/Eising, Rainer (Hrsg.): The transformation of governance in the European Union, London: Routledge, 155-172.

Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang 1999: The Organization of Business Interests. Studying the Associative Action of Business in Advanced Industrial Societies, MPIfG Discussion Paper 99/1, http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp99-1.pdf (09.03.2012).

Schnabel, Patrick Roger 2003: Die Stellung der Kirchen im Verfassungsvertrag der EU, in: KuR, 87-110.

Schnabel, Patrick Roger 2007: Geschichte und Strukturen christlicher Vertretungen bei der Europäischen Union, in: öarr, 54:1, 222-290.

Schnabel, Patrick Roger 2011: Die Entstehung eines „europäischen Religionsrechts“ – Kirchliche Interessen und kirchlicher Beitrag, in: ZRG 128, Kanonistische Abteilung 97, 440-471.

Schwarz, Peter/Purtschert, Robert/Giroud, Cahles/Schauer, Reinbert 2002: Das Freiburger Management-Modell für Nonprofit-Organisationen, Bern/Stuttgart/Wien: Paul Haupt.

Sebaldt, Martin 2004: Verbände und Politik: Interessenartikulation und politische Integrationsleistung organisierter Interessen, in: Sebaldt, Martin/ Straßner, Alexander: Verbände in der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag, 140-178.

Seeger, Bernhard 2007: Europäische Integration und Säkularisierung von Staat und Politik, Baden-Baden: Nomos.

Special Synodical Committee for European Affairs (Hrsg.) 2005: Values and Principles for the Building of Europe. Interventions of European Conference of the Church of Greece. 4-6 May 2003, Athen: Holy Synod of the Church of Greece.

Stark, Rodney/Iannaccone, Laurence R. 1994: A Supply-Side Reinterpretation of the 'Secularization' of Europe, in: *Journal for the Scientific Study of Religion*, 33: 3, 230-252.

Steven, Martin 2009: Religious Lobbies in the European Union: from Dominant Church to Faith-Based Organisation?, in: *Religion, State & Society*, 37: ½, 181-191.

Stone Sweet, Alec/Sandholtz, Wayne 1997: European Integration and supranational governance, in: *Journal of European Public Policy* 4:3, 297-317.

Straßner, Alexander 2004: Begriffliche und theoretische Grundlagen, in: Sebaldt, Martin/ Straßner, Alexander: *Verbände in der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag, 15-71.

Sturm, Lovro 2005: Staat und Kirche in Slowenien, in: Robbers, Gerhard (Hrsg.) 2005: *Staat und Kirche in der Europäischen Union*, Baden-Baden: Nomos, 509-532.

Tatham, Michael 2010: "With or without you?" Revisiting territorial state-bypassing in EU interest representation, in: *Journal of European Public Policy*, 17:1, 76-99.

Tempel, Heidrun 1997: Als Akteure anerkannt. Die Europäische Union achtet den Status der Kirchen, in: *Evangelische Kommentare*, 30: 8, 443.

Thiele, Christoph 2007: Die Kirchen und der Europäische Verfassungsvertrag, in: *Evangelische Kirche in Deutschland* (Hrsg.): *Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 2003. Lieferung 1*, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 142-166.

Thielking, Kai Oliver 2005: Die Kirche als politischer Akteur. Kirchlicher Einfluss auf die Schul- und Bildungspolitik in Deutschland, Baden-Baden: Nomos.

Treanor, Noel 2001: Der Ausbau der Beziehungen zwischen Kirchen und Europäischer Union: Ein Laboratorium für die Zukunft, in: Fürst, Walter/Honecker, Martin (Hrsg.): *Christenheit – Europa 2000. Die Zukunft Europas als Aufgabe und Herausforderung für Theologie und Kirchen*, Baden-Baden: Nomos, 183-191.

Treanor, Noel 2005: "The European Convention: Will it respond to the changing paradigms of the debate on the relationship of public policy to ethics and to religion?", in: Special Synodical Committee for European Affairs (Hrsg.): *Values and Principles for the Building of Europe. Interventions of European Conference of the Church of Greece. 4-6 May 2003, Athen: Holy Synod of the Church of Greece.*, 434-443.

Trenz, Hans-Jörg 2005: Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit im europäischen Integrationsprozess: normative Desiderate und empirische Interdependenzen in der Konstitution einer europäischen Herrschaftsordnung, in: Knodt, Michèle/Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS Verlag, 55-78.

Utrechter Union 2011a: Utrechter Union der Altkatholischen Kirchen. Mitgliedskirchen, <http://www.utrechter-union.org/pagina/40/mitgliedskirchen> (12.07.2011).

Utrechter Union 2011b: Utrechter Union der Altkatholischen Kirchen. Geschichte, <http://www.utrechter-union.org/pagina/22/geschichte> (12.07.2011).

Vachek, Marcel 2000: Das Religionsrecht der Europäischen Union im Spannungsfeld zwischen mitgliedstaatlichen Kompetenzreservaten und Art. 9 EMRK, Frankfurt am Main et al.: Peter Lang, <http://www.kanzlei-vachek.de/downloads/Vachek%20-%20Religionsrecht%20der%20EU.pdf> (04.04.2012).

Van der Brug, Wouter/Hobolt, Sara B./De Vreese, Claes H. 2009: Religion and Party Choice in Europe, in: West European Politics, 32: 6, 1266-1283.

Vatikan 1997: Katechismus der katholischen Kirche, Absatz 4 Die Christgläubigen – Hierarchie, Laien, Ordensleute, http://www.vatican.va/archive/DEU0035/_P2F.HTM (16.03.2012).

Velsen-Zerweck, Burkhard von 2011: Kommunikation von Verbänden – Grundlagen, Elemente, Entwicklungen, in: Heilmair, Astrid/Russ, Yvonne/Sturm, Hilmar/Zitzmann, Thomas (Hrsg.): Perspektiven des Verbandsmanagements: Festschrift für Dieter Witt zum 70. Geburtstag, Wiesbaden: Gabler, 149-165.

Vietinghoff, Eckhart von 2003: Einführung in das Thema, in: Campenhausen, Axel Frhr. von (Hrsg.) 2003: Deutsches Staatskirchenrecht zwischen Grundgesetz und EU-Gemeinschaft, Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH, 11-14.

Vignon, Jérôme 2002: Une carte blanche pour un livre blanc, in: Values, Changes, Hopes. Une étape de l'aventure oecuménique européenne. Brussels 1990-2002. A collection of essays to mark Keith Jenkins' retirement as Director of the Church and Society Commission of the Conference of European Churches, Brüssel: Church and Society Commission, 111-116.

Wall, Heinrich de 2006: Die Religionen in der Verfassung der Europäischen Union. Vortrag auf der Tagung „Recht auf Mission contra Religionsfreiheit? Das christliche Europa auf dem Prüfstand“ vom 20. bis 22.2.2006 in Trier, http://www.theo.uni-trier.de/_downloads/de%20Wall.pdf (19.10.11).

Warner, Carolyn 2000: Confessions of an Interest Group: The Catholic Church & Political Parties in Europe, Ewing: Princeton University Press.

Warner, Carolyn 2003: Die katholische Kirche als politischer Akteur in Italien, Frankreich und Deutschland, in: Minkenberg, Michael/Willems, Ulrich (Hrsg.): Politik und Religion, PVS Sonderheft 33, 279-299.

Warren, Mark E. 2001: Democracy and Association, Princeton: Princeton University Press.

Waschinski, Gregor 2007: Gott in die Verfassung? Religion und Kompatibilität in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos.

Weninger, Michael 2007: Europa ohne Gott? Die Europäische Union und der Dialog mit den Religionen, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, Baden-Baden: Nomos.

Willems, Ulrich 1998: Entwicklung, Interesse und Moral. Die Entwicklungspolitik der Evangelischen Kirche in Deutschland, Opladen: Leske+Burdich.

Willems, Ulrich 2007: Kirchen, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, 316-340.

Willems, Ulrich/Minkenberg, Michael 2003: Politik und Religion im Übergang – Tendenzen und Forschungsfragen am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Minkenberg, Michael/Willems, Ulrich (Hrsg.): Politik und Religion, PVS, Sonderheft 33, 13-41.

Wilton, Gary 2010: Vortrag in der Second Session (Representing Religion and Communities of Conviction in Brussels) der Konferenz „Does God Matter? Representing Religion in the European Union and the United States“, Aston University, Birmingham, 12.-13.11-2010, eigene Aufnahme und Transkription.

Winter, Thomas von/Willems, Ulrich 2007: Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag.

Witt, Dieter/Seufert, Gernot/Emberger, Hannes 1996: Typologisierung und Eigenarten von Verbänden, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen 19:4, 414-427.

Witt, Dieter/Velsen-Zerweck, Burkhard von/Thiess, Michael/Heilmair, Astrid (Hrsg.) 2006: Herausforderung Verbändemanagement: Handlungsfelder und Strategien, Wiesbaden: Gabler.

Wolf, Klaus Dieter/Deitelhoff, Nicole/Engert, Stefan 2007: Corporate Security Responsibility. Towards a Conceptual Framework for a Comparative Research Agenda, in: Cooperation and Conflict: Journal of the Nordic International Studies Association, 42: 3, 295-321.

World Alliance of Reformed Churches Europe 2011: Member Churches of WARC Europe, http://www.warc-europe.org/warcjsp/church_list2.jsp?news_id=18 (12.09.2011).

Zimmer, Annette/Priller, Eckhard 2007: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung, Wiesbaden: VS Verlag.

XI. Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe
BEPA	Bureau of European Policy Advisors
CCCEC	Consultative Commission of Churches for the European Communities
CCEE	Consilium Conferentiarum Episcoporum Europae
COMECE	Commissio Episcopatum Communitatis Europensis
CSC	Church and Society Commission der Konferenz Europäischer Kirchen
DBK	Deutsche Bischofskonferenz
ECCSEC	Ecumenical Commission for Church and Society in the European Communities
EECCS	European Ecumenical Commission for Church and Society
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
e. V.	eingetragener Verein
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
FRP	Forschungsrahmenprogramm
FSU	Forward Studies Unit
GEKE	Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa
GOPA	Group of Policy Advisors
heSF	humane embryonale Stammzellforschung
ITRE	Industrie, Forschung und Energie
KEK	Konferenz Europäischer Kirchen
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MLG	Multi-Level-Governance
NGO	Non-Governmental-Organisation
NPO	Non-Profit-Organisation
ÖBK	Österreichische Bischofskonferenz
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen

XII. Anhang

A. Liste der geführten Interviews

Interview COMECEa: Interview mit Thomas Pickartz am 12.10.2010, von Mai 2008 bis März 2010 Legal adviser for institutional affairs.

Interview COMECEb: Interview mit Dr. Felix Leinemann am 14.01.2011, von Februar 1999 bis September 2003 Legal advisor for institutional affairs und Sekretär der Working Group on EC Legislation.

Interview CSCa: Interview mit Elina Eloranta am 12.01.2011, von 2006 bis 2011 Executive Secretary und abgeordnet von der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Finnland und der Kirche von Schweden ins CSC Büro Brüssel.

Interview CSCb: Interview mit Dr. Peter Pavlovic am 14.01.2011, seit 1999 Executive Secretary for European Integration and European Institutions and Globalisation im CSC Büro Brüssel und Sekretär der Working Group on the European Integration Process.

Interview CSCc: Interview mit Richard Fischer am 22.11.2011, seit 1995 Executive Secretary for Ethics, Science and Technology im CSC Büro Straßburg.

Interview DBK: Interview mit Matthias Belafi am 18.05.2010, seit 2007 Geschäftsführer der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz.

Interview EKDa: Interview mit OKR'in Katrin Hatzinger am 13.01.2011 zu allgemeinen Fragen, seit Mai 2008 Leiterin der Dienststelle Brüssel des Bevollmächtigten des Rates der EKD, von 2003 bis 2008 Referentin u.a. für Asyl, Migration und Bioethik.

Interview EKDb: Interview mit OKR'in Katrin Hatzinger am 13.01.2011 zum Siebten Forschungsrahmenprogramm.

Interview EKDc: Interview mit Patrick Roger Schnabel am 13.01.2011, von Oktober 2008 bis August 2011 juristischer Referent und stellvertretender Leiter der Dienststelle Brüssel.

Interview EVP: Interview mit György Hölvény am 13.01.2011, Adviser for Intercultural and Religious Dialogue.

Interview Kirche von Griechenland: Interview mit Metropolit Athanasios von Achaia am 12.01.2011, seit 1998 Leiter des Büros der Kirche von Griechenland in Brüssel.

B. Beispiel für Interviewleitfaden

Teil 1: Allgemeiner Teil

- Was war Ihre Motivation, ein Büro in Brüssel zu errichten?
- Was sind die Aufgaben Ihres Büros?
- Einige Politiker sehen in allen in Brüssel vertretenen gesellschaftlichen Akteuren Lobbyisten. Würden Sie sich als Lobbyisten bezeichnen?
- Sie sind Mitglied bei der KEK. Wie bringen Sie sich bei der KEK ein?
- Welche Vorteile sehen Sie durch Ihre eigenes Büro gegenüber einer ausschließlichen Mitarbeit bei der KEK?
- Haben Sie den Eindruck, dass sich einige Kirche mehr bei der KEK einbringen als andere? Welche?
- Welche Rechtsform hat Ihre Vertretung gewählt?
- Wie ist die Arbeitsteilung zwischen Ihrem Büro und der kirchlichen Verwaltung in Deutschland?
- Gibt es neben Ihnen einen Referenten für europäische Angelegenheiten in Deutschland?
- In der Europäischen Kommission gibt es einen Berater für den Dialog mit Religionen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Ist der Berater Ihr erster Ansprechpartner, wenn Sie Ihre Positionen in den europäischen politischen Prozess einbringen wollen?
- Kontaktieren Sie über den Berater für den Dialog mit Religionen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften hinaus weitere Generaldirektionen?
- Wie wichtig ist für Sie der Kontakt mit den EU-Institutionen? (Fragebogen)
- Wie oft stehen Sie in Kontakt mit den EU-Institutionen? (Fragebogen)
- Wie würden Sie Ihre Beziehung zu den EU-Institutionen beschreiben? (Fragebogen)
- Wie schwierig ist es für Sie, Informationen von den EU-Institutionen zu bekommen? (Fragebogen)
- Wer ist der Initiator des Kontaktes? (Fragebogen)

- Welche der folgenden Instrumente zur Einbringung Ihrer Positionen in den europäischen politischen Prozess nutzen Sie? Wie nützlich denken Sie sind diese Instrumente? (Fragebogen)
 - Wie erfolgreich schätzen Sie Ihren Versuch, Ihre Position in den europäischen politischen Prozess einzubringen ein? (Fragebogen)
 - Stehen Sie mit politischen Institutionen auf nationaler Ebene in Kontakt?
 - Wie wichtig finden Sie den Kontakt zu nationalen politischen Institutionen im Rahmen eines europäischen Entscheidungsprozesses? (Fragebogen)
 - Wie würden Sie Ihre Beziehung zu nationalen politischen Institutionen beschreiben? (Fragebogen)
 - Wie oft stehen Sie mit nationalen politischen Institutionen in Kontakt? (Fragebogen)
 - Einige Beobachter sagen, dass es wichtig sei, die Institutionen im richtigen Moment zu kontaktieren. In welcher Phase des politischen Prozesses kontaktieren Sie die EU-Institutionen und die nationalen Institutionen? (Fragebogen)
 - Wie wichtig sind für Sie die folgenden Aspekte bei der Kontaktherstellung? (Fragebogen)
 - Arbeiten Sie mit gesellschaftlichen Akteuren zusammen, um Ihre Position in den europäischen politischen Prozess einzubringen?
 - Mit wem arbeiten Sie zusammen und wie nützlich schätzen Sie diese Kooperation ein? (Fragebogen)
 - Welchen Einfluss haben die folgenden Organisationen auf Ihre Arbeit? (Fragebogen)
-

Teil 2: Das 7. Forschungsrahmenprogramm

Im April 2005 legte die Kommission ihren Vorschlag für das 7. Forschungsrahmenprogramm vor. Das 7. Forschungsrahmenprogramm wurde im Dezember 2006 verabschiedet.

Im politischen Prozess ging es unter anderem um die Frage, ob im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms auch die Forschung an embryonalen Stammzellen gefördert werden sollte.

- Welche Position vertraten Sie bezüglich der Förderung der Forschung an embryonalen Stammzellen?

- Wie kam Ihre Position zustande?
- Wie haben Sie mit der EKD in Deutschland in dieser Frage zusammengearbeitet?
- In welcher Phase des politischen Prozesses haben Sie wen kontaktiert? (Fragebogen)
- Welche Instrumente haben Sie benutzt, um Ihre Position in den europäischen politischen Prozess einzubringen? Wie nützlich schätzen Sie diese Instrumente ein? (Fragebogen)
- Wen haben Sie kontaktiert? (Fragebogen)
- Welche Mitgliedstaaten haben dieselbe Position wie Sie bezüglich der Förderung von embryonaler Stammzellforschung im 7. Forschungsrahmenprogramm vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?
- Welche Mitgliedstaaten haben eine andere Position als Sie vertreten?
- Haben Sie diese Mitgliedstaaten versucht, von Ihrer Position zu überzeugen? Wie?
- Welche Fraktionen im EP haben dieselbe Position wie Sie bezüglich der Förderung von embryonaler Stammzellforschung im 7. Forschungsrahmenprogramm vertreten?
- Haben Sie mit diesen Fraktionen zusammengearbeitet? Wie?
- Haben Sie versucht, Mitglieder des EPs, die eine andere Position als Sie vertraten, zu überzeugen? Wie?
- Welche Mitglieder der Kommission haben dieselbe Position wie Sie bezüglich der Förderung von embryonaler Stammzellforschung im 7. Forschungsrahmenprogramm vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?
- Haben Sie mit gesellschaftlichen Gruppen zusammengearbeitet, um Ihre Position hinsichtlich des 7. Forschungsrahmenprogramms zu unterstützen?
- Mit wem haben Sie zusammengearbeitet?
- Welche gesellschaftlichen Gruppen haben eine andere Position als Sie vertreten?
- Haben Sie versucht diese von Ihrer Position zu überzeugen? Wie?

Teil 3: Artikel 17 AEUV

Mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon gibt es erstmals einen „Kirchenartikel“ im europäischen Primärrecht. In Artikel 17 AEUV verpflichtet sich die Union, den Status zu achten und nicht zu beeinträchtigen, den Kirchen in den Mitgliedstaaten haben. Damit ist die Amsterdamer Kirchenerklärung rechtsverbindlich geworden. Darüber

hinaus ist in Artikel 17 Abs. 3 AEUV festgeschrieben, dass die Union mit Kirchen in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog führt.

Der Vertrag von Lissabon basiert auf dem Vertrag über eine Verfassung, der im Rahmen des Europäischen Konventes, der von Februar 2002 bis Juli 2003 tagte, ausgearbeitet wurde. Der „Kirchenartikel“ war damals Art. I- 52. Heute ist dieser als Art. 17 im AEUV wiederzufinden. Im Folgenden werde ich daher von Art. 17 AEUV sprechen.

Im Folgenden werde ich getrennt danach fragen, wie Sie Ihre Position bezüglich Art. 17 Abs 1 AEUV und bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV in den europäischen politischen Prozess eingebracht haben.

Art. 17 Abs. 1 AEUV

- Welche Position vertraten Sie bezüglich Art. 17 Abs. 1 AEUV?
- Wie kam Ihre Position zustande?
- Welche Instrumente haben Sie benutzt, um Art. 17 Abs. 1 AEUV im Primärrecht zu verankern? (Fragebogen)
- Wen haben Sie kontaktiert, um Ihre Position zu Art. 17 Abs. 1 AEUV einzubringen? (Fragebogen)
- Welche Vertreter der Staaten (Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten) haben dieselbe Position wie Sie bezüglich Art. 17 Abs. 1 AEUV vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?
- Welche Vertreter der Staaten haben eine andere Position als Sie bezüglich Art. 17 AEUV Abs. 1 vertreten?
- Haben Sie versucht, diese zu überzeugen? Wie?
- Welche Vertreter des EPs haben dieselbe Position wie Sie vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?
- Welche Vertreter des EPs haben eine andere Position als Sie vertreten?
- Haben Sie versucht, diese zu überzeugen? Wie?
- Welche Vertreter der nationalen Parlamente (Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten) haben dieselbe Position wie Sie bezüglich Art. 17 Abs. 1 AEUV vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?

- Welche Vertreter der nationalen Parlamente haben eine andere Position als Sie bezüglich Art. 17 Abs. 1 AEUV vertreten?
- Haben Sie versucht, diese zu überzeugen? Wie?
- Welcher Vertreter der Kommission hat dieselbe Position wie Sie bezüglich Art. 17 Abs. 1 AEUV vertreten?
- Haben Sie mit diesem zusammengearbeitet? Wie?
- Welcher Vertreter der Kommission hat eine andere Position als Sie bezüglich Art. 17 Abs. 1 AEUV vertreten?
- Haben Sie versucht, diesen zu überzeugen? Wie?
- Welche Mitglieder des Präsidiums des Konvents haben dieselbe Position wie Sie vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?
- Welche Mitglieder des Präsidiums des Konventes haben eine andere Position als Sie bezüglich Art. 17 Abs. 1 AEUV vertreten?
- Haben Sie versucht, diese zu überzeugen? Wie?
- Haben Sie mit gesellschaftlichen Akteuren zusammengearbeitet, um Ihre Position bezüglich Art. 17 Abs. 1 AEUV zu unterstützen? Mit wem?
- Welche Gruppen haben eine andere Position als Sie vertreten?

Art. 17 Abs. 3 AEUV

- Welche Position vertraten Sie bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV?
- Wie kam Ihre Position zustande?
- Welche Instrumente haben Sie benutzt, um Art. 17 Abs. 3 AEUV im Primärrecht zu verankern? (Fragebogen)
- Wen haben Sie kontaktiert, um Ihre Position zu Art. 17 Abs. 3 AEUV einzubringen? (Fragebogen)
- Welche Vertreter der Staaten (Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten) haben dieselbe Position wie Sie bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?
- Welche Vertreter der Staaten haben eine andere Position als Sie bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV vertreten?
- Haben Sie versucht, diese zu überzeugen? Wie?
- Welche Vertreter des EPs haben dieselbe Position wie Sie vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?

- Welche Vertreter des EPs haben eine andere Position als Sie vertreten?
- Haben Sie versucht, diese zu überzeugen? Wie?
- Welche Vertreter der nationalen Parlamente (Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten) haben dieselbe Position wie Sie bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?
- Welche Vertreter der nationalen Parlamente haben eine andere Position als Sie bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV vertreten?
- Haben Sie versucht, diese zu überzeugen? Wie?
- Welcher Vertreter der Kommission hat dieselbe Position wie Sie bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV vertreten?
- Haben Sie mit diesem zusammengearbeitet? Wie?
- Welcher Vertreter der Kommission hat eine andere Position als Sie bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV vertreten?
- Haben Sie versucht, diesen zu überzeugen? Wie?
- Welche Mitglieder des Präsidiums des Konvents haben dieselbe Position wie Sie vertreten?
- Haben Sie mit diesen zusammengearbeitet? Wie?
- Welche Mitglieder des Präsidiums des Konventes haben eine andere Position als Sie bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV vertreten?
- Haben Sie versucht, diese zu überzeugen? Wie?
- Haben Sie mit gesellschaftlichen Akteuren zusammengearbeitet, um Ihre Position bezüglich Art. 17 Abs. 3 AEUV zu unterstützen? Mit wem?
- Welche Gruppen haben eine andere Position als Sie vertreten?
- Wie kam das Präsidium auf die Idee, nicht nur die Amsterdamer Kirchenerklärung in den Vertrag zu übernehmen, sondern sie um den Dialog in Abs. 3 zu ergänzen?

Laura Katscher

Curriculum vitae

Der Lebenslauf ist in der Online-Version aus Gründen des Datenschutzes nicht enthalten.